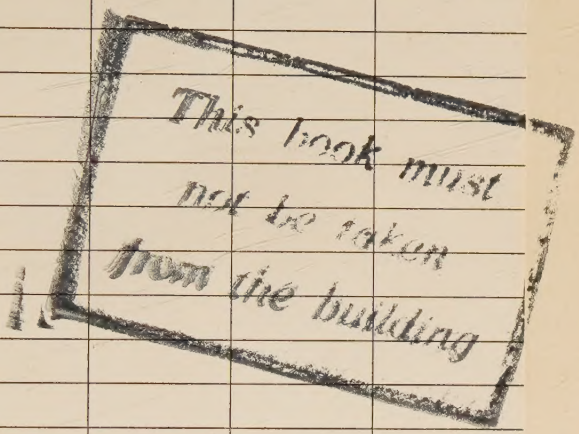
v.28
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278462

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G375
v.28

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diegrobepolitikd0028joha

D
394
G4
v. 28

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

28. Band:

England und die Deutsche Flotte 1908–1911

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

Cc 2330.5
HARVARD COLLEGE
FEB 17 1926
LIBRARY
J. J. Lowell fund

1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37g
v. 28

Inhaltsübersicht des achtundzwanzigsten Bandes

KAPITEL CCXX

Die Deutschen Ressorts und der Gedanke des Flottenabkommens. November 1908 bis Februar 1909 1

KAPITEL CCXXI

Der Besuch König Eduards VII. in Berlin. Navy Estimates und Navy Scare in England. Februar bis März 1909 83

KAPITEL CCXXII

Fürst Bülows letzte Bestrebungen. Neue englische Marinedebatten. April bis Juli 1909 143

KAPITEL CCXXIII

Bethmann Hollwegs erste Anläufe zu einer Flottenverständigung. Juli bis November 1909 199

KAPITEL CCXXIV

Die Verhandlungspause. November 1909 bis Juli 1910 279

KAPITEL CCXXV

Neue Erörterungen zwischen Berlin und London. Rüstungs- und Politisches Abkommen. Der Nachrichtenaustausch. August 1910 bis Juli 1911 345

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192554

Kapitel CCXX

Die Deutschen Ressorts und der Gedanke des Flottenabkommens. November 1908 bis Februar 1909

Nr. 10226

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Nr. 869 London, den 13. November 1908

Allen Zweifeln an der Aufrichtigkeit der Regierungserklärungen bezüglich des Two-Power-Standard und der dadurch hervorgerufenen Agitationen für ein vermehrtes Marinebauprogramm ist gestern durch eine Feststellung des Premierministers im House of Commons ein Ende bereitet worden.

Mr. A. Lee, früherer Civil Lord to the Admiralty, richtete gestern die folgende Frage an die Regierung:

1. „Versteht die Regierung unter dem Begriff Two-Power-Standard eine Überlegenheit in erstklassigen Schiffen um 10 Prozent über die vereinigte Zahl solcher Schiffe im Besitz der zwei nächststarken Seemächte?

2. Kann die Regierung, wenn dies nicht der Fall sein sollte, eine bindende Erklärung über die von ihr angenommene Definition dieses Begriffes abgeben?“

Die mit größter Spannung erwartete Antwort des Premierministers brachte die uneingeschränkte Bejahung der ersten Frage*.

---

* Nach den „Parliamentary Debates“ (Vol. CXCVI, p. 560) lautete die Frage A. Lees: „I beg to ask the Prime Minister whether the Government accepts the Two-Power-Standard of Naval strength as meaning a preponderance of 10 per cent. over the combined strength in capital ships, of the two next strongest Powers; and if not, could he state the definition of the Two-Power-Standard which is accepted by the Government.“ Darauf erfolgte die bündige Antwort Asquiths: „The answer to the first part of the question is in the affirmative.“

Zum erstenmal während ihrer dreijährigen Amtszeit hat die liberale Regierung damit vor aller Welt anerkannt, daß sich ihre Ansicht über das Stärkeverhältnis der englischen Flotten mit der der Opposition deckt.

Der gesunde Blick des englischen Volkes für große nationale Fragen hat, wie kaum anders zu erwarten, so wieder einmal gezeigt, daß Parteiinteressen zurücktreten, wenn Reichsinteressen im Spiele sind.

Auch in Deutschland wird diese Erklärung des verantwortlichen Leiters des englischen Weltreichs eine gewisse Beruhigung mit sich bringen. Der Two-Power-Standard war seit Jahren ein Begriff, dessen Berechtigung anzuzweifeln keinem deutschen Marinepolitiker in den Sinn kam. Wenn durch die offizielle Erklärung seiner Legitimität die Vereinigte-Staaten-Marine in die Diskussion hineingezogen und der Begriff des „two to one German standard" lediglich zum Schlagwort weniger Marinefanatiker ohne Einfluß herabgedrückt wird, so kann dies nur beruhigend wirken.

Es fragt sich nun, was bedeutet diese Erklärung in der Praxis?

Wenn man nur die Schiffe der Dreadnoughtperiode zusammenstellt, die bis heute (Programm 08) von den drei ersten Seemächten gebaut bezw. bewilligt sind, so kommt man zu folgendem Resultat:

	England	Vereinigte Staaten	Deutschland
Dreadnoughts	8	6	7
Invincibles	4	—	2
Summa	12	6	9
		15	

Der Two-Power-Standard an Dreadnoughts ist also von England bereits nicht mehr gewahrt.

Rechnet man die durch das deutsche Flottengesetz für 1909 festliegenden drei weiteren Linienschiffe hinzu, so ergibt die Gegenüberstellung:

England	= 12
Vereinigte Staaten plus Deutschland	= 18
England	= minus 6

Rechnet man 10 Prozent Zuschlag hinzu, so ist für England die Notwendigkeit ergeben, im Jahre 1909 ein Programm von mindestens sieben Dreadnoughts bezw. Invincibles aufzustellen. Unberücksichtigt sind in dieser Rechnung die Neubauten des amerikanischen Programms im Jahre 1909, deren Zahl mir nicht bekannt ist.

Mr. M'Kenna war daher berechtigt, am Schlusse seiner am Lord-Mayors-Tage in der Guildhall gehaltenen Rede* zu sagen:

„I make no apology for saying in the City of London that the charge of maintaining the supremacy of our Navy is necessarily a heavy one."

Die Frage, ob die Regierung ohne eine Anleihe für 1909 auszukommen gedenkt, steht noch offen. Möglicherweise bringt der kommende Montag eine Klärung, wenn im House of Lords der Earl of Cawdor von der Regierung eine ähnliche Erklärung fordern will, wie Mr. Lee gestern im House of Commons erzwang.

(gez.) Widenmann

Nr. 10227

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Eigenhändig

Berlin, den 22. November 1908

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler den Brief des Botschafters Graf Metternich*** mit der Meldung zurückgereicht, daß ich die

---

* Über die Reden, die M'Kenna und nach ihm Asquith am Lord-Mayors-Tage (9. November) in der Guildhall hielten, heißt es in einem Bericht Graf Metternichs Nr. 1063 vom 10. November des nähern: „Der Flottenfrage sich zuwendend betonte Mr. Asquith ebenso wie sein Vorredner, der erste Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, auf das bestimmteste, daß England gewillt sei, unter allen Umständen seine Vormachtstellung zur See aufrecht zu erhalten. England beabsichtige nicht, seine überlegene Flotte für Angriffszwecke zu benutzen, es bedürfe derselben aber zum Schutze seines Handels, seiner Industrie und des Vaterlandes. Es sei noch nicht an der Zeit, über das nächste Flottenprogramm sich zu äußern; es werde aber alles getan werden, das könne er versichern, die Flotte auf der Höhe zu erhalten, die dem Bedürfnis der Nation und des Reiches entspreche. ‚Regierungen kommen und gehen', so schloß der Premierminister seine Ausführungen, ‚parlamentarische und Wählermajoritäten wachsen und schwinden; es gibt aber eine Überzeugung, an der das Volk dieser Eilande unerschütterlich festhält, das ist, daß in der zweifellosen und unbestrittenen Erhaltung der Herrschaft Englands über das Meer die beste Sicherheit sowohl für das Bestehen Englands als Nation als auch für den friedlichen Verkehr der Menschheit zu finden ist'".

** Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 93 f.

*** Es handelt sich um den in Bd. XXVI, Kap. CXCVIII, Nr. 9132 abgedruckten Privatbrief Botschafter Graf Metternichs an Fürst Bülow, der mit den Worten schloß: „Es unterliegt bei mir aber keinem Zweifel, daß eine dauernde, innere Heilung der Beziehungen zwischen beiden Völkern infolge unseres Flottenprogramms vorläufig ausgeschlossen ist. Die Spannung wird vielmehr zunehmen. Hierüber besteht in England nur eine Meinung. Auch bei denen, die eine Annäherung wünschen würden."

immer wiederkehrende Ansicht des genannten Herrn, lediglich die Entwicklung der deutschen Flotte sei die Ursache der Spannung nicht für richtig halte. Abgesehen davon, daß die Spannung ihre natürliche Begründung und innere Ursache in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit zusammenhängend der rapiden Vermehrung der Einwohner des Deutschen Reichs findet, sind die Übertreibungen in England der Hauptsache nach auf die Agitation der gerade in England sehr zahlreichen Interessenten für eine große Flottenvermehrung zurückzuführen. Man will keinen Krieg mit Deutschland, sondern man will möglichst viele Schiffe bauen. Um das zu erreichen, gibt es aber kein besseres Mittel in England (Sir John Fisher ist außerdem skrupellos), als die Leidenschaften der Masse mit all dem törichten Geschwätz von einer Bedrohung Englands durch Deutschland aufzustacheln. Ein klassischer Beweis für diese meine Ansicht scheint mir in den eigenen Ausführungen des englischen Marineministers M'Kenna zu liegen, die derselbe unserem Botschafter gegenüber gemacht hat (nach einer brieflichen Mitteilung des Marineattachés). M'Kenna behauptete: Deutschland besitze heute bereits mehr große Schiffbaufirmen, die Dreadnoughts bauten wie England. Da diese deutschen Firmen zum großen Teil von dem deutschen Kriegschiffbau lebten und fremde Bestellungen gering wären, so müßte man annehmen, daß nach Ausbau unseres Flottengesetzes unsere Flottenvermehrung schon allein aus dem Grunde nicht aufhören könne, um diese im Staatsinteresse geschaffene Industrie nicht brotlos zu machen*. The Admiralty habe diese Erfahrung im eigenen Lande gemacht, wo eine große Schiffbauindustrie seit langem auf Beschäftigung warte. Ehe man diese zugrunde gehen lassen könne, müsse der Staat für Arbeit sorgen. Das gleiche gelte für Panzer und Kanonen liefernde Firmen, in denen Deutschland auch bereits überlegen sei.

Wenn ferner der englische Two-Power-Standard überhaupt einen Sinn hat (und nicht nur Agitationswert), kann England Amerika nicht un-

---

* Ähnliche Äußerungen maßgebender englischer Flottenautoritäten scheint der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann schon in einem — nicht bei den Akten befindlichen — Berichte vom 23. September 1908 gemeldet zu haben. Nach einem Berichte des Rats im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, d. d. Rominten 1. Oktober 1908, hatte Kaiser Wilhelm II. dazu bemerkt:

„Ich erfahre mit Befriedigung aus obenstehendem, daß nunmehr die britische Regierung einen plausiblen Grund innerer Politik für ihre Marinevorlage hat. Sie braucht ihre Einbringung nicht mehr zu fürchten, andererseits tritt sie direkt als Wohltäterin der Arbeitslosen auf. Wenn sie ehrlich ist, dann streicht sie nunmehr den ‚German scare' vom Programm und erklärt, der Flottenbau sei nötig ‚to give work to the unemployed'. Unter dieser Rubrik kann es uns egal sein. Denn das ist ein Standpunkt, den niemand der britischen Regierung anfechten kann, ihren Untertanen Wohltaten zu erweisen. Es ist daher gut, wenn Metternich dies in geschickter Weise den Leuten couliert und es auf diese Art gelingt, die ewigen Bezugnahmen auf Deutschland und seine Flotte zu eliminieren. Das wird unsere Blätter auch beruhigen."

berücksichtigt lassen. Die beiden stärksten Marinen sind aber die von Amerika und Frankreich, und dementsprechend würde es für die erforderliche Stärke der englischen Marine ganz gleichgültig sein, wie stark die deutsche Flotte ist.*

Ich möchte glauben, daß ein englisches Flottenprogramm von etwa fünf Dreadnoughts für 1909 die Spannung erheblich mildern wird. Die Flotteninteressenten haben ihren Willen, die Konservativen haben die Liberalen zu großen Flottenausgaben gezwungen, und sobald die erheblichen Kosten der neuen Schiffe den Steuerzahlern zum Bewußtsein kommen, wird auch dieser Umstand, wenn nicht die Agitation, so doch deren Einfluß auf die öffentliche Meinung in für uns vorteilhaftem Sinne beeinflussen.

v. Tirpitz
Admiral und Staatssekretär des Reichsmarineamts

Nr. 10228

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 1125 London, den 24. November 1908

Auf eine Anfrage im Unterhause antwortete gestern Mr. Asquith, daß seiner Ansicht nach unter den bestehenden Bedingungen die von ihm kürzlich akzeptierte Definition des Two-Power-Standard*** als ein Übergewicht von zehn Prozent über die vereinigten Hauptschiffe der beiden nächststärksten Mächte identisch sei mit dem von ihm in diesem Jahre früher dargelegten Standpunkt, wonach der aufrecht zu erhaltende Standard ein solcher sein müsse, daß durch ihn vollständige Herrschaft

---

* Vgl. jedoch Nr. 10228 und 10232. Nach übereinstimmender Auffassung Sir E. Greys und M'Kennas sollte Amerika in den Berechnungen für den Two-Power-Standard a priori ausgeschlossen bleiben, da eine Flotte, die erst 3000 Meilen über den Ozean müsse und mit erschöpftem Kohlenvorrat in die Nähe der englischen Küsten gelange, nicht unter demselben Gesichtspunkt betrachtet werden dürfe wie europäische Flotten mit eigenen Häfen in relativer Nähe der englischen Küste. Die Erklärungen Asquiths im Parlament (vgl. Nr. 10226 und 10228) sind also mit einer reservatio mentalis im Hinblick auf Amerika zu verstehen. Dadurch widerlegt sich die Tirpitzsche Auffassung, als ob es für die erforderliche Stärke der englischen Marine ganz gleichgültig sei, wie stark die deutsche Flotte sei. Nach dem Ausscheiden Amerikas aus den Berechnungen für den Two-Power-Standard handelte es sich bei den beiden stärksten Marinen nur um Frankreich und Deutschland, und da Frankreich als Ententegenosse Englands praktisch ebenfalls ausfiel, einzig und allein um Deutschland.

** Abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a, O. S. 88.

*** Vgl. Nr. 10226.

zur See gegen jede annehmbare Kombination von Mächten erzielt würde. Die Flottenpolitik der Regierung bestehe und habe in Aufrechterhaltung dieses Standards bestanden. Auf eine weitere Anfrage, ob Mr. Asquith mit den Worten „die zwei nächststärksten Mächte" die beiden nächststärksten Mächte meine, einerlei, welche es seien und wo immer sie sich befänden, antwortete der Minister, er glaube, daß dies unter den bestehenden Bedingungen und allen voraussehbaren Umständen zutreffe.

Auf die Frage, ob der Minister irgendeine mögliche Kombination im Auge habe, antwortete er ausweichend, die entscheidende Erwägung sei die Aufrechterhaltung der Superiorität zur See. Hierzu biete der Two-Power-Standard eine brauchbare Formel.

Die „Westminster Gazette" bemerkt an leitender Stelle, der Two-Power-Standard müsse auch von geographischen und strategischen Gesichtspunkten beherrscht werden. So sei es sinnlos, mit der amerikanischen Flotte, die jenseits des Atlantischen Ozeans sei, ebenso zu rechnen wie mit Flotten anderer Mächte, die in den Heimatgewässern operierten.

P. Metternich

Nr. 10229

Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag

Abschrift

Nr. 531 London, den 24. November 1908

Gestern hielt der Feldmarschall Lord Roberts im Oberhause wieder eine seiner Warnreden. Sie gipfelte in dem Vorschlage, eine so starke Heimatsarmee zu schaffen, daß keine kontinentale Macht in feindlicher Absicht an der englischen Küste zu landen wagen würde.

Da durch die Presse bekannt war, daß Lord Roberts über die Invasionsgefahr sprechen würde, war das Haus fast vollbesetzt. Unter den Zuschauern befanden sich der Kriegsminister Haldane und eine große Anzahl Offiziere aus dem War Office. Dies erwähne ich, um auf die Wichtigkeit hinzuweisen, die den Robertsschen Unkenrufen beigelegt wird.

Lord Roberts wiederholte die schon unzählige Male teils von ihm selbst, teils durch andere in der Presse verbreiteten Ansichten, daß heutzutage von Deutschland her eine viel größere Gefahr drohe, wie früher von Frankreich. Ganz besonders wies er im einzelnen darauf hin, wie leicht es für Deutschland sei, heimlich 150 bis 200000 Mann an der Küste zu versammeln, auf stets bereitliegenden Transportdampfern zu verladen und dann überraschend an die englische Küste zu werfen.

Beim Anhören dieser schon oft vernommenen „Möglichkeiten"

konnte ich nicht umhin, wieder festzustellen, auf welchem geradezu kindlichen Standpunkte man sich hier in England in militärischer Hinsicht befindet. Ein alter bewährter Soldat wie der Feldmarschall Roberts hält es für möglich, daß Deutschland heute im Zeitalter der drahtlosen Telegraphie und der stetigen Entwickelung in der Vervollkommnung der meisten Nachrichtenmittel heimlich ein Heer von 150—200000 Mann an der Küste versammelt, es unbemerkt einschifft und unbeobachtet in England landet. Und vor ihm sitzend, andächtig lauschend, die gebildeten Vertreter der Blüte der Nation, glauben blind an all diese schon aus technischen Gründen unausführbaren Dinge und debattieren dann stundenlang ernstlich darüber. Man kann dazu wirklich nur den Kopf schütteln.

Der ganzen hier herrschenden Invasionsfurcht liegt eben die falsche Voraussetzung zugrunde, daß sich ein zum Kriege ausgerüstetes Heer unbemerkt versammeln und abtransportieren lasse. Auf diesem Trugschluß fußend, wurden dann alle Möglichkeiten besprochen, die infolge mangelnder Aufmerksamkeit der britischen Flotte in der Nordsee entstehen könnten. Ganze Feldzugspläne wurden erörtert; wir würden wahrscheinlich an einer Stelle eine Scheinlandung mit schwachen Kräften unternehmen und an einer anderen die mit der Hauptmacht und dergleichen.

Der den Lord Roberts unterstützende Yeomanry-Offizier Lord Lovat, augenblicklich Kommandeur einer „mounted brigade“ in der Territorialarmee, führte aus, daß gelegentlich einer Ausschiffungsübung 7000 Mann deutscher Truppen in anderthalb Stunden gelandet worden seien. Warum sollten nicht 150000 Mann in zwölf Stunden gelandet werden können? fragt er darauf! Es ist wirklich erstaunlich, daß er, nach seiner Ansicht logisch folgernd, nicht sagt, also 1500000 Mann in 120 Stunden.

An anderer Stelle erwähnt Lord Lovat irrtümlich, daß neun unserer Armeekorps in mobilem Zustande erhalten würden. Wahrscheinlich hat er einige unserer Grenzkorps und ihren höheren Grad der Bereitschaft im Auge. —

Lord Roberts hatte ursprünglich beabsichtigt, der Regierung auch zu unterbreiten, daß sie nach Ansicht des Oberhauses in Anbetracht der veränderten strategischen Umstände in der Nordsee sich über das Invasionsproblem äußern müßte. Auch sollte sie bestimmt die Schlüsse nennen, zu denen man während der letzten Umfragen des „Committee of Imperial Defence“ gelangt sei.

Diese beiden Anträge ließ Lord Roberts jedoch auf Vorschlag von Lord Lansdowne fallen, während der erstgenannte Teil ungefähr in folgender Fassung mit 74 gegen 32 Stimmen angenommen wurde: daß nach Ansicht des Oberhauses die Verteidigung Englands der sofortigen Beachtung der Regierung daraufhin bedürfe, (außer einer starken Flotte) eine so zahlreiche und kriegsbrauchbare Armee zu schaffen, daß die mächtigste (most formidable) Nation zaudern würde, ehe sie es wagte, eine Landung an der britischen Küste zu versuchen. —

Fragt man sich nun, welchen greifbaren Erfolg diese Debatte bringen mag, so ist die wahrscheinlich richtigste Antwort: gar keinen. Es ist nichts Neues vorgebracht worden, das die Regierung zur Annahme des von Lord Roberts sehnlichst erwünschten Gesetzes zur zwangsweisen militärischen Ausbildung auf den Schulen veranlassen könnte oder zur Einführung der von einer Anzahl einsichtiger Männer ersehnten allgemeinen Wehrpflicht. So wird alles beim alten bleiben, und es ist nur erreicht, die Invasionsfurcht bei einem Teile der Bevölkerung etwas zu erhöhen.

Zum Schlusse möchte ich nicht unterlassen zu erwähnen, daß während der Verhandlung irgend welche Mißstimmung gegen Deutschland sich nicht bemerkbar gemacht hat. Im Gegenteil, es wurde sowohl von Lord Roberts als von anderen Rednern ausdrücklich betont, daß man die Invasionsgefahr von Deutschland her ebenso objektiv besprechen wolle, wie in früheren Jahren die von Frankreich. Ebensowenig wie damals von irgendwelcher Feindseligkeit oder Furcht vor Frankreich die Rede gewesen sei, so gelte dies jetzt von Deutschland. —

(gez.) Ostertag

Nr. 10230

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 1126 London, den 25. November 1908

Im Oberhause fand gestern eine Verhandlung über die Flottenfrage statt.

Lord Cawdor, der unter der vorigen Regierung Erster Lord der Admiralität war, lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf das Schiffsbauprogramm der Regierung und die eventuelle Stellung des Landes in den Jahren 1911—1912 und fragte, welche Schritte die Königliche Regierung zu ergreifen beabsichtige, um einen unbedingten Two-Power-Standard mit einem Sicherheitsüberschuß für Zufälligkeiten gegen irgendwelche mögliche Kombination fremder Mächte zu sichern. Er glaube nicht, so führte er aus, daß er übertreibe, wenn er sage, daß seit einiger Zeit ein beträchtliches Gefühl des Unbehagens in bezug auf den Zustand der Flotte sich im Lande bemerkbar gemacht habe. Diese Beunruhigung beziehe sich nicht so sehr auf den augenblicklichen Stand der Flotte als vielmehr auf die Zukunft. Er wolle die Aufmerksamkeit der Regierung und des Hauses auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen lenken, wenn die Vorherrschaft zur See in Zukunft aufrecht erhalten werden

solle. Der Redner erklärte sich mit der vom Premierminister* neulich abgegebenen Erklärung über den Two-Power-Standard einverstanden. Es sei von höchster Wichtigkeit, daß der Standard ein allgemeiner sei und nicht irgendeine Macht ausnehme oder eine oder zwei Mächte sich zum Brennpunkte wähle. Des weiteren forderte der Redner die Regierung auf, das Land schon vor Einbringung des Marineetats über die von ihr beabsichtigten Maßnahmen ins Vertrauen zu ziehen. Mehr wie Worte, so meinte er, würde es nützen, wenn man schnell zwei oder drei Schiffe mehr auf Stapel lege. Auch dem Auslande gegenüber würde es von größtem Wert sein, wenn man daselbst sehe, daß man in England ohne Unterschied der Parteien fest entschlossen sei, die Vorherrschaft Englands zur See aufrecht zu erhalten.

Lord Granard, der für die Regierung das Wort ergriff, erklärte, der Two-Power-Standard würde aufrecht erhalten werden, wie er stets, ganz gleich welche Partei am Ruder gewesen, aufrecht erhalten worden sei. Er lehnte es aber ab zu erklären, was die Regierung zu tun beabsichtige. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß Englands ganze Sicherheit von seiner Flotte abhänge, und es würde einer Regierung schlecht bekommen, wenn sie die Vorherrschaft Englands gefährde. Was Englands Stellung im Verhältnis zu anderen Ländern anbetreffe, so müßte es am Ende des Jahres 1911 acht Dreadnoughts und vier Invincibles besitzen. Die Deutschen würden dreizehn haben. Dabei sei von dem Programm, welches die Regierung dieses Jahr aufzustellen beabsichtige, abgesehen. Der Redner schloß seine Ausführungen, indem er sagte, er glaube seine Rede nicht besser enden zu können, als wenn er die Worte Sir Edward Greys wiederhole, daß man zwischen Sicherheit und Gefahr zu wählen habe, und daß es kein Mittelding gebe**.

Nach einigen Bemerkungen Lord Ellenboroughs ergriff der frühere parlamentarische Sekretär der Admiralität im Kabinett Campbell-Bannerman, Mr. Robertson, der jetzt als Lord Lochee of Gowrie im Oberhause sitzt, das Wort. Er wies zahlengemäß nach, daß der Two-Power-Standard augenblicklich völlig aufrecht erhalten sei, und man könne daher mit voller Ruhe der Entwicklung der nächsten Zukunft entgegensehen. Was die Definition des Two-Power-Standard anbetreffe, so halte er es für falsch, sich hierin zu sehr festzulegen, da man keine Definition finden könne, die sich für alle Zeiten als gültig erweise. — Auf die Frage des Seebeuterechts übergehend, bemerkte der Redner, er halte die Aufrechterhaltung desselben für England für schädlich, da England hierin die größte Zielscheibe bilde. Außerdem sei das Seebeuterecht der Hauptgrund für die starken Flottenrüstungen, und er bedauere aufrichtig, daß auf der Haager Konferenz keine Reform des Völkerrechts in dieser Richtung zustande gekommen sei***. Ganz abgesehen von Standards und Definitionen von

* Vgl. Nr. 10226.
** Dieser Absatz ist schon abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 88.
*** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXXII.

Standards mache das Bestehen des Seebeuterechtes für England eine Flotte nötig, die er nicht eine Zwei- oder Dreimächteflotte nennen wolle, sondern eine ungeheuere und unbesiegbare Flotte.

Aus der weiteren Debatte, die nicht viel neue Gesichtspunkte brachte, möchte ich noch einige Worte Lord Brasseys, der ein bekannter Marinesachverständiger ist, hervorheben. —

Lord Brassey schloß sich den Ausführungen Lord Cawdors an: „Wenn wir", so fuhr er fort, „die Beträge vergleichen, die für den Schiffsbau in Deutschland und England votiert werden, so ist es klar, daß England zurückbleibt. Um den Two-Power-Standard aufrecht zu erhalten, würde es nötig sein, sechs Dreadnoughts auf Stapel zu legen; vier davon bald, und den Bau zu beschleunigen, zwei später.... Laßt uns nicht die deutschen Maßnahmen als gegen uns gerichtet auffassen. Der Wunsch nach Freundschaft ist auf beiden Seiten stark." Es handele sich aber nicht nur um Dreadnoughts sondern auch um andere Schiffsklassen... Wenn man die Lage im allgemeinen betrachte, so glaube er, daß kein Grund zur Panik vorhanden sei. Die Politik, eine angemessene Zahl von Schiffen auf Stapel zu legen, könne aus politischen Gründen empfohlen werden. Solange die Beunruhigung andauere, würde mit Erörterungen über die Stärke der Flotte fortgefahren, was nicht dazu beitrage, freundschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern zu schaffen.*

P. Metternich

---

* Auch der Marineattaché Widenmann berichtete am 25. November (Nr. 911) über die Interpellationsdebatte vom 24. November. Sein Bericht schloß mit den Worten: „Die Frage, was das nächstjährige Programm uns bescheren wird, und wie die Deckung der voraussichtlich großen Forderungen gedacht ist, bleibt nach wie vor offen. Zwar wollen Persönlichkeiten, die in Regierungskreisen nicht fremd sind, wissen, daß man auf vier Dreadnoughts und Deckung der Kosten ohne Anleihe rechnen könne, aber ich möchte in diesen Angaben vorläufig doch nur Vermutungen erblicken. Wenn die Regierung wirklich nur mit der Forderung von vier Dreadnoughts vor das Parlament treten sollte, so muß sie meiner Ansicht nach auf heftige Angriffe seitens der Opposition und auf deren Unterstützung durch die Mehrheit der Nation gefaßt sein."

Nr. 10231

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Eigenhändig

Berlin, den 25. November 1908

Euer Durchlaucht erlaube ich mir einen Auszug aus einem Artikel der „Saturday Review" vom 11. September 1897** zu übersenden, weil er meines Erachtens einen sehr guten Beweis dafür liefert, daß nicht unser Flottenprogramm, sondern die gegebene handelspolitische Situation ähnlich wie seinerzeit bei Holland den letzten Grund für die englisch-deutsche Spannung bietet. Ich möchte glauben, daß Euer Durchlaucht und ich das gleiche historische Interesse daran haben, der Legendenbildung, welche zu meinem Bedauern der Botschafter Graf Metternich bei jeder Gelegenheit fördert, entgegenzutreten, als ob lediglich die Verstärkung der deutschen Flotte die Ursache für die Verschärfung der politischen Beziehung zu England wäre. Militärisch ist das schon deshalb ein Unsinn, weil die englische Flotte heute nicht zweimal, sondern mindestens dreimal so stark ist wie wir***.

Unsere Flottenvermehrung muß für die Drahtzieher in England lediglich den Deckmantel hergeben, unter dem die Konservativen ihre politischen Interessen den Liberalen gegenüber fördern und alle Interessenten an einer starken Flottenvermehrung die Massen mobil machen.

v. Tirpitz

Admiral und Staatssekretär des Reichsmarineamts

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 94.

** Es ist der nachträglich berühmt gewordene Artikel der „Saturday Review", der die Feststellung des unversöhnlichen deutsch-englischen Handelsgegensatzes mit den Worten beschloß: „Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt (extinguished) wäre, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher sein würde. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von 250 Millionen Pfund Sterling (gleich fünf Milliarden Mark) Krieg führen?" Zur Bedeutung des Artikels vgl. Graf Metternichs Bericht Nr. 5 vom 1. Januar 1909 in Nr. 10244.

*** Das galt allenfalls nur, wenn die Gesamtzahl aller Kampfeinheiten unter Einschluß der älteren Schiffsbauten in Vergleich gestellt wird, nicht aber bei alleiniger Berücksichtigung der neueren Kriegsschiffe vom Schlage der „Dreadnought" und „Invincible". Hier hatte sich das Verhältnis ganz im Gegensatz zu Sir John Fishers triumphierender Feststellung „Germany has been paralysed by the Dreadnought" zu Ungunsten Englands verschoben. Das wirkliche Verhältnis in dieser Beziehung wird aufgedeckt durch einen Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitän Widenmann Nr. 869 vom 13. November 1908 (siehe Nr. 10226).

Nr. 10232

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 1136 London, den 26. November 1908

Ich traf kürzlich mit dem Ersten Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, auf dem Lande zusammen, wobei sich mehrfach die Gelegenheit zu einer freien und unverbindlichen Meinungsäußerung zwischen uns ergab.

Die Definition von dem, was unter Two-Power-Standard verstanden werden soll, hat in jüngster Zeit mehrfach zu parlamentarischen Erörterungen geführt, worüber ich von Fall zu Fall zu berichten mich beehrt habe**. Die Konservativen wünschen, daß dieser Begriff im weitesten Sinne ausgelegt wird, um einen möglichst hohen Effektivbestand der Flotte zu erzielen, während die Liberalen ihn einzuschränken versuchten. Diese Versuche fallen mit der Zeit indessen immer schwächer aus. Sie sehen, daß Einschränkungen und Ersparnisse in der Flottenrüstung vom Lande nicht gebilligt werden würden; sie fühlen, daß ein Sturm der Entrüstung losbrechen würde, wenn die Gegenpartei mit dem Anschein der Begründung den Vorwurf erhöbe, daß die Sicherstellung der englischen Vorherrschaft zur See gefährdet werde, und sie fügen sich in das Unabänderliche. Als ich Herrn M'Kenna sprach, war an den Premierminister im Unterhause gerade die Anfrage gerichtet worden, ob die Regierung den Two-Power-Standard dahin auslege, daß die englische Flotte den beiden nächst stärksten Flotten in der Zahl an Hauptschiffen (capital ships) gewachsen sein und sogar ein Übergewicht von 10% haben müsse. Mr. Asquith bejahte diese Anfrage. Mr. M'Kenna erklärte mir gegenüber, daß jene Anfrage Unklarheiten enthalte, ebenso wie der Begriff des Two-Power-Standard überhaupt. Zunächst wisse man nicht, was unter capital ships zu verstehen sei. Dreadnoughts und Invincibles, also die neuen Linienschiffe und großen Panzerkreuzer, seien jedenfalls nicht allein capital ships. Frühere Klassen von Linienschiffen müßten auch dazu gerechnet werden und würden von gewissen Admiralen ebenso hoch eingeschätzt wie der neueste Schiffstyp. Sodann könnte der Two-Power-Standard nur für defensive Zwecke gelten. Auch teilt der Minister die Auffassung Sir E. Greys, daß in den Berechnungen für den Two-Power-Standard Nordamerika ausgeschlossen bleibt. Eine Flotte, die erst 3000 Meilen über den Ozean müsse und mit erschöpftem Kohlenvorrat ohne Stützpunkt in die Nähe der englischen Küste gelange, dürfe nicht unter demselben Gesichtspunkt betrachtet werden, wie europäische Flotten mit eigenen Häfen in relativer Nähe der englischen Küste.

---

* Teilweise abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 89 ff.
** Vgl. Nr. 10228 und Nr. 10230.

Die Anstrengungen der südamerikanischen Staaten, insbesondere Brasiliens, sich moderne Kriegsflotten zu schaffen, führt der Minister hauptsächlich auf den Wunsch dieser Länder zurück, eine größere politische Selbständigkeit gegenüber der nordamerikanischen Union zu gewinnen. Das Gerücht, worauf ich hinwies, daß die hier für südamerikanische Rechnung im Bau befindlichen Dreadnoughts eventuell von der englischen Regierung erworben werden sollten, bestritt er entschieden. Es bestehe hier nicht die geringste Absicht, eines oder mehrere dieser Schiffe für die englische Flotte zu erwerben.

Vorwiegend interessierte den Ersten Lord der Admiralität indessen der deutsche Flottenbau. Damit er sich frei äußern könne, verlangte er von mir das Versprechen, daß ich seine Ansichten lediglich als im Privatgespräch gefallen betrachten wolle. Ich schicke voraus, daß ich den Minister darauf hingewiesen hatte, wie unbegreiflich die hiesige Furcht vor der deutschen Flotte erscheine, wenn die beiderseitigen Stärkeverhältnisse jetzt und nach Ausbau der deutschen Flotte objektiv gemessen würden. Hier werde in der Regel die Sache so dargestellt, als ob die deutsche Flotte in dem Umfange, wie sie das Gesetz vorgesehen habe und in Zukunft vorhanden sein werde, jetzt schon auf dem Wasser schwimme, während die englische Flotte für die nächsten zehn Jahre als stagnant betrachtet werde, also keinen Zuwachs erhalte, die unserige dagegen unaufhaltsam in ihrer Entwickelung fortschreite.

Hierauf erwiderte der Erste Lord der Admiralität, die allgemeinen Befürchtungen seien begründet durch den Umfang, den wir unserer Flotte zu geben beabsichtigten, durch die Tüchtigkeit, die ihr zugeschrieben werde, durch die Nähe, in der sie sich von der englischen Küste befinde, und insbesondere durch die Schnelligkeit, mit der sie ausgebaut werde. Dazu trete, daß nach seinen Nachrichten wir schon jetzt in der Lage seien, in gegebener gleicher Zeit eine größere Anzahl von Dreadnoughts zu bauen als England. Wir besäßen eine größere Anzahl von Hellingen für den größten Schiffstyp als England, könnten eine größere Anzahl von gepanzerten Geschütztürmen nebst Unterbau herstellen und rascher Panzerplatten liefern als England, kurzum, die Bedingungen zum Bau der größten Kriegsschiffe lägen schon jetzt günstiger bei uns als hier. Zudem sei keine Gewähr dafür geboten, daß wir nach einigen Jahren unser Flottenprogramm nicht vermehrten. Wenn wir auch jetzt nicht diese Absicht hätten, so könnten nach einigen Jahren die Umstände uns doch dazu treiben. Unser mächtiger Flottenverein agitiere schon jetzt für eine größere Flotte, und seine Forderungen seien bisher dem Regierungsprogramm in der Regel vorausgegangen. Auch würde unsere Schiffsbauindustrie uns notwendig dahin drängen, im selben Maße weiter zu bauen. Täten wir das nicht, so würden unsere Werften ruiniert sein. Er kenne aus Erfahrung die Schwierigkeiten, die daraus entständen, wenn die Admiralität den Werften in gewissen Zeitabschnitten weniger zu verdienen gebe als vorher. In England hielten sich die Werften in

Zeiten, wo die Admiralität geringere Anforderungen an sie stellte, dadurch aufrecht, daß sie bedeutende auswärtige Bestellungen an Kriegsschiffen erhielten. Unseren Werften fehle aber diese auswärtige Kundschaft, und sie hingen in ihrer Existenz von den dauernden Aufträgen der deutschen Admiralität ab. Es werde sich indessen wohl bald zeigen, ob wir eine Ausdehnung unseres Flottenprogramms beabsichtigten. Ein sicheres Symptom hierfür würde die Vermehrung des Personalbestandes unserer Flotte sein. Die alten Schiffe, welche durch neue ersetzt würden, brauchten, obwohl sie bei weitem kleiner seien, doch die gleiche Besatzungsstärke.

Es sei nun zwar im Budget für das nächste Jahr eine Vermehrung der englischen Flotte vorgesehen, um den relativen Vorsprung vor den anderen Mächten beizubehalten. Aber gerade die neuen Anstrengungen, welche England zu machen gezwungen sei, die neuen, großen Ausgaben, die damit verbunden seien, die neuen Steuern, die im Laufe der Zeit erhoben werden müßten, um die Geldmittel zu beschaffen, brächten es mit sich, daß nach seiner Befürchtung das Gefühl der Beunruhigung wachsen und die Beziehungen zwischen Deutschland und England noch mehr leiden würden. Die deutsche Flotte allein bilde nach allgemeiner hiesiger Auffassung eine reelle Gefahr für England. Mit dem Wachsen unserer Flotte werde die Zunahme dieser Gefahr hier immer deutlicher empfunden. Die Amerikaner seien weit ab, und die französische Flotte sei minderwertig, die unsere befinde sich dagegen nahe der englischen Küste, sie sei nach einem einheitlichen Prinzip angelegt, jetzt schon tüchtig, und sie werde nach ihrem Ausbau stark und mächtig sein. Trotz dieser allgemein erkannten und von Jahr zu Jahr drohender werdenden Gefahr werde eine englische Regierung aber niemals einen Angriffskrieg führen, um das weitere Anwachsen der deutschen Flotte zu verhindern. Dagegen werde jede englische Regierung, getragen und getrieben von der öffentlichen Meinung, alle Kräfte des Landes anspannen, um gegen jede mögliche Gefahr zur See sich zu sichern. Die Existenz Englands hänge davon ab.

Ich erwiderte, da England keine Angriffsgedanken hege und Deutschland ebenfalls nicht (was ich des weiteren ausführte), so sei ein Zusammenstoß nicht zu befürchten. Wir hätten nicht die Absicht, mit England zur See zu konkurrieren, ebensowenig wie unsere Flotte über das im Flottengesetz festgesetzte Ziel hinaus zu vermehren. Der jetzt vorgesehene und seit acht Jahren bekannte Umfang unserer zukünftigen Flotte genüge zum Schutz unserer Küsten, unseres Handels und unserer überseeischen Interessen. Darüber hinaus würden wir nicht gehen. Diese bestimmte Absicht hätten mir sowohl Seine Majestät der Kaiser wie auch Euere Durchlaucht im Einvernehmen mit der Leitung unserer Marine noch Ende dieses Sommers kundgegeben*.

Der englische Marineminister sprach sich über diese Bemerkung, zu der

---

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8239, Fußnote.

ich sowohl von Seiner Majestät dem Kaiser wie von Euerer Durchlaucht bei meiner letzten Anwesenheit in Deutschland mündlich ermächtigt worden bin, erfreut aus. Sie vermochte indessen seine Befürchtungen nicht zu zerstreuen, da unsere Flotte so, wie sie durch das Gesetz vorgesehen ist, hier als Gefahr empfunden wird.

Ich habe dem Kaiserlichen Marineattaché von diesem Bericht Kenntnis gegeben.

P. Metternich

Nr. 10233

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 1146 London, den 26. November 1908

Fragen der Landesverteidigung nehmen in letzter Zeit in wachsendem Maße die allgemeine Aufmerksamkeit hier in Anspruch. Bisher war es vorzugsweise die Sorge um die Aufrechterhaltung der Vormachtstellung Englands zur See, welche zutage trat. Daneben wagte sich der Wunsch nach einer starken Armee nur schüchtern hervor. Mit der Rede des alten Feldmarschalls Lord Roberts** ist die Maske gefallen und der Kampf um die allgemeine Wehrpflicht in ein neues Stadium getreten. Der Feldmarschall, schon längst ein Anhänger derselben, wird von einem Konsortium getrieben und in den Vordergrund geschoben. Seine Autorität soll den an und für sich hier nicht beliebten Plan der allgemeinen Wehrpflicht decken. Unter denen, die hinter ihm stehen, befinden sich unter anderen Lord Lovat und der frühere Oberst A'Court-Repington***. Sie gehören der National Service League an, deren Ziel auf die Schaffung eines starken Heeres nach kontinentalem Muster gerichtet ist. Dieser Liga sollen in der letzten Zeit zahlreiche neue Mitglieder zuströmen. Die deutsche Gefahr muß dazu herhalten, um dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht Eingang zu verschaffen. Lord Roberts ist, wie ich mit der Bitte um Geheimhaltung hinzufüge, von maßgebender Regierungsseite vor seiner jüngsten Rede im Oberhause dringend ersucht worden, nicht auf Deutschland zu exemplifizieren†. Er hat sich nach diesem Wunsche indessen nicht gerichtet, wohl in der richtigen Überzeugung, daß ohne die Hereinziehung Deutschlands seine Warnungen unbeachtet geblieben sein würden.

---

* Bereits abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 91.
** Vgl. dazu Nr. 10229.
*** Langjähriger militärischer Mitarbeiter der „Times".
† Vgl. das folgende Schriftstück.

In hiesigen politischen Kreisen erkennt man zwar, daß Lord Roberts die deutsche Invasionsgefahr seinen entsetzten Landsleuten vorhält, um sie für seinen Lieblingsplan zu gewinnen. Einen besonders nachhaltigen Eindruck wird seine Rede daher wohl kaum haben. Schank- und Schulgesetz, die augenblicklich im Parlamente heftig debattiert werden, fesseln den geschulten Politiker weit mehr als die allgemeine Wehrpflicht. Trotzdem haben Lord Roberts' Worte dazu beigetragen, das allgemeine Gefühl der Beunruhigung momentan wieder zu steigern. Vor einem Jahre wäre die Rede des alten Feldmarschalls noch kaum möglich gewesen. Sie würde als eine so starke Übertreibung empfunden worden sein, daß sie ihren Eindruck verfehlt hätte. Heute wird sie ernster genommen, zum wenigsten nicht verlacht, und die Übertreibung wird nicht bemerkt.

Die Propaganda für Verstärkung der englischen Flotte, für die eventuelle Vermehrung des Heers, die Zunahme der Schutzzollbewegung, nachdem neue Steuern zur Deckung des Marinebudgets herangezogen werden müssen, das wachsende Gefühl der Beunruhigung vor der deutschen Gefahr und damit die stetige Zurückdrängung eines Ausgleichs zwischen Deutschland und England sind im großen und ganzen auf dieselbe Ursache zurückzuführen.

Ich bezweifle, daß ein unparteiischer Beobachter, wenn er auch nur einige Monate in England zugebracht haben sollte, anderer Meinung sein kann, als daß der Kardinalpunkt unserer Beziehungen zu England in dem Wachsen unserer Flotte liegt. Es mag dies nicht erfreulich für uns zu hören sein, ich sehe aber keinen Nutzen darin, die Wahrheit zu verschleiern, und halte dies auch nicht mit meiner Pflicht vereinbar.

P. Metternich

Nr. 10234

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 27. November 1908

Vielen Dank für Ihren Brief vom 23. d. Mts.** und für das Schreiben von Tirpitz***, welches ich wieder beifüge. Ich kann es leider nicht ändern,

---

* Teilweise abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 91f. In dem Abdruck bei Tirpitz fehlen alle Ausführungen, die direkt gegen den Admiral gerichtet sind. Man wird anzunehmen haben, daß der Brief Tirpitz in gekürzter Abschrift von Bülow zugeleitet worden ist. Der Text der bei Tirpitz abgedruckten Schriftstücke, die dem Auswärtigen Amt entstammen, weist überhaupt des öfteren mehr oder minder große Abweichungen gegenüber den Originalen auf. Als authentisch kann überall nur der Abdruck der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gelten.

** Nicht bei den Akten.

*** Siehe Nr. 10227.

wenn ich den Herrn Admiral dadurch verstimme, daß ich das Verhältnis Englands zu Deutschland in meiner Berichterstattung auf die wahre Ursache zurückführe und seine Ausflüchte nicht gelten lasse. Wozu auch? Wo liegt denn der Nutzen für uns de prendre des vessies pour des lanternes? Es ist nicht die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands, welche unser Verhältnis zu England von Jahr zu Jahr verschlechtert, sondern es ist die rasche Zunahme unserer Flotte*. In England lebende Deutsche sind sich darüber ebenso klar, wie der Engländer selbst. Nur krasse Ignoranz der hiesigen Verhältnisse kann behaupten, daß die englischen Schiffsbauinteressenten an der Spannung zwischen England und uns Schuld tragen. Lediglich unser rasches Tempo zwingt die hiesige Regierung widerwillig zu neuen, großen Ausgaben für Schiffszwecke. M'Kenna hat nicht gesagt, daß die hiesige Admiralität Schiffe bauen müsse, um die Werften am Leben zu halten. Dagegen hat er dies, mit Recht oder mit Unrecht, von der unsrigen behauptet, weil wir keine fremde Kundschaft für Kriegsschiffe hätten, wenn der eigene Bedarf zeitweise gedeckt sei, die Engländer aber wohl. Die Tirpitzsche Auslegung des Two-Power-Standard mag richtig sein, nur wird sie, und darauf kommt es allein an, von der englischen Regierung nicht geteilt. Wir werden bald sehen, ob das englische Flottenprogramm für 1909 und die damit verbundenen Kosten die Spannung mildern werden. Nach meiner, von allen mir bekannten politisch denkenden Engländern geteilten Ansicht wird das Gegenteil eintreten. — Die Verdienste von Tirpitz um die Entwickelung unserer Flotte sind unbestritten und groß. Es zeigt sich aber wiederum, daß militärische, technische und organisatorische Tüchtigkeit nicht notwendig mit richtigem politischen Urteil verbunden sind. Dies Urteil, mit Bezug auf England, steht dermaßen mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch, daß es fast so scheint, als ob er nicht sehen wolle. Es mag ja unerwünscht sein, wenn allmählich in Deutschland der wahre Grund der zunehmenden Verstimmung in England durchsickert. Es hilft aber nichts, sich hinter falschen Trugschlüssen zu verstecken. Das Erwachen könnte dann um so bedenklicher sein.

---

* Dieser Auffassung Graf Metternichs stellt A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 92, Fußnote, das Urteil Ballins gegenüber, der in einem für den Kaiser bestimmten Bericht aus dem Jahre 1910 u. a. geschrieben habe: „Von der Entwicklung von Handel und Verkehr hängt meiner Ansicht nach hier alles ab (nämlich Stimmung gegen Deutschland) . . . Der Deutschenhaß ist so schlimm, daß man mit seinen ältesten Freunden kaum noch zusammenkommen kann." Liest man den von Tirpitz angeführten Satz im Zusammenhang des Ballinschen Berichts, der bei B. Huldermann, Albert Ballin, S. 230ff. vollständig abgedruckt ist, so sieht man, daß der von Tirpitz eingeschobene erklärende Zusatz „nämlich Stimmung gegen Deutschland" eine willkürliche Konstruktion ist. „Alles" bezieht sich gar nicht auf Deutschland, sondern auf die Entwicklung Englands zum Schutzzoll. Daß auch Ballin in dem Flottenbau die primäre Ursache für den Gegensatz zwischen Deutschland und England gesehen hat, ergibt sich klar und deutlich aus der Biographie Huldermanns (vgl. z. B. S. 202, 209); eben deshalb hat er sich so sehr bemüht, hier einen Ausgleich in die Wege zu leiten.

Im Hinblick auf unsere allgemeine Politik gegenüber England kann ich nur wiederholen: Fassen wir die Ausbrüche und Auswüchse der hiesigen Flotten- und Invasionsfurcht mit Ruhe auf, sprechen wir möglichst wenig von unserem Verhältnis zu England und wickeln wir die politischen Fragen von Regierung zu Regierung offen und geschäftsmäßig ab.

Die Haltung des Reichstags und die Ihrige in der konstitutionellen Frage* — denn so muß man sie wohl nennen — haben hier einen tiefen Eindruck gemacht. Die freie Meinungsäußerung gegenüber der Krone hat hier imponiert, die spontanen und allseitigen Versicherungen der Parteien, daß wir keine feindlichen Gefühle gegen England hätten, haben hier beruhigt. In den Tagen, als es ungewiß war, ob Sie mit Ihrer Ansicht an der höchsten Stelle durchdringen würden, oder zurücktreten müßten, habe ich zu meiner Freude bemerkt, daß in allen ernsten und verantwortlichen Kreisen hier der Wunsch nach Ihrer Erhaltung im Amte vorherrschend war, weil man sich davon eine größere Stabilität der deutschen Politik und der friedlichen Entwickelung in Europa versprach.

Als der Artikel des „Daily Telegraph" erschien, war schon seit mindestens einem Monat bei Hofe, in der Regierung und in den Redaktionen mehrerer Zeitungen eine Halesche Aufzeichnung seines Interviews bekannt**. Nicht der „Century Magazine"-Artikel, auch nicht die aus einzelnen hier und da aufgeschnappten Redewendungen kühn zusammengeflickte Veröffentlichung der „New York World", sondern eine andere Aufzeichnung. Dies hängt damit zusammen, daß der „Daily Telegraph"-Artikel selbst in England eine so kühle Aufnahme gefunden hat. Die Halesche Aufzeichnung soll nämlich sehr heftige Ausfälle gegen England enthalten. Der Prinz von Wales sprach sich mir gegenüber im engsten Vertrauen höchst besorgt darüber aus, daß die Aufzeichnung infolge einer journalistischen Indiskretion doch noch das Licht der Welt erblicken könne. Ich stellte mich hier auf den Standpunkt, daß diese Aufzeichnung ebenso wie die Veröffentlichung in der „World", eine Erfindung sei. Ich versuche nebenbei, vorsichtig, über die Authentizität und den Inhalt der Aufzeichnung näheres zu erfahren.

Als der „Daily Telegraph"-Artikel erschienen war, erklärten einige hiesige Society Ladies, das sei ihnen nichts Neues, das hätten sie alles schon im vorigen Winter viva voce gehört.

Ehe Lord Roberts seine Brandrede*** hielt, ging Lord Knollys† im

---

* Gemeint ist die „Daily Telegraph"-Affäre und ihre Auswirkung im Reichstage. Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVIII.

** Näheres darüber in Bd. XXVI, Kap. CXCVIII, Nr. 9132, S. 294 Fußnote und bei Otto Hammann, Um den Kaiser, S. 111ff.

*** Vgl. Nr. 10229.

† Geheimsekretär König Eduards VII.

Auftrage des Königs und der Regierung zu dem alten Herrn, um ihn dringend zu ersuchen, Deutschland herauszulassen. Bekanntlich ohne Erfolg.*

P. Metternich

Nr. 10235

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz***

Konzept

Nr. 13859
Geheim

Berlin, den 30. November 1908

Ew. Exzellenz spreche ich meinen verbindlichsten Dank für die Zuschrift vom 25. d. Mts.*** aus und lasse den derselben beigefügten Artikel der „Saturday Review" vom 11. September 1897 hier wieder zurückfolgen. Ich habe den Inhalt dieses Artikels zur Kenntnis des Kaiserlichen Botschafters in London gebracht. Schon vorher hatte ich am 19. d. Mts. im Reichstage† wörtlich gesagt: „Und ist es denn so unnatürlich, daß unsere aus dem Wachstum der Bevölkerung und unserer produktiven Kräfte hervorgegangene wirtschaftliche Expansion die einst freundlicheren Gefühle des englischen Volkes, wenigstens bei einem Teile des englischen Volkes, allmählich in Mißtrauen verwandelte oder doch mit einer gewissen Besorgnis erfüllt hat."

Ich habe mit diesen Worten öffentlich eine Auffassung über den Grund des deutsch-englischen Gegensatzes ausgesprochen, die der Ansicht Ew. Exzellenz entgegenkommt. Meine diesbezüglichen Ausführungen haben aber sofort nicht nur bei der antideutschen „Times", sondern selbst bei der liberalen und nicht deutschfeindlichen „Westminster Gazette" lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Ich lege die betreffenden Artikel hier bei††.

---

* Im Anschluß an den Metternichschen Brief verfaßte Fürst von Bülow eine Aktennotiz folgenden Wortlauts, die hernach in seiner Antwort an Graf Metternich vom 11. Dezember (siehe Nr. 10236) verwandt worden ist: „In letzter Zeit sind mancherlei technische und finanzielle Bedenken aufgetaucht, auch im Reichstag. Falls der Reichstag dem Rechnung trägt, wird sich das Bautempo verlangsamen. Die Regierung kann schwer etwas machen, da das Gesetz schon durch alle Instanzen gegangen ist."

** Abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 94 ff.

*** Siehe Nr. 10231.

† Es war gelegentlich der ersten Beratung der Vorlagen zur Reichsfinanzreform geschehen, die Fürst Bülow mit einer großen Rede einleitete.

†† Gemeint ist der „Times"-Artikel „The German Financial Proposals" vom 20. November und der Artikel der „Westminster Gazette" „Agreement and Conflict" vom gleichen Tage. Beide Artikel richteten sich gegen die Andeutung Fürst Bülows, als sei der englisch-deutsche Gegensatz auf kommerzielle Eifersucht zurückzuführen.

Inzwischen haben im englischen Oberhaus die Verhandlungen über den bekannten Antrag des Lord Roberts stattgefunden*. Mag vielleicht auch Lord Roberts selbst seine Besorgnis vor einer deutschen Invasion übertrieben haben, so hat doch die Abstimmung bewiesen, daß ein großer Teil der englischen Lords ihm auf einem Gebiete — der allgemeinen Wehrpflicht — folgte, das in England sehr unpopulär ist. Die allgemeine Wehrpflicht gilt dem „freien" Engländer als eine der entwürdigenden Institutionen des Kontinents. Sie wird durch ihre Kosten neue Steuern verursachen. Sie wird auch dadurch in der unangenehmsten Weise in die englischen Sitten und Gewohnheiten eingreifen, daß sie die Freizügigkeit der Militärpflichtigen einschränkt, die in England sehr häufig schon in jungen Jahren nach den Kolonien gehen wollen. Wenn die Lords mit großer Majorität einer so unpopulären Maßregel zugestimmt haben, kann man sich dem Gedanken nicht verschließen, daß ein großer Teil derselben ernste Gefahren für ihr Vaterland befürchtet.

Es wird von allen Personen, die in letzter Zeit in England waren, bestätigt, daß tatsächlich, so unberechtigt es an und für sich sein mag, dort große Furcht vor einem Angriff der deutschen Flotte herrscht. Im Jahre 1897 war ein Artikel, wie der der „Saturday Review" eine Ausnahme, eine solche Abnormität, daß ihrer noch heute nach elf Jahren gedacht wird. Dagegen können wir uns leider der Tatsache nicht verschließen, daß gehässige Artikel gegen Deutschland in allen englischen Blättern, konservativen wie liberalen und radikalen, jetzt an der Tagesordnung sind. Wenn sich auch diplomatisch geschulte Minister vorsichtiger ausdrücken, so sind Alarmrufe gegen die deutsche Gefahr in neuerer Zeit nicht einmal, sondern wiederholt von Ministern, Parlamentariern und Offizieren laut und öffentlich ausgedrückt worden. Diesbezügliche Beiträge liefern zwei Berichte und ein Privatbrief des Botschafters in London vom 26. und 27. d. Mts.**, die ich hier in Abschrift anschließe.

Ein beredtes Zeugnis in dieser Richtung sind auch die fortwährenden Anfragen und Verhandlungen im Parlament über die Flotte, den Two-Power-Standard etc. Zwei darauf bezügliche Berichte des Grafen Metternich vom 24. und 25. d. Mts.*** füge ich hier abschriftlich bei. Ich lege Euerer Exzellenz des weiteren hierneben zur gefälligen Einsicht einen viel beachteten Artikel des „Standard" bei, eines durchaus ernsthaften Organs, in welchem der Gedanke des Präventivkrieges energisch vertreten wird†.

---

* Vgl. Nr. 10229.

** Siehe Nr. 10232, 10233 und 10234.

*** Siehe Nr. 10228 und Nr. 10230.

† Es handelt sich um einen im „Standard" vom 26. November 1908 abgedruckten Brief, der mit den Worten schloß: „Now, what are the British people to do? You state that for every German warship that leaves the stocks we must build two. That is all very well, but why should we be burthened with increased taxation and increased uneasiness? Has it not been held of old that if one nation wantonly places a large force on the frontier of another, the menaced country has a right to ask that that force

Die Furcht vor unserer Flotte und den mit unserem Flottenbau von uns verfolgten Plänen besteht in England. Sie ist unberechtigt, aber sie ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Auch der vom „Standard" klar ausgesprochene Gedanke des Präventivkriegs, das heißt eines englischen Angriffs auf Deutschland, ehe es zu spät ist, ist nicht neu, er ist schon wiederholt in der englischen Presse aufgetreten. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dieser Gedanke sich allmählich des englischen Volkes ebenso bemächtigen wird, wie sich dort allmählich das Mißtrauen gegen unsere Absichten beim Ausbau unserer Flotte festgesetzt hat. Bei der Zähigkeit, mit der erfahrungsmäßig die Engländer an einem derartigen Gedanken, wenn er bei ihnen Gemeingut geworden ist, festhalten, muß ich mir als verantwortlicher Staatsmann die ernste Frage vorlegen, wie wir uns einer solchen Eventualität gegenüber zu verhalten haben. Ich gestatte mir deshalb, an Euere Exzellenz, dem die fachmännische Verantwortung zufällt von dem Momente an, wo es zu einem kriegerischen Zusammenstoße kommen sollte, die Frage zu richten, ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen können.

Bülow

Nr. 10 236

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief
Konzept von der Hand des Gesandten von Kiderlen

Berlin, den 11. Dezember 1908

pp.* Im Reichstage habe ich so lang als möglich vermieden über die Abrüstungsfrage zu sprechen**, obgleich sie von sämtlichen Rednern

---

shall be removed, and if its request is not complied with, to resent such action, and, if strong enough, to resent it by force? Appeals have been made to the German Government without number by the Press and by our Government, both diplomatically and before the world at the Hague Conference, only to be rejected almost with contempt. Let no one imagine that we shall always be able to continue this game of ‚beggar my neighbour'. The German nation's resources, both in numbers and wealth, are rapidly increasing, and the time is approaching when we shall have to adopt one of two courses: either submit to beggar ourselves or to fight. Would it not be better to fight now? That is a question that may have to be answered at no distant date."

* Der hier nicht gebrachte Anfang des Briefes betrifft die Balkanfrage, insbesondere die Verständigung Österreich-Ungarns mit der Türkei über Bosnien; vgl. Bd. XXVI, Kap. CCI, Nr. 9243, S. 463, Fußnote **.

** Fürst Bülow hatte in seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember mit Bezug auf die von dem Abgeordneten Haußmann angerührte Frage einer internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See zunächst die großen technischen Schwierigkeiten dieser

teils eingehend besprochen, teils berührt wurde. Auf eine ganz direkte Anfrage von freisinniger Seite mußte ich antworten. Ich habe dabei zunächst geflissentlich vermieden, England auch nur zu nennen, sodann hervorgehoben, daß unsere geographische Lage vor allem uns auf ein starkes Landheer hinweise, daß schon hierdurch und durch unsere weit vorgeschrittene kostspielige Sozialpolitik unsere Rüstung zur See begrenzt sei und daß letztere lediglich den Zweck des Schutzes unserer Küsten haben könne.

Ich bitte Sie, zur richtigen Auffassung meiner Rede dort zu verwerten, was ich Ihnen vorstehend über deren Anlaß mitgeteilt habe, und das, was ich gestern abend Goschen, der bei mir aß, noch persönlich gesagt habe. Ich habe Goschen auseinandergesetzt, daß unser Flottenbauplan, wie er Ihnen bekannt, gesetzlich festgelegt ist; er hat Reichstag und Bundesrat passiert; die Regierung ist daran gebunden; sie kann also schwer etwas dagegen machen; jedenfalls nicht direkt. In letzter Zeit sind jedoch mancherlei technische und finanzielle Bedenken, auch im Reichstag, aufgetaucht, ob es ratsam ist, so viele große Schiffe auf einmal zu bauen, wie es im Gesetz vorgesehen ist.

Trägt der Reichstag dem Rechnung, so wird sich wenigstens das Bautempo verlangsamen lassen. Ich werde dazu gern die Hand bieten. Ich lege den Wortlaut meiner Rede* bei.

Verwerten Sie das Vorstehende an den Ihnen geeigneten Stellen. Ich hoffe, es wird zur Beruhigung dienen und jedenfalls die Loyalität unserer Politik dartun.

Bülow

Materie betont und dann auf die besonderen Gefahren der deutschen Lage, die das Reich zur Vorsicht mahnen müßten, hingewiesen: „Wir stehen in der Mitte von Europa, auf dem strategisch ungünstigsten Platz, der sich auf der Karte aller fünf Weltteile ausfindig machen läßt. Unsere Rüstungen sind von der Notwendigkeit diktiert, uns nach verschiedenen Fronten verteidigen zu können. Ich glaube, daß unsere Lage in dem Augenblicke eine schlechte werden würde, und unser Frieden ernstlich bedroht, in dem wir unsere Rüstungen vermindern würden unter den Stand, den unsere Lage in Europa erheischt". Schließlich hob der Reichskanzler in seiner besonders für England bestimmten Rede noch hervor, daß der Umfang der deutschen Rüstungen zur See vom Gesetz bestimmt sei, und zwar lediglich nach dem Gesichtspunkt, die deutschen Küsten zu verteidigen und den deutschen Handel zu schützen. „Auf der einen Seite unsere geographische Lage, nach der für alle Zeiten unsere Sicherheit von der Stärke unseres Landheeres abhängig sein wird, auf der anderen Seite das Maß unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte, die durch die Anforderungen für unser Landheer und durch eine allen anderen Ländern weit vorauseilende Sozialpolitik bereits stark belastet sind, schließen es, darin weiß ich mich der Zustimmung unserer Marinebehörden gewiß, völlig aus, daß wir im Flottenbau über das nach unserem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß hinausgehen."

* Siehe denselben in den Stenographischen Berichten des Reichstags Bd. 233, S. 6106.

Nr. 10237

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Abschrift

Nr. 1212 London, den 11. Dezember 1908

Mit dem Marineminister Herrn M'Kenna hatte ich gestern wiederum* ein unverbindliches Afterdinnergespräch. Aus dem Ton seiner Bemerkungen ging hervor, was ich auch schon aus Äußerungen anderer leitender politischer Persönlichkeiten in letzter Zeit bemerkt hatte, daß man sich hier in leitenden Kreisen mit unserem Flottenbauprogramm abgefunden hat und den englischen Vorsprung durch entsprechende neue Schiffsbauten beizubehalten suchen wird. Für die neuen Anstrengungen, die sie hier zu machen haben, werden ausschließlich wir durch unser Flottenprogramm verantwortlich gemacht.

Als ich Herrn M'Kenna an die jüngste Botschaft des Präsidenten Roosevelt erinnerte, welcher die schleunige Anschaffung von acht Dreadnoughts verlangt**, verstieg er sich zu der Äußerung, daß die Amerikaner auch nur unseretwegen in die Konkurrenz des Schiffsbauens gedrängt würden. Er führte wieder aus, daß die amerikanische Flotte als Feind an den englischen Küsten gar keine Rolle spielen könne. Die englische Flotte brauche ihnen nicht einmal eine Schlacht zu liefern, sondern nur 14 Tage in den Kriegshäfen still zu liegen, dann müßte die amerikanische Flotte wegen Kohlenmangels unverrichteter Dinge wieder abfahren. In den offenen Handelshäfen können sie auch nichts ausrichten, dafür würden schon Torpedoboote und Minen sorgen.

Ich machte ihn nochmals darauf aufmerksam, daß von Konkurrenz keine Rede sei und unser Programm gesetzlich festläge, über das wir nicht hinauszugehen beabsichtigten. Euerer Durchlaucht Rede im Reichstage*** war gestern abend hier noch nicht bekannt. Der englische Marineminister wird in derselben die Bestätigung des von mir Gesagten finden.

Übrigens meinte er, daß nach den Erfahrungen, die sie hier mit dem neuen Schiffstyp und allem Zubehör gemacht hätten, uns unsere Schiffe weit teuerer zu stehen kommen würden, als im Marineetat angegeben sei. Die Aussichten auf Kriegsluftschiffe erschreckten ihn vorläufig nicht. Die Gefahr von Luftschiffen für schwimmende Schiffe schlägt er gering an. Nachts könnten sie nichts sehen und tagsüber würden

---

* Vgl. Nr. 10232.

** Am 8. Dezember hatte Präsident Roosevelt dem Kongreß eine Botschaft über Fragen der Finanz-, Sozial- und Auswärtigen Politik zugehen lassen, an deren Schluß es hieß: „Es ist wünschenswert, sobald als möglich ein Geschwader von acht Schlachtschiffen des besten bestehenden Typs zu vervollständigen. Die Flotte sollte als eine rein militärische Organisation behandelt worden, und alles sollte dem einen Ziele der Sicherung der militärischen Wirksamkeit untergeordnet werden." Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1908, S. 435.

*** Vgl. Nr. 10236, Fußnote **.

sie heruntergeschossen werden oder sich so hoch halten müssen, daß jede Treffsicherheit verloren ginge.

Die Robertssche Invasionsfurcht teilt er nicht, hält vielmehr die Flotte zum Schutze Englands für genügend. Ich bemerkte ihm, es sei jetzt hier viel von deutscher Gefahr und Invasion die Rede und es werde Propaganda gemacht, um ein Heer von einer Million Soldaten zu schaffen. Die aggressive Gefahr liege ganz wo anders als in Deutschland. England mit überwiegend starker Flotte und einem Einmillionenheer bilde eine Gefahr für Europa, da es seine Truppen unter dem Schutze seiner Flotte landen könne. Die englischen Zeitungen betrachteten die Agitation nach einem starken Heer hauptsächlich unter diesem Gesichtswinkel, und die französische Presse verlange nach der allgemeinen Wehrpflicht in England, damit England bündnisfähig werde, natürlich nur zu einem Kriege auf dem Festlande. Herr M'Kenna stimmte mir vollkommen bei und sagte, die englische Flotte sei defensiv, ein großes englisches Heer sei zum Schutze Englands nicht notwendig und würde daher eine aggressive, beunruhigende Wirkung auf dem Kontinent haben müssen. Es sei aber auch nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß sich England ein Millionenheer halten würde.

Es mag dies sein. Die Agitation nach der allgemeinen Wehrpflicht dringt in immer weitere Kreise.

In unserer letzten Unterredung* hatte der Marineminister mir die Ansicht ausgesprochen, daß unsere Baumöglichkeiten für große Kriegsschiffe sich schon weiter entwickelt hätten als in England.

Der Marineattaché der Kaiserlichen Botschaft, dem ich hiervon Mitteilung gemacht hatte, hat mir Berichtigungen angegeben, die ich gestern bei Herrn M'Kenna verwertete. Außerdem habe ich mit ihm verabredet, daß ihn Kapitän Widenmann Anfang nächster Woche aufsucht, um dem Minister noch genauere Aufklärungen zu geben.

(gez.) Metternich

Nr. 10238

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 5004 Berlin, den 17. Dezember 1908

Ganz geheim

Euer Durchlaucht beehre ich mich, den Empfang der geneigten Schreiben vom 30. November*** und 10. Dezember† 1908 gehorsamst zu bestätigen.

* Vgl. Nr. 10232.

** Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 97ff.

*** Siehe Nr. 10235.

† Mittels Schreibens vom 10. Dezember hatte Fürst Bülow dem Staatssekretär v. Tirpitz einen Artikel des dem Admiral Sir John Fisher nahestehenden englischen

Euer Durchlaucht richten die Frage an mich, „dem die fachmännische Verantwortung zufiele von dem Moment an, wo es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen sollte", ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen können.

Bei der großen Überlegenheit der englischen Flotte muß ich diese Frage verneinen. Meine fachmännische Verantwortung dürfte aber nicht erst mit dem Moment beginnen, „wo es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommt"; ich habe es vielmehr vom ersten Tage meiner Amtsführung an für meine Pflicht gehalten, die Kriegsmarine für einen kriegerischen Zusammenstoß mit England so stark als möglich zu machen oder richtiger gesagt, durch Schaffung einer möglichst starken Schlachtflotte England von einem Angriff abzuhalten[1]. Letzteres ist der im zweiten Flottengesetz klar ausgesprochene Zweck unserer ganzen Flottenpolitik. Durch Erhaltung des Friedens sollen Handel und Küsten geschützt und unsere Weltposition gesichert werden. Den Frieden zu erhalten vermag nur eine starke Schlachtflotte, der Galstersche „Kleinkrieg"* ist dazu nicht imstande[2], ganz abgesehen davon, daß der Gedanke auch militärisch unrichtig ist. Daß bei dieser Flottenpolitik zeitlich eine Gefahrzone durchlaufen werden mußte, war von vorneherein einleuchtend.

Der Herr Botschafter in England zieht aus der zurzeit noch stark gefährdeten militärischen Situation — wenn auch etwas verschleiert — die Folgerung, daß wir unser Flottenbautempo einschränken müssen, ich ziehe daraus die Folgerung, daß wir dasselbe so, wie es zurzeit gesetzlich festgelegt ist, mit eiserner Energie durchführen müssen.

Das Motiv, welches den Herrn Botschafter zu seiner Ansicht bringt, ist die Tatsache, daß wir einem Kriege militärisch nicht gewachsen sind. Das Motiv, welches mich leitet, ist die Ansicht, daß die mögliche Einschränkung unseres Flottenbaus unter die gesetzlichen Bestimmungend es Flottengesetzes hinaus an der politischen Situation selbst dann noch nichts ändern würde, wenn diese Einschränkung den Charakter einer Demütigung vor England annähme. Ich teile durchaus die Ansicht Euerer Durchlaucht, daß unsere Lage in dem Moment noch kritischer würde, wo wir unsere bisher geplanten Rüstungen einschränken**.

Was im übrigen die Kriegsgefahr anbetrifft, so haben wir derselben vom ersten Flottengesetz an ins Auge gesehen. Sie ist durch den fort-

---

Publizisten J. L. Bashford aus dem Dezemberheft der Zeitschrift „The Nineteenth Century" zugehen lassen, in dem die Behauptung aufgestellt war, daß die Frage guter deutsch-englischer Beziehungen lediglich von der Flottenfrage abhänge.

* Vizeadmiral a. D. Galster war im „Roten Tag" vom 16. September 1908 nachdrücklich für eine Kleinkriegführung mittels Unterseeboote, Minen usw. eingetreten. Vgl. O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 59f.

** Vgl. dazu Fürst Bülows Reichstagsrede vom 10. Dezember in Nr. 12236, Fußnote **.

schreitenden Ausbau unserer Flotte nicht größer sondern kleiner geworden. Als Beweis führe ich an, daß sich große Kreise des englischen Volkes bereits heute vor unserer Flotte fürchten.

In wenigen Jahren wird unsere Flotte so stark sein, daß ein Angriff auf dieselbe auch für England ein großes militärisches Risiko bedeutet[3]. Damit ist der Zweck der Flottenpolitik des letzten Jahrzehnts erreicht.

Von einer Kriegsgefahr wohl zu unterscheiden ist die feindselige Stimmung gegen uns in England. Mit einer solchen werden wir leider vielleicht andauernd zu rechnen haben, nicht der Flotte wegen, sondern infolge der Konkurrenz zweier großer Kulturnationen auf allen Gebieten. Der übersandte Artikel der „Saturday Review" war meines Erachtens keine vorübergehende Eintagsfliege, sondern der Vorläufer einer großen politischen Entwickelung, in der wir jetzt alle mitten drin stehen. Diese politische Entwickelung — nicht an dem Maßstab von heute zu morgen gemessen, sondern an dem Maßstabe des nächsten Jahrhunderts — fordert mit geschichtlicher Notwendigkeit die Schaffung einer unserer Weltstellung entsprechenden Flotte.

Habe ich vorstehend die wichtigsten Differenzpunkte zwischen den Anschauungen des Herrn Botschafters und meinen eigenen dargelegt, so begegnen wir uns andererseits in der Ansicht, daß eine Fortsetzung des jetzigen hohen Bautempos von vier Schiffen pro Jahr im Jahr 1912 aus politischen Gründen nicht ratsam ist.

Das jetzige Flottengesetz legt für die einzelnen Jahre von 1909—1917 folgende Neubauten von großen Schiffen fest:

1909	1910	1911	1912	1913	1914	1915	1916	1917
4	4	4	2	2	2	2	2	2[4]

Zu beachten ist das Heruntergehen des jährlichen Bautempos im Jahre 1912 auf die Hälfte des bisherigen, von vier auf zwei große Schiffe.

Führen wir dies durch, was ich militärisch wohl für angängig [halte], politisch und finanziell voraussichtlich geboten sein wird, so wird diese Tatsache meines Erachtens ein großes Moment der Beruhigung der öffentlichen Meinung in England bilden[5].

Auf die Ansicht des Herrn Botschafters, daß die Erregung in England lediglich durch die „Deutsche Gefahr" entstanden ist, möchte ich nicht näher eingehen. Ich gebe zu, daß dieser Gedanke mit vielem Geschick den Massen suggeriert worden ist, halte aber nach wie vor daran fest, daß die Drahtzieher dieser Bewegung von anderen Motiven geleitet werden.

Dieselben wissen sehr wohl, daß die „Deutsche Gefahr" nur eine Fiktion ist, aber ein äußerst zugkräftiges Schlagwort zur Erreichung von allerlei anderen Zwecken.

Ich lege einen interessanten Artikel aus der „Kreuzzeitung" über

den Two-Power-Standard bei*. Legt England, wie Lord Asquith im Parlament ausdrücklich bestätigt hat, „die zwei nächststärksten Seemächte, einerlei welche und einerlei wo sie gelegen sind" zugrunde, kommt es um das „weitabgelegene Amerika" und das eng befreundete Frankreich nicht herum. Will es durchaus Deutschland in den Standard hineinnehmen, hat es für die zweite Macht die Wahl zwischen dem „weitabgelegenen Amerika" und dem eng befreundeten Frankreich. In allen Fällen aber hat England den Two-Power-Standard heute weit überschritten[6].

Aus den Berichten unseres Botschafters in London möchte ich nur noch einen Punkt herausgreifen, der mir von Bedeutung zu sein scheint.

In seinem Bericht vom 26. November Nr. 1136** teilt der Herr Botschafter folgende Äußerung des Ersten Lords der Admiralität, Mr. M'Kenna, mit:

„Es werde sich wohl bald zeigen, ob wir (Deutschland) eine Ausdehnung unseres Flottenprogramms beabsichtigten[6]. Ein sicheres Symptom hierfür würde die Vermehrung des Personalbestandes unserer Flotte sein. Die alten Schiffe, welche durch neue ersetzt würden, brauchten, obwohl sie bei weitem kleiner seien, doch die gleiche Besatzungsstärke."

Diese Ansicht von Mr. M'Kenna ist irrtümlich und sollte nicht unwiderlegt bleiben.

Tatsächlich findet in den nächsten Jahren noch eine dauernde Personalvermehrung bei uns statt. Es hat dies seinen Grund darin, daß der gesamte Personalbedarf für die gesetzlich festgelegte Flotte für das Jahr 1920 ermittelt und die sich daraus ergebende Vermehrung auf die einzelnen Jahre bis 1920 gleichmäßig verteilt worden ist.

Auch die Ansicht Mr. M'Kennas, daß die neuen Ersatzschiffe (Dreadnoughts und Invincibles) keine größere Besatzung hätten als die alten Schiffe, ist durchaus unzutreffend.

Bis 1917 gelangen zum Ersatz:

5 Schiffe der Sachsen-Klasse mit je 395 Mann Besatzung,
8 Schiffe der Siegfried-Klasse mit je 283 Mann Besatzung,
4 Schiffe der Brandenburg-Klasse mit je 545 Mann Besatzung,
4 Schiffe der Kaiser-Klasse mit je 625 Mann Besatzung.

Die neuen Ersatzschiffe haben dagegen eine Besatzung von mindestens 800 Mann.

---

* „Aus England." „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung" Nr. 586 vom 14. Dezember 1908. In dem Artikel war unter anderem auf einen Aufsatz des englischen Marinefachmannes Sir William Henry White, früheren Direktors der Konstruktionsabteilung der Admiralty in der Zeitschrift „The Nineteenth Century" hingewiesen, in dem die große Überlegenheit der englischen Kriegsmarine gegenüber der deutschen (90 Panzerschiffe mit 1222200 Tonnen gegenüber 32 mit 361200 Tonnen) festgestellt war.
** Siehe Nr. 10232.

Dazu kommt, daß das Personal für die älteren Schiffe zum größten Teil noch nicht einmal vorhanden war[7].

v. Tirpitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Ist die Schaffung einer Schlachtflotte hierzu der einzige, bzw. der richtige Weg?

[2] Wird im Falle eines Krieges die Flotte in Aktion treten können? Und wenn wir uns auf die Defensive beschränken müssen, sollten da nicht Küstenbefestigungen, Minen, Unterseeboote nützlicher sein als nur Schlachtschiffe?

[3] Es kommt also darauf an, über diese Jahre wegzukommen.

[4] Es fragt sich, ob wir in den nächsten drei Jahren das Tempo nicht verlangsamen sollen, bzw. in den nächsten sechs Jahren je 3 (statt 4 und 2) große Schiffe auflegen — ohne Schwächung des Endergebnisses

[5] falls nicht vorher das für die Jahre 1909, 1910 und 1911 in Aussicht genommene Bautempo den Krieg herbeigeführt hat.

[6] Das könnte an Botschaft London mitgeteilt werden

[7] Das wollen wir alles an Metternich mitteilen, damit er diese englischen Irrtümer widerlegt

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Die Frage ist nicht beantwortet, welche Rolle in einem Kriege mit England jetzt die Flotte spielen, ob sie zur Verwendung kommen, dem Feinde Schaden zufügen, einen für uns günstigen Ausgang des Kriegs herbeiführen würde. Von der Beantwortung dieser Frage hängt die weitere Frage ab, ob wir nicht durch Küstenforts, Minen, Unterseeboote usw. besser geschützt werden als durch den ausschließlichen Bau von Schlachtschiffen.

Nr. 10239

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 16. Dezember 1908
[pr. 19. Dezember]

Gestern hatte ich Gelegenheit, das mit der neben angezogenen Verfügung für die Admiralty bestimmte Exemplar des „Marineetats 1909"* persönlich Mr. M'Kenna zu übergeben.

1. Mr. M'Kenna ließ sich den neuen Etat an der Hand der aufgestellten Punkte erklären und äußerte unverhohlen seine Freude darüber, daß die Forderungen unter den Angaben der Geldbedarfsberechnung für 1909 geblieben und die Verringerungen hauptsächlich an den Aufwendungen für Neubauten pp. zu finden seien. Er fragte dann, wann der Etat in Wirkung treten werde. Auf meine Antwort, frühestens am 1. April 1909, dem Beginne des neuen Rechnungsjahres, falls der Reichstag bis dahin

---

* Vgl. Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1909, II. Band, Anlage VI.

die Bewilligung erteilt habe, fragte er weiter, wie es denn komme, daß die Schiffe des Programms 1909 schon jetzt vergeben würden? Ich erklärte ihm, daß ich diese irrige Ansicht vor einigen Tagen in der Presse gelesen habe und dazu nur sagen könne, daß die Nachricht auf falscher Orientierung beruhe und tendenziös deutschfeindlich ausgenutzt werde. Von einer Vergebung seitens des Reichsmarineamts sei keine Rede; die einzelnen Firmen könnten an der Hand der mit Neubauten bis zum Sommer 1909 belegten Hellinge sich selbst ausrechnen, welche von ihnen möglicherweise in Frage kommen könnten und seien dadurch in der Lage, annähernd zu schätzen, (to guess), wem die Aufträge zufallen würden. Dieses Experiment sei offenbar von dem Vater der obigen Nachricht gemacht worden und würde nun in England als Wahrheit verbreitet. Ich könne nicht annehmen, daß Mr. M'Kenna als verantwortlicher Ressortminister dem für unseren Marineetat verantwortlichen Staatssekretär von Tirpitz diesen Schritt ernstlich zutrauen wolle.

Allgemein erklärte Mr. M'Kenna, daß die deutsche Marineverwaltung trotzdem bezüglich der Inbaugabe und auch Fertigstellung der Schiffe in besserer Lage sei wie die englische, da die Admiralty selten vor Schluß des betreffenden Kalenderjahres mit der Vergebung der Schiffe rechnen könne, wodurch wir einen Vorsprung von sechs bis zehn Monaten hätten. Dazu komme, daß die englischen Privatfirmen, wenn sie die Ablieferungstermine nicht einhalten könnten, künstlich kleine Streiks veranstalteten, um unter dem Hinweis auf diese der ausbedungenen Konventionalstrafe zu entgehen. Tatsächlich habe die Admiralty trotz der sehr verspäteten Ablieferung des „Lord Nelson" zum Beispiel keine Handhabe, die Baufirma die Konventionalstrafe zahlen zu lassen. Die Frage, wie dies bei uns gehandhabt werde, konnte ich nicht bindend beantworten, da mir die Grundlagen fehlen. Ich versprach ihm, dieser Frage nachzuforschen und, wenn angängig, die Auskunft nachträglich zu geben.

2. Die zweite Frage von Mr. M'Kenna war nach der gefürchteten Personalvermehrung. Unter Angabe der Zahlen für 1909 erklärte ich ihm den § 4 des Flottengesetzes und gab ihm die im Nauticus 1908 auf Seite 29/30 enthaltene Berechnung der jährlichen Vermehrung, indem ich ihn vergleichsweise auf die englischen Zahlen (rote Zahlen) für 1908 aufmerksam machte.

3. Bei Erwähnung der Gesamtkosten des Schwimmdocks in Kiel (sechs Millionen) wunderte sich Mr. M'Kenna über den auffallend niedrigen Preis. Meine Frage, was die von der Admiralty bestellten gleichen Docks kosten würden, wollte er nicht beantworten, weil die Ausschreibungen (tender) noch nicht erledigt seien.

4. Mr. M'Kenna kam dann allgemein auf Panzerpreise zu sprechen und meinte, daß alle englischen Panzerfirmen ihm dauernd erklärten, ihre Preise seien bedeutend geringer als die von Krupp verlangten. Meinen Vorschlag, diese Angaben durch den Vergleich zu prüfen, zu dem ich ihm unsere Preise gegen Hergabe der von der Admiralty gezahlten von Berlin

verschreiben wolle, wies er lachend mit der Bemerkung zurück, daß er den Lieferanten gegenüber gebunden sei, ihre Preise geheim zu halten.

5. Unter Hinweis auf die Angaben der „fortdauernden Ausgaben" in der Geldbedarfsberechnung sagte Mr. M'Kenna, daß wir uns in diesen Zahlen zweifellos verrechnet haben müßten. Dafür sprächen die Erfahrungen der Admiralty mit den neuesten Schiffen, die unverhältnismäßig viel höhere Unterhaltungskosten verlangten, wie man das an der Hand der Erfahrungen mit den früheren Schiffen hätte berechnen können. Diese Erfahrung werde auch uns nicht erspart bleiben und uns zwingen, mit unseren Etats zu steigen. Der Höhepunkt werde nicht, wie die Geldbedarfsberechnung angebe, im Jahr 1911 mit 461,7 Millionen erreicht sein, sondern auch ohne sonstige Änderungen durch die Indienststellung der großen Schiffe von selbst weiter steigen müssen. — Auf meine Frage, durch welche Einflüsse die Steigerung der Ausgaben für die englischen Indienststellungen zu erklären seien, wollte Mr. M'Kenna nicht eingehen.

6. Schließlich sagte Mr. M'Kenna, daß wir schon heute in bezug auf Werften, Panzerwerke und Kanonenlieferungen günstiger ständen wie England, und daß das der Grund allgemeiner Bewunderung aber auch großer Befürchtungen hierzulande sei.

Diese Bemerkung hatte Mr. M'Kenna auch bereits bei früherer Gelegenheit fallen lassen, ich benutzte daher die in der Anlage beigefügte Liste* zur Beantwortung.

a) Wie vorauszusehen, wollte Mr. M'Kenna die Firmen Harland & Wolff, Swan & Hunter, Hawthorn Leslie mit zusammen fünf großen Hellingen aus dem Grunde nicht gelten lassen, daß sie bisher keine großen Kriegsschiffe gebaut hätten. Ich erklärte ihm, daß er ebenso, wie neuerdings Firmen zum Destroyerbau herangezogen seien, die früher niemals Destroyer gebaut hätten, mir erlauben müsse, die obigen Firmen mitzurechnen, die über Nacht zu Kriegsschiffbauten herangezogen werden könnten; die Vorbedingungen seien jedenfalls vorhanden, und damit müsse man rechnen. Eine deutsche Überlegenheit oder gar Grund zu Befürchtungen seitens Englands könne ich daher nicht erkennen.

b) Merkwürdigerweise wollte Mr. M'Kenna unter den Kanonenwerken Beardmore nicht gelten lassen, obwohl diese nach Aufträgen für Geschütze größten Kalibers suchen.

Dagegen erklärte er, daß er die Absicht habe, die Coventry Works zu heben und ihnen im kommenden Jahre größere Aufträge zu geben.

Er hob vor allem hervor, daß Krupp mindestens für gleich stark mit Vickers plus Armstrong angesehen werden müsse und neuerdings durch seine neue Lafettenhalle in der Lage sei, schneller zu liefern wie diese beiden englischen Firmen zusammen. Ich erklärte ihm, daß ich dies nicht zugestehen könne, da der vermeintliche Vorteil durch die Notwendigkeit der Montierung in Essen, Demontierung und Bahntransport nach der Küste

* Nicht bei den Akten.

durch die Lage der Vickersschen und Armstrongschen Lafettenhallen zu den Ausrüstungskais ihrer Werften aufgewogen würde.

c) Auch bezüglich der Panzerlieferungen stellte Mr. M'Kenna: Krupp gleich Vickers plus Armstrong und gab zu, obwohl er Hadfield, der Panzerrohre, Schilde und Turmkuppeln sowie director-tower liefert, nicht anerkennen wollte, daß der englische Schiffsbau niemals durch die Panzerlieferungen aufgehalten werden könne.

7. Zum Schlusse der etwa eine Stunde dauernden Unterredung machte Mr. M'Kenna die Bemerkung, daß an den Navy Estimates für 1909 jetzt gearbeitet werde, und daß die Erklärungen des Premierministers zum Two-Power-Standard sie zu großen Forderungen verpflichteten; wie weit diese gehen würden, könne er mir natürlich nicht sagen, da die Veröffentlichung erst Ende Februar zu erwarten sei.

(gez.) Widenmann

Nr. 10240

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 20. Dezember 1908

In Ihrem Briefe vom 11. d. Mts.* haben Sie die Güte gehabt, mir Mitteilungen zu machen über Ihr Gespräch mit Goschen betreffend den Flottenbau und über Ihre Stellungnahme im Reichstag in der Abrüstungsfrage**. Ihrer Ermächtigung entsprechend habe ich beide Punkte im Gespräch mit Sir Edward Grey und auch mit Sir Charles Hardinge erwähnt.

Der Minister sowohl wie der Unterstaatssekretär bemerkten, daß Ihre Erklärung im Reichstage, ein Vorschlag zur Einschränkung der Rüstungen sei nicht an uns herangetreten, doch wohl zu einer irrigen Auffassung im Publikum führen könne. Die englische Regierung habe auf der Haager Konferenz*** einen solchen Vorschlag gemacht, Sir Edward Grey habe in Gesprächen mit mir, Sir Charles Hardinge sogar in einer Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, die Frage einer Einschränkung der Rüstungen zur See zu besprechen, dargelegt†.

Ich erwiderte, die Verhandlungen auf der Haager Konferenz seien öffentlich bekannt, und es habe Ihnen natürlich nicht in den Sinn kommen können, in Abrede zu stellen, was im Haag erörtert worden sei. Ein formeller Vorschlag sei aber tatsächlich nicht an uns herangetreten. Sir Edward Grey habe in seinen Gesprächen mit mir ausdrücklich den privaten

---

* Siehe Nr. 10236.
** Vgl. dazu Nr. 10236, Fußnote**.
*** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXVI und CLXX.
† Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII.

Charakter seiner Ansichten betont, und Sir Charles Hardinge habe sich bei Seiner Majestät dem Kaiser ebenso ausdrücklich dagegen verwahrt, daß er im Auftrage seiner Regierung einen formellen Vorschlag unterbreite*. Darin habe er sehr weise gehandelt. Sie hätten in Ihrer Reichstagsrede keineswegs die etwaige Bereitwilligkeit der englischen Regierung, die Abrüstungsfrage zu verhandeln, verneint. Sie hätten England überhaupt garnicht erwähnt, sondern lediglich gesagt, daß ein Vorschlag zur internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See nicht an uns herangetreten sei, was den Tatsachen entspreche. Sie seien zur Berührung dieser Frage durch eine direkte Anfrage im Reichstage erst veranlaßt worden und Sie hätten darauf hingewiesen, daß unser Schutz hauptsächlich auf dem Landheere beruhe und wir eine Flotte nur in dem vom Gesetz vorgesehenen, bekannten und begrenzten Umfang zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels brauchten. Sie hätten ferner im Einverständnis mit unserer Marineleitung erklärt, daß wir unsere Flotte über das jetzt vorgesehene Maß hinaus nicht vergrößern würden. Dagegen sprächen schon allein finanzielle Gründe.

Ich habe dem Minister und auch Sir Charles Hardinge gegenüber ausdrücklich hervorgehoben, daß der Umfang unserer Flotte gesetzlich festgelegt sei, und daß wir entschlossen seien, sie in diesem Umfange auszubauen. Immerhin sei es möglich, daß aus technischen oder Finanzgründen eine zeitweilige Verlangsamung des Bautempos eintreten könne, sodaß wir zum Beispiel statt drei großer Schiffe in einem Jahre nur zwei bauen würden. Es hänge dies aber von der Zustimmung des Reichstags und, wie gesagt, von technischen und anderen Gründen ab, so daß sich über eine etwaige Abänderung des Bauprogrammes vorläufig noch nichts Bestimmtes sagen ließe.

Ich habe, wie Sie sehen, absichtlich keine vagen Hoffnungen erweckt, die, wenn sie sich als trügerisch erweisen sollten, hier einen direkt gefährlichen Rückschlag haben würden.

Sir E. Grey bemerkte, daß für die nächste Parlamentssitzung im Hinblick auf unsere Rüstungen zur See eine bedeutende Erhöhung des Marineetats vorgesehen sei. Als ich erwiderte, weshalb gerade im Hinblick auf uns, da auch andere Nationen Seerüstungen betrieben, und es uns fernliege, in einen Wettbewerb mit der englischen Flotte einzutreten, wiederholte der Minister, daß das hiesige Flottenbauprogramm sich lediglich nach dem unsrigen richte, da die deutsche unter allen europäischen Flotten die einzige sei, welche nach modernen und einheitlichen Prinzipien aufgebaut werde. Wenn England nicht gewaltige Anstrengungen mache, so würden wir es bald im Dreadnoughtbau eingeholt haben. Daher müsse England unseres Bauprogrammes wegen eine vermehrte Dreadnoughtrüstung treiben. Das englische Bauprogramm würde, im Verhältnis des Übergewichts, welches die englische Flotte über jede andere beanspruche, mit dem deut-

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII.

schen Schritt halten. Es sei hier aber keineswegs die Absicht vorhanden, über das Maß dessen, was als zur Beibehaltung des Übergewichts notwendig erkannt sei, hinauszugehen. Sollte daher auf deutscher Seite ein Schiff weniger gebaut werden, so würde die hiesige Regierung nicht von den Geldbefugnissen, die sie sich durch das Parlament erteilen lassen will, vollen Gebrauch machen, sondern ebenfalls ein Schiff weniger bauen. Es wäre dies das einfachste Mittel, die Schiffsbaukonkurrenz zwischen uns einzuschränken, und es hätte dies außerdem den Vorteil, daß nach außen hin die Einschränkung von keiner Seite als Druck angesehen werden könne, während die beruhigende Wirkung allgemein empfunden werden würde.

Hardinge sprach sich ähnlich aus. Nach der Unterredung in Friedrichshof habe man hier den Entschluß gefaßt, entsprechend dem Anwachsen der deutschen Flotte die englische zu vermehren und die Aussicht über eine Verständigung unserer Flottenbauten als unnütz aufgegeben. Daß daraus im Laufe der Zeit nach seiner Auffassung notwendig eine Verschlechterung der Beziehungen von Volk zu Volk entstehen müsse, habe er mir schon früher auseinandergesetzt. Jedes Anzeichen einer Einschränkung oder Verlangsamung unseres Schiffsbaues werde hier aber nach wie vor freudig begrüßt werden und eine entsprechende Einschränkung englischerseits zur Folge haben.

Es ist seit kurzem eine Abspannung in der öffentlichen Nervosität uns gegenüber zu bemerken. Wie lange sie vorhalten wird, muß abgewartet werden.

Die liberale Regierung mag schon im nächsten Herbst gezwungen sein, Neuwahlen vorzunehmen, nämlich, wenn sie mit ihrem Budget nicht durchdringen sollte.

P. Metternich

Nr. 10241

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Geheim Berlin, den 25. Dezember 1908

Ihren Bericht vom 26. v. Mts.** über die Unterredung, die Sie mit Herrn M'Kenna hatten, habe ich seinerzeit vertraulich zur Kenntnis des Admirals von Tirpitz gebracht. Der Erste Lord der Admiralität hatte damals unter anderem zu Ihnen geäußert, die Vermehrung des Personalbestandes unserer Flotte werde ein sicheres Symptom dafür abgeben, ob wir eine Ausdehnung unseres gegenwärtigen Flottenprogramms beabsichtigten. Diese Ansicht erklärt Admiral von Tirpitz*** für völlig

* Bereits veröffentlicht, jedoch unvollständig (vgl. S. 18, Fußnote *), bei A. v. Tirpitz, a. a. O. S. 103f.
** Siehe Nr. 10233.
*** Vgl. Nr. 10238.

unzutreffend. Ich glaube aber darauf verzichten zu können, Ihnen die Argumente und Daten mitzuteilen, auf die sich der Admiral mir gegenüber zur Widerlegung der Auffassung des Herrn M'Kenna berufen hat, da ich aus dem inzwischen hier eingegangenen Bericht des dortigen Marineattachés* ersehe, daß Admiral von Tirpitz bereits Veranlassung genommen hat, durch Vermittlung des Kapitäns Widenmann dem englischen Marineminister die nötigen Aufklärungen zukommen zu lassen. Dagegen möchte ich nicht verfehlen, Ihnen einen Artikel aus der „Kreuzzeitung" vom 14. d. Mts.** zu übersenden, auf den auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts aufmerksam gemacht hat, und der sich mit der Frage des Two-Power-Standard beschäftigt. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, Herrn M'Kenna und andere maßgebende Persönlichkeiten auf die optimistischen Ansichten hinzuweisen, die eine so hervorragende Autorität auf maritimen Gebiet wie Sir William White bezüglich der Überlegenheit der englischen Flotte gegenüber allen denkbaren Kombinationen der anderen Seemächte hegt. Die Kritik, die der englische Marinefachmann an der von der englischen Regierung befolgten Flottenpolitik übt, zeigt überdies, daß es doch auch in England nicht an Persönlichkeiten fehlt, die Einsicht genug besitzen, um zuzugeben, daß zum großen Teil durch eigenes Verschulden die englische Regierung jetzt gezwungen ist, zu erheblichen Mehrausgaben für Flottenrüstungen zu schreiten, wenn sie nicht auf die Durchführung des Prinzips des Zweimächtestandard verzichten will.

Im übrigen ist Ihnen ja bekannt, daß ich weit davon entfernt bin, mich der Tatsache verschließen zu wollen, die Sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder betonen, daß der geplante Ausbau unserer Flotte und insbesondere das Tempo dieses Ausbaus in England einen Zustand der Beunruhigung hervorgerufen hat, der Gefahren in sich birgt und ernste Beachtung von unserer Seite verdient. Ich habe am 10. Dezember im Reichstage mit großer Bestimmtheit ein Hinausgehen in unserem Flottenbau über das lediglich nach unserem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß als ausgeschlossen, und zwar aus gegebenen elementaren und unabänderlichen Ursachen ausgeschlossen, bezeichnet. Meine Erklärung scheint aber die Wirkung in England nicht gehabt zu haben, die wir davon erwarten konnten. Soweit ich das von hier aus zu übersehen vermag, hat dieselbe in der Presse nur vereinzelt Beachtung gefunden, und auch die jüngste Unterredung des Herrn M'Kenna mit unserem Marineattaché weist deutliche Spuren eines weiter fortbestehenden Mißtrauens auf.

Ich frage mich unter diesen Umständen, ob selbst eine so weitgehende Rücksichtnahme auf die englische Nervosität wie eine Verlangsamung in der Durchführung unseres gegenwärtigen, gesetzlich festgelegten Flottenprogramms tatsächlich imstande sein würde, die Besorgnisse zu zerstreuen,

* Siehe Nr. 10239.
** Vgl. Nr. 10238, S. 29, Fußnote *.

die man mala oder bona fide in England bezüglich unserer Absichten hegt, und einen entschiedenen Umschwung in der dortigen öffentlichen Meinung wie auch in der Haltung der amtlichen Stellen uns gegenüber herbeizuführen. An und für sich würde vielleicht unser Flottengesetz, das für die Jahre 1909, 1910 und 1911 den Neubau von je vier großen Schiffen vorsieht, während für die Jahre 1912 bis 1917 das Bautempo auf je zwei große Schiffe heruntergeht, die Möglichkeit bieten, ohne Verringerung des Gesamtsollbestandes unserer Flotte den englischen Wünschen zunächst dadurch Rechnung zu tragen, daß wir in den Jahren 1909 bis 1911 statt je vier nur je drei Schiffe bauen und das Versäumte dann in den Jahren 1912 bis 1914 nachholen. Ich stehe im Begriff, Admiral von Tirpitz zu einer Äußerung über die Durchführbarkeit dieses Gedankens von marinetechnischen Gesichtspunkten aufzufordern. Gleichzeitig aber muß ich Wert darauf legen, Ihre Ansicht darüber zu hören, welche Wirkungen in England Sie sich von einer Maßnahme versprechen, deren Verwirklichung nur nach Überwindung der erheblichen Schwierigkeiten zu erreichen sein wird, die ich an allerhöchster Stelle sowie von seiten unserer Marine voraussehe, und die zweifellos auch das Mißfallen eines nicht unbedeutenden Teiles unserer Volksvertetung erregen würde.

Daß die vorstehend angedeutete Verlangsamung unseres Bautempos der gegenwärtigen liberalen Regierung im Hinblick auf ihre Finanznöte sehr willkommen sein würde, ist wohl zweifellos. Die Frage, auf die es meines Erachtens aber hauptsächlich ankommt, ist die, ob ein solcher Verzicht auf die strikte Durchführung unseres gesetzlich festgelegten Flottenprogrammes einen nachhaltigen Eindruck auch außerhalb der Kreise der extremen liberalen Pazifisten in England hervorrufen würde. Ich denke an den imperialistischen Flügel der liberalen, insbesondere aber an die unionistische Partei mit ihren chauvinistischen Elementen.

Auf Grund der hier vorliegenden Nachrichten unter anderen auch der Äußerungen, die Sir Edgar Speyer* bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin getan hat, nehme ich an, daß wir, wenn auch nicht mit der Wahrscheinlichkeit, so doch mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß im kommenden Frühjahr die Regierungsgewalt in England auf die Konservativen übergeht. Ich würde die in Rede stehenden Maßnahmen daher nur unter der Voraussetzung in ernstere Erwägung ziehen können, daß ihr auch von unionistischer Seite eine Aufnahme sicher ist, die eine Gewähr dafür bieten würde, daß unsere Nachgiebigkeit uns nicht lediglich vorübergehend platonische Freundschaftsbeteuerungen von englischer Seite einträgt.

Dazu kommt, daß angesichts der in neuerer Zeit von englischer Seite geflissentlich betonten Kontinuität der auswärtigen Politik, die liberale Partei, auch wenn sie vorläufig am Ruder bleibt, politische Verbindlich-

---

* Der englische Bankier Sir Edgar Speyer hatte im November und wieder im Dezember in Berlin geweilt. Im Dezember war er auch von Fürst Bülow empfangen worden.

keiten uns gegenüber wohl nur im Einvernehmen mit den Führern der Opposition eingehen würde.

Ich glaube aber, daß Sie mir darin zustimmen werden, daß wir unsere ausschließlich durch unser Schutzbedürfnis bestimmte und auf der bestehenden politischen Konstellation basierende bisherige Flottenpolitik nur dann verlassen dürfen, wenn sich uns gleichzeitig die bestimmte Aussicht eröffnet, dagegen die Gewißheit einzutauschen, daß wir im Falle kriegerischer Komplikationen England nicht auf der Seite unserer Gegner finden werden. Ein einseitiges Entgegenkommen gegen die englischen Wünsche unsererseits, ohne entsprechende Gegenleistungen von englischer Seite würde sich schon aus der Erwägung heraus verbieten, daß wir den Anschein vermeiden müssen, unter englischem Druck gehandelt zu haben.

Indem ich Sie bitten darf, mir Ihre Ansichten über die vorstehend berührten Fragen baldmöglichst mitzuteilen, bin ich . . .

Bülow

Nr. 10242

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Geheim Berlin, den 25. Dezember 1908

In dem gefälligen Schreiben vom 17. d. Mts. — Nr. 5004** — haben Ew. pp. die Frage, ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff zurzeit mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen könne, verneint. Andererseits bezeichnen Ew. pp. als das geeignetste Mittel, um England von einem Angriff auf uns abzuhalten, die Schaffung einer starken Schlachtflotte. Ew. pp. enthalten sich aber einer Meinungsäußerung darüber, ob angesichts der von Ihnen selbst hervorgehobenen derzeitigen großen Überlegenheit der englischen Flotte über unsere Streitkräfte zur See — eine Überlegenheit, die überdies das englische Volk auch für die Zukunft unter allen Umständen aufrecht zu erhalten entschlossen scheint — es unseren Schlachtschiffen im Falle eines Krieges mit England überhaupt möglich sein würde, entscheidend in Aktion zu treten. Ist aber die Befürchtung gerechtfertigt, daß unsere Flotte in ihrer gegenwärtigen Stärke von den übermächtigen englischen Seestreitkräften blockiert in unseren Häfen zurückgehalten werden würde, müssen wir mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, in einem Seekrieg mit England vorläufig auf die Defensive angewiesen zu sein, so entsteht die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, der Verbesserung unserer Küstenbefestigungen, der Vergrößerung unseres Bestandes an See-

* Bereits veröffentlicht bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 147ff., und bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 100 ff.

** Siehe Nr. 10238.

minen und der Schaffung einer starken Unterseebootflotte unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, anstatt uns ausschließlich auf die Vermehrung von Schlachtschiffen zu konzentrieren, die, solange wir uns in einem Zustande ausgesprochener militärischer Inferiorität England gegenüber befinden, möglicherweise keine Verwendung finden, dem Feinde keinen Schaden zufügen und einen günstigen Ausgang des Krieges nicht herbeiführen würden. Es liegt mir fern, auf diesem Gebiet ein sachkundiges Urteil für mich in Anspruch zu nehmen. Ich will nur einer Erwägung Ausdruck geben, die sich auch dem Laien aufdrängt, und die mir neuerdings oft entgegengetreten ist.

Wenn das Interesse, das wir in erster Linie in einem wirksamen Schutze unserer Küsten haben, den Gedanken an eine Verstärkung der vorstehend bezeichneten Verteidigungsmittel nahezulegen scheint, so glaube ich andererseits, daß Erwägungen politischer Natur darauf hinweisen, der Frage näherzutreten, ob nicht eine Verlangsamung in der Durchführung unseres jetzigen Flottenprogrammes in ernste Erwägung zu ziehen wäre. Es kann nach den hier vorliegenden Nachrichten keinem Zweifel unterliegen, daß die in England uns gegenüber herrschende, von Ew. pp. selbst als feindselig bezeichnete Stimmung zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt. Ob diese Stimmung ausschließlich eine Folge unserer maritimen Rüstungen ist, oder ob sie das natürliche Ergebnis der Konkurrenz zweier großer Kulturnationen darstellt, wie Ew. pp. dies annehmen, scheint mir dabei eine Frage von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist jedenfalls der Umstand, daß unsere Flotte, wie das die Ausführungen Ew. pp. bestätigen, erst in einigen Jahren so stark sein wird, daß ein Angriff auf sie auch für England ein großes Risiko bedeuten würde. Es ergibt sich hiernach für uns die Pflicht, jede Handhabe zu ergreifen, die sich uns bietet, um unter Wahrung unserer Würde die englische Nervosität zu verringern und es uns zu ermöglichen, ungefährdet über die Jahre hinwegzukommen, in denen unsere Rüstung noch nicht vollendet ist.

Von maßgebenden, englischen Stellen ist wiederholt angedeutet worden, daß eine Verlangsamung des Tempos in der Durchführung unseres gegenwärtigen Flottenprogrammes sehr wesentlich zur Beruhigung in England beitragen würde. Inwieweit ein Eingehen auf die englischen Wünsche in dieser Hinsicht von dauernden Wirkungen auf die Gestaltung unseres politischen Verhältnisses zu England begleitet sein würde, kann einstweilen unerörtert bleiben. Für die Übergangsperiode, in der wir uns befinden, ist es jedenfalls für uns von der größten Bedeutung zu verhindern, daß der Gedanke eines gegen Deutschland zu führenden Präventivkrieges bei der Mehrheit des englischen Volkes festen Fuß faßt und ein englischer Angriff auf unsere Flotte erfolgt. Entsteht der Krieg desungeachtet, so dürfte bei der großen Überlegenheit der englischen Flotte der Umstand, daß wir infolge der Verlangsamung unseres Bautempos mit ein oder zwei Schlachtschiffen weniger in den Kampf eintreten, auf den zu befürchtenden Ausgang dieses Kampfes von entscheidendem Einfluß nicht sein.

Unser Flottengesetz sieht für die Jahre 1909, 1910 und 1911 den Neu-

bau von je vier, für die Jahre 1912 bis 1917 von je zwei großen Schiffen vor. Zu Ende 1911 würden wir im Besitz von 13 solcher Schiffe sein, und diesem Augenblick sieht man in England mit besonderer Sorge entgegen, da nach den bisherigen englischen Flottenanschlägen die englische Marine in dem gleichen Zeitpunkt nur im Besitz von zwölf entsprechenden Fahrzeugen sein würde. Wenn auch angenommen werden darf, daß die englische Marineverwaltung unter dem Druck der öffentlichen Meinung es nicht versäumen wird, den Vorsprung beizeiten wieder einzuholen, den wir nach englischer Darstellung vorläufig vor ihnen voraus haben würden, so möchte ich doch auf Grund der vorstehenden Erwägungen an Ew. pp. die Frage richten, ob militärisch technische Gründe zwingender Natur dagegen sprechen würden, in den nächsten drei Jahren unser Bautempo in der Weise zu verlangsamen, daß wir statt je vier nur je drei große Schiffe bauen und das Versäumte dann in den Jahren 1912, 1913 und 1914 nachholen. Wir würden dann von 1909 bis 1914 je drei, von 1915 bis 1917 je zwei große Schiffe auf Stapel legen und damit, ohne Schwächung des Gesamtergebnisses, unseren Gegnern in England ein sehr wirksames Agitationsmittel entwinden.

Schließlich glaube ich auch noch, darauf hinweisen zu dürfen, daß in letzter Zeit wiederholt Bedenken finanzieller und technischer Natur darüber zum Ausdruck gekommen sind, ob es ratsam ist, den Bau einer so großen Zahl von großen Schiffen auf einmal vorzunehmen, wie dies die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen vorsehen. Um so günstiger erscheinen daher die Aussichten, auch die Zustimmung der deutschen Volksvertretung zu der in Anregung gebrachten Verlangsamung unseres Flottenbautempos zu erlangen, zumal wenn gleichzeitig die weiter oben gekennzeichneten Maßnahmen zur Verteidigung unserer Küsten erhöhte Berücksichtigung finden würden.

Bülow

Nr. 10243

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief Ausfertigung

London, den 29. Dezember 1908

Auf Ihren Brief vom 25. d. Mts.* gestatte ich mir Ihnen die gewünschte Antwort zu erteilen. Ich möchte vorausschicken, daß ich mit Herrn M'Kenna verabredet hatte, ihm Kapitän Widenmann zuzusenden, um von fachmännischer deutscher Seite unsere Auffassung über einige den Minister interessierende Fragen betreffend unseren Flottenbau klar zu legen. Es ist hier nicht üblich, daß der Marineminister fremde Militärattachés zu

* Siehe Nr. 10241.

Vorträgen über Flottenfragen empfängt, und ich hatte daher zuerst mit Herrn M'Kenna vereinbart, ihn und Kapitän Widenmann allein zu mir zu Tisch einzuladen, wo dann die Unterhaltung über die Marinefragen in ungestörter Weise vor sich gehen könne. Die parlamentarischen und sonstigen Abhaltungen des Marineministers ließen es aber nicht zu dem geplanten kleinen Diner kommen, und Herr M'Kenna, den ich wiederum antraf, erklärte sich gerne bereit, Kapitän Widenmann auf seinem Bureau zu der betreffenden Besprechung zu empfangen. Inzwischen hatte sich der Marineattaché das erforderliche Material von seiner Behörde verschafft. Die Aufklärungen durch unseren Marineattaché beim englischen Marineminister sind daher auf meine Veranlassung herbeigeführt worden, worauf ich auch schon am Ende meines Berichts vom 11. d. Mts. — Nr. 1212* — hingewiesen hatte.

Sie lenken ferner meine Aufmerksamkeit auf einen Artikel der „Kreuzzeitung", worin die Ansichten des früheren Direktors der Konstruktionsabteilung der englischen Admiralität Sir William Whites wiedergegeben sind. Dieser schon seit mehreren Jahren zurückgetretene, hervorragende Schiffsbaukonstrukteur befindet sich in vielen Fragen im Gegensatz zu der jetzigen maßgebenden Leitung der Admiralität unter Sir John Fisher. Die Frage, ob die Dreadnoughts wirklich einen solchen Fortschritt vor dem vorhergehenden Schiffstyp bedeuten, wie deren Verteidiger es behaupten, ist hier viel umstritten. Es gibt hier im Dienst befindliche Admiräle, welche behaupten, sie würden im Kriegsfalle ein Geschwader vom Nelson-Typ den Dreadnoughts vorziehen. Die weitaus überwiegende Majorität der Fachleute gibt aber den Dreadnoughts den Vorzug. Alle leitenden Kreise und das gesamte Volk in England sind aber wohl darin einig, daß sie es nicht darauf ankommen lassen dürfen, von einer anderen Macht im Dreadnoughtbau überholt zu werden. Abgesehen von den Dreadnoughts ist die englische Flotte nach hiesiger Auffassung jeder anderen auch ohne große neue Aufwendungen vorläufig weit überlegen. Da die Dreadnoughts aber eingeführt sind, und zwar von England selbst, was von vielen für ein Fehler gehalten wird, so geht ebenfalls die allgemeine Anschauung in fachmännischen, politischen und allen Kreisen dahin, daß England neue, große und kostspielige Anstrengungen machen muß, wenn es nicht in einigen Jahren auf Grund unseres Flottenbaues in Dreadnoughts überholt sein will. Dem will sich hier niemand aussetzen, und darauf beruht die ängstliche Stimmung und das Exemplifizieren auf Deutschland.

Unser Gesetz sieht eine Flotte von 38 Schlachtschiffen der besten modernen Art vor, die durch die gesetzlich festgelegte Verjüngung auf der Höhe erhalten werden soll. Mit jedem Jahre nähern wir uns dem Ziele, welches im Jahre 1920 nach dem Gesetze erreicht wird. Hierin erblickt der Engländer eine Gefahr und einen Konkurrenzzwang. Ihm diese ausreden zu wollen, ist ein fruchtloses Bemühen. Die englische Politik hat

---

* Siehe Nr. 10237.

sich vorläufig mit der Tatsache abgefunden, die Konkurrenz im Dreadnoughtbau zur Bestreitung des Two-Power-Standard auch in dieser Klasse von Schiffen aufzunehmen. —

In meinem Briefe an Sie vom 20. d. Mts.* werden Sie im großen und ganzen schon die Antwort auf Ihre jetzige Anfrage antizipiert finden. Für unsere Marineverwaltung entsteht die Frage, ob es aus technischen, finanziellen und parlamentarischen Rücksichten nützlich ist, in den nächsten drei Jahren statt vier großer nur drei Schiffe in Bau zu geben und dann in den nächstfolgenden drei Jahren das Versäumte dadurch wieder auszugleichen, daß anstatt der jährlich vorgesehenen zwei Schlachtschiffe drei gebaut werden. Unsere Volksvertretung im Reichstage steht, nach den Reden der Parteiführer mit Ausnahme Bassermanns zu urteilen, einer etwaigen Verlangsamung des Tempos im Flottenbau nicht unfreundlich, zum Teil sogar sympathisch gegenüber. Für sie entsteht die Frage, ob eine Abänderung des Flottenbaues innerhalb der angegebenen Grenzen in England politisch zu verwerten ist. Ein Dreadnought kostet rund 40 Millionen Mark. Die englische Regierung wird entsprechend den Folgerungen, die sie mit Recht oder Unrecht aus unserem Flottenprogramm zieht, im nächsten Jahre eine bedeutende Summe von der Volksvertretung zu fordern haben. Dies bedingt neue Steuern. Die Steuerkraft des Landes ist schon jetzt dermaßen angespannt, daß es schwer halten wird, neue ergiebige Steuern zu finden. Das Einkommen ist schon sehr hoch besteuert. Es wird voraussichtlich auch noch das Kapital zur Besteuerung herangezogen werden müssen, und zwar sowohl das flüssige wie die Werte, die Kapital repräsentieren, wie zum Beispiel Landbesitz. Es wird befürchtet, daß sich die alte Erfahrung bei Überanstrengung der Steuerkraft wiederholen wird; indem sich der Steuerzahler seiner Verpflichtung derobiert und das Kapital ins Ausland wandert. Das Odium der Steuerüberbürdung wird uns zur Last gelegt werden, wodurch die beiderseitigen Beziehungen einer weiteren Spannung ausgesetzt werden. Die Ansicht, daß neue, erhebliche Staatseinnahmen hier nur durch Einführung eines Zolles auf fremde Industrieerzeugnisse gewonnen werden können, findet selbst in liberalen Kreisen schon Eingang. Ich möchte annehmen, daß zum Beispiel der jetzige Schatzkanzler Lloyd George dieser Ansicht ist. Das nächstjährige Budget wird die Schutzzollbewegung gewaltig steigern. Dies ist eine weitere Folge der neuen Ausgaben für die Flotte. Wenn die englische Regierung nun, sollten wir einen Dreadnought weniger bauen, 40 Millionen Mark an ihrem Marinebudget sparen könnte, so würde ihr dies unstreitig höchst erfreulich sein, ebenso, wenn im Jahre 1910 und 1911 dasselbe eintritt. Bauen wir dann aber in den Jahren 1912—14 statt zwei Schiffe drei, so wird die englische Regierung nach dem Standpunkt, den sie nun einmal einnimmt — und eine konservative Regierung wird darin gewiß nicht anders verfahren —, wieder zu größeren Ausgaben sich gezwungen sehen, als sie es bisher für diese

* Siehe Nr. 10240.

Periode vorgesehen hatte. Dies gleicht sich aus, denn die Anzahl von 18 deutschen Dreadnoughts in dem kurzen Zeitraum von 1909 bis 1914 bleibt dieselbe. Ich bezweifle, daß die englische Regierung hierfür bedeutende politische Versprechungen machen wird.

Aus meinem bereits erwähnten Briefe an Sie vom 20. d. Mts. werden Sie ersehen haben, wie Sir Edward Grey und Sir Charles Hardinge den etwaigen Abstrich eines Schiffes von unserem Bauprogramm im nächsten Jahr auffassen. Sir Edward Grey, welcher auf Weihnachtsferien ist, schreibt mir seitdem unter anderem in einem Privatbriefe: „I should like to tell you about one or two reflections, not at all unfavourable, which came into my mind regarding some matters in our last conversation, but this will keep till we next meet. I expect to be in London on the 4th and 5th of January and I should be glad to see you then." Aus diesen delphischen Andeutungen entnehme ich, daß, nachdem er Goschen gesprochen hat, was noch nicht der Fall war, als ich den Minister zuletzt sah, und im Verein mit meinen Andeutungen, die ich ihm auf Grund der mir in Ihrem Brief vom 11. d. Mts.* erteilten Ermächtigung gemacht habe, ihm schließlich doch noch etwas über die Flottenfrage eingefallen sein wird, was er mir demnächst mitzuteilen wünscht. Es mag aber auch sein, daß es sich nur um den Orient handelt. Ich werde jedenfalls die Flottenfrage nicht berühren, falls er sie nicht anregt.

Um nun auf die etwaige Neuverteilung unseres Schiffsbaues von 1909 bis 1914 zurückzukommen, so bezweifle ich ferner, daß hierdurch die englische öffentliche Meinung stark zu unseren Gunsten beeinflußt werden würde. Ob in den nächsten sechs aufeinander folgenden Jahren zuerst vier und dann zwei, oder ob stattdessen regelmäßig drei Dreadnoughts gebaut werden, dürfte schwerlich irgendwo einen tiefen Eindruck hinterlassen, und ebensowenig dürfte dies eine Basis bilden, um die englische Zusicherung von Garantien in der europäischen Politik zu erlangen.

Anders verhielte es sich — und ich sage dies nur des Argumentes wegen —, wenn wir geneigt wären, die gesamte Bauperiode zu verlängern, zum Beispiel von 1920 auf 1925. Daraus würde sich politisches Kapital hier schlagen lassen. Auf ein Neutralitätsversprechen, falls wir in einem Kriege die Angegriffenen und nicht die Angreifer sind, würde sich die Regierung dann hier wohl einlassen. Auf ein Neutralitätsversprechen unter allen Umständen aber wohl kaum. Was ein Angriffskrieg ist und was nicht, bleibt im Einzelfalle Sache der Auslegung. Eine Neutralitätserklärung lediglich für den Fall, daß wir die Angegriffenen sind, ist daher nicht besonders wertvoll. Ich glaube nicht, daß England einer nochmaligen Erdrückung Frankreichs mit gekreuzten Armen zusehen würde. Aber es verlohnt wohl nicht, wenn ich Ihre Zeit mit Reflektionen in Anspruch nehme, für die die Grundlage fehlt.

Wünschen Sie indes Klarheit und Gewißheit zu erhalten über das,

---

* Siehe Nr. 10236.

was wir etwa zu erwarten haben, falls wir die Änderung des Bauplanes von 1909—1914 in der von Ihnen angegebenen Weise vornehmen, so bitte ich um Ermächtigung, nichtamtlich und von mir aus mit den in Betracht kommenden englischen Staatsmännern die Sache gelegentlich und rein conversando zu besprechen.

Als kurze Rekapitulation möchte ich folgende Gesichtspunkte zusammenstellen:

Was hier beunruhigt, ist das Tempo und der Umfang, den das Gesetz für unsere Flotte vorgesehen hat. Die hiesige Regierung hat sich seit dem vorigen Sommer mit den Tatsachen abgefunden und steht im Begriff, Gegenmaßregeln im englischen Flottenbau zu ergreifen. Sollten wir in dem nächsten Jahre ein Schiff weniger bauen, so werden sie hier auch entsprechend weniger bauen (cfr. Sir Edward Greys Antwort in meinem Briefe vom 20. d. Mts. an Sie). Sollten wir in den nächsten drei Jahren je ein Schiff weniger bauen, dafür in den darauf folgenden drei Jahren je ein Schiff mehr, so werden sie sich hier voraussichtlich dementsprechend auch einrichten. Drei Schiffe weniger in den ersten drei Jahren, drei Schiffe mehr in den nächsten drei Jahren dürfte hier, um mich eines englischen Ausdrucks zu bedienen, als cold comfort empfunden werden, woraufhin der Engländer wohl kaum geneigt sein dürfte, viel zu bieten. Jedes Anzeichen einer momentanen Verlangsamung im deutschen Flottenbau wird hier freudig begrüßt werden, um auch englischerseits zu sparen. Sollte sich die Verlangsamung aber über eine längere Periode hinziehen, so würde damit was zu erhandeln sein, nicht aber mit dem Festhalten an dem vorhandenen Programm von 18 Linienschiffen für die nächsten sechs Jahre.

Im vorigen Sommer war der psychologische Moment da. Damals hätte man mit wenig Nachgeben manches erreichen können. Jetzt kaum mehr. Damals war die englische Regierung schwankend und zweifelhaft. Jetzt ist sie entschlossen, in die Dreadnoughtkonkurrenz um den Two-Power-Standard mit uns einzutreten. Dabei wird ihr wohl nicht entgangen sein, daß im Reichstage letzthin doch eine sehr deutliche Stimmung zutage getreten ist, sich mit England über den Flottenbau zu verständigen. Dies muß hier Hoffnungen erwecken, die weiter gehen als eine Neuverteilung der 18 Schiffe in den nächsten sechs Jahren. Als praktische Nation werden sie sich aber hier sagen: „Vorläufig ist es noch nicht so weit, rüsten wir daher weiter." Wir, scheint mir, müssen dasselbe tun. Wenn es je zu einer Verständigung auf dem Flottengebiete kommen soll, so kann sie nur in viel weiterem Umfange erfolgen, als sie jetzt eventuell vorgesehen ist. Es ist sehr wohl möglich, daß die Umstände mit der Zeit zu einer Verständigung oder zum Kriege drängen. Vorläufig haben wir das letztere als eine direkte Konsequenz unseres Flottenbaues noch nicht zu befürchten.

Es scheint, daß bei der Schaffung einer Flotte von Zeit zu Zeit kritische Momente eintreten, zum Beispiel für uns, wie Sie unzweifelhaft von unserer Marineleitung wissen, im nächsten Herbst und Winter. Wenn nicht

unvorhergesehene Ereignisse dazwischentreten, dürften wir diesen kritischen Zeitpunkt ungestört überleben, insoweit England in Betracht kommt.

Schließlich möchte ich mit Bezug auf Sir Edgar Speyers Mitteilung erwähnen, daß, wie ich auch in meinem Berichte vom 21. d. Mts.* dargelegt habe, es höchst unwahrscheinlich ist, daß Neuwahlen im nächsten Frühjahr stattfinden. Der kritische Moment tritt im nächsten Herbst ein, falls das House of Lords das Budget verwerfen sollte. Aber auch dies ist höchst unwahrscheinlich, da das Risiko für das House of Lords zu groß ist. Eine Partei, die seit 20 Jahren nicht am Ruder war, verkürzt nicht leichtfertig ihre natürliche Lebensdauer, wenn sie nicht Aussichten hat, wieder gewählt zu werden. Und die sind augenblicklich gering. Sir Edgar Speyer hat keine besonders enge Fühlung mit den maßgebenden Persönlichkeiten, obwohl er sich Mühe gibt, sie zu gewinnen.

P. Metternich

Nr. 10244

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 5 London, den 1. Januar 1909

Die Übersetzung des Artikels der „Saturday Review", mit Randvermerken des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts versehen**, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Diese einst angesehene Wochenschrift hat längst ihren früheren Einfluß verloren. Sie hat seit einem Jahrzehnt mehrfach Besitzer und Redakteure gewechselt und ist im großen und ganzen eher deutschfreundlich zu nennen. Durch den ganzen Artikel zieht sich als Leitfaden der Gedanke, daß Fürst Bismarck einen Krieg zwischen Deutschland und England um die Hegemonie der See- und Handelsherrschaft in der Welt als unausbleiblich vorausgesehen und betont habe[1]. Mir ist diese angebliche Überzeugung des ersten Reichskanzlers von der Naturnotwendigkeit eines Zusammenprallens beider Völker neu[2]. Sie dürfte auch schwer aus seinen Reden und Aussprüchen zu erhärten sein[3]. In ihnen ist vielmehr die gegenteilige Auffassung häufig vertreten[4]. Der Artikel scheint mir daher nicht sonderlich ernst zu nehmen zu sein[5]. Er soll nun nach Ansicht des genannten Herrn Staatssekretärs „überall großes Aufsehen erregt" haben. Es mag dies sein. Es ist solange her, daß ich mir hierüber keine positive Ansicht mehr bilden kann. In den botschaftlichen Akten hat der Artikel indessen seinerzeit keinerlei Erwähnung gefunden. Die damalige Leitung

* In seinem Bericht Nr. 1253 vom 21. Dezember hatte sich Graf Metternich aus Anlaß der Beendigung der parlamentarischen Session über die Eventualität und die Chancen von Neuwahlen ausgelassen.

** Vgl. Nr. 10231. Die Randvermerke Admiral v. Tirpitz' paraphrasierten den Risikogedanken.

der Kaiserlichen Botschaft scheint demnach von der allgemeinen Wirkung, die der Artikel gehabt haben soll, nicht betroffen worden zu sein.

Es ist nun nicht recht erklärlich, was mit einem Artikel, der auf der trügerischen Grundlage von historisch nicht erweisbaren[6] Bismarckschen Ansichten beruht und in einer Wochenschrift erschien, die längst ihre führende Stellung verloren hatte, für die Gegenwart bewiesen werden soll, zumal da in England sich wohl niemand mehr, der Verfasser vielleicht ausgenommen, des Artikels, der seinen elfjährigen Geburtstag hinter sich hat, erinnern dürfte.

Die Ursachen, welche zu dem gegenwärtigen unerfreulichen Zustande zwischen beiden Ländern geführt haben, sind mannigfacher Art. Ihre Wirkung ist eine komplizierte Krankheitserscheinung, die nicht auf dieses oder jenes Symptom allein zurückgeführt werden kann. Zunächst waren es die kolonialen Bestrebungen Deutschlands, welche zu vorübergehenden Reibungen mit der Politik des Inselvolkes geführt haben. Diese Periode gehört der Vergangenheit an. England hat sich mit dem deutschen Kolonialbesitz abgefunden. Vitale englische Interessen werden durch die deutschen Kolonien nicht berührt. Daneben verursachte und verursacht noch immer der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hierzulande Beklemmungen. Es ließe sich hierfür leicht beweiskräftigeres Zeitungsmaterial zusammentragen — besonders aus der Vergangenheit, jetzt weit seltener —, als der von dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts für beachtenswert gehaltene Artikel der „Saturday Review".

Frankreich führt hier hauptsächlich Luxusartikel, Wein, Seide und landwirtschaftliche Erzeugnisse ein, deren Großbritannien bedarf, und die es nicht genügend selbst herstellt. Frankreich umgibt sich aber gegen die englischen Industrieerzeugnisse mit einem höheren Schutzwalle als wir. Aus den Vereinigten Staaten bezieht Großbritannien hauptsächlich zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendige Lebensmittel, Rohmaterialien, die es für seine Industrie benutzt, und daneben auch in wachsendem Maße Industrieerzeugnisse. Die Vereinigten Staaten schließen sich gegen die englische Industrie aber noch mehr ab als Frankreich. In der letzten Zeit scheint es zwar, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, den Zolltarif herabzusetzen. Aus Deutschland werden hier hauptsächlich Industrieerzeugnisse eingeführt. Nach Deutschland gehen ebenfalls von hier aus Industrieerzeugnisse, daneben hauptsächlich Kohle. Trotzdem auch wir einen beträchtlichen Schutzzoll haben, steht die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern aber günstig, das heißt, der Kampf zwischen den beiden Industrien wird auf beiden Seiten mit Nutzen fortgeführt. Wir treten ferner mit den Engländern auf fremden Märkten in den Kampf ein und machen sie ihnen zum Teil streitig. Ganz besonders stehen wir durch unsere bedeutende Handelsschiffahrt mit ihnen im Wettbewerb. Was hier aber besonders als ungerechte Konkurrenz mehr und mehr drückend empfunden wird, ist die Tatsache, daß fremde Industrieerzeugnisse frei nach England hineingehen, während die hiesige Industrie

von allen großen Konkurrenzländern durch mehr oder weniger hohe Eingangszölle benachteiligt wird. Dies und die Herrschaft der Trade Unions, wodurch der englischen Industrie eine weitere Fessel angelegt wird, haben hier hauptsächlich den Schutzzollgedanken groß gezogen. Derselbe begann Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts unter der Bezeichnung Fair Trade schüchtern hervorzutreten. Mit dem Wachsen der fremden Industrien, nicht nur der deutschen, erstarkte er. Die Steuerkraft des Landes auf der vorhandenen Grundlage ist nahezu erschöpft, und nach dem nächstjährigen Budget mit Altersversorgung und Neubauten von Kriegsschiffen wird der Wunsch, den Ausländer die Steuer tragen zu lassen, wesentlich dazu beitragen, der Tarifreform zum Siege zu verhelfen.

Die Frage, welche Wirkung die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands auf das politische Verhältnis zwischen uns und England ausübt, läßt sich nicht aus einem oder dem anderen Zeitungsartikel beurteilen, auch nicht aus gelegentlichen Äußerungen dieses oder jenes Engländers. Maßgebend hierfür ist die Ansicht, welche in den großen Industrie- und Handelszentren Großbritanniens selbst herrscht. Es gibt naturgemäß gewisse kommerzielle Kreise, die unter der Konkurrenz des Auslandes mehr leiden als andere, und die daher geneigter sind, in dem fremden Wettbewerb eine Gefahr zu erblicken. Ich bin mit vielen Vertretern der Industrie und des Handels in England und Schottland im Laufe der Zeit in Berührung getreten, und ich habe nirgends in dem Maße wie bei ihnen den aufrichtigen Wunsch nach der Fortdauer guter Beziehungen zwischen beiden Ländern in Handel und Politik gefunden und nirgends so sehr die Befürchtung, daß sie gestört werden möchten. Wenn die Beziehungen zwischen beiden Völkern lediglich nach dem Handelsinteresse und von der Gesamtheit der Vertreter dieser Interessen geregelt werden könnten, so würde das gegenseitige Verhältnis heute ein ausgezeichnetes sein. Die Hochfinanz in London ist in der englischen Geschäftswelt vielleicht noch am ehesten geneigt, über die wirtschaftliche Konkurrenz mit Deutschland ein Trauerlied anzustimmen. Sie steht aber schon unter politischem Einflusse, und sie ist es nicht, die an erster Stelle die Produkte schafft und austauscht. Ihr aber kriegerische Absichten zuzuschreiben, wäre absurd. Sie bebt in den Knien vor Angst, wenn irgendwo politische Komplikationen auftreten. Deutschlands Handel und Industrie stehen nicht mehr im Vordergrund englischer Befürchtungen. Beide würden sogar eher ein Bindeglied zwischen beiden Völkern abgeben, wenn nicht die getrübte politische Atmosphäre selbst die beiderseitig wohltätigen Handelsbeziehungen in ungünstigem Lichte erscheinen ließen.

Die deutsch-englischen Beziehungen haben in den letzten Jahrzehnten verschiedene Phasen durchgemacht. Während und nach dem Burenkriege war die Erbitterung am stärksten. Daneben haben verschiedene politische Fragen dazu beigetragen, die Beziehungen zeitweilig zu ver-

schlechtern. Die Erbitterung ist indessen geschwunden. Ein feindliches Gefühl gegen Deutschland, wie es zum Beispiel zum Teil bei den Franzosen und in noch höherem Maße bei den slawischen Völkern vorhanden ist, besteht meines Erachtens im englischen Volke nicht, auch nicht eine angeborene Antipathie. Man hat hier im Gegenteil die größte Achtung vor deutschem Fleiße und deutscher Tüchtigkeit. Man hält sie als nachahmenswertes Beispiel dem Engländer vor. Trotzdem ist die Spannung zwischen beiden Völkern in den letzten Jahren gewachsen. Das Unbehagen über die wirtschaftliche Konkurrenz, die politische Erbitterung, die aus verschiedenen Anlässen hervorbrach, sind zurückgetreten vor einem neuen Faktor, der sie weit in den Hintergrund gedrängt hat. Dieser neue Faktor ist die Furcht, und zwar nicht die Furcht vor unserer wirtschaftlichen Entwickelung, sondern die vor unserer militärisch-maritimen Machtentfaltung. Es gibt wohl kaum einen hervorragenden Engländer, der nicht in der deutschen Flotte, in dem Umfange, wie das Gesetz sie vorsieht, und in dem Tempo, mit dem sie gebaut wird, eine ernste Gefahr für sein Land erblickte. Hieraus erklärt es sich, daß Leute, wie Lord Cromer, Lord Roberts, Feldmarschall Sir George White, Lord Rosebery, an sich durchaus deutschfreundliche Männer, [die] diesem friedlichen Wettstreit der wirtschaftlichen Kräfte mit Ruhe entgegensehen würden, warnend ihre Stimme erheben. Hieraus erklärt es sich ferner, daß die Massen von einem Extrem in das andere verfallen, von der Spionenfurcht in die Invasionsfurcht, und daß jede politische Gruppe die allgemeine Beängstigung zu ihren Zwecken benutzen kann, die eine zur Vermehrung der Flotte, die andere zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die dritte zur Besteuerung des Auslandes in Gestalt von Schutzzöllen, damit das Geld für die Rüstungen gefunden werde, und die vierte zur Ausdehnung des Schutznetzes von internationalen Vereinbarungen und Ententen.

Das Friedensbedürfnis ist aber in dem englischen Volke so tief begründet, die Lehren aus dem Burenkriege sind noch so frisch in aller Gedächtnis, daß der Wunsch, das Prävenire zu spielen und die deutsche Seemacht zu erdrücken, ehe sie erstarkt, noch nicht mitzählt. Es besteht vielmehr der allgemeine Wunsch, im Frieden mit Deutschland zu leben. Danebenher geht aber die Befürchtung, daß der Ausbau der deutschen Flotte diesen Frieden gefährden werde. Die maßgebenden Persönlichkeiten in England gehen nun keineswegs so weit, daß sie annehmen, wir bauten unsere Flotte mit der Absicht eines Angriffs auf England, obwohl viele unter ihnen fälschlicherweise auch dies annehmen, sie stehen aber alle unter dem Eindruck, daß unsere Flotte nach ihrem Ausbau einen Machtfaktor darstellen wird, der die englische Bewegungsfreiheit in hohem Maße lahmlegen, die englische Flotte noch mehr als bisher an die Heimat fesseln, und der dauernd eine potentielle Gefahr für die englischen Küsten und die englische Seeherrschaft bilden wird.

Der Glaube an den aggressiven, speziell gegen England gerichteten Zweck der deutschen Flotte ist in die Massen tief eingedrungen. Sie können

sich nicht erklären, wozu wir eine Flotte von dem Umfange, wie das Gesetz sie vorsieht, brauchen, außer um mit England anzubinden. Die Begründung mit dem Schutze unserer Küsten und unseres Handels macht hier wenig Eindruck. Man glaubt nicht recht daran. Hieran trägt hauptsächlich die frühere Agitation des deutschen Flottenvereins Schuld, dessen Reden und Broschüren auch ihren Weg nach England gefunden haben.

Die Alternative nun, sich mit uns zu verbünden, ist den englischen Staatsmännern nicht einleuchtend, da sie fürchten, politisch in unsere Abhängigkeit zu geraten, wenn England mit anderen oder mit uns Differenzen haben sollte. Das System der Freundschaften und Ententen und die Vermehrung der eigenen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande erscheint ihnen der sicherere Weg, um unabhängig von der deutschen Politik zu bleiben.

Es besteht nun in unseren Marinekreisen die Ansicht, daß, wenn wir erst einige Schritte vorwärts getan haben in der Weiterausbildung unserer Flotte, England sich in das Unvermeidliche fügen wird und wir dann die besten Freunde von der Welt sein werden. Ich bin der entgegengesetzten Auffassung. Ich habe schon so häufig ausgeführt, weshalb gerade die deutsche Flotte und nicht etwa auch die gering geachtete französische oder die weitab liegende amerikanische Flotte hier als Gefahr empfunden wird, daß ich mir wohl gestatten darf, hierauf nicht zurückzugreifen. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß die vorhandene Furcht England schließlich dazu treiben wird, sich uns in die Arme zu werfen. Die Furcht wird ganz andere Früchte zeitigen. Sie wird England gewappnet uns entgegenstellen.

P. Metternich

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Unsinn!
[2] mir auch
[3] richtig!
[4] sehr richtig!
[5] gewiß nicht
[6] und Bismarck fälschlich imputierter

Nr. 10245

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow**

Eigenhändig

Berlin, den 4. Januar 1909

Hat Tirpitz auf meine letzte Zuschrift, betreffend die Möglichkeit und Verständigung mit England über die Schiffsbauten**, schon geant-

* Die Aufzeichnung Fürst Bülows, die zur Zirkulation bei dem Staatssekretär und den in Betracht kommenden Referenten der Politischen Abteilung (v. Flotow, v. Stumm, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen) bestimmt war, ist entstanden im Hinblick auf das vorhergehende Schriftstück.
** Siehe Nr. 10242.

wortet? Wenn nein, bitte ich um Äußerung darüber, ob wir seine Antwort abwarten oder ihm schon vorher den letzten Brief von Metternich an mich* in dieser Angelegenheit mitteilen wollen.

Der anliegende Bericht von Metternich** würde meines Erachtens (streng vertraulich) schon jetzt an Tirpitz mitzuteilen sein (in Abschrift mit einem Begleitschreiben im Sinne meiner Marginalien und unter Hervorhebung der mit Buntstift angestrichenen Stellen).

Wir müssen auch erwägen, wann wir Seiner Majestät die ganze Frage vortragen. Abschrift des anliegenden Berichts (und vielleicht auch des oben angegebenen Begleitschreibens an Tirpitz) dürfte mit Nutzen vorgelegt werden können.

Bülow

Nr. 10246

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen für den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 4. Januar 1909

Admiral von Tirpitz hat auf Euer Durchlaucht Schreiben vom 25. Dezember 1908*** noch nicht geantwortet. Es dürfte sich empfehlen, seine Antwort[1] abzuwarten, ehe ihm von dem letzten Metternichschen Briefe vom 29. v. Mts.† Kenntnis gegeben wird, da die Schlußfolgerungen dieses Briefes Tirpitz darin bestärken dürften, daß ein Entgegenkommen unsererseits und ein Eingehen auf die englischen Wünsche in der Minderung unseres Flottenbaus nicht angebracht sein würden.

Der Entwurf eines Schreibens an Tirpitz unter Beifügung des Metternichschen Berichts vom 1. d. Mts. ist gehorsamst angeschlossen[2]††.

Mit dem Vortrag der ganzen Frage bei Seiner Majestät würde meines Erachtens bis nach Eingang der Tirpitzschen Antwort zu warten sein. Außer einem schriftlichen Vortrag unter Beifügung einer Reihe von Berichten aus London würde wohl auch ein mündlicher ergänzender Vortrag Euer Durchlaucht ins Auge zu fassen sein.

v. Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Sie ist inzwischen eingegangen†††.

[2] Der anliegende Entwurf eines Schreibens an Tirpitz enthält viele vortreffliche und auch sehr zutreffende Gesichtspunkte. Das Schreiben wird aber im Hinblick auf die inzwischen eingegangene Antwort von Tirpitz modifiziert und ergänzt werden müssen. Zu einer Rücksprache stehe ich Sonnabend um 6 p. m. zur Verfügung.

B. 7/I.

* Siehe Nr. 10243.

** Siehe Nr. 10244.

*** Siehe Nr .10242.

† Siehe Nr. 10243.

†† Hier nicht abgedruckt, da das Schreiben nicht zur Absendung gelangt ist.

††† Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 10247

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 5185
Ganz geheim

Berlin, den 4. Januar 1909

Den Empfang Euer Durchlaucht geneigten Schreibens vom 25. Dezember 1908** habe ich die Ehre gehorsamst zu bestätigen.

Euer Durchlaucht empfehlen in demselben, daß wir unter Wahrung unserer Würde jede Handhabe ergreifen sollten, um die englische Nervosität uns gegenüber zu verringern, und sehen als geeignetes Mittel dazu eine Herabsetzung unseres durch die beiden letzten Flottennovellen (von 1906 und 1908) festgelegten jährlichen Bautempos an großen Schiffen von vier auf drei in den nächsten Jahren an.

Ich habe hiergegen das schwere Bedenken, daß ein solches Vorgehen im In- und Auslande als ein Zurückweichen vor den Drohungen Englands angesehen werden wird, und daß keinerlei Beschönigung diesen Eindruck wird beseitigen können.

Wenn auch die englischen Minister persönlich geneigt sein würden, mit liebenswürdigen Worten darüber hinwegzugehen, so sind zu viele Interessenten in England vorhanden, welche unserem Nachgeben den Charakter einer Demütigung beilegen werden. Ich möchte sogar meinen, daß die liberale Partei selbst in England nur dann Nutzen von der Verminderung unseres Bautempos hat, wenn diese als eine Demütigung erscheint. In diesem Sinne wird unser Vorgehen in England rücksichtslos dargestellt werden. Nun wird, wie Euer Durchlaucht in dem geneigten Schreiben zum Ausdruck bringen, durch diese Änderung des Bautempos die Schaffung einer starken deutschen Flotte an sich nicht aufgegeben, sondern ihre Bereitstellung nur um einige Jahre verzögert. In dem künftigen Vorhandensein dieser Flotte aber sehen die Engländer den eigentlichen Stein des Anstoßes; denn die bloße Existenz einer starken deutschen Flotte muß England in Zukunft zwingen, auf Deutschland mehr Rücksicht zu nehmen als bisher. Alle Flotteninteressenten in England, welche den augenblicklichen „navy scare" arrangiert haben, alle Imperialisten und die ganze konservative Partei werden also weiter hetzen, und da sie den Erfolg der Drohungen gesehen haben, werden sie zu weiteren Demütigungen Deutschlands schreiten. Die Gefahr eines Krieges mit England wird dadurch größer werden und nicht kleiner. Auch darüber kann meines Erachtens kein Zweifel sein, daß, wenn das augenblickliche stürmische Verlangen nach Sparsamkeit um jeden Preis in Deutschland

* Bereits veröffentlicht bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 150 ff., und bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 104 ff.
** Siehe Nr. 10242.

wiederaufgehört hat, die Verringerung des Bautempos in ihrer wahren Bedeutung auch bei uns voll erkannt werden und eine starke Reaktion unseres Volkes gegen ein solches Zurückweichen vor den englischen Drohungen erzeugen wird. Auch hierdurch kann die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England nur vergrößert werden.

Ich bin, wie ich Euer Durchlaucht meldete, nicht der Ansicht, daß die Gefahr eines englischen Präventivkrieges zurzeit größer ist als bisher. Die englische Flottenpropaganda wird zunächst heruntergehen, wenn die konservative Partei und die Flotteninteressenten ihren Zweck erreicht, nämlich die liberale Regierung gezwungen haben, gegen deren Wunsch eine große Flottenforderung dem Parlamente vorzulegen. Wollte England wirklich Krieg führen, so würde man doch erst die Schiffe vom Etat 1909, welche die englische Übermacht wiederherstellen sollen, fertig bauen wollen. Wenn man einen Präventivkrieg vorbereitet, so legt man sein Geld für andere militärische Maßnahmen an als für Schlachtschiffe, die drei Jahre Bauzeit haben. Das sogenannte kritische Jahr 1911 ist in der englischen Auffassung nicht dadurch entstanden, daß wir in demselben bereits eine zu große Zahl „Dreadnoughts" besitzen (9 solcher Schiffe — nicht 13 wie Euer Durchlaucht annehmen, und wie Lord Granard behauptet hat* —) sondern dadurch, daß die leider im vorigen Jahre bei der letzten Novelle in den Reichstag getragene Flottenpropaganda in England die Annahme gerechtfertigt erscheinen ließ, wir würden in dem genannten Jahre eine weitere Flottenvermehrung vornehmen. Auf diese Flottenvermehrung haben wir verzichtet und damit ein außerordentliches Entgegenkommen gegen England gezeigt. Graf Metternich hat schon vor der Erklärung Euer Durchlaucht im Reichstage mit diesem Entgegenkommen operiert. Auf demselben fußend, hätte er meines Erachtens positive Gegenleistungen fordern können. Hierauf ist jedoch verzichtet worden. Mr. M'Kenna hat befriedigt davon Kenntnis genommen und ist nach kurzer Zeit mit weiteren Forderungen gekommen. Dieser Vorgang beweist, wie bedenklich es ist, auf die schiefe Ebene des Nachgebens zu geraten. Daß unsere Lage England gegenüber eine sehr ernste ist, habe ich nie verkannt und stets unverhohlen schriftlich und mündlich Euer Durchlaucht gegenüber seit zwölf Jahren zum Ausdruck gebracht. Ich bin aber der Ansicht, daß die geringere Kriegsgefahr für uns „im Durchhalten" besteht und daß ein Nachgeben trotz der damit verbundenen Demütigung Deutschlands die Gefahr nur erhöht.

Eine Verringerung des Bautempos, wie Euer Durchlaucht sie anregen, könnte nicht im Etatswege erfolgen, da die Ersatzbauten gesetzlich festgelegt sind. Es ist also eine Novelle zum Flottengesetz nötig, welche von den Verbündeten Regierungen genehmigt und von Euer Durchlaucht im Namen des Kaisers dem Reichstage vorgelegt werden müßte.

Ich resümiere mich dahin, daß ein Herabgehen des Bautempos von

---

* Vgl. Nr. 10230.

vier auf drei große Schiffe pro Jahr im In- und Auslande als eine Demütigung Deutschlands ausgelegt und empfunden werden würde, eine Demütigung, die nach meiner Ansicht, nicht nötig ist, da keine Kriegsgefahr droht oder, wenn sich dies als ein Irrtum erweisen sollte, nutzlos ist, weil lediglich die Verschiebung von drei Ersatzbauten von 1909/11 auf 1912/14 den etwa in England gefaßten Entschluß zu einem Präventivkrieg nicht wieder rückgängig machen würde. Bei dieser meiner Auffassung der gegegebenen Situation werden Euer Durchlaucht mir zustimmen, daß ich die Vertretung der neuen Novelle zum Flottengesetz im Reichstag nicht übernehmen kann, ganz abgesehen davon, daß derselbe Staatssekretär nicht im Jahre 1909 das Gegenteil von dem vertreten kann, was er im Jahre 1908 mit Aufbietung aller seiner Autorität verfochten hat, und was vom jetzigen Reichstage mit überwältigender Majorität angenommen worden ist. Es würde das politisch zu ganz unhaltbaren Situationen führen.

Wenn die Ansicht Euer Durchlaucht von der politischen Notwendigkeit der Verringerung des Bautempos, die ich zum ersten Male aus Euer Durchlaucht geneigtem Schreiben vom 25. Dezember 1908 entnommen habe und nach Euer Durchlaucht bisherigen Äußerungen, namentlich Euer Durchlaucht Erklärung im Reichstage bei der ersten Lesung des Etats, nicht voraussetzen konnte, durchgeführt werden soll, so muß ich Euer Durchlaucht bitten, Seiner Majestät dem Kaiser die Bitte um meinen Abschied in Gnaden geneigtest vortragen zu wollen. Ich nehme davon Abstand, dies unmittelbar bei Seiner Majestät zu tun, einmal weil es sich hierbei um eine politische Frage handelt, und zweitens weil Euer Durchlaucht wünschen werden, Seiner Majestät die Angelegenheit persönlich vorzutragen, ohne daß allerhöchstderselbe durch mein Abschiedsgesuch, dem ich doch eine Motivierung beigeben müßte, vorbereitet ist.

Da in Euer Durchlaucht geneigtem Schreiben vom 25. Dezember 1908 auch Zweifel durchklingen, ob unser Vorgehen in „militärisch-technischer" Beziehung das richtige ist, so bitte ich, einige Worte hierüber hinzufügen zu dürfen. Euer Durchlaucht stellen zur Erwägung, ob es sich nicht empfiehlt, der Verbesserung unserer Küstenbefestigungen und der Verstärkung unserer Unterwasserverteidigung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, anstatt uns ausschließlich auf die Vermehrung von Schlachtschiffen zu konzentrieren.

Was den lokalen Schutz unserer Küsten anbetrifft, so sind in den letzten Jahren hierfür Aufwendungen gemacht worden in einer Höhe, wie nie zuvor. Man könnte gewiß noch Verbesserungen hinzufügen; unsere Küstenbefestigungen sind aber schon in ihrem jetzigen Zustand nach meiner Ansicht dem englischen Angriff gewachsen. Eine weitere Forderung von 62 Millionen Mark ist in der ersten Rate vom Reichstag bereits bewilligt; sie wird in erster Reihe für den allein brennenden Ausbau von Helgoland aufgewendet werden.

Die jährlichen Beschaffungen von Torpedobooten sind durch die Novelle 1906 grundsätzlich verdoppelt, die Größe und Leistung der Boote

erheblich gesteigert worden. Es hat keinen Zweck, das Personal schneller zu beschaffen, als es dem Anwachsen des Materials entspricht.

Unterseeboote werden so viel gebaut, als Petroleummotoren dieser Art in Deutschland beschafft werden können. Zwei Unterseeboote sind fertig, zehn Boote im Bau. Zehn Millionen Mark sind für 1909 und von 1910 an jährlich 15 Millionen Mark für Unterseeboote vorgesehen und im Prinzip vom Reichstage bewilligt. Kein Staat hat vor dem Jahre 1907 ein für die Nordsee geeignetes Unterseeboot besessen. Wir sind für den Krieg mit England in kurzer Zeit in dieser Beziehung auf der Höhe. Diese Aussicht würde nur dann einen Stoß bekommen, wenn das Vorgehen des Staatssekretärs des Reichsschatzamts*, dem Reichstage am festgelegten Geldbedarf der Marine für die nächsten fünf Jahre Abstriche in Höhe von 50 Millionen Mark und mehr in Aussicht zu stellen, perfekt würde. Ich habe mich bisher indessen der Hoffnung hingegeben, daß bei der gefährlichen Lage unseres Staates ein Ausweg aus dieser Schwierigkeit seitens des Staatssekretärs des Reichsschatzamts noch gefunden werden würde.

Die Waffen des Kleinkrieges, welche keinen Teil des Flottengesetzes bilden und daher äußerlich weniger in die Erscheinung treten, sind also teils vorhanden, teils in stärkster Beschaffung begriffen. Ihr Stand in unserer Wehrmacht ist relativ höher als der Stand der Schlachtflotte. Beide zusammen bilden unsere Wehrmacht zur See. Kleinkrieg ohne Schlachtflotte ist undenkbar; ebensowenig aber hat für unsere Verhältnisse die Schlachtflotte ohne Kleinkrieg Chancen. Euer Durchlaucht wollen aus dem Vorstehenden entnehmen, daß ein einseitiges Konzentrieren unserer „Aufmerksamkeit“ auf die Vermehrung der Schlachtflotte unserem tatsächlichen Vorgehen durchaus nicht entspricht.

Die von Euer Durchlaucht ausgesprochene Befürchtung, daß unsere Flotte von den übermächtigen englischen Seestreitkräften durch enge Blokkade in unseren Häfen alsbald eingeschlossen werden wird, ist nicht gerechtfertigt. Wie wir mit großer Sicherheit wissen, und wie es einer vernünftigen Handhabung des modernen Seekrieges entspricht, bleibt das Gros der englischen Flotte hinter der Doggerbank in der Nähe von England und nur leichte Kräfte mit Soutiens sind als Blockadelinie vorgeschoben. Ohne deutsche Schlachtflotte würden unsere Torpedo- und Unterseeboote an ihre Angriffsobjekte, nämlich an die großen Schiffe des Feindes, überhaupt nicht herankommen können, denn nur eine Schlachtflotte kann ihnen den Weg zum feindlichen Gros freimachen. Mit anderen Worten: Ohne eine ausreichende deutsche Schlachtflotte kostet der Krieg England so gut wie nichts und bedeutet kein Risiko für England. Das Rückgrat unserer ganzen Flottenpolitik ist aber von Anfang an die Schaffung eines solchen Risikos in militärischer und damit vor allem auch in politischer Beziehung anderen Staaten gegenüber gewesen. Die Begründung zum Flottengesetz von 1900 sagt darüber: „Deutschland muß eine so

* Sydow.

starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird." Mit jedem neuen Schiff, das unserer Schlachtflotte zuwächst, wird sie nicht nur allein, sondern mit ihr auch unser verhältnismäßig hoch entwickeltes Torpedobootswesen stärker in die Wagschale fallen, wird von Jahr zu Jahr das Risiko eines Angriffs gegen uns für England größer werden. Damit wird der Zweck des Flottengesetzes, uns den Frieden zu sichern, mehr und mehr erreicht.

Wir könnten unser Torpedobootswesen und unsere Unterseeboote verdoppeln und verdreifachen, wir könnten unsere ganze Küste mit Kanonen spicken, eine Friedenswirkung kann dieser Teil unserer Seemacht in keiner Weise erreichen. Ohne Schlachtflotte würden wir allen Unbillen seitens Englands wehrlos preisgegeben sein.

Die englische Admiralität und die englische Marine betrachtet unsere Flotte weder jetzt noch für absehbare Zeit in der Aggressive gegen England. Jeder englische Seeoffizier würde sich lächerlich machen, wenn er etwas Ähnliches ernsthaft ausspräche. Trotzdem richtet sich die Verstimmung der englischen Admiralität gegen unsere Schlachtflotte, weil sie allein das Mittel bietet, den Defensivkrieg gegen England „aussichtsvoll" zu führen.

Daß eine unfertige Seemacht — und das ist die unsrige — überall Lücken aufweist, wenn sie heut in Gegensatz zur englischen Flotte gebracht wird, ist selbstverständlich. Oberflächliche Kritiker können sich daher mit leichter Mühe auf solche Lücken werfen und Eindruck auf Laien machen. Darüber möchte ich kein Wort verlieren. Der schärfste Kritiker aber, den wir haben, England nämlich, hat klar erkannt, daß unsere Seemachtentwickelung unter sorgfältiger Abwägung des zahlenmäßigen Verhältnisses der verschiedenen Mittel des Seekrieges zu einander so rationell erfolgt, wie es England bisher noch nicht gesehen hat. Es hat sich nicht vermeiden lassen, daß die Verstimmung der Engländer gerade durch diese rationelle Entwickelung noch vermehrt worden ist.

Von einer neuen Vorlage, welche die von Euer Durchlaucht angeregten verstärkten Maßnahmen für die Verteidigung unserer Küsten betrifft, ist ein wirklicher Nutzen daher nicht zu erwarten, da das Wesentliche in voller Ausführung begriffen ist. Wollte man eine Vorlage einbringen, die — gegen Verringerung des Bautempos um ein Schiff — wirklich Nutzen für eine akute Kriegsgefahr, also für einen Krieg im Jahre 1909 oder 1910, zu bringen imstande wäre, so würde dies nur durch Forderung erheblich vermehrter Indienststellungen und Mannschaftsvermehrungen geschehen können. Es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß eine solche Maßnahme als eine direktere Kriegsdrohung aufgefaßt werden würde, als wenn wir an dem wohlerwogenen Plan der Entwickelung unserer Flotte festhalten.

v. Tirpitz

Nr. 10248

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow**

Eigenhändig

Berlin, den 5. Januar 1909

Ich bitte, sich alle Vorgänge vorlegen zu lassen, insbesondere die letzten Berichte und Privatbriefe von Metternich. Diese scheinen mir darauf hinzudeuten, daß Metternich sich auch von einer Verlangsamung des Bautempos in der in Aussicht genommenen Weise einen politischen Erfolg nicht verspricht.

In unserer Antwort an Tirpitz müssen wir uns vor allem gegen den Vorwurf schützen, als ob unsere Anfrage bei ihm aus Furcht vor englichen Drohungen hervorgegangen wäre, ein Zurückweichen bedeuten und eine Demütigung des Reichs einleiten solle. Wir haben nie etwas anderes im Auge gehabt als eine Verringerung des Bautempos, die unter voller Wahrung unserer Würde und unseres Ansehens aus marinetechnischen Gründen sich empfohlen hätte, die Tirpitz besser beurteilen kann als wir. Wo Tirpitz mit dem ganzen Gewicht seiner Kompetenz und seiner Autorität sich gegen jeden Schritt in dieser Richtung als für die Flotte verderblich und für unsere Sicherheit gefährlich ausspricht, müssen wir unsere Bedenken einer so bestimmt formulierten und auf technische Argumente gestützten Überzeugung unterordnen**. Daß wir diese Bedenken vorbrachten, war unsere Pflicht angesichts des hohen Ernstes der Lage und der auf uns ruhenden politischen Verantwortung. Hier könnten die letzten Metternichschen Berichte pp. angezogen, bzw. mitgeteilt werden. Am Schlusse ist darauf hinzuweisen, daß dieser Briefwechsel nicht nur im Interesse unserer auswärtigen Politik, sondern auch, um Schwierigkeiten und Treibereien im Innern zu vermeiden, absolut geheim zu halten ist. Wir können die Frage, in der die Antwort nicht drängt, vielleicht am Donnerstag oder Sonnabend um 6 Uhr (Sie, Stumm und ich) besprechen.

Bülow

Gleichzeitig mit der Antwort an Tirpitz muß auch die Antwort an Metternich erwogen werden.

---

* Die Aufzeichnung war zur Zirkulation bei dem Staatssekretär und den in Frage kommenden Dezernenten der Politischen Abteilung bestimmt; sie sollte die Grundlage für die Beantwortung des Tirpitzschen Schreibens vom 4. Januar 1909 (siehe Nr. 10247) bilden.

** Bei dem Entschluß Fürst Bülows, seine auf eine Verständigung mit England hinsichtlich des Flottenbaues gerichteten Wünsche gegenüber dem Widerstand Tirpitz' zurückzustellen, wird wesentlich ins Gewicht gefallen sein, daß er, nachdem durch die „Daily Telegraph"-Affäre und ihre Auswirkungen seine persönliche Stellung beim Kaiser schwer erschüttert war, nicht hoffen konnte, bei diesem gegen den annähernd den Standpunkt des Monarchen vertretenden Staatssekretärs des Reichsmarineamts, der zudem mit seinem Abschiedsgesuch drohte, durchzudringen.

Nr. 10249

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 23 London, den 4. Januar 1909

Sir Edward Grey kam heute mir gegenüber auf das beiderseitige Schiffsbauprogramm zu sprechen. Er führte wiederum aus, daß das hiesige Programm sich lediglich nach dem unsrigen richten werde und müsse. Bei Beurteilung des englischen Two-Power-Standard komme nur Deutschland plus einer europäischen Macht in Frage. Da außer Deutschland niemand in Europa eine nennenswerte Flotte baue, so könne es sich vom englischen Standpunkte aus auch nur um uns handeln. Da ferner unsere Schlachtflotte aus Dreadnoughts bestehen solle, so komme für England auch wieder nur das deutsche Dreadnoughtprogramm in Betracht.

Auf meine Bemerkung, der Premierminister habe den Two-Power-Standard dahin definiert, daß die englische Flotte den beiden nächststärksten Flotten, wo immer sie seien, überlegen sein müsse, erwiderte Sir Edward Grey, der Premierminister habe bei dem Two-Power-Standard nur die Defensive im Sinne gehabt. Da England mit dem Two-Power-Standard nur die Defensive bezwecke, so würden die amerikanische und die japanische Flotte hier von der Admiralität ganz anders bewertet als eine europäische. Eine Dreadnoughtflotte, die von Amerika oder gar von Japan komme, habe nach Ansicht der hiesigen Admiralität nicht mehr annähernd denselben Gefechtswert in den englischen Gewässern als eine Flotte, die von den Küsten der Nordsee herüberkomme.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte werde die hiesige Regierung Anfang März dieses Jahres bedeutende Forderungen für das Marinebudget stellen.

Wie bekannt, sei die englische Regierung bereit gewesen, auf der Haager Konferenz die Einschränkung der Rüstungen zur Sprache zu bringen, hätte dies aber unterlassen, weil wir keine Bereitwilligkeit gezeigt hätten, darauf einzugehen**. Auch seitdem habe sie keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie stets bereit sei, sich über das beiderseitige jährliche Marinebudget im voraus mit uns ins Einvernehmen zu setzen. Ebenso sei die englische Regierung stets bereit, eine entsprechende Minderung am eigenen Schiffsbauprogramm vorzunehmen, falls auf unserer Seite sich hierfür Geneigtheit zeigen solle. Er bemerke dies lediglich zur Erklärung für das bevorstehende englische Marinebudget.

Bei normaler Baugeschwindigkeit (at normal rate) würden wir nach Berechnung der englischen Admiralität im Februar 1912 dreizehn Dreadnoughts vollendet haben — wenn er den Ausdruck Dreadnought gebrauche,

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 109ff.
** Vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXVI.

so geschehe es der Kürze halber, um damit den neuen, großen Schiffstyp im allgemeinen zu bezeichnen.

Nach hiesiger Information sei das Material für vier Dreadnoughts, welche jetzt bei uns im Baue seien, schon sechs Monate im voraus an den betreffenden Baustellen bereitgestellt worden, ehe mit dem Bewilligungstermin der tatsächliche Bau begonnen habe. Wenn ebenso bei den nächsten vier Dreadnoughts verfahren werde, so würden wir im Februar 1912 siebzehn Dreadnoughts vollendet haben.

Falls wir, abgesehen von finanziellen Rücksichten, unsere Schiffsbaukapazität voll ausnützten, so würden wir im April 1912 einundzwanzig Dreadnoughts vollendet haben.

Nach diesen Möglichkeiten des deutschen Schiffsbaues würde das englische Programm im März bemessen werden. Die Kriegsschiffsbaukapazität der anderen europäischen Staaten käme neben der deutschen kaum in Betracht.

Ich erwiderte dem Minister, unser Schiffsbauprogramm für das nächste und für die kommenden Jahre liege gesetzlich fest. Eine plötzliche Ausnützung unserer gesamten Schiffsbaukräfte zur Steigerung des gesetzlich vorgesehenen Tempos im Bau sei daher ausgeschlossen. Im übrigen könne ich ihm nur wiederholen, daß unser Flottenbauprogramm sich nicht nach dem englischen richte und auch nicht als Konkurrenz für die englische Flotte gedacht sei. Wir brauchten eine Flotte von bestimmtem, bekannten, gesetzlich normierten Umfange zum Schutze unseres Handels und unserer Küsten. Welche Flotte England bauen wolle, sei nicht unsere Sache. Falls die englische Regierung glaube, nicht nur nach unserem tatsächlichen Programm, sondern sogar nach den deutschen Baumöglichkeiten ihr eigenes Programm bemessen und sich dadurch in neue Kosten stürzen zu müssen, so überließen wir auch das ihrem Ermessen.

Dem Kaiserlichen Marineattaché habe ich von der Unterredung mit Sir Edward Grey Kenntnis gegeben.

P. Metternich

Nr. 10250

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Busshe-Haddenhausen

Berlin, den 11. Januar 1909

Ihren Brief vom 29. v. Mts.*, sowie Ihre beiden sich mit dem deutsch-englischen Gegensatz als Ausfluß unseres Flottenbaus befassenden Berichte 5 und 23 vom 1. und 4. d. Mts.** habe ich erhalten und mit lebhaftem Interesse gelesen.

* Siehe Nr. 10243.
** Siehe Nr. 10244 und 10249.

Da Sie der Ansicht sind, die Verlangsamung des Bautempos in den nächsten drei Jahren werde in England nur geringen Eindruck machen, bitte ich Sie, davon Abstand zu nehmen, die Frage der Abänderung unseres Flottenplans in den Jahren 1909 bis 1911 mit den maßgebenden englischen Staatsmännern im Sinne meines Ihrer Beurteilung unterbreiteten Vorschlags vom 25. v. Mts.* zu besprechen. Dagegen möchte ich Sie ersuchen, falls Sir Edward Grey Ihnen gegenüber wieder auf die Beschränkung unserer maritimen Rüstungen zu sprechen kommen sollte, den Versuch zu unternehmen, ihm begreiflich zu machen, daß uns lediglich mit einer Verminderung der englischen Schiffsbauten als Gegenleistung für eine Einschränkung der unsrigen nicht gedient ist.

Man scheint, wie aus allen Ihren Gesprächen mit englischen Staatsmännern hervorgeht, in England anzunehmen, uns werde mit einer Verminderung der englischen Schiffsbauten ein Gefallen getan, und daß wir zufrieden sein müßten, wenn man sich dort Beschränkungen im Schiffsbau auferlegen würde, sofern wir ein Gleiches tun (vergleiche zum Beispiel Grey nach Ihrem Briefe vom 20. v. Mts.**). Dies ist nicht der Fall. Uns ist es ganz gleichgültig, wie viele Schiffe England bauen will. Wir bauen unsere Flotte lediglich zu Verteidigungszwecken nach unseren allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen, nicht in Konkurrenz mit England.

Soviel ich aus Ihren Briefen und Berichten ersehe, haben Sie nie englischen Staatsmännern gegenüber diese Seite der Frage angeschnitten. Es sollte aber meines Erachtens den leitenden Staatsmännern jenseits des Kanals zu Gemüte geführt werden, daß wir nur dann eventuell von unserem gesetzlich festgelegten Flottenprogramm abgehen können, wenn England bereit ist, uns auf anderen Gebieten entgegenzukommen, wie ich das am Schlusse meines Briefes vom 25. v. Mts. ausgeführt habe.

Bülow

Ich habe alles getan, was in meinen Kräften und in meiner Macht steht, damit unsere Presse sich England gegenüber große Zurückhaltung auferlegt und alle Angriffe vermeidet. Soweit ich die deutsche Presse zu übersehen vermag, scheint sie mir jetzt England gegenüber eine ruhige Sprache zu führen. Schreiben Sie mir auch weiter alles, was dazu beitragen kann, einen günstigen Verlauf des Besuchs der englischen Majestäten*** zu sichern und vor allem jeden Mißklang fernzuhalten, in sachlicher wie in persönlicher Richtung†.

---

* Siehe Nr. 10241.

** Siehe Nr. 10240.

*** König Eduard VII. hatte seinen Besuch beim Berliner Hofe für den 9. Februar angesagt.

† Wie aus einer Aktennotiz hervorgeht, wurde die Nachschrift vom Fürsten Bülow in der Ausfertigung des Schreibens hinzugefügt.

Nr. 10251

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 11. Januar 1909
[abgegangen am 12. Januar]

Nachdem Euere Exzellenz in dem gefälligen Schreiben vom 17. v. Mts.** die von mir gestellte Frage, ob das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen könne, verneint hatten, ersehe ich aus Ihrem Schreiben vom 4. d. Mts.***, daß nach Ihrem fachmännischen Urteil unsere Küstenbefestigungen schon jetzt einem englischen Angriff gewachsen sind. Wenn auch die Gefahr des englischen Angriffs hauptsächlich in dem Unterbinden unseres Handels durch die Blockierung unserer Küsten und der Wegnahme unserer Handelsschiffe und in der dadurch hervorgerufenen Schädigung unseres Verkehrs- und Erwerbslebens im allgemeinen besteht, so erfüllt es mich doch mit Befriedigung und einem Gefühle größerer Sicherheit, daß wir bezüglich unserer Küstenbefestigungen gegen einen englischen Angriff geschützt sind. Es ist gleichfalls erfreulich, daß Euere Exzellenz der Ansicht sind, daß auch das sonst zur Verteidigung unserer Küsten Erforderliche in voller Ausführung begriffen ist, soweit es nicht bereits besteht. Aufgefallen ist mir als Laien bei den bezüglichen Ausführungen, daß kein Staat vor 1907 ein für die Nordsee geeignetes Unterseeboot besessen haben soll, während doch England im Mai 1908 43, Frankreich gar 49 Stück fertig hatte. In dieser Hinsicht dürften daher wohl die Ansichten der Fachmänner dieser Marinen von denen der unsrigen abweichen, denn man würde sich in jenen Ländern kaum dazu verstanden haben, soviele Unterseeboote zu bauen, wenn man sie nicht für brauchbar erachtet hätte.

Von einem Sparen à outrance, von dem Euere Exzellenz eine ungünstige Einwirkung auf unsere Marine befürchten, kann meines Erachtens im Hinblick darauf keine Rede sein, daß das Reichsschatzamt sich mit einer Erhöhung des gesamten Marineetats um über 60 Millionen Mark gegen den jetzigen Etat einverstanden erklärt hat. Wenn auch noch Abstriche durch den Reichstag vorgenommen werden können, so hat sich das Reichsschatzamt doch nicht von einer Sparsamkeit um jeden Preis leiten lassen.

Euere Exzellenz meinen, daß eine Herabsetzung unseres gesetzlich festgelegten jährlichen Bautempos von großen Schiffen von vier auf drei in den nächsten Jahren im In- und Auslande als ein Zurückweichen vor englischen Drohungen und als eine Demütigung Deutschlands aufgefaßt

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 112ff.
** Siehe Nr. 10238.
*** Siehe Nr. 10247.

werden würde. Ich möchte hier zunächst feststellen, daß englische Drohungen nie vorgelegen haben. Auch aus den Worten des Sir Charles Hardinge in Friedrichshof* entnehme ich keine Drohung. Was in Zeitungen und von unverantwortlichen Leuten geredet wird, sind nicht Drohungen. Besorgnis — nach unserer Ansicht allerdings ganz unbegründete und lächerliche Besorgnis — und Furcht sind es, welche den Engländern ein Anwachsen unserer Flotte unerwünscht erscheinen lassen. Diese Besorgnisse, gepaart mit dem Wunsche, womöglich Geld für Flottenbauten zu sparen, haben die englische Regierung veranlaßt uns gelegentlich der zweiten Haager Konferenz und gelegentlich der letzten Begegnung Seiner Majestät des Kaisers mit König Eduard, sowie auch sonst zu verstehen zu geben, daß man sich in England gern mit uns über Flottenbauten verständigen würde. Von Drohungen auf englischer Seite ist nicht die Rede gewesen. Die Engländer sind weit eher in der Rolle von Bittenden an uns herangetreten.

Mit größter Bestimmtheit muß ich die Ansicht zurückweisen, als ob ich mit meiner an Euere Exzellenz gestellten Anfrage vom 25. v. Mts.** eine Demütigung Deutschlands ins Auge gefaßt hätte. Ich habe in diesem Schreiben hervorgehoben, daß wir „unter Wahrung unserer Würde" bestrebt sein müßten, die englische Nervosität zu verringern. Es ist mir nie in den Sinn gekommen, irgend etwas tun oder anregen zu wollen, was mit unserer nationalen Würde unvereinbar sein könnte. Das würde in vollem Widerspruch stehen nicht nur mit meiner Denk- und Empfindungsweise, sondern auch mit der Haltung, die ich als Leiter unserer auswärtigen Politik seit bald zwölf Jahren stets in allen Fällen und in allen Lagen eingenommen habe.

Euere Exzellenz werden mit mir übereinstimmen, daß die Erregung gegen uns in England im Laufe der letzten Jahre erheblich zugenommen hat. Mit dieser zunehmenden Erregung hat sich die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen uns und Großbritannien vergrößert, ohne daß angenommen zu werden braucht, daß die englische Regierung auf einen Konflikt mit Deutschland hinarbeitet, eine Annahme, die ich für irrig halte. Wie sich die uns feindliche Stimmung entwickelt hat, darüber verbreitet sich nochmals eingehend der Kaiserliche Botschafter in dem in Abschrift anliegenden Bericht Nr. 5 vom 1. d. Mts.*** Wenn es mir auch, wie ich bereits in meinem Schreiben vom 25. v. Mts. bemerkte, von sekundärer Bedeutung zu sein scheint, ob die sich gegen uns in England geltend machende feindselige Stimmung ausschließlich eine Folge unserer maritimen Rüstungen ist, oder ob sie der natürlichen Konkurrenz der beiden großen Kulturstaaten entspringt, wie Euere Exzellenz annehmen, eins ist unzweifelhaft, daß immer weitere Kreise in England nicht nur der unverständigen Massen sondern auch einsichtiger Leute in dem An-

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8225 ff.
** Siehe Nr. 10242.
*** Siehe Nr. 10244.

wachsen unserer Seemacht eine ernste Gefahr für Großbritannien und seine Macht erblicken. Gegen die Idee, daß kommerzielle Eifersucht den deutsch-englischen Gegensatz hervorgerufen oder vermehrt habe, ist, wie Ihnen bekannt, nach meiner Reichstagsrede vom 19. November v. Js. sowohl von liberaler wie von konservativer Seite in England lebhaft protestiert worden. Die Ansicht, daß kommerzielle Interessen nichts mit dem deutsch-englischen Gegensatz zu tun haben, wird in dem anliegenden Artikel der „Morning Post" vom 6. d. Mts., vertreten, der sich mit den kürzlich veröffentlichten Ausführungen des Admirals von Ahlefeld beschäftigt. Auch aus diesem Artikel klingt* die Furcht vor unserer Flotte heraus. Daß diese Furcht besteht, ist klar. Darüber kommen wir nicht weg, und damit haben wir als mit einem gegebenen Faktor zu rechnen. Die wachsende Furcht vor unserer Flotte stellt, da sie Hand in Hand geht mit der Zunahme einer feindseligen Stimmung gegen uns, bei der allgemeinen politischen Lage eine drohende Gefahr für uns dar. Ich hoffe mit Euerer Exzellenz, daß zurzeit die Gefahr eines englischen Präventivkriegs gegen uns nicht größer ist als bisher, da die maßgebenden Kreise Großbritanniens einen solchen Krieg nicht wollen, und die Idee der Notwendigkeit eines Präventivkriegs zwar hin und wieder erörtert, aber noch nicht in die englischen Massen eingedrungen ist. Auch Graf Metternich teilt diese Ansicht. Immerhin muß mit der Möglichkeit, ja mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß bei weiterem Anwachsen der Furcht vor unserer Seemacht die Idee des Präventivkriegs weiteren Anklang findet und die Lage verschärft.

Unter diesen Umständen mußte ich als der für unsere äußere Politik verantwortliche Reichskanzler mir die Frage vorlegen, wie es mit unserer Rüstung für den Fall eines englischen Angriffs steht, und was wir, falls die Rüstung nicht hinreichend stark ist, tun müssen, um sie zu verstärken bezw. einem Konflikt vorzubeugen, jedenfalls solange als keine Aussicht vorhanden ist, einen solchen Konflikt siegreich zu bestehen. Aus diesen Erwägungen heraus sind meine Anfragen vom 30. November und 25. Dezember v. Js. an Euere Exzellenz ergangen, um von dem fachmännischen Berater der Krone in Marinesachen Auskunft über diese Fragen zu erhalten. Auch Fürst Bismarck hat sich in den Zeiten von drohender Kriegsgefahr, wie vor 1870 an die militärischen Autoritäten gewandt, um zu erfahren, wie die Aussichten des Krieges im Falle eines Zusammenstoßes lägen.

Gleichzeitig mit meinem Schreiben vom 25. v. Mts. an Euere Exzellenz habe ich den in Abschrift beigefügten Brief gleichen Datums an Graf

---

* Der Artikel der „Morning Post" vom 6. Januar 1909 polemisierte gegen einen im Januarheft der „Deutschen Revue" erschienenen Aufsatz des Admirals von Ahlefeld, der behauptet hatte, daß die englische Volksstimmung und die englische Politik beherrscht seien von Handelseifersucht. Demgegenüber stellte der Schreiber der „Morning Post" fest: „What we are concerned with, are the subjects as to which the Admiral speaks with knowledge: the subjects of navies, their comparison and use."

Metternich* gerichtet, um seine Ansicht darüber zu hören, ob und eventuell welchen Eindruck in England die Durchführung des von mir Ihrer technischen Beurteilung unterbreiteten Vorschlags haben würde, in den Jahren 1909—1911 drei statt vier große Schiffe zu bauen. Die Antwort des Kaiserlichen Botschafters wollen Sie aus dem gleichfalls in Abschrift angeschlossenen Briefe Metternichs vom 29. v. Mts. ersehen**. Der Kaiserliche Botschafter ist der Meinung, daß eine solche Neuverteilung unserer Schiffsbauten in den nächsten sechs Jahren nicht viel Eindruck in England machen würde, und daß die Engländer kaum geneigt sein dürften, für diese Abänderung unseres Flottenprogramms viel zu bieten.

Im Hinblick hierauf und auf die von Euerer Exzellenz mit dem ganzen Gewicht Ihrer Kompetenz und Autorität gegen den von mir erwogenen Schritt geäußerten Bedenken, daß ein solches Vorgehen für die Flotte verderblich und für unsere Sicherheit schädlich sein würde, will ich, falls nicht etwaige neue Gesichtspunkte auftauchen sollten, davon Abstand nehmen, den Gedanken einer Abänderung unseres Flottenprogramms zurzeit weiter zu verfolgen. Ich möchte aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß ich nicht daran zweifle, daß der Reichstag ohne größere Schwierigkeiten dafür zu gewinnen sein würde, einen Teil des für Schlachtschiffe ausgeworfenen Geldes für Torpedoboote, Unterseeboote, Minen und Küstenbefestigungen auszugeben. Man könnte geltend machen, daß die Erfahrungen mit den Dreadnoughts verhältnismäßig gering wären; es könne daher der Fall eintreten, daß sie bereits veraltet wären, wenn sie fertiggestellt sein würden. Nachdem man mit 18000 Tonnen begonnen hätte, wären jetzt schon Dreadnoughts von 25000 Tonnen im Bau. Wer bürge dafür, daß nicht bald Schiffe von 30000 Tonnen und mehr in anderen Ländern auf den Stapel gelegt werden würden, und dann müßten wir mit. Wir wollten noch warten, um technische Zweifel zu beheben, neue Erfindungen zu verwerten, kurz um sicher zu gehen. Ich zweifle nicht daran, daß der Reichstag solchen und ähnlichen Argumenten zugängig wäre, und daß dann auch das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit einverstanden sein würde.

Im Hinblick auf den in der zweiten Februarwoche bevorstehenden Besuch König Eduards in Berlin möchte ich jedoch noch eine Frage an Euere Exzellenz richten. Es ist ja an und für sich nicht wahrscheinlich, daß der König oder Sir Charles Hardinge, der den britischen Herrscher vermutlich begleiten wird, nach den Erfahrungen des letzten Sommers die Rede wieder auf eine Verminderung der beiderseitigen Flottenbauten bringen wird. Ausgeschlossen erscheint mir eine solche Möglichkeit jedoch nicht nach dem Gespräch Metternichs mit Sir Edward Grey über das in dem in Abschrift anliegenden Bericht aus London vom 4. d. Mts.*** näheres enthalten ist. Man scheint nach den Äußerungen Greys jetzt in England

* Siehe Nr. 10241.
** Siehe Nr. 10243.
*** Siehe Nr. 10249.

sogar anzunehmen, daß wir durch besondere Abmachungen mit den Werften viel schneller bauen, als bisher angenommen worden war, und daß wir im Februar 1912 schon 17 Dreadnoughts vollendet haben würden. (Euere Exzellenz sagen, daß wir Ende 1911 neun solcher Schiffe fertig haben werden, während man in England immer angenommen hat, daß wir dann 13 Dreadnoughts vollendet haben würden.) Vielleicht treibt diese Ansicht die Engländer doch zu einem neuen Versuch, eine Verständigung mit uns zu erreichen. Sind Euere Exzellenz, so frage ich, falls ein solcher Versuch von englischer Seite gemacht werden sollte, — wir müssen meines Erachtens die Frage nicht anschneiden — der Ansicht, daß wir nochmals wie im vorigen Sommer a limine ablehnen sollen, den Engländern irgend ein Entgegenkommen zu erweisen?

Zum Schluß darf ich bemerken, daß unser jetziger Briefwechsel nicht nur im Interesse unserer äußeren Politik, sondern auch um Schwierigkeiten und Treibereien im Innern zu vermeiden, absolut geheim bleiben muß.

Bülow

Nr. 10252

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 14. Januar 1909

Vielen Dank für Ihren Brief vom 11. d. Mts.!* Sie nehmen darin Bezug auf meine Ansicht, daß eine Verlangsamung unseres Schiffsbautempos in den nächsten drei Jahren in England nur geringen Eindruck machen werde. Die Verlangsamung des Tempos während der nächsten drei Jahre würde an und für sich einen sehr starken Eindruck machen. Dieser Eindruck wird nach meiner Ansicht nur dadurch wieder hinfällig, daß wir, wie Sie mir schrieben, in den darauf folgenden drei Jahren wieder mehr wie ursprünglich beabsichtigt bauen wollen, das heißt, daß die Summe von 18 Dreadnoughts in den nächsten sechs Jahren die gleiche bleiben soll.

Im vorigen Sommer habe ich bei den hiesigen Staatsmännern häufig darauf hingewiesen, daß wir, um unsern Schiffsbau einzuschränken, erst eine andere Lage in Europa vor uns sehen müßten, und daß insbesondere zunächst ein besseres politisches Verhältnis zwischen Deutschland und England vorhanden sein müsse.

Sie schreiben mir ferner: „Uns ist es ganz gleichgültig, wie viele Schiffe England bauen will. Wir bauen unsere Flotte lediglich zu Verteidigungszwecken und nach unseren allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen, nicht in Konkurrenz mit England.“ Sie fahren

* Siehe Nr. 10250.

dann fort, soviel Sie aus meinen Berichten und Briefen ersähen, hätte ich nie englischen Staatsmännern gegenüber diese Seite der Frage angeschnitten. Ich habe dies indessen sowohl in meinen Gesprächen im vorigen Sommer mit den englischen Staatsmännern hervorgehoben (Grey, Lloyd George, Hardinge, Haldane, Churchill usw.), als auch in allen meinen Gesprächen aus der letzten Zeit. In meinem Bericht Nr. 1136 vom 26. November v. J.*, mein erstes Gespräch mit Herrn M'Kenna wiedergebend, heißt es in meiner Antwort an den Minister: „Wir hätten nicht die Absicht, mit England zur See zu konkurrieren, ebensowenig wie unsere Flotte über das im Flottengesetz festgelegte Ziel hinaus zu vermehren. Der jetzt vorgesehene und seit acht Jahren bekannte Umfang unserer zukünftigen Flotte genüge zum Schutz unserer Küsten, unseres Handels und unserer überseeischen Interessen. Darüber hinaus würden wir nicht gehen." In meinem Bericht Nr. 1212 vom 11. v. Mts.**, ebenfalls ein Gespräch mit M'Kenna betreffend, führte ich aus: „Ich machte ihn (M'Kenna) nochmals darauf aufmerksam, daß von Konkurrenz keine Rede sei und unser Programm gesetzlich festläge, über das wir nicht hinauszugehen beabsichtigen." Ferner in meinem Bericht Nr. 23 vom 4. d. Mts.***, ein Gespräch mit Sir Edward Grey wiedergebend, heißt es: „Im übrigen könne ich ihm (Grey) nur wiederholen, daß unser Flottenbauprogramm sich nicht nach dem englischen richte und auch nicht als Konkurrenz für die englische Flotte gedacht sei. Wir brauchten eine Flotte von bestimmtem, bekannten, gesetzlich normierten Umfange zum Schutze unseres Handels und unserer Küsten. Welche Flotte England bauen wolle, sei nicht unsere Sache. Falls die englische Regierung glaube, nicht nur nach unserm tatsächlichen Programm, sondern sogar nach den deutschen Baumöglichkeiten ihr eigenes Programm bemessen und sich dadurch in neue Kosten stürzen zu müssen, so überließen wir auch das ihrem Ermessen." Ich erinnere mich sehr deutlich, daß ich den Herren außerdem gesagt habe, und zwar mehrmals, wenn sie auch hundert neue Dreadnoughts bauten, so würde das unser Programm nicht im geringsten tangieren, da wir nicht die Absicht hätten, in eine Konkurrenz mit England einzutreten.

Ich werde nun Ihrer Weisung entsprechend, falls englische Staatsmänner mit dem Thema beginnen, wiederum darauf hinweisen, daß wir nur dann eventuell von unserm gesetzlich festgelegten Flottenprogramm abgehen können, wenn England bereit ist, uns auf anderen Gebieten entgegenzukommen. Hierzu hielt ich mich seit Ende vorigen Sommers ohne neue Ermächtigung Ihrerseits nicht für ermächtigt.

P. Metternich

* Siehe Nr. 10232.
** Siehe Nr. 10237.
*** Siehe Nr. 10249.

Nr. 10253

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 17. Januar 1909
[abgegangen am 18. Januar]

Ihr Brief vom 14. d. Mts.*, für den ich sehr danke, gibt mir Anlaß zu folgenden Bemerkungen. Ich habe sehr wohl aus Ihren Briefen und Berichten ersehn, daß Sie den englischen Staatsmännern wiederholt erklärt haben, wir bauten unsere Flotte nicht in Konkurrenz mit England. Dies bitte ich auch immer wieder zu betonen, wenn Sie auf die Flottenfrage angeredet werden. Was Sie aber, wie mir scheint, den Engländern noch nicht genügend klar gemacht haben, ist, daß wir nur dann von unserem gesetzlich festgelegten Flottenprogramm abgehn können, wenn England uns auf anderen Gebieten Entgegenkommen zeigt. Prinzipiell sind wir einer Abänderung unseres Flottenprogramms nicht abgeneigt, allein kein Reichskanzler kann sich dem Vorwurf aussetzen, daß er einer Reduzierung des Flottenprogramms aus Furcht vor England das Wort rede. Einen solchen Verdacht würde unzweifelhaft die uns unfreundlich gesinnte ausländische Presse aussprechen, und im Inlande würde uns das zum heftigsten Vorwurf und die Kaiserliche Regierung einfach unmöglich gemacht werden, wenn nach einer Beschränkung unserer Seerüstungen England fortfahren würde, eine uns unfreundliche Politik zu treiben. Gegen die Gefahren, die eine solche Beschränkung in sich trägt, können wir uns nur dadurch schützen, daß England uns ein Äquivalent bietet. Nur in diesem Fall kann die Kaiserliche Regierung sich wirksam gegen den Vorwurf verteidigen, daß sie aus Angst vor England die für unseren Schutz als notwendig erachteten maritimen Rüstungen eingeschränkt und dadurch nicht nur die Chancen für unsere Verteidigung verschlechtert, sondern auch das Land einer Demütigung ausgesetzt habe. Bietet uns England ein solches Äquivalent, so wird die öffentliche Meinung in der Hinsicht, daß ein Konflikt mit England ausgeschlossen oder unwahrscheinlich geworden ist, sich mit der Beschränkung unserer Seerüstungen abfinden.

Es wäre besonders dankenswert, wenn Sie Sir Edward Grey zu der Einsicht bringen könnten, daß wir nur bei einem englischen Entgegenkommen auf politischem Gebiet von dem gesetzlich festgelegten Flottenprogramm abgehen können. Haben die Engländer erst einmal diese Basis anerkannt, so werden wir auch über die weiteren Einzelheiten zu einer Verständigung gelangen können. Ich bitte, vor der Reise des Königs nur mit Sir Edward Grey in dem obigen Sinne zu reden. Ist der Besuch vorüber und gut verlaufen, so wird es Ihre Aufgabe sein, diese Gedanken auch weiteren politischen Kreisen klar zu machen.

* Siehe Nr. 10252.

Aus dem anliegenden Auszug eines Privatbriefs des französischen Regieverwalters Rambert in Konstantinopel an ein Mitglied unserer Hochfinanz wollen Sie ersehn, welche Haltung Sir A. Block* einnimmt, und wie wenig diese im Sinne einer friedlichen Entwickelung der Verhältnisse in der Türkei ist. Kein Wunder, daß man England nicht traut, trotz der Versicherungen Sir Edward Greys, der selbst das Beste erstreben mag. Einzelne Organe Englands im Ausland handeln aber offenbar nach anderen Grundsätzen.

Besten Dank für Ihre Winke hinsichtlich des Besuchs der englischen Majestäten. Ich habe sogleich mit A. Eulenburg** im Sinne Ihrer Ratschläge gesprochen und diese auch zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers gebracht. Es soll alles geschehen, um den englischen Majestäten den Aufenthalt bequem und angenehm zu machen. Ich sorge auch nach Möglichkeit für eine verständige Haltung unserer Presse***.

Bülow

Nr. 10254

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow†

Ausfertigung

Nr. M 243
Ganz geheim

Berlin, den 20. Januar 1909

Euer Durchlaucht habe ich die Ehre den Empfang des geneigten Schreibens vom 11. Januar 1909†† gehorsamst zu bestätigen. Was die von Euer Durchlaucht gestellte Frage anbetrifft, ob wir eine erneute Anregung seitens Englands — gelegentlich des Besuchs des Königs Eduard oder auf andere Weise —, in eine vertragliche Verminderung der beiderseitigen Flottenbauten einzutreten, a limine abweisen sollen, so bin ich durchaus der Ansicht Euer Durchlaucht, daß wir das nicht tun dürfen, schon allein aus dem Grunde nicht, um das Odium einer solchen Abweisung von uns abzuhalten. Ich habe mich auch Ende September vorigen Jahres bemüht, Seiner Majestät dem Kaiser diesen Standpunkt klarzulegen[1].

Wenn wir uns entschließen, in solche Verhandlungen einzutreten, müßte meines Erachtens aber Vorsorge getroffen werden, daß wir bei einem derartigen Abkommen nicht einfach die Gebenden sind, sondern daß auch etwas zu unseren Gunsten dabei herauskommt[2]. Von diesem Stand-

---

* Englischer Delegierter bei der Verwaltung der Dette Publique Ottomane; über die von ihm eingenommene Haltung vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9958, Anlage nebst Fußnote **, S. 563.

** Oberhofmarschall Graf August zu Eulenburg.

*** Nach einer Aktennotiz wurde der letzte Absatz auf der Ausfertigung vom Fürsten Bülow hinzugefügt.

† Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 116f.

†† Siehe Nr. 10251.

punkte aus habe ich es sehr bedauert, daß wir bei der außerordentlich entgegenkommenden Zusage, im Jahre 1912 keine neue Novelle zu bringen, seitens Englands keine Gegenleistung, ja kaum einen Dank erzielt haben[3].

Bei neu einzuleitenden Verhandlungen müßte meines Erachtens zunächst nachdrücklich der Standpunkt vertreten werden, daß auf Grund der vorliegenden unumstößlichen Tatsachen und des gegenseitigen Stärkeverhältnisses Deutschland allein der bedrohte Teil ist, nicht aber England[4]. Zu einem Angriffskrieg gehört nach alter Seekriegsregel mindestens eine Überlegenheit von 33%, während wir nach dem jetzigen Flottengesetz die künftige Stärke unserer Flotte auf ein so geringes Maß limitiert haben, daß ein Angriffskrieg oder Angriffsgelüste unsererseits gegen England von vornherein ausgeschlossen sind. Die Tatsache, daß England uns gegenüber einen Zweimächtestandard als Basis genommen, außerdem unter Vernachlässigung sehr wichtiger Auslandsstationen eine dreifach überlegene Flotte in den europäischen Gewässern angehäuft hat[5] und speziell die Nordseehäfen und Rosyth ausbaut, berechtigen uns zu der Behauptung, daß Deutschland allein der Bedrohte ist.

Englischerseits wird man ja versuchen, die Bedeutung dieser Tatsachen abzuleugnen. Wir müßten gelegentlich derartiger Verhandlungen unsererseits aber nachdrücklich auf dieser Ansicht bestehen bleiben[6]. Wir könnten meines Erachtens bei solchen Verhandlungen auch ohne Bedenken direkt hinzufügen, daß diese Bedrohung die Veranlassung zur jetzigen Entwickelung unserer Flotte gewesen wäre. Ich darf Euer Durchlaucht bei dieser Gelegenheit vielleicht daran erinnern, daß das zweite Flottengesetz direkt aus der Behandlung heraus geboren worden ist, welche wir durch England gelegentlich der Samoawirren erfuhren*. Wir würden alsdann weiter den englischen Herren gegenüber die Stellung einnehmen können, daß wir grundsätzlich nicht abgeneigt wären, diese Unterlegenheit unserer Flotte auf eine längere Zeit, vielleicht zunächst auf zehn Jahre festzulegen, wenn anderseits die Marinepolitik Englands[7] den Beweis für uns er-

* Zu dieser Stelle des Tirpitzschen Briefes bemerkte Fürst Bülow in einer eigenhändigen Aufzeichnung vom 20. Januar: „In dem Schreiben von Tirpitz ist mir die auf Samoa bezügliche Stelle aufgefallen. Ich hatte damals (Frühjahr 99) den Eindruck, daß es sich nicht um einen tief angelegten englischen Plan — und nun gar Kriegsplan! — handelte, sondern um einen von dem englischen Schiffskommandanten gemeinsam mit dem amerikanischen in Szene gesetzten Handstreich. Die Amerikaner waren damals wegen gewisser Zwischenfälle während des spanisch-amerikanischen Kriegs (Entsendung unserer Flotte nach den Philippinen, Admiral Dewey, Manila usw.) sehr gereizt gegen uns. Die englische Regierung lenkte sofort ein, als wir reklamierten. Die Sache wurde glücklich und verhältnismäßig rasch beigelegt. Wir haben schließlich Samoa bekommen. Heute würde ein solcher Zwischenfall wahrscheinlich zum Krieg führen, denn dazwischen liegt die durch unsere Schiffsbauten in England hervorgerufene Stimmung und Verstimmung. Wenn diese meine Auffassung der Aktenlage entspricht, könnte in die Antwort an Tirpitz ein entsprechender Passus eingesetzt werden. B."
Tatsächlich kommt Bülows Antwortschreiben an Tirpitz vom 29. Januar (siehe Nr. 10256), nachdem Staatssekretär Freiherr von Schoen in einer Aufzeichnung vom 25. Januar die „Aktenlage" dargelegt hatte, auf die Samoavorgänge vom 1899 (vgl. darüber Bd. XIV, Kap. XCVI) nicht zurück.

brächte, daß ein Angriffskrieg gegen uns nicht geplant sei und aus den militärischen Vorbereitungen nicht ohne weiteres gefolgert werden müßte. Ich würde glauben, daß man ein solches Abkommen etwa in folgende einfache Formel bringen könnte[8]:

„Deutschland verpflichtet sich — zunächst auf zehn Jahre — jährlich nicht mehr als drei capital ships in Bau zu nehmen, wenn England die Verpflichtung eingeht, jährlich nicht mehr als vier capital ships in Bau zu nehmen oder anzukaufen. Unter capital ships sollen Schiffe verstanden sein, die größer sind als unsere letzte Klasse von Linienschiffen vor der Dreadnoughtperiode, also Schiffe über 13000 tons. Für den übrigen Teil der Flotte würde ein Abkommen nicht getroffen." — Diese Abmachung garantiert England immer noch eine Überlegenheit von $33^1/_3\,\%$ an modernen Schiffen, ganz abgesehen von der großen Übermacht an Linienschiffen und Panzerkreuzern, die vor der Dreadnoughtperiode gebaut sind. Da man in England an der Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen ist[9], so wird es wenigstens in der liberalen Partei Personen in prominenter Stellung geben, die einem solchen Abkommen nicht abgeneigt sein würden[10].

Was schließlich die Äußerung Sir Edward Greys über die Fertigstellung unserer Dreadnoughts anbetrifft, so habe ich Euer Durchlaucht bereits gemeldet, daß wir frühestens im Herbst 1911 neun dieser Schiffe fertig haben würden und frühestens im Herbst 1912 dreizehn. Alle die übertriebenen Angaben, die Sir Edward Grey oder Mr. M'Kenna dem Grafen Metternich gegenüber gemacht haben, sind denselben in tendenziöser Weise von Sir John Fisher imputiert worden und haben leider eine nachdrückliche Zurückweisung vom Grafen Metternich nicht erfahren[11]. Der Marineattaché ist von mir in bezug auf die Unrichtigkeit der englischen Angaben verständigt worden.

v. Tirpitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Daraus folgt, daß Staatssekretär von Tirpitz mit der Abweisung, die Seine Majestät im vergangenen Sommer den Anträgen von Hardinge zuteil werden ließ, nicht einverstanden ist.

[2] Das ist ganz mein Standpunkt

[3] Meint Tirpitz damit meine Reichstagsrede vom 10. Dezember 08*? Der auf unsere Schiffsbauten bezügliche Teil dieser Rede — und speziell der Schlußsatz des betreffenden Passus — war vorher schriftlich fixiert und dem Reichsmarineamt mitgeteilt worden, mit der ausdrücklichen Anfrage, ob dasselbe Bedenken hätte. Diese Anfrage wurde verneint, und die volle Zustimmung des Reichsmarineamts ausgesprochen, die Tirpitz nachher auch mündlich wiederholte. Meine damalige Erklärung bezog sich auch formell gar nicht auf England, das gar nicht genannt wurde, sondern auf unsere eigne finanzielle Leistungsfähigkeit und geographische Lage. Sie ist endlich — wie jede solche parlamentarische Ausführung — doch nur im Rahmen der eigenen salus publica und Verteidigungsbedürfnisse verbindlich

* Vgl. dazu Nr. 10236, Fußnote **. Nach der Aufzeichnung Freiherrn v. Schoens vom 25. Januar (vgl. S. 68, Fußnote) war nicht Bülows Reichstagsrede gemeint, sondern mutmaßlich die Mitteilung Graf Metternichs an M'Kenna von Ende November 1908 (vgl. Metternichs Bericht vom 26. November, Nr. 10232 durch die Deutschland aber, da die Unterhaltung des Botschafters mit M'Kenna ganz unverbindlich gewesen sei, keineswegs gebunden sei.

[4] das mag sachlich zutreffend sein; die Schwierigkeit ist nur, die Engländer davon zu überzeugen.

[5] Die Engländer motivieren dies damit, daß wir unsere Kriegsflotte nie herausschickten, sondern dauernd in den heimischen Häfen hielten.

[6] Dazu ist Metternich seit Jahr und Tag angewiesen, tut auch gewiß, was er kann. Es gibt aber Situationen, wo auch die besten Argumente, Dialektik usw. versagen. Wie wäre es, wenn Tirpitz einmal selbst den Versuch unternähme, die Engländer von der Irrigkeit ihres Standpunkts und ihrer Auffassung zu überzeugen?!

[7] Seine Majestät hat bisher den Engländern immer gesagt, es wäre uns vollkommen gleichgültig, wie viele Schiffe sie bauten; wir verlangten nur für uns das Recht, so viele Schiffe zu bauen, wie wir dies für uns und unseren Schutz für richtig hielten. Darnach hatten wir bis jetzt unsere Sprache einzurichten. Dieser Vorschlag von Tirpitz bedeutet ein Novum.

[8] Wenn Tirpitz diesen Weg für den richtigen hält, sollte er nach England gehen und trachten, auf dieser Grundlage eine Verständigung zu erzielen (4:3).

[9] Ist das wirklich der Fall?? Nach den Metternichschen Berichten habe ich nicht diesen Eindruck. Jedenfalls hat England mehr finanzielle und wirtschaftliche Ressourcen als wir, und zwar speziell für den Flottenbau

[10] Möge Tirpitz bei ihnen anklopfen.

[11] Ich glaube, daß Metternich nichts versäumt hat. Er soll aber gerade hierüber nochmals instruiert werden. Das beste wäre, wenn Tirpitz selbst den Engländern den Star stechen wollte.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Meine Anfrage an Tirpitz ging dahin, ob Deutschland mit Ruhe und Sicherheit einem englischen Angriff entgegensehen könne, der zwar nicht wahrscheinlich, aber nach Lage der Dinge auch nicht ausgeschlossen ist. Nachdem Tirpitz diese Anfrage rundweg verneint hatte, mußten wir erwägen, wie einer so bedrohlichen Eventualität vorzubeugen sei. Unsere Vertretung in England und fast alle Kenner englischer Verhältnisse, führen die von dort drohende Gefahr auf die englischen Besorgnisse vor unseren Schiffsbauten zurück. Es handelt sich also darum: Wie kommen wir am besten über die Gefahrzone weg, die wir durchlaufen müssen, bis wir zur See so stark sind, daß England bei einem Angriff auf uns ein Risiko läuft, das in keinem Verhältnis zu dem voraussichtlichen Resultat steht. Natürlich bleibt das Haupterfordernis eine ruhige und stetige auswärtige Politik ohne Schwäche, Ängstlichkeit und Nachlaufen, aber auch ohne Rodomontaden und Provokationen. Tirpitz sollte auch nicht übersehen, daß solange die englischen Besorgnisse vor unserem Flottenbau dauern, wir England auf Schritt und Tritt gegen uns haben, was unsere auswärtige Politik sehr erschwert.

Nr. 10255

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 20. Januar 1909

Vielen Dank für Ihren höchst wichtigen Brief vom 17. d. Mts.!*

Sie sagen: „Es wäre besonders dankenswert, wenn Sie Sir Edward Grey zu der Einsicht bringen könnten, daß wir nur bei einem englischen Entgegenkommen auf politischem Gebiet von dem gesetzlich festgelegten Flottenprogramm abgehen können. Haben die Engländer erst einmal diese Basis anerkannt, so werden wir auch über die weiteren Einzelheiten

* Siehe Nr. 10253.

zu einer Verständigung gelangen können." Ferner: „Prinzipiell sind wir einer Abänderung unseres Flottenprogramms nicht abgeneigt."

Ein Abgehen von dem gesetzlich festgelegten Flottenprogramm läßt sich in zweierlei Weise denken: Entweder dadurch, daß wir langsamer bauen, als in dem Flottengesetz vorgesehen ist, sodaß die Flotte nicht bis zum Jahre 1920 fertig wird, oder dadurch, daß wir den durch das Gesetz beabsichtigten Umfang der Flotte selbst einschränken. Da Sie an anderen Stellen Ihres Briefes von „einer Reduzierung des Flottenprogramms" von „einer Beschränkung unserer Seerüstungen" sprechen, so scheint es, daß Sie auch die zweite Eventualität ins Auge gefaßt haben, nämlich den Umfang der Flotte einzuschränken, falls die Bedingung erfüllt wird, daß England uns auf politischem Gebiet entgegenkommt.

In Ihrem geheimen Erlaß an mich Nr. 1295 vom 5. August v. Js. aus Norderney* bemerken Sie, es würde „leichter für uns sein, in unserem Flottenbau ein noch langsameres Tempo einzuschlagen", falls England uns auf politischem Gebiet entgegenkommt. Sodann am Schlusse: „Die Frage, ob in Zukunft zweiseitige Abmachungen zwischen uns und England über Flottenbauten möglich sind, läßt sich heute mit Sicherheit nicht beantworten ..... Wenn schon die Ausführung unseres gegenwärtigen, durch die Schutzbedürftigkeit unserer Küsten bedingten..... Flottenprogramms den Engländern bedrohlich erscheinen sollte, so würde eine Änderung dieses Zustandes schwerlich möglich sein..." Anfangs des erwähnten Erlasses bemerken Sie, daß die Absichten, von denen ich in meiner Unterredung mit den Ministern Sir Edward Grey und Lloyd George geleitet worden sei, zweifellos die besten gewesen seien. Gleichwohl dürften wir uns — und das sei von Seiner Majestät anläßlich meines Berichts hervorgehoben worden — keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Frage, welche von mir mit den beiden Ministern besprochen worden, eine sehr heikle sei.

Hiermit ermahnten Sie mich in wohlwollender Form zur Vorsicht.

Kurz darauf wurde in Friedrichshof das Tischtuch in der Flottenfrage entzweigeschnitten**.

In Norderney kamen wir dann überein, daß ich nach meiner Rückkehr nach England zunächst die Wirkung der Entrevue von Friedrichshof beobachten solle. Ich bin dabei zu dem Urteil gelangt, welches ich in meinen Berichten und Briefen an Sie niedergelegt habe, daß die Engländer sich mit den Tatsachen abgefunden und sich entschlossen haben, den Konkurrenzkampf — so betrachten sie unser Flottenprogramm — aufzunehmen.

Es war also, soweit ich in Betracht komme, ein Stillstand in der diplomatischen Behandlung der Flottenfrage eingetreten, die ich, wie Sie mir zugeben werden, ohne neue Weisung Ihrerseits nicht wieder aufnehmen durfte. Hätte ich gleich nach der Entrevue von Friedrichshof, wo die

---

* Siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8220.
** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII.

Flottenfrage klar und scharf im Sinne des Nichtausgleiches erledigt wurde, hier wieder von einem eventuellen Ausgleiche gesprochen, so würde ich meiner Ansicht nach nicht nur einen groben diplomatischen Fehler begangen, sondern mich auch direkt in Widerspruch mit der an höchster Stelle gefallenen Entscheidung gesetzt haben. Ich bin vielleicht der einzige Beamte in- und außerhalb des Reichs, der unausgesetzt auf die Folgen hingewiesen hat, die der Konkurrenzbau haben muß. Ich habe dabei eine mir bewußt undankbare Aufgabe nach bestem Ermessen übernommen. Ich habe von allen Seiten die Wirkungen beleuchtet, die unser Flottenprogramm auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland ausübt. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, ob wir beharren oder uns einschränken sollen, war nicht meine Aufgabe. Dies ist Sache der Kaiserlichen Regierung.

Die neue Weisung ist nun in Ihrem Briefe vom 17. d. Mts. enthalten, und zwar auf breiterer Basis als je zuvor, auch bei bloß einschränkender Auslegung der Möglichkeit, von unserem gesetzlich festgelegten Programm abzugehen.

Bevor ich nun näher auf die Verständigungsaussichten eingehe, die sich nunmehr bieten, bitte ich Sie, mir zu gestatten zunächst noch eine Stelle Ihres Briefes zu berühren. Sie bemerken auf der ersten Seite: „Was Sie aber, wie mir scheint, den Engländern noch nicht genügend klar gemacht haben, ist, daß wir nur dann von unserm ..... Flottenprogramm abgehen können, wenn England uns auf anderen Gebieten Entgegenkommen zeigt." Ich habe den englischen Staatsmännern stets vorgehalten, daß wir nur dann an eine eventuelle Verständigung über die Verlangsamung des Bautempos denken könnten, wenn England auf politischem Gebiete eine andere Haltung einnehme. Am 16. Juli v. Js. Nr. 691* berichtete ich aus einer Unterredung mit Lloyd George und Sir Edward Grey: „Solange die englische Versicherungspolitik Beunruhigung in Deutschland erzeugen müsse, hielte ich eine Einschränkung der Rüstungen zur See für ausgeschlossen. Zuerst müsse Sir Edward Grey eine politische Detente zwischen beiden Ländern herbeiführen und durch seine Politik in Zentraleuropa den Glauben wiederherstellen, daß seine Ententen nicht eines Tages gegen uns mißbraucht werden könnten, dann erst sei der Boden für eine etwaige Besprechung der Einschränkung von Seerüstungen geebnet. Vorher nicht." Am 1. August v. Js. Nr. 756** erwiderte ich Herrn Lloyd George, „daß wir zunächst ein Zeichen guten Willens der englischen Politik sehen müßten, ehe wir den von ihm angeregten Fragen nähertreten könnten. Ohne einen vorherigen Beweis der Freundschaft Englands würde auch das deutsche Volk es nicht zulassen, daß wir England wegen unser von der öffentlichen Meinung gut geheißenes Flottenprogramm wieder änderten. Es sei am unrichtigen

---

* Siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8217.
** Siehe ebendort Nr. 8219.

Ende anfangen, den Wagen vor die Perde spannen, wollten wir über Flottenprogramm sprechen, ehe die Atmosphäre der Unruhe und des gegenseitigen Mißtrauens geklärt werde." Ich sprach also genau in dem Geiste Ihres Briefes vom 17. d. Mts. Sie erkannten auch meine Haltung an, in dem schon erwähnten Erlaß aus Norderney vom 5. August v. Js., wo Sie bemerken: „Im Hinblick hierauf haben Euere Exzellenz den englischen Ministern als unerläßliche Voraussetzung für die von Ihnen gewünschte Verständigung die Anbahnung freundlicherer Beziehungen zwischen England und Deutschland empfohlen, und es wird Ihre Aufgabe sein, in dieser Richtung auch weiterhin Ihren Einfluß geltend zu machen." Ähnlich habe ich mich dutzende Male englischen Staatsmännern gegenüber geäußert, wobei ich stets den Satz auf das verschiedenste beleuchtete: Macht Ihr erst eine andere Politik, dann reden wir vielleicht von der Flotte.

Nach Ihrem Erlaß vom 5. August ging ich bald auf Urlaub, und durch die Entrevue von Friedrichshof entstand ein neues Bild. Jetzt liegt durch Ihren Brief vom 17. d. Mts. wieder eine neue Sachlage vor, und ich werde nun Ihrer Weisung gemäß bei der nächsten Gelegenheit in Ihrem Sinne mit Sir Edward Grey über die Flottenfrage reden. Ich werde dies vorsichtig tun, da ich, wie ich Ihnen schon kürzlich schrieb, den psychologisch richtigen Moment nicht für gekommen erachte. Derselbe war im vorigen Sommer da, als mir nicht gestattet war, ihn zu benutzen. Er wird schon wiederkommen, vielleicht im März mit dem Budget. Wenn wir jetzt unser Pulver verschießen, wird man hier glauben, daß wir anfangen, mürbe zu werden. Man wird infolgedessen weniger bieten, als wenn der Nagel wieder heftiger zu drücken anfängt, voraussichtlich im März. Die Zeit des Königsbesuchs in Berlin würde ich für besonders ungeeignet halten, um diese wichtige Frage ernstlich anzuschneiden. Politik bei Königsbesuchen führt leicht zu Enttäuschungen. Wir haben das im Jahre 1907 mit der Bagdadbahn in Windsor*, im Jahre 1908 mit der Flottenfrage in Friedrichshof** erlebt. In beiden Fällen hat sich nur eine Verschärfung der Gegensätze ergeben. Im Jahre 1904 haben wir uns in Ägypten die Hände gebunden***, damit der politische Himmel blau sei, als König Eduard nach Kiel kam. Richthofen drängte darauf, aber es war kein gutes Geschäft. Auch bei dem noch früher liegenden Besuche in Sandringham† brachte die Politik kein Glück. Die Folge davon war die dauernde Feindschaft des damals allgewaltigen Chamberlain. Fürstenbesuche können unter Umständen eine bessere Stimmung anbahnen, die dann später von der Politik ausgenutzt wird, wie zum Beispiel bei dem ersten Besuch König Eduards in Paris††. Für ernste Verhandlungen, die

---

* Vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8667ff.
** Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8224ff.
*** Vgl. dazu Bd. XX, Kap. CXLIII.
† Vgl. Bd. XVII, Kap. CIX, Nr. 5031 und 5032.
†† Vgl. Bd. XVII, Kap. CXV, Nr. 5369, S. 568, Fußnote.

Zeit zur Vorbereitung und zur Reife brauchen, ist die Hetze eines Fürstenbesuches eine böse Gelegenheit.

Wir treten jetzt allmählich vor die Frage, ob England uns die Neutralität garantiert, wenn wir unseren Schiffsbau einschränken. An und für sich ein sehr nützlicher Gedanke, der aber vorsichtig angefaßt werden muß, da Frankreich dabei in Betracht kommt. Daher sähe ich es lieber, wenn König Eduard dabei aus dem Spiele bleibt.

Auf der Grundlage Ihres Briefes vom 17. d. Mts. haben wir jetzt etwas zu bieten, was bisher nicht der Fall war. Daher ist die Möglichkeit einer Verständigung bei vorsichtiger und geduldiger Behandlung und bei Abwartung des richtigen Moments in größere Nähe gerückt.

An und für sich würde ich lieber zuerst mit Asquith und ganz akademisch mit einzelnen einflußreichen Ministern und Parlamentariern gesprochen haben, sodaß schon von außen her ein Druck auf Grey ausgeübt worden ist, ehe ich mich an ihn wende. Er ist zu sehr in das Netz der Ententen verstrickt, um aus eigener Initiative daraus herauszutreten. Mit dem Verlangen im allgemeinen nach einer „freundlichen Politik" als Vorbedingung zu einer Flottenverständigung wird man nicht weiter kommen. Er wird fragen: „Wo ist die englische Politik unfreundlich? Die Ententen sind nicht gegen Euch gerichtet." Wenn ich ihm sage: „Wir wissen nicht, ob Ihr in einem deutsch-französischen Kriege unsere Feinde sein werdet; darum müssen wir Schiffe bauen," wird er antworten: „Solange Ihr Frankreich nicht angreift, habt Ihr nichts von uns zu fürchten." Der Begriff des Angriffs aber zu unseren Gunsten so festzulegen, daß wir gesichert sind, wird nicht gelingen.

Kann ich aber auf der Grundlage verhandeln — am liebsten zuerst mit Asquith —, daß wir für den Fall des feierlichen, von Balfour und Lansdowne genehmigten Neutralitätsversprechens der englischen Regierung, sollten wir uns auf dem europäischen Kontinent in einem Kriege befinden, geneigt sind, langsamer zu bauen und uns als Endresultat mit einer kleineren Flotte als der im Flottengesetz vorgesehenen zu begnügen, so sehe ich unter einer wichtigen Voraussetzung eine Verständigung voraus. Diese Voraussetzung ist Marokko. Die englische Regierung ist uns gegenüber ihren Verpflichtungen in dem Venezuelazwist unter schwierigen Verhältnissen, und obwohl sie fast selbst darüber gestürzt wäre, treu geblieben*. Sie wird auch ihren moralischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber treu bleiben und Frankreich nicht preisgeben, wenn es wegen Marokkos zum Kriege kommt. Sie wird aber einer Verständigung zwischen uns und Frankreich über Marokko keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn sie zugleich vor uns und unserer Flotte Ruhe findet. Eine Verständigung über Marokko unter der Voraussetzung eines gesicherten Friedens zwischen uns und England erblicke ich in dem Versprechen der französischen Regierung, an der Algecirasakte fest-

* Vgl. dazu Bd. XVII, Kap. CXII.

halten zu wollen und uns zu einem näher zu bestimmenden Prozentsatz an den öffentlichen Vergebungen, die Frankreich erhält, zu beteiligen. Über die allmähliche Französierung des Landes, so lange sie nicht gegen das öffentliche Recht verstößt, müssen wir dann dauernd ein Auge zudrücken. Die Vormachtstellung Frankreichs in Marokko liegt schon in der Algecirasakte begründet, und wir können sie auf die Dauer nur mit Gewalt verhindern. Da wir dies nicht tun wollen, so ist ein anständiger Vergleich das klügste. Ein Vergleich mit Frankreich im Verein mit einer deutsch-englischen Flottenverständigung würde den Frieden sichern und den Druck der Ententen von uns nehmen.

Erst müßte das Prinzip angenommen sein, nachher könnte dann ein Vorschlag unsererseits gemacht werden über Bautempo und schließlichen Umfang unserer Flotte, der nicht gering sein, uns aber auch nicht ruinieren soll. Auch die Bagdadbahn kann hereingebracht werden, falls die Türken diese Angelegenheit nicht selbst erledigen. Vielleicht auch ein deutsch-englischer Handelsvertrag.

Von der Anspannung aller Wehrkräfte in Friedenszeiten soll der Friede abhängen. Dies behauptet seit geraumer Zeit jeder große Staat von sich. Es ist ein Trugschluß.

Goethe sagt in dem Nachlaß über Literatur und Leben:

„Einen gerüsteten, auf die Defensive berechneten Zustand kann kein Staat aushalten."

Die Alternative ist: Einschränken oder losschlagen. Für die letztere Alternative fehlen die nationalen Ziele.

P. Metternich

Nr. 10256

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Konzept

Ganz geheim Berlin, den 27. Januar 1909

Aus Euerer Exzellenz Ausführungen vom 20. d. Mts.** habe ich ersehen, daß auch Sie der Ansicht sind, wir dürften eine etwaige erneute Anregung Englands, in eine vertragliche Verminderung der beiderseitigen Flottenbauten einzutreten, nicht a limine abweisen. Ew. sind in diesem Sinne bereits bei Seiner Majestät dem Kaiser tätig gewesen. Mit Euerer Exzellenz stimme ich ganz darin überein, daß wir nicht die Alleingebenden sein dürfen, sondern daß auch England sich zu Leistungen zu unseren Gunsten verstehen muß. Für ein leoninisches Geschäft bin ich nicht zu haben.

Ich bin, wie ich bereits in meinem Schreiben vom 11. d. Mts.*** betont habe, der Ansicht, daß wir den Engländern gegenüber nicht die Initiative

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 117f.
** Siehe Nr. 10254.
*** Siehe Nr. 10251.

ergreifen sollten. Die augenblicklich ruhigere Beurteilung der Flottenfrage in der englischen Presse bestärkt mich in dieser meiner Auffassung. Vielleicht fangen aber die Engländer davon an, sei es während des Königsbesuchs, sei es bei anderer Gelegenheit. Es ist möglich, daß die Anfang März zu erwartende neue englische Flottenvorlage, die erhebliche Neubauten und daher erhebliche Mehrkosten mit sich bringen wird, den Engländern den Anlaß bietet, erneut an uns heranzutreten. Nach Euerer Exzellenz Ausführungen nehme ich an, daß ich auf Ihre Zustimmung rechnen kann, wenn wir dann antworten: Wir seien grundsätzlich nicht abgeneigt, die Unterlegenheit unserer Flotte auf längere Zeit festzulegen, wenn England zu bestimmten Gegenleistungen bereit sei. Wir können aber meines Erachtens diese Gegenleistungen nicht lediglich auf dem Gebiete der englischen Marinepolitik suchen. Auf den von Euerer Exzellenz formulierten Vorschlag, daß bei uns die nächsten zehn Jahre nicht mehr als drei, in England nicht mehr als vier capital ships gebaut werden sollen, wird sich die britische Regierung nicht einlassen. Auf diese Weise würden die Engländer nicht einmal nach außen hin den Anschein erwecken können, den Two-Power-Standard aufrecht zu erhalten, der zu einem nationalen Schlagwort geworden ist. Schon aus diesem Grunde wird ein solcher Vorschlag von England abgelehnt werden. Das englische Volk würde durch ein solches Abkommen nicht von der Furcht vor uns erlöst werden; die englische Regierung könnte darauf nicht eingehen. Beide würden dann lieber weiter bauen. Nach unseren Nachrichten ist England keineswegs am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen. England besitzt ohne Frage reichere finanzielle und wirtschaftliche Hilfsquellen als wir. Kommen die Konservativen ans Ruder und gelingt es ihnen, den Schutzzoll durchzuführen, so würden schon dadurch neue und erhebliche Einnahmequellen dem Lande erschlossen werden.

England wird, wenn wir unser Flottenprogramm einschränken, auch seinerseits weniger bauen. Das geht aus dem Bericht des Grafen Metternich Nr. 23 vom 4. d. Mts.* — Anlage meines Schreibens vom 11. d. Mts. — hervor. Was wir aber von England als Gegenleistung verlangen sollten, ist eine uns freundliche Orientierung in der äußeren Politik. Ist England hierzu bereit, so werden sich von selbst die jetzt hervortretenden Gegensätze mindern; die Furcht vor uns wird allmählich aufhören, und dann wird England vielleicht auch von dem Two-Power-Standard wieder abgehen, der jetzt die Bewohner der britischen Inseln fasziniert. Wir müssen eine solche Änderung der allgemeinen englischen Politik auch aus dem Grunde erstreben, weil wir jetzt auf Schritt und Tritt England gegen uns haben, was unsere Politik in sehr hohem Grade hemmt und erschwert.

Schneiden die Engländer die Frage wieder an, so müssen wir meines Erachtens erwidern: Wir seien im Prinzip nicht abgeneigt, uns mit England

* Siehe Nr. 10249.

über den Umfang unserer beiderseitigen maritimen Rüstungen zu verständigen, sofern England bereit sei, sich auf eine uns freundliche Politik festzulegen, dies uns insbesondere im Falle sonstiger kriegerischer Verwickelungen nach englischer Seite hin sicherstellen würde. Nimmt die englische Regierung dies Prinzip an, so würden wir einen Vorschlag über das Bautempo und den Umfang der Flotten machen können, der aber, wenn er zu einer Verständigung führen soll, etwas anders lauten müßte wie Euerer Exzellenz jetziger Vorschlag.

In Ihrem Schreiben vom 20. d. Mts. ist am Schluß die Ansicht ausgesprochen, daß Graf Metternich die Behauptungen Greys und M'Kennas über den Umfang unserer Flottenbauten nicht genügend zurückgewiesen habe. Ich glaube, daß der Kaiserliche Botschafter in der Hinsicht nichts versäumt hat, denn er hat die Behauptungen der englischen Minister nachdrücklich bestritten. Aber ich werde ihn anweisen, solchen Angaben erneut entgegenzutreten und auch immer wieder zu betonen, daß die übermächtige englische Flotte und ihre Konzentrierung eine weit größere Bedrohung für uns darstellt wie unser Flottenbau für England.

Indem ich bemerke, daß ich hiermit einstweilen die Sache für abgeschlossen betrachte, möchte ich noch kurz wiederholen, welche Gründe mich zur Einleitung unseres jetzigen Schriftwechsels bewogen haben. Seit einer Reihe von Jahren sehen wir uns der Tatsache gegenüber, daß England uns überall in der Welt entgegentritt und uns an allen Punkten Schwierigkeiten bereitet. Das ist um so unerwünschter, als bei unserem westlichen Nachbarn die Revancheideen nicht endgültig geschwunden sind, und andererseits in Rußland panslawistische Strömungen fortbestehen. Als Grund der deutschfeindlichen Stimmung und Politik in England wird von den Vertretern unserer Diplomatie im Auslande — nicht nur von Graf Metternich — sowie von fast allen Kennern englischer Verhältnisse, speziell aus Handels- und Industriekreisen, stets das Anwachsen unserer Flottenrüstungen bezeichnet. Daß diese wachsende deutschfeindliche Gesinnung in England eine Gefahr für Deutschland darstellt, ist klar. Als verantwortlicher Leiter unserer Politik mußte ich mir die Frage vorlegen, ob Deutschland einem zur Möglichkeit gewordenen englischen Angriffe mit Ruhe und Sicherheit entgegensehen könne. Nachdem Euere Exzellenz diese Frage verneint hatten, mußte ich mir die weitere Frage vorlegen, wie wir operieren sollen, um über die Gefahrzone hinwegzukommen, die wir zu durchschreiten haben, um zur See so stark zu sein, daß England bei einem Angriffe auf uns ein Risiko läuft, das in keinem Verhältnis zu dem voraussichtlichen Resultat steht. Dies führte dann zu dem von Euerer Exzellenz im Prinzip gutgeheißenen Ergebnis, daß wir uns einem erneuten englischen Antrag auf Verständigung über Flottenbauten gegenüber nicht a limine ablehnend verhalten wollen.

Natürlich bleibt das Haupterfordernis für uns eine ruhige, feste, stetige und möglichst geschickte auswärtige Politik ohne Schwäche und Ängstlichkeit, aber auch ohne Rodomontaden und Provokationen. In

dieser Hinsicht möchte ich meinen, daß wir dahin wirken müssen, einerseits, daß die Verhandlungen über unseren Marineetat, denen man in England sehr aufmerksam folgen wird, glatt und ohne Kleinmütigkeit verlaufen, andererseits aber, daß keine forcierte Flottenagitation einsetzt, die auf die krankhaft überreizten englischen Nerven grade jetzt sehr übel wirken würde. Ich bin sicher, daß Euere Exzellenz meine Bemühungen nach diesen Richtungen hin unterstützen werden.

Sollte der Besuch des Königs neue Momente zur Beurteilung der Sachlage ergeben, so behalte ich mir vor, auf die Frage zurückzukommen.

Bülow

Nr. 10257

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. M 443 Berlin, den 4. Februar 1909
Ganz geheim

Aus Euer Durchlaucht geneigtem Schreiben vom 29. Januar d. Js.** glaube ich schließen zu müssen, daß die Ausführungen in meinem Schreiben vom 20. Januar*** wohl nicht ganz klar gewesen sind, und halte ich mich bei der außerordentlichen Wichtigkeit der vorliegenden Frage doch für verpflichtet, meinen militärischen Standpunkt Euerer Durchlaucht noch einmal zu präzisieren.

Euer Durchlaucht führen in dem geneigten Schreiben vom 29. Januar aus:

„daß wir jetzt auf Schritt und Tritt England gegen uns haben[1], was unsere Politik in sehr hohem Grade hemmt und erschwert"
und an anderer Stelle desselben Schreibens:

„daß England uns überall in der Welt entgegentritt und uns an allen Punkten Schwierigkeiten bereitet[2]" —, „daß die wachsende deutschfeindliche Gesinnung in England eine Gefahr für Deutschland darstellt[3]".

Bei dieser Situation[4], verbunden mit der Konzentrierung einer stark überlegenen englischen Flotte gegen unsere Küste[5], muß ich es als Staatssekretär der Marine für unsere Pflicht erklären, mit allen Kräften zu rüsten[6].

Von diesem Rüsten können wir meiner Ansicht nach in beschränktem Maße nur dann Abstand nehmen, wenn wir durch vertragliche Verpflichtungen Englands bezüglich einer Einschränkung seiner eigenen Rüstungen wenigstens einigermaßen die militärische Sicherheit gegen einen englischen Angriff erhalten.

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 120ff.
** Siehe Nr. 10256.
*** Siehe Nr. 10254.

In der jetzigen schwierigen Situation möchte ich es für ausgeschlossen erachten, daß wir England eine Verminderung unserer militärischen Rüstungen gegen politische Konzessionen seinerseits zusichern. Eine derartige politische Konzession könnte von vielen Seiten leicht nur als vorgeschoben angesehen werden.

Aber auch abgesehen von diesem schweren grundsätzlichen Bedenken dürfte nach meiner unmaßgeblichen Meinung die Zusicherung Englands, im Falle „sonstiger kriegerischer Verwickelungen" neutral zu bleiben, keinen erheblichen politischen Wert besitzen[7]. Denn erklärt England uns den Krieg, — was die Zusicherung nicht ausschließt — und Frankreich und Rußland schließen sich dem kriegführenden England an, so wird die englische Zusicherung gegenstandslos, während sich unsere inzwischen eingetretene Rüstungseinschränkung als von sehr realer Bedeutung erweisen würde.

Dagegen dürfte meines Erachtens eine militärische Vereinbarung über eine beiderseitige Einschränkung der Rüstungen eine für uns günstigere Orientierung der englischen Politik von selbst im Gefolge haben.

Die Euerer Durchlaucht vorgeschlagene Formel einer militärischen Vereinbarung ist meines Erachtens für England durchaus annehmbar[8]. Die Engländer werden das zunächst zwar nicht zugeben, im Laufe etwaiger späterer Verhandlungen aber doch vielleicht darauf eingehen[9], weil sie einen Two Power plus 10% Standard nach meiner festen Überzeugung auf die Dauer nicht durchhalten können.

Zum Schluß möchte ich noch einmal wiederholen, daß ich von dem Wert einer auch für uns annehmbaren militärischen Verständigung mit England durchdrungen bin.

Solange wir eine solche noch für möglich und erreichbar halten — und das halte ich für meine Person[10] —, sollten wir uns eifrig bemühen, die Trümpfe in unserer Hand zu sammeln und nicht vorzeitig zu verausgaben. Ich würde es daher für äußerst wünschenswert halten, wenn Euer Durchlaucht, wie am Schluß des geneigten Schreibens angedeutet wird, die Führer der Parteien dahin verständigten[11], daß die deutschen Interessen geschädigt werden, wenn im Reichstage allzu sehr auf eine Einschränkung unserer Rüstungen gedrängt und darüber zu viel geredet wird[12].

Meines Erachtens liegt es in unserem Interesse, daß die Engländer den Eindruck behalten, wir könnten vom Reichstage mehr für die Flotte erhalten, als zurzeit gefordert wird[12].

Daß ich in demselben Sinne wirken und jede forcierte Flottenagitation nach Möglichkeit zu verhindern suchen werde, bedarf keiner Versicherung.

v. Tirpitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Warum?
[2] weshalb?
[3] wo liegt dafür die Ursache?
[4] Wie ist sie entstanden?

[5] weshalb erfolgte die Konzentrierung?
[6] aber nicht: Propter vitam vivendi perdere causas!
[7] ?
[8] Leider denken die Engländer darüber anders
[9] Tirpitz soll es doch selbst versuchen!
[10] So soll er doch selbst die Sache in die Hand nehmen! Möge er doch mit den Engländern sein Heil versuchen und sehen was er erreicht!
[11] gewiß! Wann beginnt die Debatte?
[12] richtig.

Nr. 10258

*Aufzeichnung des Botschafters in London Grafen von Metternich, z. Z. in Berlin**

Eigenhändig

Berlin, den 8. Februar 1909

Tirpitz mag bei Sir Ch. Hardinge versuchen, die Grundlosigkeit der englischen Befürchtungen darzulegen.

Von einem Abkommen mit der Proposition von 3:4 sollte er aber nur sprechen, wenn er glaubt, daß wir einen baldigen Krieg mit England nicht zu scheuen brauchen.

Ich habe mich bisher stets bemüht, im Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser und dem Herrn Reichskanzler den englischen Ministern nachzuweisen, daß wir nicht in Konkurrenz bauen, daß wir nicht beabsichtigen, der englischen Flotte nahe zu kommen, daß wir es ruhig ansehen, wenn sie uns weit überlegen blieben, und daß wir lediglich im Rahmen des Flottengesetzes bauten und nicht darüber hinaus.

Wenn wir aber als Ziel das Verhältnis von drei zu vier aufstellen, so wird sehr bald der aggressive Gedanke in England die dort augenblicklich noch vorherrschende defensive Tendenz beseitigen, und es kann dann sehr bald schon zum Kriege zwischen uns kommen.

Metternich

Ich rate dringend davon ab, mit den Engländern auch nur im Prinzip von Verständigung zu reden, solange zwischen Seiner Majestät und Herrn von Tirpitz einerseits und dem Herrn Reichskanzler andererseits keine Verständigung erzielt ist.

Metternich

* Botschafter Graf Metternich war im Hinblick auf den zum 9. Februar bevorstehenden Besuch des englischen Königspaars am 4. Februar in Berlin eingetroffen und nahm an den Erörterungen im Auswärtigen Amt über die anläßlich des Besuchs zu führenden politischen Gespräche teil. Wenn bei diesen Erörterungen Fürst Bülow, nach seinen Randbemerkungen zu dem Tirpitzschen Schreiben vom 4. Februar (siehe das vorige Schriftstück) zu schließen, anfänglich den Standpunkt vertreten haben wird, Tirpitz sein Heil bei den Engländern versuchen zu lassen, so überwog doch die Auffassung Graf Metternichs, gerade dem Admiral behutsame Zurückhaltung anzuraten. Vgl. das folgende Schriftstück.

Nr. 10259

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 12. Februar 1909

Ich habe Tirpitz dringend gebeten, keine Initiative zu einer Besprechung zu nehmen und selbst dann, wenn eine solche von englischer Seite erfolgen sollte, [von] jeglicher Andeutung von weiteren Rüstungen unsererseits, als programmäßig festgelegt, sorgsam Abstand zu nehmen. Ebenso habe ich vor Berührung der Proportion von 3:4 gewarnt*.

v. Schoen

---

* Tatsächlich hat Tirpitz während des Aufenthalts des englischen Königspaares in Berlin (9.—12. Februar) keine Gelegenheit genommen, mit den das Königspaar begleitenden englischen Staatsmännern die Flottenfrage zu besprechen. Vgl. das folgende Kapitel.

Kapitel CCXXI

Der Besuch König Eduards VII. in Berlin Navy Estimates und Navy Scare in England Februar bis März 1909

Nr. 10260

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Berlin, den 11. Februar 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht in der Anlage eine Aufzeichnung über den Inhalt einer Unterredung ehrfurchtsvollst zu überreichen**, welche ich mit Sir Charles Hardinge gehabt habe.

Bülow

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.***:

12/II 09. Inhalt hat mich sehr interessirt und bin ich mit demselben einverstanden. Hardinge's Ansicht, daß der Zar den Slaw[ischen] Kleinstaaten auf dem Balkan nicht ein quos ego zurufen könne, deckt sich mit der Ansicht von Pourtalès, der aus dem Gespräch mit S[einer] M[ajestät] denselben Eindruck gewonnen hatte. Es ist dieses auch wieder ein Beweis für den Einfluß Iswolski's auf seinen Herren, der noch vor 14 Tagen — 3 Wochen erklärt hatte „ils sont une quantité negligeable".

S[eine] M[ajestät] der König Edward VII, hat in den letzten Minuten vor der Abreise seine erste polit[ische] Conversation mit mir gehabt. Er drückte sehr warm

* Bei den Unterredungen, die anläßlich des Besuchs des englischen Königspaars in Berlin (9.—12. Februar 1909) zwischen den deutschen und den in Begleitung König Eduards VII. weilenden englischen Staatsmännern Lord Crewe und Sir Ch. Hardinge stattfanden, stand im Vordergrund der Erörterungen die orientalische Frage; die Flottenfrage wurde in den Gesprächen zwischen Fürst Bülow und dem Vortragenden Rat von Stumm auf der einen Seite, dem englischen Unterstaatssekretär Sir Ch. Hardinge auf der anderen (vgl. die diesbezüglichen Aufzeichnungen Fürst Bülows und v. Stumms in Bd. XXVI, Kap. CCII, Nr. 9330 und Kap. CCIII, Nr. 9375) gar nicht berührt, und nur oberflächlich in einem Gespräche zwischen Fürst Bülow und dem englischen Kolonialminister Lord Crewe (siehe Nr. 10261). Dagegen hatte der Kaiser mit dem englischen Könige kurz vor dessen Abreise noch ein politisches Gespräch, das erst die Flottenfrage betraf und dann auf die orientalische Frage, speziell auf den russischen Vorschlag einer Liquidierung der türkischen Entschädigungsforderung an Bulgarien durch Anrechnung auf die rückständige türkisch-russische Kriegsentschädigung sowie auf einen türkischen Gegenvorschlag überging. Näheres über diese Frage in Bd. XXVI, Kap. CCII.

** Die Aufzeichnung selbst über die der orientalischen Frage gewidmete Unterredung siehe in Bd. XXVI, Kap. CCII, Nr. 9330. Der wesentliche Inhalt der Aufzeichnung wird wiederholt in einem Erlaß an Tschirschky vom 13. Februar, der eine zusammenfassende Übersicht über die während der Anwesenheit des englischen Königspaars in Berlin gepflogenen politischen Erörterungen gibt. Siehe den Erlaß in Nr. 10262.

*** Teilweise veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 122 f.

seinen Dank und hohe Befriedigung über den hiesigen Empfang aus. Der Tag im Rathhaus habe ihm auch sehr gut gefallen. Dann kam er auf das Verhältniß unserer Länder zu einander von dem er hoffe, daß es nunmehr in sichre und ruhige Bahn gegenseitigen Vertrauens gelenkt sein werde. Was die Marinefragen beträfe: „I hope people will grow sensible about the naval questions & take quieter view. We are in a position different from other countries; beeing an Island we must have a fleet larger than all the other ones. But we dont dream of attacking anybody, only we must make sure that our shores are quite safe from danger." Ich: „It is perfectly natural that England should have a Navy according to its interests & to be able to safeguard them & its shores. The same thing is with us. We have laid down a naval bill embodying the scheme for the development of a Navy adequate to our interests. This implies no aggresive against any Power, certainly not against England! Er: Oh quite so, quite so I perfectly understand, it is your absolute right; I dont for one moment believe, you are designing anything against us!" Ich: „This Bill was published 11 years ago & is known to every Naval Authority all over the world; it will be adhered to & exactly carried out, **without any restriction.**" Er: „Of course that is quite right as it is a Bill voted by the People & their Parliament, I know that cannot be changed." Ich: It is a mistake on the part of some Jingoes in England, that we are making a, building race' with you, that is nonsense, we only follow the bill. Er: „Oh I know that is a quite absurd notion, the situation is quite clear to me, & I am in no way alarmed; that is all talk & will pass over." Dann ging er auf die Türkei über und sagte daß das Türkische Gegenpropos ein sehr geschickter Coup gewesen wäre, der eine Parade gegen den Russ[ischen] Versuch die Einmischung in die Balkanverhältniße fortzusetzen, gewesen sei. Es sei auch sehr praktisch, denn auf diese Weise sei die ganze Zahlerei an Russland zu Ende und die Türkei frei zum selbst[ändigen] Handeln. Zudem könne Russland nicht mehr die Zahlungen zu Handelsgeschäften mißbrauchen und z[um] B[eispiel] die Dardanellenfrage hineinschmuggeln: that wont do, we wont have this question up now, that is inadmissible." Ich meinte es müßten doch sehr gescheute Leute gewesen sein die der Türkei diesen vortrefflichen Rath gegeben, worauf der König sehr vergnügt schmunzelte, seine Augen zukniff und lachend sagt: „I believe I know that the Turkisch Ambassador here* has something to do with it. He is a most clever fellow, a most remarkable man, probably one of the „unknown" leaders of the Young-Türks; he has a great future in store for him, for he is undoubtedly the coming man! (Das hat hier bisher noch Niemand bemerkt! Daher die vielen Besuche auf der Britishen Botschaft! London arbeitet durch ihn in Stamboul; also über Berlin; das entbehrt nicht der Ironie wenn man denkt wie Berlin einst in Stambul stand!) — Zuletzt bemerkte der König noch generell, er habe sehr Antheil an meiner Prüfungszeit in den vorigen Monaten** genommen; die deutsche Presse habe sich schmachvoll gegen mich benommen, ich sei gänzlich ohne Vertheidiger gewesen, und das sei ein schweres Unrecht gegen das Monarchische Prinzip. Er machte dabei eine dunkle Andeutung, er glaube zu wissen aus welcher bösen und trüben Quelle diese Angriffe geflossen seien; nannte aber keinen Namen. Hiermit endigte das Gespräch***.

---

* Osman Nisami Pascha.

** Anspielung auf die „Daily Telegraph"-Affäre.

*** Daß die englischen Eindrücke in Berlin die besten gewesen sind, geht u. a. auch aus den bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 722 ff. abgedruckten Telegrammen und Briefen des nichts weniger als deutschfreundlichen russischen Geschäftsträgers Poklewsky hervor. So heißt es unter dem 15. Februar: „Das Hauptergebnis des Berliner Besuchs besteht darin, daß England die Überzeugung gewonnen hat, Deutschland wolle keinen Krieg und sei bereit, nach Maßgabe seiner Kräfte der Sache des Friedens zu dienen." Und unter dem 16. Februar: „Soviel ich gehört habe, hat diese Reise bei dem Könige und der Königin den allerangenehmsten Eindruck hinterlassen, und Sir Ch. Hardinge hat mir bestätigt, daß der Empfang sowohl von seiten des deutschen Kaiserpaars als

Der Englische Passus über die Marinefragen aus obiger Conversation ist abschriftlich an Adm[iral] v[on] Tirpitz zur Kenntniß zu schicken, ebenso das ganze Gespräch an Metternich*.

Da der von mir befohlene Weg in der Marokkopolitik einen so eklatanten Erfolg in der ganzen Welt gehabt hat**, und wir der selbstlosen und hingebenden Arbeit Cambons viel zu danken haben sowie seiner Loyalität, so möchte ich denselben entweder dekoriren, oder ihm ein Andenken verehren; welches von beiden mögen Sie mir mittheilen.

Wilhelm I. R.

Nr. 10261

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow****

Unsigniertes Konzept von der Hand des Vortragenden Rats in der Reichskanzlei Wahnschaffe

Berlin, den 11. Februar 1909

Lord Crewe†, der mich heute besuchte, gab ebenso wie gestern Sir Charles Hardinge dem Wunsche nach guten Beziehungen zwischen uns und England warmen Ausdruck. Er hofft, daß der Besuch Seiner Majestät des Königs Eduard manche Mißverständnisse beseitigt hat und von günstigem Einfluß für das Verhältnis zwischen beiden Reichen sein wird.

Im Laufe der Unterredung kam Lord Crewe proprio motu auch auf die Flottenfrage zu sprechen. Er hob hierbei hervor, daß England natürlich nicht daran denke, uns hinsichtlich unserer Flottenbauten irgendwelche Vorschriften zu machen. Da aber Bestand und Zukunft des englischen Reiches abhingen von seiner Stärke zur See, müsse England das für seine Sicherheit Notwendige auch seinerseits tun.

Ich erwiderte, daß wir nie daran gedacht hätten, das England übelzunehmen. England möge aber auch hinter unseren Schiffsbauten nicht finstere oder perfide Pläne suchen, die uns fern lägen. Daß ein verständiges Volk wie das englische an deutsche Invasionsabsichten glauben

---

auch der Berliner Bevölkerung ein sehr warmer und herzlicher gewesen ist, und daß die wenigen politischen Gespräche, die er mit dem Reichskanzler und Baron Schoen geführt hat, einen liebenswürdigen und versöhnlichen Charakter hatten.“ Ähnliches berichtete Graf Osten-Sacken an Iswolsky am 19. Februar, v. Siebert, a. a. O., S. 726 f.

* Es geschah durch Schreiben Freiherrn von Schoens an Graf Metternich bzw. v. Tirpitz vom 14. Februar.

** Der Kaiser denkt an das von ihm geförderte Marokkoabkommen vom 9. Februar 1909. Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXXII. Tatsächlich erhielt Cambon den Roten Adlerorden und ein Bildnis des Kaisers mit Unterschrift.

*** Im wesentlichen veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 122.

† Über die Gründe der Mitnahme des Kolonialministers Earl of Crewe nach Berlin vgl. den Brief Graf Benckendorffs an Iswolsky vom 3. Februar 1909 bei v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 718 f. Nach Äußerungen Sir Ch. Hardinges zu Graf Benckendorff hätte Lord Crewe die Weisung erhalten, lediglich gewisse afrikanische Fragen zu besprechen und auf die Rüstungsfrage nur einzugehen, wenn sie von den deutschen Ministern erwähnt würde. Alle anderen diplomatischen Fragen, die die deutsche Regierung aufwerfen würde, sollten von Sir Ch. Hardinge behandelt werden, so z. B. die Balkanfrage.

könne, sei uns unbegreiflich. Lord Crewe erwiderte: Nicht die gegenwärtige englische Regierung, aber ein großer Teil des englischen Volkes sei darüber beunruhigt, daß wir vorzugsweise Schlachtschiffe bauten. Wir motivierten unsere Flottenrüstungen mit der Notwendigkeit, unseren Handel zu schützen; das könnten doch Kreuzer besser. Ich erwiderte: Niemand bei uns denke daran, eine Flotte zu bauen, die stärker wäre wie die englische. Unsere geographische Lage, die uns die Notwendigkeit auferlege, eine sehr große Armee zu halten, sowie das Maß unserer finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte ließen es völlig ausgeschlossen erscheinen, daß wir im Schiffsbau England überflügeln oder ihm auch nur nahe kommen würden. Unser Schwergewicht werde immer in der Armee liegen. Das deutsche Volk wolle und müsse aber auch zur See so stark sein, daß keine andere Macht es auf dem Meer einfach überrennen könne. Es sei ein Irrtum der Engländer zu glauben, daß wir die Flotte gegen England bauten. Es gäbe auch andere Länder, gegen die wir zur See verteidigungsfähig sein müßten.

Lord Crewe, der die ganze Unterredung im allerfreundlichsten Tone führte, fand diesen Standpunkt ganz begreiflich. Beiläufig meinte er, England werde doch wohl früher oder später zur allgemeinen Wehrpflicht übergehen.

Ich entgegnete ihm, daß, wenn dieser Fall eintreten sollte, ich eine solche Wendung als eine glückliche auch für uns betrachten würde, denn die allgemeine Wehrpflicht mache die Völker friedlich.

Nr. 10262

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 323 Berlin, den 13. Februar 1909

Seine Majestät der Kaiser und König hat noch gestern an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph telegraphiert, daß der Besuch der englischen Majestäten in jeder Weise gut verlaufen sei, und daß er in seinen Gesprächen mit König Eduard keinerlei Stimmung gegen die K. und K. Regierung und die von ihr verfolgte Politik wahrgenommen habe*. Bezüglich des türkischen Gegenvorschlags äußerte der König gegenüber unserm allergnädigsten Herrn, daß er in ihm eine geschickte Parade gegen den russischen Versuch erblicke, die Einmischung in die Balkanverhältnisse fortzusetzen. Die Türkei würde durch eine solche Abmachung, was ihm sehr praktisch erscheine, ihre Aktionsfreiheit wieder gewinnen, und Rußland könne die Frage der Kriegsentschädigung nicht zu politischen Geschäften verwerten, namentlich nicht in der Dardanellenfrage, deren Aufrollung England jetzt nicht für opportun halte. Die gleiche Ansicht über

* Siehe das Telegramm in Bd. XXVI, Kap. CCIII, Nr. 9374.

die Dardanellenfrage äußerte mir gegenüber Sir Charles Hardinge mit dem Bemerken, daß dies seinerzeit Iswolsky in London klar gesagt worden sei. Auch in Paris stehe man auf demselben Standpunkt.

Bezüglich der deutsch-englischen Beziehungen erklärte der König, der sich Seiner Majestät gegenüber sehr zufrieden über seinen Empfang in Berlin aussprach, er hoffe, daß sie nun in sichere und ruhige Bahnen gegenseitigen Vertrauens gelenkt seien. Er erklärte unserm allergnädigsten Herrn insbesondere, daß er durch unsere Flottenbauten nicht beunruhigt sei und begriffe, daß das deutsche Flottengesetz, das Volk und Parlament gutgeheißen, auch durchgeführt werde. Das Gerede über unsere Flotte in England werde mit der Zeit aufhören.

Ich selbst hatte eine längere Unterredung mit Sir Charles Hardinge, der unser Gespräch damit einleitete: Er sei von Sir Edward Grey beauftragt, mir zu sagen, wie erfreut die englische Regierung darüber sei, daß Deutschland und England in den Balkanfragen in der letzten Zeit eine parallele Haltung eingenommen hätten. Ich erwiderte ihm, wir wollten eine starke, unabhängige und blühende Türkei. Deshalb wünschten wir auch, daß das jetzt in der Türkei eingeführte System sich konsolidiere; was wir dazu tun könnten, werde auch weiter geschehen. Über den jüngsten russischen Vorschlag äußerte Sir Charles Hardinge, daß er der Türkei geraten habe, ihn im Prinzip anzunehmen. Über die Einzelheiten würden sich die Türkei und Rußland ja noch verständigen können. Es war durchzufühlen, daß sich die englische Regierung in dieser Frage den Russen angenehm machen will. Als unsern Standpunkt entwickelte ich Sir Charles Hardinge etwa folgendes: Wir wären erfreut über alles, was zu einer Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien führen könne, also auch über den russischen Vorschlag, wenn er für beide Teile annehmbar sei. Wir hofften, daß England bei seinen guten Beziehungen zu Rußland wie zur Türkei in finanzieller Richtung den türkischen Wünschen sich möglichst förderlich erweisen werde. Wir setzten aber dabei mit Bestimmtheit voraus, daß die Rechte und Interessen der Orientbahn, an der das deutsche Kapital beteiligt sei, sowie der Dettegläubiger gewahrt blieben.

Sir Charles Hardinge hofft, daß die Kriegsgefahr zwischen der Türkei und Bulgarien abgewandt ist. Der englische Militärattaché in Sofia* sei zwar immer noch der Ansicht, daß Bulgarien militärisch stärker sei als die Türkei und bei einem Vorstoß bis Konstantinopel gelangen könne. Fürst Ferdinand sei aber zu unkriegerisch, um es auf einen Feldzug ankommen zu lassen. Bedrohlicher sei die Lage in Serbien und Montenegro. Beide kleinen Staaten würden am Ende doch losschlagen, da sie glaubten, daß Rußland sie, wenn geschlagen, nicht im Stiche lassen könne. Als ich Sir Charles sagte, Serbien und Montenegro würden sicher nicht wagen, vom Leder zu ziehen, wenn Rußland ihnen erklärte, daß sie à leur propre risque et péril fechten würden, meinte er: Eine solche Erklärung sei für den Zaren

---

* H. D. Napier.

als Protektor aller Slawen nicht möglich. Die Mächte müßten aber fortfahren, die Serben und Montenegriner vor einem coup de tête zu warnen. Es sei auch zu wünschen, daß Österreich, wenn es gezwungen sei, gegen Serbien vorzugehen, von vornherein erkläre, daß es dieses Land nicht annektieren und seine Integrität respektieren werde. Sir Charles frug mich, ob ich glaube, daß Österreich die montenegrinischen Wünsche hinsichtlich Spizza zu erfüllen geneigt sei. Ich erwiderte, daß mir das völlig ausgeschlossen erscheine. Eine Großmacht könne ohne einen Krieg keine territorialen Konzessionen machen. Weder Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph noch der Thronfolger würden das tun. Herr Hardinge schien diese Antwort erwartet zu haben und meinte, man müsse dann versuchen, Serbien und Montenegro durch wirtschaftliche Äquivalente zu entschädigen.

Sir Charles lenkte die Rede auch auf Kreta*. Er steht hier ganz auf türkischem Standpunkt. In Paris bestehe eine gewisse Neigung, die griechischen Wünsche zu berücksichtigen. Die Griechen drohten mit Ministerkrisis und Aufstand auf Kreta, wenn ihnen die Insel nicht bald ausgeliefert würde. Die englische Regierung glaube, daß diese Frage erst im Hochsommer entschieden werden könne, nachdem es gelungen sei, Ruhe im Balkan herzustellen.

Neben dem Wunsche, die Türkei sich konsolidieren zu sehen, sprach aus allen Äußerungen von Hardinge die lebhaft betonte Hoffnung, daß der Friede auf der Balkanhalbinsel und in Europa nicht gestört werden möge. Sir Charles sieht in dieser Beziehung nicht schwarz. Rußland sei jetzt gar nicht in der Lage, Krieg zu führen. Die Franzosen hätten nicht die mindeste Lust zu einem Kriege. Deutschland und England wollten den Frieden.

Die Konferenzidee scheint Sir Charles Hardinge ganz aufgegeben zu haben. Er sagte, keinesfalls dürfte die Konferenz stattfinden ohne vorherige genaue Verständigung über alle streitigen Punkte. Wenn diese aber erst erzielt wäre, sei die Konferenz eigentlich unnötig.

In sehr warmen Worten beglückwünschte mich Hardinge zum Abschluß des Marokkovertrages. Derselbe werde in England mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Dieses Arrangement werde auch dazu beitragen, die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlicher zu gestalten. Durch den Abschluß sei die englische Politik von einer großen Sorge befreit, da man immer befürchtet hätte, es könne aus der Marokkofrage ein deutsch-französischer Konflikt entstehen.

Hardinge äußerte am Schluß unserer Unterredung, er freue sich sehr über unsere Unterhaltung; er hoffe, daß England und Deutschland nicht nur in den Balkanfragen, sondern auch sonst möglichst zusammengehen würden**.

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCVIII und CCIX.

** Anders äußerte sich Sir Ch. Hardinge kurz vor der Reise nach Berlin zu Graf Benckendorff: ein Teil des englischen Publikums hege im Hinblick auf den Besuch Eduards VII. in Berlin Hoffnungen, die er, Hardinge, für übertrieben halte; dieser Besuch könne die allgemeine Politik Englands in keiner Weise verändern; alles werde beim alten bleiben: „Ich kann Ihnen nur erklären, daß nach unserer Meinung im Foreign Office,

Auch mit Lord Crewe hatte ich eine längere Unterhaltung. Er gab ebenfalls dem Wunsche nach guten Beziehungen zwischen uns und England warmen Ausdruck. Er hofft, daß der Besuch Seiner Majestät des Königs manche Mißverständnisse beseitigt hat und von günstigem Einfluß für das Verhältnis zwischen beiden Reichen sein wird.

Ew. pp. wollen vorstehenden Erlaß Freiherrn von Aehrenthal in meinem Auftrage vorlesen.

Bülow

Nr. 10263

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Reinschrift

Berlin, den 19. Februar 1909

Trotz des gut verlaufenen Königsbesuchs bin ich der festen Überzeugung, die übrigens von den meisten Kennern Englands geteilt wird, daß bald nach Einbringung der englischen Flottenvorlage die Atmosphäre der deutsch-englischen Beziehungen sich schnell wieder verdunkeln wird*. Die Wirkungen des Besuchs sowie des Marokkoabkommens auf die englische öffentliche Meinung werden dahinschwinden, wenn wir nicht mit England über die Flottenfrage ins reine kommen. Die momentan geschaffene Atmosphäre wäre einer Abmachung besonders günstig. Ein solches Abkommen würde bei uns deshalb beifällig aufgenommen werden, weil es jetzt nicht so aussehen würde, als handelten wir unter einem englischen Druck, dem wir später doch mit Einbuße für unser Prestige einmal nachgeben müssen, wenn es nicht zum Kriege kommen soll.

Wir haben, ganz abgesehen davon, daß unsere Flotte nie stark genug sein wird, um die englische niederzuringen, auch aus ökonomischen Gründen allen Anlaß, zu einer Einigung mit England zu kommen. Die Einführung des Schutzzolls in England wird beschleunigt, wenn England für Flottenbauten neue Einnahmequellen erschließen muß, und das kann nicht ausbleiben, wenn den Engländern nicht die Furcht vor uns genommen wird.

---

solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird." v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, a. a. O., S. 721 f.

* Vgl. dazu das Urteil des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 13. Februar 1909: „La visite du Roi d'Angleterre coïncide avec une augmentation considérable du budget de la marine, avec la construction de nouveaux cuirassés du type Dreadnought et avec la formation de la plus formidable escadre qui ait jamais existé et dont le port d'attache est dans la mer du Nord, à l'endroit le plus rapproché possible des côtes allemandes. Est-ce uniquement pour se mettre à l'abri d'une attaque éventuelle que l'Allemagne est incapable d'effectuer? — L'agitation pour la création d'une armée territoriale continue. L'Angleterre n'en a nul besoin pour sa défense. Qu'en veut-elle faire, si elle n'entretient aucune arrière pensée d'agression sur le continent?" Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 65.

Das lose Gefüge des britischen Weltreichs, dessen Kolonien nach Selbständigkeit streben, würde durch die Einführung des Schutzzolls und der dadurch gegebenen Möglichkeit des Ausbaus des Präferentialsystems wieder fester gestaltet werden, was nicht unseren Interessen entspricht, da ein England ohne oder doch mit weniger Kolonien für uns ein ungefährlicherer Gegner sein würde. Sind die Engländer dagegen im Hinblick auf ihre öffentliche Meinung in der Lage, ihre Flottenbauten einzuschränken, so haben sie weniger Anlaß, neue Einnahmen durch Zölle zu erschließen, was unserem Handel nur angenehm sein kann. Außerdem, fällt die Angst vor uns fort, so fällt damit ein weiteres Band, das Mutterland und Kolonien teilweise zusammenhält. Unsere Marine wird uns im Ernstfall wenig helfen, das wird nur unser Heer können, das wir jetzt wegen der Marine etwas stiefmütterlicher behandeln, als wir es ohne die großen Marineausgaben tun würden. Im Frieden schädigt unsere Marine unsern Handel und unsere Politik, — namentlich auch in Kolonialfragen, in denen wir doch so oft auf den guten Willen Englands und seiner Kolonien angewiesen sind, — denn ihretwegen zeigt Englands Politik uns ein unfreundliches Gesicht. Erwähnen möchte ich nur beiläufig, daß wir auch in der Türkei den guten Willen Englands nötig haben werden.

Kommen wir nicht zu einer Einigung mit England, und die ist meines Erachtens heute nur noch unter Inangriffnahme der Flottenfrage möglich, so werden alle unsere sonstigen politischen Bemühungen zum großen Teile eitel scheitern.

Bussche

Nr. 10264

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Konzept

Ganz geheim

Berlin, den 19. Februar 1909
[abgegangen am 20. Februar]

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 4. d. Mts. — M 443** — und das Schreiben des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amts vom 14. d. Mts.***

Ew. pp. beehre ich mich mitzuteilen, daß die Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit König Eduard in mir die Überzeugung bestärkt hat, daß es für den Augenblick das beste ist, nicht die Flottenfrage mit England zu erörtern. Denselben Eindruck habe ich aus meiner Besprechung mit dem Earl of Crewe gewonnen.

* Stichworte aus diesem Schreiben sind mitgeteilt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 124.
** Siehe Kap. CCXX, Nr. 10257.
*** Vgl. Nr. 10260, S. 87, Fußnote *.

Ich habe in der letzten Zeit in zahlreichen Konferenzen mit Reichstagsabgeordneten fast aller Parteien dahin gewirkt, daß unser Marineetat ohne Abstriche, ohne Beanstandung und möglichst ohne Diskussion bewilligt werde. Andererseits ist es natürlich sehr erwünscht, daß von seiten des Flottenvereins jetzt keine Agitation für eine weitere Flottenvermehrung in Szene gesetzt wird. Ich halte es ferner für unbedingt nötig, daß unsere Presse das in Kürze zu erwartende neue englische Flottenprogramm möglichst wenig erörtert und nur die Tatsachen registriert. Soweit eine Einwirkung auf die Presse von hier aus möglich ist, habe ich das Erforderliche veranlaßt und gebe mich der Hoffnung hin, daß Ew. pp. meine bezüglichen Bemühungen auch Ihrerseits unterstützen werden.

Bülow

Nr. 10265

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. M 660
Ganz Geheim

Berlin, den 23. Februar 1909

Euer Durchlaucht geneigtes Schreiben vom 19. Februar 1909 — AS 235* — empfangen zu haben, habe ich die Ehre, hiermit gehorsamst zu bestätigen.

Dem von Euer Durchlaucht geäußerten Wunsch zufolge werde ich den Präsidenten des Flottenvereins** in geeigneter Weise davon verständigen, daß es nicht angebracht ist, jetzt eine Agitation für eine weitere Flottenvermehrung in Szene zu setzen, und werde, soweit mir eine Einwirkung auf die Presse möglich ist, meinerseits die Bemühungen Euerer Durchlaucht nach Kräften in dem von Euer Durchlaucht gekennzeichneten Sinne unterstützen.

v. Tirpitz

Nr. 10266

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow****

Ausfertigung

Nr. 241

London, den 3. März 1909

Der Besuch König Eduards in Berlin hat nach außen hin eine beruhigende Wirkung gehabt. Die Schärfen und Gegensätze in der öffentlichen

---

* Siehe Nr. 10264.
** Großadmiral a. D. von Koester.
*** Bereits im Auszug veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 125 ff.

Diskussion zwischen beiden Ländern sind bis auf weiteres gemildert worden. Bei der englischen Regierung besteht unstreitig der Wunsch, daß die Detente anhalten möge.

An dem tatsächlichen Verhältnis der beiden Länder zueinander hat der Besuch dagegen kaum etwas geändert. Die freundschaftlichen Wünsche und Gefühle, welche der Königsbesuch gezeitigt hat, halten die politische Belastungsprobe nicht aus. England steht nach wie vor auf der Seite Frankreichs[1] und Rußlands und tritt, gewollt oder nicht, zu uns in Gegensatz, sobald wir uns von der Politik der Tripelentente, wie jetzt in Serbien*, abzweigen. Die Beunruhigung, die sich seiner auf Grund unserer Flottenpolitik bemächtigt hat, die Furcht vor uns[2] halten es einmütig an der Seite derer fest, auf die England sich im Notfalle zu stützen hofft, oder von denen es zum mindesten erwartet, daß sie nicht gegen England Partei ergreifen[3].

Seit einigen Wochen wird auf der Bühne ein Stück aufgeführt „An Englishman's Home", welches den Invasionsgedanken darstellt. Jede Anspielung auf Deutschland ist darin sorgfältig vermieden. Jeder wußte aber sofort, worauf es hinauslief. Das Stück, an und für sich ziemlich töricht, hatte eine ungeahnte Wirkung und ist geradezu zu einem politischen Ereignis geworden. Es berührte eine Saite im allgemeinen Empfinden, die sofortigen und enthusiastischen Widerhall fand. Es wird hauptsächlich seiner Wirkung zugeschrieben, daß sich in der vergangenen Woche in London allein 12000 Personen für die Territorialarmee angemeldet haben. Das Stück heißt im Volksmund wie in der Gesellschaft jetzt allgemein: „What every German knows." Diese Bezeichnung ist nachgebildet von einem anderen Theaterstück, welches den Namen trägt: „What every woman knows."

Die Spionenfurcht des vergangenen Sommers, fortdauernde Besprechungen in der Presse, Anfragen im Parlament über den Stand der Befestigungen und die Verteidigungsfähigkeit zu Wasser und zu Lande haben alle den gemeinsamen Ursprung in der wachsenden Beunruhigung aus Anlaß der angeblichen deutschen Gefahr, die in der Zunahme unserer Flotte erblickt wird[4].

In den letzten Tagen fanden wiederholt Anfragen im Unterhause statt über die rechtliche Stellung der wehrpflichtigen Deutschen in Großbritannien beim Ausbruch eines Krieges, und was mit ihnen zu geschehen habe, ob sie abgeschoben oder interniert werden sollten.

Dies sind Indizien, die auch den Fernerstehenden zeigen, wohin der Strom der öffentlichen Meinung geht. Für jemand, der wie ich mitten im hiesigen Getriebe steht und Beziehungen nach allen Seiten unterhält, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hier die Überzeugung mehr und mehr um sich greift, Deutschland beabsichtige, den Engländern die Suprematie zur See mit der Zeit streitig zu machen[5].

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIII und CCIV.

Die englische Regierung hat sich, wie ich dies schriftlich und mündlich hervorzuheben mich beehrt habe, mit unserem Flottengesetz und dem daraus resultierenden Bauprogramm als mit einem gegebenen Faktor, an dem nichts zu ändern sei, abgefunden[6]. Sie hat das Bestreben, eine öffentliche Diskussion über den Stand der beiderseitigen Flotten soweit und solange wie möglich zu vermeiden. Sir Edward Grey hat mir aber, wie Euerer Durchlaucht bekannt ist, offen erklärt, daß die Regierung bei Erörterung des kommenden Marineetats zur Begründung der bedeutenden Mehrforderungen für Neubauten gezwungen sein werde, das deutsche Schiffsbauprogramm in die Erörterung hineinzuziehen, da sich die hiesigen Schiffsbauten nach den unserigen zu richten hätten. Eine Flotte von 33 Dreadnoughts — er nannte nicht die richtige Zahl von 38 —, wie wir sie zu bauen beabsichtigten, stelle die gewaltigste Flotte dar, die die Welt je gesehen habe.

Soweit es sich nun um den programmäßigen Ausbau unserer Flotte handelt, müssen wir die daraus sich ergebenden hiesigen Stimmungen und Befürchtungen ebenfalls als etwas Gegebenes mit in den Kauf nehmen. Hieran läßt sich nichts ändern. Der programmäßige Ausbau steht fest, und die hiesige Regierung versucht, sich mit dieser Tatsache abzufinden[7]. Es tritt nun aber ein Novum hinzu, welches von der größten Tragweite ist, und worauf ich Euerer Durchlaucht ganz besondere Aufmerksamkeit zu richten mir gestatte.

Wie Euerer Durchlaucht bekannt ist, hat es Sir Edward Grey mir einerzeit* gesagt:

„Bei normaler Baugeschwindigkeit (‚at normal rate') würden wir nach Berechnung der englischen Admiralität im Februar 1912 dreizehn Dreadnoughts vollendet haben — wenn er den Ausdruck Dreadnought gebrauche, so geschehe es der Kürze halber, um damit den neuen großen Schiffstyp im allgemeinen zu bezeichnen —.

Nach hiesiger Information sei das Material für vier Dreadnoughts, welche jetzt bei uns im Bau seien, schon sechs Monate im voraus an den betreffenden Baustellen bereitgestellt worden, ehe mit dem Bewilligungstermin der tatsächliche Bau begonnen habe. Wenn ebenso bei den nächsten vier Dreadnoughts verfahren werde, so würden wir im Februar 1912 siebzehn Dreadnoughts vollendet haben[8].

Falls wir, abgesehen von finanziellen Rücksichten, unsere Schiffsbaukapazität voll ausnutzten, so würden wir im April 1912 einundzwanzig Dreadnoughts vollendet haben.

Nach diesen Möglichkeiten des deutschen Schiffsbaus würde das englische Programm im März bemessen werden. Die Kriegsschiffsbaukapazität der anderen europäischen Staaten käme neben der deutschen kaum in Betracht."

Der Minister formulierte diese ihm von der hiesigen Admiralität

---

* Am 4. Januar 1909. Vgl. Kap. CCXX, Nr. 10249.

zugegangene[9] Information in meiner Gegenwart in der abschriftlich beigefügten Notiz*.

Wie Euerer Durchlaucht ebenfalls bekannt, erwiderte ich dem Minister, unser Schiffsbauprogramm für das nächste und für die kommenden Jahre liege gesetzlich fest. Eine plötzliche Ausnutzung unserer gesamten Schiffsbaukräfte zur Steigerung des gesetzlich vorgesehenen Tempos im Bau sei daher ausgeschlossen. Im übrigen könne ich ihm nur wiederholen, daß unser Flottenprogramm sich nicht nach dem englischen richte und auch nicht als Konkurrenz für die englische Flotte gedacht sei. Wir brauchten eine Flotte von bestimmtem, bekanntem, gesetzlich normiertem Umfange zum Schutze unseres Handels und unserer Küsten. Welche Flotte England bauen wolle, sei nicht unsere Sache. Falls die englische Regierung glaube, nicht nur nach unserem tatsächlichen Programm, sondern sogar nach den deutschen Baumöglichkeiten ihr eigenes Programm bemessen und sich dadurch in neue Kosten stürzen zu müssen, so überließen wir auch das ihrem Ermessen.

Ich besprach die Angaben Sir Edward Greys sodann mit dem Marineattaché der Kaiserlichen Botschaft, welcher mir auseinandersetzte, daß das Material für unsere beiden ersten im Jahre 1906 bewilligten Dreadnoughts allerdings mehrere Monate vor Inangriffnahme des Baus bereitgelegt worden sei. Dies erkläre sich aber ganz natürlich daraus, daß nach erfolgter Bewilligung durch den Reichstag die Schiffspläne noch nicht fertiggestellt gewesen seien, sodaß mit dem wirklichen Bau erst einige Monate später begonnen wurde, während in der Zwischenzeit das Material durch die Werft, die nach Bewilligung mit dem Bau beauftragt wurde, herbeigeschafft werden konnte. Eine Beschleunigung des Bautempos liege also auch in diesem Falle nicht vor. Er habe sich noch kürzlich in Berlin nach Rücksprache mit seiner Behörde wiederum davon überzeugt, daß die Fertigstellung der capital ships nach dem programmäßig festgelegten und veröffentlichten Bauplane erfolgen solle, und daß eine Beschleunigung des Bautempos an maßgebender Stelle nicht beabsichtigt sei[10]. Dies ist auch schon daher ausgeschlossen, weil andernfalls der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts sich mit den von ihm im Reichstage abgegebenen Erklärungen in Widerspruch setzen würde. Kapitän Widenmann stellte mir sodann die beiden in der Anlage beigefügten Übersichten von Schiffsbauplänen zur Verfügung** mit der Bemerkung, daß ich dieselben seiner Ansicht nach unbedenklich hier verwerten und auch übergeben könne, da sie nichts enthielten, was Fachleute nicht auch selbst aus unserem Flottengesetz zusammenstellen könnten.

Ich habe Sir Edward Grey gegenüber gelegentlich die mir von Kapitän Widenmann gegebene Aufklärung mit Bezug auf das angeblich beschleunigte Bautempo unserer zwei ersten im Jahre 1906 niedergelegten Dread-

---

* Siehe Anlage I.
** Siehe Anlage II und III.

noughts verwertet (die oben beigefügte englische Notiz spricht von vier Dreadnoughts), die Übersichten bisher aber nicht, da damals dazu kein Anlaß vorlag und es mir außerdem sicherer erscheint, die vorherige Genehmigung von Berlin zu erhalten, ehe ich Schriftliches von mir gebe.

Seit meiner Rückkehr aus Berlin finde ich nun folgende Situation vor:

Es hat in den leitenden politischen Kreisen, die Regierung einbegriffen, eine tiefgehende Beunruhigung um sich gegriffen über die angebliche deutsche Absicht, das Bautempo zu beschleunigen und die capital ships in kürzerer Frist zu bauen, als nach außen hin zugestanden wird[11]. Dieser Glaube basiert auf den von der hiesigen Admiralität erhaltenen und der Regierung mitgeteilten Nachrichten, deren Kern in der erwähnten beigefügten englischen Notiz enthalten ist. Diese Nachrichten sind jedenfalls auch im Defence Committee, zu dem unter anderen Herr Balfour gehört, erörtert worden, sie sind in die politischen Kreise und selbst bis in die journalistischen hinein durchgesickert, wie aus den beiden beigefügten Zeitungsausschnitten, aus Andeutungen der „Times" vom 26. und des „Observer" vom 28. v. Mts.* hervorgeht. In der breiten Öffentlichkeit sind diese neuen Befürchtungen noch nicht besprochen worden. Es unterliegt aber kaum einem Zweifel, daß dieselben bei der bevorstehenden Debatte über den Marineetat durch Anfragen von der Regierung herausgelockt werden, und es unterliegt bei mir ebenfalls keinem Zweifel, daß dann eine Bewegung losbricht, die alle guten Wirkungen des Berliner Besuchs hinwegfegen und die beiderseitigen Beziehungen schwer schädigen wird, wenn nicht vorher jenen Befürchtungen der Boden entzogen wird[11].

Es gehört eine genaue Kenntnis der hiesigen Verhältnisse und Personen dazu, um zu erfahren, was sich in den leitenden Kreisen vorbereitet, und was sie jeweilig am stärksten beeinflußt. Diese Vorgänge vollziehen sich im stillen. Wenn sie reif sind, folgt die öffentliche Meinung ihren Führern sofort. Auch der Annäherung an Frankreich ging eine solche Zeit der stillen Vorbereitung voraus. In diesem Augenblick vollzieht sich etwas Ähnliches. Die maßgebenden Kreise stehen unter dem Eindruck, daß wir im geheimen von unserem Schiffsbauprogramm abweichen und ein rascheres Tempo anschlagen als das öffentlich bekanntgegebene[11]. Es liegt auf der Hand, daß diese Annahme, wenn sie nicht rechtzeitig entkräftet wird, einen entscheidenden Einfluß auf das Verhältnis zu Deutschland haben muß.

Inwieweit Admiral Fisher in gutem Glauben handelt[12], wenn er, sich auf seine Informationen stützend, seine Kollegen und andere leitende Persönlichkeiten davon zu überzeugen sucht, daß wir über das Programm hinaus ein beschleunigtes Bautempo angeschlagen haben, vermag ich nicht zu beurteilen[13]. Seine Stellung soll in der letzten Zeit erschüttert sein, der Thronfolger ist gegen ihn, und ein German scare mag ihn wieder im Sattel befestigen. Sodann braucht er Deutschland, um unwillige

---

* Hier nicht abgedruckt.

Minister von der Notwendigkeit seiner Forderungen für die Marine zu überzeugen.

Für uns kommt es indessen nicht darauf an, einen persönlichen Kampf gegen den Ersten Lord der englischen Admiralität zu führen, insbesondere nicht in unserer Presse, was ihm sofort hier neue Sympathien erwerben würde, sondern darauf, daß wir seine Ausstreuungen unschädlich machen.

Dies haben wir in der Hand. Ich gestatte mir vorauszuschicken, daß niemand eine Erklärung von mir erbeten, geschweige denn gefordert hat, auch nicht Sir Edward Grey. Er hat seinerzeit lediglich zu meiner Kenntnis gebracht, daß der hiesigen Admiralität zugegangenen Nachrichten zufolge eine gewisse Anzahl unserer im Bau befindlichen capital ships früher als programmäßig fertiggestellt sein würden, und daß, wenn wir in Zukunft ebenso verführen, eine bedeutende Verschiebung im Endresultat eintreten müsse. An diese Mitteilung hat er kein Petitum geknüpft. Meine Antwort ist Euerer Durchlaucht bekannt. Sie liegt aber zwei Monate zurück, ebenso wie die am 10. Dezember v. Js. im Reichstag abgegebene Erklärung über unsere Flottenpolitik drei Monate zurückliegt. In der Zwischenzeit ist hier der englische Marineetat im Ministerrate besprochen und festgesetzt worden, wobei die Nachricht Sir John Fishers über unser angeblich beschleunigtes Bautempo[14] eine erhebliche Rolle gespielt haben und erst recht in den Geist der Minister eingedrungen sein wird. Es ist erklärlich, daß diese von der verantwortlichen fachmännischen Seite stammende Nachricht einen starken Eindruck auf die Minister gemacht haben muß, und daß sie als eine dem Parteigetriebe entrückte Frage allerersten Ranges auch den in dem Landesverteidigungskomitee sitzenden Führern der Opposition mitgeteilt sein wird. Hieraus erklärt sich, daß die Frage des angeblich neuerdings beschleunigten deutschen Flottenbautempos die maßgebenden politischen Kreise, vorläufig noch unter der Oberfläche, ernstlich erregt[15].

Ich gestatte mir ferner vorauszuschicken, daß es sich in dem vorliegenden Falle nicht um den gesetzlich normierten programmäßigen Ausbau unserer Flotte handelt, — die Bestrebungen nach Verlangsamung unseres Bautempos sind für den Augenblick in den Hintergrund getreten — sondern daß es sich lediglich darum handelt, an den maßgebenden Stellen die Befürchtungen zu zerstreuen, die aus dem Glauben an unser beschleunigtes Bautempo entstanden sind[16].

Wenn ich von Euerer Durchlaucht ermächtigt werde, hier auf das nachdrücklichste darauf hinzuweisen, daß von unserer Seite keine Beschleunigung des Bautempos über das öffentlich bekannte Bauprogramm hinaus vorliegt noch beabsichtigt ist, so werde ich die Befürchtungen, die sich hier ergeben haben, zerstreuen können. Dazu müßte ich in der Lage sein, die mit II bezeichnete Anlage dieses Berichtes und die am Fuße derselben stehenden Bemerkungen 1) und 2) als allein maßgebend und richtig zu bezeichnen. Ferner wäre es für mich von Wert, die Auffassung des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts über die diesem

Berichte ebenfalls beigefügte englische Notiz* kennen zu lernen, sodaß ich zur Widerlegung dieser Notiz von der berufensten Seite in den Stand gesetzt werde.

Der Premierminister wird am nächsten Mittwoch, den 10. d. Mts. bei mir zum Lunch sein. Wenn ich bis dahin von Euerer Durchlaucht ein Telegramm erhalten könnte, so würde dies von besonderem Werte für mich sein. Es kommt für mich darauf an, nochmals authentisch erklären zu können, daß keine Beschleunigung unseres Schiffsbaues vorliegt, und daß die Zahlen der Anlage II richtig sind und wir im Herbst 1912 dreizehn Dreadnoughts und nicht im Februar desselben Jahres 17 oder eventuell im April sogar 21 Dreadnoughts fertiggestellt haben werden.

P. Metternich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
7/III 09
Admiral v[on] Tirpitz zur schleunigen Aeußerung.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Das ist in Punkto Serbien nicht der Fall! Da Gallien und Russland auseinander gehen!
[2] olle Kammellen!
[3] Ferid Pascha's Bericht über London u[nd] Paris lautet anders**
[4] McKenna von Fisher gedeichselt hat den armen Metternich wieder mal gründlich gegen seine eigene Flotte geladen!
[5] Tollhausidee Pathologischer Zustand
[6] das ist die Hauptsache
[7] eben! so muß es sein
[8] Der Herr hat bei Fisher ein Colleg gehabt!
[9] natürlich
[10] richtig
[11] !
[12] das hat er uns gegenüber noch niemals gethan!
[13] er hat gelogen!
[14] gelogen
[15] Unsinn!
[16] wenn das vorüber ist erfindet Fischer was Neues! Und die Minister und Metternich glauben es wieder!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Armer Metternich! Die Flotte kann er nun mal weder verstehen noch vertragen.
W.

Anlage I

At normal rate
13 Dreadnoughts completed by February 1912.

If materials collected in advance for next four to be laid down as it is understood has been done in the case of four vessels already 17 Dreadnoughts completed by February 1912.

Full shipbuilding capacity apart from financial restrictions 21 Dreadnoughts by April 1912.

---

* Siehe Anlage I.
** Es ist aus den Akten nicht zu ersehen, auf was für einen Bericht des ehemaligen Großwesirs Ferid Pascha der Kaiser anspielt.

Anlage II

Übersicht über Fertigstellung der Capital Ships

Auf Stapel gelegt		Verwendungsbereit	
Im Jahre[1])	Zahl	Im Jahre[2])	Zahl
1906	2	1909	2
1907	2 + 1	1910	5
1908	3 + 1	1911	9
1909	3 + 1	1912	13
1910	3 + 1	1913	17
1911	3 + 1	1914	21
1912	1 + 1	1915	23
1913	1 + 1	1916	25
1914	1 + 1	1917	27
1915	1 + 1	1918	29
1916	1 + 1	1919	31
1917	1 + 1	1920	33
Summe	33	=	33

Bemerkungen: 1) Datum des Baubeginns Sommer des betreffenden Jahres.
2) Bei normaler Bauzeit von $3^1/_2$ Jahren (42 Monaten) ist Fertigstellung im Herbst des betreffenden Jahres zu erwarten.

Anlage III

Schiffsbauplan 1908—1917

Bewilligungsjahr	Linienschiffe	Panzerkreuzer	Summe (Capital Ships)
1908	3	**1**	4
1909	3	**1**	4
1910	3	**1**	4
1911	**2 + 1**	**1**	4
1912	1	1	2
1913	1	1	2
1914	1	1	2
1915	1	1	2
1916	1	1	2
1917	1	1	2
Summe	18	10	28

Bemerkungen: Gewöhnliche Zahlen sind Ersatzbauten.
Fette Zahlen sind Vermehrungsbauten im Rahmen des Flottengesetzes.

Nr. 10267

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

M 831 Berlin, den 8. März 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich auf den wieder beigefügten Bericht des Botschafters in London vom 3. März 1909** alleruntertänigst das Folgende.

Die Ansicht des Botschafters, daß in den leitenden politischen Kreisen, die Regierung einbegriffen, eine tiefgehende Beunruhigung um sich gegriffen hat über die angebliche deutsche Absicht, das Bautempo zu beschleunigen und die capital ships in kürzerer Frist zu bauen, als nach außen zugestanden wird, scheint mir zu weitgehend. Wohl ist es den konservativen Drahtziehern und Flotteninteressenten gelungen, in der öffentlichen Meinung eine Flottenpanik zu erzeugen, in leitenden Regierungskreisen aber ist man meiner Meinung nach nicht im unklaren, daß die seitens der Admiralty mit großem Geschick heimlich verbreitete Idee von einer Beschleunigung unseres Bautempos unrichtig, wohl aber ein sehr geeignetes und deshalb willkommenes Mittel ist, um das liberale Kabinett durch eine erhebliche Steigerung des Marineetats vor dem konservativen Ansturm zu retten und bei der eigenen liberalen und radikalen Gefolgschaft die Aufwendung erheblicher Geldmittel für Rüstungszwecke zu rechtfertigen.

Daß einzelne Minister öffentlich hiergegen ankämpfen, ist wohl durch ihre frühere politische Stellungnahme bedingt und dürfte an der Gesamtpolitik des Kabinetts wenig ändern.

Für das englische Kabinett handelt es sich meines Erachtens nicht um eine Frage der äußeren Politik (England-Deutschland), sondern um eine Frage der inneren Politik (Konservative-Liberale). Infolgedessen fürchte ich, daß eine Richtigstellung der falschen Ideen über unser Bautempo eine Änderung des englischen Marineetats nicht herbeiführen und die weitere Verbreitung der Ideen in der Öffentlichkeit nicht verhindern wird. Das liberale Kabinett wird auf diese famose Erfindung zur Rechtfertigung seiner großen Marineforderungen im Etat 1909 nicht verzichten wollen und können. Trotzdem befürworte ich zur Stärkung widerstrebender Elemente und mit Rücksicht auf die nicht vorherzusehende weitere Entwickelung der Frage, daß der Botschafter zunächst ermächtigt wird, dem englischen Premierminister am 10. d. Mts. beim Lunch nochmals autoritativ mitzuteilen, daß im Februar 1912 keine 13 Dreadnoughts verwendungsbereit sein würden, sondern frühestens einschließlich der 1909 geforderten Schiffe Ende des Jahres 1912, sowie daß von keiner

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 128f.
** Siehe Nr. 10266.

maßgebenden Stelle in Deutschland eine Beschleunigung des programmmäßigen Schiffsbautempos in Aussicht genommen sei. Falls im englischen Parlament oder in der englischen Presse gegenteilige Behauptungen aufgestellt würden, würde es sich voraussichtlich nicht vermeiden lassen, diese Irrtümer im deutschen Reichstag richtigzustellen. Dagegen scheint es mir zu weit zu gehen, wie der Botschafter es wünscht, dem englischen Premierminister gewissermaßen amtlich eine Übersicht über Ausführung unseres Schiffsbauprogramms bis zum Jahre 1920 zu übergeben. Dazu dürfte auch kaum eine Veranlassung vorliegen.

Kapitän Widenmann ist über die Daten der Stapellegung beziehungsweise Fertigstellung der Schiffe 1906—1909 genau orientiert und hat Befehl, den Botschafter Graf Metternich hierüber zu informieren.

v. Tirpitz
Admiral, Staatsminister, Staatssekretär des Reichsmarineamts

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
S[eine] D[urchlaucht] Reichskanzler zur Kenntniß und weitern Veranlaßung.
Berlin 9/III 1909
Zur Information des Botschafters in London.
Mit vorstehendem Bericht, der den Thatsachen entspricht, völlig einverstanden. Ich kann mich des Erstaunens nicht enthalten, daß S[eine] E[xzellenz] Graf Metternich, trotz aller Mittheilungen, die er von mir persönlich in Berlin erhalten, und trotz mehrfacher eingehender Belehrungen seitens des Marineattachees bei seiner völlig falschen Ansicht beharrt. Er ist vollkommen unter dem Banne der Englischen Scaremongers und läßt sich von ihnen zu sehr beeinflußen. Es ist ihm daher mein ernstes Mißfallen über diese andauernd verkehrte Stellungnahme unsren Marineverhältnißen gegenüber zu erkennen zu geben und ihm zu bedeuten, daß er, bei dem Inhalt dieses, auf meinen Befehl für ihn aufgesetzten Berichtes, nun einmal für Alle Mal sich zu beruhigen habe. Seine Antworten an die Engl[ischen] Stellen hat er nach Rücksprache mit dem Marineattachee dementsprechend zu formuliren. Detaillirte Bau-Programme sind nicht auszuhändigen.
Wilhelm I. R.

Nr. 10268

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 49 Berlin, den 9. März 1909
Geheim

Auf Bericht 241 vom 3. d. Mts.*

Euere Exzellenz können dem Premierminister morgen nochmals und zwar, wenn Sie dies für nützlich halten, in meinem Auftrage mitteilen,

* Siehe Nr. 10266.

daß im Februar 1912 keine 13 Dreadnoughts verwendungsbereit sein würden, sondern frühestens, einschließlich der 1909 geforderten Schiffe, Ende 1912, sowie daß von keiner maßgebenden Stelle in Deutschland eine Beschleunigung des programmäßigen Schiffsbautempos in Aussicht genommen ist.

Dagegen wollen Euere Exzellenz davon Abstand nehmen, dem Premierminister die auf der mit einem roten Kreuz bezeichneten Anlage II des eingangs angezogenen Berichts enthaltenen Daten* über die Ausführung unseres Schiffbauprogramms bis 1920 mitzuteilen**.

Bülow

Nr. 10269

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow****

Ausfertigung

Nr. 262 London, den 10. März 1909

Sir Edward Grey sagte mir heute, daß der Marineetat voraussichtlich am nächsten Dienstag im Unterhause zur Beratung gelangen werde. Der Minister machte dabei die folgenden Ausführungen:

Die Regierung werde bemüht sein, ihrerseits dabei alles zu vermeiden, was als eine Kontroverse gegen Deutschland aufgefaßt werden könne. Der Marineminister werde sich ungefähr in folgendem Sinne aussprechen, wobei zum Teil die Unterredungen Sir Edward Greys mit mir, ohne daß auf mich Bezug genommen werden würde, als Grundlage zu dienen hätten: Die deutsche Flotte werde nach einem festgelegten Gesetz ausgebaut ohne Rücksicht auf England. Der Umfang, den wir unserer Flotte zu geben beabsichtigten, sei bestimmt durch die Rücksicht auf den Schutz unseres Handels und unserer Küsten. Wir beabsichtigten nicht, über die gesetzlich festgelegte Größe unserer Flotte hinauszugehen. Die Anzahl der Schiffe, die England baue, werde unser Programm nicht beeinflussen.

---

* Siehe Nr. 10266, Anlage II.

** Mittels Privatbriefs vom 14. März teilte Fürst Bülow dem Grafen Metternich auch den wesentlichen Inhalt des Tirpitzschen Immediatberichts vom 8. März (siehe Nr. 10267) und der Stellungnahme des Kaisers mit. Statt wörtlicher Wiedergabe der kaiserlichen Randbemerkungen hieß es in dem Briefe: „Seine Majestät haben sein Einverständnis mit den Tirpitzschen Ausführungen auszusprechen geruht und seinem Unwillen lebhaft Ausdruck gegeben, daß man in England trotz aller Mitteilungen, die teilweise direkt im allerhöchsten Auftrage durch Sie erfolgt sind, bei so falschen Ansichten verharrt. Seine Majestät besorgen, daß Sie selbst zu sehr unter dem Banne der englischen scaremongers stehn und sich zu sehr von ihnen beeinflussen lassen. Trotz dieser Auffassung hat der Kaiser mich zu den Ihnen auf anderem Wege zugegangenen Instruktionen ermächtigt, über deren Ausführung ich Ihrer Berichterstattung mit lebhaftem Interesse entgegensehe".

*** Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 129 ff.

Wir hätten die Ausführung eines bestimmten Programmes uns vorgenommen unabhängig davon, was England tue oder unterlasse.

Wenn nun auch die hiesige Regierung keineswegs in dem Bau der deutschen Flotte eine feindliche Absicht gegen England erblicke, so sei sie doch gezwungen, nach unserem Schiffsbauprogramm das ihrige zu bemessen[1]. Augenblicklich sei die Superiorität Englands zur See zwar gesichert, sie müsse aber darauf bedacht sein, daß es auch in Zukunft so bleibe, und zwar müsse [sich] der englische Flottenbau notwendig nach der stärksten fremden Flotte richten, die in Europa, also in der Nähe der englischen Küsten, erbaut werde[2]. Denn ebenso wie wir nicht so sehr die Heere in fremden Weltteilen[3], sondern diejenigen unserer Nachbarn als Maßstab für unsere eigene Armee in Betracht zu ziehen hätten, so kämen für England, welches von seiner Flotte abhänge wie wir von unserer Armee, die Flotten seiner Nachbarn mehr in Betracht als diejenigen in außereuropäischen Gewässern[4].

Der Minister bemerkte ferner, daß die Regierung jedenfalls auf die im Parlament zu stellende Frage gefaßt sein müsse, ob nicht der Versuch gemacht worden sei, sich mit Deutschland über ein Flottenprogramm zu einigen. Hierauf werde die Regierung zu antworten haben, daß zwar derartige Versuche nicht amtlicher[5] Natur — denn nur um solche könne es sich handeln — gemacht worden seien, wir aber auf dem Standpunkte ständen, daß unser Flottenprogramm durch Gesetz geregelt und daher nicht zu ändern sei.

Nachdem der Minister den Standpunkt der hiesigen Regierung, wie sie ihn parlamentarisch zu präzisieren haben werde, dargelegt hatte, erklärte ich ihm mit Bezug auf seine mir früher gemachten Bemerkungen, daß ich ihm autoritativ und mit Bestimmtheit die Versicherung erteilen könne, daß an keiner maßgebenden Stelle bei uns eine Beschleunigung des programmäßigen Schiffsbautempos in Aussicht genommen sei. Wir würden programmäßig im Jahre 1912 dreizehn Dreadnoughts verwendungsbereit haben, aber nicht, wie er irrtümlich angenommen habe, im Februar, sondern erst Ende 1912.

Der Minister bemerkte schließlich, nach hiesiger Erfahrung sei es äußerst schwierig, die Bauzeit eines Schiffes von der Dreadnoughtklasse im voraus zu bestimmen. Für den parlamentarischen Zweck der Feststellung der jährlichen Marineetats, die sich, wie gesagt, nach den unsrigen richten müßten, würde er es, womit er aber nur eine persönliche Ansicht und keinen Vorschlag ausspreche, für geeignet halten, wenn von Zeit zu Zeit ein Austausch über den jeweiligen Stand der Schiffsneubauten stattfände[6], wobei natürlich weder von der deutschen noch von der englischen Seite Geheimnisse preiszugeben seien[7], die sich auf die Konstruktion und Armierung der Schiffe oder dergleichen Fragen bezögen. Der Austausch über den jeweiligen Fortschritt der Neubauten könnte zum Beispiel durch die beiderseitigen Marineattachés in Berlin und London erfolgen[8].

Der Minister wiederholte, daß er keinen Vorschlag mache, sondern

daß er nur als persönliche Ansicht einen Wunsch ausdrücke, dessen Erfüllung er für nützlich halten würde.[1]

Ich bin auf diesen Gedanken nicht eingegangen[2] und glaube auch kaum, daß der Minister aus eigenem Antriebe sobald darauf zurückkommen wird, obwohl mir bekannt ist, daß er damit einen schon lange sehnlichst gehegten Wunsch der hiesigen Regierung ausgesprochen hat.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?!
[2] So blau!
[3] dort giebt es keine!
[4] kindisch!
[5] nicht wahr!
[6] damit sie immer hübsch uns voraus sein können!
[7] wie gütig!
[8] ich bin dagegen!
[9] ablehnen!

Nr. 10270

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 272 London, den 13. März 1909

Der Marineetat für das Jahr 1909—1910 ist gestern veröffentlicht worden.

Er sieht eine Ausgabe von £ 35142700 und somit eine Mehrausgabe von £ 2823200 gegen das Vorjahr vor. —

Das neue Bauprogramm besteht aus vier Schiffen der Dreadnoughtklasse, sechs geschützten Kreuzern, 20 Zerstörern und einer Anzahl von Unterseebooten. Außerdem soll der Regierung die Vollmacht erteilt werden, wenn sie es für nötig hält, Vorbereitungen für den am 1. April des kommenden Jahres zu beginnenden beschleunigten Bau vier weiterer großer Panzerschiffe zu treffen. —

Die Ansichten der Presse, die den Marineetat fast ausnahmslos bespricht, sind sehr geteilte.

Dem „Daily Express" sind die Maßregeln nicht entschieden genug.

Der „Daily News" sind sie zu weitgehend.

„Daily Graphic" meint, jedenfalls werde im kommenden Jahr eine fortwährende Erregung bestehen, die hätte vermieden werden können, wenn man sich fest entschlossen hätte, sechs Panzerschiffe bis zum 31. März nächsten Jahres auf Stapel zu legen.

Die „Daily Mail" ist zufrieden. Sie sagt, man werde durchschnittlich in der Bevölkerung das Gefühl haben, daß Mr. Asquith und Sir Edward

Grey entschlossen seien, die Sicherheit des Landes zu wahren. Wenn es auch nicht in dem Memorandum der Admiralität stehe, so sei doch der Grund für die auffallende Form des Etats der, daß das Kabinett im Besitze von Informationen sei, nach denen das deutsche Bauprogramm pünktlich befolgt, wenn nicht sogar der Schiffsbau beschleunigt werde.

Die „Times" fordert, daß die fakultative Bewilligung von vier weiteren Dreadnoughts in eine obligatorische Verpflichtung verwandelt werde. —

Die „Morning Post" bedauert die halbe Maßregel. —

P. Metternich

Nr. 10271

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 London, den 16. März 1909

Unter Bezugnahme auf Bericht Nr.269** und auf Euerer Durchlaucht Schreiben vom 14. März.***

Wäre dankbar für telegraphische Weisung, ob ich ermächtigt bin, die

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 134.

** Bericht Nr. 269 vom 12. März ist nach einer Aktennotiz dem Kaiser vorgelegt worden und von diesem nicht zum Auswärtigen Amt zurückgelangt. Er ist nunmehr veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 131ff. Graf Metternich gibt in dem Bericht eine Unterredung mit dem englischen Premierminister Asquith wieder, die sich in ähnlichen Bahnen bewegte wie die voraufgehende Unterredung mit Sir E. Grey vom 10. März (vgl. Nr. 10269). Von besonderem Interesse sind in dem Bericht Nr. 269 die Ausführungen Asquiths über die angebliche Beschleunigung der deutschen Schiffsbauten. Es heißt in dem Bericht darüber:
„Nach Nachrichten, die der hiesigen Admiralität zugegangen seien, befänden sich von unseren für das Finanzjahr 1909/10 vorgesehenen vier Dreadnoughts drei dieser Schiffe schon tatsächlich seit mehreren Monaten im Bau, und zwar sei nicht nur das Material vorbereitet, sondern von Schichau auch schon der Kiel zu einem Dreadnought für 1909/10 niedergelegt. Wenn mit der Vorbereitung für den Bau und mit der Inangriffnahme des Baues von Schiffen, die vom 1. April ab bewilligt seien, schon eine Anzahl von Monaten früher begonnen werde, so sei es klar, daß dieselben auch eine Anzahl von Monaten früher fertiggestellt werden könnten. Es liege ihm fern, und er habe nicht die geringste Berechtigung, dies in tadelndem Sinne zu sagen. Es sei lediglich unsere Sache, das Tempo unseres Flottenbaues zu bestimmen, und niemand in England habe an maßgebender Stelle die Berechtigung, uns hieraus einen Vorwurf zu machen. Nur sei es aus den schon angeführten Gründen für die englische Regierung notwendig, bei der jährlichen Aufstellung ihres Marinebudgets den jeweiligen Fortschritt unseres Flottenprogramms, soweit er hier bekannt werde, in Betracht zu ziehen. Die hiesige Regierung würde nur dann von ihrer Vollmacht zum Bau der vier bedingungsweise vom Parlament zu verlangenden Dreadnoughts Gebrauch machen, wenn sich im Hinblick auf den Fortschritt im Flottenbau der benachbarten Nationen im Laufe des Jahres die Notwendigkeit hierzu herausstellen sollte."

*** Vgl. Nr. 1068, S. 103, Fußnote **.

Nachrichten der hiesigen Admiralität, daß wir Schiffe des 09—10 Etats durch Materialanhäufungen und Kielstreckung in einzelnen Werften in Vorbereitung haben, für falsch zu erklären*[1].

Die Marineetatberatungen beginnen heute im Unterhaus[2]†.

Metternich

Nr. 10272

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Berlin, den 17. März 1909

Gehorsamste Mitteilung zum Telegramm aus London vom 16. März 1909 Nr. 54***.

Tatbestand:

Zwei Schiffe des Etats 1909 sind zur Erzielung billigerer Preise und zur Verhinderung einer in Aussicht stehenden Trustbildung für den Fall der Bewilligung durch den Reichstag zwei Privatwerften kontraktlich zugesichert. Die beiden anderen Schiffe des Etats 1909 werden erst im Herbst 1909 zur Submission ausgeschrieben werden. —

Euer Durchlaucht darf ich gehorsamst anheimstellen unter Bezugnahme auf die Randbemerkungen Seiner Majestät des Kaisers†, was von vorstehendem Tatbestande dem Herrn Botschafter mitzuteilen ist. Von meinem Standpunkte aus würde ich keine Bedenken tragen, dem Herrn Botschafter den vollen Tatbestand zu drahten.

v. Tirpitz

Bemerkung Freiherr von Schoens am Schluß des Schriftstückes:

Admiral Tirpitz ist, wie er mir sagen läßt, trotz der ihm bekannten allerhöchsten Marginalien auf dem Telegrammduplikat† der Ansicht, die Auskunft an Metternich zu geben[1].

17/3 v. Sch.

Bemerkung des Fürsten von Bülow dazu:

[1] Fiat! unverzüglich††

---

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 134.

*** Siehe Nr. 10271.

† Die Randbemerkungen des Kaisers zu dem Metternichschen Telegramm Nr. 54 sind nicht zu den Akten gelangt. Sie lauten nach Tirpitz, a. a. O., S. 134:

[1] Auf sowas lasse ich mich nicht ein!

[2] Ich glaube, daß es das Beste wäre, wenn Metternich endlich den Mund hielte. Er ist unverbesserlich!

†† Graf Metternich wurde darauf am 17. März im Sinne des Tirpitzschen Promemorias instruiert. Folgenden Tags erhielt Graf Metternich auch die Ermächtigung, Sir E. Grey zu erklären, daß „in unseren 13 Dreadnoughts, die Ende 1912 fertiggestellt sein sollen, 3 Invincibles mit einbegriffen sind".

Nr. 10273

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 London, den 17. März 1909

Ich habe heute Sir E. Grey mein Befremden ausgesprochen, daß trotz meiner ihm und dem Premierminister abgegebenen Erklärung Herr M' Kenna und Mr. Asquith in der gestrigen Marinedebatte die Beschleunigung des deutschen Schiffsbaues zur Begründung des englischen Etats angeführt haben**. Beide Minister hätten von 13 deutschen Dreadnoughts für 1911 gesprochen, anstatt die richtige Jahreszahl 1912 anzugeben. Mr. Asquith habe zwar mitgeteilt, daß die deutsche Regierung keine Beschleunigung des Bautempos beabsichtige, die fernere wichtige Angabe aber unterdrückt, daß frühestens Ende 1912 nicht mehr als 13 deutsche Dreadnoughts verwendungsbereit sein würden. Ich müsse dagegen Einspruch erheben, daß unrichtige und von mir amtlich widerlegte Angaben über den deutschen Schiffsbau von Ministern im Parlament gemacht würden.

---

* Teilweise bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 134f.

** Am 16. März hatten im Unterhause die Verhandlungen über das Marinebudget mit Reden des Ersten Lords der Admiralität M'Kenna und des Premiers Asquith begonnen. Siehe den Wortlaut der Reden in Parliamentary Debates 1909, Vol. II, 930ss., 955ss. Den wesentlichen Inhalt auch in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1909, S. 459ff. Der äußeren Form nach waren beide Ministerreden keineswegs deutschfeindlich; im Gegenteil gab Asquith zu, daß der Gang der diplomatischen Verhandlungen in der jüngsten Zeit eher dazu angetan gewesen sei, etwa mögliche Schranken zwischen Deutschland und England niederzureißen als solche zu errichten. Aber der eigentliche Grundton der Ministerreden wurde doch durch den alarmierenden Hinweis auf die bedrohlichen Fortschritte der deutschen Kriegsflotte gegeben. Vor allem wies M'Kenna darauf hin, daß der deutsche Schiffsbau durch Antizipation der Bauzeiten wesentlich rascher vorrückte, als man nach den deutschen Flottengesetzen und den ausdrücklichen Erklärungen der deutschen Regierung habe erwarten können. Nach M'Kennas Berechnung würde die deutsche Marine im Jahre 1911 bereits 13 erstklassige Kriegsschiffe statt deren 9 und im Frühjahr, spätestens Herbst 1912 17 solcher Kriegsschiffe zur Verfügung haben und damit der englischen Kriegsflotte dicht aufgerückt sein. Diese Angaben M'Kennas, deren Irrigkeit von der englischen Admiralität später amtlich zugegeben wurde (vgl. Kap. CCXXV, Nr. 10430 und 10432), riefen im englischen Parlament und darüber hinaus große und nachhaltige Aufregung hervor; wenn vom navy scare von 1909 gesprochen wird (z. B. bei G. P. Gooch, Cambridge Modern History of British Foreign Policy III, 431), so hat man dabei eben die Panik im Auge, die durch M'Kennas Erklärung gewiß nicht ohne Absicht erzeugt wurde. Ein Augenzeuge, das Parlamentsmitglied Walter Roch, schildert in seinem Buche Mr. Lloyd George and the War (p. 28s.) den Eindruck der M'Kennaschen Ausführungen folgendermaßen: „The effect produced by these speeches on the House of Commons was simply overwhelming.. Members melted away into the lobbies to discuss the sensation which had been created. Mr. M'Kenna had indeed secured the safe passage of his estimates, including the four contingent Dreadnoughts; but he had proved almost too much, and had created a first-class naval scare."

Sir E. Grey erwiderte, Herr M'Kenna habe ihm, von meiner Erklärung in Kenntnis gesetzt, gestern mitgeteilt, daß nach bestimmter, der hiesigen Admiralität zugegangener Nachricht von den vier deutschen Dreadnoughts für 09—10 für zwei dieser Schiffe seit Monaten das Material gesammelt und die Armierung hergestellt würde, während für ein drittes Schiff der Kiel schon niedergelegt sei, so daß wir 1911 über 13 Dreadnoughts verfügen würden*. Die Admiralität könne sich den Widerspruch zwischen meiner Mitteilung und ihren sicheren Nachrichten nur dadurch erklären, daß meine Mitteilung sich lediglich auf Dreadnoughts und nicht auch auf die großen Panzerkreuzer, die Invincible-Klasse beziehe, während die hiesige Admiralität der Kürze halber in der parlamentarischen Debatte mit dem Namen Dreadnought beide Klassen bezeichne. In Anbetracht dieses Zweifels habe der Premierminister, so bemerkte Sir E. Grey, auch nicht den Teil einer Mitteilung im Parlament verwerten können, der nicht mehr als zwölf Dreadnoughts für Ende 1912 in Aussicht stellt.

Ich verhehlte dem Minister nicht meine persönliche Ansicht, daß es sich bei der Admiralität weniger um einen Zweifel, als um die absichtliche Irreleitung der Minister und des Parlaments handele, damit der Marineetat auf Grund der deutschen scare durchgehe.

Sir E. Grey sagte, er selbst sei kein Fachmann, ebensowenig wie ich. Er könne sich darauf verlassen, was die Admiralität ihm sage. Um sonst unausbleibliche Mißverständnisse in dieser Hinsicht für Großbritannien zu vermeiden, halte er daher für den einzig sicheren Weg, daß die beiderseitigen Marineattachés ermächtigt würden, sich über den Fortschritt im Schiffbau zu informieren.

Ich erwiderte, hierüber könne ich keine Ansicht äußern, da mir die Auffassung meiner Regierung nicht bekannt sei. Die ihm abgegebene Erklärung meiner Regierung sei aber ebenso sicher, wie es die Meldungen der Marineattachés sein würden.

Der Minister legte besonderen Wert darauf, von mir bestätigt zu erhalten, daß in unsere für Frühjahr 1912 vorgesehenen 13 Dreadnoughts unsere Panzerkreuzer (Invincibles) einbegriffen seien.

Ich stelle anheim, mich hierzu telegraphisch zu ermächtigen und

---

* Nach einem Bericht Graf Metternichs vom 22. März (Nr. 316) hätte die englische Admiralität diese Nachrichten nicht durch ihre gewöhnlichen Informationskanäle erhalten; vielmehr hätte die argentinische Spezialgesandtschaft für Kriegsschiffsbestellungen, der in Deutschland viel gezeigt sein solle, dem Admiral Fisher vertrauliche Mitteilungen gemacht. In einer Aufzeichnung vom 26. März 1909 bemerkt Staatssekretär Freiherr von Schoen dazu: „Admiral von Tirpitz ist der argentinischen Marinekommission gegenüber außerordentlich offenherzig gewesen. Es ist also nicht unmöglich, daß die Meldung Metternichs begründete Unterlagen hat." Dagegen hätte der Erste Lord der Admiralität M'Kenna später im Juli 1911 nach einem Bericht des deutschen Marineattachés Widenmann diesem gesagt, daß „einer seiner privaten Freunde in einer Winternacht über das Eis hinüber nach der Schichauwerft gegangen und die Helling besucht habe". Vgl. Kap. CCXXV, Nr. 10454.

ebenso mir die mehrfach, zuletzt im Telegramm Nr. 54* erbetene Ermächtigung zu erteilen, die in diesem Telegramm erwähnte Angabe M'Kennas zu dementieren. Ich werde dann sofort verlangen, daß von meinen Erklärungen im Parlament Gebrauch gemacht wird.

Sollte es nicht angängig sein, mir die erbetene Ermächtigung zu erteilen, so stelle ich anheim, Besprechungen mit der hiesigen Regierung, ob Beschleunigung des Flottenbaues vorliegt oder nicht, nach Möglichkeit abzubrechen. Unsere auf das Jahr 1912 bezügliche Erklärung genügt nicht zur Zerstreuung der tiefgehenden nationalen, nicht bloß parteipolitischen Beunruhigung, die sich an die hier geglaubte angebliche Tatsache knüpft, daß augenblicklich unsere im Bau befindlichen Dreadnoughts über das Programm hinaus vorgeschritten seien.

Metternich

Randvermerk von Kiderlens:
Meo voto antworten: Unser Programm publici juris. Was Engländer sonst sagen, bona oder mala fide, ist uns gleichgültig

K.

Nr. 10274

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 286 London, den 17. März 1909

Der Ernst, mit dem die gestrige Debatte im Unterhause über den Flottenetat geführt wurde, läßt erkennen, welch ungeheure Bedeutung von den Mitgliedern beider Parteien der Frage beigelegt wird.

Wie sich erwarten ließ, stand die deutsche Flotte und ihr schnelles Anwachsen[1] im Mittelpunkte der Erörterung; wenn auch sowohl der Erste Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, als der Premierminister betonten, daß dieses ohne irgendwelche unfreundliche Absicht gegen Deutschland geschehe. Mr. Asquith bemerkte hierzu, es würde falsch sein, wenn man den Vergleich, der zwischen der englischen und der deutschen Flotte gezogen werde, dahin auslegen wollte, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen England und Deutschland jetzt unbefriedigend seien oder wahrscheinlich werden würden. Im Gegenteil, er freue sich sagen zu können, daß in letzter Zeit die Dinge sich mehr dahin gewendet hätten, etwaige Schranken, die zwischen England und Deutschland beständen, zu beseitigen, statt solche zu errichten. Der diplomatische Verkehr zwischen den beiden Ländern sei ein offener und freundschaftlicher, und es sei der Wunsch und die ernste Absicht der englischen Regierung, daß das so bleibe.

In den Reden Mr. M'Kennas und Mr. Asquiths wie auch in der Rede

---

* Siehe Nr. 10271.

des Führers der Opposition, Mr. Balfour, trat das Bestreben zutage, die Frage der Flottenrüstungen über das Niveau des Parteikampfes zu erheben.

Die Regierung gab zu, daß sie sich in zwei Dingen verrechnet habe und sich einer neuen Lage gegenüber befinde.

Erstens habe man nicht erwartet[2], daß Deutschland in dem im deutschen Flottenprogramm vorgesehenen Tempo[3] bauen werde[4]. Diese Ansicht habe sich als falsch herausgestellt, ja es lägen sogar Nachrichten vor, nach denen Deutschland dieses Tempo überholt habe[5]. Sodann habe früher die Ansicht bestanden[6], daß Deutschlands Werften nicht in der Lage seien[7], mit den englischen Werften in der Schnelligkeit des Baues von Schiffen des Dreadnoughttyps zu konkurrieren. Diese Ansicht habe sich ebenfalls als falsch herausgestellt.[8] Die deutschen Werften seien in der Lage, ebenso schnell zu bauen als die englischen[9].

Es sei der deutschen Regierung gegenüber billig, so erklärte der Premierminister, zu sagen, daß die englische Regierung von ihr die entschiedenste Erklärung erhalten habe, daß es nicht ihre Absicht sei, die Durchführung des deutschen Programms zu beschleunigen. Die englische Regierung könne angesichts dieser Erklärung dem Parlament nicht ein Flottenprogramm vorlegen, welches die Annahme in sich schließe, daß nicht dieser Erklärung entsprechend gehandelt werden würde. Es liege durchaus nicht etwa ein Versprechen in der Art eines Abkommens vor. Er würde in keiner Weise die deutsche Regierung einer mala fides bezichtigen, wenn sie ihre Absichten änderte. Die englische Regierung müsse aber ihr Programm so fassen, daß es alle Möglichkeiten berücksichtige, und habe deshalb die Vollmacht erbeten, gegebenen Falles vier weitere große Schiffe auf Stapel zu legen.

Mr. M'Kenna bemerkte, die Schwierigkeit für die englische Regierung liege darin, daß sie nicht das Tempo kenne[10], mit dem der deutsche Schiffsbau fortschreite. Der Erste Lord der Admiralität gab dann verschiedene Daten, wie sich die Zahl der englischen und deutschen Dreadnoughts in den Jahren 1911, im Frühjahr und Herbst 1912 zueinander stellen könnten. Er wies nach, daß es sich in absehbarer Zeit eigentlich nur noch um die Schiffe dieser Klasse handeln könne, da Schiffe wie der „King Edward", „Formidable" und „Lord Nelson" durch den Bau des Dreadnoughttypus und dessen höhere Gefechtskraft allmählich[11] ihren Wert einbüßten. Die englische Überlegenheit in der Zahl der Kreuzer komme nicht so sehr in Betracht[12], da England diese wegen seines Handels nicht vom Auslandsdienst zurückziehen könne. Derselbe bilde für England ein vitales Interesse; für andere Länder würde ein zeitweiliger Verlust der Handelsfreiheit auf dem Meere lediglich eine Unbequemlichkeit darstellen.

Nach den Berechnungen Mr. M'Kennas könnte Deutschland im Jahre 1911[13] dreizehn Dreadnoughts gegenüber 16 englischen besitzen. Deutschland könne bei einer Beschleunigung des Baues im April 1912 siebzehn solcher haben.[14] Aber selbst wenn keine Beschleunigung vor dem April

1910 stattfände, würden 17 im Herbst 1912[14] fertiggestellt sein. England müsse sich darauf vorbereiten, dann 20 Dreadnoughts zu haben*.

Die Zahlen, die Mr. Balfour nannte, malten die Lage für England schwärzer. Es handele sich für England schon gar nicht mehr darum, so bemerkte er, ob es den Two-Power-Standard aufrecht erhalten könne, der One-Power-Standard sei gefährdet. Er freue sich, daß die Beziehungen zu Deutschland freundschaftliche seien, und er wolle nicht sagen, daß Deutschland mit dem Ausbau seiner Flotte seine Rechte überschreite; für England handele es sich aber darum, ob es seine Sicherheit wahre. Die liberale englische Regierung habe den Schiffsbau eingeschränkt, und währenddessen habe Deutschland nicht nur Schiffe auf Stapel gelegt, sondern seine Fähigkeiten, Schiffe zu bauen, ungeheuer entwickelt. Nach der Berechnung des Führers der Opposition würde England Ende März 1911 zehn, Deutschland 13 Dreadnoughts besitzen. Am 1. April 1912 könne Deutschland 21 Dreadnoughts haben und im Laufe des Jahres 1912 sogar 25[15].

Es sei außerordentlich schwierig festzustellen, was auf den deutschen Werften vorgehe. Zum erstenmal befinde sich England einer so gefährlichen Lage gegenüber, daß es schwer sei, die ganze Tragweite zu ermessen.

Mr. Asquith bezeichnet den März 1912 als den kritischen Zeitpunkt, doch werde England dann, falls Deutschland den Schiffsbau beschleunige, 20 gegenüber 17 etwaigen deutschen Dreadnoughts besitzen.

Auf Einwendungen Mr. Balfours hin bemerkte Mr. M'Kenna, er erörtere nicht gern das Flottenprogramm einer befreundeten Nation[16]. Es sei aber wünschenswert, daß er alles dem Hause mitteile. Von den vier Schiffen, die als die vorweggenommenen des Programms des nächsten Jahres bezeichnet würden, sei alles, was er sagen könne, daß zwei noch nicht auf Stapel gelegt seien, obgleich er glaube, daß Material für sie gesammelt sei und die Armierung hergestellt werde. Von den beiden andern wisse er, daß eines auf Stapel gelegt sei, über das andere (oder vierte) wisse er nicht, wie es stehe. Die noch nicht auf Stapel gelegten könnten nicht vor dem August 1911 fertiggestellt sein[17].

Die beiden Minister wie auch der Führer der Opposition betonten den unbedingten Entschluß, Englands Vorherrschaft zur See aufrecht zu erhalten.

Die nächsten drei Tage, so bemerkte Mr. Balfour, würden Englands Schicksal für die nächsten drei bis vier Jahre entscheiden.

P. Metternich

* Dazu vergleiche man die Äußerungen M'Kennas im Unterhause vom 8. Februar 1911, Kap. CCXXV, Nr. 10430. Wie Graf Metternich unter dem 9. Februar 1911 (Nr. 133) berichtete, wiesen die „Daily News" von diesem Tage darauf hin, daß sich der Erste Lord der Admiralität in allen seinen Prophezeiungen über die Stärke der deutschen Schlachtschiffflotte geirrt habe. Auf diese übertriebenen Voraussetzungen der Admiralität seien die ungeheuren Ausgaben für die Flotte zurückzuführen. England solle zwei Lehren aus diesen Tatsachen ziehen, einmal, nicht wieder in dieselben Irrtümer zu verfallen, und fernerhin das Flottenprogramm, wie es in anderen Parlamenten geschehe, einem Komitee zur ruhigen Vorbereitung zu überweisen.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] ? !
[3] Esel!
[4] warum nicht?
[5] falsch
[6] woher?
[7] warum?
[8] ! !
[9] kindische Gründe!
[10] die Stapelläufe und Bewilligungen der letzten Jahre zeigen das deutlich!
[11] aber erst sehr allmählig!
[12] 45 Panzerkreuzer gegen 6!!!
[13] Ende 1912!
[14] falsch!
[15] der Kerl lügt wie gedruckt! oder ist total verrückt!
[16] das ist ja zur Genüge geschehen!
[17] 1912!

Nr. 10275

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 London, den 18. März 1909

Der Premierminister hat in der gestrigen Debatte die Gründe ausgeführt, weshalb die Bemühungen der englischen Regierung, mit uns zu einer Vereinbarung über gegenseitige Herabsetzung der Rüstungskosten zu gelangen, erfolglos geblieben sind. (Vgl. Rede des Premierministers, gestrige „Times", Seite 7, Überschrift: Germany's shipbuilding policy).

Admiral von Tirpitz hat den Zeitungen zufolge in den Kommissionsberatungen* auf Anfrage erklärt, daß kein Vorschlag bezüglich „Abrüstung" der deutschen Regierung gemacht worden sei.

Sir E. Grey sagt mir, daß einzelne Gruppen im Parlament einen Widerspruch zwischen der deutschen und der englischen Erklärung sehen und die Aussagen des Admirals von Tirpitz dahin auslegen, daß die englische

* Bei den Beratungen der Budgetkommission des Reichstags am 17. und 18. März war Staatssekretär von Tirpitz auf die voraufgehenden englischen Parlamentsverhandlungen über den Flottenetat eingegangen und hatte u. a. auf die Irrtümlichkeit der M'Kennaschen Berechnungen über die Zahl der 1912 in Deutschland vollendeten Dreadnoughts hingewiesen. Auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten, ob wirklich, wie nach der Unterhausrede des englischen Premiers anzunehmen sei, Deutschland wiederholt aufgefordert worden sei, sich mit England über den Flottenbau zu einigen, erwiderte Tirpitz, eine Anregung von England sei nicht erfolgt. Ausdrücklich betonte der Staatssekretär des Reichsmarineamts, daß Deutschland im Jahre 1912 nicht 17, sondern nur 13 sogenannte Dreadnoughts und Invincibles fahrtbereit haben werde, und zwar nicht schon im Frühjahr, sondern erst im Herbst des Jahres 1912. Vgl. den Bericht über die Kommissionssitzungen in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 102ff.

Regierung keinen Versuch zur Verständigung gemacht habe, die deutsche Regierung hierzu aber eventuell bereit sei, wenn sie gefragt würde.

Über die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, die beiderseitigen Flottenausgaben einzuschränken, könne bei uns kein Zweifel bestehen. Eine formelle Anfrage habe sie bisher unterlassen, weil sie annehmen müsse, daß sie eine abweisende Antwort von uns erhalten würde.

Anfang nächster Woche würde sie im Parlament in die Notwendigkeit versetzt werden, um darüber Klarheit zu verschaffen, daß es nicht an ihr liege, wenn bisher kein Abkommen über die gegenseitigen Kosten erfolgt sei. Sir E. Grey würde daher eventuell gezwungen sein, an mich die Frage zu richten, in welchem Sinne die Erklärung des Admirals von Tirpitz zu verstehen sei. Eventuell würde er, wenn hierüber Zweifel bestehen blieben, mich fragen müssen, ob es richtig sei, daß Geneigtheit zu Verhandlungen bei uns bestehe. Eventuell könne dies umgangen werden durch eine authentische Interpretation in unserer amtlichen Presse über die Äußerung des Admirals von Tirpitz. Unter allen Umständen sei er gezwungen, im Parlament klarzustellen, daß es nicht an dem Mangel guten Willens seitens der englischen Regierung liege, wenn bisher kein Einvernehmen über die Einschränkung der Kosten erreicht sei.

Ich antwortete dem Minister, daß über die Kommissionsberatungen im Reichstag kein stenographischer Bericht veröffentlicht werde und die in die Öffentlichkeit gelangenden Mitteilungen aus den Beratungen daher keinen Anspruch auf Authentizität hätten.

Der Minister will unbedingt feststellen, falls notwendig durch Anfrage bei uns, daß hier Bereitwilligkeit vorliegt. Es handelt sich für uns darum, daß diese Feststellung in der uns genehmsten Art erfolgt, also wohl nicht dadurch, daß wir die Regierung zwingen, durch Anfrage bei uns sich einen Refüs zu holen. Ich bitte daher um telegraphische Weisung, könnte auch, falls erwünscht, bei Sir E. Grey beantragen, daß die parlamentarische Beantwortung hier um wenige Tage hinausgeschoben wird.[1]

Metternich

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Das wäre gut

Nr. 10276

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 538 Berlin, den 19. März 1909

Auf Bericht Nr. 262 vom 10. d. Mts.*

Ew. pp. wollen von sich aus die Anregung Sir E. Greys, von Zeit zu Zeit einen Austausch über den jeweiligen Stand der Schiffsneubauten statt-

* Siehe Nr. 10269.

finden zu lassen, nicht wieder berühren. Sollte der Minister auf den Gedanken zurückkommen, so bitte ich demselben zu sagen, daß, nachdem die Erfahrungen der letzten Tage gezeigt hätten, daß selbst wiederholte, klare und bestimmte Erklärungen, die wir der englischen Regierung in Fragen unserer Flottenrüstungen hätten zukommen lassen, bei der englischen Marineverwaltung keinen Glauben fänden, wir uns von der vorgeschlagenen Maßnahme einen Nutzen nicht zu versprechen vermöchten.

Bülow

Nr. 10277

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 London, den 19. März 1909

Antwort auf Telegramm Nr. 55* und mit Bezug auf mein gestriges Telegramm Nr. 59**.

Wir können nicht bestreiten, daß englische Regierung uns wiederholt Bereitwilligkeit zu Verständigung in Flottenfrage, insbesondere betreffend beiderseitige Herabsetzung der Kosten gezeigt hat, obwohl kein formeller Antrag vorliegt. Falls wir dies nicht öffentlich zugeben, wird die englische Regierung vor ihrem Parlament den Beweis antreten, wozu sie in der Lage ist. Sie wird dabei die Person Seiner Majestät des Kaisers (Friedrichshof-Sir Charles Hardinge), wie mir Sir E. Grey gestern sagte, aus dem Spiel lassen.

Ich halte unter Berücksichtigung der beiderseitigen parlamentarischen Lage eine dahingehende Erklärung im Reichstage für angezeigt, daß die englische Regierung zwar Bereitwilligkeit zur Verständigung über Flottenprogramm und Kostenpunkt zu erkennen gegeben, aber keinen formellen Antrag gestellt hat. (Dies steht nicht im Widerspruch mit der Erklärung des Reichskanzlers im Winter***). Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen würde es vermieden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheine. Wir könnten der englischen Regierung daher nur Dank dafür wissen, daß sie uns nicht in die Zwangslage gebracht hätte, eine ablehnende Antwort zu erteilen. Obwohl unser Flot-

---

* Durch Telegramm Nr. 55 vom 18. März 1909 war Graf Metternich um Auskunft ersucht worden, was man in der Budgetkommission bezüglich der englischen Behauptung, daß der deutschen Regierung eine Verständigung in der Flottenbaufrage nahegelegt sei, erwidern könne.

** Siehe Nr. 10275.

*** Vgl. dazu Kap. CCXX, Nr. 10236, Fußnote **.

tenbau keine Bedrohung irgend einer Nation darstelle, so liege es doch auf der Hand, daß wir nicht in Verhandlungen über gegenseitige Begrenzung des Umfanges oder der Kosten der Flotte treten könnten zu einem Zeitpunkt, wo die unsrige erst im Anfangsstadium ihrer Vollendung sei, und wo wir noch keins der mächtigen Schiffe besäßen, die alle Welt baue, dem Beispiel der tonangebenden größten Seemacht folgend, und deren Zahl erst im Jahre 1912 auf 13 gestiegen sein werde. Ich würde es unbedingt vermeiden, weiter auf die englischen Debatten einzugehen, und ebenfalls unter Hinweisung auf das allgemeine politische Interesse und die Beziehungen zwischen Deutschland und England, welche noch vor drei Tagen von dem englischen Premierminister in richtiger Weise als durchaus freundschaftliche bezeichnet worden seien, von einer Mitteilung dessen absehen, was wir auf die englischen informalen Anregungen geantwortet haben.

Metternich

Bemerkung Freiherrn von Schoens am Schluß des Schriftstückes:
Der Entwurf ist in Arbeit v. Sch.

Nr. 10278

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Busshe-Haddenhausen

Berlin, den 19. März 1909

Eurer Exzellenz beehre ich mich anbei den Wortlaut der Erklärung* mitzuteilen, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amts in meinem Auftrage in einer der nächsten Sitzungen der Budgetkommission über eine deutsch-englische Verständigung bezüglich des Flottenbaus abgeben wird.

Ich darf Ew. Exzellenz um gefällige Äußerung bitten, ob Sie Ihrerseits mit einer derartigen Erklärung einverstanden sein würden.

Bülow

* Siehe Anlage. Der Entwurf der Erklärung, der auf dem Metternichschen Telegramm vom 19. März fußt (siehe Nr. 10277), wurde am 21. März dem Grafen Metternich telegraphisch (Nr. 61) mit dem Ersuchen übermittelt, sofort drahtlich anzuzeigen, ob er gegen den Entwurf Bedenken habe, und ob es wünschenswert sei, Sir E. Grey von der Erklärung vor ihrer Abgabe in der Budgetkommission vertrauliche Mitteilung zu machen. Die Antwort des Botschafters siehe in Nr. 10283; sie enthielt keine Abänderungsvorschläge mehr; dagegen entschloß man sich in Berlin, den Schlußsatz des Entwurfs zu streichen. Zu einer Aktennotiz Fürst Bülows, die die Streichung anregt, findet sich der Vermerk Staatssekretärs von Schoens: „Ich glaube schließlich auch, daß der Passus wegfallen kann. Wir verbauen dann nicht die Zukunft.“ Der

Anlage

Die englische Regierung hat zwar wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Flottenprogramme in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, sie hat aber keinen dahingehenden formellen Antrag gestellt. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Wir können der englischen Regierung daher nur Dank dafür wissen, daß sie uns nicht in die Lage gebracht hat, eine ablehnende Antwort zu erteilen. Die Gründe für unsere abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Abrüstung zur See sind am 10. Dezember v. Js. vom Reichskanzler im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserm eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgendeiner Nation dar, wie bereits wiederholt von uns betont worden ist. In Verhandlungen über eine gegenseitige Begrenzung der maritimen Rüstungen einzutreten, wäre für das Deutsche Reich um so mißlicher in einem Zeitpunkt, in dem die deutsche Flotte erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung steht und noch keins der mächtigen neuen Schiffe vollendet ist, die alle Welt baut, und deren wir frühestens am Schlusse des Jahres 1912 dreizehn besitzen werden.

---

endgültige Wortlaut der Erklärung, wie er am 23. März in der Budgetkommission von Staatssekretär von Schoen abgegeben wurde, besagte: „Die englische Regierung gab zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten eines Flottenprogramms in allgemeiner Weise zu erkennen, stellte aber keinen dahingehenden formellen Antrag. In unverbindlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattfanden, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt. Die Gründe für unsere abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember 1908 vom Reichskanzler im Reichstage dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserm eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgendeiner Nation dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist.“ Im weiteren Verlaufe der Sitzung drückte Staatssekretär von Schoen noch die Freude der Regierung darüber aus, daß die gesamte Budgetkommission die Hoffnung ausgesprochen habe, daß die deutsch-englischen Beziehungen unbeirrt durch gelegentliche Erregung über den Flottenausbau in England sich in freundlichem Sinne weiterentwickeln würden, wie dies der Wunsch des gesamten deutschen Volkes sei. Vgl. auch Nr. 10286.

Nr. 10279

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. M 1012
Ganz geheim

Berlin, den 20. März 1909

Euer Durchlaucht beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 19. März 1909 A. S. 438* gehorsamst zu melden, daß ich den ersten Satz der entworfenen Erklärung nicht für angängig halte.

Unter einer deutsch-englischen Verständigung über Flottenprogramme kann meines Erachtens nur verstanden werden, daß die Engländer vor allem von ihrem grundsätzlichen Standpunkt eines Two-Power + 10%-Standard heruntergehen müssen. Von einer derartigen Verständigung ist meines Wissens zwischen England und uns bisher noch niemals die Rede gewesen. Im Gegenteil: alle englischen Andeutungen laufen dem Sinne nach darauf hinaus, daß dieser Standard zuvor anerkannt werden müßte und dann von der dadurch geschaffenen Basis prozentuale Absetzungen derart gemacht werden könnten, daß der Standard stets erhalten bliebe. Dieser Standpunkt ist nach meiner Ansicht für uns gänzlich ausgeschlossen, da er unserer ganzen bisherigen Flottenpolitik direkt widerspricht und von jedermann als eine Demütigung Deutschlands angesehen werden würde.

Ob allerdings eine schroffe und grundsätzliche Ablehnung auch jedes wirklichen Verständigungsversuches, wie im vorliegenden Entwurf geschehen ist, zurzeit im Interesse unserer äußeren und inneren Politik liegt, darf ich den Erwägungen Euerer Durchlaucht gehorsamst anheimstellen. Andererseits bin ich mir über die Schwierigkeit, eine formelle Erklärung in vorstehendem Sinne zu entwerfen, nicht im unklaren. Auch bezüglich der Opportunität einer formellen Erklärung überhaupt habe ich ernste Bedenken.

In dieser Zwangslage und bei der außerordentlichen Bedeutung der Frage würde ich Euerer Durchlaucht dringend empfehlen, persönlich in die Kommission zu kommen und letzterer die Situation nach Sekretierung der Verhandlungen in längerer Rede auseinanderzusetzen.[1] Man könnte dann die Formulierung einer etwa notwendig werdenden Erklärung für die Öffentlichkeit oder für die englische Regierung noch vorbehalten.

v. Tirpitz

Randbemerkung Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausens:
[1] Widerrate ich dringend B.

---

* Siehe Nr. 10278.

Nr. 10280

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 London, den 20. März 1909

Sir E. Grey übermittelt mir soeben den Text von fünf Anfragen, welche am 22. und 23. d. Mts. im Parlament an ihn und den Premierminister gerichtet werden.

Sie betreffen Datum und Form der Sondierungen der englischen Regierung bei der deutschen über Herabsetzung der Flottenausgaben und Datum und Form der deutschen Antwort, worin diese Vorschläge abgelehnt, und ferner die Frage, ob die englische Regierung nach Empfang der Nachricht, daß vier Schiffe des deutschen Programms beschleunigt würden, in freundschaftlicher Weise sich an die deutsche Regierung gewandt hat, um Umfang und Zweck der Beschleunigung zu erfahren. Ob angesichts der Mitteilung des Admirals von Tirpitz im Reichstage*, daß keine Vorschläge für Flottenabrüstung der deutschen Regierung von seiten der englischen Regierung zugegangen seien, die Regierung geneigt sei, die einschlägigen Verhandlungen mitzuteilen. Schließlich eine Interpellation in demselben Sinne, ob die Regierung eine erneute Eröffnung bei der deutschen Regierung im Sinne eines Flottenabkommens für rätlich hält.

Der Staatssekretär weist erneut darauf hin, daß eine Beantwortung dieser Anfrage sich nicht umgehen lasse.

Bitte um Weisung, ob und welche Schritte ich hier tun soll.

Falls eine Erklärung im Reichstag am nächsten Montag beabsichtigt ist, worauf sich die hiesigen Erklärungen stützen könnten, würde ich Verschiebung der Beantwortung hier bis auf Dienstag beantragen. Wenn wir nichts tun, wird hiesige Regierung voraussichtlich formelle Anfrage an uns richten. Schon aus Haltung der englischen Regierung im Haag geht hervor, daß sie Einschränkung der Rüstung wünschte.

Metternich

Nr. 10281

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 London, den 21. März 1909

Sir E. Grey kehrt Montag mittag vom Lande zurück. Montag nachmittag findet die Anfrage im Unterhaus statt. Die Beantwortung kann,

* Vgl. Nr. 10275, Fußnote.

wie mir der Minister gestern sagte, nur verschoben werden, wenn er zu erklären in der Lage ist, daß zunächst eine Aussprache mit der deutschen Regierung über den Vorfall stattfinde.[1]

Bitte um Telegramm bis Montag früh, ob derartige Erklärung des Ministers im Unterhaus unbedenklich.

Metternich

Randbemerkung Freiherrn von Schoens:
[1] Scheint mir unbedenklich

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Haben außer in London zwischen Metternich und englischen maßgebenden Staatsmännern (und seinerzeit in Friedrichshof) jemals solche Verhandlungen oder Besprechungen stattgefunden? Mir gegenüber ist dieses Thema von englischer Seite meines Wissens nie angeregt worden

Rückäußerung Freiherrn von Schoens:
Verhandlungen haben nie stattgefunden. Besprechungen zwischen Metternich und englischen Staatsmännern (Grey, Hardinge, Asquith, M'Kenna), sowie zwischen Seiner Majestät und Hardinge in Kronberg.

Allenfalls könnte auch die jüngste Unterredung Ew. Durchlaucht mit Earl of Crewe in dem Sinne einer Besprechung gedeutet werden.

21/3. v. Sch.

Bemerkung des Fürsten von Bülow dazu:
In dieser meiner Unterredung mit Crewe ist die Möglichkeit einer Flottenverständigung nicht einmal gestreift, geschweige denn erörtert worden.

B.

Nr. 10282

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 62 Berlin, den 21. März 1909

Antwort auf Telegramm 67 vom 21. d. Mts.*

Wie Eure Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 61** von heute ersehn haben, ist es uns nicht erwünscht, daß Sir Edward Grey im Parlament erklärt, es finde eine Aussprache mit uns statt, da dies den Anschein erwecken könnte, als fänden neue Verhandlungen über die Möglichkeit einer Rüstungsbeschränkung statt. Nichts einzuwenden wäre dagegen, wenn Sir Edward Grey erklären würde, er habe gehört, daß von unserer Seite in der Budgetkommission oder im Reichstag selbst eine Erklärung über die Sondierungen der englischen Regierung erfolgen würde.

Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 66*** hat im wesentlichen seine Erledigung durch mein heutiges oben angezogenes Telegramm gefunden. Sir Edward Grey Vorschriften über die Art, in der er die Anfragen beant-

---

* Siehe Nr. 10281.
** Vgl. Nr. 10278, Fußnote.
*** Siehe Nr. 10280.

worten will, zu machen, sind wir nicht in der Lage. Ich nehme nach Ihrer Berichterstattung an, daß die allerhöchste Person aus dem Spiele gelassen wird, sowie, daß die englische Regierung erklären wird, daß sie sich zurzeit von einer erneuten Eröffnung bei uns im Sinne eines Flottenabkommens keinen Erfolg verspricht, da eine formelle Anfrage in dieser Hinsicht die Lage in unerwünschter Weise verschärfen würde.

Bülow

Nr. 10283

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 London, den 21. März 1909

Ich nehme an, daß ich nach Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 61* ermächtigt bin, Sir E. Grey morgen mittag, vermutlich 12 Uhr, unter den geforderten Zusicherungen streng vertrauliche Mitteilung unserer beabsichtigten Erklärung im Reichstage zu machen.

Bitte um Telegramm, an welchem Tag Erklärung abgegeben wird.

Ich werde darauf hinwirken, daß der Minister die in dem Schlußsatz von Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 62** gewünschte Erklärung abgibt. Er wird sich hierzu aber nur dann verstehen, wenn durch unsere Erklärung im Reichstage kein Zweifel an der prinzipiellen Bereitwilligkeit der englischen Regierung bestehen bleibt.[1]

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

[1] Aber auf welcher Basis?
„prinzipiell" und in abstracto besteht auch bei uns „Bereitwilligkeit". Es kommt aber auf die konkreten Möglichkeiten an.

Nr. 10284

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich****

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 63 Berlin, den 22. März 1909

Auf Telegramm 68.†

Erklärung wird voraussichtlich Dienstag in Budgetkommission abgegeben werden.

---

* Vgl. Nr. 10278, Fußnote.
** Siehe Nr. 10282.
*** Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.
† Siehe Nr. 10283.

Aus Erklärung geht nach diesseitiger Ansicht deutlich hervor, daß wir über die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, zu einer Verständigung in Flottenfrage zu gelangen, orientiert sind. Es ist zweifellos aus Erklärung nicht zu entnehmen, daß wir eine Sinnesänderung der englischen Regierung in dieser Hinsicht vermuten.

v. Schoen

Nr. 10285

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 21. März 1909

Euer Durchlaucht möchte ich bei der Dringlichkeit und Bedeutung der Situation nochmals* zur geneigten Erwägung unterbreiten, ob Euer Durchlaucht nicht am Montag persönlich in die Budgetkommission kommen und vorläufig von einer formellen „Erklärung" zur Sache Abstand nehmen wollen.

Ich glaube, es kommt jetzt vor allem darauf an, daß wir unser eigenes Parlament und unsere eigene Presse hinter uns bekommen. Unsere Stellung kann meines Erachtens nur sein:

„bereit zu Verhandlungen unter Anerkennung der englischen Superiorität zur See, aber nicht auf der Basis eines Two-Power plus 10%-Standard, sondern nur auf einer solchen Basis, daß wir wenigstens in einem Verteidigungskrieg gegen England militärische Chancen haben."

Hierfür in geeigneter Weise den Reichstag (zunächst Budgetkommission) und die vernünftige Presse zu gewinnen, wird Euer Durchlaucht meines Erachtens ein leichtes sein, wenn auch von vornherein Bedacht darauf genommen werden müßte, daß die Ausführungen Euer Durchlaucht nicht als ein Zurückweichen vor England ausgelegt werden können.

Auch diplomatische Schwierigkeiten sind bei dieser Stellungnahme wohl kaum zu befürchten.

Praktisch wird es für 1909 darauf hinauslaufen, daß die Engländer ihre acht Dreadnoughts und wir unsere vier Schiffe bauen. Das weitere können wir abwarten.

Auch Seine Majestät dürfte mit diesem Vorgehen einverstanden sein, da der Zweck unserer Flottenpolitik und das Flottengesetz dadurch nicht gefährdet wird und eine tatsächliche Verständigung auf dieser Basis noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Jedes andere Vorgehen kann uns meines Erachtens in der inneren und äußeren Politik nur in Schwierigkeiten bringen, deren Umfang nicht abzusehen ist.

v. Tirpitz

---

* Vgl. Nr. 10279.

Nr. 10286

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Ganz geheim Berlin, den 22. März 1909

Auf Nr. M 1012 vom 20. d. Mts.*

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei den Wortlaut der Erklärung zu übersenden, die Staatssekretär Freiherr von Schoen morgen in meinem Auftrage in der Budgetkommission verlesen wird**.

Daß die englische Regierung uns wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu einer Verständigung über Umfang und Kosten der beiderseitigen Flottenprogramme zu erkennen gegeben hat, können wir nicht leugnen, und die englische Regierung kann, wie Graf Metternich in einem Euerer Exzellenz kürzlich mitgeteilten Telegramme vom 19. d. Mts.*** bemerkt hat, den Beweis antreten, daß dem so ist.

Eine schroffe und grundsätzliche Ablehnung jedes Verständigungsversuchs ist meines Erachtens in dem Entwurf nicht enthalten. Auf diesen Standpunkt habe ich mich auch in meiner Rede vom 10. Dezember v. Js. gestellt, die in der Erklärung in Bezug genommen wird.

Nach den Erfahrungen, die in diesem Winter mit vertraulichen Mitteilungen in der Budgetkommission gemacht worden sind, vermag ich mir von Euerer Exzellenz Vorschlag, selbst in der Kommission zu erscheinen und eine längere geheim zu haltende Rede vorzutragen, keinen Vorteil zu versprechen. Ich darf noch bemerken, daß Seine Majestät der Kaiser allerhöchst sich damit einverstanden zu erklären geruht haben, daß von Freiherrn von Schoen die angeschlossene Erklärung abgegeben werde, deren wesentlichsten Inhalt ich Seiner Majestät vorgetragen habe.

Bülow

Nr. 10287

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow†

Ausfertigung

Nr. 323 London, den 23. März 1909

Ob vier oder acht Dreadnoughts gebaut werden sollen, ist, wenigstens vorläufig noch, eine Parteifrage. Die Befürchtungen, welche sich hier an

---

* Siehe Nr. 10279.
** Siehe den Text in Nr. 10278 Fußnote.
*** Siehe Nr. 10277.
† Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 136ff.

den Ausbau der deutschen Flotte knüpfen, bilden aber keine Parteifrage. Sie waren es weder vor Beginn der jetzigen Parlamentsdebatten, noch werden sie nach Beendigung derselben verschwinden. Sie bilden für ganz England eine nationale Frage, und zwar die größte, welche England kennt. Auf die Übertreibungen der letzten Tage wird zwar wieder eine Reaktion folgen, und die beiderseitigen Machtverhältnisse zur See dürften dann wieder nüchterner beurteilt werden. Die Geister, welche der Premierminister in seiner ersten Rede gerufen hat, sucht er, wie seine gestrige Rede zeigt, wieder zu beschwören. Wieweit es ihm gelingen wird, muß abgewartet werden.

Aus den Gesprächen, die ich mit dem Premierminister, dem Auswärtigen Minister, Admiral Fisher, Lord Knollys, Mr. Spender von der „Westminster Gazette" und anderen in den letzten Tagen gehabt habe, auch aus den Parlamentsverhandlungen, wenn man das Tatsächliche herausschält, ergibt sich folgendes Bild.

Man weiß oder glaubt zu wissen, daß durch die Ausdehnung der Kruppwerke die deutsche Produktionsfähigkeit für Herstellung von Panzerplatten und Schiffsgeschützen nebst Unterbau der englischen zum mindesten gleichgekommen ist[1]. Man weiß oder man glaubt zu wissen, daß auf den deutschen Werften ebenso viele Dreadnoughts gebaut werden können wie auf den englischen. Man erkennt daraus mit Schrecken, daß wir im Kriegsschiffbau die Konkurrenz mit England, und zwar im gleichen Tempo aufnehmen können.

Der Engländer hält es für eine Lebens-, nicht für eine Parteifrage, daß er auch in den neuen großen Schiffen einen bedeutenden Vorsprung vor Deutschland behält. Worin der sichere Vorsprung bestehen soll, ist dagegen hinwiederum Parteifrage.

Bis zum November vorigen Jahres glaubte die englische Regierung einen einigermaßen sicheren Maßstab in unserem Flottengesetz zu besitzen, um danach ihr eigenes jährliches Schiffsbaubedürfnis regeln zu können. Am 4. Januar d. Js. gab mir Sir E. Grey die drei sphinxartigen Rätsel auf, welche sich auf die außerprogrammäßige Beschleunigung unseres Schiffsbaues[2] bezogen*. Er kam dann später mehrmals darauf zurück. Inzwischen berichtete ich, daß sich hier in der Stille ein Komplott vollziehe, gegründet auf die Befürchtung der Beschleunigung unseres Bautempos. Zwei Monate später, nachdem mir Sir E. Grey die ersten Nachrichten gegeben hatte, erhielt ich dann Anfang[3] dieses Monats die Ermächtigung, hier zu erklären, daß eine Beschleunigung nicht in unserer Absicht liege, und daß wir erst Ende 1912 die 13 Dreadnoughts haben würden. Vor einer Woche wurde ich dann ermächtigt, Sir E. Grey mitzuteilen, daß zwei Schiffe unseres Etats 09/10 schon kontraktlich an Privatwerften zugesichert seien[4]. Soviel hier bekannt, wurde das Geld zum Baue unter Bürgschaft des Reichsmarineamts durch die betreffenden

* Vgl. Kap. CCXX, Nr. 10249.

Werften von unseren Banken seinerzeit erhoben. Bis zum November v. Js. wurde hier angenommen, daß die Ausführung unseres Programms von der vorherigen jährlichen Bewilligung des Reichstages abhänge. Diese Zuversicht ist nun geschwunden.

Die hiesige Regierung besitzt zwar unsere Zusicherung, daß wir das Tempo nicht beschleunigen wollen, und daß wir nicht mehr als 13 Dreadnoughts im Jahre 1912 haben werden, sie sagt aber, daß, wenn wir auch jetzt diese Absicht haben, es doch unser gutes Recht bleibt, sie in jedem Augenblick, sollten wir es für wünschenswert halten, wieder zu ändern. Sie fühlt, daß sie im Dunkeln tappt mit Bezug auf unsere Schiffsbauten[5], und sie sagt sich, daß sie in dieser wichtigen Frage nicht allein von den änderungsfähigen guten Absichten einer fremden Regierung abhängig sein darf. Admiral Fisher zum Beispiel behauptet, daß die etatsmäßigen Geldbewilligungen für die deutsche Marine dazu ausreichten, um im Jahre 1912 siebzehn Dreadnoughts zu haben[6]. Der Premierminister und Sir E. Grey erklären mir, daß sie selbstverständlich unseren guten Glauben nicht in Zweifel zögen, daß sie aber, um das Land und das Parlament beruhigen zu können, sich auf Tatsachen stützen müßten[7].

Beide haben mir wiederholt und eindringlich den Wunsch ausgesprochen, daß, um ein klares und offenes Verhältnis über die beiderseitigen Schiffsbauten herzustellen, unsere beiderseitigen Marineattachés ermächtigt werden möchten, den Fortschritt im Baue der großen Schiffe zu konstatieren[8]. Sir E. Grey wird in den nächsten Tagen im Unterhause eine Rede über die gesamte durch die jüngsten Debatten geschaffene Lage halten. Er sagte mir, er verspreche sich eine sofortige Beruhigung in England und einen entschiedenen Umschwung zum Besseren in dem deutsch-englischen Verhältnis, wenn er darauf hinweisen könne, daß beiderseitig mit offenen Karten[9] der Schiffsbau betrieben würde. Es komme nicht darauf an, Geheimnisse zu erforschen, sondern lediglich auf die Konstatierung der Tatsache, wieviele von den großen Schiffen im Bau begriffen seien.[10] Die englische Nation sei tief beunruhigt[11]. Er sehe für den Augenblick kein anderes Mittel, um ein normales Verhältnis wieder herzustellen und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den beiden Nationen herbeizuführen[12]. Jeder Engländer wisse, daß die Existenz seines Landes von der Seeherrschaft abhänge. Solange Ungewißheit[13] über die tatsächlichen Vorbereitungen zur See des mächtigen deutschen Nachbarn herrschte, würde England nicht mehr zur Ruhe kommen. Die wohlmeinendsten Bestrebungen der Staatsmänner würden hiergegen nicht aufkommen. Klarheit über das, was vorgeht, würde dagegen sofort Beruhigung schaffen.[12] Wenn er in der Lage wäre, vor dem Parlamente zu sagen, die deutsche Regierung habe selbst die Hand dazu geboten, Klarheit zu schaffen und die Gerüchte über Beschleunigung im deutschen Schiffsbau[14] dadurch zu zerstreuen, daß dem englischen Marineattaché Gelegenheit geboten worden sei, sich über die Anzahl der großen im Bau befindlichen Schiffe zu überzeugen[15], so könne er versprechen, daß ein

Umschwung in der hiesigen öffentlichen Meinung eintreten werde. Es handele sich absolut nicht um eine Verringerung oder um eine Einschränkung des Schiffsbaues, sondern lediglich darum, objektiv festzustellen, was wir tatsächlich bauten[16].

Niemand hat in England in auswärtigen Fragen einen solchen Einfluß auf seine Landsleute wie Sir Edward Grey. Ihm wird aufs Wort geglaubt.

Euere Durchlaucht wissen aus meiner Berichterstattung, daß ich auf die Anregungen des Premierministers und Sir E. Greys bezüglich der Marineattachés nicht eingegangen bin, sie vielmehr abgewiesen habe.

Seitdem ich nun Euerer Durchlaucht Weisung in der Angelegenheit habe*, werde ich die Anregung der englischen Minister mit der mir vorgeschriebenen Begründung definitiv ablehnen. Es ist dies gerade die Frage, welche die Minister augenblicklich intensiv beschäftigt,[17] und sie kommen fast bei jedem Gespräche mit mir darauf zurück, sodaß ich die mir zugegangene Weisung nicht unberührt lassen kann.

Falls technische Rücksichten für das Reichsmarineamt nicht entgegenständen, so würde die Bewilligung der Erlaubnis von weittragender politischer Wirkung gewesen sein. Ich sehe jetzt keine Aussicht, daß über die Flottenfrage eine relative Ruhe eintreten wird[18].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn
[2] gelogen! hat nicht stattgefunden
[3] 10ten III
[4] davon ist mir nichts bekannt! Ich habe die Ermächtigung nicht ertheilt!
[5] absolut nicht!
[6] Blech!
[7] Flottengesetz und thatsächliche Bewilligungen
[8] unter keinen Umständen! Das ist nur um unsren Typ und seine Artillerie herauszukriegen!
[9] wir sind immer offen gewesen! Siehe Flottengesetz! nicht aber England
[10] Das kann man nicht ohne die Geheimniße sofort zu sehen!
[11] Schuld Fischers nicht unsere
[12] !
[13] Die Rechnungen sind dieser Tage doch oft genug schon aufgestellt!
[14] sind allein durch die Engl[ischen] Minister selbst aufgebracht!
[15] Nein!!
[16] ist ja ganz unerhört!
[17] das ist ihm von Fischer gesteckt, der nur unsre Typen herausbringen will um dagegen zu bauen!
[18] wird es überhaupt nie!

Schlußbemerkungen des Kaisers:

Nein!
Das geht ganz bestimmt nicht!
Der Kerl darf nicht an unsere Neubauten die bisher sogar unseren eigenen Offizieren z[um] B[eispiel] der Ganzen Flotte völlig unbekannt sind. Dann brauchte ich ja den Herrn blos vor das Modell zu führen, was aus meinem Saale nicht hätte entfernt werden brauchen! Wilhelm I. R.

---

* Vgl. Nr. 10276.

Nr. 10288

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 27. März 1909

Euerer Majestät wage ich ehrfurchtsvollst dem anliegenden Bericht des Grafen Metternich vom 23. d. Mts.* noch eine Aufzeichnung beizufügen, die der Wirkliche Geheime Legationsrat Kriege, der vorige Woche zur Unterzeichnung des Seekriegsrechtsabkommens in London weilte, auf den Wunsch des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts über seine Unterhaltungen mit Euerer Majestät Botschafter und dem Generalkonsul Johannes angefertigt hat**.

Euere Majestät bitte ich alleruntertänigst, bestimmen zu wollen, ob Graf Metternich, an den auf früheren Befehl Euerer Majestät die Weisung ergangen ist, Sir Edward Grey zu erklären, daß wir uns von der vorgeschlagenen Maßnahme der Besichtigung der beiderseitigen Schiffsbauten durch den deutschen und englischen Marineattaché einen Nutzen nicht zu versprechen vermöchten***, auch weiterhin ein Eingehn auf den englischen Vorschlag ablehnen soll. Vielleicht dürfte es auch im Interesse unserer eigenen Marine liegen, auf den Vorschlag Sir Edward Greys einzugehn, von dem dieser sich eine Beruhigung der tief erregten öffentlichen Meinung Englands verspricht.

Ich habe Abschrift des Metternichschen Berichts sowie der Kriegeschen Aufzeichnung Admiral von Tirpitz zugehn lassen, damit er genau orientiert ist, falls Euere Majestät seinen Immediatvortrag zu befehlen geruhen sollten. Wenn Euere Majestät ein Eingehn auf den Grey-Asquithschen Vorschlag zu befehlen geruhen würden, so darf ich alleruntertänigst bitten, mich die Allerhöchste Entscheidung so früh wissen zu lassen, daß Grey durch Metternich noch vor seiner im Unterhaus Montag nachmittag zu haltenden Rede benachrichtigt werden kann.

Bülow

Anlage

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Kriege an den Staatssekretär Freiherrn von Schoen†

Reinschrift

Berlin, den 26. März 1909

Euerer Exzellenz habe ich am 22. d. Mts. mündlich Bericht erstattet über Mitteilungen, die mir der Kaiserliche Botschafter Graf Wolff-Metter-

* Siehe Nr. 10287.
** Siehe Anlage.
*** Vgl. Nr. 10276.
† Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 139f.

nich während meiner letzten Anwesenheit in London am 19. d. Mts. in der Flottenfrage gemacht hat, sowie über eine Unterredung, die ich am folgenden Tage in derselben Angelegenheit mit dem Kaiserlichen Generalkonsul Johannes gehabt habe. Auftragsgemäß beehre ich mich diesen Bericht nunmehr schriftlich vorzulegen.

Der Herr Botschafter entwickelte mir gegenüber eingehend dieselben Gedanken, die er einige Tage später in seinem Berichte vom 23. d. Mts.* dargelegt hat, und gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß ich seine Auffassung in Berlin zur Sprache bringen möchte. Seine Eindrücke über die gegenwärtige Lage faßte er dahin zusammen, daß wir auf einem neuen Wendepunkt unserer Beziehungen zu England ständen; bis jetzt sei nur anzunehmen, daß England eine sich ihm ohne sein Zutun bietende Gelegenheit eines europäischen Krieges zum Losschlagen gegen uns benutzen werde; komme aber die neuerdings von britischer Seite angeregte Verständigung nicht zustande, so werde England voraussichtlich darauf ausgehen, seinerseits eine solche Gelegenheit sobald angängig herbeizuführen[1].

Der Kaiserliche Generalkonsul schloß sich durchweg der Auffassung des Herrn Botschafters an und machte dabei noch auf folgenden Punkt aufmerksam. Die Finanzlage Englands sei keineswegs günstig, insbesondere wegen der vor kurzem eingeführten Altersversorgung, die sehr erhebliche Kosten verursache. Die britische Regierung werde sich, wenn sie nicht fortlaufend zuverlässige Nachrichten über den Stand unserer Flottenbauten erhalten könne, voraussichtlich durch die öffentliche Meinung gezwungen sehen, ihre eigenen Rüstungen nach den ihr zugehenden, weit übertriebenen Nachrichten über unsere Rüstungen zu bemessen. Die dadurch entstehenden großen Ausgaben müßten durch Anleihen gedeckt werden, die bei der Höhe der schon bestehenden Staatsschuld nicht zu dem bisherigen Zinsfuße von $2^1/_2$ oder $2^3/_4$ Prozent untergebracht werden könnten. Durch die Ausgabe höher verzinslicher Anleihen würde aber ein starker Kursrückgang der bestehenden Schuld eintreten, die sich durchweg in England, und zwar in den breiten Schichten der besitzenden Bevölkerung befinde. Infolge der dadurch eintretenden unmittelbaren und mittelbaren Verluste würden namentlich die Handel und Gewerbe treibenden Klassen, die vorläufig noch friedliebend seien, schwer betroffen und dem Gedanken zugänglich gemacht werden, durch einen Krieg mit uns die Gründe der Beunruhigung ein für allemal zu beseitigen[2]. Auf diese Weise könnte sehr rasch die bereits bestehende Kriegspartei das entscheidende Übergewicht im Lande gewinnen.

Kriege

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das erwarten wir schon lange
[2] und sich selbst total zugrunde richten

* Siehe Nr. 10287.

Nr. 10289

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 28. März 1909

Euer Durchlaucht melde ich auf das Schreiben vom 27. d. Mts.*, das erst heute mittag in meine Hände gekommen ist, daß ich meine rein technischen Bedenken gegen eine Konstatierung der Tatsache, wie viele von den großen Schiffen im Bau begriffen seien, zurückstelle. Auf ein Ausspionieren technischer Einzelheiten des Baus darf sich die Besichtigung des englischen Attachés aber keinenfalls erstrecken. Bezüglich der politischen Seite der Frage bin ich dagegen nicht ohne ernste Bedenken. Ich fürchte, daß Grey-Asquith unser etwaiges Entgegenkommen im englischen Parlament als einen großen moralischen Erfolg ausschlachten werden. Ob dieser Nachteil den möglichen Vorteil einer Beruhigung der öffentlichen Meinung in England aufwiegt, vermag ich nicht zu entscheiden. — Ich gebe aber zu, daß auch ich vom Standpunkt der englischen Regierung aus ein besseres Mittel zur Beruhigung der durch die unwahren Behauptungen der englischen Minister erzeugten Aufregung nicht anzugeben vermag**. Den letzten Bericht des Grafen Metternich mit allerhöchsten Randbemerkungen*** beehre ich mich beizufügen.

v. Tirpitz

---

* Durch dasselbe war Admiral von Tirpitz der Immediatbericht Bülows vom 27. März (siehe Nr. 10288) nebst Anlagen übermittelt worden.

** Vgl. A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 145. Am 3. April hat Tirpitz dem Kaiser im Immediatvortrage den Inhalt des Schreibens an Fürst Bülow mitgeteilt. Wenn Tirpitz in seinen „Erinnerungen" S. 180, Fußnote, für sich das Verdienst in Anspruch nimmt, dem Kaiser im Jahre 1909 die Einwilligung zu dem englisch-deutschen Informationsaustausch „abgerungen" zu haben, so ist das unrichtig; es könnte dies nur in dem Immediatvortrag vom 3. April geschehen sein, und in diesem ist er, wie aus seiner eigenen Aufzeichnung (siehe Tirpitz a. a. O. S. 146f.) hervorgeht, über den Nachrichtenaustausch ganz kurz hinweggegangen, um dann die ganze Frage der Abrüstung in einer Weise vorzutragen, die den Kaiser in hochgradige Erregung versetzte und in seinem Schreiben an Fürst Bülow vom 3. April (siehe Kap. CCXXII, Nr. 10294) von der „ganzen Englischen Flotten- und Dreadnoughtschweinerei" sprechen ließ. Bei solcher Stimmung des Kaisers fiel das vom Reichskanzler empfohlene Eingehen auf den englischen Vorschlag bezüglich der Besichtigung der beiderseitigen Schiffsbauten unter den Tisch. Als die Engländer später, im Sommer 1910, auf ihre Anregung zurückkamen, hat Tirpitz sich für dilatorische Behandlung ausgesprochen (vgl. Kap. CCXXV, Nr. 10405). Auch den von England darin am 8. Februar 1911 unterbreiteten positiven Vorschlägen hat der Admiral noch Bedenken entgegengesetzt (vgl. Kap. CCXXV, Nr. 10436). Am 22. März 1911 haben dann Reichskanzler Bethmann Hollweg und Tirpitz dem Kaiser gemeinsam Vortrag über den englischen Vorschlag gehalten, worauf die kaiserliche Zustimmung erfolgte. Hiernach ist auch die Tirpitzsche Version: „auf seinen Vortrag hin sei der Kaiser nachher auf diesen englischen Vorschlag eingegangen" (a. a. O. S. 130, Fußnote) unrichtig. Die Akten machen es völlig unzweifelhaft, daß nicht Tirpitz, sondern erst Bülow, dann Bethmann Hollweg die Zustimmung des Monarchen betrieben haben.

*** Siehe Nr. 10287.

Nr. 10290

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 354 London, den 27. März 1909
Vertraulich

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage vertraulich Abschrift eines unterm heutigen Datum von Sir Edward Grey an mich gerichteten Privatschreibens* zu überreichen.

Er präzisiert darin die ihm von mir über unseren Flottenbau gemachten Angaben, sowohl die vertraulichen wie von ihm übermorgen im Unterhause zu verwertenden Angaben.

Ich habe seine Aufzeichnung mündlich als korrekt bestätigt, aber die mit roter Tinte unterstrichenen Stellen** hinzugefügt oder abgeändert.

Meine Änderung „late in summer" anstatt „in the autumn" beruht auf Rücksprache mit dem Marineattaché, der diese Berichtigung vom Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts für meine Information erhalten hat.

Sir Edward Grey wird übermorgen im Unterhause auch seinerseits auf die Schwierigkeiten betreffend eine Vereinbarung über den Flottenbau hinweisen.

P. Metternich

Anlage

Der englische Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Abschrift

March, 27, 1909

I want to be quite sure that what I may say in Parliament on Monday does not go beyond what your Government has itself stated in public or intended that I should be free to say.

I propose to say that we have been informed verbally but quite definitely that Germany will not accelerate her naval programme of construction and will not have thirteen ships of the Dreadnought type (including cruisers) till the end of 1912. This has been told us not in the form of an undertaking but as a declaration of intention from the most authoritative source.

I understand this to mean that thirteen ships will or may be ready for Commission or distinct from trials by the end of 1912.

---

* Siehe Anlage.

** Im Druck durch kursive Lettern kenntlich gemacht.

We have also been told that contracts for two ships of the financial year 1909—10 were promised in advance to certain firms, *provided the money would be granted by the Reichstag.*

I shall probably point out as a necessary inference from all these statements that it is intended that the construction of the two ships last referred to must be intended to proceed at a comparatively slow rate or at any rate not at an accelerated rate.

You have told me in addition that these two ships will be ready for trial trips at earliest in April 1912 and will not be ready for commission before October 1912.

You have also told me that as regards the remaining two ships of the financial year 1909—10 tenders will be called for only (in the autumn) *late in summer. Orders 2 or 3 months later.*

But these two last statements I understood were not for general, and therefore of course not for public use.

There are naturally some points not covered by these statements, which our Admiralty must for its own purposes take into account, but my object in writing is not to ask for more information, but to make sure that whatever I may say in public is accurate in form and in substance and does not go beyond what was told me by you for general use.

(signed) E. Grey

I return to London on Monday morning.

Nr. 10291

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Abschrift

London, den 27. März 1909

Heute hatte ich Gelegenheit, mit Sir John Fisher über die deutsch-englische Flottenfrage zu sprechen.

Ich begegnete Sir John auf meinem Wege nach der Botschaft, er redete mich an, und wir gingen gemeinsam nach der Admiralty, wobei er, wie er das gern tut, um freundlich zu erscheinen, bei mir unterhakte.

Er leitete das Gespräch damit ein, daß er mir sagte: Die Anklagen meiner Feinde gehen jetzt schon soweit, daß sie sagen, ich stehe im Solde Ihres Kaisers, der mich bezahlt, um die englische Marineorganisation zu verderben.

Ich: Dann bewundere ich Ihren Mut, mit mir so offen herzugehen, denn wenn Ihre Feinde uns beide hier so zusammen sehen, dann ist das ja Wasser auf ihre Mühle.

* Veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 140 ff.

Sir John: Ich mache mir nichts aus dem Gerede.

Aber ich bedauere, daß in den letzten Tagen soviel falsches Zeug über unsere beiden Marinen geredet worden ist. Sagen Sie mir mal ganz offen, ist es nicht möglich, daß Ihr Botschafter in seinen Angaben an den Premierminister und Sir E. Grey gewechselt hat?

Ich: Das ist meiner Ansicht nach ganz ausgeschlossen, da alle Zahlenangaben mehr wie einmal schriftlich von Berlin an ihn gegeben sind. Der Botschafter hat jedesmal seine Zahlen mit meinem amtlichen Material verglichen und mir jedesmal, bevor er mit Ihrem Kabinett verhandelte, genau die Zahlen genannt, die er an Sir E. Grey geben werde. Ein Irrtum auf deutscher Seite ist ganz ausgeschlossen. Um so größer ist daher unser Erstaunen gewesen, daß diese amtlichen Zahlen in 17 Schiffe im Jahre 1912 verdreht worden sind, da niemals ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß wir frühestens im Herbst 1912 dreizehn Dreadnoughts haben werden. Es wird in Deutschland allgemein bedauert, und es herrscht großes Erstaunen darüber, daß diesen Angaben einer befreundeten Macht weniger Glauben geschenkt worden ist wie irgend welchen Privatnachrichten, deren Quelle ich allerdings nicht kenne, die ich aber als völlig falsch bezeichnen muß.

Sir John: Die ganze Sache wäre vermieden worden, wenn unserem Attaché in Berlin die Erlaubnis gegeben wäre, Einsicht in Ihre Werke zu nehmen.

Ich: Lediglich vom Standpunkte des Attachés bedauere ich diese Zurückhaltung auch.

Sir John: Warum hat Ihre Regierung denn diesen Vorschlag von unserer Seite abgelehnt?

Ich: Unter keinen Umständen aus Furcht, unsere Karten aufzudecken. Da aber den offiziellen Erklärungen unserer Regierung, wie wir jetzt gesehen haben, in Flottenfragen kein Glauben geschenkt wird, so verspricht sich meine Regierung von dieser Art von Kontrolle auch keinen Erfolg. Außerdem liegt uns gar nichts daran zu wissen, was in Ihren Werften vor sich geht.

Sir John: So ist also scheinbar in Deutschland dieser von uns gut gemeinte Vorschlag als Beleidigung (insult) aufgefaßt worden?

Ich: Diesen Ausdruck habe ich nicht gebraucht, aber wenn Sie ihn annehmen wollen, dann kann ich es nicht verwehren. — Aber setzen Sie sich in die Lage von zwei Geschäftsleuten, die sich eine Erklärung abgegeben haben. Würden Sie es sich als der eine der beiden gefallen lassen, daß der andere Ihnen einen Freund ins Haus schickt, um zu kontrollieren, ob Ihre Worte auch wahr sind?

Sir John: Sie stehen also in dieser Frage auf einem höheren Standpunkte als dem, bloß das Geheimnis Ihrer Schiffe zu wahren?

Ich: In diesem Falle ja, denn eine autoritative Erklärung einer befreundeten Regierung an eine andere muß als bindend gelten.

Sir John: Ja, aber wir haben geglaubt, daß der von Ihrem Botschafter

benutzte Ausdruck Dreadnoughts nur Panzerschiffe und nicht auch die Kreuzer meine.

Ich: Das ist mir gänzlich unverständlich, da in den ganzen Verhandlungen ebenso wie in Ihrem eigenen Parlament immer nur von Dreadnoughts die Rede war und jeder Mensch wußte, daß die Panzerkreuzer darin mit einbegriffen waren. — Außerdem wenn unsere Invincibles mitgerechnet werden, kommen Sie nicht auf 17 Schiffe, sondern nur auf 13 plus 3, also 16 Schiffe.

Sir John: Sie haben aber doch Kreuzer „E", „F", „G", „H"!

Ich: Ja aber „E" ist „Blücher", und das weiß jeder Seeoffizier, daß dieses Schiff nicht eine „Invincible", sondern ein „Shannon" ist, und wenn der „Blücher" auf unserer Seite mitgerechnet wird, dann muß die Shannon-Klasse auch mitgerechnet werden.

Sir John: Aber „Blücher" hat ja 28 cm Schnellfeuerkanonen und ist gleichwertig mit einem Panzerschiffe!

Ich: Es tut mir leid, wenn ich da zur Aufklärung ein Geheimnis verraten muß; aber „Blücher" hat nicht 28 cm, sondern nur 21 cm. Im übrigen ist er, selbst wenn er 28 cm hätte, nur 15000 t groß, und wenn Sie ihn mitrechnen, müssen Sie mindestens Ihre acht „King Edwards" auch mitrechnen, und dann ist der von Mr. M'Kenna angestellte Vergleich zwischen der Anzahl der englischen und deutschen Dreadnoughts erst recht falsch.

Sir John: Es ist wirklich sehr bedauerlich, daß über diese Zahlen das Mißverständnis in das Parlament gekommen ist.

Ich: Das ist auch außerordentlich bedauerlich, aber nicht unsere Schuld, sondern nur Schuld des englischen Mißtrauens, das den privaten Nachrichten mehr Glauben geschenkt hat wie den offiziellen Erklärungen Deutschlands.

Sir John: Es ist aber doch wunderbar, daß Mr. Balfour ähnliche Angaben hatte und sogar mit 25 Schiffen rechnet.

Ich: Mr. Balfour scheint mir kein sehr großer Rechenkünstler zu sein, wohl aber versteht er es, seinen Zuhörern im Parlament auf Grund einer geschickt formulierten Annahme eine Rechnung vorzumachen, daß man sie selbst glaubt, wenn man nicht aufpaßt.

Mr. Balfour hat zwei Fehler gemacht:

1. Er sagte: „Deutschland hat 14 oder sogar 17 Slips für Dreadnoughts. Es will sein Flottengesetz beschleunigen, also ich nehme an, daß es mindestens acht Schiffe jährlich baut. Zu den bestehenden neun Dreadnoughts hinzugerechnet 1908/09 = 8 plus 1909/10 = 8 gibt Summa 1912 = 25.

Der Fehler ist der, daß es sich in der ganzen Frage nicht darum handelt, was gebaut werden könnte, sondern lediglich darum, was gebaut wird, und das sind einschließlich des zu bewilligenden 1909/10-Programms — 13 Schiffe.

2. Sagt Mr. Balfour: „Der Admiral von Tirpitz hat im Dezember 1907 erklärt, daß Deutschland ebenso schnell, wenn nicht schneller baut wie

England. Wir haben die Dreadnoughts in 27 Monaten gebaut, also baut Deutschland alle seine Schiffe auch in 27 Monaten, ist also möglicherweise, wenn es am 1. April 1910 nochmals acht Schiffe niederlegt, im Jahre 1912 um noch acht Schiffe weiter." —

Ich glaube nicht, daß das irgend ein Seeoffizier für ernst nehmen kann. Außerdem hat Admiral von Tirpitz, soweit ich es erinnern kann, die Erklärung über unsere Bauzeit in dem Zusammenhange einer Reichstagsrede gegeben und die Anklage wegen langsamer Bauzeit unserer Schiffe mit der Erklärung zurückgewiesen, „daß England im Durchschnitte der letzten Jahre 44 Monate Bauzeit habe, Frankreich 60 und die Vereinigten Staaten 61, wir dagegen nur 40; daraus gehe hervor, daß Deutschland nicht langsamer baue wie England."

Dieses ist ein deutliches Beispiel, wie man im Parlament Angaben verdrehen kann, wenn man einzelne Worte aus dem Zusammenhange einer Rede herausgreift. Sie können mir daher nicht übelnehmen, wenn ich der Logik des Mr. Balfour nicht folgen kann.

Sir John: Sie können aber doch nicht leugnen, daß die vier Schiffe Ihres 09/10Programms schon in Auftrag gegeben sind und dadurch das Flottengesetz beschleunigt ist?

Ich: Erstens handelt es sich bei der angeblichen Beschleunigung nicht um vier, sondern nur um zwei Schiffe.

Diese sind im Herbst 1908 zwei Firmen unter Vorbehalt der nachträglichen Bewilligung durch den Reichstag in Aussicht gestellt worden, und der Bau* von diesen Firmen auf ihr eigenes Risiko hin unternommen. Der Grund zu diesem Schritte ist kein militärischer, sondern ein rein geschäftlicher gewesen, um eine Ringbildung der Schiffbaufirmen zu verhüten und um eine günstige Preiskonjunktur zu schaffen. Außerdem werden diese beiden Schiffe vom 1. April 1909 ab noch 36 Monate Bauzeit haben und die Firmen das Geld in denselben Raten erhalten, wie wenn der Auftrag am 1. April 09 gegeben worden wäre. Vorher steht nicht ein Pfennig Geld für diese Schiffe zur Verfügung.

Sir John: Das kann man bei Ihnen nicht ohne weiteres wissen, da Sie mit Anleihen operieren.

Ich: Sie wollen also scheinbar damit sagen, daß die Firmen doch schon vor April 09 Geld bekommen. Das ist nicht richtig, denn auf die Art der Geldbeschaffung kommt es hier garnicht an, sondern lediglich auf den Zeitpunkt der im Etat geforderten Raten im Reichstage. Bevor nicht der Reichstag Geld für das Rechnungsjahr bewilligt hat, steht auch kein Geld zur Verfügung. Das weiß jeder Parlamentarier und jeder Mann, der mit Etatsfragen zu tun hat. Und da gerade die Engländer das parlamentarischste aller Völker sind, so ist es um so wunderbarer, daß dieser Grund hier in England vorgebracht wird. Geld kann nur ausgegeben werden, wenn es da ist, das heißt, wenn die Volksvertretung es bewilligt hat.

---

* Tirpitz druckt statt „der Bau" „die Materialbeschaffung".

Sir John: Die ganze Angelegenheit bedauere ich wirklich sehr, da es nur eine innere Parteifrage ist. Mr. Asquith mußte ein kleines „scare" haben, um der Radikalen seiner eigenen Partei sicher zu sein, und niemand vom Kabinett hat angenommen, daß die Opposition die Frage so sehr aufbauschen werde.

Ich: Dann ist es aber um so bedauerlicher, wenn falsche Privatnachrichten, die rechtzeitig auf das alleroffiziellste vom Vertreter einer befreundeten Macht widerlegt worden sind, von zwei Kabinettministern im Parlament benutzt werden konnten, um zu Parteizwecken zu dienen. Ich bin zwar kein Diplomat, aber ich kann mir nicht denken, daß dies geeignet ist, die Beziehungen zweier befreundeter Mächte zu verbessern.

Sir John: Ich bin überzeugt, daß alles anders gekommen wäre, wenn Sie und ich die Frage untereinander verhandelt hätten, oder aber wenn Graf Metternich seine Angaben an Sir Edward Grey brieflich wiederholt hätte.

Ich: Das glaube ich nicht, denn wie Sie selbst vorher gesagt haben, hat Mr. Asquith ein kleines „scare" haben wollen. In diesem Falle hätten also auch Erklärungen von mir an Sie direkt nichts genutzt. Außerdem waren meiner Ansicht nach die Erklärungen des Botschafters an Sir E. Grey so klar, daß ein Mißverständnis garnicht möglich war. Soviel ich weiß, ist es außerdem im diplomatischen Verkehr zweier befreundeter Völker nicht Sitte, eine mündliche Erklärung eines Botschafters an den Minister des Äußern durch eine Note zu bekräftigen.

Sir John: Am kommenden Montag wird ja nun Mr. Balfour das „Vote of Censure" einbringen, und bei der Gelegenheit wird Sir Edward Grey die ganze Sache hoffentlich aufklären.

Ich: Das hoffe ich auch, obwohl es sehr spät ist. Mir persönlich tut es nur leid, daß bisher in unserem Reichstage keine Richtigstellung erfolgt ist. Aber wenn die Erklärung Sir Edward Greys nicht alle Zweifel lösen wird, so muß jeder Deutsche hoffen, daß der Herr Reichskanzler bei der allerersten Gelegenheit die Klarstellung im Reichstage persönlich in die Hand nimmt, damit unsere Nation und die Außenwelt Einblick in dieses Mißverständnis erhält. Wenn eine Klarstellung nicht schon durch den Admiral von Tirpitz in der Budgetkommission erfolgt ist, so muß sich Mr. M'Kenna darüber klar sein, daß der Admiral von Tirpitz ihn dort nicht öffentlich hat einer Unwahrheit zeihen wollen. Diese Klarstellung ist also bisher lediglich aus Rücksicht darauf nicht erfolgt, um Ihre Regierung nicht in die größte Verlegenheit zu bringen.

Sir John: Die Regierung ist selbst erstaunt darüber, daß sie nun acht Schiffe bekommen wird. Wir hatten nur mit sechs gerechnet. Aber wir nehmen sie selbstverständlich alle, denn nochmal werden sich die Radikalen von Mr. Asquith nicht auf den Leim locken lassen und im nächsten Jahre werden sie überhaupt nichts bewilligen.

Ich: Rechnet die liberale Regierung denn bestimmt damit, 1910 noch im Amte zu sein?

Sir John: Ja, bis einschließlich 1911; vorher wollen die Konservativen garnicht ans Ruder, da sie keine Leute haben. Der einzige Mann, den sie haben, ist Mr. Balfour, und der will nicht Tarifreform. —

Die Unterredung, die sich vor dem Eingang der Admiralty zum Erstaunen der zum Amte kommenden Seeoffiziere abspielte, war damit beendet.

(gez.) Widenmann

Nr. 10292

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 28. März 1909

Euer Exzellenz beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers zu ersuchen, morgen im Reichstage zu erscheinen, da Fürst Bülow gelegentlich der Verlesung der in Abschrift anliegenden Erklärung* nach den Worten: „Gerüchte sind falsch" sagen wird: „Admiral von Tirpitz wird Ihnen darüber noch eine genaue Erklärung abgeben", und Sie bittet, dann den materiellen Inhalt Ihrer Instruktion an den Marineattaché in London vom 25. d. Mts. zu verlesen**.

v. Schoen

---

* Siehe Anlage.

** Den Wortlaut der Instruktion siehe bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 139. Die in engem Anschluß daran von Admiral von Tirpitz in der Reichstagssitzung vom 29. März im Anschluß an die Erklärung des Reichskanzlers verlesenen Feststellungen lauteten: „Die im englischen Parlamente ausgesprochene Ansicht, daß der Bau unserer Schiffe gegen früher beschleunigt ist, ist nicht zutreffend. Wir bauen nach wie vor alle Schiffe in etwa 36 Monaten, auf den kaiserlichen Werften in etwa 40 Monaten. Dazu treten noch Probefahrten von mehreren Monaten. Ebensowenig trifft die Behauptung zu, daß die neueren Schiffe zwecks schnellerer Fertigstellung früher vergeben worden sind, als es etatmäßig zulässig ist. Richtig ist nur folgendes: zwei Schiffe vom Etat 1909 sind im vorigen Herbst vorbehaltlich der Genehmigung durch den Reichstag zwei Privatwerften zu verhältnismäßig billigen Preisen zugesichert worden, und zwar aus dem Grunde, weil bei der Vergebung von vier Schiffen auf einmal im Anfang 1909 die Gefahr bestand, daß eine erhebliche Preissteigerung durch Trustbildung eintreten könnte; wenn zwei Schiffe schon vergeben waren, so befand sich das Reichsmarineamt bei der Vergebung der beiden andern in einer viel günstigern Lage. Wir können dann also die kaiserlichen Werften als Konkurrenz gegen die Privatwerften ausspielen. Mehr als zwei Schiffe können nämlich die kaiserlichen Werften auf einmal nicht annehmen. Die Privatfirmen werden dadurch also gezwungen, niedrigere Preise zu fordern. Wenn das hier geheim gehalten worden ist, so hat das lediglich darin seinen Grund, daß die geschäftlichen Verhandlungen des Amtes von den Firmen nicht übersehen werden sollten. Im übrigen sind die Schiffe nicht kontraktlich vergeben, sondern nur zugesichert worden. Der Abschluß findet erst nach Bewilligung des Etats statt. Die Lieferungsfrist beträgt vom 1. April 1909 ab dann noch 36 Monate. Kein Pfennig Geld ist für

Anlage*

Von dem Abgeordneten N. ist die Frage einer deutsch-englischen Verständigung über den Flottenbau behandelt worden. Ich habe darüber folgende Erklärung abzugeben:

Wie im Auftrage des Reichskanzlers in der Kommissionssitzung vom 23. März erklärt worden ist**, sind über die Frage einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenprogramme zwischen maßgebenden englischen und deutschen Persönlichkeiten zwar unverbindliche Gespräche geführt worden, niemals aber ist ein englischer Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können.

Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, mit dem Bau der deutschen Flotte in Wettbewerb zu der britischen Seemacht zu treten. Durch zahlreiche Erklärungen im deutschen Reichstage und durch den Inhalt des Flottengesetzes selbst ist das unverrückbare Ziel der deutschen Flottenpolitik dahin festgelegt worden, daß wir unsere Flottenrüstung lediglich zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels schaffen wollen. Es ist auch eine unanfechtbare Tatsache, daß das Programm unseres Flottenbaues in voller Offenheit daliegt, daß wir nichts zu verheimlichen, nichts zu verstecken haben, und daß nicht beabsichtigt ist, die Durchführung des Bauprogramms über die gesetzlichen Fristen hinaus zu beschleunigen. Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind falsch.

Die allgemeine Stellung der verbündeten Regierungen zur Abrüstungsidee wird von den Gesichtspunkten bestimmt, die der Reichskanzler am

---

die zugesicherten Schiffe verfügbar vor dem 1. April, das muß jeder einsehen, der die parlamentarischen Verhältnisse und die unseres Rechnungshofes kennt. Auch indirekt ist den Werften kein Geld von Banken in irgend einer Weise durch Vermittlung des Marineamts verschafft worden. Das erste der beiden vergebenen Schiffe ist besonders deshalb vergeben worden, weil dieselbe Art von Schiffen auf der betreffenden Werft hauptsächlich im Bau ist. Eine schnellere Fertigstellung dieser beiden Schiffe ist weder gefordert noch beabsichtigt. Die Firmen bekommen das Geld auch nur in vier Jahresraten. Die beiden andern Schiffe des Etats sollen überhaupt erst im Spätherbst dieses Jahres ausgeschrieben und einige Monate später vergeben werden. Da die Privatfirmen ebensowenig wie die kaiserlichen Werften wissen, ob sie diese Schiffe erhalten, kann auch eine besondere Bereitstellung von Material unmöglich stattfinden. Wenn eine solche Vergrößerung erfolgt ist, so ist das vermutlich aus geschäftlichen Gründen geschehen, keinesfalls aber auf unsere Veranlassung. — Zum Schluß wiederhole ich noch einmal ganz ausdrücklich, wie der Reichskanzler bereits erwähnt hat, daß wir 1912 zehn Dreadnoughts und drei Invincibles, zusammen 13 große moderne Schiffe und nicht 17 zur Verwendung bereit haben werden, und zwar frühestens im Herbst und nicht im Frühjahr. Inwieweit es übrigens richtig ist, Vergleiche von Flottenstärken lediglich auf die Zahl der Dreadnoughts zu begründen, lasse ich hier unerörtert."

* Die in der Anlage enthaltene Erklärung der Reichsregierung wurde mit unwesentlichen Änderungen vom Reichskanzler Fürst Bülow in der Reichstagssitzung vom 29. März verlesen. Den Text der tatsächlich abgegebenen Erklärung siehe u. a. in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 119f.

** Vgl. Nr. 10278, Fußnote *.

30. April 1907 vor dem Zusammentreten der letzten Haager Konferenz* und am 10. Dezember 1908** im Reichstage dargelegt hat. Es ist seitdem keine Formel bekannt geworden, die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Völker gerecht würde und eine geeignete Verhandlungsbasis böte. Solange aber die brauchbare Grundlage fehlt, muß die Kaiserliche Regierung an der Ansicht festhalten, daß Verhandlungen über Einschränkung des Flottenbaues keinen wirklichen Erfolg versprechen, gleichviel, ob diese Verhandlungen nun zwischen zwei oder zwischen mehr Mächten geführt werden.

Die verbündeten Regierungen nehmen für sich in Anspruch, daß ihr Standpunkt in der vorliegenden Frage von Motiven des Friedens und der Humanität bestimmt wird und völlig in Übereinstimmung ist mit der friedlichen, Jahrzehnte hindurch bewährten Richtung der gesamten deutschen Politik. Wenn wir daher in der Zurückhaltung verharren, so liegt darin nichts Auffälliges oder Unfreundliches für eine andere Macht, zumal da wir dabei nur von dem selbstverständlichen Rechte Gebrauch machen, über innere deutsche Verhältnisse mit dem Auslande nicht zu diskutieren.

Die Kaiserliche Regierung wird es auch weiterhin als ihre Pflicht betrachten, alle freundschaftlichen Tendenzen zwischen Deutschland und Großbritannien zu fördern und auf ein Verhältnis zwischen beiden Völkern hinzuarbeiten, das dem Argwohn keinen Raum läßt.

Nr. 10293

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 30. März 1909

Der gestrige Tag war im House of Commons ganz der Debatte über das Vote of Censure:

„That in the opinion of this House the declared policy of His Majesty's Government respecting the immediate provision of battleships of the newest type does not sufficiently secure the safety of the Empire***" geweiht.

---

* Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXVIII, Nr. 7930, Fußnote.

** Vgl. Kap. CCXX, Nr. 10236, Fußnote **.

*** Im Unterhause hatten, nachdem am 16. März die Verhandlungen über das Marinebudget begonnen hatten (vgl. Nr. 10271), vom 24. bis 26. März die Flottendebatten im Anschluß an die der Regierung gestellten Fragen (vgl. Nr. 10280) ihre Fortsetzung gefunden. Am 29. März beantragte dann der frühere Zivillord der englischen Admiralität A. Lee

Die Opposition hatte ihre Taktik dahin geändert, daß nicht Mr. Balfour, wie ursprünglich beabsichtigt, sondern Mr. Lee das Votum einbrachte, um auf diese Weise dem Führer der Opposition die Möglichkeit zu geben, in einem möglichst günstigen Moment in die Debatte einzugreifen.

Sir Edward Grey benutzte diese Gelegenheit, um in einer das politische Verhältnis zwischen England und Deutschland beleuchtenden Rede die von der Reichsregierung gewünschten, das deutsche Flottengesetz und den Flottenausbau betreffenden Erklärungen abzugeben. Wenn dieser Zeitpunkt auch reichlich spät gewählt war, und Sir Edward Grey nebenher die Verteidigung der Admiralty wegen der von ihr stammenden Alarmgerüchte über deutsche Eilrüstungen übernahm, so ist es doch wohl fraglos dem Eindrucke seiner überaus sachlichen Ausführungen zuzuschreiben, daß die Abstimmung mit einer Majorität von 218 Stimmen für die Regierung endete.

---

ein Tadelsvotum gegen die Regierung wegen ungenügender Erweiterung des englischen Flottenprogramms. Das gab Sir E. Grey Anlaß, noch am 29., demselben Tage, an dem Fürst Bülow und Admiral von Tirpitz im Deutschen Reichstage ihre Erklärungen zur Flottenfrage abgaben, eine großangelegte Rede zu halten, in deren Verlauf er die mit Graf Metternich verabredeten Äußerungen zur Flottenfrage (vgl. Nr. 10290 nebst Anlage) anbrachte. Eine „möglichst getreue Wiedergabe" der Äußerungen des Staatssekretärs übersandte „angesichts ihrer großen Bedeutung" Graf Metternich durch Bericht vom 31. März 1909 (Nr. 389). Danach hätte Sir E. Grey, nachdem er die Behauptung, als ob England auf die Isolierung Deutschlands ausgehe, und als ob der eigentliche Grund für die englische Stellungnahme gegen Österreich-Ungarn in der bosnischen Annexionskrise in der Freundschaft der Donaumonarchie mit Deutschland zu suchen sei, zurückgewiesen hatte, zur Flottenfrage und zur Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland über diese Frage u. a. ausgeführt: „Deutschland faßt sein Schiffsbauprogramm dahin auf, daß es auf seine eigenen Bedürfnisse zugeschnitten ist, daß es in keiner Beziehung zu unseren steht, sodaß weder enorm gesteigerte Bautätigkeit unsererseits noch ein völliges Aufhören derselben auf die deutschen Bauten irgendwelchen Einfluß hätte. Wir können die Darlegung des deutschen Standpunktes in Ruhe anhören und ebenso offen entgegnen, daß nach unserer Auffassung die englischen Bedürfnisse unserer Ausgaben für Flottenzwecke sich nach den deutschen richten müssen, obwohl die deutschen von den unseren ganz unabhängig sind. Es ist Lebensfrage für uns, daß wir nicht in eine inferiore Lage gedrängt werden. Wir müssen unter allen Umständen eine übermächtige Flotte haben. Soviel ich weiß, kann jeder Deutsche die Darlegung unseres Standpunktes ebensogut anhören, wie wir die Darlegungen des ihrigen. Zweifellos würde eine solche Darlegung der Standpunkte, die beiden Völkern natürlich sind, selbst ein freundschaftliches Nachtischgespräch nicht trüben. Aber die öffentliche Meinung in Deutschland und in der ganzen Welt zeigt in zunehmendem Maße die Neigung, die künftigen Beziehungen zwischen England und Deutschland nach dem Maße der gegenseitigen Ausgabe für Flottenrüstung zu beurteilen. Zweifellos verfolgt die öffentliche Meinung mit ernsten Befürchtungen jede neue Vermehrung dieser Ausgaben. Ebenso würde eine Verminderung dieser sofort das Gefühl der Sicherheit und das Vertrauen auf Aufrechterhaltung des Friedens stärken. Würde ich gefragt, welche Maßregel am meisten geeignet scheine, die Welt und Europa über die Aussichten des Friedens zu beruhigen, so würde ich ohne Zögern sagen: Eine Verminderung der deutschen Rüstungsausgaben und eine korrespondierende Verminderung der unseren. Ein Aufhören des Wettkampfes in Flottenausgaben würde

Im House of Commons ist damit die Angelegenheit zunächst erledigt, und die Regierung kann mit großer Bestimmtheit darauf rechnen, daß über die „vier bedingten Schiffe" in ihrem Sinne abgestimmt wird, wenn im späteren Verlauf des Jahres „Vote 8" der Naval Estimates (Shipbuilding pp.) zur Debatte steht.

In geschickter Weise ist von Sir E. Grey der Verdacht entkräftet worden, den die Opposition zwar nicht im Parlament ausgesprochen hat, den man aber von den Konservativen außerhalb des Hauses immer wieder vorbringen hörte, daß sie im nächsten Jahre das Geld für einen Teil des liberalen Programms würden aufbringen müssen. Sir E. Grey wies auf die Verzögerung hin, die entsteht, wenn zuviel große Schiffe gleichzeitig in Bau gegeben werden, und sagte, daß es praktischer sei, lieber weniger Schiffe auf einmal zu bauen und die so gesparte Zeit dazu auszunutzen, um Neuerungen der Technik sowie Nachrichten über fremde Schiffsbauten zu verwerten. Hierdurch sei es geboten, nicht zu viel Schiffe eines Typs

---

überall von der öffentlichen Meinung als Pfand für die friedlichen Gesinnungen der beiden Nationen begrüßt werden, und die Wirkungen wären unberechenbar. Ich möchte dies noch etwas weiter ausführen. Läßt sich ein Verfahren erdenken, wie dieses Ziel erreicht werden könnte? O ja! Verschiedene derartige Vorschläge sind denkbar. Ein Übereinkommen über Einschränkung oder Herabsetzung der Marineausgaben, eine Vergleichung derselben von Jahr zu Jahr, verbunden mit freundschaftlichen Versuchen für gegenseitige Herabsetzungen oder sogar Austausch von Nachrichten zwischen den beiden Admiralitäten über die Höhe der Ausgaben und den Fortschritt der Neubauten. Man kann ja entgegnen, daß für derartiges die Vorgänge fehlen, die Last der Rüstungen aber ist gleichfalls ohne Vorgang. Nehmen wir an, die beiden Regierungen, entschlossen, den Paniken und dem Mißtrauen ein Ende zu machen, kämen überein, durch ihre Admiralitäten Nachrichten austauschen zu lassen, und setzten sich gegenseitig in die Lage zu sagen, sie müßten, das ist der einzige Weg, wie dies Ziel erreicht werden könnte. Zweifellos kann es nicht erreicht werden dadurch, daß die deutsche Admiralität dem Auswärtigen Amt eine Mitteilung macht, die dieses wiederum dem deutschen Botschafter übermittelt, der sie mir wiederholt, damit ich sie unserer Admiralität weitergebe. Auf diese Weise wird Verdacht und Zweifel in bezug auf den wirklichen Fortgang der Bautätigkeit niemals ausgeschlossen werden können. Ich will jetzt beweisen, daß die Behauptungen der Opposition über die wirklichen Vorgänge ganz übertrieben sind, aber ich sehe klar voraus, daß, selbst wenn es uns jetzt gelingt, diese Behauptungen zu widerlegen, doch von Zeit zu Zeit in Zukunft ähnliche Beunruhigungen und Klatschereien auftauchen werden, und ich sehe, wie gesagt, kein anderes Mittel, dem vorzubeugen, als wenn die beiderseitigen Admiralitäten durch ihre Marineattachés oder sonstwie offizielle Nachrichten austauschen ... Die ablehnende Haltung der deutschen Regierung berechtigt uns meines Erachtens weder zu Klagen noch zu Vorwürfen. Wir würden eine gegenteilige Haltung mit Freuden begrüßen, können uns aber über den einmal eingenommenen Standpunkt auch nicht beklagen. Was würde die Grundlage einer solchen Übereinkunft sein? Nicht die Gleichstellung. Eine gewisse Überlegenheit der englischen Flotte muß festgehalten werden, und kein Deutscher, soweit ich unterrichtet bin, bestreitet, daß dies für uns ein natürlicher Gesichtspunkt ist. Ein anderes Ding ist es allerdings, die deutsche Regierung aufzufordern, sich vor ihrer eigenen öffentlichen Meinung dem Vorwurf auszusetzen, sie habe uns die Erreichung unserer politischen Ziele erleichtert. Darin liegt die Schwierigkeit. Es scheint nicht mehr als billig, dies zuzugeben. Andererseits hält die Wichtigkeit der deutschen Flotte für Deutschland und die Wichtigkeit unserer Flotte für uns durchaus keinen Vergleich

auf einmal auf Stapel zu legen, sondern lieber mit der endgültigen Festsetzung der Pläne zu warten. Inzwischen könne man diejenigen Teile, die lange Lieferzeiten haben, wie Kanonen und Lafetten vorbereiten. Wenn daher im Laufe dieses Jahres bekannt würde, daß die deutschen Schiffe des Programms 09/10, wie man möglicherweise aus den hohen ersten Raten schließen dürfe, bedeutend größere Gefechtskraft hätten wie die bisher bekannten deutschen Dreadnoughts, so sei es sehr erwünscht, wenn diese Nachrichten noch für die „vier bedingten Schiffe" benutzt werden könnten.

Der Premierminister brachte keine neuen Gedanken in die Debatte, sondern begnügte sich mit der Berufung auf Sir E. Greys Ausführungen.

Obwohl Mr. Balfour sich bemühte, den Verdacht zu entkräften, aus

---

aus. Für uns ist die Flotte, was für jene die Armee ist. Für sie würde eine starke Flotte Vermehrung des Ansehens, Vermehrung des diplomatischen Einflusses, Vermehrung des Handelsschutzes bedeuten. Es ist für sie aber durchaus keine so absolute Existenzfrage wie für uns. Die gewaltigste Überlegenheit der englischen Seemacht könnte uns nie in die Lage versetzen, die Unabhängigkeit oder Integrität Deutschlands anzutasten, da unsere Armee ohne Bundesgenossen auf dem Festlande nichts ausrichten könnte. Wäre aber die deutsche Flotte der unseren überlegen, so würde das bei der Stärke des deutschen Heeres unsere Unabhängigkeit und unsere Existenz aufs schwerste bedrohen. Deswegen dürfen wir hoffen, wenn wir offen und klar diese Fragen hier besprechen, daß auch in Deutschland verstanden wird, daß für uns hier die Flotte dieselbe Bedeutung hat wie drüben die Armee, und daß wir deshalb den ganzen Umfang dieser Fragen ohne jeden Rückhalt vor unserem Volke darlegen müssen. Einen Punkt möchte ich noch erledigen, der vielleicht nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Debatte steht. Es ist der Gedanke vertreten worden, eine Änderung unseres Standpunkts in der Frage des Privateigentums auf See im Kriegsfall könne einem Flottenabkommen die Wege ebnen. Wir haben nie auch nur die leiseste Andeutung hierüber von deutscher Seite erhalten. Es wäre Zeitverschwendung, bei dem gänzlichen Mangel irgend einer Andeutung von deutscher Seite in diesem Zusammenhange unserer Regierung aus ihrer Haltung einen Vorwurf machen zu wollen. Wir können es Deutschland ruhig überlassen, in dieser Sache seine Anschauungen selbst zu vertreten."

Es folgte in der Rede Sir E. Greys dann eine längere Auslassung über die deutschen amtlichen Erklärungen bezüglich des — nicht beschleunigten — Flottenprogramms, gemäß der Abrede zwischen Sir E. Grey und Graf Metternich. Aus dem Gesamttenor der Rede (siehe den vollen englischen Wortlaut in The Parliamentary Debates 1909, Vol. III, p. 52ff.) klang deutlich der Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland über die Flottenrüstungen durch. So wurde die Rede auch im Auswärtigen Amt aufgefaßt. In einem Bericht Freiherrn von Schoens vom 13. April (Nr. 8) an den in Venedig weilenden Fürsten von Bülow heißt es darüber, Sir E. Grey habe für eine solche Verständigung folgende drei Möglichkeiten in seiner Rede vorgesehen:

1. Allgemeines Abkommen über Begrenzung oder Verminderung der Flottenausgaben;
2. eine von Jahr zu Jahr im voraus erfolgende Verständigung über die Marinebudgets;
3. Austausch von Nachrichten über den beiderseitigen Schiffsbau mit wechselseitiger Kontrolle.

Über die im Verfolg der Sir E. Greyschen Rede von neuem angestellten Erwägungen der Berliner Ressorts bezüglich eines Flottenabkommens siehe das folgende Kapitel.

parteipolitischen Absichten gehandelt zu haben, und nochmals betonte, daß der „scare" von der Regierung selbst hervorgerufen sei, so hat doch die Abstimmung gezeigt, daß die Opposition die überwiegende Mehrheit des Hauses gegen sich hat.

Wenn es auch verfrüht wäre, aus dem Verlaufe der gestrigen Debatte eine Voraussage auf die Volksstimmung zu machen, so kann aber doch angenommen werden, daß der Höhepunkt der Bewegung erreicht ist, und daß mit der Wiederkehr gesunder Überlegung auch die panikartige Furcht der letzten Tage wieder schwindet.

(gez.) Widenmann

Kapitel CCXXII

Fürst Bülows letzte Bestrebungen
Neue Englische Marinedebatten
April bis Juli 1909

Nr. 10294

*Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Eigenhändig

3/IV 09

Lieber Bülow

Ich habe heute, ehe Tirpitz zu Ihnen ging, noch einmal die ganze Englische Flotten- und Dreadnoughtschweinerei mit ihm in Gegenwart von Müller** und Plessen*** durchgesprochen, und ihn ermächtigt im selben Sinne auch sich Ihnen gegenüber auszusprechen†. Es ist dabei übereinstimmend constatirt worden an der Hand der historischen Daten, daß thatsächlich Metternich einen Theil der Schuld trägt an dem Verfahren der Situation; indem er von vorne herein die colossale persönliche Conzession, die ich ihm zu event[ue]l[lem] Gebrauch zur Verfügung gestellt hatte, — nämlich daß 1912 keine Novelle kommen werde — ohne Grund von vornherein aus der Hand gegeben hat, ohne von England die

---

* Nachdem Sir E. Grey in seiner großen Unterhausrede vom 29. März 1909 (vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10293, Fußnote***) dem Wunsche nach einer Verständigung mit Deutschland über die gegenseitigen Flottenrüstungen Ausdruck gegeben hatte, setzten in Berlin erneute Beratungen über dieses Thema ein. Der Kaiser, der von Admiral v. Tirpitz anläßlich eines Immediatvortrags vom 3. April (Näheres darüber jetzt bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 145f.) bestimmt worden war, an der Relation von 3 : 4, die der Admiral am 20. Januar 1909 vorgeschlagen hatte (vgl. Kap. CCXX, Nr. 10254), festzuhalten, eröffnete die Debatte mit einem nunmehr auch bei Tirpitz (a. a. O., S. 147ff.) veröffentlichten Schreiben an Fürst Bülow, welches darlegte, unter welchen Voraussetzungen der Monarch bereit sei, sich auf ein Flottenabkommen einzulassen. Ein Vergleich zwischen dem kaiserlichen Schreiben und dem voraufgehenden Immediatvortrag Tirpitz' (siehe darüber dessen Aufzeichnung a. a. O., S. 145ff.) läßt erkennen, daß die scharfen Ausführungen Wilhelms II. u. a. wegen der Kronberger Vorgänge und gegen Graf Metternich durchweg von Tirpitz souffliert waren.

** Admiral von Müller, Chef des Marinekabinetts.

*** General von Plessen, diensttuender Generaladjutant des Kaisers.

† Über diese Unterredung zwischen Tirpitz und Fürst Bülow liegen nur Äußerungen des ersteren (a. a. O. S. 147, 149) vor. Es scheint danach zu lebhaften und erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Reichsmarineamts gekommen zu sein. In einer gleichzeitigen Aufzeichnung bemerkt Tirpitz: „Vorwürfe betr. Schuld an der schroffen Zurückweisung der Abrüstungsfrage und an der Erregung Seiner Majestät über den Vorgang betr. gegenseitige Kontrolle unserer Schiffsbauten nachdrücklich zurückgewiesen."

geringste Gegenleistung zu erhalten als ungezählte Lügen, Verläumdungen, Verdächtigungen und Grobheiten*. Dadurch ist das Ganze schlecht und falsch „gemanaged" worden und er, und dadurch wir, in die Ecke gedrückt worden. Weil:

I.) Die Engländer trotzdem sie der constitutionelle Staat par Exellence sind, den groben politischen Fehler begingen, in Cronberg unter Uebersprungen aller constitutionellen Persönlichkeiten und Gepflogenheiten — also Sie, Schoen, Tirpitz etc. — direkt den Monarchen und Obersten Kriegsherren zu koramiren u[nd] zu stellen und zwar per Drohung und in Befehlston, „you must stop building"**. Das durfte nicht geschehen, da das kein „Angebot zu Verhandlungen" — wie jetzt im Parlament behauptet wurde — war sondern ein ganz einseitiges Verlangen von England an uns, das nur so beantwortet werden konnte wie es geschah. Dieses Verfahren mußte im Herbst, als man sich Metternich mit allerhand Anfragen und Conversationen — unverbindlich — näherte seitens Englands, der Botschafter mit aller Schärfe und allem Nachdruck der Regierung in gröbster Form unter die Nase reiben, und sie veranlassen erstmal für das unqualifizirbare Benehmen uns um Verzeihung zu bitten. Erst nachdem das geschehen, konnte man verbindliche Vorschläge von London entgegennehmen und darüber verhandeln.

II.) Weil der Botschafter leider das obige Verfahren unterlassen hat, ist Cronberg, bzw. der Ton und die Haltung Englands von damals, bestehen geblieben, und es hat Metternich und durch ihn uns stets in peremptorischer Weise appasirt mit einem verkappten Verlangen was **wir** erfüllen sollten***! Daher — wenn es auch unverbindlich geschah — die Situation nie die einer Verhandlung über Vorschläge zwischen zwei gleichberechtigten Mächten wurde, sondern stets hier als ein ziemlich hochmüthiges Ersuchen eines Stärkeren an einen von ihm nicht gleich geachteten Schwächeren wirken mußte. Daher auch die Ablehnung, da stets die eigene Ehre beinahe auf dem Spiele stand.

III.) Weil die Engl[ischen] Ouverturen wie gesagt — wenn auch in „unverbindlicher" Form — stets nur in Form von Ersuchen und Auf[f]orderungen, die unsrerseits sofort möglichst zu erfüllen seien, an uns gerichtet wurden, war aus ihnen niemals die Absicht einer Verhandlung herauszulesen, die von Gleichem zu Gleichem geht, mit denselben Verbindlichkeiten für **beide** Theile. Es war also weder in Cronberg — wo es „you must stop building" hieß — oder später bei den Unterhaltungen im Herbst und Winter, irgendwo auch nur die leiseste Spur zu entdecken, daß die Engländer auch selbst Abrüstung wirklich beabsichtigten; sondern es wurde uns stets nur klar gemacht, es läge im Englischen Interesse, daß **wir** mit rüsten aufhörten! Damit sie wohl verstanden

* Vgl. dazu Graf Metternichs Stellungnahme in Nr. 10305.
** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8226.
*** Vgl. auch dazu Graf Metternichs Stellungnahme in Nr. 10305.

ihren Vorsprung mit möglichst wenig Geld und Mühe aufrecht erhalten könnten. Das war ein Standpunkt auf den wir uns vom militärischen wie nationalen Ehrenstandpunkt nicht einlassen konnten.

IV.) Weil die ganzen Machinationen Englands daraufhin hinauslaufen, daß es sich von uns die absolute Anerkennung des **„Twopowers-standard"** erzwingen will und wir das ohne Capitulation vor der Welt oder ohne Verletzung unserer nationalen Ehre einfach nicht können noch wollen, noch werden. Es kann eine Ueberlegenheit zur See beanspruchen so viel es will und danach bauen, es kann das auch nach irgend welchen Verhältnißzahlen construiren, dagegen ist nichts zu sagen; aber den Twopowerstandard, noch dazu gegen uns allein angewendet, anzuerkennen dazu bin ich vollkommen außer stande, noch weniger denselben durch Abmachungen irgendwelcher Art für die Ewigkeit zu verbriefen! Einen gewissen Vorsprung sollen sie haben, den 2 powers Standard niemals, das sind die Worte Adm[irals] v[on] Tirpitz vor Zeugen ausgesprochen.

V.) Aus obigem geht folglich hervor: Daß bisher England keine ehrlichen Eröffnungen für Verhandlungen verbindlich als von Gleich zu Gleich gemacht hat, sondern nur unverbindlich versucht hat uns in die Ecken zu drücken und am Bauen einseitig zu hindern. Daher konnte darauf nicht eingegangen werden. Ich bin aber nach Uebereinkunft mit Adm[iral] v[on] Tirpitz vollkommen bereit und einverstanden auf der von **ihm** skizzirten **technischen** Basis, wenn England uns ehrlich um Verhandlungen bittet, mit England zu verhandeln, auf der Relation 3:4 in Linienschiffen; mit Fallenlassen des Vorschlages, vom Herbst, der Nichteinbringung einer Novelle 1912*. Das kann anderweitig erledigt werden nach Tirpitz' Vorschlag. Lassen Ew. D[urchlaucht] sich also von Tirpitz eine Formel ausarbeiten, wo Zahlen und Typen vorläufig beiseite gelassen sind, die in großen Zügen unsere Vorschläge darstellt, die wir machen wollen, falls Englische Regierung uns wieder Gelegenheit — offizieller verbindlicher Natur — giebt uns darüber zu äußern. Natürlich muß sie ehrlich ihrerseits die Einstellung des uebermäßigen Baues uns vorschlagen und versprechen. Also Verhandlungen in höflicher Form von Gleich zu Gleich, nicht aber peremptorische Wünsche einerseits. Dies ist der Inhalt des Vortrages von Tirpitz an mich, mit dem ich einverstanden bin!

Wilhelm I. R.

---

* Nachträglich hat Admiral von Tirpitz in der Sitzung beim Reichskanzler vom 3. Juni (vgl. Nr. 10306) erklärt, daß in dieser Äußerung des kaiserlichen Briefes ein Mißverständnis enthalten sei; er, der Staatssekretär, habe nicht eine Zurücknahme der Zusicherung der Nichteinbringung einer Novelle gefordert und das Verhältnis 3:4 nur als eine eventuell anzustrebende Maßzahl genannt. A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 159. Tatsächlich hatte Tirpitz schon am 6. Mai dem Admiral von Müller auseinandergesetzt, daß ein Anerbieten des Verhältnisses 3:4 für den Zuwachs an Dreadnoughts im Herbst und Winter 1908/09 möglich gewesen sei, daß jedoch jetzt die Sache anders liege! Tirpitz a. a. O., S. 151.

Nr. 10295

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Venedig, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Flotow

Ganz geheim Venedig, den 9. April 1909

Auf den Bericht Nr. 1 vom 5. d. Mts.*

Mit dem Entwurf eines Schreibens an den Admiral von Tirpitz bin ich einverstanden. Ich bitte indessen um Ew. Ansicht, ob dem Schreiben nicht ein Zusatz etwa folgenden Inhalts anzufügen ist:

„Ich glaube indessen schon jetzt darauf hinweisen zu müssen, daß die Einleitung von Verhandlungen unsererseits auf der nach dem Schreiben Seiner Majestät des Kaisers an mich allerhöchstdemselben von Euerer Exzellenz vorgeschlagenen Basis ernsten Bedenken begegnet. Wenn wir auf die englische Einladung zu einer Verständigung mit dem Vorschlage:

1.) der Relation von 4:3 in Linienschiffen,
2.) sonstiger Rüstungsverminderung auf englischer Seite und
3.) der Zurücknahme unserer Zusage, 1912 eine neue Marinenovelle nicht einbringen zu wollen,

antworten, so steht meines Erachtens zu befürchten, daß die Engländer diese Eröffnung nicht nur einer Ablehnung der Verhandlungen gleich erachten, sondern namentlich aus dem Punkte 3 eine Auffassung von den deutschen Plänen und Absichten gewinnen werden, die im Gegensatz zu der von Ew. erwarteten Wirkung geeignet ist, die Kriegsgefahr erheblich zu erhöhen. Ich müßte in diesem Falle Euerer Exzellenz allein die Verantwortung vor Seiner Majestät, dem Lande und der Geschichte überlassen, wenn die Folgen unerwünschte und ernste sein sollten."

Mit Bezug auf den Schluß des Berichtes Ew. pp. möchte ich bemerken, daß es auch mir angemessen erscheint, angesichts der in Eng-

---

* Mit Bericht Nr. 1 vom 5. April war dem nach Venedig gereisten Fürsten Bülow von Staatssekretär Freiherrn von Schoen der Entwurf eines Schreibens an Admiral von Tirpitz übersandt worden, in dem dieser in Verfolg der kaiserlichen Direktive vom 3. April (vgl. Nr. 10294) ersucht wurde, „mir eine Formel auszuarbeiten, die in großen Zügen unsere Vorschläge darstellt, falls die englische Regierung sich an uns behufs Abschlusses eines Flottenabkommens wenden sollte". Am Schlusse des Berichtes hieß es: „Sodann beehre ich mich Euerer Durchlaucht gehorsamst zu melden, daß Seine Majestät mit mir ... über die Beschränkung der Rüstungen zur See sprach und bemerkte, daß wir bei einem Abkommen mit England unser Tempo verlangsamen und zwar statt vier nur drei Schiffe im Jahr bauen könnten. Seine Majestät ging ferner auf den von mir hingeworfenen Gedanken ein, daß wir außer der Beschränkung der englischen Seerüstungen auch Vorteile auf politischem Gebiet verlangen müßten, und sagte: ‚Ja, eine Entente mit uns'. Zum Schluß darf ich noch gehorsamst berichten, daß Seine Majestät meine Ansicht teilen, daß bei der augenblicklichen Erregung in England eine Diskussion eines Abkommens unmöglich ist und daher auf später verschoben werden muß".

land hervorgetretenen Erregung die Verhandlungen augenblicklich noch nicht zu beginnen. Wir könnten den Eindruck hervorrufen, als hätten wir dem Drucke der englischen Bewegung in einer unserem Ansehen nicht förderlichen Weise nachgegeben. Andererseits erscheint es mir dringend erforderlich, die jetzt offenbar in England noch vorhandene Besorgnis vor uns und die dortige hohe Einschätzung der deutschen Macht in ihrem jetzigen augenscheinlichen Kulminationspunkte zur Erlangung englischer Konzessionen zu benutzen. Es ist bei der besonnenen und nüchternen Anlage der englischen Nation nicht ausgeschlossen, daß die jetzige Stimmung demnächst einer ruhigeren, aber auch entschlosseneren Auffassung Platz macht, die vielleicht das englische Kabinett weniger nachgiebig stimmen würde. Vorausgesetzt, daß nicht neue Beunruhigungs- bezw. Erregungsmomente hüben und drüben entstehen, würde ich eine Frist von zwei bis drei Wochen bis zum Eintritt in die Verhandlungen als genügend erachten. Es ist auch darum wichtig, damit nicht zu spät zu kommen, als jenseits des Kanals Entschlüsse gefaßt werden könnten, die der Einleitung von Verhandlungen bei uns den Charakter eines unrühmlichen Rückzuges geben und damit die Aktion natürlich unmöglich machen würden.

Den Gedanken, mit diesen Verhandlungen eine weitergehende politische Verständigung mit England zu verbinden, teile ich durchaus und behalte mir vor, nach meiner Rückkehr Näheres darüber mit Ew. zu besprechen.

Bülow

Nr. 10296

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Venedig

Ausfertigung

Nr. 2 Berlin, den 13. April 1909

Euerer Durchlaucht beehre ich mich anbei Reinschrift des Erlasses an Admiral von Tirpitz mit dem vorgeschlagenen Zusatz zu übersenden*, dem ich völlig beistimme.

Euere Durchlaucht schreiben, daß Sie eine Frist von zwei bis drei Wochen bis zum Eintritt in die Verhandlungen als genügend erachten, wenn nicht neue Beunruhigungs- bezw. Erregungsmomente entstehen sollten.

* Die beigelegte Reinschrift des Erlasses ist von dem Fürsten Bülow, der inzwischen mit dem Kaiser — auch dieser machte auf seiner Reise nach Korfu am 14./15. April in Venedig Station — Rücksprache genommen und ihn bewogen hatte, von der am 3. April erteilten Direktive halbwegs abzustehen, nicht vollzogen worden. Das beweist natürlich nicht, daß nicht eine andere Ausfertigung von Venedig aus direkt an Admiral von Tirpitz abgegangen ist. Immerhin steht die Darstellung bei Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, S. 298, wonach der wuchtige Appell an den Admiral: „Ich müßte in diesem Falle Euerer Exzellenz allein die Verantwortung vor Seiner Majestät, dem Lande und der Geschichte überlassen, wenn die Folgen unerwünschte und ernste sein sollten", nicht die gewünschte Wirkung gehabt hätte, nicht auf ganz festen Füßen.

Meines unmaßgeblichen Erachtens wird die öffentliche Meinung in England in den nächsten Wochen neu erregt werden:

1.) durch die bevorstehende Debatte im Oberhaus, die vor Ostern nur verschoben wurde, weil Lord Cawdor, der sie hervorrufen wird, in Trauer geraten war,

2.) durch die für die Wochen nach Ostern vom englischen Flottenverein beabsichtigte Agitation im Lande. Bevor aber die hierdurch hervorgerufene Erregung einigermaßen nachgelassen hat, können wir unmöglich in Verhandlungen eintreten.

Sodann haben Seine Majestät mir erklärt, daß bei den Vorbesprechungen mit Tirpitz Admiral von Müller zugegen sein solle. Wir werden daher diese Vorbesprechungen nicht vor Rückkehr des Chefs des Marinekabinetts im Mai abhalten können.

v. Schoen

Nr. 10297

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow, z. Z. in Venedig

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Flotow

Venedig, den 17. April 1909

Seine Majestät der Kaiser ist der Ansicht, daß eine Verständigung mit England über Schiffsbau nur im Rahmen allgemeiner Verständigung mit diesem Lande möglich sei, möge man dabei an eine allgemeine Verpflichtung zu Neutralität in Kriegsfällen oder an ein größeres Kolonialabkommen oder ein Akbommen, sich gegenseitig nicht zu schädigen, oder dergleichen mehr denken. In diesen Rahmen müsse dann die Vereinbarung über Schiffsbauten eingefügt werden. Diese müsse auf Gegenseitigkeit beruhen und muß meines Erachtens nur im Einverständnis mit den Marinebehörden erfolgen. Seine Majestät betonte mehrfach, daß er nicht daran dächte, eine Flotte zu bauen, die ebenso stark oder stärker wäre als die englische. Er erklärte mit großem Nachdruck, daß der Abstand zwischen uns und England immer der gleiche bleiben werde wie jetzt. Was er wolle, sei nur, daß wir so stark wären, durch eine organisch (Schlachtschiffe, Kreuzer, Torpedoboote, Unterseeboote, Minen, Seebefestigungen) rationell ausgebaute Flotte unsere Küsten, Seestädte, Schiffahrt und Handel vertei digen zu können. Er betrachte auch durchaus nicht England als unseren einzigen und nicht einmal als unseren Hauptgegner zur See. Er sei mehr als je davon überzeugt, daß ein Zusammenstoß mit England ein Unglück sein würde. Er wolle gar kein Wettrüsten mit England. Andererseits könnten Regierung und Volk in Deutschland verlangen, daß das im Bundesrat und Reichstag angenommene Flottenprogramm ausgeführt werde. Auch könnte, sobald die Haltung des englischen Volkes oder der englischen Presse eine drohende wäre, keine deutsche Regierung Nachgiebigkeit zeigen, ohne die Achtung zu verlieren.

Bülow

Nr. 10298

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 804 Berlin, den 20. April 1909

Geheim

Bei meinem jüngsten Aufenthalt in Venedig hatte ich wiederholt Gelegenheit, mit Seiner Majestät dem Kaiser in langen und eingehenden Unterredungen die allgemeine Weltlage, die deutsch-englischen Beziehungen und insbesondere auch die Flottenfrage zu besprechen. Ich wußte schon vorher, daß unser allergnädigster Herr wie jeder zurechnungsfähige Deutsche von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt ist, freundliche und ruhige Beziehungen zu England zu unterhalten, von dem uns kein ernstlicher politischer Gegensatz trennt, und mit dem uns gewaltige wirtschaftliche Interessen verbinden. Es war mir nie zweifelhaft, daß unser kaiserlicher Herr mit der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes und allen einsichtigen Politikern in unserer Flotte lediglich ein für defensive Zwecke zum Schutze unseres Handels und unserer Küsten bestimmtes Instrument sieht und auch im entferntesten nicht daran denkt, aggressive oder überhaupt phantastische Flottenpläne zu verfolgen. Mit Genugtuung habe ich aber in diesen Gesprächen konstatiert, daß Seine Majestät der Kaiser und König auch keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Verständigung mit England über Tempo und Umfang des Schiffbaus hegt.

Bei der durch die Flottenfrage zwischen beiden Völkern augenblicklich hervorgerufenen Spannung erscheint es zunächst wichtig, der Möglichkeit übereilter Beschlüsse dadurch vorzubeugen, daß der Faden der Verhandlungen nicht abgerissen und die Hoffnung auf eine Verständigung nicht abgeschnitten wird. Euer pp. ermächtige ich daher, falls sich eine ungesuchte Unterhaltung mit den dortigen leitenden Persönlichkeiten über die Flottenbaufrage ergeben sollte, ihr nicht aus dem Wege zu gehen und gegebenenfalls, zunächst vielleicht ohne Hinweis auf einen Auftrag, einfließen zu lassen, daß die Annahme durchaus irrig wäre, als stünden die maßgebenden Faktoren bei uns einer Verständigung mit England prinzipiell ablehnend gegenüber. Es sei im Gegenteil unverkennbar, daß auch in Deutschland der Verständigungsgedanke an Boden gewonnen habe. Ernste englische Politiker würden sich aber nicht der Einsicht verschließen können, daß es für jede deutsche Regierung unmöglich wäre, mit Anregungen hervorzutreten, solange die augenblickliche ebenso unbegründete wie unbegreifliche maßlose Erregung der englischen öffentlichen Meinung und die feindselig-gehässige, zuweilen sogar drohende Sprache der englischen Presse uns dem Verdachte aussetzten, als wenn wir unter dem Drucke englischer Drohungen von unserer bisherigen Haltung abwichen. Worauf es daher zunächst ankommt, ist, daß die englische Regierung in der Weise, wie dies vor einigen Tagen Mr. Winston Churchill in seinem vortrefflichen

Briefe getan hat*, bestrebt ist, dem Paroxysmus der dortigen öffentlichen Meinung entgegenzutreten und auf eine Beruhigung hinzuwirken.

Wenn die englische öffentliche Meinung und die englische Presse sich etwas beruhigen, dann würde die Frage entstehen, in welcher Weise und durch welche Mittel eine dauernde Besserung der deutsch-englischen Beziehungen herbeigeführt werden könnte. Mit Seiner Majestät dem Kaiser und König stimme ich ganz darin überein, daß eine Verständigung über die Flottenbauten nur dann vom deutschen Volk akzeptiert werden würde und vor allem nur dann für die Beziehungen zwischen beiden Völkern dauernd fruchtbare Folgen haben könnte, wenn sie im Rahmen einer allgemeinen politischen Annäherung erfolgte. Wie dieser Rahmen herzustellen ist, würde vielleicht am besten zwischen uns mündlich erörtert werden. Ich habe nur heute schon betonen wollen, daß auf unserer Seite der Weg zu einer solchen Verständigung und damit die Bahn für eine wirkliche und dauernde Besserung der deutsch-englischen Beziehungen offenliegt.

Bülow

---

* Winston Churchill hatte an den Vorsitzenden der liberalen Partei in seinem Wahlkreise Dundee am 4. April 1909 einen im „Standard" vom 15. April veröffentlichten Brief gerichtet, der den übertriebenen englischen Besorgnissen vor der deutschen Flotte nachdrücklich entgegentrat. Am Schlusse seines Briefes, der in den landläufigen englischen Berechnungen über die Stärkeverhältnisse zwischen den beiderseitigen Flotten vier Kardinalfehler nachwies, hieß es: „I have left the most monstrous error to the last. It is this: that there is a profound antagonism of interests between the British and German nations which can only be resolved by a supreme trial of strength, towards which the tides of destiny are irresistibly bearing us. I should think it mischievous and certainly ridiculous to set this down on paper were it not that it has been affirmed by public men of the most diverse opinions, and of unquestioned sincerity. No more fatal obsession could benumb the brain of a statesman. No more abject repudiation not only of the whole message of Liberalism, but of the very structure of civilisation, could be demanded of us. It is not true. There is no natural antagonism between the interests of the British and German peoples. None of those racial territorial, dynastic, or religious causes of quarrel which have in the past set the world on edge, or which in the present contribute to the instability of States, exist, or have ever existed, between Great Britain and Germany. We have great things to remember from the past, and nothing to forget. There is rivalry in commerce, no doubt, but there is also a substantial and growing interdependence.

No Continental nation is commercially more necessary to us than Germany. She is our best foreign customer, and we are hers. In spite of the evil forces we see at work in every land, the foundations of European peace are laid more broadly and more deeply every year. The interlacing of interests, the complexity of modern life, the improvements in communication, the expansion of knowledge, of culture, and of comfort, the movement among individuals of every class — all point to a greater security, to a surer confidence, and to larger and more obvious forms of common interest between every country, and between few countries more than between Germany and ourselves.

If a serious antagonism is gradually created between the two peoples it will not be because of the workings of any natural or impersonal forces, but through the vicious activity of a comparatively small number of individuals in both countries and the culpable credulity of larger classes. It becomes the first duty of men of light and leading to resist these nightmare moods, to repel hateful and deluded acceptances, and to deny all countenance to that spirit of distrust which, without any physical embodiment, has already sensibly darkened the outlook of mankind." Vgl. dazu W. S. Churchill,

Nr. 10299

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 20. April 1909

Ich höre zu meinem Bedauern, daß Sie zurzeit nicht wohl sind, und hoffe, daß Ihre Wiederherstellung nicht lange wird auf sich warten lassen. Wenn Sie glauben, reisefähig zu sein, möchte ich Sie bitten, hierher zu kommen, da es mein Wunsch ist, mit Ihnen die Fragen zu besprechen, die den Gegenstand meines Erlasses Nr. 804* vom heutigen Tage bilden. Ich sehe keine Bedenken, daß Sie Ihren Posten zu dem gedachten Zweck unter der Hand für kurze Zeit verlassen. Hegen Sie aber den Wunsch, einen längeren Erholungsurlaub anzutreten, so stelle ich Ihnen die Einreichung eines entsprechenden Urlaubsgesuches anheim, das ich gern bereit bin Seiner Majestät dem Kaiser befürwortend zu unterbreiten. Ihrer Abreise vor formeller Genehmigung desselben steht indessen meines Erachtens nichts im Wege. Es wird sich übrigens empfehlen, daß Sie, um zu vermeiden, daß Ihr Hierherkommen irgendwie auffällt, dort sagen, es handle sich um den gewohnten Osterurlaub, den Sie alljährlich anzutreten pflegten**.

Bülow

The World Crisis 1911—1914, p. 37s. Churchill bestätigt hier, daß er im Jahre 1909 in scharfem Gegensatze zu der eigenen Admiralität gestanden habe: „I could not agree with the Admiralty contention that a dangerous situation would be reached in the year 1912. I found the Admiralty figures on this subject were exaggerated. I did not believe that the Germans were building Dreadnoughts secretly in excess of their published Fleet Laws. I held that our margin in pre-Dreadnought ships would, added to a new programme of four Dreadnoughts, assure us an adequate superiority in 1912, ‚the danger year' as it was then called." Und obwohl Churchill im Lauf der Zeit seine Auffassung über Deutschlands Endziele beim Flottenbau zu dessen Ungunsten geändert hat, gesteht er doch ausdrücklich zu: „Looking back on the voluminous papers of this controversy in the light of what actually happened, there can be no doubt whatever that, so far as facts and figures were concerned, we" — Churchill meint sich und den mit ihm auf gleichem Boden stehenden Chancellor of the Exchequer Lloyd George — „were strictly right. The gloomy Admiralty anticipations were in no respect fulfilled in the year 1912. The British margin was found to be ample in that year. There were no secret German Dreadnoughts, nor had Admiral von Tirpitz made any untrue statement in respect of major construction."

* Siehe Nr. 10298.

** Am 22. April telegraphierte Graf Metternich zurück, daß er ernstlich erkrankt sei, vor etwa acht Tagen überhaupt nicht reisen und auch dann nicht zur Besprechung von Geschäften nach Berlin kommen könne; er bitte, die Reise dorthin bis Ende Mai aufschieben zu dürfen. Am 23. April ermächtigte Fürst Bülow darauf Graf Metternich, von der Ausführung des Erlasses vom 20. April (siehe Nr. 10298), wenn er sich dazu nicht imstande fühle, bis auf weiteres abzusehen. Der Kaiser genehmigte am gleichen Tage von Korfu aus einen einmonatigen Urlaub für Graf Metternich, sprach jedoch Bedenken dagegen aus, daß der erste Botschaftssekretär von Kühlmann, der erst sechs Monate in England sei und daher Land und Leute noch zu wenig kenne, den

Nr. 10300

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Korfu

Telegramm. Konzept

Nr. 13 Berlin, den 5. Mai 1909

Geheim

Zur persönlichen Information und eventueller Regelung Deiner Sprache.

Bei dem bevorstehenden Besuche Seiner Majestät in Malta* wie bei einem etwaigen Besuch der Königin Alexandra und der Kaiserin Feodorowna in Korfu ist es natürlich von höchster Bedeutung, daß Seine Majestät sich in allen Gseprächen Vorsicht und Zurückhaltung auferlegt. Namentlich darf Seine Majestät nicht die Flottenfrage oder den Abschluß eines Abkommens mit England berühren. Die Folgen könnten sonst unberechenbare sein! Sprich mit Plessen, Müller und nötigenfalls auch mit Valentini** in diesem Sinne. Wenn (wider Erwarten) die Engländer aus eigener Initiative die Frage berühen sollten, so würde ihnen am besten nur erwidert werden, daß, wer auf deutscher Seite bei Seiner Majestät dem Kaiser, der deutschen Regierung oder dem deutschen Volke an aggressive Absichten glaube, einfach verrückt sei. Kein Mensch bei uns denke an Angriffe gegen England, Einfall in England oder ähnlichen Blödsinn.

Auch in dem, was Seine Majestät über Rußland sagt, empfiehlt es sich, die allergrößte Vorsicht zu beobachten. Die Beziehungen zwischen England und Rußland sind nach unseren Informationen noch sehr intim. Über die letzte Orientkrisis wird am besten gesagt, daß Seine Majestät in erster Linie immer die Erhaltung des Weltfriedens angestrebt hat, weil ein Krieg, und nun gar ein Krieg zwischen den großen Monarchien nur der Revolution genützt und die Throne in Gefahr gebracht hätte. Von diesem ehrlichen Friedenswunsch sei auch die letzte Demarche Seiner Majestät in St. Petersburg in der serbischen Frage*** eingegeben gewesen, die in keiner Weise eine Brüskierung Rußlands oder gar des Zaren bedeutet, sondern vielmehr diesem die Möglichkeit einer ehrenvollen und friedlichen Lösung geboten hätte.

Bülow

Botschafter in wichtigen Angelegenheiten vertrete. Telegramm Freiherrn von Jenischs Nr. 19 vom 24. April. Fürst Bülow antwortete darauf, daß die Vertretung des Grafen Metternich durch Kühlmann nur für laufende Geschäfte in Aussicht genommen sei; im Falle wichtiger Besprechungen werde man den früheren ersten Sekretär der Botschaft von Stumm nach London senden. Telegramm des Reichskanzlers Nr. 4 vom 24. April an Freiherrn von Jenisch.

* Der Besuch Kaiser Wilhelms II. in Malta gelegentlich seiner Rückfahrt von Korfu fand am 10. Mai statt. Bei dieser Gelegenheit wurden zwischen ihm und König Eduard VII. herzliche Telegramme gewechselt.

** Chef des Geheimen Zivilkabinetts.

*** Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.

Nr. 10301

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 6. Mai 1909

Die Sache* ist erst nachmittags, nachdem ich von der Budgetkommission gekommen, in meine Hände gelangt. Eine eingehende Beleuchtung konnte in der kurzen Zwischenzeit noch nicht fertiggestellt werden.

Im allgemeinen werden wir den grundlegenden Gedanken des Staatssekretärs des Reichskolonialamts, nämlich die Gewinnung des englischen Vertrauens durch eine Verständigung auf kolonialem Gebiet, einerlei ob in einzelnen Fragen oder in einem Komplex, nur mit Sympathie begrüßen können, da er mit der von Ew. Durchlaucht in Aussicht genommenen Politik harmoniert.

Je mehr wir England ohne eigenen Schaden auf kolonialem Gebiet geben können, desto leichter wird eine allgemeine Verständigung und Annäherung werden, und desto mehr wird der schwierigste Punkt, die Flottenverständigung, in den Hintergrund treten. Es wird freilich viel darauf ankommen, unsere Angebote an England in eine Form zu bringen, welche von vornherein etwaigem Mißtrauen vorbeugt, als wollten wir England in Sicherheit wiegen und hinter dem Vorhang kolonialer Verhandlungen eine

* Es handelt sich um eine von dem Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg unter dem 6. Mai eingereichte Denkschrift, in der ein deutsch-englisches Abkommen über Afrika als Grundlage für eine anzustrebende englisch-deutsche Verständigung empfohlen wird. Es heißt in der Denkschrift u. a.: „Meines Erachtens hat Deutschland ein Interesse daran, gegenwärtig die englische Regierung möglichst am Ruder zu halten. Ein imperialistisches, schutzzöllnerisches Kabinett mit allgemeiner Wehrpflicht und übertriebenen Flottenbauten wird Deutschland nicht nur direkten Schaden bringen können, sondern auch eine allgemeine Temperatur erzeugen, die für den Frieden Europas gefährlich ist. Die Gegner des englischen Kabinetts arbeiten mit der Furcht vor einem deutschen Angriff, und sie haben eine von einer selbstbewußten Nation kaum erwartbare Nervosität bereits gezeitigt. Es erscheint dringend erwünscht, diese Stimmung zu dämpfen. Nachdem Deutschland als kolonialer Nachbar als vollwertig anerkannt ist, könnte ein deutsch-englisches Afrikaabkommen, von Deutschland vorgeschlagen, dazu dienen, wenn dasselbe für alle aneinander grenzenden Interessensphären in wichtigen Dingen Kooperation und Unterstützung feststellt, die Solidarität der Interessen betont, den beiderseitigen Besitzstand als Folge der Grenzregulierungen erneut garantiert und für gemeinsame Fragen gemeinsame Arbeit vorsieht. Welcher Umfang einem solchen Abkommen gegeben werden sollte, welche Fragen einbeschlossen werden müssen, kann ich diesseits nicht beurteilen, und es ist durchaus möglich, auch andere Fragen wie afrikanische gleichzeitig zu regeln. Aber ich würde es nicht empfehlen, weil dadurch die Linie, daß ein Akt der Freundlichkeit beabsichtigt wird, verwischt wird. Die moralische Wirkung eines solchen Abkommens müßte doch der Eindruck sein, daß Deutschland es nicht darauf absehen kann, das englische Weltreich zu erschlagen, indem es es in der Suprematie zur See und im Handel niederdrückt, wenn es aus eigener Intitiative Vorschläge macht über eine gemeinsame Arbeit in dem Aufbau ihrer beiderseitigen afrikanischen Reiche. Das wird im liberalen Kabinett eine wesentliche Stütze sein und den Druck, den ‚Flottenrüster' auszuüben wünschen, wesentlich vermindern."

europäische englandfeindliche Politik treiben. Meines Erachtens dürften also die kolonialen Angebote erst in Verbindung mit anderen Anerbietungen an England herangebracht werden.

Dernburg hat mir schon vorgestern seine Gedanken entwickelt. Ich habe ihm — vorbehaltlich Ew. Durchlaucht Zustimmung — gesagt, daß sie mir in unsere allgemeine, ein besseres Verhältnis zu England anstrebende Politik gut zu passen schienen. Die konkrete Absicht einer allgemeinen, koloniale und andere Fragen, namentlich auch die Flottenfrage umfassenden Verständigung mit England habe ich auch Dernburg gegenüber verschweigen zu sollen geglaubt.

v. Schoen

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Ich habe Dernburg gebeten, uns das Material für Verhandlungen mit England über koloniale Fragen vorzubereiten.

8./5. v. Sch.

Nr. 10302

*Notiz des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen**

Eigenhändig. Unsigniert und undatiert

[pr. 6. Mai 1909]

1.) Politisches Abkommen, sei es
   a) Bündnis
   b) Neutralitätsabkommen
   c) Entente
2.) Handelsabkommen
3.) Koloniales Abkommen
4.) Flottenabkommen

Gleichzeitig:

Verständigung über Bagdadbahn
Verständigung über Kapitulationen in Ägypten
Eventuell Abkommen über Seebeuterecht.**

---

* Die Notiz Freiherrn von Schoens steht offenbar ebenso wie die unter der folgenden Nummer zusammengefaßten Entwürfe zu einem politischen Abkommen zwischen Deutschland und England in Zusammenhang mit der Entsendung des Vortragenden Rats von Stumm nach London (29. April bis 6. Mai), über die dessen Aufzeichnung vom 7. Mai (siehe Nr. 10304) näheren Aufschluß gibt. Die in der Notiz Freiherrn von Schoens ebenfalls vorgesehenen Entwürfe für ein Handelsabkommen, ein Kolonial- und ein Flottenabkommen liegen nicht vor; sie sind offenbar nicht zur Niederschrift gelangt.

** Die Aufnahme des Seebeuterechts in das Verständigungsprogramm hat eine eigene Vorgeschichte. Im Hinblick auf die Rede Sir E. Greys vom 29. März, in der auch die Frage einer eventuellen deutsch-englischen Verständigung über das Seebeuterecht gestreift war (vgl. Kap. CCXXI Nr. 10293, Fußnote ***), hatte Fürst Bülow in einem Telegramm aus Venedig vom 9. April um Auskunft über den Standpunkt des Auswärtigen Amts und des Reichsmarineamts in dieser Frage gebeten. Am 13. April war dem Fürsten darauf durch Telegramm Nr. 8 die deutsche Haltung auf der Haager Konferenz (vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXXII) ausführlich dargelegt worden; seitdem habe keine Erörterung der Frage mehr stattgefunden. Noch am gleichen Tage folgte diesem Telegramm ein Zusatz, um dessen Einfügung der hin und wieder vom Auswärtigen Amt noch zu Rate gezogene Holstein den Unterstaatssekretär Stemrich gebeten hatte: nach dem Telegramm des Fürsten

Nr. 10303

*Entwürfe zu einem politischen Abkommen zwischen Deutschland und England**

A) Defensivbündnis

Les Gouvernements . . . . . animés du désir de maintenir le statu quo territorial de leurs possessions et de leurs colonies et de contribuer à la consolidation et au maintien de la paix générale, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs Etats.

Elles s'engagent à procéder à un échange d'idées sur les questions politiques et économiques d'une nature générale qui pourraient se présenter, et se promettent en outre leur appui mutuel dans la limite de leurs propres intérêts.

Article II.

Dans le cas où l'une des Hautes Parties contractantes, sans provocation de sa part, serait attaquée par une ou plusieurs Grandes Puissances, l'autre Partie contractante sera tenue à prêter à la Partie attaquée secours et assistance avec toutes ses forces. Dans ce cas, les Hautes Parties contractantes se concerteront en temps utile sur les mesures militaires à prendre en vue d'une coopération éventuelle.

Elles s'engagent, dès à présent, dans tout les cas de participation commune à une guerre, à ne conclure ni armistice, ni paix, ni traité, que d'un commun accord entre elles.

Article III.

Dans les cas où, en vertu d'une convention antérieurement conclue avec une autre Grande Puissance, l'une des Hautes Parties contractantes se verrait forcée de prêter son secours militaire à cette Puissance, l'autre Partie s'oblige à observer à l'égard de son allié une neutralité bienveillante.

Article IV.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à ne conclure sans accord préalable aucun arrangement avec une autre Grande Puissance au préjudice des principes énoncés dans le préambule du présent traité.

B) Neutralitätsabkommen

Les Gouvernements . . . . . animés d'un égal désir de contribuer à la paix générale et au maintien du statu quo territorial de leurs possessions par une entente destinée à assurer la position défensive de leurs Etats respectifs sont convenus des articles suivants:

Bülow sei anzunehmen, daß er durch Annäherung in dieser und ähnlichen Fragen eine Verständigung mit England herbeiführen wolle; da sei es geraten, in die Instruktion an Graf Metternich einen Satz einzufügen, der verhüte, daß eine Anregung dieses Gegenstandes zu einer englischen Antwort führe, die „zu einer Vermehrung des bestehenden Mißtrauens bzw. der berechtigten deutschen Empfindlichkeit beitrage".

* Vgl. Nr. 10302, Fußnote *.

Article I.

Les Hautes Parties contractantes se promettent mutuellement paix et amitié et n'entreront dans aucune alliance ou engagement dirigé contre l'un de leurs Etats.

Article II.

Si une des Hautes Parties contractantes se trouvait être engagée dans une guerre avec une ou plusieurs Grandes Puissances, l'autre maintiendra à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit.

Article III.

Les dispositions contenues dans les articles précédents ne s'appliqueraient pas à une guerre contre le . . . . . l' . . . . . l' . . . . . , dans le cas où cette guerre résulterait d'une attaque dirigée contre l'une de ces dernières Puissances par l'une des Hautes Parties contractantes. Dans ce cas les Hautes Parties contractantes regagneraient leur pleine liberté d'agir en conformité des obligations que leur imposent leurs conventions antérieurement conclues avec les dites Puissances, tant que ces conventions resteront en vigueur.

C) Entente

Les Gouvernements . . . . . animés du désir de consolider les liens d'amitié et de bon voisinage existant entre leurs Etats et de contribuer par là à la conservation de la paix

reconnaissent que leur politique par rapport à toutes leurs possessions a pour objet le maintien du statu quo territorial actuel et déclarent en conséquence qu'ils sont fermement résolus à conserver intacts et à respecter scrupuleusement les droits souverains de leurs Majestés . . . . . sur toutes leurs possessions continentales et insulaires.

Dans le cas où d'après l'opinion d'un des deux Gouvernements le statu quo territorial de leurs possessions venait à être menacé par des événements quelconques, ils entreront en communication pour se concerter sur les mesures qu'ils jugeraient utiles de prendre dans l'intérêt du maintien du statu quo de leurs possessions.

Nr. 10304

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wilhelm von Stumm

Reinschrift

Ganz geheim Berlin, den 7. Mai 1909

Nach meinem Eintreffen in London* suchte ich zunächst verschiedene mit den maßgebenden Stellen in Fühlung stehende Persönlichkeiten, unter andern Mr. Spender** und Sir Ernest Cassel auf, um mich über die allgemeine Stimmung zu unterrichten. Ich begegnete der Auffassung,

* 30. April.

** J. Alfred Spender, Editor der „Westminster Gazette".

daß die Erregung der öffentlichen Meinung in England über unsere Flottenrüstung ihren Höhepunkt überschritten habe, ersichtlich in der Abnahme begriffen sei, und daß auch aus Anlaß der noch in beiden Häusern des Parlaments bevorstehenden Flottendebatten so starke Ausdrücke der Germanophobie wie in den letzten Wochen nicht wieder zu erwarten seien. Diese Auffassung wurde damit begründet, daß eine Beruhigung der öffentlichen Meinung eingetreten sei, nachdem die liberale Regierung habe erkennen lassen, daß sie entschlossen sei, für die Aufrechterhaltung der englischen Suprematie zur See dasjenige zu tun, was das englische Volk für erforderlich halte. Die gleiche beruhigende Wirkung habe der Zusammentritt der Enquetekommission über den Zustand der Flotte ausgeübt. Die Beruhigung werde in dem Grade zunehmen, in dem die absolute Überlegenheit der englischen Flotte über die deutsche Flotte in der Zukunft werde sichergestellt werden. Ich begab mich auf Grund dieser Unterredungen zu Sir Charles Hardinge mit dem Eindruck, daß die liberale Regierung auf dem Wege sei, auf den Gedanken einer Verständigung mit uns endgültig zu verzichten, und daß daher keine Zeit zu verlieren sei, die Hoffnung auf die Möglichkeit einer solchen neu zu beleben, um die englische Politik daran zu verhindern, endgültig Bahnen einzuschlagen, auf denen eine Umkehr nur schwer wieder möglich sein würde.

Ich leitete meine Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär, die sich zunächst den jüngsten Ereignissen im Orient zuwandte, nach einiger Zeit auf die deutsch-englischen Beziehungen über, in dem ich zu Sir Charles Hardinge äußerte, England habe in letzter Zeit wieder einmal unter dem Zeichen eines ordentlichen naval scare gestanden. Sir Charles Hardinge protestierte gegen diesen Ausdruck; es handele sich nicht um einen scare, sondern um die berechtigte Beunruhigung, die der Bau einer über unser Bedürfnis hinausgehenden (excessive) Flotte in England hervorrufen müsse. Die Regierung habe die Tatsachen, wie sie nun einmal lägen, dem Lande nicht vorenthalten können, sondern klar darlegen müssen, und daher sei die Erregung zu erklären, die entstanden sei. Ich bemerkte, unser Flottenprogramm sehe nur das vor, was wir von unserem Standpunkte für nötig hielten; im übrigen könne ich die Ereignisse der letzten Wochen nur außerordentlich bedauern. Abgesehen von der feindseligen Stimmung gegen Deutschland, wie sie im ganzen Lande und ganz besonders in der Presse zutage getreten sei, hätten auch verschiedene Äußerungen der leitenden englischen Staatsmänner wie die Sir Edward Greys und Mr. Asquith' in Glasgow* ungeachtet der zahlreichen und weitgehen-

* Am 17. April 1909 hatte Asquith in Glasgow eine Rede gehalten, die weniger von dem Geist des Entgegenkommens gegen Deutschland getragen war als etwa die Rede Sir E. Greys vom 29. März. Das Schwergewicht der Rede lag in den Worten: „The British Navy is at this moment, and must in the immediate future continue to be overwhelmingly superior both in material and in personnel, not only to any single fleet, but also to any combination of fleets that can possibly be brought against it." Auch die Reden, die Sir E. Grey nach dem Abschluß der Marinedebatten im Unterhause im Lande hielt, waren auf einen ähnlichen Ton gestimmt.

den Erklärungen, die wir aus freien Stücken abgegeben hätten, ein starkes Mißtrauen gegen unsere Flottenpläne erkennen lassen, ein Mißtrauen, das natürlich nicht habe verfehlen können, die öffentliche Meinung in England ungünstig zu beeinflussen; die zurzeit in England herrschende Stimmung könne natürlich nicht zu einer Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen, die nicht als normale angesehen werden könnten. Ich hielte es aber für dringend wünschenswert und im deutschen wie im englischen Interesse gelegen, daß der durch nichts begründete, auf keinen politischen Gegensätzen von irgend welcher Bedeutung beruhende, infolgedessen vollständig absurde Zustand der Spannung, der beiden Ländern den größten Schaden zufüge, endlich beseitigt werde. Meine Ansichten hierüber seien ihm übrigens längst bekannt, ich könne ihm aber, nachdem ich jetzt vier Monate in Deutschland gewesen sei und Gelegenheit gehabt hätte, die Ansichten der amtlichen Stellen bei uns sowie die Stimmung in den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung kennen zu lernen, versichern, daß überall bei uns der gleiche aufrichtige und entschiedene Wunsch nach einem Wandel in den deutsch-englischen Beziehungen bestehe. Angesichts der in England herrschenden Germanophobie müsse es aber sehr fraglich erscheinen, ob dieser Wunsch so bald Erfüllung finden könne. Sir Charles Hardinge wandte hier ein, er könne nur wiederholen, daß die zurzeit in England herrschende Stimmung ausschließlich auf unsere Flottenpolitik zurückzuführen sei und so lange anhalten werde, als wir an derselben festhielten; er habe das so oft und insbesondere dem Grafen Metternich ausgesprochen, daß er nur noch ungern an das Thema der deutsch-englischen Beziehungen herantrete. Ich erwiderte Sir Charles Hardinge, daß ich ihm damit nicht recht geben könne, daß lediglich unsere Flottenpolitik an dieser Stimmung schuld sei; unsere Flottenentwickelung habe in den letzten Jahren zwar dazu beigetragen, dieselbe erheblich zu verschärfen, tatsächlich gehe aber der Antagonismus gegen uns in England viel weiter zurück, er reiche bis zum Krügertelegramm und sei zum großen Teil das Produkt einer systematischen Hetzarbeit der Maxse* und Harmsworth und Konsorten. Trotzdem sei man aber weit davon entfernt, bei uns zu verkennen, welche Rolle die Flottenfrage zurzeit in den deutsch-englischen Beziehungen spiele. Als Beweis für die Aufrichtigkeit, mit der man bei uns eine Besserung dieser Beziehungen herbeiwünsche, könne ich ihm sagen, daß selbst der Gedanke, der — gänzlich unbegründeten — englischen Nervosität wegen unserer Flotte bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, bei uns an Boden gewinne; auch hielten es die maßgebenden deutschen Stellen im Prinzip wohl für denkbar, daß es schließlich vielleicht möglich sein werde, bezüglich einer Verständigung in der Flottenfrage den englischen Wünschen entgegenzukommen (that it might be possible, after all, to come to some understanding with regard to the naval question). Eine solche Verständigung sei aber, wie er selbst zugeben werde, undenkbar, solange man

* Editor der „National Review".

in England fortfahre, uns gegenüber eine gehässige und drohende Sprache zu führen; denn wir könnten uns nicht dem aussetzen, von unserer öffentlichen Meinung beschuldigt zu werden und in der ganzen Welt den Eindruck hervorzurufen, daß wir unter einem von England ausgeübten Drucke und unter dem Einfluß englischer Drohungen gehandelt hätten. Der Verständigungsgedanke werde daher nur dann der Verwirklichung näher gebracht werden können, wenn in England eine Beruhigung der öffentlichen Meinung eingetreten sei und die gehässige Stimmung gegen uns einer freundlicheren Platz gemacht hätte; darauf hinzuwirken werde die Aufgabe der englischen Regierung sein müssen. Sir Charles Hardinge erwiderte mir, er müsse bestreiten, daß die Sprache in England gegen uns eine drohende sei; die Stimmung sei lediglich eine erregte infolge unserer Flottenpolitik, die englische Regierung habe uns aber wiederholt, jedoch vergeblich zu erkennen gegeben, welches das Mittel zur Beschwichtigung dieser Erregung sei. Wenn jetzt in den Anschauungen der deutschen Regierung in dieser Hinsicht ein Wandel eingetreten sei, so könne er nur sagen, daß, wenn in irgend einer Weise erkennbar werde, daß wir das Tempo unseres Flottenbaues verlangsamten, die englische Regierung auch das Tempo des Ausbaus ihrer Flotte verlangsamen werde; an uns aber sei es, den Anfang zu machen. Ich habe dem Unterstaatssekretär gesagt, daß die hier gegen uns geführte Sprache ganz zweifellos stellenweise eine drohende gewesen sei, auch werde eine Verständigung in der Flottenfrage den beabsichtigten Erfolg nicht zu erzielen vermögen, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer allgemeinen politischen Annäherung Englands und Deutschlands verknüpft sein werde. Bleibe der Grundton der englischen Politik uns feindselig, so würden die englischen Jingos ein Entgegenkommen Deutschlands gegen die englischen Wünsche als einen Erfolg ihrer chauvinistischen Propaganda ansehen und erklären, daß Deutschland das Rennen aufgegeben habe, nachdem es eingesehen habe, daß es dasselbe doch nicht habe gewinnen können. In Deutschland aber werde man gegen die Regierung den Vorwurf der Schwäche erheben, eine Reaktion gegen die für England günstige Stimmung einsetzen, der Flottenverein wieder Oberwasser bekommen, und es sei dann zu befürchten, daß die Dinge sich in einer Weise zuspitzen würden, daß sie einer ernsten Krisis zutrieben. Ich könne ihm nur erneut versichern, daß in der Flottenfrage der Verständigungsgedanke an unseren maßgebenden Stellen einer prinzipiellen Ablehnung nicht mehr begegne, wenn man sich auch über die großen Schwierigkeiten klar sei, die, wie er sich das denken könne, der Verwirklichung desselben auch bei uns noch im Wege ständen. Sei der englischen Regierung daher an einer Besserung ihres Verhältnisses zu uns etwas gelegen, so müsse sie zunächst den Boden durch eine Besserung der in England herrschenden Stimmung für eine Annäherung an uns vorbereiten; dazu gehöre vor allem, daß sie sich von dem Mißtrauen gegen uns freimache. Ich richte an ihn die Frage, welchen Zweck wohl Deutschland mit dem so viel gefürchteten Einfall in England ver-

folgen könne; ich sähe nicht, was wir für einen Nutzen von einer temporären Besetzung des englischen Festlandes haben könnten. Sir Charles Hardinge erwiderte, Kriege würden nicht nur zum Zwecke territorialer Erwerbungen geführt; England könne das Gefühl nicht ertragen, in Abhängigkeit von einer anderen Macht zu geraten. Das werde aber der Fall sein, wenn es angesichts einer enormen deutschen Flotte von 38 Schlachtschiffen, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe, seine eigene Flotte in den heimischen Gewässern etwa auf dem Stand von 20 Schiffen halten und das übrige in das Ausland entsenden wollte. Entstehe dann ein Konflikt irgend welcher Art, so würde England jedem Druck von deutscher Seite nachgeben müssen. Ich habe Sir Charles Hardinge gesagt, in der gleichen Lage befänden wir uns zurzeit England gegenüber, da dieses jederzeit über unsere Flotte herfallen und sie vernichten könne. Der Unterstaatssekretär erwiderte, der Unterschied sei nur der, daß England keine Armee in Deutschland landen könne, wohl aber umgekehrt Deutschland in England. Es handele sich somit für England um eine Existenzfrage; auch sei es völlig ausgeschlossen, daß England in der geschilderten Weise jemals von seiner Überlegenheit zur See Gebrauch machen werde; er berufe sich in dieser Hinsicht auf die englische Geschichte der letzten 80 Jahre. Ich bemerkte Sir Charles Hardinge, er könne versichert sein, daß auch uns aggressive Absichten mit unserer Flotte durchaus fern lägen; wir erkennten vollständig an, daß England ein berechtigtes Interesse an der Aufrechterhaltung seiner Suprematie zur See habe, und wir dächten gar nicht daran, derselben zu nahe treten zu wollen. Es sei ihm bekannt, daß ich mich immer bemüht hätte, im Sinne einer deutsch-englischen Annäherung tätig zu sein; aus diesem Grunde hätte ich mich ihm gegenüber ganz offen aussprechen und ihn auf die günstigen Dispositionen aufmerksam machen wollen, die bei uns bezüglich einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen beständen; der Weg hierzu sei offen; er möge nun auch seinerseits etwas zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Als ich den Unterstaatssekretär verließ, erwartete mich ein Bote Sir E. Greys, der mir sagte, der Minister hätte von meiner Anwesenheit gehört, er lasse mich bitten, ihn im Laufe des Nachmittags aufzusuchen. Ich nahm mir vor, Sir E. Grey gegenüber die Flottenfrage nicht zu berühren, um den privaten Charakter meiner Äußerungen zu Sir Charles Hardinge nach Möglichkeit zu wahren. Meine Absicht wurde indessen dadurch vereitelt, daß der Minister nach einer kurzen Unterhaltung in medias res mit der Bemerkung überging: „Well we have not come to a naval understanding yet." Im Verlauf der an diese Bemerkung anknüpfenden Unterhaltung sagte ich dem Minister, ich hielte es nicht für unmöglich, daß wir schließlich doch noch einmal zu einer Verständigung in der Flottenfrage kommen würden. Ich sei in dieser Hinsicht sogar ziemlich optimistisch. Ich könne ihm nämlich auf Grund der Eindrücke, die ich in den letzten Monaten in Deutschland gewonnen hätte, ver-

sichern, daß in ganz Deutschland der aufrichtige Wunsch nach einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen bestehe, und wenn in England auch einmal eine bessere Stimmung uns gegenüber Platz greifen sollte, so sehe ich nicht ein, warum man nicht auch zu einer Verständigung selbst in der Flottenfrage kommen könnte.

Sir Edward Grey meinte, es werde das sehr erheblich von der Haltung der Presse abhängen. Mitunter kläre sich ganz plötzlich der Himmel auf, und aus den Wolken breche die Sonne hervor. Ich erwiderte dem Minister, daß die verantwortlichen Staatsmänner in England hierzu meines Erachtens sehr viel beitragen könnten, wenn sie in ihren Äußerungen gelegentlich freundliche und vertrauensvolle Gefühle für Deutschland an den Tag legten; denn die Meinung der leitenden Minister könne nicht umhin, auf die öffentliche Meinung in allen Ländern einen großen Einfluß auszuüben. Eine Flottenverständigung allein ohne eine gleichzeitige Besserung der allgemeinen politischen Beziehungen werde aber meines Erachtens nicht nur nicht nützlich, sondern sogar bedenklich sein, da es die chauvinistischen Parteien hüben und drüben zu einer erneuten Propaganda ermutigen würde und damit die Dinge einer gefährlichen Krisis zutreiben könnten. Nur bei einer gleichzeitigen allgemeinen politischen Annäherung könne meines Erachtens dem Gedanken an eine solche näher getreten werden. Bei der völligen Abwesenheit erheblicher politischer Gegensätze zwischen Deutschland und England hielte ich eine solche für sehr wohl denkbar und im Interesse beider Länder für wünschenswert. Auch hätten die Ereignisse der letzten Zeit im Orient, bei denen Deutschland und England in verschiedenen Lagern gestanden hätten, gezeigt, daß sie, auch wenn sie in gewissen politischen Fragen nicht übereinstimmten, darum doch nicht in Konflikte zu geraten brauchten. Der Minister meinte darauf, wir hätten uns auf parallelen Linien bewegt; die Haltung Englands sei dadurch erleichtert worden, daß Graf Metternich von vornherein erklärt habe, daß Deutschland unbedingt an der Seite Österreichs ausharren werde; die Rolle Englands habe sich darauf beschränkt, in der Türkei und Serbien mäßigend zu wirken, während wir auf Österreich mäßigend eingewirkt hätten*. Der Minister verfiel dann in ein längeres nachdenkliches Schweigen, das er mit der Bemerkung unterbrach, Europa sei in zwei Lager geteilt; das Gleichgewicht der Kräfte dürfe nicht verschoben werden, alle Mächte aber in ein Lager zu vereinigen, werde sehr schwierig sein. Ich sagte dem Minister, die Gegensätze zwischen den beiden Mächtegruppen hätten sich in der letzten Zeit erheblich gemildert; gerade anläßlich der jüngsten Ereignisse im Orient sei überall ein großes Friedensbedürfnis hervorgetreten; insbesondere seien auch, seitdem die Marokkofrage aus der Welt geschafft sei**, zwischen uns und Frankreich Friktionen nicht mehr zu befürchten. Europa sei seit dem Abschluß der französisch-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI.

** Durch das Abkommen vom 9. Februar 1909. Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXXII.

russischen Allianz Anfang der neunziger Jahre in zwei Lager geteilt; trotzdem seien bis vor wenigen Jahren die Beziehungen Englands zu Deutschland freundschaftliche und vertrauensvolle gewesen; ich sei der Ansicht, daß dieses Verhältnis wiederhergestellt werden könne, ohne daß die Beziehungen Englands zu anderen Mächten dadurch irgendwie beeinträchtigt zu werden brauchten. Natürlich sei es dazu erforderlich, daß man sich in England zunächst von dem gegen uns bestehenden Mißtrauen freimache. Ich könne unter diesem Gesichtspunkte, wenn er mir erlauben wolle, mich ganz offen auszusprechen, nur sehr bedauern, daß er selbst ebenso wie der Premierminister unlängst in Glasgow mit sehr erheblichen Vorbehalten ihr Vertrauen in die Erklärungen zu erkennen gegeben hätten, die wir ihnen in so reichem Maße über unsere Flottenpläne hätten zuteil werden lassen. Diese Erklärungen seien von uns abgegeben worden ohne jede reservatio mentalis. Wenn wir erklärten, an unserem gegenwärtigen Flottenprogramm festhalten zu wollen, so könnten wir das nicht in der Absicht, dasselbe insgeheim dennoch abzuändern. Gewiß könne der zwar sehr unwahrscheinliche Fall eintreten, daß zum Beispiel erhebliche Verstärkungen der französischen und der Neubau der russischen Flotte unsere Admiralität veranlassen könnten, in die Erwägung der Frage einzutreten, ob nicht unser gegenwärtiges Flottenprogramm dennoch zu verändern sei; keinesfalls würde aber eine etwaige Abänderung desselben gegen England gerichtet sein. Denn, wie ich ihm nur erneut versichern könne, hänge unsere Flottenentwickelung in keiner Weise von den englischen Flottenbauten ab, und es sei uns völlig gleichgültig, ob England 100 Dreadnoughts und dazu noch 50 hypothetische Dreadnoughts baue oder nicht. Sir Edward Grey entgegnete mir, seine Äußerungen im Unterhause* seien lediglich damit zu erklären, daß er allen Argumenten, die von gegnerischer Seite hätten vorgebracht werden können, von vornherein habe die Spitze abbrechen müssen; er habe daher alles das in seiner Rede selbst vorgebracht, was man etwa gegen die von deutscher Seite abgegebenen Erklärungen habe einwenden können. Im übrigen hätte ich wohl gesehen, daß er auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen habe, die für die deutsche Regierung bezüglich des Abschlusses eines Flottenabkommens beständen. Darin, daß das englische Programm von dem deutschen abhängig sei, umgekehrt aber nicht das deutsche von dem englischen, liege eine der Hauptschwierigkeiten für eine Verständigung. Im übrigen sei ihm seine Haltung im Parlament dadurch sehr erschwert worden, daß ihm nur stückweise unsere Erklärungen bezüglich unserer Flottenpläne zugekommen seien. Es zeige dies, wie zweckmäßig ein Abkommen wäre, durch welches die beiderseitigen Marineattachés instand gesetzt würden, sich über den Stand der beiderseitigen Flottenbauten dauernd auf dem laufenden zu erhalten. Ich erwiderte dem Minister, auch ein Abkommen über die Informierung der beiderseitigen Marineattachés werde nur dann

---

* Vom 29. März; vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10293, Fußnote ***.

von Nutzen sein, wenn gleichzeitig eine allgemeine Verständigung zwischen beiden Ländern erfolge und ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens hergestellt werde. Anderenfalls werde eine einzige falsche Nachricht eines geheimen Agenten genügen, um das gegenseitige Mißtrauen wieder wach- und gegenseitige Rekriminationen hervorzurufen.

Der Minister schwieg wieder längere Zeit und äußerte schließlich, zurzeit sei wohl noch nichts zu tun, und die beiden Regierungen müßten sich darauf beschränken, möglichst offen mit einander zu verkehren. Ich bejahte dies mit dem Hinzufügen, daß es sich nur um eine allmähliche Entwickelung handeln könne und das einzige, was gegenwärtig zu tun sei, darin bestehen müsse, eine freundlichere Atmosphäre für etwaige Entwickelungen in der Zukunft zu schaffen.

Ich habe in meinen beiden Unterredungen geglaubt, das Hauptgewicht darauf legen zu sollen, den beiden englischen Staatsmännern den Gedanken näher zu bringen, daß eine eventuelle Verständigung in der Flottenfrage nur mit einer gleichzeitigen politischen Annäherung der beiden Länder denkbar sei. Seinem ganzen Naturell entsprechend nahm Sir Charles Hardinge meine Ausführungen mit ziemlicher Reserve auf und betrachtete es als seine Hauptaufgabe, immer wieder den Nachweis zu führen, daß an der ganzen unerfreulichen Lage der Dinge Deutschland und seine Flottenpolitik die Schuld trage, und daß es lediglich an uns liege, eine Wandlung in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Der Eindruck, den meine Darlegungen auf Sir Edward Grey machten, trat in äußerlich viel wahrnehmbarerer Form in die Erscheinung. Ich versuchte wiederholt, das Gespräch mit dem Minister abzubrechen oder auf andere Gegenstände hinzulenken, um über den Rahmen der mir gestellten Aufgabe nicht hinauszugehen; der Minister kam aber immer wieder auf die Verständigungsfrage zurück. Am bemerkenswertesten erscheint mir die Abneigung gegen eine Modifizierung der bestehenden politischen Kombinationen zwischen den Mächten, die sofort bei ihm hervortrat, als ich ihm die Notwendigkeit einer größeren politischen Annäherung Englands an uns ausgesprochen hatte. Die englische Regierung wird sich nur schwer dazu entschließen, durch Anbahnung eines freundschaftlicheren Verhältnisses zu uns die Beziehungen zu kompromittieren, die sie mit der französisch-russischen Gruppe verknüpfen. Ich möchte aber auf Grund der in meinen Unterredungen gewonnenen Eindrücke und in Übereinstimmung mit dem Grafen Metternich die Ansicht äußern, daß England zu einem weitgehenden Entgegenkommen in dieser Hinsicht gegen uns bereit sein würde, wenn es möglich wäre, in der Flottenfrage Konzessionen von solcher Erheblichkeit zu machen, daß dieselben geeignet sein würden, eine wirkliche und dauernde Beruhigung der amtlichen Kreise wie der öffentlichen Meinung in England herbeizuführen.

Stumm

Nr. 10305

*Der Botschafter in London Graf von Metternich, z. Z. in Berlin, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 2. Juni 1909

In der geheimen Korrespondenz betreffend die Flottenfrage haben Euere Durchlaucht mir gestern unter anderem auch ein an Hochdieselben gerichtetes allerhöchstes Schreiben vom 4. April d. Js.** zu meiner Kenntnisnahme vorzulegen geruht.

Dasselbe enthält die Anklagen gegen mich,

1. Daß ich die dem englischen Minister abgegebene Versicherung, weder Seine Majestät der Kaiser noch die Kaiserliche Regierung beabsichtigten über den durch Gesetz festgelegten und begrenzten Umfang unseres Flottenprogramms hinauszugehen, nicht genügend als Mittel zu Konzessionen englischerseits verwertet hätte. Ich hätte für diese Konzession nichts gefordert und nichts erhalten. Dadurch sei unsere Position in der Flottenfrage England gegenüber verschlechtert worden, insbesondere auch mit Bezug auf eine eventuell im Jahre 1912 einzubringende Novelle zum Flottengesetz.

Derselbe Gedanke findet sich in dem an Euere Durchlaucht gerichteten Schreiben des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts*** entwickelt, und es hat derselbe in diesem Sinne Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten.

Demgegenüber gestatte ich mir festzustellen, daß ich bei meiner jetzigen Anwesenheit in Berlin, Ende Mai — Anfang Juni, zum ersten Male von einer eventuellen Novelle zum Flottengesetz für das Jahr 1912 erfahre, meine Besprechung mit dem englischen Minister aber bereits im verflossenen Winter stattfand.

Diese beruhte auf dem mir Ende vorigen Sommers persönlich von Seiner Majestät dem Kaiser wie auch von Euerer Durchlaucht erteilten Auftrage, den englischen Ministern bei sich darbietender Gelegenheit zu erklären, daß weder Seine Majestät der Kaiser noch Seiner Majestät Regierung über den Umfang des gesetzlich festgelegten Flottenprogramms hinauszugehen beabsichtigten. Unserem Bedürfnis sei damit genügt, und unsere Finanzen erlaubten nicht mehr. Seine Majestät der Kaiser beauftragten mich, in seinem Namen diese Versicherung abzugeben.

---

* Ende Mai war Botschafter Graf Metternich in Berlin eingetroffen, um an den in Aussicht genommenen Beratungen über die Flottenfrage teilzunehmen. Das Schreiben ist veröffentlicht bei A. v. Tirpitz a. a. O., S. 155f.

** Es handelt sich um das Schreiben des Kaisers vom 3. April; siehe Nr. 10294.

*** Graf Metternich denkt wohl an das Tirpitzsche Schreiben vom 4. Januar 1909 (siehe Kap. CCXX, Nr. 10247).

Irgend eine Konzession dabei zu erlangen, war gar nicht beabsichtigt. Sie sollte nur zur Beruhigung dienen. Ähnliche Erklärungen haben wir wiederholt abgegeben, so auch noch Euere Durchlaucht im verflossenen Winter im Reichstage. Auch Seine Majestät selbst, wenn ich recht unterrichtet bin, in seinem Briefe an Lord Tweedmouth*.

2. Daß ich von der englischen Regierung nicht den Ausdruck der Entschuldigung erzwungen hätte für das unkonstitionelle Verhalten Sir Charles Hardinges in seiner Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser in Friedrichshof.

Seine Majestät hat mir diese Unterredung Ende vorigen Sommers erzählt, ebenso daß derselben einige Stunden später eine freundschaftliche Unterredung auf dem Sofa und die allerhöchste Verleihung des Roten Adlerordens I. Klasse an den englischen Unterstaatssekretär folgte. Seine Majestät deuteten mir in keiner Weise an, daß ich Genugtuung von der englischen Regierung zu fordern habe für das in Friedrichshof Vorgefallene. Auch die amtlich an mich ergangenen Weisungen enthalten nichts dergleichen. Euere Durchlaucht haben mir dagegen seinerzeit anheimgestellt, der englischen Regierung zu verstehen zu geben, daß es hier befremdet habe, daß Sir Charles Hardinge sich mit Umgehung der in Betracht kommenden amtlichen Persönlichkeiten direkt an Seine Majestät den Kaiser gewandt habe.

So weit und nicht weiter ging mein Auftrag, den ich seinerzeit bei der englischen Regierung ausgeführt habe.

Ich überlasse es ganz Euerer Durchlaucht Ermessen, ob Hochdieselben diese Aufzeichnung zur allerhöchsten Kenntnis bringen wollen. Ich bin mir wohl bewußt, daß meine Haltung in der Flottenfrage, wobei ich pflichtgemäß wiederholt darauf hinzuweisen habe, daß unser Verhältnis zu England hauptsächlich durch sie vergiftet wird, den Beifall Seiner Majestät nicht findet, und daß insbesondere auch der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts meine Haltung bei Seiner Majestät angreift. Es ist natürlich für die Leitung unserer Marine nicht erfreulich zu hören, daß unser Bautempo und unser Verhältnis zu England in Wechselwirkung stehen. Ich würde aber die Geschichte fälschen, wenn ich anders berichtete, als ich es tue, und ich kann meine Überzeugung selbst nicht für die Gunst meines Souveräns verkaufen. Auch ist es mir zweifelhaft, ob Seiner Majestät mit einer glatten und wohlgefälligen Berichterstattung gedient wäre, bis wir uns plötzlich vor einem Kriege mit England sehen.

P. Metternich

---

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXV, Nr. 8181.

Nr. 10306

*Protokoll einer Besprechung im Reichskanzlerpalais am 3. Juni 1909 über die Frage einer Verständigung mit England**

Ausfertigung

[pr. 3. Juni 1909]

Anwesend:

Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler,
Seine Exzellenz Staatsminister und Staatssekretär von Bethmann Hollweg,
Seine Exzellenz Staatsminister Admiral von Tirpitz,
Seine Exzellenz der Chef des Generalstabes General von Moltke,
Seine Exzellenz der Chef des Marinekabinetts Vizeadmiral von Müller,
Seine Exzellenz der Kaiserliche Botschafter in London Graf Wolff-Metternich,
Seine Exzellenz der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr von Schoen.

Der Herr Reichskanzler eröffnet die Besprechung nach einem kurzen Hinweis auf die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes mit Verlesung des in der Anlage abschriftlich beigeschlossenen Briefes Seiner Majestät des Kaisers vom 3. April**. In diesem Brief gibt Seine Majestät der Kaiser sein Einverständnis mit den allerhöchstihm von Admiral von Tirpitz vorgetragenen Anschauungen über eine eventuelle Verständigung mit England kund und weist den Herrn Reichskanzler an, von dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts eine Formel als Basis für Verhandlungen ausarbeiten zu lassen. Der Brief tadelt das Verhalten des Botschafters Grafen Metternich, der von den englischen Staatsmännern keine Gegenleistung für unseren etwaigen Verzicht auf eine Flottennovelle erlangt und für das inkonstitionelle Vorgehen des Sir Charles Hardinge in Kronberg keine Sühne verlangt habe. Der Herr Reichskanzler verliest hierauf ein in der Anlage gleichfalls abschriftlich beigefügtes Schreiben des Grafen Metternich***, worin dieser seine Haltung rechtfertigt.

Der Herr Reichskanzler betont, daß unter den Anwesenden von persönlicher Empfindlichkeit nicht die Rede sein dürfe und könne. Alle

* Zu dem Protokoll hat Admiral von Tirpitz, wie aus seiner Schlußbemerkung hervorgeht, seine Zustimmung nur unter der Voraussetzung geben wollen, daß die Wiedergabe seiner Ausführungen auf Grund einer großen Anzahl von ihm auf dem Original des Protokolls in Rot eingetragener Zusätze und Änderungen erfolge. Behufs größerer Übersichtlichkeit wird der Druck der einschlägigen Partien des Protokolls in zwei Spalten gegeben. Die linke Spalte bezeichnet dabei den ursprünglichen Text, die rechte die Tirpitzsche Version, die abweichenden Partien der letzteren sind durch Sperrdruck kenntlich gemacht. Zur Kontrolle vgl. auch das von dem Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller aufgenommene, jetzt bei A. v. Tirpitz, a. a. O, S. 157ff. veröffentlichte Protokoll, das die Auffassungen Tirpitz' noch schärfer heraustreten läßt.

** Siehe Nr. 10294.

*** Siehe Nr. 10305.

wären einig in dem Bestreben, Kaiser und Reich nach bestem Wissen zu dienen. Über einen Punkt aber wolle er keinen Zweifel lassen. Erste Pflicht eines Vertreters Seiner Majestät im Auslande sei, die Wahrheit zu berichten und die Verhältnisse so zu schildern, wie sie in Wahrheit lägen. Einen Botschafter, der das tue, werde er, der Reichskanzler, stets decken, unbekümmert darum, ob diese ungeschminkte Wahrheit zu hören immer angenehm sei. Es nütze auch nichts, auf den Barometer zu schelten, weil er schlechtes Wetter anzeige.

Die zunächst zur Erörterung stehende Frage war, ob der Vorschlag des Admirals von Tirpitz einer Relation von 3:4 mit Fallenlassen des Verzichts auf eine Novelle als Basis einer Verständigung mit England betrachtet werden könne. Nach der Ansicht des Botschafters würde ein derartiges an England gerichtetes Ansinnen in kürzester Frist zum Kriege führen. Der Reichskanzler hob seinerseits hervor, daß nach allen ihm zugehenden Nachrichten die Stimmung in England uns gegenüber eine sehr ernste sei. Sie sei von der Befürchtung beherrscht, daß wir im Flottenbau den Engländern gefährlich nahe kommen könnten. Unter dem Eindruck dieser Besorgnis trete uns England in letzter Zeit überall in der Welt feindlich gegenüber; es versuche auch andere Mächte in Konflikt mit uns zu treiben. Wir hätten dafür in jüngster Zeit manche Belege erhalten. Ernsthafte Leute in England sehen einen Krieg mit Deutschland kommen. Es frage sich nun, wie in einem solchen Kriege unsere Chancen liegen würden. Admiral von Tirpitz habe seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß wir einem Zusammenstoße mit England in den nächsten Jahren mit Ruhe nicht entgegensehen könnten. Da dränge sich die Frage auf, ob nicht eine Verständigung mit England möglich sei. Diplomatische Mittel genügten augenscheinlich nicht mehr, um England zu beruhigen. Eine Verständigung mit England über die Flottenbaufrage könnten wir vielleicht erreichen auf der Basis einer gegenseitigen Verlangsamung des Bautempos. Eine solche würde am besten in Verbindung mit einer Verständigung in anderen Fragen, zum Beispiel auf kolonialem Gebiet, in Handelspolitik und allgemein politischer Natur, etwa in Form eines Neutralitätsabkommens erfolgen. Unsere Beziehungen zu England seien die einzige schwarze Wolke am Horizont unserer auswärtigen Politik, der im übrigen jetzt heller sei wie seit vielen Jahren. Wir hätten seit 20 Jahren in der Welt nicht so geachtet und gefürchtet dagestanden wie jetzt. Aber das Verhältnis zu England trübe den Ausblick in die Zukunft.

Graf Metternich gibt auf Anregung des Herrn Reichskanzlers eine Schilderung der Stimmung in England. Diese sei noch vor zwei Jahrzehnten uns und dem Dreibund günstig gewesen. Durch die Krügerdepesche und die Haltung der deutschen öffentlichen Meinung während des Burenkrieges habe sie allerdings eine Trübung erfahren. Sie habe sich aber gründlich und ernstlich erst verdüstert, seitdem unsere Flottenbauten und die Agitation für diese den Engländern die immer mehr anwachsende feste Überzeugung beigebracht hätten, daß unsere Flotte eine ernste

Bedrohung für England bedeute, für welches die absolute Sicherheit und Überlegenheit auf maritimem Gebiet nun einmal eine Lebensfrage sei. Nicht die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wenn sie auch den Engländern unbequem, wäre es, welche die tiefgehende Verstimmung erzeugt habe, sondern lediglich die deutsche Flottenpolitik.

Admiral von Tirpitz meint, daß sich in dem Briefe Seiner Majestät und dessen Auslegung vielleicht Mißverständnisse finden könnten. Er selbst sei stets bemüht gewesen, bei Seiner Majestät eine Verständigung mit England zu befürworten. In diesem Sinne habe er auch im vorigen Herbst den Vorschlag einer Relation von 3:4 in Neubauten gemacht. Damals hätte der Vorschlag wohl Aussicht auf Annahme seitens Englands gehabt, da die Engländer damals nur 4 neue Schiffe bauen wollten. Jetzt sei dies anders. Den Verzicht auf eine Novelle für 1912 möchte er vorläufig noch nicht aus der Hand geben. Die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England sei nicht so drohend, wie Graf Metternich es schilderte, die Verstimmung der Engländer wurzele nach seinen Erfahrungen in dem Unbehagen über die wirtschaftliche Konkurrenz, die jetzige Erregung aber sei in der Hauptsache Mache Sir John Fishers, der mit allen Mitteln der Perfidie gegen Deutschland arbeite. Je stärker wir unsere Flotte machen, desto mehr wird sich England hüten, mit uns ernstlich anzubinden. Übrigens gingen unsere Neubauten im Jahre 1912 von 4 auf 2 Schiffe herunter, ein Umstand, der an sich schon eine Verlangsamung des Bautempos darstelle und den Engländern als solche hätte dargestellt werden müssen. Eine Initiative zu einer Verständigung mit England unsererseits zu

Admiral von Tirpitz meint, daß sich in dem Briefe Seiner Majestät und dessen Auslegung vielleicht Mißverständnisse finden könnten. Er sei stets bemüht gewesen, Seine Majestät davon zu überzeugen, daß es unrichtig wäre, eine Diskussion über eine gegenseitige Verständigung in den Flottenrüstungen a limine abzulehnen. Bei dem von Seiner Durchlaucht berührten Immediatvortrag vom 3. April 1909, der auf Veranlassung desselben erfolgt sei, habe es sich nur um die Vergangenheit gehandelt, und habe er hierbei Seiner Majestät gegenüber erwähnt, daß sich im Herbst 1908 wohl Gelegenheit geboten haben würde, eine Relation 3:4 in Neubauten als Grundlage für Verhandlungen mit England zu benutzen. Damals hätte der Vorschlag wohl Aussicht auf Annahme seitens Englands gehabt, da die Engländer damals nur 4 neue Schiffe bauen wollten. Jetzt sei dies anders. Für solche Verhandlungen wäre es zweckmäßig gewesen, den Verzicht auf eine Novelle für 1912 nicht aus der Hand gegeben zu haben, sondern ihn als Verhandlungsmittel auszunutzen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes mit England sei im übrigen seiner Ansicht nach nicht so groß, wie Graf Metternich es schilderte, die Verstimmung der

ergreifen, halte er nicht für angezeigt, ja für gefährlich. England solle seinerseits zunächst mit Vorschlägen hervortreten. In keinem Falle könnten wir uns auf eine Verständigung mit England ohne genügende Gegenleistung von englischer Seite einlassen. Im ganzen sei er in jetziger Lage für ruhiges Abwarten.

Engländer wurzele nach seinen Erfahrungen in dem Unbehagen über die wirtschaftliche und politische Konkurrenz*, die jetzige Erregung aber sei in der Hauptsache Mache Sir John Fishers, der die englische Admiralität repräsentiere und mit allen Mitteln der Perfidie gegen Deutschland arbeite. Je stärker wir unsere Flotte machen, desto mehr wird sich England hüten, mit uns ernstlich anzubinden. Er glaube, daß der navy scare in England überwunden sei. Er könne nur nochmals bedauern, daß Graf Metternich die Zusicherung, es sei 1912 keine Novelle beabsichtigt, ohne Gegenkonzession gegeben habe, aber er,

* Vgl. dazu das von A. v. Tirpitz a. a. O., S. 153ff., im Auszug wiedergegebene Schreiben des Marineattachés Kapitän Widenmann vom 11. Mai 1909. In ihm wird ausgeführt, daß sich aus dem englischen Unbehagen über die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands keineswegs die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes ergebe: „Die wirkliche öffentliche Meinung, soweit sie einen Machtfaktor bildet, wird vielmehr durch die Interessen der City gebildet und auch durch diese beherrscht. City ist dabei natürlich in dem weitesten Sinne des vom Handel und von dem damit verbundenen Gelderwerb lebenden Teiles der Nation zu verstehen. Das ist aber das Gros der Gebildeten der Nation. Diese wissen am besten, daß das ganze Sein Englands nur auf seinem Handel und seiner Industrie beruht. Die ungestörte Einfuhr der Lebensmittel für die Volksmassen einerseits, und der Rohprodukte für die Industrie, mit deren Erzeugnissen die ersteren bezahlt werden, andererseits, bedeutet für England alles. Die City weiß aber, daß durch jeden Seekrieg diese Einfuhren nicht allein verteuert, sondern eventuell in Frage gestellt werden. Wenn daher die City die deutsche wirtschaftliche Konkurrenz auch als äußerst lästig empfindet, so ist sie doch geneigt, sich mit ihr als dem kleineren Übel auf friedlichem Wege abzufinden, um so mehr als Deutschland im Frieden ein sehr starker Käufer ist.“ Viel höher als das Unbehagen vor der wirtschaftlichen Konkurrenz Deutschlands schlägt Widenmann bezüglich der Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes die „tiefgehende Angst“ weiter Kreise Englands vor den deutschen Flottenrüstungen an: „Diese Angst treibt die Nation zu den eigenen Rüstungen und wird von einer kleinen Gruppe von Interessenten, die man als ‚Kriegspartei‘ bezeichnen mag, mit allen Mitteln lebend erhalten. Darin besteht meiner Ansicht nach die Gefahr für uns, und wir müssen daher bemüht sein, soweit es in unseren Kräften liegt, zu verhindern, daß diese Interessentengruppe nicht durch unerwartete von unserer Seite provozierte politische Ereignisse das Übergewicht erhält und die Nation und die Regierung gegen deren bessere Überzeugung mit sich fortreißt.“

Das Schreiben Widenmanns, das für die Kontroverse, ob die Handels- oder ob die Flottenrivalität das eigentlich gefahrdrohende Moment in dem deutsch-englischen Verhältnis gebildet hat, von entscheidender Bedeutung ist, ist bezeichnenderweise nicht zu den Akten des Auswärtigen Amtes gelangt.

der Staatssekretär, sei bei der dem Grafen Metternich erteilten Instruktion nicht gehört worden. Eine Initiative zu einer Verständigung mit England unsererseits zu ergreifen, halte er nach dem Verhalten der englischen Regierung in diesem Frühjahr nicht für angezeigt, ja für gefährlich. England solle seinerseits zunächst mit Vorschlägen hervortreten, dann könne man ja hören, was angeboten wird, und danach sein Gegenangebot machen. Übrigens gingen unsere Neubauten im Jahre 1912 von 4 auf 2 Schiffe herunter, ein Umstand, der an sich schon eine Verlangsamung des Bautempos darstelle und als solche den Engländern hätte dargestellt werden müssen. Diese Tatsache bedeute aber seines Erachtens, daß ein erneuter Agreementsversuch gar nicht zu erwarten sei. In keinem Falle können wir uns auf eine Verständigung mit England ohne genügende militärische Gegenleistung von englischer Seite einlassen. Im ganzen sei er in jetziger Lage für ruhiges Abwarten.

Graf Metternich betont nochmals, daß er von Seiner Majestät dem Kaiser die bestimmte Weisung erhalten habe, den Engländern zu sagen, Seine Majestät habe nicht die Absicht, über das Flottenprogramm hinauszugehen. Von einer etwaigen Novelle für 1912 habe er bis vor wenigen Tagen nie etwas gehört.

Admiral von Tirpitz erklärt, daß es allgemein, auch bei den Engländern, bekannt sein müßte, daß das Jahr 1911 ein kritisches sei, in dem eine Novelle erwartet werden könnte.

Admiral von Tirpitz erklärt, daß es allgemein, auch bei den Engländern, bekannt sein müßte, daß das Jahr 1911 ein kritisches sei, in dem eine Novelle erwartet werden könnte. Die Befürch-

tung der Engländer, daß in einigen Jahren eine abermalige Novelle zum deutschen Flottengesetz kommen werde, sei vom Herrn Botschafter bereits in seinem Berichte über die Unterredung mit Sir Charles Hardinge vom 30. Juni 1908* klar ausgesprochen worden.

Der Herr Reichskanzler hebt hervor, daß er bisher aus den mündlichen und schriftlichen Besprechungen mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamt niemals den Eindruck erhalten habe, daß dieser eine Verständigung mit England in der Flottenfrage wünsche. Er sei erstaunt, jetzt zu hören, daß der Herr Staatssekretär im vorigen Herbst eine solche Verständigung für möglich und sogar für erstrebenswert gehalten habe**; davon habe er, der Reichskanzler, bisher keine Ahnung gehabt. Er verstehe aber auch nicht recht, warum das, was damals dem Staatssekretär möglich und nützlich erschienen wäre, jetzt von ihm perhorresziert würde. Die Beunruhigung in England sei nicht Mache Sir John Fishers, sondern entspringe leider der tiefen und festen Überzeugung des englischen Volkes, daß das Anwachsen unserer Seemacht das britische Reich an der Wurzel bedrohe. Darüber dürften wir uns keinen Täuschungen hingeben. Man könne mancherlei Politik treiben; die bedenklichste Politik aber sei die Vogelstraußpolitik. Trotz der von uns allen anerkannten und bewunderten Tüchtigkeit unserer Flotte seien wir nach der Ansicht des Admirals von Tirpitz jetzt nicht in der Lage, einen Konflikt mit England siegreich zu bestehen. Um die zwischen heute und dem Ausbau unserer Flotte liegende Gefahrzone zu durchschreiten, empfehle sich eine Verständigung mit England. Selbstverständlich könne eine solche Verständigung nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Daß er, der Herr Reichskanzler, keine Lösung akzeptieren und keinen Schritt empfehlen werde, der nicht im vollen Einklang mit der Würde der Nation sei, brauche er nicht besonders zu betonen. Dafür bürge wohl die Art und Weise, wie er seit nunmehr zwölf Jahren die auswärtigen Geschäfte des Landes führe.

Admiral von Tirpitz verschließt sich nicht der bestehenden Gefahr, auf die er auch schon früher aufmerksam gemacht und deren Erkenntnis ihn auch veranlaßt habe,

Admiral von Tirpitz verschließt sich nicht der bestehenden Gefahr, auf die er auch schon früher aufmerksam gemacht und deren Erkenntnis ihn auch veranlaßt habe,

---

* Siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212.

** Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8248, S. 162, Fußnote **.

die Agitation des Flottenvereins unter General Keim zu mißbilligen. Er sei auch für Herbeiführung einer Detente. Sein Vorschlag auf der Grundlage einer Relation von 3:4 würde den Engländern innerhalb 10 Jahren noch immer nahezu die Stellung des Two-Power-Standard, nämlich des Verhältnisses 2:3,6 sichern.

die Agitation des Flottenvereins unter General Keim zu mißbilligen. Er sei auch für Herbeiführung einer Detente. In bezug hierauf und auf die Darlegung des Herrn Reichskanzlers verweise er auf seinen schriftlichen Bericht an Seine Durchlaucht vom 20. Januar 1909*, in dem er gemeldet habe, daß er durchaus der Ansicht des Herrn Reichskanzlers sei, man dürfe eine erneute Anregung seitens Englands, in eine vertragsmäßige Verminderung der **beiderseitigen** Flottenbauten einzutreten, nicht a limine ablehnen, schon allein aus dem Grunde nicht, um das Odium einer solchen Abweisung von uns abzuhalten. In diesem Berichte habe er, der Staatssekretär, weiter gemeldet, daß er sich schon Ende September 1908 bemüht habe, Seiner Majestät dem Kaiser diesen Standpunkt klar zu legen. Sein in demselben Bericht gemachter Vorschlag auf der Grundlage einer Relation von 3:4 würde den Engländern innerhalb 10 Jahren noch immer nahezu die Stellung des Two-Power-Standard, nämlich das Verhält- 2:3,6 gegeben haben.

Staatsminister von Bethmann hält eine Initiative unsererseits zu einer Verständigung nur dann für ratsam, wenn wir einen bestimmten Vorschlag zu formulieren in der Lage wären. So weit seien wir aber in der heutigen Beratung noch nicht gelangt. Vielleicht lasse sich eine gewisse Detente mit England auch auf kolonialem Gebiete und in der Handelspolitik erreichen. Für letztere scheinen ihm aber die Voraussetzungen, nämlich der Übergang Englands zum Schutzzoll, zu fehlen.

* Siehe Kap. CCXX, Nr. 10254.

Graf Metternich hält eine Verständigung über koloniale und handelspolitische Fragen für erwünscht, aber nicht für genügend zur Beruhigung Englands. Diese sei allein durch eine Flottenverständigung zu erzielen. Sollte es nicht möglich sein, eine Konzession an England durch Verlangsamung unseres Bautempos in Schiffen zu machen?

Admiral von Tirpitz weist demgegenüber auf den Sprung hin, der im Jahre 1912 von 4 auf 2 Schiffe stattfinden wird.

Der Herr Reichskanzler stellt zur Erwägung, ob nicht Graf Metternich ermächtigt werden soll, den Engländern gesprächsweise zu sagen, wir seien bereit, in Flottenfragen mit uns reden zu lassen, dabei zwar seinerseits keine konkreten Vorschläge zu machen, aber anzudeuten, daß unsere Konzessionen in Verlangsamung des Bautempos und in Verzicht auf Novellen bestehen könnten.

Staatsminister von Bethmann wirft zunächst die Frage ein, ob eine Verlangsamung des Bautempos ohne Änderung des Flottengesetzes möglich sei.

General von Moltke vertritt den Standpunkt, daß wir keinerlei Chance haben, einen Konflikt mit England erfolgreich auszufechten. Eine ehrenvolle Verständigung, etwa auf der Basis einer Verlangsamung des Bautempos, scheine daher auch ihm erstrebenswert. Dabei dürfe man sich freilich nicht verhehlen, daß ein Scheitern von Verständigungsversuchen den Krieg bedeuten könnte.

Der Herr Reichskanzler weist wiederholt auf die Gefahren der Situation hin. Die einzige schwarze Wolke lagere zurzeit über der Nordsee, aber sie sei gewitterschwer.

Admiral von Tirpitz hebt den von Jahr zu Jahr wachsenden Wert unserer Flotte hervor, auch in den Reservebildungen. Ein etwaiges Hinausziehen des Bauprogramms um fünf Jahre, also bis 1925, wie es Graf Metternich im Auge zu haben scheine, würde für uns aber den Verlust von 15 capital ships bedeuten. Wolle man solche Verlangsamung, dann werde das ganze Flottenprogramm wertlos.

Staatsminister von Bethmann: Das Erstarken unserer Flotte ist eben das, was die Engländer erkannt haben, und was sie so lebhaft beunruhigt. Was könnte unsere Marine bieten, wenn eine freundschaftliche Anregung seitens Englands zu erneuter Besprechung erfolgen sollte?

Admiral von Tirpitz: Unser etwaiges Angebot kann sich nur nach einem englischen Vorschlag richten, nicht vorher formuliert werden.

Staatsminister von Bethmann: Ist nicht eine Verlangsamung des Bautempos in dem Sinne möglich, daß wir im nächsten Jahr nicht 4, sondern nur 3 Schiffe bauen, wenn die Engländer ihrerseits sich auf 4 Neubauten beschränken — immer nur capital ships gerechnet?

Admiral von Tirpitz bejaht diese Frage. Eine Änderung des

Admiral von Tirpitz führt aus: Zu einer solchen Ver-

Flottengesetzes sei nicht erforderlich, eine Verlangsamung von 4 auf 3 Schiffe lasse sich im Etat durchführen.

langsamung des Bautempos sei eine Änderung des Flottengesetzes nicht erforderlich, eine Verlangsamung von 4 auf 3 Schiffe lasse sich im Etat durchführen.

Der Herr Reichskanzler konstatiert, daß die Verlangsamung also möglich sei, ohne daß dies zu Debatten im Reichstag führe oder überhaupt sehr in die Öffentlichkeit trete.

Admiral von Müller betont, es dürfe kein Mißverständnis darüber bestehen, daß eine Verständigung mit England auf Basis der Verlangsamung des Bautempos nur unter der Bedingung zustande kommen dürfe, daß auch England eine Gegenleistung auf dem gleichen Gebiete, also ebenfalls eine Verlangsamung bietet.

Alle Anwesenden sind darüber einig, daß solche Gegenseitigkeit unbedingte Voraussetzung für das Zustandekommen einer Verständigung sein müsse. Insbesondere wiederholt der Herr Reichskanzler, daß England uns nicht nur volle Gegenseitigkeit auf militärisch-technischem Gebiet, sondern auch eine politische Assekuranz geben müsse.

Admiral von Tirpitz versichert, daß in 5 bis 6 Jahren, etwa 1915, wenn die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und die Helgolandposition fertiggestellt, die von England drohende Gefahr beseitigt sei. Schon in zwei Jahren werde sie erheblich geringer sein*.

Admiral von Tirpitz führt aus: Nach seiner Ansicht würde die Gefahrzone in unserem Verhältnis zu England in 5 bis 6 Jahren, also etwa 1915, nach Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und Fertigstellung der Helgolandposition überstanden sein. Schon in zwei Jahren werde sie erheblich geringer sein.

Der Herr Reichskanzler: Das ist sehr schön. Die Frage ist aber immer wieder: Wie kommen wir über die derzeitigen Gefahren weg?

---

* In dem Müllerschen Protokoll (vgl. Tirpitz, a. a. O., S. 15ff. kommt die Tirpitzsche Prophezeiung noch schärfer heraus: „Die englische Gefahr werde von Jahr zu Jahr geringer. Sie sei jetzt schon wesentlich geringer als früher... In den nächsten zwei Jahren bessere sich unsere Lage ganz besonders, und in fünf bis sechs Jahren (1915 seien Helgoland und der neue Kaiser-Wilhelm-Kanal fertig) sei die Gefahr überhaupt vorüber.“ In einer Fußnote bemerkt Admiral Tirpitz dazu, daß nach den politischen Verhältnissen des Jahres 1909 ein Krieg mit England überhaupt nicht mehr anders denkbar gewesen sei, als daß es sich gleichzeitig mit seinen beiden festländischen Ententegenossen zu einem solchen entschloß; dagegen habe England, solange unsere Marine so unfertig war wie 1909, seine festländischen Freunde zu einer unnachgie-

Admiral von Tirpitz hält eine Beseitigung der Gefahr durch eine Verständigung über Neubauten im Verhältnis 3 : 4 für möglich.

Der Herr Reichskanzler ersucht den Staatssekretär des Reichsmarineamts, den Befehlen Seiner Majestät gemäß eine Formel für eine Verständigung auszuarbeiten. Er macht aber dabei darauf aufmerksam, daß keine Diplomatie der Welt die englische Regierung dahin bringen könne, eine Formel zu akzeptieren, die England als für seine Existenz bedrohlich erscheine.

Admiral von Tirpitz erklärt sich im Prinzip bereit, eine Formel auszuarbeiten. Doch müßten erst, durch Gespräche des Kaiserlichen Botschafters mit maßgebenden englischen Persönlichkeiten provoziert, konkrete englische Vorschläge vorliegen.

Admiral von Tirpitz kann der Aufstellung einer Formel im jetzigen Augenblicke keinen Wert beimessen. Besonders da bei der praktischen Verwendung derselben durch einen anderen in etwaigen Verhandlungen mit den Engländern leicht Mißverständnisse unterlaufen könnten. Eine solche Formel könne nur als eine Vorbereitung aufzufassen sein für den Fall, daß England tatsächlich einen Schritt zur Annäherung an uns zum Zwecke der Herbeiführung eines Rüstungsabkommens tun sollte. Erst nach dem Maße der englischen Annäherung würde zu beurteilen sein, welche Gestalt eine eventuelle Formel anzunehmen hat. Der Staatssekretär von Tirpitz wiederholt im Anschluß daran seine früher gemachten Ausführungen (s. S. 5 des Protokolls*), daß nach dem Verhalten der englischen Regierung in diesem Frühjahr die Initiative nicht von uns ausgehen dürfe.

---

bigen Haltung gedrängt, welche die Kriegsmöglichkeiten begünstigte. Tirpitz übersieht dabei, daß England in der Marokkokrise von 1911, also nach Ablauf der zwei Jahre, innerhalb deren sich nach der Prophezeiung des Admirals unsere Lage ganz besonders bessern sollte, Frankreich mindestens zunächst in seiner unnachgiebigen Haltung bestärkt hat. Auch zur Zeit der Julikrise 1914, wo nach Tirpitz die Gefahr „überhaupt vorüber" sein sollte, hat England doch nicht etwa auf seine festländischen Freunde im Sinne der Warnung und Abmachung eingewirkt.

* Vgl. S. 172.

Der Herr Reichskanzler bittet schließlich, die Tatsache und den Inhalt dieser Besprechung streng geheim zu halten.

Bülow v. Bethmann Hollweg v. Moltke

Vollzogen in der Voraussetzung, daß die in Rot eingetragenen Zusätze und Änderungen anerkannt werden

v. Tirpitz

Wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Müller

P. Metternich

v. Schoen

Nr. 10307

Aufzeichnung des Botschafters in London Grafen von Metternich, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 4. Juni 1909

Ein Kolonialabkommen kann dazu beitragen, eine englisch-deutsche Verständigung zu kräftigen, kann sie aber nicht schaffen. Sie kann nur geschaffen werden durch ein Flottenabkommen, welches den Engländern einigermaßen das Gefühl der Sicherheit wiedergibt. Eine deutsche Schlachtflotte von 38 Linienschiffen (des neuen Typ), von 20 Panzerkreuzern (des neuen Typ) nebst Zubehör und Agitation für mehr betrachten sie einmütig als eine dauernde Bedrohung ihrer nationalen Existenz. Neben ihr spielen koloniale Abkommen gar keine Rolle und sind nur nützlich, solange sie uns nützen und Anlaß zu Friktionen fortfällt. Auf die öffentliche Meinung in England werden sie ohne nachhaltigen Eindruck bleiben. Wird aber der durch die Flottenrüstungen in ihrer gegenwärtigen Form hervorgerufene Druck hinweggenommen, so präsentieren sich koloniale Abkommen in einem hübschen Lichte, und andere Abkommen werden erst möglich und diskutierbar.

P. Metternich

Nr. 10308

Aufzeichnung des Botschafters in London Grafen von Metternich, z. Z. in Berlin

Reinschrift

Geheim Berlin, den 4. Juni 1909

Die gestrige Besprechung bei dem Herrn Reichskanzler* ist, insofern es sich um ein Programm zu einer Verständigung über die Flottenfrage mit England handelte, deshalb ohne positives Ergebnis geblieben, weil

* Vgl. Nr. 10306.

der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts trotz mehrfacher Versuche von verschiedener Seite nicht dazu zu bestimmen war, die Grundlage zu präzisieren, auf der eine Verständigung zu erreichen sei*.

Als gegen Ende der Beratungen zuerst die Frage von der etwaigen Verlangsamung des Bautempos unter Hinausschiebung des Termins um einige Jahre über 1920 hinaus von mir aufgeworfen wurde, verneinte der genannte Herr Staatssekretär diese Frage auf das entschiedenste unter der Begründung, daß wir dann besser gleich auf eine Flotte verzichten sollten.

Als darauf der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern den Herrn Admiral mit Bezug auf die Verlangsamung des Bautempos um nähere Auskunft drängte, gab der letztere zu, daß er im Prinzip und unter Wahrung der Gegenseitigkeit auf englischer Seite gegen eine Verlangsamung keine Einwendungen zu machen habe. Es wurde aber keine Klarheit darüber geschaffen, wie Admiral von Tirpitz sich die von ihm für möglich gehaltene Verlangsamung vorstellt. Er schien Bedenken zu tragen, seine Gedanken hierüber zu äußern, da dies in Laienköpfen Verwirrung anstiften könne. Es handelt sich indessen um einen höchst einfachen und faßlichen Begriff.

Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts verneinte die erste Frage betreffend die eventuelle Hinausschiebung des Termins über das gesetzlich vorgesehene Jahr 1920. Er bejahte dagegen die zweite, allgemeiner gehaltene Frage und gab Verlangsamung im Prinzip zu. Nun läßt sich aber nicht langsamer bauen und doch zu gleicher Zeit fertig werden. Dies geht gegen die Regeln der Technik wie der Arithmetik. Der Herr Admiral dürfte daher die reservatio mentalis gemacht haben, als er prinzipiell der Verlangsamung zustimmte, daß innerhalb der gesetzlich festgelegten Zeit zu einer gewissen Periode langsamer als bisher vorgesehen, zu einer anderen Periode dagegen rascher als bisher vorgesehen gebaut werden könne, sodaß das Resultat innerhalb derselben Zeit dasselbe bleiben würde, das heißt, daß zum Beispiel in den ersten Jahren drei statt vier, in den folgenden drei statt zwei großer Schiffe gebaut werden.

Hiermit sind wir am Schlusse der gestrigen Verhandlungen wieder auf dem alten Punkt angelangt und haben keine Grundlage zu einer Verständigung mit England gewonnen.

Unter diesen Umständen würde ich es für bedenklich halten, wenn ich beauftragt würde, Hoffnungen in England zu erwecken, von denen wir nicht wissen, wie und wann sie in Erfüllung gehen können.

Nach meiner Auffassung ist es tief zu bedauern, daß der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts im vorigen Sommer Seiner Majestät dem Kaiser nicht dringend davon abgeraten hat, mir den strikten Auftrag

---

* Das wird bestätigt durch das Protokoll des Admirals von Müller über die Sitzung vom 3. Juni (v. Tirpitz, a. a. O., S. 160). Danach hätte der Staatssekretär des Reichsmarineamts auf das Andringen Graf Metternichs gesagt: „Er könne dem Botschafter nicht eine Formel geben, die dieser dann vielleicht mißverständlich benutzt; dazu seien schon zu viel Mißverständnisse zwischen ihm und dem Botschafter eingetreten."

zu der Erklärung zu erteilen, daß wir die bestimmte Absicht hätten, nicht über den Rahmen des jetzigen Flottengesetzes hinauszugehen, während er schon im geheimen eine Novelle zum Flottengesetz für 1912 plante, eine Absicht, von der weder der Herr Reichskanzler noch ich die geringste Kenntnis hatten, sodaß der letztere mir im Einvernehmen, wie er mir schrieb, mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts die gleiche Weisung erteilte wie Seine Majestät der Kaiser. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit unserer amtlichen Erklärungen, wo bleibt die Heiligkeit des kaiserlichen Wortes?

Ich darf es dem Ermessen des Herrn Reichskanzlers überlassen, ob er diese Aufzeichnung den anderen Teilnehmern an der gestrigen Besprechung zur Kenntnis bringen will.

P. Metternich

Nr. 10309

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 611 London, den 11. Juni 1909

Bei meinem letzten Gespräch mit Sir Edward Grey kam die Rede auf die Aufregung in England über den Zustand der englischen Flotte und die Forderung der Opposition, daß die vier bedingt in das Programm für 1909 aufgenommenen Schlachtschiffe sofort auf Stapel gelegt werden müßten. Der Minister sagte, die Regierung sei nicht gesonnen, dem Geschrei nachzugeben, sondern werde den Zeitpunkt für ihre Erklärung nach eigenem Gutdünken wählen. Als geeigneter Zeitpunkt erscheine die Diskussion des Flottenetats im kommenden Juli. Er ließ deutlich durchblicken, daß die vier Schiffe bewilligt werden würden*.

P. Metternich

Nr. 10310

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 1244 Berlin, den 23. Juni 1909

Ganz geheim

Anbei sende ich Ihnen die sekrete Aufzeichnung über unsere die Flottenfrage betreffende Besprechung vom 3. d. Mts.** mit der Bitte, Ihre Unterschrift gleichfalls hinzuzufügen und das Schriftstück, das ganz

* Das geschah tatsächlich am 26. Juli; vgl. Nr. 10317.
** Siehe Nr. 10306.

geheim zu behandeln ist, alsdann auf sicherem Wege hierher zurückgelangen zu lassen.

Die Betrachtung der erregten Erörterungen über die Flottenfrage in England während der letzten Monate und besonders während des Londoner Pressekongresses* könnte zu der Annahme führen, daß die britische Regierung und die öffentliche Meinung in England mit dem Zustandekommen einer Verständigung mit uns über jene Frage nicht mehr rechnen. Trotzdem scheint es mir außer Zweifel zu sein, daß der Wunsch, durch eine Verständigung mit Deutschland die Sorgen um die Sicherung der maritimen Unantastbarkeit und um die finanziellen Lasten, die eine schnelle und starke Flottenvermehrung erfordert, einigermaßen vermindert zu sehn, nach wie vor in England vorhanden ist.

Daß ein ähnlicher Wunsch auch auf unserer Seite in weiten Kreisen besteht, habe ich in meinem Erlaß 804 vom 20. April d. Js.** bereits dargelegt. Eine Änderung in dieser Beziehung ist bei uns seither nicht eingetreten.

Es erscheint im Hinblick auf die augenblickliche Lage der Verhältnisse diesseits und jenseits der Nordsee fraglich, ob der richtige Zeitpunkt für die Anknüpfung von Verhandlungen mit England über die Flottenfrage bereits gekommen ist. Die Frage aber, ob es ratsam ist, an geeigneter Stelle zunächst andeutungsweise zu erkennen zu geben, daß wir nicht abgeneigt wären, auf billiger Grundlage mit uns über die Flottenfrage reden zu lassen, möchte ich bejahen. Es ist meine feste Überzeugung, daß man bei gutem Willen auf beiden Seiten, und wenn englischerseits alles vermieden wird, was als Drohung oder Druck aussieht, sehr wohl im Rahmen einer allgemeinen Annäherung auch zu einer Verständigung über die Schiffsbauten gelangen könnte.

Daher bitte ich Sie, sobald die Finanzfrage*** bei uns geklärt sein wird, Gespräche mit leitenden politischen Persönlichkeiten über die Flottenfrage nicht gerade zu forcieren, aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit keinen Zweifel darüber zu lassen, daß eine Verständigung mit England auch über die Flottenfrage durchaus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, sofern damit eine uns freundlichere Orientierung der allgemeinen englischen Politik verbunden ist. Es empfiehlt sich um so mehr, daß Sie sich auch Sir Edward Grey und Sir Ch. Hardinge, immer ungesucht, im Sinne meines Erlasses vom 20. April äußern, damit bei ihnen nicht der

---

* Anfang Juni fand in London ein „Pressetag des Britischen Reiches" statt. Auf einem Festmahl zu Ehren der aus den Kolonien gekommenen Journalisten (5. Juni) und bei einer Flottenbesichtigung in Spithead kam es zu Flottenkundgebungen; vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 471.

** Siehe Nr. 10298.

*** Das heißt die Frage der Reichsfinanzreform, die eben damals in das entscheidende Stadium getreten war, mit der Ablehnung der Erbschaftssteuer in zweiter Lesung (24. Juni) aber eine ungünstige Wendung nahm und am 26. Juni zu einem Entlassungsgesuch des Reichskanzlers führte.

Eindruck hervorgerufen wird, als ob wir unsere Ansicht verändert hätten, seitdem Herr von Stumm mit ihnen die Ihnen bekannten Unterredungen* hatte. Falls Grey und Hardinge Sie auf die Sache direkt anreden, können Sie auch schon vor Erledigung der Finanzreform bei uns sich in diesem Sinne äußern, doch müßte vermieden werden, daß bei den beiden Staatsmännern der Eindruck erweckt wird, wir kämen ihnen mit dieser Sache, weil uns der Atem auf finanziellem Gebiete ausginge.

Wie wir in der Sache weiter handeln, wird vornehmlich von den Gegenäußerungen und etwaigen Vorschlägen abhängen, denen Sie begegnen werden, und über die ich Ihren Berichten mit Interesse entgegensehe.

Bülow

Nr. 10311

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in Kiel, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Privatbrief. Ausfertigung

Vertraulich — Kiel, den 27. Juni 1909

Wie mir aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigen Euere Exzellenz dem Herrn Botschafter eine Instruktion nach London mitzugeben, daß er dort aufs neue an maßgebender Stelle unsere Absichten betreffend Ausbau unserer Flotte im Rahmen des Flottengesetzes darlegen und insbesondere dartun solle, daß von uns keinerlei Beschleunigung des Ausbaus der Flotte im Werke noch geplant sei.

Ich möchte auf das dringendste von letzterem Schritte abraten, denn eine solche offizielle Erklärung unsererseits ist bereits wiederholt abgegeben, ohne daß sie bis jetzt bei den englischen Ministern Gehör gefunden hätte, im Gegenteil verbreiten letztere, wenn auch in vorsichtigerer Form, gelegentlich immer wieder nicht zutreffende Angaben über den Ausbau unserer Flotte. Der Grund hierfür liegt zweifellos auf parteipolitischem Gebiete. Solange diese Verhältnisse vorliegen, werden wir es auch mit erneuten Erklärungen nicht dahin bringen, die öffentliche Meinung in England in unserem Sinne zu beeinflussen.

Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß wir unsere politische Position England gegenüber durch eine erneute offizielle Mitteilung nur verschlechtern können. Dieselbe würde uns voraussichtlich als Angst ausgelegt werden und entspricht meines Erachtens auch durchaus nicht unserer Würde.

v. Tirpitz

---

* Vgl. Nr. 10304.

Nr. 10312

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in Kiel

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Vertraulich Berlin, den 28. Juni 1909

Der Meinung, daß ich beabsichtige, unseren Botschafter in London zu einer erneuten Erklärung über die Nichtbeschleunigung unseres Flottenausbaues zu ermächtigen, dürfte ein Mißverständnis zugrunde liegen. Eine derartige Instruktion ist weder ergangen noch beabsichtigt*. Vielmehr handelt es sich um folgendes: Bei sich bietendem Anlaß habe ich dem hiesigen englischen Botschafter zu verstehen gegeben, daß es hier nicht unbeachtet geblieben sei, wie wenig in England, auch von einzelnen Ministern, unseren Mitteilungen und Erklärungen über das Tempo der Neubauten Rechnung getragen werde. Ich erinnerte dabei an Ew. Exzellenz Erklärung im Reichstag. Da Sir Edward über die Bedeutung einzelner Punkte nicht ganz im klaren war, gab ich ihm nach Rücksprache im Reichsmarineamt in einer weiteren Unterredung** zu dem Inhalt jener Erklärung noch eine Erläuterung, die dahin ging, keines der vier Schiffe des diesjährigen Etats werde früher verwendungsfähig als nach gesetzlichem Bauprogramm und Etat zulässig, also frühestens Herbst 1912.

v. Schoen

---

* Vgl. jedoch den Privatbrief Fürst Bülows vom 23. Juni, Nr. 10310.

** Sie fand am 23. Juni statt. Es liegt darüber eine Aufzeichnung Freiherrn von Schoens vom 23. vor, in der es über die Flottenfrage heißt:

„Sir Edward meinte freimütig, zwischen uns stehe ein einziger heikler Punkt, die Flottenbaufrage.

Das sei uns hinlänglich bemerkbar geworden, erwiderte ich; die Behandlung jenes Punktes sei eine sehr delikate und schwierige Sache, es wolle mir aber doch scheinen, daß bei gutem Willen und ruhiger Auffassung auf beiden Seiten eine Verständigung doch nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege. Besonders erschwerend wirkten die in England verbreiteten unzutreffenden Ansichten über unsere Pläne und insbesondere über unser Schiffsbautempo. Unseren gelegentlichen Erklärungen und Mitteilungen hierüber schiene in England nicht dasjenige Gewicht beigelegt worden zu sein, das ihnen zukomme. Unser Schiffsbauprogramm sei durch Gesetz festgelegt; niemand denke an eine Änderung des Gesetzes und an eine Beschleunigung der Schiffsneubauten. Richtig sei, daß zwei der im laufenden Jahr in Angriff zu nehmenden Neubauten lediglich zwecks Erzielung billigerer Preise vorzeitig zwei Privatwerften zugesichert worden seien. Der Bau selbst aber beginne erst zur ursprünglich festgesetzten Zeit, das heißt nach Bewilligung der Gelder durch den Reichstag und nach Fertigstellung der Baupläne. Die zwei anderen Schiffe des diesjährigen Etats würden erst gegen Ende des Jahres vergeben werden. Keines der vier neuen Schiffe des diesjährigen Etats werde früher verwendungsfähig als nach Programm und Etat zulässig, also frühestens Herbst 1912.

Sir Edward äußerte Befriedigung über diese Versicherung, die, wenn er sie in London wiederhole, gewiß beruhigend wirken werde."

Nr. 10313

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 680 London, den 29. Juni 1909
Geheim

Die Aufzeichnung betreffend die Besprechung im Reichskanzlerpalais am 3. Juni 1909 über die Frage einer Verständigung mit England* ist in der Anlage gehorsamst wieder beigefügt, nachdem ich Euerer Durchlaucht Aufforderung entsprechend meine Unterschrift unter dieselbe gesetzt habe.

Die auf Seite 5 unten verzeichnete Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts** bedarf indessen einer Berichtigung:

„Admiral von Tirpitz erklärt, daß es allgemein, auch bei den Engländern bekannt sein müßte, daß das Jahr 1911 ein kritisches sei, in dem eine Novelle erwartet werden könnte. Die Befürchtung der Engländer, daß in einigen Jahren eine abermalige Novelle zum deutschen Flottengesetze kommen werde, sei vom Herrn Botschafter bereits in seinem Berichte über die Unterredung mit Sir Charles Hardinge vom 30. Juni 1908*** klar ausgesprochen worden."

Der tatsächliche Vorgang bei der Besprechung war anders. Der Herr Admiral versuchte wiederholt in seinen Ausführungen den Eindruck zu erwecken, als ob es längst bekannt sei, daß für das Jahr 1912 eine Novelle zu erwarten sei. Er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß ich dies berichtet hätte. Als ich dies sofort entschieden verneinte, las er zur Bekräftigung seiner Behauptung einen Passus aus meinem Bericht vom 30. Juni 1908 vor, worauf ich erwiderte, daß von einer Novelle für 1912 nichts darin stände. Der Passus lautet:

„Aber noch so viele Besuche (— Sir Charles Hardinges Bemerkungen —) würden nicht imstande sein, den tiefen Argwohn zu entfernen, der durch den raschen Bau der deutschen Flotte ganz England beherrsche. Ich sagte ihm zwar, daß andere Völker auch Flotten bauten, daß unser Programm schon längst öffentlich bekannt sei, daß nicht darüber hinausgegangen werden solle, und daß England jede beliebige Anzahl von Schiffen bauen könne, um die Superiorität, die es besitze, auch in Zukunft zu erhalten. Darauf antwortete er, welche Garantie denn vorliege, wenn auch augenblicklich nicht die Absicht dazu vorhanden sei, daß nach einer Anzahl von Jahren nicht eine abermalige Erweiterung unseres Flottenprogramms vorgenommen werden würde, wie dies zum Beispiel schon im vorigen Winter geschehen sei. Auch könne er meiner Behauptung, daß

* Siehe Nr. 10306.
** Siehe Nr. 10306, S. 172 unten.
*** Siehe Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8212.

im vorigen Winter keine Veränderung des Programms stattgefunden habe, da der Umfang des gesetzlich dargelegten Flottenprogramms der gleiche bliebe, nicht zustimmen. Durch die Herabsetzung der Altersgrenze entstände ein rascheres Tempo im Neubau."

Ich konstatiere nochmals, daß ich beauftragt war, sogar von Seiner Majestät dem Kaiser selbst, hier zu erklären, daß keine Erweiterung unseres Flottenbaues beabsichtigt sei. Auch der der Kaiserlichen Botschaft zugeteilte Marineattaché Korvettenkapitän Widenmann hat mir stets versichert, daß an den maßgebenden Stellen des Reichsmarineamts eine Vergrößerung der Flotte über das festgelegte Programm hinaus nirgends beabsichtigt sei, und daß wir mit einer neuen Novelle nicht zu rechnen hätten. Es mag sein, daß der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts den Gedanken einer Novelle für das Jahr 1912 schon lange erwogen hat. Wenn dem so ist, so ist es zu bedauern, daß er dem Herrn Reichskanzler hiervon nicht rechtzeitig Mitteilung gemacht hat, so daß ich entsprechend hätte instruiert werden können. Die Behauptung des Herrn Admirals aber, daß ich mit einer Novelle für 1912 hätte rechnen und unsern etwaigen Verzicht auf sie als Kompensationsobjekt in meinen Verhandlungen mit den englischen Staatsmännern hätte verwerten müssen, ist eine Entstellung der Tatsachen, der ich mit Entschiedenheit entgegentrete.

P. Metternich

Nr. 10314

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 687 London, den 1. Juli 1909

Lord Charles Beresford* hielt gestern in der City die seit längerer Zeit angekündigte große Rede über die Flottenfrage. Er wolle, so bemerkte er, nichts über die Fragen sagen, die augenblicklich der vom Premierminister eingesetzten Kommission vorlägen. Dafür wolle er sich im übrigen offen aussprechen.

Der Premierminister und der Minister des Auswärtigen hätten selbst zuerst auf den Ernst der Lage hingewiesen. Er, Lord Charles, glaube, daß die Lage ernster sei, als allgemein bekannt sei. Deshalb liege noch kein Grund zu einer Panik vor, man solle vielmehr ohne Parteirücksichten den Fragen ruhig in das Gesicht sehen.

Die Gefahren lägen in der Rückständigkeit Englands im Bau von Schiffen sowie in der falschen Sparsamkeit. Auch fehle es an einer strategischen Abteilung in der Admiralität. Er müsse Deutschland zu Ver-

* Kommandierender Admiral der Kanalflotte.

gleichen heranziehen, da Deutschland die nächststärkste Seemacht sei, wolle aber nichts sagen, was dort Gereiztheit hervorrufen könne. Es sei nicht zu leugnen, daß Deutschlands Flottenbau Beunruhigung in England hervorgerufen habe. Die Versicherung, die es durch denselben für seinen Handel zahle und den Schutz seiner Küsten, sei im Verhältnis zu England eine sehr hohe. Anfangs habe man geglaubt, Deutschland werde sein Flottenprogramm nicht durchführen. Aber es habe es durchgeführt und werde es weiter durchführen. Das sei Deutschlands eigene Sache, die England nichts angehe. England habe darauf den Fehler gemacht, daß es sich gedemütigt habe, indem es Deutschland ersuchte, seinen Schiffsbau einzuschränken. Als das fruchtlos gewesen sei und man gefunden habe, daß Deutschland — weise und durchaus in seinem Recht — bauen wollte, was es für notwendig hielt, ohne Rücksicht auf fremde Ratschläge, habe man begonnen, es zu beschimpfen. Das sei demütigend für England. Aber nicht das Land, sondern die Presse sei dafür zu tadeln. Deutschland habe sein Programm im Jahre 1900 begonnen und nur eine kleine Änderung vorgenommen, indem es die Lebensdauer seiner Schlachtschiffe von 25 auf 20 Jahre herabsetzte. Und als England angefangen habe, Dreadnoughts zu bauen, habe Deutschland auch begonnen, große Schiffe zu bauen. Es seien keine Dreadnoughts, vielmehr große, schwere Schiffe, die besser als Dreadnoughts seien.

Sehr ernst sei, daß Deutschland entgegen früheren Ansichten jetzt mindestens ebenso schnell bauen könne wie England. Die Admiralität sei zu tadeln, daß sie dieses nicht früher erkannt habe. Deutschland sei kein Vorwurf zu machen. Es habe gehandelt, während man in England geredet habe.

Das Flottenprogramm, das Lord Charles Beresford aufstellte, ist das folgende:

10 Dreadnoughts einschließlich der im jetzigen Etat erwähnten fakultativen 4 Schiffe. Wenn die Regierung 8 auf Stapel lege, so fordere er nur 6, wenn sie nicht 8 auflege, verlange er 10. (Das würde mit den 4 obligatorischen Schiffen des jetzigen Etats 14 Dreadnoughts geben.) Alle Dreadnoughts sollten am 31. März 1914 fertiggestellt sein.

18 Zweiter Klasse Kreuzer;
18 Kreuzer zum Schutze des Handels;
24 Hochsee-Torpedobootszerstörer;
52 kleinere Torpedobootszerstörer;
4 Schwimmdocks.
Eine Auffüllung der Depots und Kohlenvorräte.
Vervollständigung der Munitionsbestände.
Instandsetzung der ausländischen Ausbesserungsstationen.
Erhöhung des Personalbestandes um 16000 Mann.
Fertigstellung der Kreuzer, Torpedobootszerstörer, Depots und Docks im März 1913. —

Die Kosten werden für das vorstehende Programm zwischen £ 55 bis 66000000 veranschlagt.

Im Jahre 1914 würde sich nach Lord Ch. Beresford das Verhältnis der deutschen und englischen Flotte einschließlich der Schiffe des Typus der „Indomitable" stellen:

	englische	deutsche
Dreadnoughts	26	21
Ältere Schlachtschiffe	40	20

8 Dreadnoughts müßten sofort aufgelegt werden; das heißt 4 obligatorische plus den 4 fakultativ vorgesehenen.

England habe, so führte der Redner weiter aus, durch arrogante Anpreisung des Dreadnoughttypus andere veranlaßt, ihm zu folgen. — Es würde falsch sein, übertriebenen Forderungen Gehör zu schenken. Das, was er vorschlage, sei das Nötige und gebe die geforderte Sicherheit.

Die Rede Lord Charles' wird von den verschiedenen Lagern natürlich verschieden beurteilt. Die „Daily Mail" bezeichnet die ganzen Angriffe Lord Charles' als unbegründet, wie auch bei der Untersuchung der Kommission alles von ihm Angeführte dem Blatte zufolge zu einem Nichts zusammengeschmolzen sei. —

Jedenfalls wird die Rede aber weiter dazu dienen, die Flottenpolemik in Atem zu halten.

P. Metternich

Nr. 10315

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 688 London, den 1. Juli 1909

Im Oberhause äußerte Lord Ellenborough die Befürchtung, daß die englische Flotte bei ihrem bevorstehenden Besuch in der Themse durch Versenken von Schiffen oder Minenlegung blockiert werden könne. Wenn auch die Einsicht in die Pläne der Admiralität diese seine Befürchtung gemindert hätte, so frage er doch, ob Vorsichtsmaßregeln getroffen seien.

Im Namen der Regierung antwortete der Earl of Granard, daß er die Befürchtungen des Interpellanten zur Kenntnis der Admiralität bringen werde. Nach Ansicht der Regierung seien gegenwärtig alle notwendigen Vorsichtsmaßregeln getroffen. Er könne nicht an einen Handstreich ohne Kriegserklärung glauben. Das würde eine Verräterei bedeuten. Zurzeit seien die Beziehungen zu den fremden Mächten ausgezeichnet. Keine Wolke sei am politischen Horizont, und er vertraue aufrichtig, daß dies noch viele Jahre so bleiben werde.

Der Earl of Cawdor bemerkte, man könne sich nur auf wirkliche

Vorsichtsmaßregeln verlassen, nicht auf den Glauben, daß kein Verrat geübt werden würde oder auf die wolkenlose politische Lage.

Der Earl of Crewe antwortete für die Regierung, er stehe im Prinzip ganz auf dem Standpunkt, daß man sich stets gegen einen Handstreich sichern müsse; es gebe hierin und in den durch Mißtrauen vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln schließlich aber auch Grenzen, sonst könne man Tag und Nacht an den Kanonen stehen. Man müsse von gewissen Arten eines räuberischen Überfalls durch zivilisierte Nationen absehen.

P. Metternich

Nr. 10316

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 691 London, den 1. Juli 1909

Der frühere Civil Lord der Admiralität, Mr. Arthur Lee, sagte in einer Rede, die er gestern in Hanley hielt, England würde, wenn es in Schwierigkeiten mit Deutschland verwickelt werde, mit Rücksicht auf die 4 Dreadnoughts, die Österreich bauen wolle, 6 solche in das Mittelmeer schicken müssen. Hierdurch würden im Jahre 1912 in der Nordsee 14 englische Dreadnoughts 17 deutschen gegenübergestellt. Die Lage erfordere den Bau von 8 Dreadnoughts in diesem und im folgenden Jahre.

P. Metternich

Nr. 10317

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 783 London, den 27. Juli 1909

Gestern hat im Unterhause die Debatte über den Marineetat stattgefunden. Der Erste Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, gab die Erklärung ab, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, die nötigen Schritte zu tun, um die Fertigstellung der in dem gegenwärtigen Flottenprogramm bedingungsweise vorgesehenen 4 Dreadnoughts bis zum März 1912 sicherzustellen. Mit der Kiellegung dieser Schiffe noch in dem laufenden Finanzjahre zu beginnen, sei nicht notwendig; es sei ausreichend, wenn mit ihrem Bau im April 1910 begonnen würde. Bereits vor diesem Termin würden indessen alle notwendigen Vorbereitungen für den Bau getroffen werden. Wahrscheinlich würde im Laufe des Finanz-

jahres 1909 keine Zahlung für diese neuen Schiffe erfolgen. Sollte sich jedoch vor dem 31. März 1910 die Notwendigkeit einer solchen einstellen, so würde im Februar oder März des nächsten Jahres ein Nachtragsetat dem Parlament unterbreitet werden.

Der Vergleich der Schiffsbauprogramme der übrigen Staaten habe die Regierung zu dem dargelegten Entschlusse veranlaßt. Italien und Österreich hätten jetzt ein endgültiges Schiffsbauprogramm von 4 großen Schlachtschiffen aufgestellt und es bestehe kein Zweifel an seiner Durchführung.

In seinen weiteren Ausführungen wies Mr. M'Kenna darauf hin, daß die Admiralität beschlossen habe, anstatt eines der im November l. Js. zu erbauenden Linienschiffe einen Kreuzer verbesserten Typs auf Stapel zu legen. Die Admiralität habe sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da sie erfahren habe, daß es gegenwärtig stärkere und schnellere Kreuzer gäbe als die englischen Invincibles und Indomitables. Die Sicherheit des englischen Handels hänge davon ab, daß es möglich sei, die Aufbringung englischer Kauffahrteischiffe durch fremde Kriegsschiffe zu verhindern. Hierzu seien jedoch große Kreuzer in erster Linie erforderlich. Auf eine Zwischenfrage, ob Deutschland sein Programm beschleunigt oder seine dem Foreign Office gegebene Zusage gehalten habe, führte Mr. M'Kenna aus: Vor drei Jahren sei von der englischen Regierung der ernste Versuch[1] gemacht worden, die rasche Zunahme in den Rüstungen der einzelnen Staaten nach Möglichkeit zu begrenzen. Die britische Regierung habe nicht nur ihren dahingehenden Wunsch zum Ausdruck gebracht, sondern durch die Tat ihren Entschluß kundgegeben, in den Rüstungseinschränkungen als erste voranzugehen[2]. Während dreier Jahre habe England alle Anstrengungen gemacht, um die Welt von der Notwendigkeit einer Rüstungsbeschränkung zu überzeugen[3]. Während dieses Zeitabschnittes seien in England nur 8 Schlachtschiffe, in Deutschland dagegen 11 in Bau gegeben worden. Wenn England fortfahren würde, weniger oder nur ebensoviel Schiffe auf Stapel zu legen wie eine andere Macht, so würde es seine Seesuprematie innerhalb 10 oder 15 Jahren verlieren. Die gegenwärtige Lage biete zwar keinen Grund zur Beunruhigung, es sei aber jetzt an der Zeit, nachdem es zu keiner Verständigung in der Rüstungsfrage gekommen sei, eine Verständigung, zu welcher die englische Regierung jederzeit bereit sei, die zur Wahrung der Seesuprematie notwendigen Schritte zu ergreifen. Der konservative Abgeordnete Mr. A. Lee wandte sich gegen die Ausführungen des Ersten Lords der Admiralität und wies darauf hin, daß die erst für April nächsten Jahres vorgesehene Kiellegung der vier neuen Dreadnoughts eine unzureichende Maßnahme sei. Außerdem müsse er die Regierung tadeln, weil sie keinerlei Schritte getroffen habe, um das zum Bau der neuen Schiffe erforderliche Geld durch das Parlament noch in diesem Finanzjahre bewilligen zu lassen. Er weise auf die Beschleunigung[4] des deutschen Schiffbauprogramms hin und die während der letzten Jahre erfolgte bedeutende

Verstärkung der Leistungsfähigkeit Deutschlands im Schiffsbau. Er müsse der Regierung vorwerfen, daß sie das Cawdor-Schiffbauprogramm nicht eingehalten, daß sie im November 1908, als sie zuerst von der Beschleunigung des deutschen Schiffbaues[5] hörte, sich einer unverantwortlichen Untätigkeit hingegeben und daß sie endlich seit dem Monat März dieselbe untätige Haltung weiter beobachtet habe.

In seiner Erwiderung führte Premierminister Mr. Asquith aus, daß nirgends auf der Welt ein Grund vorhanden sei, warum England mit Deutschland in Zwistigkeiten geraten solle. Es sei nun gefragt worden, warum keine Verständigung zustande gekommen wäre, die eine Beschränkung der Rüstungen zur Folge habe. Die englische Regierung habe während der letzten drei Jahre ernstliche Versuche gemacht, um dieses Ziel zu erreichen, und gewisse Leute seien sogar der Ansicht, daß die Regierung hierin zu weit gegangen sei. Er sei nicht dieser Ansicht. Der verstorbene Premierminister Campbell Bannerman sei ein überzeugter Anhänger der Abrüstungsidee gewesen. Der jetzige Minister des Äußern, Sir E. Grey, sei von denselben Gesinnungen beseelt und habe seine ganze diplomatische Geschicklichkeit daran gesetzt, dieselben zum Ausdruck zu bringen[6]. Wenn die Anstrengungen der englischen Regierung in dieser Frage gescheitert seien, so liege dies nicht an einem Mangel an Eifer oder Anstrengung von englischer Seite. Aber es sei noch nicht zu spät, die Türe stehe nicht nur offen für eine Verständigung, sondern der englischen Regierung liege es sehr am Herzen, und es sei ihr ernster Wunsch, wenn möglich mit den anderen Mächten ein Abkommen zu treffen, durch das die englische Regierung der Notwendigkeit enthoben würde, Jahr für Jahr im Unterhause die Bewilligung hoher Geldsummen für den Flottenbau nachzusuchen. Die englische Regierung habe bisher die Flottenausgaben so viel wie möglich beschränkt. Aber Schiffbauprogramme würden nicht durch Gefühlsmomente, sondern durch Tatsachen bestimmt[7]. Die englische Regierung hätte sich bei Aufstellung ihres Programms von den Baumöglichkeiten und den Schiffbauprogrammen der anderen Staaten leiten lassen. Das Land müsse gegen Gefahren geschützt sein, die, wie die Geschichte beweise, von ganz unerwarteter Seite erwachsen könnten. Innerhalb dreier Jahre habe England 8 Schlachtschiffe, Deutschland 11[6] auf Stapel gelegt. Diese Tatsache dürfe nicht aus den Augen gelassen werden. Die englische Regierung sei zu der Überzeugung gelangt, daß die vier neuen Schiffe im März 1912 zur Indienststellung bereit sein müßten, und habe die hierzu erforderlichen Maßnahmen getroffen. Er müsse der Annahme entgegentreten, daß die Leistungsfähigkeit Englands im Schiffsbau geringer sei wie die Deutschlands. Die neuen Dreadnoughts würden unabhängig von dem Bauprogramm des nächsten Jahres erbaut werden.

Was den Zweimächtestandard beträfe, so habe er seinen erst vor kurzem hierüber abgegebenen Erklärungen* nichts hinzuzufügen. Er

---

* Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10273 f.

schließe seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die englische Regierung ihr Schiffbauprogramm nicht in einer herausfordernden Absicht aufgestellt habe, sondern in der Überzeugung, daß sie, ohne ihre Pflicht dem Lande gegenüber zu verletzen, kein anderes Programm hätte aufstellen können.

Der Leiter der Opposition, Mr. Balfour, erklärte hierauf, daß er die Maßnahmen der Regierung für vollständig unzulänglich halte. Sie habe versäumt, ihr Schiffbauprogramm zu vermehren zu der Zeit, als sie von der bedeutenden Vergrößerung der Kruppschen Werke in Kenntnis gesetzt worden sei. Es sei allgemein bekannt, daß der Schiffbauplan den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts gebildet habe, und daß das jetzige Programm ein Kompromiß sei. Innerhalb weniger Jahre würde die Überlegenheit Englands über Deutschland in den Schiffen, die vor der Dreadnoughtära erbaut worden seien, geschwunden sein[8], die Anzahl der gegenwärtig vorhandenen Zerstörer sei nicht ausreichend. Im Jahre 1911 würde die Überlegenheit Englands über Deutschland im Dreadnoughtbau nur mehr ein Schiff betragen[9]. Im März 1912 würde England über drei Dreadnoughts mehr als Deutschland verfügen. Aber Streiks, Zwischenfälle und allerhand andere Umstände könnten den Bau neuer Schiffe erschweren, und dann könne sich die Tatsache ergeben, daß die englische Überlegenheit nicht mehr bestehe[6]. Er könne die Regierung nicht ernst genug dafür tadeln, daß sie das Prinzip des Zweimächtestandards nicht voll und ganz aufrecht erhalte, und daß sie nicht die genügende Anzahl von Schlachtschiffen, Kreuzern und Torpedobootzerstörern baue, um in der Nordsee, im Mittelmeer, und wo immer die englische Flagge wehe, jedweder Konstellation feindlicher Flotten erfolgreich entgegentreten zu können. Das Amendement der Opposition, wonach beim Marineetat 500 £ gestrichen werden sollten, wurde mit 280 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Die heutige Presse bespricht in zahlreichen Leitartikeln die gestrige Debatte im Unterhause.

Die „Daily News" vertritt die Ansicht, daß die vier neuen Dreadnoughts unnötig seien, weil die britsche Übermacht zur See außer Zweifel stehe und die Beziehungen zu den anderen Nationen so gute seien, daß keine feindliche Kombination gegen England aufkommen könne.

Der „Standard" nennt das Vorgehen der Regierung betrügerisch und sagt, dieses anscheinende Zugeständnis sei nur ein Trick, der einerseits den Zweck habe, die Freunde einer kleinen Flotte zu beruhigen, andererseits die Nation in Sicherheit zu wiegen. Denn wenn die vier neuen Dreadnoughts erst im nächsten Jahre begonnen werden, zu einem Zeitpunkte, wo die vier bereits bewilligten noch nicht fertig seien, und wo vier weitere Schlachtschiffe hinzukämen, so sei es natürlich ausgeschlossen, alle zwölf gleichzeitig zu bauen. Ferner gehe die Admiralität bei allen ihren Berechnungen immer von der Voraussetzung aus, daß ein modernes Linienschiff in zwei Jahren fertiggestellt werden könne, während sie sehr wohl wisse, daß dies unter gewöhnlichen Umständen unmöglich sei.

Die „Morning Post" führt aus, daß die gestrige Erklärung der Regierung nicht eine Erweiterung, sondern eine Einschränkung des Bauprogramms bedeute. Denn an Stelle eines der bereits bewilligten Linienschiffe soll nur ein Kreuzer gebaut werden. Den Bau der vier neuen Dreadnoughts erst im nächsten Jahre zu beginnen, sei zu spät.

Die „Times" meint, man dürfe nicht die Bauprogramme einzelner Jahre, wie sie in England aufgestellt würden, denen anderer Nationen gegenüberstellen, die auf Jahre hinaus festgelegt seien. Wenn man diesen Gesichtspunkt berücksichtige, so verliere der sehr alarmierende Ton der gestrigen Rede Mr. Balfours an Bedeutung, wenn er auch sicherlich die Auffassung widerspiegele, die in England während der letzten Monate vorgeherrscht habe. Für diese allgemeine Beunruhigung sei die Regierung ganz allein verantwortlich, weil sie es für gut befunden habe, die Nation so lange im unklaren zu lassen, nur um einen Teil ihrer Anhänger zufrieden zu stellen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Quatsch! gelogen!
[2] ! Comödie 1 Schiff!
[3] ! unerhörte Frechheit Pharisäer
[4] Erfindung
[5] Lüge
[6] !
[7] richtig
[8] 7 jetzt in Dienst und wir kein Einziges!
[9] !!

Nr. 10318

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 27. Juli 1909

In der gestrigen Sitzung des House of Commons wurden die Verhandlungen über die naval estimates wieder aufgenommen, indem Vote VIII „Shipbuilding, Repairs and Maintenance" auf der Tagesordnung stand.

Die Verhandlung brachte keine Überraschung, da ja Sir John Fisher mir gegenüber bereits im März zugestanden hatte (Bericht 228 vom 27. März 1909*), daß die Regierung die acht Schiffe fordern werde. Wenn man die durch den naval scare beeinflußte Volksstimmung in Rechnung zog, so war zu erwarten, daß die Regierung sich jetzt stark genug fühlte, allen weiteren Wünschen der little navyites entgegenzutreten, die in den letzten Wochen nochmals gegen die vier conditional ships gearbeitet haben.

---

* Siehe Kap. CCXXI, Nr. 10291.

Mr. M'Kenna gab daher im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß auf Grund der Schiffbaupläne anderer Nationen die Vorarbeiten für diese vier weiteren Schiffe so gefördert werden sollten, daß ihre Kiele am 1. April 1910 gestreckt werden könnten. Im Laufe der Debatte erweiterte der Premierminister diese Erklärung dahin, daß alle acht Schiffe des 09/10 Programms im März 1912 dienstbereit sein sollten.

Neu ist der technische Punkt, daß, wie M'Kenna erklärte, eines der vier ersten Schiffe des diesjährigen Programms ein Kreuzer des verbesserten Invincible Typs sein wird, während bisher nur von diesen vier Schiffen als Linienschiffen gesprochen wurde.

Wenn von einzelnen Stellen wirklich immer noch ernstlich der Standpunkt vertreten wurde, daß die Opposition den naval scare im Frühjahre aus der reinen Überzeugung heraus inszeniert habe, die Sicherheit des Landes verlange die Inbaugabe der acht Schiffe, so hätten die Verfechter dieser Ansicht folgern müssen, daß mit dem Zugeständnisse der Regierung, die acht Schiffe zu bauen, die Klagen der Opposition verstummen würden. Aus den gestrigen Worten der oppositionellen Redner geht aber zweifellos hervor, daß ihnen nicht mit dem Bau der Schiffe allein gedient ist, sondern daß sie in erster Linie durch die Deckungsfrage beunruhigt sind. Selbst die von Mr. M'Kenna abgegebene Erklärung, daß nötigenfalls im Februar oder März 1910 Nachtragsforderungen eingebracht werden sollen, konnte Mr. Balfour nicht davon abhalten, der Geschäftsführung der Regierung den Mangel an „financial directness and honesty" vorzuwerfen. Das, was die Opposition von vornherein wünschte, die schon sehr bedeutenden diesjährigen Budgetschwierigkeiten der Regierung noch durch erhöhte Marineausgaben zu komplizieren und die Liberalen dadurch aus dem Amte zu treiben, ist ihr offenbar nicht gelungen, und daher richtet sich die ganze Aufmerksamkeit ihrer gestrigen Redner vornehmlich auf diesen Punkt. Ob sie damit durchdringen werden, ist vorläufig noch unentschieden, da die Debatte gestern nicht zu Ende geführt wurde; aber es ist nicht zu erwarten.

An der Zahl der Schiffe wird sich nichts mehr ändern.

Stellt man, was nahe liegt, den Vergleich an, wie nach den nunmehr feststehenden Zahlen das Verhältnis Deutschland-England im Jahre 1912 an capital ships aussehen wird, so kommt man zu folgendem Schluß:

Deutschland (Herbst 1912) = 13
England (März 1912) = 20

Wie man da von einer Berechtigung zu ängstlicher Sorge auf englischer Seite reden will, ist schwer verständlich.

Interessant ist, daß sowohl Mr. M'Kenna wie der Premierminister in ihren gestrigen Reden von neuem auf die jahrelangen ernstlichen Bemühungen hinwiesen, die seitens der liberalen Regierung angestellt seien, um zu einer Verständigung über die gegenwärtigen Rüstungen, und zur Reduzierung der hierfür notwendigen Ausgaben zu kommen. Wenn auch diese Erklärung vielleicht an erster Stelle für die little navyites bestimmt

war, um die Zwangslage der Regierung zu betonen, so liegt zweifellos nebenher die Absicht vor, daß deutschen Lesern die Friedfertigkeit Englands von neuem vor Augen geführt wird, die sich ja auch bei früherer Gelegenheit schon in vagen Allgemeinplätzen dieser Art verbreitet hat. Es wäre kaum zu verwundern, wenn nach einiger Zeit wiederum von englischer Seite betont würde, daß die von neuem angebotene Verständigung wiederum kein Gehör gefunden habe.

(gez.) Widenmann

Nr. 10319

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 790 London, den 28. Juli 1909

Aus der Debatte im Unterhause bei Beratung des Marineetats beehre ich mich noch die nachstehenden Reden hervorzuheben.

Der nationalistische Abgeordnete Mr. Dillon wies darauf hin, daß die Regierung erklärt habe, die vier neuen Dreadnoughts nur dann bauen zu wollen, wenn sich eine wirkliche Notwendigkeit hierfür ergeben würde. Weder der Erste Lord der Admiralität noch der Premierminister hätten sich darüber geäußert, ob Deutschland sein Versprechen[1] gehalten habe, den Bau seiner Schlachtflotte nicht zu beschleunigen und das aufgestellte Flottenprogramm einzuhalten. Er wünsche zu wissen, warum die Regierung bei Ankündigung des Baues der vier neuen Dreadnoughts diesen Hauptpunkt mit Schweigen übergangen habe, und wodurch die Inbaugabe weiterer Schlachtschiffe gerechtfertigt sei. Nachdem der Zweimächtestandard durch die Regierung aufgegeben sei, hätten die verantwortlichen Minister schon im Monat März darüber im klaren sein müssen, wieviel neue Schiffe gebaut werden müßten, und damals bereits die Notwendigkeit des Baues vier weiterer Dreadnoughts betonen sollen, anstatt so lange zu warten und erst jetzt dem Drucke der Opposition und der Aufregung im ganzen Lande nachzugeben.

Die Sprache, die von Mitgliedern der Opposition gegen Deutschland geführt worden sei, sei unerhört[2] und geeignet, in jenem Lande die Meinung zu erwecken, daß man in England einen antideutschen Verband organisieren wolle[3]. Dadurch werde der deutsche Flottenverein in seiner Agitation für den weiteren Ausbau der deutschen Flotte nur bestärkt werden[4].

Das Mitglied der Arbeiterpartei, Mr. Barnes, führte aus, daß alles, was über die Beschleunigung des deutschen Flottenprogramms gesagt worden sei, in Wirklichkeit nicht zur Ausführung gelangt sei. Deutschland, aus dessen Schiffbauprogramm kein Geheimnis gemacht werde, würde Ende des Jahres 1912 nur 13 Schlachtschiffe des Dreadnoughttyps haben[5], während England zu diesem Zeitpunkte über 16[6] Dread-

noughts verfügen werde. Mit den jetzt neu hinzugekommenen 4 Schlachtschiffen würde England zu dem erwähnten Zeitpunkte 20 Schiffe haben[5].

Die Regierung scheine das Argument der angeblichen Beschleunigung des deutschen Schiffbauprogramms jetzt stillschweigend fallen gelassen zu haben. Wenn dies wirklich der Fall sei, so erschienen die früheren von der englischen Regierung ausgehenden Nachrichten, die bei der Opposition und in der Jingopresse lebhaften Widerhall gefunden hätten, als vollständig ungerechtfertigt[7]. Es sei daher eine Anstandspflicht Deutschland gegenüber, dieselben ausdrücklich zurückzunehmen[8].

Mr. Macdonald, Mitglied der Arbeiterpartei, gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Erste Lord der Admiralität im März die Behauptung aufgestellt habe, daß Deutschland in der Mitte des Jahres 1912 nicht 13, sondern 17 Dreadnoughts erbaut haben würde. Auch der Premierminister habe unzweideutig darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit des Baues von 17 deutschen Schiffen den Maßstab für die englischen Neubauten abgäbe. In der gegenwärtigen Erklärung Mr. M'Kennas sei jedoch keinerlei Bezug genommen auf diese im Monat März abgegebene Begründung des englischen Flottenprogramms. Dieses Argument sei jedoch nicht mehr stichhaltig. Sir E. Grey habe in seiner Rede am 29. März* unzweideutig erklärt, daß er der von der deutschen Regierung abgegebenen Versicherung vollen Glauben schenke, wonach Deutschland sein Flottenprogramm nicht beschleunigen wolle und bis zum Ende des Jahres 1912 nicht 17, sondern nur 13 Dreadnoughts erbaut haben werde. Im Juni d. Js. habe auch der Erste Lord der Admiralität erklärt, daß die deutsche Regierung bisher nur eines von den für das Jahr 1909 in Aussicht genommenen Schiffen der Dreadnoughtklasse auf Stapel gelegt habe[9].

Der nationalistische Abgeordnete Redmond beklagte die vielfachen Versuche, die gemacht worden seien, um einen Krieg zwischen England und Deutschland hervorzurufen. Die große Masse des englischen wie des deutschen Volkes sei durchaus friedlich gesinnt. Wenn jemals ein Krieg zwischen beiden Völkern ausbrechen sollte, so würde die Schuld nur diejenigen Agitatoren treffen, die in unverantwortlicher Weise eine panikartige Stimmung im Lande künstlich hervorriefen. In seiner Erwiderung führte der Erste Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, mit Bezug auf den Zweimächtestandard aus, daß England nach der Ansicht fast aller Mitglieder der Regierungsmajorität nicht in der Lage sei, so viel Schiffe wie Deutschland und Amerika zusammen zu bauen. Zu der Frage der Beschleunigung im deutschen Flottenbau übergehend erklärte Mr. M'Kenna, daß er nicht ein einziges Wort von dem, was er im Monate März gesagt habe, zurücknehme. Er habe erklärt, daß das deutsche Flottenprogramm für das Jahr 1909/10 beschleunigt worden sei[10], daß schon im März des

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10293 nebst Fußnote ***.

Jahres 1909 ein Schiff auf Stapel gelegt worden sei, welches im Schiffbauprogramm für das Jahr 1910 vorgesehen war[11], daß mit dem Bau der anderen zwei Schiffe noch nicht begonnen worden sei, und daß er endlich nichts darüber wisse, ob das vierte Schiff[12] schon auf Stapel liege oder nicht. Das in dem Programm für 1909/10 vorgesehene Schiff sei in Danzig zu Beginn des Jahres 1909 auf Stapel gelegt worden[11]. Er habe ferner seinerzeit darauf hingewiesen, daß schon vor dem ersten April 1909 Aufträge für den Bau gewisser Teile der für das Jahr 1909/10 vorgesehenen Schiffe gegeben worden seien. Diese Behauptungen halte er vollständig aufrecht[12].

Auf eine Zwischenfrage bestritt Mr. M'Kenna ferner, daß Fürst Bülow oder Admiral von Tirpitz sich jemals dahin ausgesprochen hätten, daß keine Beschleunigung im deutschen Flottenprogramm vorliege[13].

In seinen weiteren Ausführungen wies der Erste Lord der Admiralität darauf hin, daß Deutschland gegenwärtig 11 Schiffe[14] der Dreadnoughtklasse baue, während England 14 solcher Schiffe habe[15]. Die „Nassau" werde im Oktober d. Js. fertiggestellt sein. Die „Posen" und ein anderes Schlachtschiff seien im August 1907 auf Stapel gelegt worden und würden Ende des Jahres in Dienst gestellt werden, da ihre Bauzeit zwei Jahre und fünf Monate betrage. Fünf Schiffe seien im vorigen Jahre auf Stapel gelegt worden[12].

Die englische Admiralität könne ihre Schlüsse nur nach dem wirklichen Stand der Schiffbauten ziehen. Niemand, mit Ausnahme der deutschen Admiralität, sei in der Lage zu wissen, wieviel Schiffe die deutsche Regierung während der nächsten zwei Jahre auf Stapel legen werde[12].

Der Erste Lord der Admiralität schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß das gegenwärtige Schiffbauprogramm der Regierung den Erfordernissen der Lage entspreche.

Im Gegensatz zum März dieses Jahres ist in der vorgestrigen Debatte von seiten der Regierungsvertreter die falsche Angabe, daß wir im Jahre 1912 siebzehn capital ships haben würden, nicht wiederholt worden. Dagegen bestand Mr. M'Kenna nach wie vor darauf, daß deutscherseits eine Beschleunigung im Schiffbau vorliege.

Ich machte Sir E. Grey heute auf diese unrichtige Angabe[16] des Marineministers aufmerksam. Sir E. Grey erwiderte, er habe die Debatte weder verfolgt noch gelesen[17]; er könne mir nur vertraulich sagen, daß im Ministerrat beschlossen worden sei, zur Begründung der Inangriffnahme der Eventual-Dreadnoughts die beabsichtigte Verstärkung der italienischen und österreich-ungarischen Marine vor dem Parlamente hervorzuheben, damit Deutschland nicht allein zum Vergleich herangezogen würde[12]. Es entspräche keineswegs seiner noch der Regierung Absicht, die Kontroverse zwischen dem deutschen und englischen Flottenbau wieder aufleben zu lassen[18]. Mr. M'Kenna werde wohl deshalb von Beschleunigung im deutschen Schiffbau gesprochen haben, weil tatsächlich gewisse Schiffe des Etats 1909/10 schon Anfang dieses Jahres bestimmten Werften zugesichert worden seien[19].

Der Hinweis auf das Einhalten des deutschen Programms ist leider nur von Mitgliedern der irischen und der Arbeiterpartei gemacht worden. Die Mehrheit der Parlamentsredner hat sich hiermit nicht befaßt. Insbesondere die Führer der Opposition in der Flottenfrage, die Herren Balfour, Lee und Kapitän Bellairs, exemplifizierten wiederum in überschwenglicher Weise auf Deutschland. Im allgemeinen war indessen der Ton der Debatte ruhiger als im vorigen März.

P. Metternich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

McKennas Lügen sind eine direkte, dreiste Wiederholung seiner im März gemachten Angaben, welche durch Tirpitz u[nd] Bülow im Reichstag öffentlich widerlegt, und durch nach England geschicktes Material offiziell Lügen gestraft ist!

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] ?!
[2] Bravo!
[3] ja
[4] natürlich
[5] richtig
[6] 20!
[7] sehr gut!
[8] gut
[9] noch nicht!
[10] falsch
[11] gelogen!
[12] !
[13] !!
[14] davon keins im Dienst
[15] davon 7 im Dienst
[16] Lügen
[17] !! das steckt der Herr Botschafter ein ohne ein Wort der Erwiderung! Nachdem doch die ganzen Reden eine direkte Desavouirung, seiner in meiner Regierung Auftrage gemachten offiziellen Mittheilungen, bedeuten! so gut wie eine moralische Ohrfeige! So verfährt man mit Vertretern Portugals, aber nicht mit dem Deutschen Botschafter!
[18] sie ist ja im vollen Gang!
[19] aber nicht angefangen!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Schamlose Unverschämtheit! und freche Verlogenheit! Das Verhalten des Ersten Lords der Admiralität entspricht dem Grundsatz von Sir John Fischer im Taschenbuch für Marineoffiziere: If you tell a lie stick to it!

Kapitel CCXXIII

Bethmann Hollwegs erste Anläufe zu einer Flottenverständigung Juli bis November 1909

Nr. 10320

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen**

Reinschrift

Berlin, den 15. Juli 1909

Unsere Beziehungen zu England sind zwar äußerlich korrekt, und schwebende Fragen werden meist glatt erledigt, im Grunde ist das Verhältnis jedoch durchaus unerfreulich, ja man kann sagen, daß es die finsterste Wolke an unserm politischen Horizonte ist. Überall in der Welt wird von dem deutsch-englischen Gegensatz geredet; ernsthafte Menschen in England und anderen Ländern halten einen Zusammenstoß für unvermeidlich.

Die englische Politik ist uns unfreundlich und tritt uns überall in der Welt entgegen. In Europa braucht nur an den Konflikt wegen Bosnien und der Herzegowina und an die Verhältnisse in Konstantinopel erinnert zu werden. Wenn im Winter auch die englische Regierung selbst nicht absichtlich auf einen Krieg hingearbeitet haben mag, so haben es jedenfalls einzelne englische Diplomaten getan, wie namentlich Sir Arthur Nicolson in Petersburg. Wir wissen aus geheimer Quelle, daß England, falls es zu einem Kriege zwischen uns und Rußland gekommen wäre, die Waffen gegen uns ergriffen haben würde. Selbst in nicht rein politischen Fragen, zum Beispiel beim Erwerb von Kabelkonzessionen, sind wir in Spanien, Brasilien und Argentinien auf starken englischen Widerstand gestoßen. Die Beispiele könnten leicht vermehrt werden. Die deutsch-englischen Gegensätze könnten ja teilweise auf Rivalitäten im Handel zurückgeführt werden; auf diese Weise wird aber nur ein geringer Teil des englischen Widerstandes gegen uns erklärt. Die Grundstimmung in England ist gegen Deutschland sehr gereizt; dies hat im Laufe des Winters erheblich zugenommen und weite Kreise ergriffen. Kenner Englands sind erstaunt, wie sehr die Stimmung gegen Deutschland sich verschlechtert hat.

Was ist der Grund dieses unerwünschten Zustandes, der bereits beginnt, sich in geschäftlichen Beziehungen fühlbar zu machen? Alle wirk-

* Die Aufzeichnung gehört einem Zyklus von Aufzeichnungen an, die nach der Ernennung des bisherigen Staatssekretärs des Innern von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler (14. Juli 1909) niedergeschrieben wurden, um denselben über den Stand der Außenpolitik zu orientieren.

lichen Kenner Englands schieben die deutschfeindliche Stimmung auf den stetigen und schnellen Ausbau unserer Flotte, durch welche die Engländer ihre Existenz bedroht fühlen. Wir mögen diese Furcht Englands, das uns zurzeit zur See etwa dreifach überlegen ist, verlachen; sie besteht und bildet eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Noch hat sich die Idee nicht Bahn gebrochen, daß England einen Präventivkrieg gegen uns führen müsse, und ein englischer Angriff auf unsere Küsten, lediglich um unsere Seemacht zu vernichten, liegt noch nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Die Idee eines solchen Krieges beginnt aber schon in der Presse erörtert zu werden, was früher nicht der Fall war. Damit wächst die Gefahr.

Viel drohender als die Möglichkeit eines Präventivkriegs Englands, um uns im Ausbau unserer Flotte zu hindern, wobei England zunächst uns allein gegenüberstehen würde, ist die Gefahr, daß England versuchen wird, irgend eine sich bietende Frage zu benutzen, um im Verein mit Frankreich und Rußland Deutschland in eine solche Lage zu bringen, in der wir entweder eine diplomatische Niederlage erleiden oder einen Kampf gegen eine Koalition von Mächten führen müssen, in die man Italien hineinzuziehen bestrebt ist. Sowohl Sir Edward Grey wie Iswolsky werden bestrebt sein, für die Niederlage in der bosnischen Frage an uns Rache zu nehmen.

Im Hinblick auf unsere zurzeit hoffnungslos unterlegene Flotte müssen wir, auch nach Ansicht unserer Marine, einen bewaffneten Konflikt mit England vermeiden. Dieser Zweck könnte am besten erreicht werden, wenn wir, ohne unserer nationalen Würde zu vergeben, mit England eine Abmachung träfen, die England die unbegründete Furcht vor einem deutschen Angriff nehmen und uns Vorteile auf politischem und anderen Gebieten gewähren würde. Leider ist momentan die Stimmung in England so, daß wir keine Verhandlungen beginnen können. Nach Schluß des Parlaments wird es vielleicht möglich sein, in der Sache vorzugehen, doch muß vorher bei uns feststehen, welche Konzessionen Seine Majestät und die Marine machen wollen.

Bussche

Nr. 10321

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen**

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. den 16. Juli 1909]

Die Stimmung in England gegen Deutschland hat sich im Laufe dieses Jahres nicht unerheblich verschlechtert. Die deutsche Botschaft in London beurteilt die Lage sehr schwarz; die meisten Kenner englischer Verhältnisse teilen ihre pessimistische Auffassung. Einen großen Anteil an der Verschlechterung der Lage muß man aufs Konto der liberalen englischen Regierung setzen. Wie Sir John Fisher dem deutschen Marineattaché in

* Die Autorschaft der Aufzeichnung ergibt sich aus den archivalischen Repertorien.

London eingestanden hat*, bedurfte das liberale Kabinett eines little naval scare, um den Teil der liberalen Partei und die Minister, die einer Flottenvermehrung abgeneigt waren, mit sich fortzureißen. Man verrechnete sich in der Wirkung aufs Land und auf die Opposition, die die Lage gegen das liberale Ministerium ausnutzte. Die Angaben M'Kennas über unsere Flotte** sind meines Erachtens bewußt unwahr gewesen; sie sind es, die den Sturm entfachten. Während früher trotz der Beklemmungen über das stetige und rasche Anwachsen unserer Flotte der Gedanke eines Präventivkrieges gegen Deutschland nur im stillen in der Umgebung Sir John Fishers erörtert wurde und Anhänger fand, sind jetzt bereits eine Anzahl von Äußerungen in der Presse erschienen, die ein solches Vorgehen gegen uns befürworten. Die Idee gewinnt an Boden. Hierin liegt eine Gefahr für den Frieden.

Wenn auch einzustellen ist, daß die englische Presse, namentlich die Londons, die auf dem Kontinent fast ausschließlich beachtet wird, mit wenigen Ausnahmen konservativ-imperialistisch ist und auf den Sturz der liberalen Regierung hinarbeitet — so daß eine ruhigere Stimmung möglicherweise eintreten wird, wenn eine konservative Regierung wieder ans Ruder kommt —, so ist doch eine wesentliche Verschlechterung der Lage auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Die Regierung selbst ist nervös; dies tritt momentan in ägyptischen Fragen zum Vorschein***.

Ein noch bedenklicheres Bild ergeben gewisse Äußerungen des Königs, die uns aus St. Petersburg von bekannter weiblicher Seite zukommen. König Eduard soll in Bajä† den König von Italien und Tittoni, obwohl vorher angeblich abgemacht war, daß von Politik nicht geredet werden sollte, auf die Seeherrschaft in der Adria und auf die Haltung Italiens im Falle eines deutsch-englischen Konflikts angeredet haben und soll diesen Konflikt nach einer Äußerung Barrères†† an den russischen Geschäftsträger††† dem Minister Tittoni gegenüber als wahrscheinlich und nahe bevorstehend bezeichnet haben. Nimmt man auch an, daß der König Italien hat bluffen wollen, um es zu einer proenglischen Stellungnahme oder Erklärung zu veranlassen, und daß Barrère etwas übertrieben haben wird, so bleibt doch die unbestreitbare Tatsache bestehen, daß der König von England einen deutsch-englischen Konflikt in seine Berechnungen einstellt. Ob er England als angreifenden Teil annimmt, oder ob er von der Furcht eines

---

* Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10291.

** Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10273.

*** Die Konzessionen, die der englische diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo Sir Eldon Gorst, der Nachfolger Lord Cromers, zum Teil wohl unter dem Druck der liberalen Regierung, den nationalen Bestrebungen der Ägypter gemacht hatte, hatten zu keiner Beruhigung der dortigen Stimmung geführt, sodaß im Januar 1909 Gerüchte von einem Rücktritt Sir Eldons umliefen.

† Die Zusammenkunft König Eduards VII. mit König Viktor Emanuel in Bajä fand Ende April 1909 statt.

†† Französischer Botschafter in Rom.

††† Baron von Korff-Schmising.

deutschen Angriffes wie so viele Engländer befallen ist, lassen unsere Informationen nicht erkennen, doch möchte ich bei einem so ruhig abwägenden, verständigen Herrscher wie Eduard VII. glauben, daß er nur an einen englischen Präventivkrieg denken kann.

Daß auch Sir Edward Grey sich mit der Frage eines Krieges gegen Deutschland beschäftigt hat und gegebenenfalls für ihn zu haben ist, haben wir schon früher erfahren.

Daß wir einen Krieg mit England zur See nicht führen können, sondern alles tun müssen, um ihn zu vermeiden, hat Admiral von Tirpitz vor vierzehn Tagen in Kiel wiederholt bestätigt.

Nr. 10322

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. den 22. Juli 1909]

Der englische Botschafter erzählte mir in dem freundschaftlichen Ton, der unsere persönlichen Beziehungen beherrscht, er habe bei seinem jüngsten Aufenthalt in England keine feindselige Animosität gegen Deutschland vorgefunden, aber weitverbreitetes ängstliches Mißtrauen. Selbst verständige und ruhige Leute seien in dem absurden Wahn einer drohenden deutschen Invasion befangen.

Ich machte Sir Edward Goschen darauf aufmerksam, daß selbst jene vernünftigen Leute sicherlich einen plausiblen Grund für aggressive deutsche Absichten nicht zu entdecken vermöchten, einfach deshalb, weil nicht die Spur eines solchen vorhanden. Niemand denke bei uns daran, England die Suprematie auf dem Meere streitig machen oder eine deutsche Hegemonie auf dem Kontinent ausüben zu wollen. Der Ausbau unserer Flotte im Rahmen des bereits 1900 verabschiedeten Gesetzes richte sich, wie häufig und nachdrücklich genug von unserer Seite betont, gegen keine einzelne Macht und habe keinerlei aggressive Tendenz. Der Bau großer Schlachtschiffe ändere daran nichts, denn die Abwehr eines feindlichen Angriffes, woher er auch kommen möchte, erfordere nach den Lehren der Kriegsgeschichte nicht nur Küstenverteidigungen und kleine Schiffe, sondern auch kampffähige Einheiten.

Sir Edward Goschen erkannte dies alles an. Er könne nicht verhehlen, daß man in England vielfach in irrigen Anschauungen befangen sei. Wenn eine gegenseitige Verständigung über Flottenbauten zurzeit überaus schwierig scheine, so könnte doch manches Gute vielleicht durch Aufklärung geschaffen werden.

Ich stimmte dem bei und wies darauf hin, daß erst vor wenigen Tagen unsere Marineverwaltung dem englischen Marineattaché eingehende Auskunft über Umfang und Daten unserer Neubauten gegeben. Vielleicht

könne man sich über einen derartigen regelmäßigen gegenseitigen Austausch von Auskünften verständigen. Meines Wissens habe Sir Edward Grey bereits einmal beim Grafen Metternich die Informierung der beiderseitigen Marineattachés durch Zulassung derselben zu den Werften angeregt*. Bis zu einem gewissen Grade sei dies gewiß möglich, nur dürfe man sich nicht verhehlen, daß damit neue Quellen des Mißtrauens erschlossen werden könnten.

Sir Edward Goschen erwiderte, das sei auch seine Meinung. Einen erschöpfenden Einblick in die Neubauten könnte keine Macht gewähren, man müsse sich auf die Hauptsache, Umfang und Daten, beschränken.

Wenn auch eine Verständigung über Flottenbauten überaus schwierig sei, sagte ich schließlich, so wollten wir sie doch nicht als außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegend betrachten. Wir könnten uns ja auch mit England auf manchen anderen politischen Gebieten, beispielsweise in afrikanischen Fragen, Bagdadbahn und anderen mehr verständigen und damit zunächst eine bessere, vertrauensvollere Stimmung in England erzeugen. Man scheine dort für unsere aufrichtigen freundschaftlichen Absichten nicht immer genügendes Verständnis zu haben, wie unsere Erfahrungen bezüglich der Bagdadbahn im Herbst 1907** und bezüglich eines Nordseeabkommens im Frühjahr 1908*** gezeigt. Unser Entgegenkommen in jenen Fragen sei auf englischer Seite auf die Neigung gestoßen, andere Mächte in die Sache hineinzuziehen. Dadurch sei eine Verständigung über die Bagdadbahn erschwert und der Charakter des Nordseeabkommens verwischt worden. Unsere freundschaftliche Gesinnung für England und unser Wunsch nach unbefangener Gestaltung der Beziehungen bestehe unvermindert fort.

Nr. 10323

Aufzeichnung des Generaldirektors der Hapag Ballin†

Abschrift

[pr. den 15. Juli 1909]

Sir Ernest, dem ich schon vor etwa acht Tagen in einem Privatbriefe meinen bevorstehenden Besuch angekündigt und angedeutet hatte, daß ich den Wunsch hätte, zu meiner persönlichen Information bei dieser Gelegenheit auch das Gespräch fortzusetzen, welches wir vor Jahresfrist über

* Das war in der Tat wiederholt geschehen; vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10269.
** Vgl Bd. XXV, Kap. CLXXXVI.
*** Vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, B.
† Hier des Zusammenhangs halber eingereiht. Die Aufzeichnung enthält Notizen Ballins über seine Unterredung mit Sir Ernest Cassel am 10. Juli 1909 im Brook House in London und ist mit einigen Änderungen bereits veröffentlicht bei Huldermann, Albert Ballin, S. 216ff. Vgl. auch A. v. Tirpitz a. a. O., S. 163f.

die Flottenfrage gepflogen hatten*, schien sich inzwischen über diese Angelegenheit maßgebenden Ortes völlig orientiert zu haben. In der langen Unterhaltung, welche wir hatten, sprach er mit außerordentlicher Sicherheit, und jedes Wort schien vorher überlegt zu sein.

Ich sagte Sir Ernest im Eingange unserer Unterhaltung, daß es ihn nicht wundernehmen könne, wenn angesichts der großen Aufregung, welche in England über die deutschen Kriegsschiffsbauten herrsche und einer feindlichen Stimmung gegen Deutschland als Unterlage diene, ich den Wunsch hätte, an die interessanten Gespräche wieder anzuknüpfen, welche ich vor Jahresfrist über denselben Gegenstand mit ihm gepflogen habe. Ich wies darauf hin, daß diese, von einer gewissenlosen Presse und von unverständigen Parlamentariern in das Volk getragene Erregung geeignet sei, ein ganz anderes Ergebnis zu zeitigen als dasjenige, welches vielleicht der Regierung heute innerhalb ihres Programms erstrebenswert sei. Ich hob hervor, daß ich selbstredend nur als Privatmann redete, der mit Interesse die englischen Zeitungen und die Briefe seiner englischen Freunde lese, und daß meine Wissenschaft sich also nur auf private Quellen stütze.

Vor Jahresfrist, so betonte ich, habe Sir Ernest mir in seiner klaren und klugen Weise die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und England über den Ausbau ihrer Kriegsflotten dargelegt und mich gebeten, in dieser Richtung zu wirken. Diese Anregung sei bei mir auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Umstand, daß es mir gelungen sei, auf den wichtigsten Gebieten der transozeanischen Handelsschiffahrt Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener, Österreicher und eine ganze Reihe kleinerer Nationen unter einen Hut zu bringen und an die Stelle eines schrankenlosen und unwirtschaftlichen Wettkampfes friedliche und für alle Teile ersprießliche Verhältnisse zu setzen, mußte mir Sympathie einflößen für den Gedanken, daß auch zwischen den Regierungen ein solcher Weg bei gutem Willen gangbar sein müßte. Ich hätte mich deshalb entschlossen, unserer Regierung einen solchen Plan zu unterbreiten. Ehe ich das aber tun könne, müßte ich natürlich wissen, ob man in England heute noch den Standpunkt teile, den Sir Ernest vor Jahresfrist vertreten hat.

Cassel erwiderte mir darauf[1], daß sich seit Jahresfrist die Verhältnisse für England erheblich verschoben haben, und daß er nicht mehr in der Lage sei, die Ansichten zu vertreten, die er damals verfochten hatte. Es sei heute klarer, als es damals gewesen, daß England seine Suprematie auf dem Meere unter allen Umständen und völlig ungebunden aufrecht erhalten müsse. Angesichts der inzwischen beschlossenen Kriegsschiffsbauten Österreichs und Frankreichs sei eine einseitige Verständigung zwischen Deutschland und England nicht mehr möglich. Österreich sei ein sicherer Faktor in Deutschlands Rechnung; dagegen sei Frankreich kein zuverlässiger Aktivposten für England. Hinzu kämen noch die völlig

* Vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8214, 8216.

unsicheren Faktoren Rußland und Italien. England würde zu einer Macht fünften Ranges herabsinken, wenn es angesichts dieser Expansionen sich von Deutschland auf ein Programm festlegen lassen würde. Deutschland habe seine überwältigend große Armee, mit welcher es Österreich, Italien, Rußland und Frankreich in Schach halten könne. England habe nur die Flotte, um seine Weltmachtstellung stützen und seine Kolonien an sich halten zu können. England habe Gelegenheit gehabt, viele Jahrzehnte hindurch ein großes Vermögen zu akkumulieren. Die Zeiten seien vorbei. Unter der Regierung Kaiser Wilhelms II., der mit nicht genug zu rühmendem Selbstbewußtsein Deutschland in den Welthandel eingeführt, die deutsche Industrie und die deutsche Handelsschiffahrt zu nie geahnter Blüte entwickelt habe, hat England im Überseeverkehr immense Verluste erlitten. Der englische Handel ginge zurück, und zweifellos würde England nicht in der Lage sein, auf die Dauer bei seinem Freihandelssystem (open door) zu beharren[2].

Am schwierigsten schien Sir Ernest die Frage des österreichischen Kriegsschiffsbaues zu sein. Dieser Umstand im Zusammenhang mit der unsicheren Haltung Rußlands und der unberechenbaren Gestaltung der Verhältnisse in Frankreich scheint dem Könige besondere Sorge zu bereiten. Sir Ernest sagte mir schließlich, er hielte den Moment für eine Verständigung für Deutschland sehr glücklich, für England aber sehr unglücklich gewählt. Man dürfe nicht über eine Einigung verhandeln, während man sich fürchtet. In England trete diese Furcht heute in sehr unliebsamer Weise zutage, und diese Erscheinung müsse in Deutschland den Eindruck hervorrufen, daß England bereit sei, eine Einigung herbeizuführen selbst zu ungünstigen Bedingungen. England sei ins Hintertreffen gekommen nicht nur mit Bezug auf seinen Handel, sondern auch mit Bezug auf seinen Kriegsschiffsbau. Die Konkurrenz im Welthandel in Zukunft siegreich zu bekämpfen, sei für England aus vielen Gründen wenig aussichtsvoll. Dagegen sei die Ausmerzung des ungünstigen Verhältnisses im englischen Kriegsschiffsbau nur eine Geldfrage. Die Mittel müßten und würden beschafft werden, um die englische Flotte wieder auf eine solche Höhe zu bringen, wie sie im Hinblick auf die Weltlage erforderlich sei.

Ich erwiderte Sir Ernest, daß ich erstaunt sei über den völligen Wandel seiner Ansichten in dieser Angelegenheit. Nicht das, was er gesagt, sondern das, was er nicht gesagt habe, ließe mich vermuten, daß in englischen Regierungskreisen, vielleicht nicht ohne Schuld der deutschen Regierung, die Anschauung Wurzel gefaßt habe, die Kaiserliche Regierung werde nach Absolvierung des gegenwärtigen Flottengesetzes auf eine weitere Expansion der deutschen Flotte verzichten und sich lediglich auf den langsamen Ersatz abgängig werdender alter Fahrzeuge beschränken. Solche Anschauung könne nur dann eine gewisse Berechtigung haben, wenn man in England ein gleiches System adoptiere. Erachte man dagegen in England, wie ich aus seinen Worten entnähme, den Zeitpunkt für gekommen, um die Stärkeverhältnisse zwischen den beiden Ländern durch umfang-

reiche Neubauten zu verschieben, so würde man bald finden, daß man die Rechnung ohne den Wirt gemacht habe. Angesichts der hier herrschenden Tendenzen müsse meiner allerdings ganz persönlichen und völlig unmaßgeblichen Meinung nach Deutschland auch über das Flottengesetz hinaus darauf bedacht sein, die Kriegsflotte in einem solchen Maße zu erweitern, daß es einen Defensivkrieg mit sicherem Erfolge führen könne. Ein zügelloses Kriegsschiffsbauen auf englischer Seite bedeute also eine Schraube ohne Ende für beide Nationen.

Damit schloß die erste Unterredung, und ich nahm die Einladung an, am Abend bei Sir Ernest Cassel mit einigen prominenten Freunden zu speisen.

Als ich am Abend wieder im Brook House erschien[3], war ich nicht wenig erstaunt zu finden, daß ich der einzige Gast sei. Sir Ernest sagte mir, er habe die anderen Herren unter dem Vorwande, daß er sich noch zu unwohl fühle, abbestellt, um mit mir allein zu sein. Es lag auf der Hand, daß er inzwischen über den Ausgang unserer Unterredung berichtet und daß eine andere Stimmung Platz gegriffen habe. Es schien mir unzweifelhaft, daß dieser Umschwung herbeigeführt war durch meine Äußerung über die Notwendigkeit einer ferneren Erweiterung der deutschen Flotte, wenn das bezügliche Vorgehen Englands dazu dränge. Dieser Eindruck erwies sich im Verlaufe der nun folgenden langen Besprechung als durchaus richtig.

Sir Ernest führte aus, daß das liberale Kabinett mit Bezug auf die Flottenfrage „Penny wise and Pound foolish" gehandelt habe. Das fühle heute die große Mehrheit des englischen Volkes, und das habe die furchtsame und feindselige Stimmung in England hervorgerufen. Die liberale Regierung habe damit ein großes Unglück angerichtet und sich seiner Überzeugung nach dadurch selbst das Grab gegraben. Er glaube, es würde nicht lange dauern, bis man eine andere Partei am Ruder sehe. Hätte das liberale Kabinett nicht seinen phantastischen sozialpolitischen Ideen zuliebe die Flotte vernachlässigt, so würde von einer deutschfeindlichen Stimmung heute nicht die Rede sein. Dazu träten erschwerend andere politische Fragen. Frankreich sei im Hinblick auf den französischen Volkscharakter immer ein unberechenbarer Faktor gewesen; es sei heute angesichts seiner innerpolitischen Lage aber unsicherer denn je. Demgegenüber stände die Zuverlässigkeit, mit der Deutschland dank seines militärischen Übergewichts über Österreich disponieren könne. Von Rußland wolle er gar nicht reden; er habe die englische Annäherung an Rußland nie für klug gehalten.

Wenn man — und das habe er geglaubt, aus meinen Worten entnehmen zu dürfen — die Notwendigkeit zugäbe, daß England im Hinblick auf seine kolonialen und seine Welthandelsinteressen eine ausgesprochene Suprematie auf dem Meere sich bewahren müsse, so glaube er, daß verständige Männer schließlich doch eine Formel zu finden wissen müßten, welche eine Einigung zwischen beiden Ländern sichere. Eine große

Schwierigkeit biete die von mir immer wieder betonte Forderung, daß England bei dem System des Freihandels verbleiben müsse. England könne in diesem Punkte wohl für sich, aber nicht für seine großen Kolonien sprechen. Die Geschichte beweise, daß England die Vereinigten Staaten von Nordamerika aus seinem Besitze verloren habe, als es versuchte, ihnen in handelspolitischer Beziehung Fesseln anzulegen. Daß Deutschland, trotz der üblen Erscheinungen, welche sich jetzt bei der Reform der Reichsfinanzen gezeigt haben, reich genug sei, um auch weiterhin seine Flotte in bisherigem Abstande zu England zu vermehren, schiene ihm zweifellos. Es sei eben der Fehler des liberalen Kabinetts und anderer Berater des Königs gewesen, daß man geglaubt habe, das deutsche Flottengesetz würde aus finanziellen Gründen nicht in vollem Maße durchgeführt werden. Der Reichtum in Deutschland sei in viel höherem Maße gewachsen, als seiner Meinung nach selbst die deutsche Regierung und die deutschen Finanzkreise glaubten. Deutscher Wohlstand begegne einem überall. Man wende sich schon erstaunt auf der Straße um, wenn man heutzutage während der Saison in Ägypten oder in Italien die Touristen eine andere Sprache sprechen höre als die deutsche. Für ihn sei es jedenfalls keine Frage, daß Deutschland heute in der Lage sei, mit dem englischen Kriegsschiffsbau selbst dann Schritt zu halten, wenn dieser Schritt auch ein recht lebhafter sei.

Daß England in absehbarer Zeit das System des Free Trade verlassen würde, halte er aus innerpolitischen Gründen für ganz ausgeschlossen, und da ein Vertrag nicht für ewig zu schließen sei, sondern für eine Reihe von Jahren, brauche seiner Meinung nach Deutschland eine solche im Hinblick auf die Selbständigkeit der Kolonien unüberwindliche Frage nicht zur Bedingung zu machen. Man könne hingegen in manchen anderen zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen englischerseits ein freundliches Entgegenkommen beweisen. Er sei also geneigt, seine am Vormittage ausgesprochene Meinung dahin zu ändern, daß es sicherlich nur nützlich wirken könne, wenn einige verständige Männer[4], von beiden Seiten ernannt, zu einer Besprechung über die angeregte Frage zusammenkommen würden. Diese Zusammenkunft müßte eine absolut sekrete sein und Einigkeit müßte auf beiden Seiten darüber herrschen, daß es im Falle eines Erfolges bei einem solchen Vertrage keine Sieger und keine Besiegten geben dürfe. Das sei eine conditio sine qua non. Ich versprach, bei sich ergebender Gelegenheit in diesem Sinne in Berlin zu wirken, und wir verabredeten eine baldige weitere Zusammenkunft.

Cassel ist zweifellos ein außerordentlich geschickter Verhändler. In meiner vieljährigen bezüglichen Erfahrung erinnere ich mich kaum, mit einem Manne verhandelt zu haben, der Stunden hindurch so sicher, so vorbedacht und so zielbewußt diskutiert hat. Ich kann es deshalb wohl verstehen, daß ein kluger Monarch solchen Mann auch dann mit seinem Vertrauen beehrt, wenn nicht wie in diesem Falle noch private Interessen ins Gewicht fielen.

(gez.) Ballin

Bemerkungen des Chefs des Marinekabinetts Admirals von Müller am Kopf des Schriftstücks in Abschrift:

Erhalten von Generaldirektor Ballin am 14. Juli 1909. (gez.) v. Müller

Generaldirektor Ballin hat den Inhalt dieser Aufzeichnungen Seiner Majestät dem Kaiser am 14. Juli abends im Berliner Schloß fast wörtlich genau vorgetragen und noch einiges hinzugesetzt, was von mir auf den freien Seiten niedergelegt ist.

(gez.) v. Müller

Die von Admiral von Müller auf den freien Seiten niedergelegten Ergänzungen in Abschrift:

[1] Ballin: Über die Stellung und Haltung des Königs hat Cassel gesagt, der König sei aufrichtig dankbar für den über seine und namentlich auch der Königin Erwartungen gehenden Empfang in Berlin* und bemühe sich durchaus, den Flottenscare in England zu mildern, indem er bei allen Gelegenheiten auch in Privatgesellschaften zur Besonnenheit mahnt und das gute Recht Deutschlands, seine Flotte nach den selbstempfundenen Bedürfnissen zu bauen, betont.

Dem König sei es auch mit zu danken, daß Lord Beresford eine vernünftige Haltung in der Frage einnehme. Seine Rede sei vom König beeinflußt, Ballin würde am nächsten Tage sehen, wie maßvoll die Rede gehalten sei[5].

[2] Ballin: Sir Ernest Cassel hat gesagt, er verstände wohl, daß der Kaiser ärgerlich sei über das Vorgehen Hardinges in Kronberg, und der Kaiser könnte, wenn er wollte, eine Entschuldigung Sir Hardinges haben, der ganz gegen die Absicht des Königs, allerdings andererseits mit Wissen Sir Edward Greys gehandelt. Aber Cassel empfehle, auf dieser Entschuldigung nicht zu bestehen, denn der Kaiser mache sich dadurch nur einen nicht ganz ungewichtigen Feind in England.

[3] Generaldirektor Ballin ist überzeugt, daß Sir Ernest Cassel in der Zwischenzeit maßgebendste Persönlichkeiten, wahrscheinlich den König selbst auch gesprochen hat.

[4] Ballin: Als geeignete Persönlichkeiten auf deutscher Seite hat Sir Ernest Cassel den Botschafter Graf Metternich und den Marineattaché Widenmann, welch letzterer bei dem König gut angeschrieben sei, bezeichnet. Metternich wäre deshalb wichtig, weil er alle „die anderen zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen" kenne.

Fußnote Admirals von Müller in Abschrift:

[5] Hier muß ein Irrtum vorliegen. Die bekannte** Rede von Beresford ist am 30. Juni gehalten***, und Ballin hat Sir Ernest Cassel erst am 9. Juni oder noch später gesprochen.

(gez.) v. Müller

Wie mir Herr Ballin später sagte, ist eine andere Rede von Beresford gemeint. Er wird noch feststellen†, welche**.

Nr. 10324

Der Generaldirektor der Hapag Ballin an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm en clair

Hamburg, den 11. August 1909

Nach der Unterredung, die ich die Ehre hatte, mit Euerer Exzellenz in Swinemünde†† zu führen, habe ich das verabredete Telegramm meinem

* Vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10260ff.

** Die gesperrten Stellen sind handschriftliche Einfügungen Admirals von Müller.

*** Vgl. dazu Kap. CCXXII, Nr. 10314.

† Aus den Akten ist über diese Feststellung nichts ersichtlich. Vermutlich ist die Rede gemeint, die Lord Charles Beresford am 14. Juli vor der Londoner Handelskammer hielt.

†† Am 3. August war Kaiser Wilhelm II. an Bord der „Hohenzollern" von der Nordlandreise in Swinemünde eingetroffen. Zum Empfange des Kaisers hatte sich auch Reichskanzler von Bethmann Hollweg dorthin begeben.

Freunde* gesandt, worauf ich zunächst lediglich eine telegraphische Bestätigung des Empfanges erhielt. Nun finde ich bei der Rückkehr von meiner Reise die folgende Depesche vor:

„Vertraulich. Die Dispositionen sind günstig, und ich bin bereit, Sie zu treffen, sobald Sie Vorschlag für Zusammenkunft machen können; je näher bei Brig (?) es ist, desto lieber wird es mir sein."

Die Zusammenkunft, von der mein Freund spricht, ist die von mir vorgeschlagene, die also nur zwischen ihm und mir stattfinden soll, um das Nähere zu besprechen. Es ist für mich jetzt notwendig zu wissen, ob Euere Exzellenz wünschen, daß dieser Weg weiter verfolgt werden soll, oder ob Sie es vorziehen, einen anderen Weg einzuschlagen. Die in dem Telegramm meines Freundes enthaltene Mitteilung, wonach die Dispositionen günstig sind, fasse ich so auf, daß mein Freund beauftragt ist, das Nähere wegen der Zusammenkunft der Sachverständigen zu vereinbaren. Ich müßte also, wenn ich überhaupt zu einer weiteren Besprechung mit ihm gehe, über die bezüglichen Ansichten und Absichten Euerer Exzellenz informiert sein. Ich stelle mich für eine persönliche Unterredung am nächsten Dienstag ergebenst zur Verfügung**.

Ballin

Nr. 10325

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 13. August 1909

Ich habe heute*** Seiner Majestät dem Kaiser auf folgender Grundlage Vortrag gehalten.

Seit etwa einem halben Jahre† hat Ballin unter Einwilligung Seiner Majestät Sir Ernest Cassel sondiert, ob England zu einem Flottenabkommen bereit sei (Niederschrift Ballins vom 14. Juli d. Js. mit ergänzenden Bemerkungen des Admirals von Müller††). Ballin hat zwar dabei

---

* Sir Ernest Cassel.

** Reichskanzler von Bethmann Hollweg telegraphierte am 11. zurück, daß er vor einer Zusammenkunft mit Ballin erst „mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten die erforderlichen Besprechungen haben müsse". Am 12. hatten dann Bethmann Hollweg und Tirpitz in Wilhelmshöhe Immediatvortrag (vgl. das folgende Schriftstück). Am 16. empfing der nach Berlin zurückgekehrte Reichskanzler Ballin. Er dürfte ihn dabei über die Ergebnisse des Immediatvortrages vom 12. orientiert und ihm angedeutet haben, daß die Regierung selbst die Dinge in die Hand nehmen wolle, also eines Zwischenhändlers kaum noch bedürfe. In der Darstellung bei Huldermann, Albert Ballin, S. 222ff., klingt noch die Empfindlichkeit Ballins über seine Ausschaltung durch.

*** Richtig müßte es „gestern" heißen; der Vortrag des Reichskanzlers fand, nachdem dieser sich am 11. August mit Admiral von Tirpitz ausgesprochen hatte, am 12. in Wilhelmshöhe statt. Vgl. A. v. Tirpitz, a. a. O. S. 165.

† Das ist nicht ganz richtig; die neuerlichen Verhandlungen Ballins mit Sir E. Cassel datierten erst seit Anfang Juli. Vgl. Nr. 10323.

†† Siehe Nr. 10323.

betont, daß er ohne jeglichen Auftrag und lediglich als Privatmann handele. Wie aber Ballin mit Recht annimmt, daß Sir Ernest seine Äußerungen mit Wissen und Zustimmung des Königs Edward abgegeben hat, ebenso weiß auch Sir Ernest und mithin auch König Edward, daß Ballin nicht hinter dem Rücken Seiner Majestät handelte. Es besteht daher das fait accompli, daß wir bei England ein Flottenabkommen angeregt haben. Die Anregung ist von England nicht abgewiesen, sondern im Gegenteil, wie auch das gestrige Telegramm Ballins an mich* zeigt, auf günstigen Boden gefallen. Setzen wir jetzt die eingeleiteten Verhandlungen nicht fort, so wird England unserer Politik mit einigem Recht den Vorwurf der Unsicherheit und Unstetigkeit machen und daraus eine neue Bestätigung seines Argwohns schöpfen, daß wir mit unserm Flottenbau Böses gegen Albion im Schilde führen. Ein unbedingter Zwang zur Fortsetzung der Verhandlungen kann allerdings aus einer solchen falschen Auffassung Englands nicht hergeleitet werden. Man kann die Ansicht vertreten, daß wir mit unserm Flottenbau bereits über den Berg sind, daß England uns nicht angreifen wird, und daß wir mit ruhigen Nerven unbekümmert um den englischen navy scare unser Flottengesetz nach dem Programm und in der vorgesehenen Zeit durchführen sollen, ohne uns durch ein Abkommen irgendwie die Hände zu binden[1]. Ich bin geneigt, diese Ansicht an sich für richtig zu halten. Indessen kann kein Mensch die Garantie für eine solche Entwickelung übernehmen — Metternich glaubt nicht an sie, hält vielmehr, wenn wir unser Flottengesetz durchführen, einen Krieg früher oder später für unvermeidlich —, niemand kann insonderheit wissen, ob nicht ein an sich vielleicht kleiner Zwischenfall die öffentliche Meinung Englands so erregen wird, daß sich selbst eine friedfertige Regierung zum Kriege gezwungen sieht, beziehungsweise Zumutungen an uns stellt, deren Erfüllung mit unserer Ehre unverträglich ist. Die Interessen, die wir bei einem Kriege mit England aufs Spiel setzen, sind zu groß, als daß wir nicht seine Ursachen nach Möglichkeit zu beseitigen suchen sollten. Dazu kommt ein Weiteres. Unsere Seerüstung gegen einen englischen Angriff bemißt sich nach wiederholten Ausführungen des Admirals von Tirpitz nicht allein nach der Zahl und Beschaffenheit unserer Schiffe, sondern wird, abgesehen von den Fragen der Küstenbefestigung, auch wesentlich durch den Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals und die Hafen- und Befestigungsbauten von Helgoland bestimmt[2]. In beiden Beziehungen sind die Arbeiten erst im Werden. Jeder Gewinn an Zeit, in der wir sie ruhig vollenden können, ist ein Gewinn für unsere Seestärke. Ich erblicke hierin einen allerdings uneingestandenen Grund dafür, daß der Admiral Tirpitz jetzt das Zustandekommen eines Agreement mit Eifer betreibt und zu fördern sucht. (Daneben mögen auch finanzielle Rücksichten für ihn maßgebend sein.)

Wenn ich mich aus diesen Erwägungen, und nachdem einmal Ballin

---

* Siehe Nr. 10324.

Verhandlungen eingeleitet hat, dafür aussprechen muß, daß wir den Abschluß eines Flottenabkommens betreiben, so ist es selbstverständlich, daß die Verhandlungen nicht unverbindlich durch Ballin fortgesetzt, sondern offiziell eröffnet werden müssen, und zwar sind sie von unserer Seite aus einzuleiten. Die Ansicht, daß wir die Engländer an uns herankommen lassen müßten, weil dann in den Verhandlungen unsere Position stärker wäre, halte ich für irrig*. Scheitern Verhandlungen, die auf englischer Initiative beruhen, an unserm Widerspruch, dann gelten wir der Welt gegenüber als die Unverträglichen und Schuldigen, und das würde die Erregung und damit die Neigung Englands zum Kriege nur stärken[3]. Umgekehrt liegt es, wenn wir England ein Angebot machen, und zwar namentlich im gegenwärtigen Augenblick, wo M'Kenna und Asquith emphatisch erklärt haben, England sehne sich nach einem Abkommen, die Tür stände jedermann offen. Lehnt England ein vernünftiges Angebot von uns ab, so ist es England, das sich ins Unrecht setzt.

Die Chancen dafür, daß ein Agreement zustande kommt, scheinen, was die Person des Königs Edward und wohl auch die gegenwärtige englische Regierung anlangt, nicht ungünstig zu sein. Admiral von Tirpitz hält sie auch insofern für günstig, als England weder finanziell noch technisch in der Lage sei, ein Flottenprogramm, wie es mit der Bewilligung der vier Eventual-Dreadnoughts inauguriert sei, tatsächlich durchzuführen. Ungünstig ist die Situation insofern, als die Opposition das Machtmittel, das ihr eine andauernde Flottenerregung liefert, nur ungern preisgeben wird[4].

Damit, daß Alldeutsche, Flottenverein usw. ein gewaltiges Geschrei erheben, muß gerechnet werden. Das kann indessen nicht abhalten, das an sich Richtige zu tun, allerdings unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Zugeständnisse, die wir machen, auch vom Standpunkte unserer bisherigen und gegenwärtigen Flottenpolitik aus vertreten werden können.

Fürst Bülow hatte die Meinung vertreten, daß ein Abkommen mit England sich nicht auf die Flotte beschränken dürfe, sondern auch streitige Kolonialfragen, die Bagdadbahn[5], unsere Handelsverhältnisse zu England und vor allem eine Art Neutralitätsabkommen umfassen müsse. Man wird

* Vgl. dazu den Privatbrief Zimmermanns an Kiderlen vom 25. August 1909, mitgeteilt bei E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 36: „Der neue Reichskanzler scheint mit aller Gewalt eine Verständigung mit England herbeiführen zu wollen und scheut sich nicht, zu diesem Zwecke — wie ich ganz geheim bemerken darf — sogar die Initiative zu ergreifen. Wenn die Sache nur gut gehen wird! Bussche hat merkwürdigerweise seine Idee mit Eifer aufgenommen. Die einzige Erklärung für das eilige Vorgehen kann ich nur in dem Umstand erblicken, daß Seine Majestät wieder einmal persönlich eingegriffen und Ballin zu Verhandlungen mit Sir Ernest Cassel in Flottenfragen ermächtigt hatte." Den wirklichen Schlüssel zu Bethmann Hollwegs Vorgehen bietet wohl ein etwas späterer Brief des Gesandten von Flotow an Kiderlen vom 11. November 1909 (Jäckh a. a. O., II, S. 74), worin es heißt: „Der Herr Reichskanzler steht etwas auf dem Standpunkte, daß die Engländer Bülow sehr mißtraut hatten, daß er einen Gegensatz dazu konstruieren und nicht den Glauben an mala fides aufkommen lassen müsse."

die Flottenfrage durch die sehr zahlreichen Kolonialdetails und durch die noch ungenügend geklärte Bagdadfrage nicht komplizieren dürfen. Ein Handelsabkommen würde sich wohl auf die Zusicherung der Meistbegünstigung für den Fall beschränken, daß England zum Schutzzoll übergeht. Zu einem solchen Abkommen wäre die Zustimmung des Reichstags erforderlich, der, wenn irgend angängig, außer Spiel zu lassen ist[6]. Die Frage, ob ein allgemeiner politischer Neutralitätsvertrag anzustreben ist, muß zur Stunde noch offen bleiben. Zum mindesten aber ist England beim Eintritt in die Verhandlungen über das Flottenagreement zu sagen, daß eine friedlich-freundliche Orientierung der englischen Politik uns gegenüber ein selbstverständliches Erfordernis ist, und es ist eine ausdrückliche Bestätigung zu fordern, daß die von England geschlossenen Verträge und Ententen keine Spitze gegen uns richten[7]. Die genauere Formulierung hierfür bleibt vorbehalten.

Je mehr wir in dieser Frage erreichen, um so leichter wird ein Flottenabkommen gegenüber Angriffen unserer Ultras vertreten werden können.

Entschließt man sich dazu, die Sache anzugreifen, so muß das jetzt geschehen. Wenngleich nach den Vorgängen Ballin-Cassel die offizielle Initiative von uns auszugehen hat, so darf unsere Initiative doch nicht wie ein Schlag vom heiteren Himmel einsetzen, sondern muß an Vorangegangenes anknüpfen. Natürlich nicht an die unverbindlichen Besprechungen Ballin-Cassel, die offiziell ignoriert werden. Wohl aber an die Erklärungen M'Kennas und Asquith' in der Flottendebatte* und an meinen Antritt des Kanzleramtes. Benutzen wir diese Haken, so erscheint unsere Demarche nicht als von der Angst diktiert, was sie auch nicht ist, sondern als die folgerichtige Entwickelung auch der offiziellen Tatsachen und der auch schon vom Fürsten Bülow verfolgten Absicht, zu einem Agreement zu kommen. Sie macht sich zugleich die anscheinend günstigere Stimmung Englands zunutze, welche sich anscheinend an meinen Amtsantritt angeschlossen hat.

Alle Verhandlungen sind mit der äußersten Diskretion zu führen. Insonderheit ist die Person Seiner Majestät auf das vorsichtigste aus dem Spiel zu lassen, damit er durch ein etwaiges Mißlingen der Verhandlungen nicht belastet wird.

Darauf hat Admiral von Tirpitz die auf der Anlage** gekennzeichnete Grundlage für das Flottenabkommen vorgetragen und dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß er in der politischen Beurteilung der Situation meinen Ausführungen durchweg beipflichte.

Seine Majestät haben sowohl die Tirpitzsche Formel wie auch meine Darlegungen in allen Punkten gebilligt, traten sogar mit eher noch größerem Eifer und entschiedenem Optimismus für den sofortigen Beginn offizieller

---

* Vgl. Kap CCXXII, Nr. 10317.
** Siehe Anlage.

Verhandlungen ein. Seine Majestät meinten, England würde und müßte mit allen Mitteln bestrebt sein, einen positiven Abschluß zu erzielen. Ein günstiger Erfolg würde nicht nur materiell, sondern auch moralisch unsere Stellung im europäischen Konzert entschieden stärken. Deshalb könne er das Mißfallen unserer Ultras ruhig in den Kauf nehmen.

Auf meine Frage, ob die Tirpitzsche Formel das letzte Wort sei, meinte Admiral Tirpitz, daß man England eventuell noch die beiden von den Kolonien zu bauenden Dreadnoughts konzedieren könne. Nicht einlassen könne man sich dagegen auf die Anerkennung des Two-Power-Standards für den Neubau.

Ich beabsichtige nunmehr zunächst den Grafen Metternich zu informieren. Danach werde ich Sir Edward Goschen etwa folgendes sagen.

Bei unserm ersten politischen Gespräch habe er die Frage eines Flottenabkommens als eine sehr schwierige, wenn auch nicht völlig unlösbare, aber auch noch kaum spruchreife Frage bezeichnet. Inzwischen habe sich die Situation insofern verändert, als M'Kenna und Asquith die bekannten Äußerungen* getan hätten, die wohl auch an die Homburger Demarche von Sir Charles Hardinge** hätten erinnern sollen. Ich hätte bei meinem Amtsantritt gesehen, daß die Frage vom Fürsten Bülow andauernd im Auge behalten worden sei. Da ich persönlich die Spannung zwischen unsern Ländern für eine krankhafte und unheilvolle halte, seien mir die Äußerungen M'Kennas und Asquith' sehr willkommen gewesen, und mit Bezug auf sie wolle ich ihm (Goschen) erklären, daß die Kaiserliche Regierung gern bereit sei, ein Agreement vorzuschlagen. Nach den wiederholten und von mir hiermit ausdrücklich bestätigten Erklärungen unserer Regierung verfolge unser Flottenbau lediglich defensive Zwecke ohne jegliche Spitze gegen England. Von unserer Seite bedürfe es daher an sich keines Agreements, um diesen Standpunkt zu bekräftigen, aber wir seien zu ihm bereit, um der grundlosen Aufregung bei einem Teil des englischen Publikums den Boden zu entziehen. Sei dies unser Zweck, so involviere dies gleichzeitig, daß das Agreement für uns nur dann von Wert sei, wenn es uns gleichzeitig eine friedliche Politik Englands uns gegenüber verbürge. Es werde daher auch Gegenstand der Besprechungen sein müssen, wie eine derartige Orientierung der allgemeinen Politik Englands Deutschland gegenüber sicherzustellen sei.

Ich richte daher an die englische Regierung die Frage, ob sie bereit sei, auf solcher Grundlage mit uns in Besprechungen einzutreten. Nach Bejahung der Frage würden wir imstande sein, den Besprechungen unsererseits bestimmte Vorschläge zugrunde zu legen. Die technischen Fragen des Flottenabkommens würden nur unter Zuziehung von Experten erledigt werden können, und ich lege den höchsten Wert darauf, daß von

---

* Vgl. Kap. CCXXII, Nr. 10317.

** Vgl. Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8225f.

unsrer Seite der Admiral von Tirpitz persönlich beteiligt würde. (Die Verhandlungen müssen in Berlin geführt werden.) Für den Fall der Bereitwilligkeit Englands würde ich mich rücksichtlich des Zeitpunktes für den Beginn der Besprechungen gern den etwaigen Vorschlägen Englands anschließen, zumal ich gehört zu haben glaubte, daß in der Stellung des Ersten Lords der Admiralität aus Altersgründen ein Wechsel bevorstehe.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens auf einer Abschrift *:

[1] Der Flottenrummel würde sich in jedem Jahr bei der Budgetberatung in England wiederholen

[2] Ob das den Engländern nicht bekannt ist?

[3] nicht allein England, sondern die ganze Welt wird es uns danken, wenn wir den ersten Schritt tun

[4] Balfour müßte eingeweiht werden

[5] nur Mittel zum Zweck

[6] den Reichstag brauchen wir doch unter allen Umständen bei Erneuerung des Provisoriums

[7] Wir verlangen dabei keineswegs von England eine Absage an seine Freunde

Anlage

1.) Vertrag über „Capital Ships" für 5 Jahre:

Jahr	Deutschland		England
	Jetziger Bauplan	Künftiger Bauplan	Bauplan
1910	4	3 (—1)	4 d. s. die Eventual-Dreadnoughts 1909
1911	4	2 (—2)	3
1912	2	2	3
1913	2	2	3
1914	2	2	3
Sa. 1910 bis 1914	**14**	**11**	12 + 4 Eventual-Dreadnoughts von 1909 in Summa = **16**

Mithin Verhältnis = **1 : 1,45**

2.) Bei vorstehenden Abmachungen geben Deutschland und England an modernen capital ships von 1905—1914 in Bau:

Deutschland = 24
England = 32
} entspricht einem Verhältnis von **3 : 4**

3.) Unter Anrechnung der vorhandenen älteren capital ships haben im Jahre 1904 fertig und im Bau:

Deutschland = 50
England = 92
} entspricht einem Verhältnis von **1 : 1,8**

---

* Vgl. Nr. 10326.

Hierbei zu berücksichtigen, daß ältere deutsche Schiffe schwächer als die gleichaltrigen englischen Schiffe sind.

4.) Durch ein derartiges Agreement wird vertraglich zugesichert, daß 1912 keine Novelle bei uns kommt*.

Bemerkung von Bethmann Hollwegs am Kopf des Schriftstücks:
Formel, die Admiral von Tirpitz für das Flottenabkommen vorgeschlagen hat, und die von Seiner Majestät am 12. August 1909 genehmigt ist. v. B. H. 13./8.

Nr. 10326

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 14. August 1909

Anbei sende ich Ihnen zur streng vertraulichen Kenntnisnahme Abschrift

1) einer Aufzeichnung Ballins über Besprechungen mit Sir Ernest Cassel**,
2) einer von Tirpitz ausgearbeiteten Formel über eine Flottenverständigung mit England***,
3) einer Aufzeichnung von mir über meinen am 12. d. Mts. in Wilhelmshöhe gehaltenen Immediatvortrag†.

Ich bemerke dabei, daß ich Seiner Majestät dem Kaiser und König, als er mir neulich von den in seinem Auftrage von Ballin mit Cassel geführten Unterhandlungen Kenntnis gab, nicht verhehlt habe, daß mir solche unoffiziellen Verhandlungen gefährlich schienen und durchaus unerwünscht seien. Seine Majestät erklärten, Fürst Bülow habe um diese Verhandlungen gewußt und sei mit ihnen einverstanden gewesen.

Ich habe mich sofort mit Tirpitz in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob unsere Marineverwaltung bereit sein würde, mit England zu einem Flottenabkommen zu kommen, und unter welchen Bedingungen. Nachdem ich bei Tirpitz wider mein Erwarten den lebhaften Wunsch konstatiert hatte, mit den Engländern ein Abkommen zu treffen, habe ich mich entschlossen, sofort beim Kaiser Vortrag zu halten, dessen Einzelheiten aus meiner Aufzeichnung hervorgehn.

Ich habe mir Metternich auf den 19. d. Mts. nach Berlin bestellt, um

---

* Nr. 4 eigenhändig durch Tirpitz hinzugefügt.
** Siehe Nr. 10323.
*** Siehe Nr. 10325, Anlage.
† Siehe Nr. 10325.

mit ihm über die Sache zu sprechen. Am 20. d. Mts. will ich Ballin sehn*, um ihm in freundlicher Form zu sagen, daß er mit Cassel nicht weiter verhandeln solle.

Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir etwaige Bemerkungen, die Ihnen erwünscht erscheinen, baldigst zukommen ließen; namentlich würde ich gern Ihre Ansicht darüber hören, ob und inwieweit wir eine uns freundliche und friedliche Orientierung der englischen Politik als conditio sine qua non stellen sollen. Am besten wäre ohne Zweifel ein Neutralitätsvertrag, durch den England uns zusagt, neutral zu bleiben, falls wir von Frankreich und Rußland einzeln oder zusammen angegriffen werden, oder falls wir, weil Rußland Österreich-Ungarn angreift, auf Grund unseres Bündnisses der Donaumonarchie beistehn müssen. Ein Angriff Frankreichs auf Italien ist höchst unwahrscheinlich, so daß diese Eventualität außer Betracht bleiben könnte. Geht England auf diesen Vorschlag nicht ein, so würden wir zu der Annahme berechtigt sein, daß England entweder mit jenen beiden Mächten oder mit einer von beiden bereits Abmachungen für diese Fälle getroffen hat oder mit der Absicht umgeht, im Falle eines solchen Krieges auf die Seite unserer Gegner zu treten. Wir würden an England eine bezügliche Frage richten müssen. Wenn man uns versichert, daß weder die eine noch die andere Eventualität vorliegt, daß man sich aber die freie Hand bewahren wolle, so entsteht die Frage, ob wir uns lediglich mit der Zusage begnügen können, daß England eine Deutschland freundliche und friedliche Politik führen werde. Ganz verzichten auf politische Kompensationen können wir meines Erachtens kaum.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10327

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Geheim Berchtesgaden, den 16. August 1909

Mit dem lebhaftesten Interesse habe ich von den Aufzeichnungen über eine Flottenverständigung mit England Kenntnis genommen, die Euere Exzellenz mir mit Schreiben vom 14. d. Mts.** zu übersenden die Güte gehabt.

Auch ich bin der Ansicht, daß wir, nachdem Ballin, wenn auch angeblich ganz privatim, so doch mit der Autorität seiner Person und seiner bekannten Verbindungen mit einer so prominenten und ebenfalls über

* Tatsächlich fand die Unterredung schon am 16. statt; vgl. Nr. 10324, S. 211 Fußnote **.

** Siehe Nr. 10326.

hohe Verbindungen verfügenden Persönlichkeit wie Sir Ernest Cassel mit Erfolg verhandelt hat, nun kaum anders können, als amtlich die Sache in die Hand zu nehmen, wollen wir nicht dem in England bestehenden Argwohn neue Nahrung geben. Ich möchte auch annehmen, daß die Äußerungen M'Kennas und Asquith' über unveränderte Bereitwilligkeit zu einem Abkommen über Rüstungsbeschränkung mit jenen Vorgängen in Verbindung zu bringen sind.

Jedenfalls ist es vorteilhaft, wenn jetzt die Initiative zu einem konkreten Agreement von uns ausgeht, denn damit ist unser loyaler Wille dokumentiert, und es wird nicht uns zur Last gelegt werden können, wenn die Verhandlungen scheitern sollten.

Die Tirpitzsche Formel scheint mir eine Grundlage zu bilden, die von den Engländern als entgegenkommend anerkannt werden muß. Ob sie ihnen für völlige Beruhigung und für die Gegenleistung einer Neutralitätserklärung genügend erscheinen wird, dürfte allerdings fraglich sein.

Eine englische Neutralitätserklärung wäre zweifellos die für uns erwünschteste Gegenleistung. England dürfte indessen seinen Traditionen der freien Hand entsprechend nicht leicht bereit sein, auf diese Forderung einzugehen. Allenfalls würden wir uns meines Erachtens mit der bestimmten Versicherung einer freundlichen und friedlichen Orientierung der englischen Politik begnügen können. Eine Formel hierzu findet sich in den Entwürfen, die ich seinerzeit mit Stumm ausgearbeitet habe*.

Sollte ein Flottenabkommen mit entsprechender politischer Kompensation zustande kommen, so treten die andern Fragen, kolonialer Natur, Bagdadbahn und selbst Handelsabkommen, mehr in den Hintergrund. Ihre Lösung würde sich dann gewissermaßen von selbst ergeben.

v. Schoen

Nr. 10328

Aufzeichnung des Geschäftsträgers in London von Kühlmann

Unsignierte Reinschrift

London, den 14. August 1909

Ausgehend von den an der ablehnenden Haltung des Auswärtigen Amtes gescheiterten Versuchen gänzlich unberufener Personen, einen Besuch deutscher Parlamentarier in England zu veranstalten, sprach Mr. Tyrrell ganz spontan und sehr ausführlich über die deutsch-englischen Beziehungen. Unternehmungen und Besuche könnten, von so wenig berufener Seite veranstaltet, nur schaden anstatt nützen. Im ganzen neige er der Ansicht zu, daß in dieser Beziehung eher zu viel als zu wenig geschehen sei. Die Beziehungen beider Länder würden am besten gedeihen, wenn man sich so wenig als möglich darum kümmere und so wenig als

* Siehe Kap. CCXXII, Nr. 10303.

möglich davon spreche. Die Veränderung in der Leitung der deutschen Politik sei hier mit Genugtuung begrüßt worden. Man erhoffe von dem neuen Reichskanzler eine bedeutende Besserung. Gegen den jetzt aus dem Amt geschiedenen habe an den einflußreichsten englischen Stellen ein tiefes Mißtrauen bestanden, das sich auf einer Reihe von Vorgängen aufbaute, von denen er nur das Jangtseabkommen und das Verhalten gegen Chamberlain erwähnen wolle. Man habe das Gefühl gehabt, daß der Fürst dem Drängen einer chauvinistischen öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber nicht immer das nötige Maß von Widerstandskraft gehabt hätte. Die Hauptfrage, welche beide Länder trenne, sei die Flottenfrage. Das englische Publikum werde sich an das deutsche Gesetz in seiner jetzigen Form gewöhnen und mit einer deutschen Flotte dieses Umfanges als mit etwas Gegebenem rechnen lernen. Gefährlich würde ihm eine bedeutende Novelle vor Ablauf des gegenwärtigen Flottengesetzes scheinen, da dies zu einer ungeheuren Verstärkung der antideutschen Agitation führen müsse. Er sei aber im allgemeinen über die Zukunft der deutsch-englischen Beziehungen durchaus nicht pessimistisch gestimmt. Er hoffe vielmehr im Gegenteil in absehbarer Zeit auf eine gewisse „détente".

Bemerkung Freiherrn von Bussches am Kopf des Schriftstücks:
Gespräch Kühlmanns mit Tyrrell (Sekretär Sir Edward Greys), der für deutschfeindlich gilt. B. 16./8.

Nr. 10329

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in St. Blasien, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

St. Blasien, den 19. August 1909

Euer Exzellenz glaube ich eine mir gewordene Mitteilung nicht vorenthalten zu sollen, selbst wenn ich annehmen darf, daß Euer Exzellenz über dieselbe Angelegenheit von zuständiger Seite eingehender darüber orientiert sein sollten. Admiral Coerper, langjähriger früherer Marineattaché in London, schreibt, er hätte Nachrichten von einem zuverlässigen Gewährsmann, die liberale Regierung würde im Oktober das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben, sie rechnete dabei von neuem auf eine liberale Majorität, wenn auch nicht so groß wie bei den letzten Wahlen. — Ob ein derartiger Plan, wenn er wirklich vorhanden ist und perfekt wird, unsere Verhandlungen günstig oder ungünstig und in welcher Weise beeinflussen wird, ist schwer vorauszusehen. Kommt eine Auflösung des englischen Parlaments, so wird man mit starken Schlagworten auf beiden Seiten bei den Wahlen rechnen müssen. Diese Möglichkeit aber läßt um so mehr richtig erscheinen, was Euer Exzellenz schon in Wilhelmshöhe äußerten, daß Goschen und das jetzige Kabinett

unter keinen Umständen den Eindruck gewinnen, daß wir à tout prix zu einem understanding zu kommen suchten, und daß der navy scare des letzten Winters eine stärkere Besorgnis bei uns ausgelöst hätte oder unsere Finanzen nicht mehr durchhalten könnten. Wenn ich meine Ansicht darüber aussprechen darf, so wäre es für uns am besten, wenn Goschen und später auch der Delegierte der Admiralität den Eindruck gewönnen, als ob uns so sehr viel an einem Agreement gar nicht läge, wir nur das Bestreben hätten, das allgemeine Odium der Ablehnung jeder Verhandlung von uns abzuwälzen.

Wie ich erneut gehört habe, soll Sir J. Fisher im November abgelöst werden und durch einen für uns sehr günstigen, verständigen Herrn abgelöst werden; damit wäre für unsere späteren Verhandlungen — im Falle sie sich zunächst als ungangbar erweisen sollten — sehr viel gewonnen. Denn nach allen meinen Nachrichten hat Sir J. Fisher Mr. M'Kenna vollständig in der Hand und bedeutet eine besondere Kraft in der englischen Clique der Deutschhetzer.

v. Tirpitz

Nr. 10330

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 21. August 1909

Ich habe Sir Edward Goschen heute die in Aussicht genommenen Mitteilungen mit Ausnahme des am Schlusse meiner Aufzeichnung vom 13. d. Mts.* enthaltenen Hinweises auf das etwaige Ausscheiden Sir John Fishers gemacht.

Sir Edward, der durch seine Reise hierher ersichtlich ermüdet war, war zunächst wortkarg und anscheinend skeptisch. Er erkannte die Notwendigkeit an, daß ein etwaiges Flottenabkommen mit Zusicherungen für freundschaftliche Orientierung der allgemeinen Politik verbunden werde, meinte aber, daß bei der gegenwärtigen Gruppierung der europäischen Mächte es schwer halten werde, dafür eine geeignete Formel zu finden. Auch meine Bedingung, die Angelegenheit nicht nur der Presse gegenüber — was selbstverständlich —, sondern auch gegen die andern Mächte geheim zu halten, schien ihn zunächst stutzig zu machen. Im Laufe der Unterhaltung belebte und erwärmte er sich und erklärte, daß er für seine Person ein Flottenabkommen für dringend erwünscht halte, und daß es bei beiderseitigem guten Willen auch möglich sein müsse, für die allgemein politische Seite der Frage eine Formel zu finden. Er hat mir strengste Sekretierung auch den Mächten gegenüber zugesichert, jedenfalls bis wir in die offiziellen Besprechungen eintreten würden. Bei diesen Besprechun-

* Siehe Nr. 10325.

gen müsse dann noch einmal erörtert werden, ob die Sekretierung allen Mächten gegenüber aufrecht zu erhalten sei. Ich habe ihm im Interesse des Gelingens des Unternehmens absoluteste Diskretion wiederholt und nachdrücklich ans Herz gelegt. Auf die technische Seite des Flottenabkommens sind wir nicht eingegangen.

Die Antwort, ob und wann die englische Regierung grundsätzlich geneigt ist, in Besprechungen mit uns einzutreten, will er mir baldmöglichst erteilen.

Er schied von mir in ersichtlich befriedigter Stimmung.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10331

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Kronberg

Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 21. August 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich untertänigst, daß ich heute Sir Edward Goschen in der befohlenen Weise Mitteilung davon gemacht habe, daß Ew. Majestät Regierung bereit sei, England ein Flottenabkommen vorzuschlagen. Ich habe dabei gleichzeitig betont, daß ein solches Abkommen selbstverständlich auf der Überzeugung basiert sein müsse, daß auch England gegenüber Deutschland keine unfreundliche oder gar feindliche Politik treibe. Ein Abkommen über den Bau von Kriegsschiffen könne nicht von Ländern geschlossen werden, die sich feindlich gesinnt seien. Den Inhalt der Tirpitzschen Formel habe ich Sir Edward noch nicht mitgeteilt, sondern ihn zunächst nur gebeten, mir eine Antwort seiner Regierung über deren grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt in entsprechende Verhandlungen zukommen zu lassen. Gleichzeitig habe ich ihn gebeten, die Angelegenheit nicht nur der Presse, sondern auch den anderen Mächten gegenüber streng sekret zu behandeln. Gleiche Diskretion unsererseits habe ich ihm zugesagt.

Sir Edward zeigte sich erfreut über meine Mitteilungen und stimmte für seine Person meinen allgemeinen Ausführungen zu, indem er der Ansicht Ausdruck gab, daß bei beiderseitigem guten Willen die Schwierigkeiten, die an sich der Frage anhafteten, wohl überwunden werden könnten. Er will noch heute nach London telegraphieren und mir die Antwort seiner Regierung baldmöglichst mitteilen.

Von den vorausgegangenen inoffiziellen Sondierungen hatte er ersichtlich keinerlei Kenntnis.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10332

Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Fahrt von Kronberg nach Wilhelmshöhe, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Marburg, den 22. August 1909

Euerer Exzellenz Brief habe erhalten, danke bestens dafür. Daß die Engländer den Wunsch haben, sich mit uns zu verständigen, ist mir in diesen Tagen von zwei verschiedenen Persönlichkeiten mitgeteilt worden. Das eine war das Herrenhausmitglied Dr. von Böttinger, das andere der junge Goldschmidt-Rothschild von der Londoner Botschaft, der ebenfalls aus London eingetroffen war. Beide versicherten ganz bestimmt, aus verschiedenen Anzeichen schließen zu können, daß ernster Wunsch zur Verständigung mit uns vorhanden sei. So hoffe ich, daß bei geschickter Interpretation seitens Herrn Goschens die Angelegenheit einen günstigen Fortgang nehmen wird.

Wilhelm I. R.

Nr. 10333

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Eigenhändige Ausfertigung

Hohenfinow, den 25. August 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich ehrfurchtsvoll in der Anlage einen Brief, den Sir Edward Goschen mir als Antwort auf meine Eröffnungen in der Frage einer Verständigung mit England über Flottenbauten hat zugehen lassen*. Daß die leitenden englischen Staatsmänner sich einige Zeit zur Überlegung in dieser wichtigen Frage nehmen, erscheint natürlich und vernünftig. Der Ton der Antwort scheint mir anzudeuten, daß unser Schritt zunächst das Ergebnis gehabt hat, für spätere Verhandlungen die Basis eines gewissen Vertrauens herzustellen. Ich darf hoffen, Euere Majestät werden meiner Auffassung huldreichst zustimmen, daß wir nunmehr weitere Eröffnungen von englischer Seite in Ruhe abzuwarten und uns anderer Schritte zu enthalten haben, die den Anschein von Ungeduld auf unserer Seite erwecken könnten, der Charakteranlage der Engländer aber nicht entsprechen wür-

* In dem Briefe Sir E. Goschens vom 24. hieß es: „Sir Edward Grey tells me that the Prime Minister is away for a few days and that he will probably not be able to see him until next week. In the meantime I am to tell you that the friendly tone of your communication is much appreciated and fully reciprocated and that Your Excellency may be assured that the ideas which you were good enough to submit to me will be examined in the most friendly spirit".

den. Es ist zu wünschen, daß man auf englischer Seite die Angelegenheit mit derselben strengsten Diskretion umgibt, mit der wir sie hier behandeln. Mich bewegt dabei vor allem die Sorge, Euerer Majestät Allerhöchste Person so wenig wie möglich in ein Stadium der Verhandlungen hineinzuziehen, in dem sich die Chancen des Ausganges noch nicht übersehen lassen.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 26/VIII 09 W.

Nr. 10334

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Flotow

Nr. 2 Hohenfinow, den 31. August 1909

Auf Telegramm Nr. 146*.

Der englische Botschafter hat mir inzwischen gleichfalls die Befriedigung Sir E. Greys über unsere Eröffnungen privatbrieflich mitgeteilt. Ew. Exzellenz werden mit mir übereinstimmen, daß wir in vollkommener Ruhe, und ohne zu viel Eifer zu zeigen, die englischen Eröffnungen abzuwarten haben. Es wird sich daher auch empfehlen, morgen die Mitteilungen Sir E. Greys mehr rezeptiv aufzunehmen und von einer Erörterung der Einzelheiten unserer Pläne noch abzusehen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10335

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 London, den 1. September 1909

Als Sir E. Grey vorgestern Eurer Exzellenz Anregung bei Sir Edward Goschen flüchtig streifte, habe ich mich ebenso wie heute gänzlich rezeptiv verhalten und werde dies bis zum Eintreffen von Instruktionen selbstverständlich auch in Zukunft tun.

---

* Nach Telegramm Nr. 146 Graf Metternichs vom 30. August hatte Sir E. Grey dem englischen Botschafter in Berlin seine Befriedigung über Bethmann Hollwegs Eröffnungen (vgl. Nr. 10330) ausgesprochen.

Sir E. Grey hat die Anregung dem Ministerpräsidenten und heute auch dem Kabinett mitgeteilt. Er hat dem Ministerrat, der aus 19 Mitgliedern besteht, strengste Geheimhaltung zur Pflicht gemacht. Die Umgehung des Ministerrats in einer wichtigen Frage ist nach hiesiger konstitutioneller Auffassung nicht möglich. Er telegraphiert heute an Sir Edward Goschen, daß die englische Regierung von Eurer Exzellenz Schritte mit großer Genugtuung erfüllt und daß er gern bereit sei, Eurer Exzellenz Vorschläge in betreff der Flottenausgaben (naval expenditure) in Erwägung zu ziehen. Auch in Erörterung über eine politische Verständigung, die als dem Wunsche Eurer Exzellenz entsprechend von Sir Edward Goschen angedeutet worden sei, werde er gern eintreten. Allerdings wünsche die englische Regierung die bestehenden Abmachungen und freundschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern loyal zu erhalten. Da diese Abmachungen aber in keinem Punkte gegen Deutschland gerichtet seien, so erblicke er hierin kein Hindernis.

Auf die Frage des Ministers, ob Seine Majestät der Kaiser von dem Schritte Eurer Exzellenz Kenntnis erhalten habe, erwiderte ich, ich könne ihm hierüber nichts mitteilen, ich nähme aber an, daß bei wichtigen Fragen der Politik im Einvernehmen mit Seiner Majestät vorgegangen werde.

Der Minister bemerkte schließlich aus eigener Initiative, Sir Edward Goschen wünsche dringend auf Urlaub zu gehen. Er hoffe, es werde dies nicht so aufgefaßt werden, als ob man hier der Angelegenheit nicht die gebührende Wichtigkeit beimesse oder gar ihre Behandlung hinauszuschieben wünsche. Er wisse nicht, ob Eure Exzellenz schon bald einleitende Schritte zur weiteren Behandlung der Frage tun wollten. Er stehe jederzeit zur Verfügung für das, was ich ihm etwa während der Abwesenheit Herrn Goschens im Auftrage Eurer Exzellenz mitzuteilen hätte. Auch hier verhielt ich mich lediglich zuhörend, um nicht den Eindruck des Drängens zu erwecken.

Metternich

Nr. 10336

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 2. September 1909

Soeben war Sir Edward Goschen hier und übergab mir die Anlagen*. Er war sehr herzlich und sagte mir, er hoffe den außerordentlich freund-

* Es handelt sich hauptsächlich um einen für den Reichskanzler bestimmten Brief des englischen Botschafters; siehe die folgende Nummer.

lichen Ton, der aus Sir Edward Greys Telegramm spreche, in dem Brief an Euere Exzellenz wiedergegeben zu haben.

Sir Edward Goschen möchte nächsten Sonnabend in Urlaub gehen und bat, ihm bis dahin Nachricht wegen der Frage des Verhandlungsbeginns zu geben, die er in dem verschlossenen Privatbrief an Euere Exzellenz berührt habe. Es wäre ihm sehr angenehm, wenn die Verhandlungen erst im Oktober begännen.

Als meine persönliche Meinung habe ich ihm gesagt, daß bei uns viele der an der Frage beteiligten Herren beurlaubt seien, und daß, soviel mir bekannt (Admiral von Tirpitz hatte mir das neulich gesagt), auf unserer Seite kaum die Möglichkeit bestehen werde, die Verhandlungen vor dem nächsten Monat zu beginnen.

Der Botschafter gab wiederholt und in sehr herzlicher Weise seiner Freude über den von Euerer Exzellenz getanen Schritt Ausdruck.

Stemrich

Nr. 10337

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Eigenhändig

Berlin, September 2. 1909

Sir Edward Grey has asked me to tell you that the communication Your Excellency was good enough to make through me has made the most favourable impression upon him and His Majesty's Government.

As regards Naval Expenditure I am to say that His Majesty's Government are not only prepared to discuss it at any time, but would cordially welcome any improvement which such discussions might bring about.

Sir Edward Grey also wishes me to inform Your Excellency that in discussing a general political understanding His Majesty's Government must of course have regard to the friendships they have formed with other Powers, but that any proposals such as you foreshadowed in your conversations with me, which are not incompatible with the maintenance of those friendships, will be received by His Majesty's Government with the greatest sympathy and be studied with the utmost care and goodwill.

W. E. Goschen

Nr. 10338

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Flotow

Geheim Hohenfinow, den 4. September 1909

Sir E. Goschen hat inzwischen dem Auswärtigen Amt eine Mitteilung im Sinne Ihres Telegramms Nr. 148* gemacht. Es ist ihm erwidert worden, wir seien ganz damit einverstanden, daß die Verhandlungen erst Anfang Oktober beginnen, zumal auch Admiral Tirpitz bis Ende d. Mts. auf Urlaub sein würde. Ein Eingehen auf die politische Seite der Frage ist zunächst vermieden worden.

Falls dort von neuem an Euere Exzellenz die Frage herantreten sollte, ob Seine Majestät der Kaiser von dem Plane Kenntnis habe, so sind Sie ermächtigt, bejahend zu antworten und hinzuzufügen, daß Seine Majestät gleichfalls eine Verständigung mit England wünscht. Auf absolute Geheimhaltung ist fortgesetzt zu dringen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10339

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in Swinemünde, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow***

Privatbrief. Ausfertigung

Swinemünde, den 1. September 1909

Euer Exzellenz beehre ich mich folgendes vorzutragen:

Ich habe mir die Frage des Agreements mit England nochmals eingehend durch den Kopf gehen lassen und bin dabei zu der Ansicht gekommen, daß noch einige kleine Änderungen in der Fassung wünschenswert erscheinen.

Die alte Fassung besteht als Schema:

---

* Siehe Nr. 10335.

** Teilweise veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 165f.

„Vertrag über ‚Capital Ships' für 5 Jahre:

Jahr	Deutschland		England
	Jetziger Bauplan	Künftiger Bauplan	Bauplan
1910	4	3 (—1)	4 d. s. die Eventual-Dreadnoughts 1909
1911	4	2 (—2)	3
1912	2	2	3
1913	2	2	3
1914	2	2	3
Summe 1910—1914	**14**	**11**	12 + 4 Eventual-Dreadnoughts von 1909 in Summa = **16** "

Die neue Fassung des Agreements würde in Worten gegeben und folgendermaßen lauten:

„Vertrag über ‚Capital Ships' für die 4 Jahre 1910—1913

1. Jede Nation zieht 4 von den für die nächsten Jahre geplanten Neubauten an capital ships zurück:
   England die 4 Eventual-Dreadnoughts von 1909,
   Deutschland die dritten und vierten Schiffe von 1910 und 1911.
2. Für eine vierjährige Vertragsperiode 1910—1913 verpflichtet sich:
   England nicht mehr als 3 capital ships inklusive colonial ships, Deutschland nicht mehr als 2 capital ships
   jährlich zu bewilligen und zu stapeln."

Bei dieser Abfassung würde sich dann der nachstehende Bauplan ergeben:

Jahr	Deutschland		England	
	Jetziger Bauplan	Künftiger Bauplan	Jetziger Bauplan	Künftiger Bauplan
1909	4	4	8	4 (—4) Verzicht auf den Bau der 4 Eventual-Dreadnoughts
Agreements-Periode 1910	4	2 (—2)		3
Agreements-Periode 1911	4	2 (—2)		3
Agreements-Periode 1912	2	2		3
Agreements-Periode 1914	2	2		3
Summe Agreements-Periode	12	8		12

Das Zuwachsverhältnis Deutschlands zu England wird dadurch während der Vertragsperiode gleich 1 : 1,5 oder gleich 2 : 3, für England also günstiger als vorher.

Sachlich ist auch diese neue Fassung für uns noch erträglich, sie ergibt aber geschäftlich folgende Vorteile:

1. Auseinandersetzungen betreffend unser Flottengesetz werden unnötig. Die Agreementsformel wird erheblich klarer und allgemein verständlicher; dies ist sowohl England als auch unserer Nation gegenüber günstiger.
   Der Umstand, daß wir bei dieser Agreementsformel dem Reichstage eine neue „Ersatztabelle B zum Flottengesetz" und eine neue „Geldbedarfsnachweisung" für die vier Jahre der Vertragsperiode an Stelle der jetzigen vorlegen müssen, würde ich als einen erheblichen Nachteil nicht ansehen.
2. Ein Herunterhandeln von dieser Formel 2 : 3 ist für England außerordentlich schwierig und kann kaum in eine brauchbare Formel gefaßt werden. Ein gewisses Ablassen unsererseits könnte höchstens betreffs der colonial ships in Betracht kommen.

Nach der neuen Fassung würde vom Jahre 1914 an für uns durch das Flottengesetz von selbst wieder ein Bautempo von 3 capital ships eintreten. Da somit an dem Prinzip des Flottengesetzes und an dem von Euerer Exzellenz Seiner Majestät gegenüber eingenommenen Standpunkte nichts geändert werden würde, habe ich geglaubt, die Gelegenheit hier benutzen zu sollen, mit Seiner Majestät dem Kaiser über diese neue Formel zu sprechen. Seine Majestät hat hierbei sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt vorbehaltlich der Einwilligung Euerer Exzellenz.

Soweit ich die politische Gesamtlage beurteilen kann, wird das englische liberale Kabinett große Neigung zeigen, den Vorschlag anzunehmen, denn eine Reihe erheblicher Verlegenheiten für dasselbe würde dadurch beseitigt werden. Andererseits ist freilich wahrscheinlich, daß seitens des Ressorts der englischen Marine, vornehmlich seitens Sir John Fishers auf Widerstand zu rechnen ist.

Sollte das Agreement infolge dieser Gegnerschaft nicht zustande kommen, so ist die Position für uns günstiger, da unser Entgegenkommen erheblich größer ist als bei der ersten Formel und das Odium der Ablehnung durch England dadurch klarer zutage tritt.

Unter diesen Umständen und im Hinblick besonders auf die vergrößerte Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens eines Agreements mit England halte ich mich doch verpflichtet, Euerer Exzellenz noch die weitere Frage zur Erwägung zu stellen, ob es nicht richtig ist, noch vor Beginn der Verhandlungen den Botschafter in London zu wechseln*. Unter dem Vorgänger Euerer Exzellenz und dem Vertreter seiner Politik in London ist der von England lancierte Gedanke eines Flottenabkommens nicht zur Ausführung gelangt. Bei dem großen Entgegenkommen, welches Euere Exzellenz dem englischen Kabinett von vorneherein gezeigt haben und mit obigem Agreementsvorschlag durch die Tat beweisen, halte ich

---

* Vgl. dazu v. Tirpitz, a. a. O., S. 167.

es für ausgeschlossen, daß ein Mißverständnis durch die Abberufung des deutschen Botschafters in London in einem für uns ungünstigen Sinne eintreten könnte. Im Gegenteil würde meines Erachtens das von Euerer Exzellenz vertretene Prinzip des Entgegenkommens durch den Wechsel des Botschafters in klarerer Weise für das Regime Euerer Exzellenz in Anrechnung kommen. Ein neuer Botschafter würde unzweifelhaft als der besondere Vertrauensmann Euerer Exzellenz angesehen werden und würde aus den Verhandlungen, die in Berlin stattfinden werden, für seine zukünftigen Aufgaben einen wesentlich größeren Nutzen ziehen können als ein Botschafter, dem der Beigeschmack der alten Ära — er mag wollen oder nicht — unzweifelhaft anhaften bleibt.

Auch wird auf diese Weise erschwert, daß die englische Regierung an die bisherigen und ungünstig verlaufenen Besprechungen mit unserem Botschafter in London anknüpft, wozu zweifellos auch jetzt wieder Neigung bestehen wird. Es wird somit durch den Wechsel des Botschafters meiner Empfindung nach eine klarere Bahn geschaffen, und es erscheint für die Engländer schwieriger, frühere Mißverständnisse zu unseren Ungunsten auszunutzen.

Ich brauche Euerer Exzellenz wohl nicht die Versicherung zu geben, daß die persönliche Seite der Frage für mich hierbei nicht im mindesten eine Rolle spielt, sondern daß ich mich lediglich bemüht habe zu erwägen, was sachlich das an sich für uns vorteilhafteste Verfahren ist.

v. Tirpitz
Admiral

Der als diplomatischer Assistent der Reichskanzlei in Frage kommende Herr von Mutius ist der Legationsrat Gerhard von Mutius von der Botschaft in Paris*.

Nr. 10340

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in St. Blasien

Privatbrief. Konzept

Ganz geheim Berlin, den 16. September 1909

Ew. pp. haben in dem gefälligen Schreiben vom 1. d. Mts.** eine neue Fassung des der englischen Regierung vorzuschlagenden Abkommens über die beiderseitigen Flottenrüstungen in Anregung gebracht. Wenn ich den

* Vgl. dazu v. Tirpitz, a. a. O., S. 167. Die Angaben v. Tirpitz' sind insofern unrichtig, als Legationsrat von Mutius, der sich erst 1911 mit einer Bethmann Hollweg verheiratete, kein Verwandter des Reichskanzlers war.
** Siehe Nr. 10339.

mir mitgeteilten Entwurf richtig verstehe, so würden hiernach in den Jahren 1905 bis 1913 Deutschland 21, England 28 moderne capital ships in Bau geben, während nach dem bisher in Aussicht genommenen Abkommen bis zum Jahre 1914 Deutschland 24, England 32 dieser capital ships zu bauen berechtigt gewesen sein würden. An dem Stärkeverhältnis der beiden Flotten an Dreadnoughts (3 : 4) wird somit durch die neue Formel für das Agreement nichts geändert. Angesichts dieser Tatsache fällt es mir schwer, der sich rechnerisch ergebenden Steigerung des Zuwachsverhältnisses zugunsten Englands eine praktische Bedeutung beizumessen. Wenn ferner die neue Fassung zwar für das nächste Jahr die weitere Verringerung unseres Bauprogramms um 1 Dreadnought vorsieht, andererseits aber die Vertragsdauer um 1 Jahr verkürzt, so verschiebt diese Verkürzung die Vertragsvorteile gegenüber dem ersten Entwurf insofern zu unseren Gunsten, als wir damit schon ein Jahr früher das Tempo im Ausbau unserer Flotte wieder verstärken können, ein Umstand, der mir geeignet erscheint, die Aussichten für das Zustandekommen des Abkommens zu verringern. Dasselbe gilt meines Erachtens bezüglich der in dem neuen Entwurf vorgesehenen ausdrücklichen Einbeziehung der colonial ships in die an England zu konzedierenden Schiffsbauten, ein Punkt, auf den ich mir erlauben werde noch weiter unten zurückzukommen. Wenn daher auch die neue Formel zweifellos den Vorzug der größeren Klarheit und Einfachheit besitzt, so vermag ich mich doch der Ansicht Euerer Exzellenz nicht anzuschließen, daß bei derselben unser Entgegenkommen erheblich größer ist als bei der ersten. Es fehlt mir indessen an der nötigen fachmännischen Einsicht, um mir ein sicheres Urteil darüber bilden zu können, welchen Wert im einzelnen das neue Abkommen im Vergleich mit dem ursprünglich in Aussicht genommenen von marinetechnischen Gesichtspunkten einerseits für uns, andererseits für England haben würde. Auch glaube ich nicht fehlzugehen in der Annahme, daß bei Beantwortung dieser Frage noch andere mir nicht zugängliche Momente technischer Natur zu berücksichtigen sind. Ich muß unter diesen Umständen Ew. pp. die Verantwortung dafür überlassen, daß die der englischen Regierung zu machenden Vorschläge in einer Formulierung erfolgen, die marinetechnisch dem englischen Standpunkt jedenfalls soweit Rechnung trägt, daß die Verhandlungen nicht etwa von vornherein aussichtslos erscheinen. Diese Vorschläge werden immer so zu gestalten sein, daß England, wenn es sie ablehnt, in den Augen aller Unparteiischen der Schuldige bleibt. Nur dann können wir das Risiko einer Verschärfung der politischen Spannung zwischen beiden Ländern laufen, die das Scheitern der Verhandlungen voraussichtlich zur Folge haben würde.

Da Ew. pp. von vornherein in dieser politischen Beurteilung der Situation mit mir einig gewesen sind, so darf ich daran erinnern, daß England, allerdings in einem Augenblick, wo noch keine Verhandlungen mit uns in Sicht waren, seinem Standpunkt einen, wie mir scheint, prägnanten Ausdruck in dem Entschluß des liberalen Kabinetts gegeben hat, unseren

13 Dreadnoughts, die im Herbst 1912 hergestellt sein sollen, bereits im Frühjahr desselben Jahres 20 dieser Schlachtschiffe entgegenzustellen. Natürlich würde sich auch der englische Standpunkt als Preis des Abkommens wesentliche Modifikationen gefallen lassen müssen. Der Abstand zwischen den Vorschlägen Euerer Exzellenz und der Auffassung, die in vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt, scheint mir aber so erheblich zu sein, daß mir die Zweifel verständlich sind, die Euere Exzellenz über die Aufnahme dieser Vorschläge durch die englische Marine äußern.

Im Hinblick auf das äußerste Maß der von uns an England zu machenden Konzessionen möchte ich noch auf einen bei unserem gemeinsamen Immediatvortrag in Wilhelmshöhe am 13.* v. Mts. kurz gestreiften Detailpunkt zurückkommen. Ew. pp. bezeichneten damals als ein neben den sonst in Aussicht genommenen Vorschlägen an England eventuell noch zu machendes Zugeständnis die beiden Dreadnoughts, welche die Kolonien bauen würden, und in dem mir vorliegenden Schreiben lassen Ew. pp. die Bereitwilligkeit zu einem weiteren Nachgeben in diesem Punkt erkennen. Nach dem, was über die Beschlüsse der jüngsten Reichsverteidigungskonferenz in London bekannt geworden ist, sind aber die von den Kolonien ganz oder teilweise zu stellenden Panzerkreuzer zum Dienst in der Pazifischen Flotte bestimmt und stehen nur bedingt zur Verfügung der englischen Regierung. Es fragt sich daher, ob man englischerseits gewillt und überhaupt in der Lage sein würde, sich auf eine Einbeziehung dieser kolonialen Schiffe in das Abkommen einzulassen. Mir scheint, daß diese Frage verneint werden muß.

Es dürfte sich deshalb empfehlen, auf den Gedanken, daß sich die colonial ships als weiteres Zugeständnis im Laufe der Verhandlungen verwerten lassen könnten, von vorneherein Verzicht zu leisten und auch schon von der Erwähnung derselben in der England vorzuschlagenden Formel Abstand zu nehmen, um Mißdeutungen unserer Absichten und einer entsprechenden agitatorischen Ausnutzung unserer Vorschläge im Falle des Scheiterns der Verhandlungen vorzubeugen. Dagegen möchte ich Ew. pp. bitten, im Rahmen der skizzierten Grenzlinien, welche wir einhalten müssen, wenn wir mit unseren Vorschlägen Aussicht auf Erfolg haben sollen, schon jetzt zu erwägen, in welcher anderen Weise wir äußerstenfalls im letzten Augenblick eine weitere Konzession machen können.

Zwischen der englischen Regierung und mir ist vereinbart worden, die Verhandlungen nach der Rückkehr des englischen Botschafters von Urlaub, das heißt Anfang Oktober, beginnen zu lassen. Da Ew. pp. um die angegebene Zeit von Urlaub wieder in Berlin eingetroffen sein werden, so hoffe ich, daß diese Dispositionen Ihre Zustimmung finden werden.

v. Bethmann Hollweg

---

* Soll heißen am 12.; vgl. Nr. 10324, S. 211, Fußnote ** und Nr. 10325 nebst Fußnote ***, S. 211.

Nr. 10341

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Eigenhändig

Berlin, den 20. September 1909

Der Kaiserliche Botschafter in London hat mir bei seiner Anwesenheit in Berlin erklärt, daß er sich von einem Kolonialabkommen, wie es Staatssekretär Dernburg im Auge hat*, unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Besserung unserer Beziehungen zu England verspricht und davon abrät, in bezügliche Verhandlungen einzutreten.

Hiermit dem Stellvertretenden Staatssekretär und nach Rückkehr auch Seiner Exzellenz dem Staatssekretär mit dem gehorsamsten Bemerken vorgelegt, daß meines unmaßgeblichen Erachtens eine Mitteilung an das Reichskolonialamt einstweilen unterbleiben könnte, bis die Frage von dort wieder angeregt wird.

Bussche

Randvermerk Stemrichs:
Einverstanden St. 20/9.

Randvermerk Freiherrn von Schoens:
Auch meine Ansicht v. Sch. 21/9.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXII, Nr. 10301, Fußnote *. Seither hatte der Staatssekretär des Reichskolonialamts unter dem 9. Juli eine umfängliche Denkschrift über den Abschluß eines Abkommens mit England auf kolonialem Gebiete vorgelegt und auf eine kommissarische Erörterung der Angelegenheit angetragen, die auch eingeleitet worden war. Am 27. Juli fand zwischen den Delegierten des Auswärtigen Amts und des Reichskolonialamts eine Erörterung über den Dernburgschen Plan eines deutsch-englischen Verständigungsabkommens auf kolonialem Gebiete statt (Aufzeichnung Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausens vom 28. Juli), ohne daß jedoch der Sache eine Folge gegeben wurde. Im Oktober erwog man im Auswärtigen Amt, ob man nicht in der Kongofrage, in der man sich bereits im Juni bezüglich der östlichen Grenze des früheren Kongostaats geeinigt hatte, zusammengehen solle, um so eine allgemeine Annäherung an England wirksam zu fördern. Am 26. Oktober fragte Reichskanzler von Bethmann Hollweg bei Graf Metternich in einem Privatbriefe an, ob wohl von einer solchen Änderung deutscher Kongopolitik ein nachhaltiger günstiger Eindruck auf die öffentliche Meinung Englands zu erwarten sein werde. Graf Metternich glaubte indessen lediglich von einer Änderung in der deutschen Flottenpolitik einen solchen Eindruck erwarten zu sollen. Vgl. Nr. 10351, 10352. Unter diesen Umständen verlief auch die vierzehntägige Reise, die Kolonialstaatssekretär Dernburg Ende Oktober nach England unternahm (vgl. dazu v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke, S. 729f.), ohne wesentliches Ergebnis. Immerhin fanden die mancherlei Ansprachen, die er dort in kolonialen Kreisen hielt, einen lebhaften Widerhall, und unter anderen bemerkte die „Daily Chronicle" am 6. November an leitender Stelle, daß das von Dernburg so warm befürwortete gemeinsame Vorgehen der großbritannischen und deutschen Regierung in verschiedenen afrikanischen Fragen innerhalb einer bestimmten Sphäre eine beginnende anglodeutsche Entente vorstelle.

Nr. 10342

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 4 Rominten, den 30. September 1909

Ich nahm Gelegenheit Ew. Exzellenz Bemerkungen über die Behandlung der Flotten-Verhandlung mit England, welche Sie mir bei unserem letzten Zusammensein machten, mitzutheilen. Adm[iral] v[on] Tirpitz stimmt ganz mit Ew. Exc[ellenz] und meiner Ansicht überein, dass den Engländern überlassen werden muss uns zu kommen, nachdem wir diligentiam prestirt haben; daher ein dilatorisches Verfahren ganz angebracht sei. In unseren weiteren Conversationen theilte ich Tirpitz meine Eindrücke über die zukünftige Entwickelung der Englischen Innerpolitischen Verhältnisse mit nach den letzten Reden, zumal Balfours*, und der Stellungnahme der Partheipressen. Die Rede Balfours war eine Fehdeansage pur et simple und die Regierung hat die Herausforderung angenommen. Es kann also vielleicht zu Neuwahlen kommen, noch im Spätherbst oder Winters Anfang. Jedenfalls ist der Wahlkampf in vollster Vorbereitung bezw. schon im Gang. Vor den Neuwahlen dürften die Verhandlungen wohl nicht zu führen sein; da aus Wahlrücksichten, die Engl[ische] Regierung event[uell] mit Zwang gegen uns auftreten würde und wir vor die Wahl gestellt werden könnten entweder ablehnen zu müssen oder als Besiegte zu erscheinen. Was in beiden Fällen für den Wahlkampf ausgenützt werden würde. Die Hauptwaffe gegen Deutschland — im Wahlkampf zu gebrauchen — haben wir der Engl[ischen] Regierung bereits aus der Hand gewunden, nämlich die Behauptung: „wir beharrten auf einem schroff ablehnenden Standpunkt in der Bauprogrammfrage!" Das kann — nach Ew. Ex[zellenz] Schritten Anfang August und Unterhaltungen mit Goschen — in England nicht mehr gesagt werden, und damit ist das Hauptgift aus der Campagne heraus. Wir müssen eben ganz aus der Engl[ischen] Wahlcampagne herausbleiben, und daher jetzt die Verhandlungen ganz ruhen lassen; bis wieder Beruhigung eingetreten ist. Adm[iral] v[on] Tirpitz ist derselben Meinung, und hofft demnächst bei geeigneter Gelegenheit, dieses Thema mit meinem Einverstandniss Ew. Ex[zellenz] mundlich gegenüber berühren zu dürfen! —

Ueber die Unmöglichkeit von Streichungen im Marine- u[nd] Kiautschau-Etat, wie sie Wermuth** in seinem Bericht über die Finanzlage vorgesehen hat, habe ich den Chef des Marine Cabinets beauftragt persönlich

* Der Führer der Konservativen Balfour hatte in einer am 22. September in Birmingham gehaltenen Rede in der Budgetfrage den Fehdehandschuh hingeworfen.
** Staatssekretär des Reichsschatzamts.

mit Ew. Ex[zellenz] Rücksprache zu nehmen; als Oberster Kriegsherr kann ich eine solche in Frage Stellung der Seemacht des Reiches niemals dulden. Wir haben prachtvolles Sommerwetter und Waidmannsheil hier.

Wilhelm I. R.

Nr. 10343

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich, z. Z. in Lochbuie (Isle of Mull)

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 1. Oktober 1909

Im Hinblick auf bevorstehende Verhandlungen ist es von Wichtigkeit zu wissen, ob mit einer Parlamentsauflösung zu rechnen ist. Steht eine Auflösung bestimmt bevor, so wird das liberale Kabinett voraussichtlich wenig zu Konzessionen bereit sein, um nicht im Wahlkampf den Konservativen eine Angriffsfläche zu geben. Die Liberalen werden vielmehr dann bestrebt sein, ein Resultat zu erreichen, das sie als großen Erfolg und Sieg über Deutschland hinstellen können. Eine Lösung, bei der es weder Sieger noch Besiegte gibt, und auf eine solche kommt es uns an, erscheint angesichts einer Parlamentsauflösung erschwert.

Erbitte eingehenden Drahtbericht.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10344

Der Botschafter in London Graf von Metternich, z. Z. in Lochbuie (Isle of Mull), an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Lochbuie, den 2. Oktober 1909

Von Woche zu Woche hat sich die Ansicht verallgemeinert, daß das Oberhaus das Budget verwerfen wird und Neuwahlen bevorstehen. Augenblicklich wird kaum mehr hieran gezweifelt, und das ganze Land bereitet sich zum Wahlkampf vor. Dieser Monat bringt die Entscheidung. Die hiesige Regierung hat zwar freudige Überraschung, aber keine Eile gezeigt, als wir vor einem Monat Verhandlungen vorschlugen, sonst würde sie nicht

unmittelbar darauf ihren Botschafter beurlaubt haben. Wir brauchen daher auch keine zu haben. Damals galt aber das Budget noch für populär, und Wahlen standen nicht in naher Aussicht. Die Regierung hatte freie Hand für Verhandlungen. Heute nicht mehr. Eine Regierung, die vielleicht schon in zwei Monaten abtreten muß, wird nicht in der wichtigsten nationalen Frage Verbindlichkeiten eingehen, von denen sie mit Sicherheit annehmen kann, daß sie der schärfsten Kritik unterworfen sein würden. Ich bin überzeugt, daß die Regierung sich nicht auf unsere Formel einlassen wird, und bin ebenso überzeugt, daß die Gegenpartei eine derartige Verbindlichkeit nicht anerkennen würde.

Wie Euere Exzellenz sich aus meinen mündlichen Darlegungen erinnern dürften, stehe ich dem Verständigungsgedanken im gegenwärtigen Zeitpunkte und auf der in Aussicht genommenen Basis skeptisch gegenüber. Ich würde es aber für höchst bedenklich halten, mit unserer Formel während des Wahlkampfes hervorzutreten, denn sie enthält unsere Ziele und erstrebt ein Machtverhältnis zur See, gegen dessen Verwirklichung bisher das gesamte englische Ministerium sich sträubt. Da die Flottenfrage hier keine Parteifrage, sondern eine nationale ist — nur das Mehr oder Weniger ist zeitweilig Parteifrage, der Wille, die Suprematie zu erhalten, aber national —, so würde meiner Ansicht nach unser Vorschlag (auch ohne Annahme) dem Führer der Opposition, wenn er im Wahlkampf siegt, vertraulich mitgeteilt werden, und unser ohnehin schlechtes Verhältnis zur unionistischen Partei von vornherein schwer belastet werden.

Andererseits brauchen wir nach der im Sommer d. Js. ausgesprochenen Ansicht des Staatssekretärs des Reichsmarineamts einen ruhigen Winter. Den erhalten wir aller Voraussicht nach durch den bevorstehenden Wahlkampf. Siegen die Liberalen, so stehen wir nicht schlechter als bevor, haben Zeit gewonnen und können, wenn wir wollen und sie nicht zu sehr geschwächt sind, an Verhandlungen wieder herangehen. Siegen die Unionisten, so haben wir noch mehr Zeit, denn diese stehen dann vor der schwierigen, auch mit Einführung von Schutzzoll nicht sofort zu lösenden Aufgabe, woher nach Verwerfung des Budgets das Geld für die laufenden Staatsausgaben zu beschaffen ist.

Meiner unmaßgeblichen Ansicht nach sollten wir abwarten, bis das Oberhaus das Budget verwirft, und dann Sir E. Grey sagen, daß bei der ungewissen Lage der Parteien es auch wohl seiner Auffassung entsprechen dürfte, wenn wir mit den Verhandlungen bis zur Klärung der Lage warteten.

Ob Unionisten oder Liberale im Wahlkampf siegen werden, läßt sich noch nicht voraussehen. Bericht über innere Lage folgt.

Metternich

Nr. 10345

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Cadinen**

Entwurf von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 5. Oktober 1909

Euerer Majestät hatte ich bereits telegraphisch gemeldet**, daß angesichts der unsicheren Lage der englischen inneren Politik eine dilatorische Behandlung der Flottenverständigungsfrage auch mir geboten erscheint. Vielleicht wird auch dem liberalen Kabinett ein Aufschub nicht ganz unerwünscht sein, da ihm vor und während des Wahlkampfes die Sicherheit und Ruhe für die Behandlung und Entscheidung einer so wichtigen Frage fehlen dürfte. Würde etwas über die Verhandlungen durchsickern, so könnte außerdem die Opposition hieraus unter Umständen gegen die Liberalen Waffen schmieden. Für uns würde natürlich bei Verhandlungen, ehe die Lage in England geklärt ist, notwendig sein, uns darüber Gewißheit zu verschaffen, ob auch die Opposition, falls sie siegreich sein sollte, ein mit den Liberalen getroffenes Abkommen einzuhalten geneigt sein würde.

Dafür, daß die englische Regierung keine besondere Eile mit den Verhandlungen hat, spricht der Umstand, daß sie ihren Botschafter hat auf Urlaub gehn lassen, und daß Sir Edward Goschen Privatnachrichten zufolge keinerlei Eile hat, die Geschäfte der Botschaft wieder zu übernehmen und damit die Besprechungen mit uns fortzusetzen. Freilich muß unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, als ob wir einen Schritt zurücktreten oder unserer Zusage untreu werden wollten. Wenn Sir Edward Goschen in der nächsten Zeit hier eintreffen sollte, so würde ihm, wenn er nicht von selbst eine Vertagung der Verhandlungen vorschlagen sollte, meines Erachtens von mir zu erklären sein, daß wir nach wie vor an der Bereitwilligkeit einer Verständigung mit England festhalten, indessen dem naheliegenden Wunsche Englands gern willfahren würden, erst dann näher auf die Sache einzugehn, wenn die Lage der inneren Politik in England sich einigermaßen übersehn lasse. Wir würden es mit anderen Worten durch vorsichtiges Hinhalten dahin zu bringen haben, daß wir vor Klärung der Situation weder die Grundlagen noch die Details unseres technischen Vorschlages preisgeben.

Wenn Euere Majestät mir die in einem andern Schreiben erbetene Gelegenheit zum Vortrag in nächster Zeit in Gnaden gewähren wollen, so würde ich bitten, auch in dieser Frage die Allerhöchsten Entschließungen einholen zu dürfen.

v. Bethmann Hollweg

---

* Das Stück trägt keinen Abgangsvermerk, auch läßt sich aus den Akten nicht feststellen, ob und wann der Immediatbericht abgesandt worden ist.

** Telegramm Nr. 116 vom 1. Oktober.

Nr. 10346

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 12. Oktober 1909

Der englische Botschafter, von Urlaub zurück, besuchte mich anläßlich des Diplomatenempfanges und frug, ob wir zur Aufnahme der Verhandlungen über ein Flottenabkommen bereit seien. Sir Edward Grey lege großen Wert darauf, zunächst zu einem Flottenagreement zu gelangen, in dessen Gefolge dann eine politische Verständigung abgeschlossen werden könne.

Ich erwiderte, der Herr Reichskanzler habe sich die Besprechung dieser Fragen mit dem Botschafter vorbehalten und werde den Botschafter gewiß gern empfangen. Nach meiner rein persönlichen Auffassung dränge sich die Frage auf, ob der gegenwärtige Zeitpunkt, wo die innerpolitische Lage in England so wenig geklärt, der Regierung für Verhandlungen über eine so gewichtige Frage passend erscheine. Im Prinzip seien wir durchaus geneigt, dem englischen Wunsche nach einem Flottenabkommen nachzukommen, wir selbst hätten bei dem rein defensiven Charakter unserer Rüstungen kein erhebliches Interesse daran. Voraussetzung für eine befriedigende und beruhigende Wirkung eines Flottenabkommens scheine uns eine allgemeine politische Verständigung.

Goschen meinte, man müsse also gleichzeitig über beide Punkte verhandeln. Ein Freundschaftsabkommen sei gewiß unschwer zu vereinbaren, wenn wir nicht etwa darauf ausgingen, England von seinen Freundschaften abzudrängen. Das europäische Gleichgewicht — Dreibund = Tripelentente — dürfe nicht aufgehoben werden. England könne uns nicht mehr gewähren als Frankreich und Rußland, mit denen es keine gegen uns gerichtete Abmachungen habe.

Uns liege jede Absicht der Störung des Status quo fern. Wir wünschten lediglich eine allgemein freundlichere Orientierung der englischen Politik und Beseitigung der zwischen beiden Nationen liegenden Spannung. Im übrigen verwies ich wieder auf Besprechung der Fragen mit dem Herrn Reichskanzler.

v. Schoen

Nr. 10347

Aufzeichnung *

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. 15. Oktober 1909]

Der Herr Reichskanzler erklärt dem Botschafter:

„Bereits in unserer Unterredung im August habe ich die Ehre gehabt, Euerer Exzellenz folgende Ausführungen zu machen.

Aus den wiederholten Äußerungen von Mr. Asquith und Mr. M'Kenna haben wir die Überzeugung gewonnen, daß England von einem Flotten-

---

* Neben der deutschen Aufzeichnung über die Unterredung vom 14. Oktober mit Sir E. Goschen wurde auch eine englische Übersetzung hergestellt und dem englischen Botschafter übergeben, der sie seiner Regierung einsandte. Auch dem Grafen Metternich sowie dem Gesandten von Kiderlen, der dem Reichskanzler auf dessen Veranlassung unter dem 6. Oktober 1909 eine eingehende Denkschrift über die deutsch-englischen Beziehungen zugesandt hatte (abgedruckt bei E. Jäckh, a. a. O., II, S. 48ff.), wurde die Aufzeichnung zugefertigt. Ein Vergleich der hier wiedergegebenen Aufzeichnung mit der Kiderlenschen Denkschrift ergibt, daß der Reichskanzler sich in vielem die Gedankengänge und Argumente des Bukarester Gesandten zu eigen gemacht hat. Doch ist es eine Übertreibung, wenn Jäckh behauptet, daß Kiderlen für die „Zentralaufgabe der deutschen Politik vom Jahre 1909 bis 1914" die Grundsätze und den Verhandlungsplan geliefert habe. Der hauptsächliche Grundsatz einer Kombinierung des Flottenabkommens mit einem möglichst positiv gehaltenen politischen Abkommen stand längst vor dem Eingang der Kiderlenschen Denkschrift fest. Daß die Kiderlenschen Ausführungen im Auswärtigen Amt auch nicht ohne Widerspruch aufgenommen wurden, beweist eine Aufzeichnung des Bethmann Hollweg nahestehenden Gesandten von Flotow vom 23. Oktober, in der es heißt:

„Das Promemoria Kiderlens erscheint auch mir ausgezeichnet. Indessen möchte ich folgende Bemerkungen mir dazu erlauben:

Zu S. 3 [gemeint ist die Stelle der Kiderlenschen Denkschrift, wo er einen planmäßigen Angriff Englands als außer Betracht liegend erklärt]: Ein planmäßiger Angriff Englands auf uns erscheint auch mir nicht wahrscheinlich. Die Gefahr scheint mir aber in „Zwischenfällen" zu liegen (wie zum Beispiel seinerzeit bei Hull — Schießen auf Fischerboote und dergleichen oder seinerzeit die Beschlagnahme des „Bundesrat" in afrikanischen Gewässern) —. In solchen Fällen würden bei so gespannter Lage wie jetzt die Kanonen entweder von selbst losgehen oder wir einer demütigenden diplomatischen Niederlage ausgesetzt sein. Vor solchen Zwischenfällen ist man aber keinen Tag sicher.

Zu S. 7 [gemeint ist die Stelle, wo Kiderlen in Abrede stellt, daß die bereits aus dem Burenkriege datierende deutsch-englische Spannung ausschließlich durch die deutschen Flottenbauten verursacht worden sei]: Ich setze die „Spannung" doch mehr auf Rechnung des Flottenbaus. Der Burenkrieg muß nicht überschätzt werden. Bei dem Besuch Seiner Majestät in England vor dem Tode der Königin Viktoria war Seine Majestät im höchsten Grade populär in England und die Stimmung für uns eine sehr freundliche. Erst unsere Flottenbauten haben das wieder geändert.

Zu S. 22 [gemeint ist der Kiderlensche Vorschlag, England vorweg zu erklären, daß man ihm nichts zumuten wolle, was mit dessen Ententen irgend in Widerspruch stehe]: Diese Äußerung bei Beginn der Verhandlungen ist mir doch nicht ganz unbedenklich. Die englischen „Ententen" sind geschlossen aus Besorgnis vor uns und mit der Spitze gegen uns. Alle Interpretation schafft das nicht aus der Welt. Wenn wir

abkommen eine Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern erwartet. Da auch wir eine solche Besserung lebhaft anstreben, sind wir auf diese von England ergriffene Initiative gern bereit, unsere Hand zum Abschluß eines Flottenabkommens zu bieten, und werden, wenn es Englands Wünschen entspricht, auch unsererseits konkrete Vorschläge dafür machen.

Wir glauben, wenn wir auf die englische Initiative eingehen, unsererseits eine Konzession zu machen, da wir stets der Wahrheit gemäß erklärt haben, unsere Flotte nur nach unseren Bedürfnissen, nicht im Hinblick auf irgend eine andere Flotte ausgestalten zu wollen. Wir haben es wiederholt ausgesprochen, und ich wiederhole es aufs neue, daß unsere Flotte keinen aggressiven Zwecken dient, sondern nur unseren Handel schützen und im Notfalle unsere Küste verteidigen soll.

Ob ein Flottenabkommen allein - und auch das habe ich mir erlaubt Euerer Exzellenz bereits früher auszuführen — imstande sein würde, unsere Beziehungen wirklich und nachhaltig zu bessern, mag zweifelhaft erscheinen. Aber gerade weil wir den dringenden und aufrichtigen Wunsch haben, ohne jeden Hintergedanken die alten freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen mit England herzustellen, sind wir bereit, soweit uns irgend möglich, dem englischen Wunsch nach einer Flottenabmachung entgegenzukommen.

England wird des weiteren anerkennen, daß wir faktisch und auch unserer öffentlichen Meinung gegenüber ein großes Opfer bringen, wenn wir in einem solchen Abkommen die tatsächlich bestehende Suprematie Englands zur See auch rechtlich anerkennen. Wir können ein solches Opfer nur bringen, aber wir sind auch bereit es zu bringen, vorausgesetzt, daß England uns erklärt und zeigt, daß damit sein Vertrauen zu uns wiederkehrt.

Geschähe das nicht, so müßten wir besorgen, daß ein Flottenabkommen, anstatt die allgemeinen politischen Beziehungen zu verbessern, neues Mißtrauen erregen würde, indem Übelwollende den Zweifel aufwerfen würden, ob das abgeschlossene Abkommen auch tatsächlich

---

später dazu kommen sollen, eine Neutralität gegenüber Frankreich und Rußland zu verlangen, so vereinigt sich das doch sehr schwer mit den Ententen. Es mag aber sein, daß bei geschickter Weiterführung der Verhandlungen unsere politischen Forderungen sich mit so leisen und allmählichen Übergängen steigern lassen, daß die Engländer nicht verprellt werden. Es muß meines Erachtens den Engländern so ruhig Zeit zur Überlegung gelassen werden, daß ihnen bei Abwägung der von Frankreich und Rußland gebotenen Vorteile gegen die von deutscher Seite gebotene Sicherung die letztere begehrenswerter erscheint. Bei der nüchternen und geschäftsmäßigen Art des englischen Denkprozesses erscheint das nicht aussichtslos."

Daß der neue Reichskanzler von dem Bukarester Gesandten eine Denkschrift in der Frage der deutsch-englischen Verständigung erbeten hatte und ihn dann auf dem laufenden in dieser Frage hielt, auch von ihm noch wiederholt gutachtliche Äußerungen erbat (vgl. Nr. 10350), dürfte damit zusammenhängen, daß Bethmann Hollweg sich von Anfang an mit dem Gedanken trug, Kiderlen dem Kaiser als Nachfolger für den amtsmüden Staatssekretär Freiherrn von Schoen vorzuschlagen.

eingehalten würde. Überdies sind wir der Ansicht, daß wir das Zustandekommen des Flottenabkommens erleichtern, wenn wir schon vorher in einen allgemeinen freundschaftlichen Gedankenaustausch eintreten. Denn bei dem Flottenabkommen werden natürlich in erster Linie die Marinetechniker das Wort führen. Dabei muß, wie in der Natur der Sache liegt, damit gerechnet werden, daß die Techniker mit einer gewissen Hartnäckigkeit auf den Details ihres Programms bestehen. Da wir den ernsten und aufrichtigen Wunsch haben, zu einem Rüstungsabkommen zu gelangen, müssen wir Vorsorge treffen, daß Schwierigkeiten, welche etwa zwischen den Technikern entstehen sollten, auf die allgemeinen gegenseitigen Beziehungen keinen nachteiligen Einfluß ausüben. Wir hoffen, daß auch England diese Ansicht teilt, und würden in dieser Hoffnung durch eine freundschaftliche Aussprache über unsere allgemeinen politischen Beziehungen zu einander bestärkt werden. Wir würden, falls England glaubt, sein prinzipielles Einverständnis mit diesem Gedanken erklären zu können, bereit sein, gemeinschaftlich mit ihm nach einem Programm auf diesem Gebiet zu suchen, nach einem Programm, das uns gegenseitig wieder näher bringen soll und auf beiden Seiten das Bewußtsein erzeugt, daß unsere Flotten sich nicht feindlich begegnen werden.

Wir sind in dieser Beziehung bereit, England auf Gegenseitigkeit beruhende weitgehende Garantien zu bieten. Wir sind ebenso bereit, englische Vorschläge in dieser Richtung entgegenzunehmen, wie unsererseits solche vorzulegen. Dabei möchte ich von vornherein einem möglichen Mißverständnis vorbeugen. Wir wissen, daß in England teilweise der Verdacht besteht, als wollten wir seine Freundschaft zu anderen Mächten lockern. Das ist nicht der Fall. Wir wollen England nichts zumuten, was mit seinen Ententen irgendwie in Widerspruch steht, nicht einmal etwas, das es bei seinen Freunden auch nur in den Verdacht bringen könnte, als wollten wir seine Beziehungen zu ihnen lockern, ebenso wie umgekehrt auch wir an unseren Verträgen festhalten. Trotzdem aber wird es mannigfache Wege geben, den Ton unserer Beziehungen freundlicher zu stimmen und das alte Vertrauen wiederkehren zu lassen.

Wir bitten, auch von diesen Gesichtspunkten aus die Sache zu überlegen, um bejahendenfalls in eine nähere Aussprache über ein solches Programm für die Orientierung der gegenseitigen Politik einzutreten. Wir glauben damit den Abschluß eines Flottenabkommens am wirksamsten zu fördern.

Dabei spreche ich schließlich nochmals die Bitte aus, unsere Verhandlungen streng geheim zu halten. Nichts könnte ihren glücklichen Verlauf mehr stören, als wenn etwas davon in die Öffentlichkeit durchsickerte, da die politischen Parteien des einen oder anderen Landes die Frage zur Parteisache machen und damit eine Angelegenheit mit dem Ballast der Parteileidenschaft beschweren könnten, die nur in ruhiger und leidenschaftsloser Weise glücklich erledigt werden kann. — Kommen wir zu einem positiven Ergebnis, so müßte es weiterer gegenseitiger Ver-

ständigung vorbehalten bleiben, in welcher Art und in welchem Umfang wir unseren beiderseitigen Freunden und der Öffentlichkeit von dem Erreichten Mitteilung machen."

Der englische Botschafter bemerkt, England stehe mit Frankreich und Rußland in engem Freundschaftsverhältnis, ohne daß eine Vereinbarung allgemeiner Natur zwischen ihnen getroffen. England könne Deutschland schwerlich mehr gewähren wie den Ententemächten; er zweifle aber nicht, daß eine befriedigende Formel für gegenseitige friedfertige Versicherungen zu finden sei. Immerhin glaube er, daß Sir E. Grey der Ansicht sei, daß derartige Versicherungen, wenn ihnen nicht ein Flottenabkommen vorausginge oder [sie nicht] wenigstens gleichzeitig mit einem solchen erfolgten, nur geringen Effekt bei der britischen öffentlichen Meinung haben würden.

Der Herr Reichskanzler erwidert, bei uns liege die Sache so, daß ein Flottenabkommen ohne eine Erklärung allgemeiner freundschaftlicher Annäherung ohne günstige Wirkung auf die deutsche öffentliche Meinung bleiben würde.

Staatssekretär Freiherr von Schoen bemerkt, die Lage zwischen uns und England sei eine wesentlich andere wie zwischen England und Rußland-Frankreich. Zwischen den letzteren drei Mächten hätten entzweiende politische Fragen gelegen, deren Beseitigung die Entente angebahnt habe. Zwischen England und uns lägen solche Fragen nicht vor, es bedürfe daher einer allgemeinen Freundschaftserklärung.

Auf die Frage Sir Edward Goschens, wie wir uns etwa die Basis eines Flottenabkommens denken, erwidert der Herr Reichskanzler, ein Abweichen von dem deutschen Flottengesetz im ganzen könne nicht in Frage kommen — das würde im Reichstag auf unüberwindlichen Widerstand stoßen —, dagegen könnte man über eine Verlangsamung des Tempos im Bau neuer Schiffe sprechen.

Auf eine Bemerkung Sir Edward Goschens, daß mit einer bloßen Verlangsamung des Bautempos eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben nicht erreicht werde, weist Staatssekretär Freiherr von Schoen darauf hin, daß in der eventuellen Bindung Deutschlands auf eine gewisse Anzahl von Neubauten in einem gewissen Zeitraum doch ein gewichtiges Moment der Beruhigung für England liegen würde.

Sir Edward Goschen fragt nach den Grundlinien einer allgemeinen Freundschaftserklärung. Er habe von den Ansichten Sir E. Greys in dieser Beziehung nicht genaue Kenntnis, glaube aber rein persönlich, daß seine Regierung, deren Politik die Erhaltung des jetzigen Status quo des europäischen Gleichgewichts sei und die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen der Tripelentente und den anderen Mächten wünsche, bereit sei, Versicherungen beispielsweise in dem Sinne zu geben, daß England keinen unprovozierten Angriff auf irgend eine Macht oder Mächtegruppe richten und seinen Einfluß einsetzen werde, um andere Mächte daran zu verhindern. Seine Regierung würde sicher auch bereit sein, die Versiche-

rung zu geben, daß ihre Freundschaft mit Rußland und Frankreich keinerlei Spitze gegen Deutschland habe. Sir E. Goschen fragt, ob derartige Versicherungen für die deutsche Regierung befriedigend sein würden.

Der Herr Reichskanzler erwidert, die Auffindung einer Formel für die Freundschaftserklärung werde wohl keine Schwierigkeit bieten. Sie müßte allerdings dergestalt sein, daß sie der deutschen Regierung die Möglichkeit biete, das gleichzeitig abzuschließende Flottenabkommen, das ja für Deutschland eine große Konzession bedeute, vor der Nation zu vertreten.

Auf die Frage des Botschafters, ob Deutschland konkrete Vorschläge machen wolle, erwidert der Herr Reichskanzler, er sei dazu gern bereit, falls es von England gewünscht. Ebenso gern nehme er Vorschläge von englischer Seite entgegen.

Nach Meinung Sir Edwards würde die englische Regierung wünschen, je eher je besser zu einer Verständigung zu gelangen.

Der Herr Reichskanzler erklärt sich zur Inangriffnahme der Verhandlungen jederzeit bereit, weist aber darauf hin, daß in der Frage des Flottenabkommens auch Pourparlers der Marinetechniker einzuleiten wären, die neben und Hand in Hand mit dem Meinungsaustausch über eine allgemeine Annäherung stattfinden könnten.

Sir Edward Goschen äußert noch, er habe den Eindruck, daß Sir E. Grey Vorschläge desto erwünschter erschienen, je bälder er sie erhalte, daß es ihm, dem Botschafter, aber angesichts der augenblicklichen belasteten Lage der parlamentarischen Geschäfte in England empfehlenswert erscheine, sich zunächst bei Sir E. Grey zu vergewissern, ob die britische Regierung jetzt bereit sei, die deutschen Vorschläge entgegenzunehmen und endgültige Verhandlungen zu eröffnen.

Der Herr Reichskanzler erwidert, daß er in dieser Beziehung sich selbstverständlich gern den Entschließungen der englischen Regierung anpassen wolle, auf deren Seite ja zuerst der Wunsch nach einer Flottenverständigung mit uns hervorgetreten sei.

Nr. 10348

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Geheim — London, den 26. Oktober 1909

Für den Herrn Reichskanzler

Sir E. Grey, welcher mehrere Tage abwesend war, erwähnte heute aus eigenem Antrieb die Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Euerer Exzellenz und dem englischen Botschafter*. Er will darüber zunächst mit dem Premierminister sprechen und wünscht mich nächsten

* Siehe Nr. 10347.

Donnerstag wieder zu sehen. Für heute bemerkte er persönlich und noch nicht amtlich bindend, da er Mr. Asquith noch nicht gesprochen hat, er wünsche trotz der verworrenen inneren Lage die Verhandlungen möglichst bald zu beginnen, damit keine Verschleppung eintrete. Er erwartet Euerer Exzellenz fernere Vorschläge (nach Rücksprache mit Mr. Asquith und der offiziellen Antwort). Er hofft, mir am Donnerstag auch schon über einen oder zwei Punkte nähere Mitteilung machen zu können, geeignet, das Vertrauen zwischen uns zu fördern (Allgemeine Politik). Er erkennt, daß die schwierigste Aufgabe in der Auffindung einer beide Teile befriedigenden Formel betreffend die Flotte liegt.

Es liegt ihm augenscheinlich daran, was immer die hiesige politische Lage oder die Verhandlungen bringen mögen, daß er sich und der liberalen Regierung den Vorteil sichern will, eine Flottenverständigung mit Deutschland ernstlich betrieben zu haben. Er ist überzeugt, daß Euere Exzellenz den ernsten Wunsch und Willen haben, zu einer Verständigung zu gelangen.

Ich gehe selbstverständlich in meinen Äußerungen nie weiter als das, was Euere Exzellenz mit Sir Edward Goschen besprochen haben.

Admiral Fisher hat durch Lord Beresfords Veröffentlichungen* einen harten Schlag erhalten, von dem er sich trotz königlicher Gunst kaum erholen wird. Trotzdem mag er noch Monate aushalten, da die Regierung ihn schützen muß, um sich nicht selbst bloßzustellen.

Allgemeine Freundschaftsversicherungen allein scheinen mir nicht viel Wert zu haben. Die Zusicherung, uns nicht unprovoziert anzugreifen, hat mir Sir E. Grey und sein Vorgänger schon zur Zeit der Marokkokrisen gegeben, obwohl es kaum zweifelhaft war, daß England im Falle eines Krieges zwischen uns und Frankreich eingegriffen hätte. Wer provoziert, ist Sache der Auslegung. Daß die Ententen nicht gegen uns gerichtet seien, haben mir Sir E. Grey und Lord Lansdowne ebenfalls wiederholt versichert. Worauf es aber ankommt, ist, daß England sich in Zukunft nicht bei jeder neuen Gelegenheit im gegnerischen Lager zeigt.

Die Zusicherung keiner Novelle für 1912 sollte meines gehorsamsten Erachtens nicht von uns spontan gegeben werden, sondern erst auf etwaigen Wunsch der englischen Verhändler, denn bisher war der von der Kaiserlichen Regierung durch Euerer Exzellenz Vorgänger öffentlich bekannte Standpunkt der, daß das Flottengesetz uns genügt, wir über den Rahmen desselben nicht hinausgehen würden (also keine Novelle), und daß es für unser Programm gleichgültig sei, ob England 100 Dreadnoughts baue.

Metternich

---

* In den „Times" vom 25. Oktober 1909 hatte der Admiral der Kanalflotte Lord Charles Beresford, der erklärte Antagonist Sir John Fishers, seinen Briefwechsel mit dem Premierminister Asquith über die von dem Ersten Seelord angeblich gegen seine, Lord Beresfords, Anhänger geübte willkürliche Zurücksetzung veröffentlicht. Vgl. über „The Schism in the Navy" W. S. Churchill, The World Crisis 1911—1914, p. 72 ss. Tatsächlich sah sich Sir John Fisher Anfang Dezember 1909 genötigt, sein Amt als Erster Seelord zu quittieren. An seiner Stelle wurde Admiral Wilson zum Ersten Seelord ernannt.

Nr. 10349

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 27. Oktober 1909

Soeben erhalte ich Ihr Telegramm von gestern* über Ihre Unterredung mit Sir Edward Grey.

Aus der Aufzeichnung über mein Gespräch mit Sir Edward Goschen haben Sie ersehen, daß ich ein Abkommen über die allgemeine Politik gegenüber einem Flottenabkommen in den Vordergrund geschoben habe. Ich bin dazu genötigt, weil das Flottenabkommen für uns nur ein Mittel zur Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zu England sein kann, weil es unserer Öffentlichkeit gegenüber nicht vertreten werden kann, wenn England fortfährt, unsere politischen Wege überall in der Welt zu kreuzen, und weil bei anhaltendem wechselseitigen Mißtrauen die Durchführung des Flottenabkommens nur zu einer Quelle weiterer gegenseitiger Rekriminationen werden könnte. Ich halte es deshalb für notwendig, daß die Aussprachen über die allgemeine politische Verständigung mindestens gleichzeitig neben den Verhandlungen über das Flottenabkommen herlaufen. Allerdings wird die Formel für das politische Abkommen wohl gleich große Schwierigkeiten verursachen wie die für das Flottenagreement. Mit Ihnen halte ich das Angebot Goschens für ungenügend. Ich habe dies auch, wie ich glaube, in meiner in die Aufzeichnung aufgenommenen Erwiderung angedeutet, dabei aber möglichste Vorsicht walten lassen, weil es im Anfang vor allem darauf ankommen dürfte, die englische Stimmung zu sondieren, um, wenn sie sich als entgegenkommend erweist und freimütige Aussprache freundschaftlich aufzunehmen verspricht, allmählich zu positiven Vorschlägen fortschreiten zu können. Diese selbst werden nach den realen Gefahren zu bemessen sein, welche aus dem gegenwärtigen Verhältnis Englands zu uns hervorwachsen. Dabei lasse ich die Stimmen außer Betracht, welche der englischen Regierung die Absicht eines Präventivkrieges gegen uns zusprechen. Besteht eine solche Absicht oder wird sie der Regierung von der öffentlichen Meinung aufgezwungen, so fällt jedes Abkommen, sei es für die Politik, sei es für den Flottenbau, von selbst in sich zusammen. Praktisch greifbarer ist die Gefahr, daß ein an sich unbedeutendes Vorkommnis, ein „Zwischenfall" die feindselige Stimmung der englischen Chauvinisten zum Überlaufen bringt und eine Explosion herbeiführt. Diese Gefahr, welche die gegenwärtig vielleicht größte ist, kann durch keine Formel, sondern nur sehr allmählich durch einen Umschwung der allgemeinen Stimmung Englands gegen uns gebannt werden. Die Hoffnung darauf will ich nach den Wandlungen, die

* Siehe Nr. 10348.

England in seinem Verhältnis beispielsweise zu Frankreich und zu Rußland im Laufe der Geschichte durchgemacht hat, nicht aufgeben, wenngleich ich anerkenne, daß die Gegensätze zu uns, weil in ihrem letzten Grunde auf die Besorgnis vor einer Überflügelung durch uns zurückgehend, nur schwer und langsam ausgeglichen werden können. Ein Flottenabkommen wird zu ihrer Milderung beitragen, erfaßt aber nicht die Totalität der Ursachen. Eine zum mindesten gleich große Wirkung würde ich mir versprechen, wenn die allgemeine Orientierung der englischen Politik, anstatt die Leidenschaften gegen Deutschland aufzustacheln, sie zu besänftigen suchte.

Einen Schritt auf diesem Wege würde es bedeuten, wenn eine Verständigung dahin erzielt würde, „daß wir uns gegenseitige moralische und diplomatische Unterstützung in allen für den einen oder anderen auftauchenden Fragen sichern, die weder ein Lebensinteresse des betreffenden Staats noch das Recht oder Interesse einer dritten Großmacht berühren*."

Das Wort „Lebensinteresse" ist den in England so beliebten Schiedsgerichtsverträgen entnommen, und der Hinweis auf die Rechte einer dritten Großmacht kommt Englands präsumtiven Wünschen insofern entgegen, als er einen direkten Eingriff in die englischen Ententen ebenso wie in unsere Verträge ausschließt.

So flüssig diese Formel auch wäre, so würde sie uns doch vor der nicht zu unterschätzenden Gefahr schützen, daß uns England einmal irgendwo in irgendeiner unser Lebensinteresse nicht direkt berührenden Frage vor die Alternative stellt, entweder eine diplomatische Niederlage einzustecken oder den Krieg zu erklären (Faschoda!).

Hierüber hinaus greift die Gefahr, daß wir bei einem kontinentalen Kriege, in den wir verwickelt werden, England auf der Seite unserer Gegner sehen. Als Ziel für diese Fälle wird uns deshalb stets ein Neutralitätsabkommen vorschweben müssen, bei dem auch England, da wir gegen niemanden und speziell nicht gegen Frankreich oder Rußland aggressive Absichten hegen, nichts zusetzen würde, vorausgesetzt, daß es sich überhaupt freundlich zu uns stellen und nicht das Ziel verfolgen will, uns, wenn wir mit kontinentalen Mächten engagiert werden sollten, niederzuzwingen. Jedes Abkommen, das nicht ausdrücklich und allgemein die Neutralität zusichert, wird unsicher bleiben und allen Zweifeln der Auslegung unterworfen sein. Nur alleräußerstenfalls würde man diese Mängel in den Kauf nehmen können, sofern das Vollkommenere nicht zu erreichen ist. Die Formel wird dann allerdings um den von Ihnen mit Recht kritisierten Begriff der Provokation nicht herumkommen. Dabei könnte man an die gegenseitige Zusicherung denken, „in keine Kombination oder Abmachung einzutreten, die einen feindlichen Angriff auf den andern Teil beabsichtigt oder vorbereitet." Oder es könnte weitergehend gegenseitig Neutralität zugesichert werden für den Fall, daß der andere angegriffen

* Diese Formel ist wörtlich der von Kiderlen unter dem 6. Oktober eingereichten Denkschrift entnommen. Vgl. E. Jäckh, a. a. O., II, S. 55.

wird „sans provocation de sa part", eventuell könnte das Wort „Neutralität" so ausgedrückt werden, daß keiner der beiden Paziszenten an dem nicht provozierten Angriff eines Dritten auf den andern Paziszenten teilnimmt.

Ich wiederhole: so wenig befriedigend an sich ein so beschränktes Abkommen wäre, so würde es doch, wenn von englischer Seite redlich gemeint, eine dann wertvolle und für uns unentbehrliche Ergänzung eines Flottenabkommens darstellen.

Ich bitte Sie, verehrter Herr Graf, mir Ihre Ansicht über diese Gedankengänge mitzuteilen. Sind Sie geneigt, ihnen zu folgen, so würde ihre Tendenz bei Gesprächen, die Sir Edward Grey anregen sollte, den Grundton Ihrer Sprache abgeben können, jedoch würde ich bitten, die vorstehend versuchten Formulierungen noch nicht expressis verbis zu werten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10350

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Gesandten in Bukarest von Kiderlen

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 28. Oktober 1909
[abgegangen am 29. Oktober]

Zu meinem lebhaften Bedauern komme ich infolge großer anderweiter Inanspruchnahme erst jetzt dazu, Ihnen für Ihre so eingehenden und klaren Darlegungen über eine Verständigung mit England* zu danken. Ich stimme mit Ihren Ausführungen im wesentlichen überein, wie Sie auch aus der in Abschrift anliegenden Aufzeichnung über meine Unterredung mit Sir Edward Goschen vom 14. d. Mts.** ersehn wollen. Ich füge noch einen auf die Angelegenheit bezüglichen Telegrammwechsel zwischen Graf Metternich und mir in Abschrift bei*** und werde Sie auch weiterhin auf dem laufenden erhalten. Andrerseits würde ich es mit Dank erkennen, wenn Sie mir etwaige Erwägungen mitteilen wollten, zu denen die Anlagen dieses Briefes Ihnen Anlaß geben. Ich füge zum Schluß noch den ersten Entwurf zu einem Abkommen mit England und zu einem Notenaustausche bei, den ich soeben habe aufstellen lassen, und wäre dankbar, auch hierüber Ihre Ansichten zu hören†.

v. Bethmann Hollweg

---

* Vgl. dazu Nr. 10347, Fußnote, und E. Jäckh, a. a. O., II, S. 48ff.
** Siehe Nr. 10347.
*** Vgl. Nr. 10348 und 10349.
† Siehe Anlage I und II. Vgl. zu den Entwürfen den früheren von Staatssekretär Freiherrn von Schoen und dem Vortragenden Rat von Stumm vor der Entsendung des letzteren nach England Ende April 1909 ausgearbeiteten Entwurf (Kap. CCXXII,

Anlage I

Entwurf eines deutsch-englischen Flottenabkommens

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Die Kaiserlich Deutsche und die Königlich Großbritannische Regierung, von dem Wunsche geleitet, den allgemeinen Frieden zu erhalten und den Status quo ihrer Besitzungen zu wahren und zu achten, haben sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel 1

Die hohen Vertragschließenden versprechen sich gegenseitig Frieden und Freundschaft und werden keinerlei Vereinbarung schließen oder einer solchen beitreten, die sich gegen den anderen Staat richtet; auch erklären sie ausdrücklich, daß sie zurzeit durch keinerlei Abmachung gebunden sind, die sich gegen den anderen Staat richtet.

Artikel 2

Sollte der eine der hohen Vertragschließenden von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden, so wird ihm gegenüber der andere mindestens eine wohlwollende Neutralität beobachten und für die Lokalisierung des Konflikts bemüht sein.

Artikel 3

Diese Neutralität ist auch dann zu beobachten, wenn einer der beiden hohen Vertragschließenden auf Grund bestehender Bündnispflichten in die Lage kommen sollte, an eine dritte Macht Krieg zu erklären.

Eventualzusatz { Neue Verträge dieser Art dürfen nicht ohne Zustimmung des anderen hohen Vertragschließenden eingegangen werden.

Artikel 4

Das gegenwärtige Abkommen gilt vom Tage der Ratifikation dieses sowie des am heutigen Tage gleichfalls gezeichneten Abkommens über die beiderseitigen Seerüstungen auf die Dauer von . . Jahren.

Nr. 10303). Kiderlens Stellungnahme zu dem Entwurf erhellt aus seiner Denkschrift vom 2. November 1909; siehe E. Jäckh, a. a. O., II, S. 64ff. Kiderlen warnte darin vor einer zu frühen Mitteilung des Textes an die Engländer, die zu einem jähen Ende der ganzen Verhandlungen führen und denselben Gelegenheit bieten könnte, Deutschland bei anderen Mächten zu verdächtigen. Tatsächlich fand eine Mitteilung der Entwürfe an England nicht statt, doch ging Bethmann Hollweg in seinen Äußerungen gegen Sir E. Goschen vom 4. November (vgl. Nr. 10355) etwas weiter, als Kiderlen vorgeschlagen hatte. Vgl. den Brief Bethmann Hollwegs an Kiderlen vom 9. November, E. Jäckh, a. a. O., II, S. 75. Zu der in diesem Briefe angekündigten Aufstellung eines neuen Entwurfs zu einem Flottenabkommen bzw. zu einer anderweitigen Fassung des Notenaustausches ist es vorerst nicht gekommen.

Ein Jahr vor Ablauf des Abkommens werden die hohen vertragschließenden Teile über den Umfang der Flottenbauten von neuem in Beratungen eintreten und für die Zeit, für die alsdann eine neue Verständigung über die beiderseitigen Seerüstungen erzielt wird, gelten alsdann die Artikel 1—3 des gegenwärtigen Abkommens weiter.

Anlage II

Notenentwürfe

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

I. Deutsche Note

Euerer Exzellenz beehre mich namens der Kaiserlichen Regierung bezüglich der heute von uns unterzeichneten Neutralitäts- und Flottenabkommen noch folgende Erklärungen abzugeben:

1. Die Kaiserliche Regierung bezieht Artikel 3 des Neutralitätsabkommens auf folgende Fälle:
   a) einen russischen Angriff auf Österreich-Ungarn,
   b) einen russischen Angriff auf Japan;
   im Falle a) müßte nach den bestehenden Verträgen Deutschland, im Falle b) England Rußland den Krieg erklären.

   Dieser Zusatz oder etwas Ähnliches auf englischen Wunsch: Wir sind überzeugt, daß Österreich-Ungarn Rußland gegenüber keine provokatorische Politik treiben wird, doch werden wir eventuell bestrebt sein, mäßigend auf unsern Verbündeten einzuwirken.
2. Deutschland erwartet, daß England in Zukunft, das heißt für die Dauer der heutigen Abkommen, seiner Politik eine deutschfreundlichere Richtung geben und auch in dem Sinne auf seine Kolonien einwirken wird. Wir werden dagegen unsererseits England möglichstes Entgegenkommen erweisen.
3. Wir sind gern bereit, mit England über die Bagdadbahn in Verhandlungen einzutreten, um unter Wahrung der bestehenden Verträge einen die deutschen, englischen und türkischen Interessen befriedigenden Ausgleich herbeizuführen.
4. Wir wünschen ferner, mit der Königlich Großbritannischen Regierung zu einem Abkommen zu gelangen, durch das so weit als möglich alle zwischen beiden Ländern zurzeit schwebenden kolonialen Fragen erledigt werden.

Indem ich Eure Exzellenz bitte, mir den Empfang dieser Note und das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Inhalte derselben aussprechen zu wollen, verbleibe ich usw.

II. Englische Note

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf die Note von heute zu erwidern, daß meine hohe Regierung von ihrem Inhalte gebührend Kenntnis genommen hat. Im einzelnen bemerke ich:

1. Die Königlich Großbritannische Regierung legt den Artikel 3 des Neutralitätsabkommens in derselben Weise aus wie die Kaiserlich Deutsche Regierung.
2. Die Königlich Großbritannische Regierung wird dem zu 2) ausgesprochenen Wunsche der Kaiserlich Deutschen Regierung unter der Voraussetzung gern nachkommen, daß auch Deutschland seiner Politik eine englandfreundliche Richtung gibt.
3. Über die Bagdadbahn und Kolonialfragen wird die Königlich Großbritannische Regierung gern unter den angeführten Voraussetzungen und in dem von der Kaiserlichen Regierung gewünschten Sinne verhandeln.

(Schlußformel)

Nr. 10351

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 28. Oktober 1909

Sir Edward Grey wiederholte mir heute nach Rücksprache mit dem Premierminister, daß er sich freuen würde, baldmöglichst die Eröffnungen Euerer Exzellenz über ein Flottenabkommen zu erfahren. Es sei zwar möglich, daß infolge der inneren Krisis und der damit verbundenen Arbeitslast die Verhandlungen nicht so rasch von statten gehen würden als in normalen Zeiten. Trotzdem halte er es aber für sehr wünschenswert, damit zu beginnen, anstatt sie bis auf ruhigere Zeiten aufzuschieben.

Bei dem Abkommen mit Frankreich ebenso wie bei dem mit Rußland habe es sich lediglich um die Hinwegräumung von Hindernissen gehandelt. Eine gegen Deutschland gerichtete Politik sei mit denselben nicht beabsichtigt gewesen. Er sei zu der Erklärung bereit, daß mit Frankreich und Rußland keine Abkommen getroffen seien, die deutsche Interessen verletzten[1]. Auch sei er bereit, allgemeine friedfertige Versicherungen (pacific assurances) Deutschland gegenüber zu erteilen in der Art, wie es schon Sir Edward Goschen Euerer Exzellenz angedeutet habe. Es sei aber für die englische Politik schwierig, in ihrer Zusicherung der Freundschaft Deutschland gegenüber weiter zu gehen, als sie es den Franzosen und Russen gegenüber getan habe[2]. pp.*

* Es folgen in dem Metternichschen Briefe eingehende Auslassungen Sir E. Greys zur Frage der Bagdadbahn, die in anderem Zusammenhange (Bd. XXVII, Kap. CCXVI,

Zur Zerstreuung des Mißtrauens mit Bezug auf die Flottenrüstungen kam der Minister auf einen Gedanken zurück, den er schon früher mehrmals ausgesprochen hat. Er erhofft nämlich von einem gegenseitigen amtlichen Austausch von Informationen über die Flottenbauten den Wegfall der Beargwöhnung von Absichten beim andern, die vielleicht gar nicht vorhanden sind. Auf den exchange of information dürfte der Minister im Laufe der Verhandlungen jedenfalls zurückkommen, und es dürfte daher nützlich sein, wenn wir unsere Stellungnahme zur Frage in Betracht ziehen.

Der Minister erwartet nun von Euerer Exzellenz weitere Vorschläge, zu denen er dann seinerseits Anregungen geben will.

Von einer politischen Verständigung allein ohne gleichzeitige Verständigung über die Flottenfrage verspricht er sich keinen günstigen Eindruck auf die hiesige öffentliche Meinung. Mit der Flottenverständigung würde das Vertrauen aber gleichzeitig einkehren.

Im Sinne unserer Unterhaltung wird er Sir Edward Goschen zur Benachrichtigung Euerer Exzellenz instruieren*.

P. Metternich

Randbemerkungen Freiherrn von Schoens:
[1] ? Das ist uns schon oft gesagt worden
[2] Mit Frankreich und Rußland hat England kein Flottenagreement

Nr. 10352

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 29. Oktober 1909

Vielen Dank für Ihre mir äußerst wertvollen Privatbriefe vom 26.** und 27. d. Mts.***, die mir heute zugegangen sind, nachdem ich meinen gestrigen Brief betreffend Unterredung mit Sir Edward Grey fertiggestellt hatte. Gestatten Sie mir, verehrter Herr Reichskanzler, daß ich mich heute auf wenige Bemerkungen beschränke, da ich mir zunächst die in

---

Nr. 9972) wiedergegeben sind. Aus den Äußerungen des englischen Staatssekretärs ging nicht undeutlich hervor, daß er wohl ein Abkommen mit Deutschland über die Bagdadbahn wünschte, das die Endstrecke von Bagdad bis zum Persischen Meerbusen der alleinigen deutschen Kontrolle entzöge, ebenso wie er bezüglich eines Flottenabkommens eine Beschränkung des deutschen Programms erstrebte, daß er aber bezüglich der von Deutschland als Gegenleistung verlangten allgemeinen politischen Verständigung nicht viel wissen wollte. Auf Sir E. Greys Äußerungen über die Bagdadbahnfrage erwiderte denn auch Graf Metternich, eine Verständigung über die Bagdadbahn sollte erst dann versucht werden, wenn eine allgemeine politische Verständigung plus Flottenverständigung vorausgegangen sei. Vgl. auch die englische Version des Gesprächs in Nr. 10354.

* Vgl. Nr. 10354.

** Vgl. Nr. 10341, Fußnote.

*** Siehe Nr. 10349.

Ihren Briefen enthaltenen reichhaltigen Anregungen nach verschiedenen Richtungen hin näher überlegen möchte.

Sir Edward Grey sagte mir gestern, die Tatsache allein, daß Sie die Flottenfrage besprechen wollten, habe hier (also wohl bei der englischen Regierung, da sonst niemand etwas davon weiß) schon außerordentlich dazu beigetragen, das Vertrauen in unsere Politik und unsere Absichten zu stärken. Hierauf lege ich vorläufig das Hauptgewicht und würde es deshalb auch für angebracht halten, wenn wir nur allmählich und Schritt für Schritt in unseren Gesprächen weitergehen und nicht etwa Goschen auf einmal ein fertiges politisches und Flotten-Programm vorgelegt wird. Wie weit England sich unseren politischen Wünschen fügt, wird davon abhängen, wie weit es sich durch unser Entgegenkommen in der Flottenfrage gesichert fühlt. Für uns ist die politische, für England die Flottenfrage die Hauptsache. Ich glaube nun nicht, daß unsere Flottenformel den Engländern dasjenige Gefühl der Sicherheit bieten wird, welches sie dazu bewegen könnte, in der Politik grundverschiedene Bahnen von den bisherigen einzuschlagen. Die vier sogenannten Eventualschiffe sind schon längst keine mehr, sondern stehen auf dem diesjährigen Programm und werden nach meiner Überzeugung auch nicht mehr davon abgesetzt werden. Den Verzicht auf die Novelle im Jahre 1912 halte ich für direkt gefährlich, außer wenn die Engländer im Laufe der Verhandlungen selbst mit diesem Wunsche hervortreten. Man verzichtet nur auf etwas, was man beabsichtigt hat. Unser Zugeständnis, daß die Absicht einer Novelle bestand, wird hier das Mißtrauen in fernere auf die Abänderung des Flottengesetzes gerichtete Absichten nicht mehr verschwinden lassen. Auch als Druckmittel ist der Verzicht auf eine Novelle im Jahre 1912 wirkungslos, weil es uns unbenommen bleibt, sie in irgend einem späteren Jahre nachzuholen, womit das Gefühl der Unsicherheit und des Mißtrauens in unsere Absichten hier permament wird. Der Zeitpunkt für günstige Konzessionen zur Einschränkung der englischen Rüstungen ist seit einem Jahre vorüber, nachdem in der Zwischenzeit Großbritannien und seine Kolonien sich zu neuen Seerüstungen entschlossen haben. Auf das Verhältnis von 3 zu 4 in Neubauten kann nach meinem Eindruck sich keine englische Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber vertraglich einlassen, auf 2 zu 3 schon eher. Ich habe den Eindruck, daß auch Sir E. Grey sich von der Möglichkeit auf eine Einigung durch eine Formel nicht allzu viel verspricht, sondern daß er den Hauptwert auf den Austausch von Informationen legt.

Gelingt es uns im Laufe der Verhandlungen eine beide Teile einigermaßen befriedigende Formel für die Flotte zu finden, so wird die politische Bereitwilligkeit zu bindenden Versprechungen hier sofort wachsen. Die Regierung wird sich dann auch bemühen, auf die hiesige öffentliche Meinung versöhnend zu wirken. Ich habe keinen Zweifel, daß über Großbritannien eine ganz andere Stimmung uns gegenüber kommen wird, wenn ein einigermaßen befriedigendes Flottenabkommen gelingt. Vorher nicht. Sir

Edward Grey hat daher ganz recht, wenn er sagt, daß politische Zusicherungen zwischen uns auf die hiesige öffentliche Meinung wenig Eindruck haben werden, wenn sie nicht von einem Flottenabkommen begleitet sind. Ich gehe sogar weiter und bin der Ansicht, daß politische Abmachungen zwischen der englischen und deutschen Regierung auf das heftigste angefeindet werden würden, falls nicht zugleich eine beruhigende Abmachung über die Flotte erfolgt.

Wir werden daher schwerlich umhin können, im Laufe der bevorstehenden Verhandlungen unsere Karten bezüglich eines Abkommens über den Flottenbau aufzudecken, noch ehe wir zu einer politischen Vereinbarung gelangen. Wir brauchen deshalb die Flottenvereinbarung nicht eher zu unterzeichnen, als bis auch die politische Vereinbarung unseren Wünschen entspricht[1].

Ein nachhaltiger günstiger Eindruck auf die öffentliche Meinung Englands ist nur von unserer Flottenpolitik zu erwarten. Von nichts anderem, auch nicht von unserer etwa veränderten Kongopolitik*. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir, ehe wir unsere Kongopolitik ändern, abwarten, ob unsere Flottenverhandlungen Aussicht auf Erfolg bieten. Dann würde ein Einlenken unserer Kongopolitik nach dem englischen Standpunkte hin einen bedeutenden Eindruck machen. Sonst wird unsere veränderte Haltung nur dem relativ beschränkten Kreise von Kongo-Entrüsteten Freude machen.

P. Metternich

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

[1] Darüber dürfen wir aber dann den Engländern von vornherein keinen Zweifel lassen!

Nr. 10353

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 1. November 1909

Nach unserer Auffassung kann wohl über das politische, nicht aber über das Flottenprogramm allein verhandelt werden; wir können uns höchstens damit einverstanden erklären, daß gleichzeitig über beide verhandelt wird. Wir können kein Flottenabkommen ohne politische Verständigung zeichnen; letztere ist für uns conditio sine qua non und mit dem Flottenabkommen untrennbar verbunden.

Flottenabkommen und Grundgedanken des politischen Abkommens würden zu veröffentlichen sein.

---

* Vgl. dazu Nr. 10341, Fußnote.

Wenn die Engländer, wie sie uns sagen, ein Flottenabkommen wünschen, so müssen sie dafür aber einen Preis auf politischem Gebiete zahlen. Wir empfinden keinen Wunsch nach einem Flottenabkommen. Aus diesem Grunde trifft die Behauptung Sir Edward Goschens und Sir Edward Greys nicht zu, England könne uns doch nicht mehr als Frankreich und Rußland zusichern. England will etwas von uns und muß dafür zahlen.

Wir haben nichts dagegen, daß England Frankreich und Rußland ähnliche Neutralitätsversprechungen macht wie die, welche wir von England für uns haben wollen und müssen.

Was das Flottenabkommen anbetrifft, so ist scharf zu betonen, daß wir vom Flottengesetz nicht abweichen können. Wir sind bereit, im Rahmen des Gesetzes langsamer zu bauen, wenn England auch langsamer baut. Wir würden ein bestimmtes, noch näher zu bezeichnendes Verhältnis zwischen deutschem und englischem Flottenbau auf eine Reihe von Jahren in Vorschlag bringen, wenn England mit diesem Grundgedanken übereinstimme. Ein bestimmtes Verhältnis wäre zurzeit noch nicht zu nennen.

Kommt Goschen auf Greys Steckenpferd: Informationen durch die Marineattachés oder auf andere Weise zu sprechen, so würde ihm zu erwidern sein, wir hätten dem britischen Marineattaché bereits dieses Jahr sehr eingehende Informationen erteilt, die aber leider von M'Kenna nicht verwertet worden seien. Wir seien auch weiter bereit, solche Informationen bei Zusage der Gegenseitigkeit zu geben. Natürlich gebe es eine Grenze, über die hinaus nicht gegangen werden könne, um technische Detailgeheimnisse zu wahren; diese Grenze müsse durch die Marinebehörden der beiden Länder vereinbart werden.

Bezüglich der Bagdadbahn wäre, jedoch nur wenn Sir Edward die Frage anschneidet, zu sagen, wir seien zu Verhandlungen bereit, wie schon früher von uns erklärt worden sei. Die Bahn wäre nie als eine rein deutsche, sondern als eine internationale gedacht gewesen. Zur Regierungszeit Abdul Hamids hätten wir zu keinem Abkommen mit England über die Linie Bagdad—Persischer Golf gelangen können, weil Abdul Hamid dies nie zugegeben hätte. Französisches Kapital sei schon beteiligt, gegen Beteiligung russischen Geldes sei im Prinzip auch nichts einzuwenden. Unser Vertrag müsse aber gewahrt werden, denn er trage unsern und den türkischen Interessen genügend Rechnung.

Kongofrage ist noch nicht zu erörtern.

Über andere Kolonialfragen können wir besonderes Abkommen, aber erst nach dem Flottenabkommen und dem Neutralitätsabkommen schließen.

v. Schoen

Nr. 10354

Der Hilfssekretär im Foreign Office Langley an den englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen*

Abschrift

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir E. Goschen am 4. November 1909 dem Reichskanzler übergeben

Nr. 266
Secret

London, October 28, 1909

I asked Count Metternich to come to see me to-day and told him that, though I thought the conversations which had been begun with you in Berlin had better be continued there, I wished to tell him what I proposed to say to you.

I would deal first with the hesitation expressed by Herr von Schoen as to whether the present was a suitable time to continue the discussion and to make proposals, seeing that the British Cabinet was already so much occupied. I would say at once that we should very much regret a suspension of the negotiations; business here might occasionally delay our replies, but this would not be so great a drawback as the total suspension of the negotiations.

I approved entirely all that you had already said in conversation. We should have no difficulty in giving general assurances of a peaceable disposition, for we could most truthfully say that we did not desire to direct our understandings with other countries against Germany and that we had no hostile intentions whatever with regard to her. But it might be difficult to find any formula going beyond this which would not give the impression that we were entering into closer relations with Germany than we had previously entered into with any other Powers. As a matter of fact, we had no such general formula with any other Power[1], and such engagements as we had made were limited to the terms of the particular agreements which we had concluded.

I understood that it was felt in Germany that some general understanding was necessary, to cause the atmosphere to become more genial, and thus to make a naval arrangement possible. Here, however, there was an opposite feeling, a general understanding would have no beneficial effect whatever on public opinion, and would indeed be an object of criticism so long as naval expenditure remained undiminished. In order to remove suspicion here, a naval arrangement was essential.

Though I had not yet consulted the Admiralty with regard to your last conversation, because it seemed to me that the negotiations had hardly reached the stage at which experts might be consulted, I felt sure that a

* Es handelt sich bei dem Langleyschen Schreiben offenbar um ein Diktat Sir E. Greys; jedenfalls schreibt Langley im Namen des Staatssekretärs. Die Unterredung Sir E. Greys mit Graf Metternich ist die gleiche, von der dieser in Nr. 10351 berichtet.

frank exchange of information between the German and British Admiralties would be the most effective factor in making both countries believe that the naval expenditure of each was intended for general purposes and had not in view the stealing of a march or the gaining of an advantage at the expense of the other country. The drawing up of satisfactory formulae would however, be difficult, and would take time.

Meanwhile, as we were convinced that the German Chancellor really desired to improve the relations between the two countries, and we therefore felt that the opening of the discussion had already made the atmosphere more genial, I was anxious that this favourable turn of events should at once lead to some good results, even though they might be indirect. I hoped that one good result would be a greater frankness on points of difficulty between us.

Herr von Schoen had mentioned our opposition to the Bagdad Railway as one of the things which caused irritation. I would, therefore, take this opportunity of explaining why it was impossible for us to agree to the 4% increase of the Turkish Customs Duties without a promise that the additional revenue would not be used for the Bagdad Railway. About one-third of the increase of the Duties would fall on British commerce, and this in itself would be much disliked. But, if the money thus secured at the expense of British trade was to be used to make a new through-route to the East and to establish means of communication which would supersede all others in carrying trade from the Persian Gulf into Mesopotamia, and all this under the exclusive control of one foreign Power[2], then the position of a British Government which had agreed to this would become untenable. It was, therefore, impossible for us to agree to the increase of the Turkish Customs Duties unless we had proper safeguards against the use of the additional revenue for the purpose of displacing British trade in Mesopotamia. We felt that we must either have a part in the Bagdad Railway[3] itself, or else we must have a concession which would enable us to establish other means of communication by which we could trade with Mesopotamia on equal terms.

With regard to the participation of France and Russia in the Bagdad Railway, I knew that Count Metternich had objected to a discussion à quatre because such a discussion would put Germany to a minority. But I explained to him that this had not been our object in proposing the discussion. French financiers had already an interest in the project before I came into office, and it was certainly not I who had brought them in. As regards Russia the position was this. We had on previous occasions been instrumental, or been supposed te be instrumental, in defeating the Russian plans for securing outlets on the sea first in the case of the Mediterranean, and then in the case of the Far East; this had caused much ill-will in Russia toward us. Now we had succeeded in overcoming this ill-will and I was very anxious not to revive it as regards the one remaining outlet which Russia was thought to desire, the Persian Gulf, by participa-

ting in the Bagdad Railway, when Russia was opposed to it and excluded from it. I had told the Russian Government more than once that I thought they ought not to oppose, in principle, the construction of the Bagdad Railway, but ought instead to make up their minds as to the terms on which they could join in the project. I did not think it would be impossible for the German Government to overcome this difficulty of Russian opposition; indeed I knew that before the visit of the German Emperor to this country Herr von Schoen had spoken to the Russian Government on the subject[4].

I told Count Metternich that my object in giving these explanations to the German Government was to prove to them that our action was not dictated by ill-will to Germany, but by the necessities of the case, and that the attitude we were obliged to take up with regard to the increase of the Turkish Customs Duties was not an attitude taken up behind the back of the German Government in a way to cause irritation and introduce friction into what we hoped would be a friendly discussion.

Count Metternich replied that there would be no objection to British financial co-operation in the Bagdad Railway, but Germany must have the control: in the sense of having a majority on whatever railway board controlled the line. He asked me whether we should be satisfied with some measure of control on the southern section of the railway.

I told him it was the southern part that interested us principally.

He asked how much we meant by the southern section, because he thought that the part of the line that went trough Mesopotamia would probably prove to be the most valuable part of the whole line.

I replied that this was a question for experts at a later stage in the discussion.

Count Metternich observed that the Bagdad Railway did not, as it was at present intended, touch Russian territory or prevent Russia from making a separate outlet for herself to the Persian Gulf.

I said that this was no doubt the case, but in my opinion the Russian needs would best be met not by the making of a separate route to the Gulf, but by establishing under Russian control, connections with the Bagdad Railway[5]. This would give Russia an interest in the outlet created by the Bagdad Railway.

Count Metternich asked whether, if participation was arranged for us, we should be willing that the additional revenue secured by the 4% increase should be used to make the Bagdad Railway.

I answered that if we came to an agreement about participation we should, of course, not wish to hinder the progress of the railway; but we had promised the New Régime in Turkey that we would not apply for any kilometric guarantees, in connection with concessions in which we were interested, and therefore we could not press the Turkish Government to allocate any more of their funds to kilometric guarantees. I should have to consider how far this question was involved in the further progress of the Bagdad Railway.

Finally, Count Metternich assured me that the object of the German Chancellor was to restore between us and Germany the friendly and confidential relations which used to exist. The German Government had felt of late that, though there might be no actual understanding against Germany, we were somehow or other always found to be acting with France and Russia in opposition to Germany.

I observed that, in the case of Morocco, our action had, of course, been determined by the terms of the Anglo-French Agreement. In the Balkan crisis last winter Russia and Austria had been violently opposed and if we had been found acting against Germany at Constantinople this was not because we were opposing German interests, but because Germany had taken up the Austrian side. I reminded Count Metternich that I had told him at the time that we quite understood the action Germany had taken, and that we ourselves should probably have acted similarly in her place: and I pointed out that Germany should also realize that the action we had taken was the action she herself would have taken, had she been in our place.

Count Metternich seemed to think that we were specially responsible for the attitude which Russia had taken up. He was of opion that France had tried to restrain Russia, and that without our encouragement there would have been no Balkan crisis.

I told him that the language used in London had been exactly the same as that used in Paris, and that we had not done anything to make matters worse.

The conversation ended in résumé of what I had stated at the beginning as to our readiness to receive the German proposals and our desire to prevent by frank explanations the Bagdad Railway, or any other difficulty, from being a cause of soreness.

Count Metternich said that though the German Chancellor was prepared to make suggestions he would also welcome any which we could make.

I said that any suggestions from me at this stage would have to deal with the naval question, and I could not make suggestions of this kind without first consulting the Admiralty.

For the secretary of state (signed) W. Langley

Randbemerkungen Freiherr von Schoens:

[1] Aber auch kein Flottenabkommen!

[2] ?

[3] Haben wir schon oft angeboten.

[4] Wir haben mit Iswolsky auf dessen Initiative verhandelt, er hat aber der Sache keinen Fortgang gegeben.

[5] Haben wir ja den Russen längst angeboten.

Nr. 10355

*Aufzeichnung**

Unsigniertes und undatiertes Konzept**

[pr. 5. November 1909]

Der Reichskanzler führte aus:

Mit dankbarer Genugtuung entnehme ich aus den Mitteilungen, die mir Euere Exzellenz soeben im Auftrage der englischen Regierung gemacht haben***, daß diese bereit ist, neben den Verhandlungen über ein Flottenabkommen auch in eine freundschaftliche Besprechung über die allgemeine Orientierung der gegenseitigen Politik einzutreten.

Volle und rückhaltlose Offenheit ist, darüber sind sich beide Regierungen klar, erste Vorbedingung für alle diese Besprechungen. Wendet man diese Offenheit an, so ergibt sich folgendes.

England hat von seinem Standpunkte aus im Grunde genommen nur an dem Flottenabkommen Interesse. Das geht schon daraus hervor, daß es England gewesen ist, das den Abschluß eines Flottenabkommens zuerst angeregt hat, ohne dabei seinerseits den Wunsch nach einem politischen Abkommen zu erkennen zu geben. Anders liegt die Frage für Deutschland. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir unsere Flotte lediglich nach unseren eigenen Bedürfnissen bauen, zum Schutz unsers Handels und zum Schutz gegen etwaige Angriffe auf unsere Küsten ohne irgendwelche aggressive Absichten. Unser vornehmstes Interesse besteht darin, daß wir wieder in vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen zu England kommen. Wie loyal unser Wunsch danach gemeint ist, wolle England daraus ersehen, daß wir bereit sind, einen hohen Preis dafür zu zahlen, den Preis nämlich, daß wir vertraglich den Umfang unserer Seerüstung begrenzen. Das hat bisher im ganzen Lauf der Geschichte auf dem Boden freundschaftlicher Verständigung noch keine Nation getan. Aus dieser Situation ergibt sich zweierlei:

Erstens, in formeller Beziehung. England sagt, und von seinem Standpunkte aus mit vollem Recht: Wir können kein politisches Abkommen unterzeichnen, bevor wir nicht wissen, wie das Flottenabkommen aussehen wird. — Und umgekehrt sagt Deutschland, wir können das Flottenabkommen erst vollziehen, wenn Übereinstimmung über ein uns genügendes politisches Abkommen erzielt ist. Mit andern Worten: Die Verhandlungen

---

* Die Aufzeichnung, welche die Unterredung vom 4. November 1909 zwischen dem Reichskanzler, Freiherrn von Schoen und Sir E. Goschen wiedergibt, wurde dem englischen Botschafter Sir E. Goschen (vgl. Nr. 10356), ferner dem Botschafter Grafen Metternich durch Erlaß Nr. 2008 vom 5. November und ebenso dem Gesandten von Kiderlen in Bukarest mitgeteilt. Sie ist veröffentlicht bei E. Jäckh a. a. O., II, S. 69ff.

** Bis zu den Worten „vollkommen übereinstimmen" von der Hand v. Bethmann Hollwegs, von da ab bis zum Schluß von der Hand Freiherr v. Schoens (vgl. S. 261, Fußnote *).

*** Vgl. Nr. 10354.

über das Flottenabkommen und über das politische Abkommen müssen gleichzeitig geführt und gleichzeitig zum Abschluß gebracht werden.

Zweitens, in materieller Beziehung. Das Flottenabkommen muß England so viel bieten, daß es seine Politik in freundschaftlichem Sinne zu uns festlegen kann. Umgekehrt kann Deutschland den Bau seiner Flotte, die ohnehin an Zahl unendlich schwächer als die englische ist, und die überdies ja auch einmal mit den Flotten anderer Staaten in Konflikt geraten könnte, nur dann vertraglich fixieren, wenn ihm Sicherheit dafür gegeben wird, daß es während der Dauer des Vertrags seine Waffen mit England nicht kreuzen wird. Ohne diese Voraussetzung würde Deutschland mit dem Abschluß eines Flottenabkommens auf seine staatliche Selbständigkeit verzichten.

Ich darf annehmen, daß England diese Prämissen anerkennen wird.

Wende ich mich hiernach zu dem Inhalt der Abkommen, wie er mir vorschwebt, so erlaube ich mir, folgendes zu bemerken.

Das Flottenabkommen wird, wie wir meinen, auf folgender Grundlage aufzubauen sein. Daß wir von unserm Flottengesetz als solchem nicht abgehen können, habe ich mir erlaubt, schon wiederholt zu betonen. Die allgemeine Richtlinie des Flottenabkommens wird deshalb dahin zu gehen haben, daß für eine bestimmte Reihe von Jahren diejenige Zahl von Schlachtschiffen festgelegt wird, über die hinaus jedes der beiden Länder jährlich nicht bauen wird. Es wäre erwünscht, wenn sich England darüber äußerte, ob es im Prinzip eine solche Maßnahme als eine geeignete Grundlage zu einem Flottenabkommen ansieht. Bejahendenfalls würden sich alsdann die Marinesachverständigen über ihre ziffernmäßige Ausgestaltung auszusprechen haben.

Daneben ist von englischer Seite wiederholt angeregt worden, daß sich beide Länder über den beiderseitigen Schiffsbau durch ihre Marineattachés informieren möchten. Ich darf darauf hinweisen, daß wir dem britischen Marineattaché bereits dieses Jahr sehr eingehende Informationen erteilt haben, die aber leider von Mr. M'Kenna nicht verwertet worden sind. Schließen wir ein Flottenabkommen, in dem die Zahl der beiderseits jährlich zu bauenden Schlachtschiffe festgelegt wird, so informieren wir uns bereits durch dieses Abkommen selbst, und es wollen mir deshalb auf den ersten Blick weitere Informationen nicht notwendig erscheinen. Indessen mag auch diese Frage von den Marinesachverständigen erörtert werden; denn falls England es dringend wünscht, sind wir im Prinzip bereit, auch diesem oder einem ähnlichen Vorschlage näherzutreten. Meines Dafürhaltens muß aber im Interesse beider Länder vermieden werden, diesem Teil des Abkommens auch nur den äußern Anschein zu geben, als sollten etwa die Marineattachés die ehrliche Durchführung des Abkommens kontrollieren. Diese Ehrlichkeit versteht sich von selbst, wenn England und Deutschland einen Vertrag schließen.

Was das politische Abkommen anlangt, das gleichzeitig mit dem Flottenabkommen zu betreiben ist, so habe ich mir bereits gestattet, seinen Inhalt im allgemeinen zu skizzieren. Aufgabe der weiteren Besprechungen wird es sein, eine den Interessen beider Länder gerecht

werdende Formel zu finden. Wenn in dieser Beziehung Sir Edward Grey bereit ist zu erklären, daß mit Frankreich und Rußland keine Abkommen getroffen seien, die deutsche Interessen verletzen, wenn England weiterhin auch Versicherungen beispielsweise in dem Sinne geben will, daß England keinen unprovozierten Angriff auf irgend eine Macht oder Mächtegruppe richten und seinen Einfluß einsetzen werde, um andere Mächte daran zu verhindern, so bin ich weit entfernt, den Wert dieser friedlichen Zusicherungen zu unterschätzen. Indessen hat England uns schon wiederholt erklärt, daß seine Ententen mit Rußland und Frankreich keine Spitze gegen Deutschland richten. Auch ist wiederholt vom Fürsten von Bülow im Reichstag erklärt worden, daß uns dahin gehende Zusicherungen gemacht worden sind. Hiernach will es mir scheinen, als trügen diese Anerbietungen derjenigen Situation keine genügende Rechnung, die durch das Flottenabkommen neu geschaffen werden soll. In dieser neuen Situation muß eben meines Dafürhaltens beiden Seiten Sicherheit geboten werden, daß sie nicht in kriegerische Verwickelungen mit einander geraten werden. Daß das nicht durch direkten Angriff der einen Macht auf die andere geschieht, wird dabei vorausgesetzt. Es kann sich nur um die Haltung Englands in dem Falle handeln, wo Deutschland wider Erwarten mit einer dritten Macht in Konflikt gerät. Daß Deutschland aggressive Absichten weder gegen Rußland noch gegen Frankreich noch gegen irgendeine sonstige Macht verfolgt, ergibt sich aus seiner bisherigen Politik; für die Zukunft setze ich mich persönlich dafür ein. Wenn aber Deutschland durch Provokationen einer dritten Macht zum Kriege gezwungen werden sollte, so müßte es die Sicherheit haben, England nicht an der Seite seiner Gegner zu finden. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß Deutschland in diesem Punkte zur Reziprozität bereit ist. Wenn England von einer dritten europäischen oder andern Macht bedroht oder angegriffen werden sollte, so würden wir uns seinen Gegnern nicht anschließen.

Wenn England meint, daß es uns nicht mehr zusichern könne als Frankreich und Rußland, so besteht doch der große Unterschied, daß England mit uns ein Flottenabkommen schließen will, ein Abkommen, das, wie ich mir schon wiederholt auszuführen erlaubte, eben nur unter Freunden überhaupt denkbar ist. Will England an Frankreich und Rußland ähnliche Neutralitätsversprechungen machen, so würden wir damit vollkommen übereinstimmen*.

Sir E. Goschen äußert Zweifel, ob es für England möglich sein würde, mit Deutschland ein politisches Abkommen zu schließen, das über die Ententen Englands mit Frankreich und Rußland hinausgehe; er meint ferner, daß ein Flottenabkommen, welches das deutsche Flottenprogramm als Ganzes unberührt lasse, nicht den gewünschten Effekt haben würde, da alsdann eine Einschränkung der die Staaten schwer belastenden Rüstungsausgaben nicht erzielt werde.

---

* Bis hierher von der Hand v. Bethmann Hollwegs (vgl. S. 259, Fußnote **).

Der Herr Reichskanzler erwidert, wenn, wie dies tatsächlich der Fall, England mit Deutschland ein Flottenabkommen, das heißt eine Verständigung über Einschränkung von Schiffsbauten, abzuschließen wünsche, so ziele dieser Wunsch auf Herstellung eines ganz eigenartigen Verhältnisses hin, es werde eine neue Situation geschaffen, die mit dem Verhältnis Englands zu Frankreich und Rußland nicht vergleichbar wäre. Ein unabweisbares Korrelat einer Verlangsamung des Rüstungstempos sei ein aufrichtiges sicheres Freundschaftsverhältnis, festgelegt in einem politischen Abkommen. Eine Verminderung der Ausgaben würde durch ein Flottenabkommen immerhin wenigstens für eine bestimmte Reihe der nächsten Jahre erreicht werden. Darin läge ein wesentliches Moment der Beruhigung. Jetzt schon sich für alle Zukunft gegenseitig in bezug auf Flottenneubauten zu binden, entspreche schwerlich dem beiderseitigen Interesse, das noch durch andere Faktoren als die Beziehungen zwischen beiden Mächten bestimmt werde.

Sir E. Goschen fragt nach der Form, in welcher man sich deutscherseits den Abschluß eines Abkommens denke.

Staatssekretär Freiherr von Schoen erwidert, es würden wohl gleichzeitig zwei Vereinbarungen, eine über Flottenbauten und eine über politische Beziehungen, zu unterzeichnen sein. Die Frage ihrer etwaigen Veröffentlichung würde späterer Vereinbarung vorzubehalten sein. Zugleich könnte man einen Austausch von vertraulichen Noten vornehmen, die nähere Erläuterungen des politischen Verhältnisses enthielten, und noch einige Fragen aufzählen, über die man sich freundschaftlich zu verständigen gedenke, zum Beispiel Bagdadbahn und koloniale Fragen.

Auf eine Frage Sir E. Goschens über die Bagdadbahn sagt Freiherr von Schoen, eine Verständigung über eine Beteiligung Englands an dem Unternehmen würde keinen Schwierigkeiten bei uns begegnen. Frankreich sei bereits finanziell beteiligt. Mit Rußland hätten wir schon vor einigen Jahren auf Wunsch Herrn Iswolskys verhandelt, der dabei hauptsächlich unser politisches Desinteressement in Persien im Auge gehabt habe. Der Gang der Dinge seitdem habe bewiesen, daß wir in Persien keine anderen als wirtschaftliche Ziele verfolgen, der Boden scheine nun also nach russischer Seite hin für eine Verständigung geebnet.

Nr. 10356

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 5. November 1909

Anläßlich der Überlassung der Aufzeichnungen über die gestrige Unterredung* habe ich Sir E. Goschen nochmals auf die ungewöhnliche

* Siehe Nr. 10355.

Bedeutung aufmerksam gemacht, die unser Eingehen auf den englischen Wunsch einer Flottenverständigung zu beanspruchen habe. Wenn durch ein von einem Flottenabkommen untrennbares politisches Abkommen ein Novum geschaffen würde, das über die Ententen Englands mit Frankreich und Rußland hinausginge, so habe eben der englische Wunsch nach einer Flottenverständigung den Anlaß dazu gegeben.

Sir Edward versprach, in seinen Unterredungen mit Sir Edward Grey diesen Punkt nachdrücklich zu betonen. Er werde alles, was in seinen Kräften stehe, tun, um das Zustandekommen einer befriedigenden Verständigung zu fördern. Er ist sich klar darüber, daß unser Wunsch auf Abschluß eines förmlichen Neutralitätsabkommens hinausläuft; darin liege die Schwierigkeit.

Ich erwiderte, nur die Gewißheit, den anderen Teil bei Konflikten nicht auf der Seite des oder der Gegner zu finden, könne für beide Teile volle Beruhigung bieten. Dabei komme es nicht sowohl darauf an, Gruppierungen in Hinsicht auf einen Krieg zu bilden, als Gruppierungen zur Erhaltung des Friedens. Eine Formel könnten wir zurzeit noch nicht vorschlagen, wenn es aber das Zustandekommen einer Verständigung erleichtern könnte, so könnte man daran denken, in der künftigen Formel die nackten Worte „Krieg" und „Neutralität" zu vermeiden.

Ich legte schließlich Goschen nochmals die strengste Diskretion in der Behandlung der ganzen Frage ans Herz.

v. Schoen

Nr. 10357

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Berlin, den 4. November 1909

Euere Exzellenz bitte ich, bei der großen Bedeutung der Frage für meine militärische Verantwortung auf den Inhalt der gestrigen Unterredung noch einmal zurückkommen zu dürfen.

Wenn ich Euer Exzellenz recht verstanden habe, glauben Euere Exzellenz, der eigenen öffentlichen Meinung durch ein gleichzeitiges politisches Agreement — Euere Exzellenz bezeichneten es als eine Art Neutralitätsabkommen — ein Heruntergehen in unseren planmäßigen Schiffbauten annehmbarer machen zu können. Die öffentliche Meinung soll also zu der Auffassung gebracht werden, daß bei der Bewertung der militärischen Konzessionen die politischen Vorteile mit in Rechnung gestellt werden müssen, mit anderen Worten: politische Vorteile sollen gegen

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 168f.

militärische Konzessionen eingetauscht werden. Welche politischen Vorteile Euere Exzellenz hierbei im Auge haben, ist mir nicht bekannt. Bezüglich meiner allgemeinen Stellung zu dieser Frage darf ich mich auf mein Schreiben vom 4. Februar 1909 an den Fürsten von Bülow beziehen*.

Ich halte es auch heute noch für ausgeschlossen, daß wir militärische Konzessionen ohne eine ausreichende militärische Gegenleistung machen. Da unser Bautempo für die nächsten Jahre gesetzlich festgelegt ist, das der Engländer aber nicht, kann die militärische Gegenleistung Englands im Grunde genommen — abgesehen von der Form der Verhandlungen — nur in Vereinbarung einer festen Relation bezüglich der in einer vier- oder fünfjährigen Vertragsperiode beiderseitig auf Stapel zu legenden capital ships bestehen.

Als solche Relationen kommen in Betracht:

4:3,
3:2,
2:1.

Das Verhältnis von 4:3 wird heute voraussichtlich für die Engländer nicht mehr annehmbar sein. Das Verhältnis 2:1 (two German standard) ist für uns unannehmbar; somit bleibt praktisch nur das Verhältnis 3:2 übrig. Dies ergibt, wenn man nicht am Flottengesetz rütteln will, den Euerer Exzellenz bekannten Bauplan.

Jahr	England	Deutschland
1910	4	3
1911	3	2
1912	3	2
1913	3	2
1914	3	2
	16	11

Für uns bedeutet dieser Bauplan ein Nachgeben von einem Schiff im Jahre 1910 und von zwei Schiffen im Jahre 1911. In England bleibt für die Gesamtflotte — einschließlich der Prae-Dreadnoughts — bei diesem Bauplan der Two-Power-Standard erhalten. Der Bauplan ist also grundsätzlich für England wohl annehmbar.

Unter dieses äußerste Maß herunterzugehen, halte ich mit der mir obliegenden militärischen Verantwortung für nicht vereinbar.

Läßt sich neben vorstehend skizziertem militärischen Agreement noch ein politisches Agreement erreichen, so würde ich dies nur mit Freuden begrüßen können, zumal wenn uns ein derartiges Abkommen wirklich politische Vorteile verspräche.

v. Tirpitz

---

* Siehe Kap. CCXX, Nr. 10257.

Nr. 10358

*Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen**

Eigenhändiger Privatbrief

[pr. 6. November 1909]

I send you back the Chancellor's speech** with many thanks. I am just off, but not with a very light heart as I have many doubts as to whether what the Chancellor has as yet proposed will quite suit His Majesty's Government. I am sure they will do their best and study the question most carefully and impartially — but as far as I know their opinions as yet, and that is not very far, I cannot help feeling that the naval proposal, based as it is on the execution of your whole programme, with only an off chance that if things go well it may possibly be reduced, does not go quite far enough; and that the political proposal goes somewhat too far, considering our present arrangements. I may be quite wrong, but that is my personal feeling at the present moment. I quite understand the Chancellor's point about the „new situation" and I shall put it faithfully before Sir E. Grey, but what view he will take of it remains to be seen. Any way I hope for the best and that something good may come out of our negotiations. No one is more convinced than I am that something is necessary to clear the air and put our relations on the old good footing. Did you read the article in yesterday's Kreuz?*** It looks as if the writer knew something! but I expect it is only guess-work: but it is a pity as I expect „The Times" will get hold of the article and then we shall have flaming articles in the „National Review" and other fanatical publications. But it must be guess-work; as here we have been most careful and my young men who by habit and tradition never talk politics all promised me never to breathe a word of our negotiations, and I am also quite sure that no one on your side has talked.

W. E. Goschen

---

* Bereits veröffentlicht bei E. Jäckh, a. a. O., II, S. 76.

** Vgl. Nr. 10355.

*** Gemeint ist der Artikel der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung" vom 5. November 1909: „Ein Wort zur deutsch-englischen Verständigung", in dem sich Anspielungen darauf fanden, daß Reichskanzler von Bethmann es nach dem Scheitern der Hardingeschen Initiative in Kronberg (vgl. dazu Bd. XXIV, Kap. CLXXVII, Nr. 8225 ff.) wohl geraten finden werde, nunmehr deutscherseits mit dem Vorschlag zu einem Flottenabkommen hervorzutreten.

Nr. 10359

Aufzeichnung aes Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 6. November 1909

Ob wir Goschen ein beruhigendes Wort bezüglich der von ihm eventuell auf unserer Seite befürchteten Indiskretion anläßlich des „Kreuzzeitungs"-Artikels schicken sollten? — Persönlich halte ich übrigens solche Artikel — und wie viele sind nicht im Laufe gerade der letzten Monate, sei es über ein Flottenabkommen, sei es über sonstige Verständigung mit England, geschrieben worden! — gar nicht für sonderlich unbequem. Höchstens daß sie das Substrat für unbequeme Anfragen im Reichstag bilden werden. Viel unangenehmer ist es, daß man in England fortgesetzt offiziös und nicht offiziös weiter hetzt. Das erschwert uns die Verhandlungen außerordentlich. Darauf werden wir die Engländer, ob jetzt oder später, hinweisen müssen. Haben sie wirklich den Willen, sich ehrlich mit uns zu verständigen, sei es auch nur durch ein Flottenabkommen, so sollten sie beruhigend auf ihre Publizistik einwirken, und zwar beizeiten. Uns fortgesetzt reizen, keine ausreichenden politischen Versprechungen geben, und dann noch ein Flottenabkommen verlangen, ist unmöglich. Wir werden bei der nächsten Unterhaltung übrigens die Notwendigkeit eines politischen Abkommens gerade auch mit der intransigenten Haltung der englischen Öffentlichkeit begründen können.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10360

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 5. November 1909

Die mir in Ihrem Briefe vom 27. v. Mts.* gütigst mitgeteilten Gedankengänge über die Grundlagen zu einem politischen Abkommen mit England erscheinen mir unanfechtbar. Die Schwierigkeit liegt in der Ausführung. Ein uneingeschränktes Neutralitätsversprechen Englands bedeutet eine entschiedene Umkehr von der hier seit mehreren Jahren befolgten Politik. Die englische Freundschaft wird für Frankreich ziemlich wertlos, wenn England klar ausspricht, daß es den Franzosen unter keinen Umständen gegen uns helfen wird. Ähnlich, wenn auch nicht in demselben Maße, trifft dies auf das englisch-russische Verhältnis zu, und, was

* Siehe Nr. 10349.

für England die Hauptsache ist, es kann dann auch nicht mehr im Notfalle auf die Hülfe jener beiden Staaten hoffen, wenn es mit uns in Streit gerät. Auf diese Hoffnung wird es nur verzichten und seine Politik danach einrichten, wenn es das Gefühl der Sicherheit vor uns erlangt. Dies wiederum ist nur auf Grund eines Flottenabkommens möglich. Hierum dreht sich die ganze Frage, und ich möchte wiederholen, daß wir meiner Ansicht nach nur dann politisch wertvolle Zusicherungen von England erhalten werden, wenn wir pari passu an England wertvolle Zugeständnisse auf dem Flottengebiete machen. Ich kann nun nicht verhehlen, daß ich bezweifle, daß die englische Regierung durch unsere Flottenformel das Gefühl der Sicherheit wiedererlangt, welches allein sie dazu bewegen würde, ihre festgelegte auswärtige Politik von Grund aus umzugestalten.

Um nun die englische Regierung nicht von vornherein abzuschrecken, würde ich es für nützlich halten, wenn wir zunächst nur ein Minimum unserer politischen Forderungen und gleichzeitig nur etwa den Anfang unserer Flottenformel, das heißt die Verständigung in Neubauten nur für ein Jahr, durchblicken ließen und, wenn diese Anregung auf fruchtbaren Boden fällt, dann allmählich auf die Neutralität pur et simple und auf diplomatisches Zusammengehen übergingen. Anfangen könnte man mit der Aufstellung des Grundsatzes, daß keiner von uns an dem unprovozierten Angriff eines Dritten teilnimmt.

Wir müssen nun aber auch damit rechnen, daß unsere Marineformel hier nicht akzeptiert wird. Wenn dann die Verhandlungen endgültig zerschellen, so würde das unsere politischen Beziehungen notwendig ungünstig beeinflussen und die letzten Dinge schlechter als die ersten sein. Besonders würde es auf jene nachteilig und verderblich wirken, wenn dann von seiten unserer Marineverwaltung im Laufe des nächsten Jahres, um den Reichstag opferfreudig zu stimmen, hervorgehoben werden sollte, daß wir zwar ein Abkommen mit England gesucht haben, dieses aber am Widerstande Englands gescheitert ist.

Wir sollten vielmehr meines Erachtens, wenn wir sehen, daß unsere Marineformel zu keinem Ergebnis führt, dann die Engländer auffordern, ihrerseits mit Vorschlägen hervorzutreten. Es wird sich dann zeigen, ob ein Kompromiß möglich ist. Wenn nicht, bleibt als letzter Ausweg der Versuch einer Verständigung von Budget zu Budget übrig und die Zulassung der beiderseitigen Marineattachés zu den Werften, um von Zeit zu Zeit den Fortschritt im Bau der Kriegsschiffe festzustellen. Die Durchführung dieser beiden Punkte wird hier seit langem erstrebt und würde zur Beruhigung und zur Verminderung des Mißtrauens wesentlich beitragen, obwohl dadurch nicht die Gegensätze grundlegend ausgeglichen werden können. Dies ist unter den obwaltenden Umständen meiner Ansicht nach kaum möglich, da wir in dem gesetzlich festgelegten Umfange unserer Flotte eine Waffe zur See schaffen, die nach hiesiger nicht zu erschütternder Auffassung dauernd eine potentielle Gefahr für England bildet, womit nicht im Gegensatz steht, daß ein zeitweilig verlangsamtes

Bautempo hier als wohltätige Erleichterung empfunden werden kann, wofür auch englischerseits Zugeständnisse gemacht werden.

Wir sollten uns daher auch mit dem weniger Erreichbaren begnügen nach dem Grundsatze, daß das Beste mitunter der Feind des Guten ist, und nur zu verhindern trachten, daß die einmal begonnenen Verhandlungen abgebrochen werden.

Für ein politisches Abkommen ist vielleicht noch der Gedanke erwägenswert, daß wir uns unseren kolonialen Besitzstand garantieren, nicht mit der Verpflichtung, daß wir ihn gegenseitig gegen die Angriffe Dritter verteidigen, sondern lediglich, daß wir ihn gegenseitig respektieren und nicht antasten wollen.

Der Wunsch eines Präventivkrieges liegt der hiesigen Regierung fern und ist bisher auch in der öffentlichen Meinung nur vereinzelt hervorgetreten.

P. Metternich

Nr. 10361

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 169
Privat für den Botschafter

Berlin, den 10. November 1909

Bitte in dortigen Gesprächen hervorheben, unsere Vorschläge seien mit größter Offenheit gemacht und gäben ein Bild davon, wie wir uns die Verhandlungen ungefähr dächten. Sollte die englische Auffassung eine ganz andere sein, so wären wir gern bereit, auch englische Vorschläge mit dem größten Entgegenkommen zu prüfen, und bäten, auf unsere offene Aussprache ebenso offen einzugehen.

Für die dortige Besprechung des Flottenabkommens erlaube ich mir den Gedankengang, der für mich bestimmend war, noch einmal darzulegen mit der Bitte, ihn in Ihnen geeignet erscheinender Weise zu verwerten. Eine Abänderung unsers Flottengesetzes durch ein Flottenabkommen mit England ist nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes und nach dem Stande unserer öffentlichen Meinung in Presse und Reichstag ein Ding der Unmöglichkeit. Überdies — und das erscheint mir sachlich durchschlagend — kann kein Land die Zusicherung geben, daß es nie und nimmer über eine gewisse Anzahl Schiffe bauen werde. Stößt sich England daran, daß wir im Prinzip am Flottengesetz festhalten, so könnte hiernach sein Verlangen doch nur dahin gehen, daß wir die im Flottengesetz vorgesehenen Schiffe langsamer bauen, als das Flottengesetz bestimmt. In eine Formel zusammengefaßt, würde sein Verlangen also auf den Vorschlag hinauslaufen, daß in dem Flottenabkommen das Bauprogramm beider Länder, nicht, wie wir es vorschlagen, für eine kürzere

— übrigens Goschen noch nicht benannte — Reihe von Jahren, sondern für den ganzen Zeitraum festgelegt wird, für den unser Flottengesetz Vorsorge trifft, also für die Zeit bis 1917. Für einen so langen Zeitraum, in dem sich nicht nur die Technik, sondern auch die Lage der Weltpolitik von Grund aus ändern kann, können wir indessen kein Flottenabkommen schließen, und auch England, das dann das gleiche tun müßte, wird es nicht wollen. Es bleibt also, wenn der englische Wunsch nach Ermäßigung der Rüstungskosten erfüllt werden soll, schlechterdings nichts anderes übrig, als unserm Vorschlage entsprechend für einen kürzeren Zeitraum den beiderseitigen Neubau von Schlachtschiffen zu normieren. Wie die Verhältnisse nach Ablauf dieses Zeitraumes liegen werden, kann heute niemand übersehen. Erfüllt das Flottenabkommen seinen Zweck und stellt es im Zusammenhang mit dem politischen Abkommen völlig vertrauensvolle Beziehungen zwischen beiden Ländern her, dann erscheint die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen, daß öffentliche Meinung und dann auch gesetzgebende Faktoren einer abermaligen Verlangsamung der Seerüstungen für einen weiteren Zeitraum geneigt sind. Diesen letzten Gedanken wollen Ew. pp., wenn Sie ihn äußern, jedoch nur unverbindlich und als persönliche Erwägung in diplomatischer Sprache äußern.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10362

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 15. November 1909

Für den Herrn Reichskanzler

Sir Edward Goschen war heute bei mir. Er sieht Sir E. Grey, der die ganze Woche abwesend war, erst morgen, hat aber Sir Charles Hardinge gesprochen. Der Premierminister, ebenfalls abwesend, kennt den Inhalt der letzten Unterredung Euerer Exzellenz mit Herrn Goschen* noch nicht.

Hardinge hat dem Botschafter gesagt, wir verlangten auf politischem Gebiete weit mehr, als wir auf dem Flottengebiete anböten. Eine Verlangsamung des Bautempos für einige Jahre lasse die Zukunft unsicher. Solange wir beabsichtigen, meinte der Botschafter, bis zum Jahre 1918 38 Panzerschiffe zu bauen, sei England gezwungen, 60 zu bauen, und es trete keine Ermäßigung der Kosten ein. Ich erwiderte: „Doch jedenfalls für die nächsten Jahre." Der Botschafter bemerkte, wenn auch Euere Exzellenz annehmen, daß der Reichstag vielleicht nicht auf der

* Vgl. Nr. 10355.

Ausführung des Flottengesetzes bis 1918 bestehen würde, wenn vorher ein vertrauensvolles Verhältnis zu England eintrete, so sei dies doch ungewiß, und es könne auch anders kommen. Wenn England sich aber schon jetzt verpflichte, neutral zu bleiben, wie würden Englands Freunde das aufnehmen? Ich antwortete, Englands Freunde könne dies nicht beunruhigen, falls sie friedliche Absichten hätten. Er, Goschen, wisse, daß Deutschland weder aggressive Absichten nach Osten noch nach Westen habe. Ein aggressiver Krieg unsererseits auf unsere Nachbarn sei ausgeschlossen. Der Botschafter gab dies unumwunden zu. Dann, fuhr ich fort, sei auch keine Gefahr für Englands Freunde vorhanden, wenn England sich verpflichte, bei einem Kriege Dritter gegen uns stillzusitzen. Euerer Exzellenz Grundgedanke für eine Vereinbarung sei unanfechtbar: Ein Flottenabkommen nur dann, wenn wir sicher sind, daß England unser Freund ist. Eventuell könne England, so warf ich als rein persönlichen Gedanken hin, seinen Freunden auf Verlangen ähnliche Zusicherungen machen wie uns.

Ich bin persönlich nicht dafür, da Zusicherungen nach allen Seiten nach Art der Nord- und Ostseeabmachungen den Wert von ausschließlich deutsch-englischen Vereinbarungen herabsetzen, wollte aber Goschen einen Brocken hinwerfen, um den Faden mit Sir E. Grey weiterzuspinnen. Der Lauf der Verhandlungen wird doch ein ganz anderes Bild erzeugen. Wenn erst die Proportion von 3 zu 4 diskutiert wird, wird hier jede politische Verpflichtung abgelehnt werden.

Sir Edward Goschen hält die Auffindung einer beide Teile befriedigenden Formel für äußerst schwierig, will aber tapfer daran mitarbeiten, obwohl er sich nicht verhehlt, daß die Verhandlungen infolge der verworrenen inneren Lage äußerst langsam fortschreiten werden. Er schien besonders besorgt, daß nichts in die Zeitungen durchsickere, da im Falle eines resultatlosen Verlaufs der Verhandlungen dann die Enttäuschung um so größer sein werde.

Der Botschafter kam auf die hier beliebte Redensart vom Nutzen des bestehenden Gleichgewichts der Kräfte in Europa zu sprechen. Dem stellte ich stets gegenüber, daß wir nicht ein Flottenabkommen und zugleich England im gegnerischen Lager haben können.

Ich bin ganz Euerer Exzellenz Ansicht, daß ein Neutralitätsversprechen das wenigste ist, was wir erhalten müssen, wenn wir ein einschränkendes Flottenabkommen schließen. Mit der Formel von 3 zu 4 werden wir das Versprechen aber nicht erhalten.

Metternich

Nr. 10363

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 174 Berlin, den 15. November 1909
Privat für Botschafter

Ich bin mit der Art und Weise, wie Euere Exzellenz nach Ihrem heutigen Telegramm mit Sir Edward Goschen gesprochen haben, durchaus einverstanden, namentlich auch mit Ihrem Bestreben, den Faden fortzuspinnen, ohne meinen von Ihnen gebilligten Grundgedanken zu verlassen.

Goschens Besorgnis, daß nichts in die Zeitungen durchsickert, teile ich vollständig. Hierüber folgt heute Privatbrief.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10364

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 15. November 1909

Aus einer ganz geheimen, aber absolut zuverlässigen Petersburger Quelle* wird mir zugetragen, Sir Arthur Nicolson habe Herrn Iswolsky davon Mitteilung gemacht, daß wir mit England über eine eventuelle Abrüstung verhandelten. Die Mitteilung scheint nur ganz allgemeiner Natur gewesen zu sein, vielleicht weil Nicolson selbst nicht genau über die Sachlage unterrichtet war. Ich möchte im Hinblick darauf, daß ich mit Sir Edward Goschen absolute Geheimhaltung der Verhandlungen vor anderen Mächten verabredet habe und Grey dem nicht widersprochen hat, für ausgeschlossen halten, daß Nicolson Herrn Iswolsky im Auftrage Greys informiert hat, ja ich möchte bei dem ehrenhaften Charakter Greys annehmen, daß er Nicolson überhaupt nicht informiert hat. Vermutlich hat Nicolson, der ja zur Zeit meiner ersten Eröffnungen an Goschen in England weilte, von einem andern Kabinettsmitgliede oder von einem Mitgliede des Foreign Office (Sir Charles Hardinge?) etwas über unsere Verhandlungen gehört, und er hat, da sie seine Zirkel zu stören geeignet sind, seinem Freunde Iswolsky auf eigene Faust einen Wink gegeben.

* Aus den Akten ist nicht ersichtlich, was für eine Quelle gemeint ist.

Schon vor Eingang dieser Nachricht vermuteten wir, daß Iswolsky von den deutsch-englischen Verhandlungen Wind bekommen hätte, weil sein Ton uns gegenüber plötzlich und ohne jeden anderen ersichtlichen Grund ganz verändert und äußerst entgegenkommend geworden war. Dieser Verdacht hat sich nun durch die Petersburger Nachricht schnell bestätigt.

Ich möchte Sie nun fragen, ob Sie Anhaltspunkte dafür haben, von wem Nicolson informiert sein kann, und ob er durch irgend jemanden auch jetzt noch auf dem laufenden erhalten wird, sowie ob Grey, wenn er auch nicht den Auftrag zu der Mitteilung erteilt haben wird, nicht doch hinterher davon erfahren hat. Sollten Sie keinerlei Anhaltspunkte für die Beantwortung meiner Fragen haben, so bitte ich, mir Ihre Ansicht darüber mitteilen zu wollen, ob Sie es für möglich und angebracht halten, Sir Edward Grey auf die Sache anzureden, natürlich ohne auf meine Quelle hinzuweisen. Es könnte Grey von Ihnen nur gesagt werden, wir glaubten nach gewissen Anzeichen darauf schließen zu müssen, daß Iswolsky von der Tatsache, daß zwischen uns verhandelt werde, Kenntnis erhalten habe. Da unsere Botschaft in Petersburg ganz uninformiert sei und auch nur wenige Beamte des Auswärtigen Amts und des Reichsmarineamts um die Sache wüßten, könnten wir nicht umhin, uns zu fragen, ob nicht Iswolsky durch Nicolson informiert sein könnte, wir glaubten allerdings nicht, daß dies mit seinem, Greys, Wissen erfolgt sei. Wird Grey den in einer solchen Anfrage enthaltenen Verdacht der Indiskretion übelnehmen? An sich könnte es für uns erwünscht werden, uns darauf berufen zu können, daß Indiskretionen nicht von uns ausgegangen sind. Nicolson wird, davon bin ich überzeugt, wenn er die Mitteilung ohne Befehl von Grey gemacht hat, ebenso wie im vorigen Winter alles ableugnen, und, da ich meine Quelle nicht angeben und preisgeben kann, wird Grey nicht überzeugt werden können.

Für mich ist die Rußland gegenüber von englischer Seite begangene Indiskretion deswegen so unangenehm, weil ich Aehrenthal wegen der mit England getroffenen Abrede keinerlei Mitteilung gemacht habe und nun die Gefahr besteht, daß Österreich etwa auf dem Wege über Rom von den Verhandlungen erfährt, was Aehrenthal uns sicherlich sehr verübeln würde. Ich könnte dann gezwungen werden, vorzeitig meinerseits Österreich ins Vertrauen zu ziehn, um wenigstens diesem gegenüber falschen oder unvollständigen Darstellungen den Boden zu entziehn.

Ihre Antwort bitte ich mir nicht zu telegraphieren, sondern in einem Privatbriefe baldmöglichst mitzuteilen. Sollte aus irgend einem Grunde eine telegraphische Berichterstattung nötig werden, so wollen Sie darauf bedacht sein, in dem Telegramm die geheime Quelle nicht zu erwähnen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10365

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 17. November 1909

Sir Edward Grey, der mich für heute nachmittag zu sich gebeten hatte, sagte mir, daß er heute früh den Bericht Goschens über dessen letzte Unterredung mit Euerer Exzellenz* mit dem Premierminister besprochen habe. Bei den letzten Unterredungen über ein Flottenabkommen habe es noch nicht sicher festgestanden, daß das Oberhaus die Finanzbill nicht annehmen würde. Dies sei nun seit gestern Tatsache und damit eine neue Lage geschaffen. Die Neuwahlen fänden Anfang Januar statt, und erst Ende desselben Monats werde es sich herausstellen, welche Regierung dann am Ruder sei. Anfang nächsten Monats würden er selbst sowohl wie die übrigen Minister sich in ihre Wahlbezirke begeben und ihre Aufmerksamkeit sich auf die Wahlen zu konzentrieren haben. Die Weiterführung unserer Verhandlungen würde dadurch notwendig bis Ende Januar einen Stillstand erleiden. Zudem sei es für das jetzige Ministerium schwierig, in der wichtigen uns angehenden Frage zu Entschlüssen zu gelangen, ehe es wisse, ob die bevorstehenden Wahlen ihm wieder die Majorität gebracht hätten.

Ich konnte ihm bei meiner Kenntnis der hiesigen Verhältnisse das Zutreffende seiner Bemerkungen nicht in Abrede stellen.

Auf unsere Verhandlungen zurückkehrend bemerkte der Minister, daß es für England die Hauptsache sei, ob die von uns etwa vorgesehene Einschränkung der Ausgaben genüge, um eine e r h e b l i c h e finanzielle Entlastung herbeizuführen. Er wolle nun die hiesige Admiralität auffordern, sich darüber gutachtlich zu äußern, in welchem Maße das Tempo der Schiffsbauten verlangsamt werden müsse, um eine e r h e b l i c h e Entlastung zu erreichen. Die neue Regierung, wer immer es sei, werde dann das Gutachten der Admiralität in unseren Verhandlungen verwerten können. Er glaube zum Beispiel nicht, daß etwa ein Schiff weniger im Jahre eine erhebliche finanzielle Entlastung bedeuten würde.

Der Minister gab offen zu, daß, wenn die Verhandlungen einmal greifbarere Gestalt angenommen haben würden, es im Interesse beider vertragschließenden Teile liege, sich der Zustimmung der beiden Führer der Opposition zu vergewissern (also Lansdownes und Balfours, im Falle die Liberalen wieder siegreich aus den Wahlen hervorgehen).

Ich erwiderte, ich könne ihm natürlich nichts darüber sagen, in welcher Art die etwaige Verlangsamung des Schiffsbautempos bei uns gedacht sei, aber auch nur ein Schiff weniger bedeute bei dem heutigen Kosten-

---

* Vgl. Nr. 10355.

preise schon recht viel. Der Minister meinte dann, die Verhältnisse lägen nun einmal leider so, daß Englands Bauprogramm sich nach dem unsrigen richten müsse, und daß das unsrige derart sei, daß England dadurch gezwungen werde, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue Flotte zu bauen. Ohne eine erhebliche Kostenermäßigung unsererseits sei daher auch eine erhebliche Ermäßigung englischerseits ausgeschlossen. Auf das letztere komme es ihnen aber hier hauptsächlich an.

Ich erwiderte, da wir uns eine Flotte schafften, müßten wir natürlich auch eine größere Anzahl Schiffe bauen. Die bedeutende Erhöhung der Kosten sei aber erst seit der englischen Erfindung der Dreadnoughts notwendig geworden, der die anderen Nationen, auch wir, gezwungen wären zu folgen. Übrigens würden die Engländer, da ihre Schiffe auch jetzt noch eine kürzere Lebensdauer hätten als die unsrigen, auch ohne uns eine bedeutende Anzahl von Schiffen stets zu bauen haben. Aber nicht so rasch und nicht in so kurzer Zeit, erwiderte Sir Edward Grey. Deshalb, bemerkte ich, seien wir ja gerade im Begriffe uns über eine etwaige Verlangsamung zu verständigen. Allerdings nur, wenn wir sicher seien, nicht mit England in Krieg zu geraten, und damit kämen wir wieder auf die politische Seite der Frage, die für uns das Hauptinteresse hätte.

Der Minister sah dies ein. Ich entwickelte ihm sodann den Gedanken, daß, wenn wir uns erst für einige Jahre verständigt hätten und dadurch eine politische Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens entstanden sei, so sei es höchst wahrscheinlich, daß dann gegen Ablauf dieser Periode Regierungen, Parlamente und Völker ganz von selbst eine weitere Verlangsamung des Tempos billigen würden. Er werde sich wohl darüber klar sein, jedenfalls wäre es seine Admiralität, was das für unsern Flottenbau bedeute.

Sir Edward Grey war sich darüber klar und hält es auch für durchaus nicht ausgeschlossen, daß aus der einmal angefangenen eine dauernde Verlangsamung mit ihren den Flottenumfang ergreifenden Folgen entstehen könne.

Da die Verhandlungen nun doch bis Ende Januar ruhen, so habe ich die Frage der Neutralität absichtlich nicht berührt. Der Minister ist sich meines Erachtens ganz klar darüber, daß das Versprechen der Neutralität einen Kaltwasserstrahl auf die Ententen bedeutet, und daß er diesen Preis nur zahlen will, wenn wir eine starke Beschneidung der Flottenausgaben vornehmen wollen, wodurch Tempo und Umfang zugleich affiziert werden.

Im Laufe unserer Besprechung setzte ich ihm auch auseinander, daß wir selbstverständlich niemals durch Vertrag die Gesamtanzahl unserer Schiffe fixieren könnten, und daß wir ebenso wenig für eine lange Periode das Bautempo festlegen könnten. Er sieht dies vollkommen ein. Alles dies macht aber den Inhalt eines Abkommens und die Auffindung einer Formel nicht leichter.

Sir Edward Grey hat den Wunsch, in der Zwischenzeit, das heißt

bis Ende der Wahlen, die Bagdadbahnfrage weiter zu verfolgen und dadurch einer politischen Verständigung vorauszuarbeiten. Hierüber gestatte ich mir amtlich zu berichten*.

P. Metternich

Nr. 10366

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 18. November 1909

Mit Bezug auf Euerer Exzellenz Brief vom 15. d. Mts.**

Ich glaube nicht, daß Sir Edward Grey dem englischen Botschafter in Petersburg mitgeteilt hat, daß wir über die Flottenfrage verhandeln, und auch nicht, daß ihm etwas über die Indiskretionen Nicolsons an Iswolsky bekannt ist. Ich bin Indiskretionen, die in dieser Frage begangen sein müssen, schon länger auf der Spur, ohne sie jedoch bis auf ihren letzten Grund verfolgen zu können. Der Artikel der „Kreuzzeitung"*** hatte bei Sir Edward Goschen die Beargwöhnung hervorgerufen, als ob eine Indiskretion begangen sein könnte. Der Artikel war auch von Mr. Tyrrel, dem politischen Privatsekretär Sir Edward Greys, bemerkt und mit mir besprochen worden. Dieser Argwohn besteht bei den beiden Herren nicht mehr. Der Artikel ist auch keineswegs danach angetan, um die öffentliche Meinung in England günstig zu beeinflussen.

Mr. Tyrrel, ein ungewöhnlich kluger Mann, mit dem ich seit langen Jahren auf vertrautem Fuße stehe, sagte mir vor kurzem, daß vor etwa drei Wochen, also zu der Zeit, nachdem Sir Edward Grey dem Ministerrat von unseren Eröffnungen Kenntnis gegeben hatte, ein Redakteur der liberalen „Daily News" zu ihm gekommen sei mit der Bemerkung, der Korrespondent des Blattes in Berlin habe die erfreuliche Meldung gemacht, daß die Kaiserliche Regierung beabsichtige, sich mit England über die Flottenfrage zu verständigen. Ich erzählte darauf Mr. Tyrrel, daß Mr. Fox, ein ihm und mir bekannter hiesiger liberaler Friedensschwärmer, ungefähr zu derselben Zeit Herrn von Kühlmann gegenüber hocherfreut eine ähnliche Bemerkung gemacht habe. Ich schlösse daraus, daß eines der hiesigen Kabinettsmitglieder vielleicht nicht dicht gehalten hätte.

Gestern nun hatte ich Gelegenheit, Herrn Tyrrel zu fragen, ob die englischen Botschafter über die Tatsache, daß wir über die Flotte verhandelten, vertraulich unterrichtet seien. Er erwiderte, außer Sir Edward

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9975.
** Siehe Nr. 10364.
*** Vgl. Nr. 10358, Fußnote ***.

Goschen wisse kein englischer Botschafter etwas davon. Sir Edward Grey wünsche diese Sache durchaus geheim zu halten, und nur der Ministerrat sei über Ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen zu treten, seinerzeit unterrichtet worden. Den bisherigen Verlauf der Verhandlungen kenne nur der Premierminister und die betreffenden Herren im Foreign Office.

Ich erwiderte, auch unsererseits werde strengste Geheimhaltung beobachtet und nur den betreffenden Herren unseres Auswärtigen Amtes und des Reichsmarineamtes sei die Sache bekannt. Ich lenkte Herrn Tyrrels Aufmerksamkeit sodann auf eine Indiskretion in der „Nowoje Wremja", welche ebenfalls die Nachricht über Flottenverhandlungen zwischen uns bringe (Erlaß Nr. 2056 vom 15. d. Mts. an mich mit Bericht aus St. Petersburg vom 10. d. Mts.*).

So weit das Tatsächliche, das ich habe feststellen können. Nicolson wird wohl irgendwoher die Glocken haben läuten hören, ohne jedoch genauer Bescheid zu wissen.

Ich möchte es nun vorziehen, die Sache nicht direkt mit Grey zu besprechen, da, wie Sie auch hervorheben, wir wegen Geheimhaltung unserer Quelle nicht in der Lage sind, ihm den Beweis für unsere Anklage zu liefern. Ich möchte aber, falls Sie mir die Erlaubnis erteilen, an Tyrrel sagen, es sei mir aus einer Quelle, der ich Glauben schenken müsse, zufällig bekannt geworden, daß Nicolson Herrn Iswolsky gesagt habe, wir verhandelten mit England über eine eventuelle Abrüstung. Ich werde Tyrrel aber nicht andeuten, daß ich die Nachricht von Ihnen oder aus Berlin habe, ihn vielmehr vollkommen im unklaren darüber lassen, woher ich meine Kenntnis habe. Ich würde Tyrrel dies nur conversando mitteilen und sehen, was er darauf antwortet, respektive abwarten, ob Sir Edward Grey mich dann auf die Sache anredet. Aber auch dem Minister gegenüber würde ich keine Andeutung machen, woher mir die Nachricht zugegangen ist, sondern mich darauf beschränken zu sagen, es wäre mir eine Diskretionspflicht, über meine Quelle Stillschweigen zu beobachten. Ich hätte daher auch nicht bei ihm, dem Minister, die Sache angeregt, weil ich mir wohl bewußt sei, wie mißlich es wäre, eine Anklage zu erheben, ohne den Beweis zu führen. Ich für meine Person könne aber keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit meines Zeugen haben, obwohl ich ihn nicht nennen dürfe.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn die vielen unnützen Zeitungsartikel in Deutschland über unser Verhältnis zu England und eine eventuelle Besserung desselben und insbesondere über Flottenrüstungen oder Flottenabkommen verstummten. Cassel hat auch wieder Gelegenheit ergriffen, Herrn Dernburg mit einer Flottenverständigung zu bestürmen und dabei die Proportion 1:2 gepriesen. Ich möchte besonders darauf aufmerksam

* Nach Bericht Nr. 395 des Geschäftsträgers Graf Mirbach vom 10. November 1909, der mit Erlaß Nr. 2056 vom 15. November nach London mitgeteilt war, hatte die „Nowoje Wremja" die Nachricht gebracht, daß die deutsche Regierung ein Flottenabkommen mit England vorbereite.

machen, daß diese selbstkreierten Privatunterhändler nicht den geringsten Einfluß auf die Haltung der hiesigen Regierung haben, und daß Cassel höchstwahrscheinlich nie in seinem Leben mit Sir Edward Grey über die englisch-deutsche Flottenfrage gesprochen hat. Wenn er es versuchte, so würde er ganz bestimmt eine kühle Reserve bei dem Minister antreffen, der outside influences von sich abhält.

P. Metternich

Nr. 10367

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 23. November 1909

Auf Ihren Brief vom 18. d. Mts.* erwidere ich ergebenst, daß ich damit einverstanden bin, wenn Sie Herrn Tyrrel gegenüber erwähnen, es sei Ihnen bekannt geworden, daß Iswolsky von der Tatsache der deutsch-englischen Verhandlungen Mitteilung erhalten habe. Ich würde es für richtig halten, Nicolsons Namen, wenn irgend möglich, aus dem Spiel zu lassen, da dieser, wie wir aus den Erfahrungen des letzten Winters wissen, es mit der Wahrheit nicht genau nimmt und die Gefahr besteht, daß Grey ihn direkt frägt, wobei er ihm dann mehr sagen müßte, als Nicolson jetzt anscheinend weiß. Sollten Grey oder Hardinge Sie nach der Tyrrel gegenüber gemachten Bemerkung nicht auf die Sache anreden, so würde es meines Erachtens nötig sein, vielleicht auch Hardinge gegenüber eine gleiche Bemerkung zu machen, da es das wahrscheinlichste sein dürfte, daß Nicolson seine Kenntnis vom Foreign Office, vielleicht gerade von Tyrrel hat, der nicht eben den Ruf der Deutschfreundlichkeit genießt. Hat aber Tyrrel etwas an Nicolson gesagt, so wird er nur diesen warnen und nichts an Grey oder Hardinge sagen.

Erwähnen müssen wir, daß Iswolsky von den Verhandlungen Wind bekommen hat, da sonst, wenn Grey auf irgend eine andere Weise erfährt, daß Iswolsky etwas weiß, in London der Glaube entstehn wird, wir hätten den Russen etwas gesagt, wie das zur Zeit der Verhandlungen mit Chamberlain über ein deutsch-englisches Bündnis geschehen ist, was sofort im Foreign Office bekannt wurde.

Die Zeitungsartikel in Deutschland und England über die deutsch-englischen Beziehungen und Flottenrüstungen halte auch ich für sehr inopportun, und ich werde nach Möglichkeit auf unsere Presse, soweit sie einer Beeinflussung zugänglich ist, einwirken, daß sie sich möglichst wenig mit diesen Fragen beschäftigt.

Über die Bagdadbahnfrage werden Ihnen demnächst Instruktionen

* Siehe Nr. 10366.

zugehn, nachdem mit den in Frage kommenden Bankkreisen nähere Fühlung genommen worden ist*.

Daß** das englische Kabinett, wie Sie in dem Briefe vom 17. d. Mts.*** mitteilen, in unseren Verhandlungen einen Stillstand eintreten zu lassen wünscht, bis sich die innere Lage geklärt hat, also bis Ende Januar, erscheint mir durchaus verständlich. Da auch wir in nächster Zeit durch parlamentarische Arbeit stark in Anspruch genommen sein werden, kommt uns der Aufschub nicht ungelegen, abgesehen davon, daß ein Zeitgewinn auch für das Reifen der Ideen, die wir den englischen Staatsmännern entgegengebracht haben, von Vorteil sein kann.

Ich werde Ihnen hierüber noch weiteres mitteilen, sobald ich mit Sir Edward Goschen Rücksprache genommen haben werde.

v. Bethmann Hollweg

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.
** Von hier an bis zum Schluß von der Hand Freiherr von Schoens.
*** Siehe Nr. 10365.

Kapitel CCXXIV

Die Verhandlungspause. November 1909 bis Juli 1910

Nr. 10368

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 31 London, den 11. Januar 1910

In einer gestern in Edinburg gehaltenen Rede wandte sich Sir Edward Grey gegen die Äußerungen Mr. Balfours über die deutsch-englischen Beziehungen* und hob hervor, daß niemals weniger Veranlassung vorgelegen habe, von der Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England zu sprechen. Die deutsche Regierung habe zu keiner Zeit eine größere Bereitwilligkeit bewiesen, etwaige zwischen beiden Staaten entstehende Streitigkeiten auf dem Wege freundschaftlicher Auseinandersetzung beizulegen, als während des vergangenen Jahres. Wenn auch nicht zu leugnen sei, daß die stetige Zunahme in den Flottenrüstungen die Presse und die öffentliche Meinung beider Länder sehr beeinflusse, und daß man deswegen nicht ganz ohne Sorge in die Zukunft blicken dürfe, so sei es andererseits keineswegs ausgeschlossen, daß einmal eine Verständigung in dieser Frage erzielt würde, eine Verständigung, die nicht unter dem Drucke von einer der beiden Seiten zustandekommen, sondern auf freiwilliger Entschließung beruhen müßte. Aber auch wenn dieser Fall nicht einträte, so sei doch das deutsche Schiffsbauprogramm bekannt. Bekannt sei auch, daß England seine eigene Flotte auf einer solchen, ihm seine Sicherheit gewährleistenden Höhe erhalten müsse, daß sie nicht nur einer fremden Flotte, sondern jeder wahrscheinlichen feindlichen Kombination gewachsen sei. Wenn das deutsche Flottenprogramm durchgeführt sei oder sich dem Abschluß nähere, so würde sich ein festes Größenverhältnis zwischen den Flotten der beiden Länder herausgebildet haben, das vielleicht dem Wettstreit in den Marineausgaben ein Ziel setzen werde. Im übrigen hätte das jetzt

* In der schon seit der Vertagung des Parlaments am 3. Dezember 1909 in Gang gekommenen englischen Wahlkampagne hatte der Führer der Tories in einer zu Hanley gehaltenen Wahlrede unter anderem gesagt: „Lassen Sie mich darauf hinweisen, daß innerhalb von vier Jahren, wenn wir uns nicht eifrig rühren, England in eine so gefahrvolle Lage geraten wird, wie sie seit Generationen nicht dagewesen ist. Ich glaube nicht, daß es zum Kriege zwischen England und irgendeiner großen fremden Macht kommen wird, aber ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß der absolut einzige Weg, den Frieden zu sichern, Sicherung für den Kriegsfall ist.“ Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1910, S. 493f.

im Amt befindliche englische Ministerium das Kräfteverhältnis zwischen der englischen und der deutschen Flotte in einer den Interessen des Landes entsprechenden Weise gewahrt und sei entschlossen, auch in Zukunft dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Auch Mr. Austen Chamberlain kam gestern in einer in Wolverhampton gehaltenen Rede auf die Flottenfrage zu sprechen. Er warf der liberalen Regierung vor, im vergangenen Frühjahr die Sicherheit des Landes durch ihre Flottenpolitik in geradezu verbrecherischer Weise aufs Spiel gesetzt zu haben. Es sei das Verdienst Mr. Balfours, durch seine energische Stellungnahme die Regierung zu einer Vermehrung ihres Flottenprogramms gezwungen zu haben. Englands Existenz beruhe auf seiner Vormachtstellung zur See; das größte Unheil, das England je zustoßen könnte, wäre der Verlust der zur Verteidigung der englischen Küsten und des englischen Handels notwendigen Seemacht*.

P. Metternich

Nr. 10369

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 1. Februar 1910
[abgegangen am 2. Februar]

Die englischen Wahlen sind, da die wenigen noch ausstehenden Bezirke das Gesamtbild nicht mehr verändern können, als beendet anzusehn. Sie haben mit einer auf unsicherer Grundlage ruhenden liberalen Mehrheit geendet. Ich frage mich, ob das liberale Kabinett unter den jetzigen Verhältnissen überhaupt noch den Wunsch hegt, die Verhandlungen über ein Flottenabkommen mit uns wieder aufzunehmen. Einerseits ist in dem Wahlkampf von allen Seiten die Notwendigkeit einer überwältigenden englischen Flottenmacht so betont worden, —

* Ein weiterer Bericht Graf Metternichs vom 11. Januar (Nr. 34) ist abgedruckt bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 170. Ebendort finden sich (S. 171ff.) verschiedene Stimmungsberichte aus und über England, u. a. ein Bericht des Korvettenkapitäns Seebohm vom 12. Mai und ein undatierter Bericht des Hauptmanns im Generalstabe W. Schroeder, der vom 17. Juli bis 16. Oktober einen dreimonatigen Urlaub in England zugebracht hatte. Zu letzterem Bericht, der dem Grafen Metternich am 27. Dezember 1909 zur Äußerung zugefertigt und von diesem dem Militärattaché Major Ostertag vertraulich mitgeteilt war, bemerkt der Botschafter in einem Bericht vom 9. Januar 1910 (Nr. 24): „Der Militärattaché stimmt mit mir darin überein, daß die Ausführungen des betreffenden Offiziers keinen Wert haben, insbesondere daß derselbe Kriegsfurcht und Kriegslust verwechselt hat. — Das sensationelle Machwerk ist ein Gemisch von etwas Wahrem mit viel Falschem."

selbst Lloyd George und Grey haben sich in dem Sinne geäußert — daß es zweifelhaft erscheint, ob das liberale Kabinett, dem die Grenzen, innerhalb derer wir in der Flottenfrage entgegenkommen können, bekannt sind, sich der öffentlichen Meinung gegenüber auf ein für uns annehmbares Abkommen einlassen kann. Andererseits erscheint es wenig glaubhaft, daß die Führer der Opposition Balfour und Lansdowne, deren Zustimmung das liberale Ministerium nach Ihrem Briefe vom 17. November v. Js.* ins Auge gefaßt hatte, — auch wir müssen hierauf bei der prekären Lage der liberalen Regierung Wert legen — ihre Hand zu einem Abkommen bieten werden, das durch Eindämmung der deutschen Furcht eine Stärkung der Liberalen bedeuten würde. Ich glaube kaum, daß die Konservativen sich dies zugkräftige Wahlmittel entwinden lassen werden.

Ich meine, wir müssen nach Lage der Dinge ruhig abwarten, ob die neue Regierung in der Flottenfrage wieder an uns herantritt. Sollten Euere Exzellenz von Sir Edward Grey oder von anderer autoritativer Seite auf die Sache angeredet werden, so bitte ich Sie, falls Sie keine Bedenken haben, sich dahin äußern zu wollen, Sie seien ohne neuere Weisungen, allein Sie vermuteten, daß die Kaiserliche Regierung auch jetzt noch auf demselben Standpunkte stehe wie zu der Zeit, als die Verhandlungen im Hinblick auf die Parlamentswahlen auf Wunsch der englischen Regierung vertagt worden seien. Sie wollen dabei als Ihre persönliche Ansicht betonen, daß die bei den Wahlen zutage getretenen zahlreichen deutschfeindlichen Äußerungen es der Kaiserlichen Regierung nach Ihrer Ansicht noch gebieterischer zur Pflicht machten, darauf zu bestehen, mit dem Flottenabkommen ein allgemeines Abkommen politischer Natur zu verbinden.

Was ich nach dem in Abschrift beigefügten, hier von Sir Edward Goschen überreichten Promemoria** befürchte, ist, daß die englische Regierung, ohne die Flottenfrage wieder anzuregen, den Versuch machen wird, die Bagdadbahnfrage selbständig zu lösen. Die Regelung, wie sie England wünscht, und bei der die Strecke Bagdad-Persischer Golf dem englischen Einfluß ganz ausgeliefert werden würde, wäre für mich ohne Kompensationen, die es mir möglich machen, die Aufgabe unserer Rechte vor der öffentlichen Meinung Deutschlands zu vertreten, ein Ding der Unmöglichkeit. Anders liegt der Fall, wenn wir zugleich zu einem Flotten- und allgemeinen politischen Abkommen gelangten, dann brauchen wir für die Bagdadbahn keine besonderen Kompensationen. Wir überlegen hier, welche Kompensationen wir für die Aufgabe unserer Rechte an einem Teile der Bagdadbahn verlangen könnten, und ich möchte Sie bitten, sich auch Ihrerseits die Frage vorzulegen und mir Ihre Ansicht privatbrieflich mitzuteilen, damit wir vorbereitet sind, wenn die Sache aktuell werden sollte. Kompensationen von englischen Kolonien mit Selbstver-

---

* Siehe Kap. CCXXIII, Nr. 10365.
** Siehe Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9990.

waltung — ich denke dabei an die Walfischbai — sind meines Erachtens nicht zu erlangen, da diese selbständigen englischen Kolonien sicherlich nicht bereit sein werden, zum Vorteile des englischen Mutterlandes auf eigene Rechte zu verzichten.

Indem ich Ihnen noch zu meiner Freude mitteilen kann, daß Seine Majestät mir gegenüber seine lebhafte Befriedigung über Ihre Rede bei der Kaisersgeburtstagsfeier* ausgesprochen hat . . .

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10370

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 3. Februar 1910

Aus den Wahlen ist die liberale Partei geschwächt hervorgegangen. Der Bestand des Ministeriums hängt von den Iren ab. Auf mehr als ein Jahr ist kaum zu rechnen. Die Unionisten haben dann gute Aussichten heranzukommen. Bei den Wahlen hat das Verhältnis Englands zu Deutschland eine große Rolle gespielt. Immer allgemeiner und stärker tritt in der ganzen Nation der Wunsch hervor, einen bedeutenden Vorsprung im Neubau von Schlachtschiffen vor Deutschland zu gewinnen. Es ist möglich, daß im März ein Flottengesetz kommt, welches den Neubau für mehrere Jahre festlegt. Es sieht so aus, als ob Regierung und Opposition sich über die Flottenfrage verständigen wollen, um sie dem Parteikampfe zu entziehen. Lloyd George und Winston Churchill haben bei den Wahlen nicht den Erfolg gehabt, daß ihre Stimmen in der Flottenfrage ausschlaggebend sein werden. Asquith, Grey, der Marineminister, ob M'Kenna oder Haldane, werden für eine stark zu vermehrende Flotte eintreten, allerdings im Verhältnis zur unsrigen. Die persönliche Erbitterung zwischen den Führern beider Parteien, der Liberalen und

* Am 27. Januar hatte Graf Metternich beim Festmahle der deutschen Vereine im Cecil Hotel eine Rede gehalten, die der deutsch-englischen Verständigung dienen sollte. Darin hieß es bezüglich der Flotte: „Wir bauen unsere Flotte nach einem lange festgelegten Plan und beanspruchen nicht, die Stärksten auf dem Meer zu sein. Das Meer ist frei und gehört niemand allein; aber wir wollen im Einklang mit unseren überseeischen Interessen eine achtunggebietende Stellung einnehmen und nicht allein von dem guten Willen anderer Seemächte abhängen." In einem Privatbrief an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 10. Februar bemerkte Graf Metternich über die Wirkung seiner Rede: „Die Rede hat in ganz England einen starken und günstigen Eindruck gemacht, wie mir, auch abgesehen von den Äußerungen der Presse, von allen Seiten, konservativen ebensowohl wie liberalen, mitgeteilt wird."

Unionisten, ist durch den Wahlkampf wachgerufen, wodurch eine vertrauliche Aussprache zwischen ihnen über eine etwaige Verständigung mit Deutschland in der Flottenfrage erschwert wird.

Dies sind neue Gesichtspunkte seit Vertagung der Verhandlungen im November. Auf Grund des Verhältnisses von 3:4 zu einem Abkommen zu gelangen, ist jetzt daher noch weniger durchführbar als vor den Wahlen.

In meinem Briefe vom 17. November v. Js.* meldete ich Euerer Exzellenz die Äußerung Greys, er wolle die hiesige Admiralität auffordern, sich gutachtlich darüber zu äußern, in welchem Maße das Tempo der Schiffsbauten verlangsamt werden müsse, um eine erhebliche finanzielle Entlastung, worauf es ihm hauptsächlich ankomme, zu erreichen. Die neue Regierung, wer immer es sei, werde dann das Gutachten der Admiralität in unseren Verhandlungen verwerten können.

Bis hierhin waren diese Ausführungen gestern abend gediehen, als ich heute Ihren Brief vom 1. d. Mts.** erhielt. Ich möchte nun in meinem Gedankengange fortfahren, der auch zugleich die von Ihnen aufgeworfenen Fragen beleuchtet.

Nach der starken Agitation, die während der Wahlen gegen Deutschland eingesetzt hat, scheint es mir angezeigt, daß wir keine Eile in der Wiederanknüpfung der Verhandlungen zeigen, sondern abwarten, bis Grey sich wieder an uns wendet. Ich möchte annehmen, daß auch er Zeit gewinnen will, bis das Ministerium sich über den hier zu befolgenden Flottenplan ausgesprochen und geeinigt haben wird, worüber wohl noch einige Wochen vergehen können.

Ich gestatte mir nun einen kurzen Rückblick auf die Flottenfrage zu werfen, die — darüber kann kein Zweifel bestehen — unser Verhältnis zu England hauptsächlich verdunkelt.

Letzten Sommer vor einem Jahre wäre die Regierung bereit gewesen, zu einem Abkommen mit uns zu gelangen. Allerdings auch damals wohl kaum in dem Verhältnis von 3:4, wohl aber wahrscheinlich von 2:3. Damals wurde mir von hiesigen Ministern in unverbindlichen Gesprächen, zu denen ich vom Fürsten Bülow ausdrücklich ermächtigt und beauftragt war, gesagt, daß, wenn wir auch nur ein großes Schiff im Jahre weniger bauten, eine deutsch-englische Detente auf dem Fuße folgen würde. Es wurde mir angedeutet, daß man hier zu weitgehenden Konzessionen bereit sei. Damals wollte man sich hier noch ungern zu neuen, großen Anstrengungen aufraffen, und der radikale Flügel der noch mächtigen liberalen Partei wollte an keine vermehrten Ausgaben für die Flotte heran. Die Herren Lloyd George und Churchill vertraten diesen Standpunkt im Kabinett. Damals aber zeigten wir keine Geneigtheit, und damit war der psychologisch günstige Moment verpaßt. Dieser ist bisher nicht wieder-

* Siehe Kap. CCXXIII, Nr. 10365.
** Siehe Nr. 10369.

gekehrt. Letzten Herbst vor einem Jahre fand sich die hiesige Regierung mit den Tatsachen ab und beschloß, da ihr ein gütlicher Vergleich aussichtslos schien, den Flottenbau mit Energie zu betreiben. Um dies zu können, glaubte sie, das Land über den Ernst der Lage aufklären zu müssen, der entstehen würde, wenn nicht neue, große Anstrengungen gemacht würden. Diese Aufklärung unternahm sie, nicht immer mit einwandfreien Mitteln, im vergangenen März. Seitdem ist die Agitation für eine starke Vermehrung der Flotte, in deren Bannkreis das gesamte Reich gezogen worden ist, nicht erstorben, und die Regierung hat, was sie nicht voraussah, auch der Opposition eine Waffe in die Hand gedrückt. Heute sind alle Parteien, unter Beihülfe der Kolonien, für eine gewaltige Verstärkung der Flotte gewonnen, acht Dreadnoughts für dieses Jahr allein sind bewilligt, und es sollte mich nicht wundern, wenn demnächst der Versuch gemacht wird, beide Parteien für ein Flottenprogramm zu einigen, um die Flotte, ebenso wie die auswärtige Politik, außerhalb der Parteien zu stellen. Es wäre ein Grundirrtum, anzunehmen, daß die Flottenagitation von den Unionisten lediglich als Parteimanöver betrieben wird. Dies ist und war nie der Fall. Balfour und die Führer seiner Partei sind durchdrungen von dem Ernst der Lage, den der Bau einer mächtigen deutschen Flotte für Englands unabhängige Stellung zur Folge hat. Balfour steht nicht wie viele seiner minder klugen Landsleute unter dem Schrecken der deutschen Invasion. Er befürchtet aber, daß, wenn der deutschen Flotte erlaubt wird, sich der englischen an Macht zu nähern, und wenn diese nicht stets einen starken Vorsprung beibehält, für England die Zeit eintritt, wo es entweder nachgeben oder unter ihm ungünstigen Stärkeverhältnissen Krieg führen muß. In einem solchen Kriege spielt England um seine Existenz, Deutschland nicht. In eine solche Lage, Faschoda oder Krieg, wie Sie es mir einmal im umgekehrten Sinne darlegten, will er England nicht geraten lassen. Eine Schlachtflotte von 38 Schiffen plus 20 Panzerkreuzern neuester Konstruktion und Zubehör erscheint ihm aber sowohl wie Grey und Asquith für Deutschland vollauf genügend, um die gefürchtete Zwangslage zu kreieren, falls England nicht neue, bisher im Laufe seiner Geschichte nie dagewesene Anstrengungen macht, um einen gewaltigen Vorsprung vor Deutschland in der Neukonstruktion herzustellen. Der Vor-Dreadnought-Typ, was er auch heute wert sein mag, ist bis zum Jahre 1920 ziemlich veraltet. Mit diesen Schiffen rechnet er daher weder noch sonst jemand in England, wenn es sich um Vergleiche zwischen der englischen Flotte und dem künftigen Ausbau der deutschen Flotte gemäß dem Flottengesetz handelt.

Balfour, und mit ihm wohl die weitaus größere Hälfte seiner Landsleute, auch viele im liberalen Lager, sind nun der ehrlichen Ansicht, daß die liberale Regierung wertvolle Jahre versäumt hat, ehe sie sich letzthin zu einer kräftigeren Flottenpolitik aufraffte. Die Agitation ist zum Teil in das Volk gebracht worden, um durch den Druck der öffentlichen Mei-

nung die Regierung zu Neubauten zu zwingen, zum Teil auch aus Parteitaktik, die sich bemüht, die Unterlassungssünden des Gegners recht deutlich hervorzukehren. Ich unterschätze keineswegs das Motiv der Parteirücksichten in der Flottenbewegung. Nur verwechsele ich nicht eine auch noch so wichtige Nebenerscheinung mit der Hauptsache, welche in der Tatsache unseres Flottengesetzes und seiner Ausführung liegt. Aus dem paper programme entsteht die in demselben vorgesehene Flotte, in deren Umfang die überwältigende Mehrheit der Engländer, unabhängig von ihrer Parteirichtung, eine dauernde Bedrohung der englischen Weltmachtstellung erblickt. Hierüber helfen hier keine Erklärungen hinweg. Wir haben unser Flottengesetz, halten daran fest und müssen daraus die Konsequenz ziehen, welche darin besteht, daß eine dauernde Beseitigung des englisch-deutschen Gegensatzes sich unter den gegebenen Bedingungen nicht erreichen läßt. Es liegt aber in unserm Interesse, den Versuch zu machen, ihn so lange wie möglich abzuschwächen.

Ein ferneres Moment für die Flottenagitation — auch nicht direkt von den Parteiverhältnissen abhängig — liegt darin, daß der Engländer von Grund aus aufgerüttelt, ihm die „Gefahr" klar gemacht werden muß, ehe er sich zu neuen, schweren Opfern entschließt. Dies hat zum Beispiel die liberale Regierung im vergangenen März während der Debatten über das Marinebudget ausgiebig besorgt, obwohl die Unionisten sie noch zu übertrumpfen suchten. Die Wirkung ist eingetroffen. Die Nation ist gründlich aufgerüttelt und opferbereit. Dies hat sich auch während des gerade abgeschlossenen Wahlkampfes deutlich gezeigt. Die liberalen Minister erklären, daß kein Opfer gescheut werden soll, um der Flotte den von der Nation verlangten, allgemein geforderten Vorsprung zu sichern. Die Agitation in aufreizendem Sinne ist jetzt überflüssig geworden, ebenso wie sie es bei uns wurde, nachdem der Zweck, nämlich die allgemeine Zustimmung, erreicht war. Ich schätze nun Herrn Balfour als ernsten Staatsmann viel zu hoch ein, um von ihm anzunehmen, daß er lediglich aus Parteirücksichten auch dann die Agitation fortsetzen will, wenn er sieht, daß die liberale Regierung diejenigen Maßregeln zu ergreifen bereit ist, die nach seiner inneren Überzeugung zur Verstärkung der Flotte erforderlich sind. Ich habe vielmehr Anzeichen dafür, daß bei den leitenden Persönlichkeiten, jetzt nachdem der Wahlkampf vorüber ist, auf beiden Seiten die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß die dauernde Beunruhigung der Nation mit der deutschen Gefahr auf Grund der Flottenagitation einen für den Frieden unhaltbaren Zustand herbeiführen wird, dem sie dadurch vorzubeugen wünschen, daß sie die Flotte dem Parteigetriebe entrücken. Eine solche Vereinbarung kann allerdings nur dann erfolgen, wenn die liberale Regierung ein Flottenprogramm entwickelt, welches die unionistischen Führer ihrer inneren Überzeugung nach für genügend halten. Dies ist aber jetzt, nachdem die Liberalen durch Erfahrung klug geworden sind, durchaus nicht ausgeschlossen. Es macht sich vielmehr bei ihnen, wofür ich ebenfalls Anzeichen habe, eine Strömung geltend,

wonach ein so überwältigendes Flottenprogramm festgelegt werden soll, daß darnach jeder Wettbewerb von deutscher Seite ausgeschieden erscheint. Ob es dazu und auch zu einer etwaigen Vereinbarung der Parteien über die Flotte kommt, wird die nächste Zukunft lehren. Mehr aber als bloße Parteirücksichten steht die durch den Wahlkampf gesteigerte persönliche Verbitterung einer Vereinbarung im Wege. Kommt sie zustande, so wird eine vorläufige Beruhigung der öffentlichen Meinung Deutschland gegenüber eintreten.

Es ist nun bei uns seit Jahren die Ansicht vertreten worden, wenn auch nicht allgemein, daß die Periode der Erregung in England über den Ausbau unserer Flotte nur ein Übergang sei zu dem Zustand der geduldigen Ergebung in das Unvermeidliche und damit zu besseren Beziehungen nach dem Beispiel Amerikas. England hängt aber von uns weder in der Zufuhr seiner notwendigen Nahrungsmittel ab, noch sind wir 3000 Seemeilen von seiner Küste entfernt. Auch haben wir nicht das gemeinsame Band der Sprache, noch die koloniale Abstammung, die allmählich, nach einem Jahrhundert der Verfeindung, doch wieder ihre Anziehungskraft auszuüben beginnt, und vor allem sind die englisch-amerikanischen Beziehungen, auch als sie noch vor 15 Jahren schlecht oder kühl waren, durch den Ausbau der amerikanischen Flotten [nicht] beeinflußt worden. Die amerikanische Flotte ist den Engländern aus vielen Gründen relativ gleichgültig. Die unsrige aber nicht. Darin liegt der Unterschied. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die Erregung mit der Erweiterung unserer Flotte zunimmt, und daß anstatt der geduldigen Ergebung eine Kraftanstrengung gemacht wird, die uns lahmlegen soll. Die Tatsachen geben mir bisher leider recht. Es wird nun weiter die Ansicht ausgesprochen, daß England nicht mehr imstande sei, diese Kraftanstrengung zu machen. Menschenmaterial, industrielle Hülfsmittel und auch Geld würden nicht ausreichen. Der Fehlbestand an Mannschaften für die Flotte, inklusive der Reserve, soll etwa 18000 Mann betragen. Dies liegt aber nicht an der Schwierigkeit, sie zu werben, sondern an dem Sparsamkeitssystem der liberalen Regierung, das sie jetzt bereut, und womit gebrochen werden soll. Das übervölkerte England mit seinen weitverzweigten Küsten und seiner zahlreichen Küstenbevölkerung hat auch für eine weit vergrößerte Flotte Menschen genug, um sie zu Matrosen auszubilden, wenn nur das Geld lockt, um sie heranzuziehen. Die englische Handelsmarine hat größere Schwierigkeiten, englische Besatzungen zu erhalten, weil der Schiffsbetrieb nur dann lukrativ bleibt, wenn die Löhne nicht zu hoch sind. Bei der Kriegsmarine fällt der lukrative Gesichtspunkt fort. Die industriellen Hülfsmittel Englands reichen auch aus, um den Flottenbau in noch größerem Maßstabe als bisher zu betreiben. Die großen, modernen Werften, Stahlwerke und Geschützfabriken haben, wie zum Beispiel bei Krupp, keine Schwierigkeit, ihre Anlagen zu erweitern. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß sie Aufträge erhalten. Sichert ihnen diese der Staat und damit einen guten Profit, so erweitern sich die Anlagen wie von selbst. Und schließlich,

wenn das jährliche Budget nicht ausreicht, so kann sich England, mindestens ebenso gut wie wir, auch einmal auf das Geldborgen verlegen.

Eine Ermüdung ist hier nicht wahrzunehmen, ebensowenig wie eine Beruhigung oder Ergebung. Dagegen deutet alles darauf hin, daß seit anderthalb Jahren eine neue Kraftprobe beschlossen ist und vorbereitet wird. Zweck derselben ist, einen Zustand der unbestreitbaren Superiorität herbeizuführen. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die englische Regierung sich in einem Abkommen mit uns gerade auf den Zustand festlegen wird, dessen Eintritt sie und das gesamte Land zu verhindern bestrebt sind. Die Proportion von 3:4 würde aber, wenn man die zahlreichen Aufgaben Englands auf allen Meeren in Betracht zieht, einer Annäherung im beiderseitigen Neubau der Flotten gleichkommen. Der Moment, auf dieser Grundlage zu verhandeln, ist daher nicht günstig.

Trotzdem verstehe ich sehr wohl, daß Euere Exzellenz bei Übernahme Ihres verantwortungsschweren Amtes beschlossen haben, den Versuch der Ausgleichung des deutsch-englischen Gegensatzes, unter dem unsere gesamte politische Stellung leidet, und der schwere Gefahren für die Zukunft birgt, durch ein Flottenabkommen anzubahnen. Auch glaube ich, daß trotz der Aussichtslosigkeit, ein Abkommen auf der vorgesehenen Grundlage zu schließen, die Verhandlungen, falls sie, wie ich ferner annehme, von englischer Seite wieder aufgenommen werden, auch von uns guten Mutes weitergeführt werden sollten.

Um meine Gründe hierfür anzuführen, muß ich mich für einen Augenblick auf ein Gebiet begeben, welches nicht das meinige ist. Wenn der britische Marineetat 1910/11 Summen vorsieht, wodurch unser Bauplan weit zurückgelassen wird, so entsteht ohnehin und ohne Vertrag ein Zustand, der dem Verhältnis von 3:4 nicht entspricht. Es erscheint mir zweifelhaft, daß wir diesen Zustand zu unseren Gunsten selbständig ändern können. Denn der Reichstag dürfte wohl nicht geneigt sein, seine Zustimmung zu einem Wettrennen mit England zu erteilen, außer wenn eine nahe und unabwendbar erscheinende Kriegsgefahr vorliegt. Die Herabsetzung unserer Schiffsbauten im nächstjährigen Etat von vier auf drei und dann bis 1914 auf zwei, anstatt des plötzlichen Sprunges im Jahre 1912 von vier auf zwei, ändert nichts an der Ausführung des Flottengesetzes in der vorgesehenen Zeit, hat aber wohl den Vorteil, daß unsere Schiffsbauindustrie und was mit ihr zusammenhängt, sich auf eine gleichmäßiger verteilte Arbeit einrichten kann.

Ich sehe daher keinen Nachteil für uns, wenn wir uns im Laufe der Verhandlungen von dem Standpunkte 3:4 abdrängen lassen, da wir ihn tatsächlich doch nicht einhalten können. Wir bleiben bei unserem Programm und gestehen den Engländern zu, daß sie ein größeres entwickeln dürfen, als wir ursprünglich gewünscht hatten. Ob wir bedeutende politische Vorteile dafür eintauschen können, ist mir allerdings zweifelhaft. Daß die Budgets der beiden nächsten Jahre eine Entlastung erfahren, ist aber immerhin etwas, womit sich handeln läßt.

Taktisch halte ich es für richtig, daß wir nun die englische Regierung mit dem Admiralitätsgutachten, wovon mir Grey sprach, hervortreten lassen. Die Herren Techniker von der Marine können dann eine Zeitlang über dieses Thema ihre Ansichten austauschen, bis die Diplomatie wieder Gelegenheit hat einzugreifen.

Auch möchte ich hier noch einmal darauf hinweisen, daß wir nicht auf eine Novelle „verzichten" sollten. Man verzichtet nur auf etwas, das man beabsichtigt hatte. Die Kaiserliche Regierung hat nun aber in feierlichen Kundgebungen erklärt, daß wir über den Rahmen des Flottengesetzes nicht hinausgehen würden. Das Flottengesetz besitzt nun zwar anscheinend große Elastizität, und eine Novelle mag ja auch technisch so erklärt werden können, daß sie keine Erweiterung des Flottengesetzes involviere. Nur machen leider derartige technische Erklärungen auf den unsophisticated mind keinen Eindruck. Nachdem zwei Novellen zum Flottengesetz gekommen sind, die eine zur Vergrößerung der Schiffe, die andere zur Verkürzung ihrer Lebensdauer, glauben hier wohl wenige mehr an die Unabänderlichkeit und Finalität des Flottengesetzes, erwarten aber, daß bei erster passender Gelegenheit wieder eine Änderung kommen wird. Ob dieselbe dann in den elastischen Rahmen des Flottengesetzes hineininterpretiert werden kann, ist eine juristische Doktorfrage, die vielleicht der Reichstag, aber hier niemand ernst nimmt. Worauf es ankommt, ist die Tatsache, daß durch die Novellen die Flotte verstärkt wird. Hiermit wird hier allein gerechnet, nicht mit der juristischen Definition. Daher kann auch die etwaige Zukunftsnovelle bei den voraussichtlichen Verhandlungen eine erhebliche Rolle spielen. Nur sollten wir nicht „verzichten", sondern, falls es im Interesse der Verhandlungen liegt, die freiwillige Zusage geben, daß für die Dauer unseres Abkommens keine neue Novelle erscheinen wird. Das Abkommen sollte überhaupt womöglich so abgefaßt werden, daß eine begründete Hoffnung auf Verlängerung nach seinem Ablauf in ihm liegt. Womit nicht die Verlängerung des selben Abkommens gemeint zu sein braucht. Jetzt haben wir nicht viel zu bieten. Daher sollten wir trachten, durch das Abkommen die Hoffnung auf die Zukunft wach zu halten. Aber nicht durch schöne Worte, auf die niemand viel gibt, sondern durch den Inhalt. Da die parlamentarischen Aussichten auf eine Novelle bis zum Jahre 14 wohl nicht glänzend sind, so würde die Zusage an England, bis dahin keine Novelle zu bringen, kein besonderes Opfer unsererseits verlangen.

Unsere Maximalgrenze des Schiffsbaues in den nächsten vier Jahren ist festgelegt, gesetzlich sowohl, wie auch durch die parlamentarischen Verhältnisse, die englische dagegen nicht. Wir können ein vertragsloses Verhältnis von 3:4 nicht herstellen. Wir sollten uns daher auch nicht darauf versteifen, es durch Vertrag herzustellen, wenn wir sehen, daß es nicht geht, sondern im Notfall auch andere Proportionen für England zugeben. Unsere Schiffsanzahl, über vier Jahre verteilt, bleibt die gleiche. Nur die Art der Verteilung auf die einzelnen Jahre ist Verhandlungs-

objekt. Die englische Regierung hat aber gesetzlich und auch tatsächlich freie Hand, die Anzahl der Schiffe für die nächsten vier Jahre nach Gutdünken zu vermehren. Wir können dies ohne Vertrag nicht verhindern, und wenn wir mit Vertrag in der Maximalgrenze für England gegen sonstige englische Zugeständnisse uns nachgiebig erweisen, so ist es unser Vorteil. Ähnlich verhält es sich mit der Novelle, die der Reichstag in den nächsten Jahren voraussichtlich doch nicht genehmigen würde, und auf die wir daher ganz gut gegen von England einzutauschende Vorteile „verzichten" können, nicht nur bis zu dem ominösen Jahr 12, sondern auch bis 14. Wenn man sich bis zum Jahre 14 über ein Flottenprogramm einigen will, so soll man nicht das Recht beanspruchen wollen, im Jahre 13 eine Novelle einzubringen, die das bis zum Jahre 14 gültige Programm eventuell beeinflußt. Soll sich die Novelle aber nicht auf den Zeitraum von 1910 bis 14 beziehen, so hat es auch Zeit, wenn sie erst nachher erscheint.

Das Schicksal der nun voraussichtlich wieder anzuknüpfenden Verhandlungen ist ungewiß. Es ist im Interesse der beiderseitigen Beziehungen dringend zu wünschen, daß, auch wenn sie resultatlos verlaufen sollten, sie doch wenigstens nicht in gegenseitige Rekriminationen über mangelnden guten Willen zur Verständigung ausarten werden. Die Verhältnisse sind mitunter stärker als der Wunsch, sie nach dem eigenen Willen zu gestalten.

Sollte Sir Edward Grey mich anreden, so werde ich im Sinne Ihres Briefes antworten.

Über die Bagdadbahnfrage werde ich mir gestatten, demnächst zu schreiben.

P. Metternich

Nr. 10371

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 110 London, den 10. Februar 1910

Am vergangenen Sonntag traf ich mit Mr. Balfour bei gemeinsamen Bekannten auf dem Lande zusammen. Es bot sich mir die Gelegenheit zu einer etwa zweistündigen Unterredung unter vier Augen mit dem früheren Premierminister. Da ich zuerst das Wort ergriff, so gestatte ich mir auch in diesem Berichte meine Bemerkungen zuerst anzuführen. Ich werde jedoch der Kürze halber nicht überall Rede und Gegenrede, wie sie sich im Verlaufe des Gesprächs ergab, wiedergeben, sondern kurz zu summieren versuchen, worauf ich Herrn Balfour hinwies, und was derselbe dann antwortete.

Zu meinem Bedauern, so begann ich, seien in der Wahlkampagne

die Gegensätze gegen Deutschland hier wieder scharf hervorgetreten und besonders auf seiten seiner Partei. Es werde uns vorgeworfen, daß wir eine Flotte bauten, um Englands Stellung zur See anzugreifen und seine Macht zu vernichten. An die Invasionsgefahr glaube wohl weder er noch sonst ein einsichtsvoller Mann in England ernstlich[1]. Es sei aber ein gefährliches Spiel, Deutschland dauernd Angriffspläne vorzuwerfen. Die Massen in England seien infolge der provokatorischen Reden und Schriften, die von seiten englischer Staatsmänner und Publizisten erfolgt seien, von der deutschen Gefahr durchdrungen. Wenn diese Art Kampagne fortgesetzt oder auch nur von Zeit zu Zeit wiederholt werde, so müßte daraus schließlich eine ernste Gefahr für den Frieden entstehen. Auf dem Kontinent, wo die großen Nationen aneinander grenzten, würde sich keine herausnehmen, eine solche herausfordernde Sprache zu führen, wie dies in England geschehe[1], außer wenn der Krieg unvermeidlich erscheine oder gewünscht werde. England, von Wasser umgeben, habe wohl nicht das gleiche Gefühl der Verantwortlichkeit[2] und spreche daher lustig von Krieg und Kriegsgefahr. Falls es eine Partei in England gebe, welche die englischen Machtmittel zur See für nicht genügend und eine Verstärkung derselben für notwendig hielte, so sei es nicht meine Aufgabe, darüber ein Wort zu verlieren. Es sei Sache der Engländer selbst, sich darüber zu einigen, welche Maßnahmen sie für die Flotte zu ergreifen wünschten. Ich nähme nur im Interesse der Beziehungen zwischen Deutschland und England Anstoß daran, daß Mr. Balfours Landsleuten, um sie für eine größere Flotte zu begeistern, die deutsche Gefahr vorgemalt werde[1], und daß dadurch die beiderseitigen Beziehungen geschädigt würden. Im vergangenen Wahlkampf hätten fast sämtliche Führer der konservativen Partei, mit Ausnahme Lord Lansdownes, Äußerungen fallen lassen, die von der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht anders als feindselig aufgefaßt werden könnten. Es werde zwar mancherlei davon wohl mit Recht auf das Konto des Wahlkampfes gesetzt, trotzdem bleibe aber bedauerlicherweise der Eindruck bestehen, daß gerade die konservative Partei sich mit der antideutschen Agitation identifiziert habe[3]. Wenn selbst Männer wie Lord Cromer und Lord Cawdor einen Blatchford* als großen Patrioten priesen, so sei es weit gekommen. Auch ihn, Mr. Balfour, könne ich in dieser Beziehung nicht freisprechen. Er müsse einen ungewöhnlich mangelhaft unterrichteten Gewährsmann haben, um zu den vollständig willkürlichen Ziffern von deutschen Dreadnoughts gelangt zu sein, mit denen er die Nation im vorigen Frühjahr bei den Budgetdebatten erschreckt habe**. Nicht 25, wie er behauptet

* R. Blatchford, Editor des „Clarion", hatte während der Wahlkampagne u. a. die Mär von dem Toast der deutschen Seeoffiziere „Auf den Tag!" aufgebracht. Auf eine Anfrage des liberalen Kandidaten Lunn, eines persönlichen Bekannten des Prinzen Heinrich von Preußen, bezeichnete dieser die Behauptung Blatchfords als eine „unsinnige Lüge von Anfang bis zu Ende".

** Vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10274.

habe, sondern 13 sei die Zahl von Dreadnoughts, die wir im Jahre 1912 haben würden[4]. Dies müsse auch jedermann in der hiesigen Admiralität, der sich mit diesen Fragen beschäftige, wissen, und die hiesige Regierung wisse es ebenfalls, da ich es ihr selbst gesagt hätte. Im vergangenen Frühjahr habe die liberale Regierung die Farben dick aufgetragen, um die eigene Partei in der Flottenfrage mitzureißen. Die konservative Partei habe sie zu übertrumpfen versucht, und daraus sei nun bis zum heutigen Tage ein Parteikampf nicht nur über die englische, sondern auch über die deutsche Flotte entstanden, der, wenn es so weitergehe und das englische Volk immer von neuem erregt werde, schließlich ernste Folgen für die deutsch-englischen Beziehungen haben müsse. Er kenne meine Ansicht und habe sie vor einem Jahre, als wir zuletzt diese Fragen besprochen hätten, geteilt, nämlich daß ein Krieg zwischen beiden Nationen ein Unglück für sie selbst und für Europa bedeute und durch keine gegebenen Verhältnisse gerechtfertigt werden könne. Deshalb hätte ich heute offen, wie dies unsere beiderseitigen langjährigen Beziehungen rechtfertigten, mit ihm gesprochen.

Ich schalte hier ein, daß unsere Unterredung vollkommen ruhig, sachlich und ohne jede persönliche Gereiztheit von Anfang bis zum Ende geführt wurde[5].

Mr. Balfour erwiderte, er sei niemals antideutsch gewesen und sei es auch jetzt nicht. Er hege im Gegenteil die größte Bewunderung für das deutsche Volk und seine Leistungen. Er glaube nicht an einen deutsch-englischen Krieg. Er sei sich nicht bewußt und habe jedenfalls nicht die Absicht gehabt, etwas Provokatorisches gegen Deutschland zu sagen[6]. Sogenannte Präventivkriege hielte er für verwerflich. Keine Regierung in England würde angesichts der öffentlichen Meinung einen Präventivkrieg führen können. Die ganz vereinzelten gegenseitigen Stimmen seien ohne Bedeutung[7].

Er kam dann auf meine kürzlich gehaltene Rede zu sprechen, mit deren Inhalt er sich einverstanden erklärte*. Die Handelsrivalität zwischen beiden Völkern, die zugleich auch gute Kundschaft auf beiden Seiten bedinge, sei kein Hinderungsgrund für freundschaftliche Beziehungen. Die englische Nervosität Deutschland gegenüber beruhe lediglich auf der Furcht — er gebrauchte stets das Wort „fear“[8] — vor unseren Flottenplänen.

Das liberale Ministerium habe sich im vergangenen Frühjahr viel schärfer gegen Deutschland ausgedrückt, als wie er jemals. Dagegen sei er, seine Partei und die große Mehrheit des ganzen britischen Volkes davon durchdrungen, daß die Machtstellung des englischen Reiches schwinden werde, wenn nicht große Anstrengungen zur Verstärkung der Flotte gemacht würden, und zwar würden diese notwendig gemacht durch das Anwachsen der deutschen Flotte[9]. Er schicke ein für allemal voraus,

---

* Vgl. Nr. 10369, S. 284, Fußnote *.

daß er sich hierüber nicht beschwere. Deutschland habe das volle Recht, die Flotte zu bauen, die es wünsche. Die Tatsache aber, daß Deutschland neben dem stärksten Heere auch vielleicht die stärkste Flotte haben wolle[10], sei für jeden patriotisch denkenden Engländer ein zwingender Grund, für die Verstärkung seiner Flotte zu sorgen. Großbritanniens Existenz hänge von seiner Flotte ab. Die liberale Regierung hätte ihre Pflicht versäumt und aus Sparsamkeitsrücksichten mehrere Jahre lang die Flotte vernachlässigt. Seitdem dies im vorigen Frühjahr deutlich zum Erscheinen gekommen sei, habe er und seine Partei die Nation auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Flotte vermehrt werden müsse. Ohne diesen Kampf würde die Nation sich nicht aufgerafft und das Ministerium nicht seine Schuldigkeit getan haben. Er hoffe, daß das Kabinett sich jetzt seiner Pflicht bewußt sei. Niemand bedauere mehr wie er, daß die Flotte in den Parteikampf gezogen worden sei[11]. Die Opposition habe sich in allen großen nationalen Fragen, wie zum Beispiel in der Reorganisation des Heeres, in der Führung der auswärtigen Politik, große Mäßigung auferlegt und der Regierung keine Schwierigkeiten bereitet. Auch über die Flottenfrage sei vor dem vorigen Frühjahr kein heftiger Parteikampf entstanden. Das Bekenntnis der Regierung selbst und die prekäre Lage der Flotte gegenüber dem deutschen Flottenbau[12] habe es ihm und seiner Partei erst zur Pflicht gemacht, für eine kräftigere Flottenpolitik einzutreten. Von dem Augenblick an, wo die Regierung ein kräftiges Flottenprogramm entwickle, werde der Parteikampf aufhören. Die Flotte, welche ein nationales Lebensinteresse für England darstelle, sollte dem Parteikampf entzogen sein, und nur infolge der Vernachlässigung der Flotte durch die liberale Regierung sei der Parteikampf entbrannt.

Auch deutete er darauf hin, daß durch den persönlichen Gegensatz zwischen den Admirälen Beresford und Fisher* der Kampf um die Flotte an Heftigkeit zugenommen habe. Dies werde vermutlich unter dem besonnenen Admiral Wilson anders werden. Er beschwerte sich darüber, daß die liberale Regierung den Führern der Opposition niemals Klarheit über die Lage der Flotte gegeben habe. Interessant war mir die Bemerkung Mr. Balfours, daß nach seinen Informationen in gewissen deutschen Häfen alle Vorbereitungen zur Verschiffung von Truppen in großer Anzahl getroffen worden seien[13]. Ich erwiderte, mir sei hierüber nichts bekannt, es sei denn Mr. Blatchfords schreckliche Entdeckung, daß Eisenbahnen, auf denen Truppen transportiert werden könnten, nach den deutschen Häfen führten, und daß auch Kaianlagen in ihnen vorhanden seien, von denen aus man ein Schiff besteigen könne. Es scheine mir, daß seine Informationen mit Bezug auf die Verschiffung von Truppen in großem Maßstabe eben so genau seien, wie die mit Bezug auf unsere Dreadnoughts[1].

Ich bestritt sodann, daß Deutschland neben dem stärksten Heere auch noch die stärkste Flotte haben wolle, wohl aber strebten wir eine

* Vgl. dazu Kap. CCXXIII, Nr. 10348, S. 244, Fußnote.

achtunggebietende Flotte an, so daß wir nicht von allen anderen seefahrenden Nationen abhängig seien. Wir hätten während 40 Jahren auf dem Lande bewiesen, daß wir unsere Macht nicht mißbrauchten. Ebenso wenig würden wir dies auf dem Meere tun[1]. Gelegenheit, uns lediglich auf die Macht zu stützen, hätten wir häufiger gehabt, seien aber der Versuchung nicht unterlegen, die Lösung durch das Schwert dem friedlichen Ausgleich vorzuziehen. Ich brauchte nur an die Marokkofrage zu erinnern, die uns von England aufgebürdet worden sei. Bis zum Jahre 1902 oder 1903 etwa habe die englische Politik geschwankt, ob sie sich auf die Seite des Dreibundes oder in das andere Lager stellen solle. Sie habe sich dann entschlossen, den Dreibund fallen zu lassen. Was zu diesem Entschluß unter seinem[1] Ministerium geführt habe, sei mir niemals klar geworden. Jedenfalls sei dadurch, daß die englische Politik Marokko, über welches sie nicht zu verfügen hatte, Frankreich überließ, für mehrere Jahre ein Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland hingeworfen worden. Die Welt sei ziemlich unter die großen Mächte aufgeteilt. Deutschland habe von der Teilung wenig erhalten. Es sei daher für uns wichtig, das Übriggebliebene für den Handel offen zu sehen. Seit dem Jahre 1904 sei England immer weiter von uns abgerückt, und gerade seine Partei, die früher sich habe auf Deutschland stützen wollen, sei jetzt hauptsächlich gegen uns[3].

Mr. Balfour erwiderte, daß seine Regierung bei dem Abschluß des Abkommens von 1904 in keiner Weise eine antideutsche Richtung habe einschlagen wollen[14]. Es sei lediglich der Wunsch maßgebend gewesen, die alten und immer gefährlicher werdenden Gegensätze mit Frankreich auszugleichen. Auch heute sei seine Partei nicht antideutsch, wohl aber fürchte sie Deutschland[15]. Aus dieser Furcht vor der wachsenden Macht Deutschlands zur See seien alle Erscheinungen, die ich deutschfeindlich nannte, zu erklären. Keine Partei in England wolle einen Krieg mit Deutschland. Ein solcher Krieg sei verbrecherisch. Deshalb glaube er auch nicht an die Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges. Auch bei uns glaube er nicht an kriegerische Absichten. Es sei aber die Furcht vorhanden, daß die schließliche Stärke Deutschlands zur See Englands Stellung erschüttern könne und England in ein, wenn auch nur diplomatisches Abhängigkeitsverhältnis zu Deutschland treten werde[16].

Weshalb habe er dann, wenn er nicht an den Krieg glaube, so bemerkte ich, in seiner Wahlrede die Ansicht der Diplomaten kleinerer Länder angeführt, die nach seiner Erklärung den Krieg für unvermeidlich hielten?[1] Auf diese Frage blieb er die Antwort schuldig und half sich mit der Ausrede heraus, dies sei tatsächlich die Ansicht der Vertreter der kleineren Staaten[17]. Wenn er nicht an diese Ansicht glaubte, so sei es, fuhr ich fort, wohl besser gewesen, sie gar nicht öffentlich zu erwähnen[2].

Er spielte ferner auf den Fall aus dem vorigen Jahre an, wo Rußland in der serbischen Frage dem Machtwort Deutschlands habe gehorchen müssen[18]. Ich erklärte ihm nun den diplomatischen Hergang dieser

Episode* und überzeugte ihn, daß die deutsche Vermittelung auf Wunsch und im Einverständnis mit der russischen Regierung erfolgt und ihr nicht aufgezwungen worden sei. Der Glaube, daß wir Rußland damals ein diplomatisches Faschoda bereitet haben, ist noch sehr allgemein verbreitet und nicht nur in England. Mr. Balfour verfolgte mit größtem Interesse meine Ausführungen über diesen Fall und erklärte schließlich: „It is monstrous that the Russians have kept up the tale[19] that you have threatened them into an agreement over the Servian business."

Aus unserer längeren Unterredung möchte ich resümierend hervorheben den mehrmals hervortretenden Wunsch Mr. Balfours, sich und seine Partei von dem Vorwurf provokatorischer Wahlreden gegen Deutschland rein zu waschen, die mehrfache Versicherung, daß er nicht an einen deutsch-englischen Krieg glaube, die Versicherung, daß die Flottenfrage aufhören werde, eine Parteifrage zu sein, sobald die Regierung ein kräftiges Flottenprogramm aufstelle, und die wiederholte Betonung, daß nicht Feindschaft gegen Deutschland, sondern die Furcht vor unserer Flottenpolitik die Triebfeder und Erklärung aller mit Deutschland zusammenhängenden Nebenerscheinungen im politischen Leben Englands bilde.

Über die Gestaltung der inneren Verhältnisse war er sich noch vollkommen im unklaren, da die Regierung noch keinen Plan gefaßt hat und daher auch er noch nicht die von der Opposition zu befolgende Politik festlegen kann.

Ich brauche wohl kaum die Bitte auszusprechen, daß meine Unterredung mit Mr. Balfour ganz vertraulich behandelt werden möge.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut
[2] richtig
[3] ja
[4] 12 zugelogen!
[5] wie das eben nur mit Angelsachsen möglich ist
[6] faule Ausrede!!
[7] also auch seine bisherige!
[8] !
[9] und die Amerikanische und Jap[anische], Französ[ische]??
[10] fällt ihm gar nicht ein!
[11] seine Parthei hat es gethan
[12] quatsch!
[13] der Gewährsmann hat Hallucinationen gehabt!
[14] so blau!
[15] Blech!
[16] !!
[17] unerhört!
[18] Lüge!
[19] Iswolsky, Paris & the London Press!

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CCIV.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der Mr. Balfour ist durch Metternich's klare offene Rede platt in die Ecke gedrückt und hat für einen früheren Staatsmann u[nd] Partheischef, geradezu lamentable und kindische Ausreden, aber keine ernsten Gründe gehabt! Er sollte sich schämen so dämlich gesprochen zu haben.

Hätte Metternich diese Sprache vorigen Winter geführt, wäre manches anders gekommen!

Nr. 10372

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 21. Februar 1910

pp.* Was die Flottenfrage betrifft, so bin ich mit Ihnen der Ansicht, daß es sehr zu wünschen wäre, wenn dieselbe dem Parteigezänk entrückt würde. Wie sich die innerpolitischen Verhältnisse in England auf Grund

---

* In einem hauptsächlich der Bagdadbahn gewidmeten Privatbriefe an Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 10. Februar 1910 (siehe denselben in Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9995) hatte Graf Metternich, auf die Flottenfrage übergehend und auf seinen gleichzeitigen Bericht Nr. 110 (siehe Nr. 10371) zurückgreifend, ausgeführt: „Aus meinem heutigen Bericht über meine Unterredung mit Herrn Balfour werden Sie entnehmen, daß der Führer der Opposition den Wunsch einer Einigung beider Parteien über die von England zu befolgende Flottenpolitik ausgesprochen hat. Wenn die Flottenfrage dem Parteigezänke entrissen wird, so wird dadurch eine Beruhigung eintreten, die wohltätig auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern wirken wird. Hierin liegt ein Vorteil für uns. Andererseits bedeutet eine Einigung ein starkes Flottenprogramm. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich im Laufe der nächsten Zeit Gelegenheit haben würde, durch meine persönlichen Beziehungen zu den Führern beider Parteien an einer Einigung derselben in der Flottenfrage mitzuhelfen. Ich werde dies aber nur dann tun, wenn ich Ihre Genehmigung dazu erhalte, und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst mitteilen wollten, ob Sie mir freistellen, in der Richtung einer Einigung zu wirken. Ich würde mich natürlich nicht exponieren, sondern abwarten, ob sich mir eine günstige Gelegenheit zu diskretem Eingreifen bietet. Andererseits ist es aber auch möglich, daß das liberale Flottenprogramm so sehr von den Ansichten der Konservativen abweicht, daß eine Einigung ausgeschlossen erscheint. In dem Falle würde ich jegliche Einmischung vermeiden. Diese könnte überhaupt nicht offizieller Natur sein, sondern höchstens meiner persönlichen Initiative auf Grund meiner langjährigen Bekanntschaft mit den betreffenden Persönlichkeiten, wobei ich hauptsächlich an Balfour, Lansdowne, Asquith, Haldane und Grey denke, entspringen." Dazu hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg am Rande bemerkt: „Ich halte den Vorschlag für gut. Bei der Schwäche der gegenwärtigen Regierung muß man binnen Jahresfrist auf neue Wahlen rechnen. Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß in diesem neuen Wahlkampf die Flottenfrage keine Rolle mehr spielt." Indessen bekehrte sich der Reichskanzler auf Grund einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Stumm vom 16. Februar zu einer anderen Auffassung, die in dem Briefe vom 21. Februar ihren Ausdruck fand. Der erste Teil dieses Briefes, der der Bagdadbahnfrage gewidmet ist, findet sich in Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9996.

der Neuwahlen gestaltet haben, muß mit der Möglichkeit einer abermaligen Parlamentsauflösung in absehbarer Zeit gerechnet werden. Wir haben ein dringendes Interesse daran, daß bei diesem neuen Wahlkampf die Flottenfrage keine Rolle mehr spielt. Eine Einigung der beiden Parteien bedeutet nun aber, wie Sie selbst hervorheben, ein starkes Flottenprogramm, auf alle Fälle ein Hinausgehen über den Rahmen der von der liberalen Regierung bisher befolgten Flottenpolitik. Dieser Umstand macht meines Erachtens eine Beteiligung Ihrerseits an etwaigen Einigungsbestrebungen zur Unmöglichkeit. Ich kann, falls etwas über Ihre Vermittlertätigkeit bekannt werden sollte, eine Möglichkeit, mit der doch immerhin zu rechnen ist, weder mich selbst noch Sie dem Vorwurf aussetzen, der zweifellos von mehr als einer Seite erhoben werden würde, an der Stärkung der englischen Wehrmacht mitgearbeitet zu haben. Dazu kommt, daß Ihr Eingreifen, bei aller Umsicht, voraussichtlich in England Mißtrauen erregen und als eine unberufene Einmischung in eine Frage der nationalen Verteidigung empfunden werden würde. Es könnte das zu den ernstesten Konsequenzen führen, nicht nur für Ihre eigene Stellung, sondern auch für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Ich kann Ihnen daher nur absolute Zurückhaltung in der Sache anempfehlen und bitte Sie, es sorgfältig zu vermeiden, den Anschein hervorzurufen, als ob wir an der Gestaltung der englischen Flottenfrage nach der einen oder der anderen Richtung irgendwie interessiert wären.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10373

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 3. März 1910

Gestern* wurde von dem liberalen Mitgliede Mr. Lough folgende Frage an Mr. M'Kenna gerichtet:

„Ist die Admiralty noch der Meinung, daß Deutschland im Frühjahr 1912 17 Linienschiffe vom Dreadnought-Typ vollendet haben wird, wie von ihm (First Lord) am 16. März 1909 behauptet worden ist; wenn nicht, was war die jetzige Schätzung über die Zahl der deutschen Linienschiffe für obigen Zeitpunkt, als diese neuen ‚estimates' (supplementary estimates) aufgestellt wurden, und hat sie zu einer entsprechenden Kürzung der Ausgaben für Vorbereitungen der Marine in diesem Lande geführt?"

* In dem nach Abschluß der englischen Neuwahlen am 21. Februar wiedereröffneten Parlament begann am 2. März die Beratung des Marinenachtragsetats, was sofort Anlaß zu neuen Erörterungen über das englisch-deutsche Flottenverhältnis Anlaß gab.

Mr. M'Kenna antwortete: „Augenblicklich sind in Deutschland 13 Schiffe des Dreadnought- und Invincible-Typs fertig bezw. im Bau. Vier weitere sollen im kommenden Finanzjahre auf Stapel gelegt werden; da aber, wie es heißt, die Bauaufträge noch nicht erteilt sind, so ist es noch nicht möglich, mit Sicherheit zu schätzen, zu welchem Zeitpunkte sie vollendet sein werden. — Ich möchte hinzufügen, daß ich nicht anerkennen kann, daß der Fragesteller meine im vergangenen März ausgesprochene Meinung richtig aufgefaßt hat."

Die weitere Frage Mr. Loughs lautete:

„Ist der First Lord jetzt der Ansicht, daß zu irgend einem Zeitpunkte des Jahres 1912 17 Dreadnoughts vorhanden sein werden?"

Mr. M'Kenna antwortete: „Da die Bauaufträge für die vier Schiffe des nächsten Finanzjahres noch nicht erteilt sind, ist es nicht möglich, eine sichere Schätzung anzustellen, ich möchte daher den Fragesteller auf meine Ausführungen des vergangenen Jahres verweisen."

— Im vergangenen Jahre hatte aber Mr. M'Kenna die Meinung geäußert, daß mit Beschleunigung 17 Schiffe im Frühjahr 1912, und ohne Beschleunigung 14 Schiffe im Herbst 1912 fertiggestellt sein würden*. Er hält also persönlich auch heute noch trotz der im März 1909 durch den Herrn Botschafter an den Premierminister abgegebenen Erklärungen und trotz der in den Kommissionssitzungen des Reichstages vom 17. und 18. März 1909 gemachten Angaben des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts an dieser Meinung fest.

Indem er weiter durch seine gestrige Äußerung: „Da aber, wie es heißt, die Bauaufträge noch nicht erteilt sind, so ist es nicht möglich, mit Sicherheit zu schätzen, zu welchem Zeitpunkte sie vollendet sein werden", es zum mindesten als möglich erscheinen läßt, als ob die Schiffe des Etats 1910/11 doch noch im Jahre 1912 fertiggestellt sein könnten, erweckt er wiederum wissentlich Verdacht gegen die deutsche Regierung.

Ich halte daher eine erneute baldige Richtigstellung der Äußerungen Mr. M'Kennas in der Öffentlichkeit für angebracht.

(gez.) Widenmann

Nr. 10374

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 184 London, den 10. März 1910

Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob die Erklärung des deutschen Reichskanzlers im Reichstag betreffend die deutsch-englischen Bezie-

* Vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10273, 10274.

hungen* das in nächster Zeit dem Parlament vorzulegende Marinebudget in einschränkendem Sinne beeinflussen werde, erwiderte Mr. M'Kenna:

„Der freundschaftliche Ton in der Rede des deutschen Reichskanzlers wird voll erwidert. Doch muß ich betonen, daß der Voranschlag für unsere Marine nicht von der Voraussetzung ausgeht, daß sich andere Nationen gegen uns unfreundlich zeigen werden oder umgekehrt. (Hört, hört.) Unser Marinebudget ist entworfen, um das bisherige Verhältnis unserer Seemacht aufrechtzuerhalten, und um sich den Ausgaben für die Marine anderer Länder anzupassen. Ich habe nicht gehört, daß irgendwelche öffentliche Äußerungen deutscher Minister die Absicht, das gesetzlich festgelegte deutsche Marineprogramm zu modifizieren, angedeutet haben."

Auf die weiteren Fragen, ob denn die freundschaftlichen Versicherungen von Nachbarnationen die Höhe der englischen Seerüstungen nicht zu beeinflussen imstande seien, und ob nicht auf die Rede des Reichskanzlers hin eine Einschränkung des deutschen Marinebudgets stattfinden werde, erwiderte Mr. M'Kenna, er glaube, diese Fragen schon genügend beantwortet zu haben.

P. Metternich

---

* Am 5. März hatte sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstage bei der Beratung des Marineetats kurz über die deutsch-englischen Beziehungen und die Flottenfrage ausgelassen. U. a. sagte er:
„Unser Verhältnis zu England liegt klar und offen vor jedermanns Augen. Daß wir unsere Flotte nicht zu aggressiven Zwecken bauen, sondern lediglich, weil wir überzeugt sind, zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels einer aktionsfähigen Seemacht zu bedürfen, ist so oft ausgesprochen worden, nicht nur hier von der Bundesratsbank aus, sondern auch aus der Mitte des Reichstags heraus, daß ich nicht wiederholen will, was nun einmal feststeht. Und ebenso ist durch unser Flottengesetz aller Welt bekannt, in welchem Umfange und in welchem Zeitabschnitt wir Schiffe bauen werden. Nichts vollzieht sich dabei heimlich oder in Formen, die irgendeiner anderen Macht feindselig wären oder sie bedrohten, oder welche auch nur den Verdacht solcher Feindseligkeit oder Bedrohung hervorrufen könnten. Und schließlich liegt ebenso offen unser Wunsch zutage, unbefangen und aufrichtig ein freundschaftliches Verhältnis zu England zu pflegen ... Unsere auswärtige Politik, nicht nur England, sondern allen Mächten gegenüber, ist lediglich darauf gerichtet, die wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands frei zur Entfaltung zu bringen. Diese Richtlinie ist nicht künstlich gewählt, sondern ergibt sich von selbst aus dem Dasein dieser Kräfte. Ich sehe nicht ein, weshalb dies freundschaftliche Beziehungen zu einem Lande stören sollte, das uns wirtschaftlich und kulturell so nahe verbunden ist wie England. Den freien Wettbewerb anderer Nationen kann keine Macht auf der Erde mehr ausschalten oder unterdrücken. Wir sind alle darauf angewiesen, in diesem Wettbewerb nach den Grundsätzen eines ehrlichen Kaufmanns zu verfahren. Ich bin überzeugt, daß sich auf dieser Grundlage die vertrauensvollen Beziehungen, die wir mit der englischen Regierung unterhalten, günstig fortentwickeln und die Volksstimmungen in dem gleichen Sinne beeinflussen werden."

Nr. 10375

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 11. März 1910

Sir Edward Grey sagte mir, daß am 29. d. Mts. die Resolutionen betreffend das House of Lords* im Unterhause vorgebracht werden, und daß bis zum 15. April ebendaselbst über das letztjährige Budget abgestimmt werden wird. Nachher würde eine Vertagung des Hauses bis nach Pfingsten stattfinden. Es sei ausgeschlossen, daß bis zum 15. April die Resolutionen über das Oberhaus bindende Kraft erlangen könnten. (Die Nationalisten verlangen, daß erst die Vetofrage endgültig geregelt wird, ehe über das Budget votiert werden soll.) Gefalle dies den Irländern nicht, so müßten sie gegen das Budget stimmen. In dem Falle würde die Regierung entweder Neuwahlen ausschreiben oder eine neue Regierung durch Mr. Balfour bilden lassen, die dann auch bald zu Neuwahlen schreiten müßte. — Juli d. Js. ist nach allgemeiner Ansicht der späteste Termin für Neuwahlen, auch wenn die Irländer für das Budget stimmen.

Das Marinebudget für 1910/11 ist gestern veröffentlicht worden. Es beträgt, wie ich schon vor längerer Zeit berichtet habe, rund £ 40000000, also eine Vermehrung von rund £ 5000000 gegen das Vorjahr. Im vorigen Jahre waren acht große Schiffe bewilligt worden, für dieses Jahr sind fünf große Schiffe vorgesehen. Die Verhandlungen beginnen am nächsten Montag und dauern etwa bis Donnerstag derselben Woche. Mit dem 40 Millionen-Etat ist die Opposition im großen und ganzen zufriedengestellt. Sie wird aber, wie ich höre, sechs statt fünf großer Schiffe verlangen. Wenn es über diesen Punkt nicht zu heftigen Debatten kommt, so werden diese selbst voraussichtlich weit ruhiger verlaufen als im letzten März, und es ist Aussicht vorhanden, daß die Flottenfrage dem Parteikampf entrückt wird. Es würde damit eine relative Beruhigung eintreten, die für die deutsch-englischen Beziehungen von entschiedenem Nutzen wäre. Nach der ganzen Entwickelung des letzten Jahres war es vorauszusehen, und es konnte kaum zweifelhaft bleiben, daß hier ein starkes Flottenprogramm eintreten würde.

Wenn ich in meinem letzten Briefe vom 10. v. Mts.** die Frage erörterte, ob ich bei den leitenden Staatsmännern dafür eintreten dürfe, im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen die Flottenfrage der

---

* Am 24. Februar hatte im Oberhause Lord Rosebery, nachdem schon die Thronrede vom 21. Februar Vorschläge zu einer Reform des Oberhauses angekündigt hatte, einen Antrag in dieser Richtung zum 14. März angemeldet. Am 29. März gelangten dann auch im Unterhause die Resolutionen betreffend eine einschneidende Veränderung des Oberhauses zur Beratung.

** Vgl. Nr. 10372, Fußnote *.

Parteipolitik zu entheben, falls sich mir dazu Gelegenheit böte, und falls ich die Situation für geeignet hielte, so war es gewiß nie meine Absicht gewesen, einer Vermehrung der englischen Flotte das Wort zu reden, sondern ich würde mich darauf beschränkt haben, auf die üblen Folgen hinzuweisen, die aus dem Parteikampfe über die Flotte durch das ewige Hereinzerren Deutschlands erwüchsen. Ich bin auch jetzt noch der Ansicht, daß es ein Glück wäre, wenn die Parteien sich über die Flotte einigten. Eine starke Flotte wird hier doch gebaut, ob sie sich nun einigen oder nicht. Die größte Gefahr aber für die Verschärfung der deutsch-englischen Beziehungen liegt nach wie vor in dem Umstande, daß durch den Kampf der Parteien keine Beruhigung hier eintreten kann. Deckt die Opposition hingegen das Flottenprogramm der Regierung, so tritt das Gespenst der deutschen Gefahr mehr zurück, indem die Nation dann den Glauben zurückgewinnt, daß die Verteidigungsmaßregeln nicht mehr vernachlässigt werden. Hiermit zieht das Gefühl der Sicherheit wieder ein.

Ihre eventuelle Genehmigung hatte ich auch nur im Hinblick darauf erbeten, daß mir zu Hause eventuell der ungerechtfertigte Vorwurf gemacht werden könnte, ich wäre für die Vermehrung der englischen Wehrkraft zur See eingetreten. Für diesen Fall nur wünschte ich durch Ihre Autorität gedeckt zu sein. Diese auch für mein hiesiges Verhalten in Anspruch zu nehmen, lag mir fern. Ich würde hier auf eigene Verantwortung gehandelt haben, und ich hege nicht die geringste Besorgnis, daß mir hier der Vorwurf der Einmischung in innere Verhältnisse gemacht worden wäre, falls ich Zeit, Gelegenheit und Umstände zum Eingreifen für passend erachtet hätte.

Ich habe mir gestattet, diese Bemerkungen einzuflechten, da sie die Anregung aus meinem letzten Briefe näher zu erläutern geeignet sind. Diese selbst ist natürlich infolge Ihrer inzwischen ergangenen ablehnenden Antwort hinfällig geworden. Übrigens würde ich, auch wenn Sie anders entschieden hätten, nicht in die Lage gekommen sein, in dem von mir angeregten Sinne zu wirken.

Die Unsicherheit ihrer Existenz und die bevorstehenden Marinedebatten mögen zwei Gründe bilden, weshalb die Regierung bisher davon abgehalten worden ist, durch Sir Edward Grey und durch Sir Edward Goschen die aufgeschobenen Besprechungen über ein Flottenabkommen wieder aufzunehmen. Ich enthalte mich bei Sir Edward Grey sorgfältig jeder Andeutung über seine Absichten in dieser Hinsicht. Wenn die Verhandlungen der nächsten Woche über den Marineetat mit ihren unausbleiblichen Aufregungen und Angriffen gegen uns vorüber sind, so hat die Regierung einen festen Boden, von dem aus sie die Verhandlungen mit uns wieder fortsetzen könnte. Ich bin der Ansicht, daß sie auch jetzt noch den größten Wert darauf legen würde, zu einem Abkommen mit uns über die Verlangsamung des Bautempos zu gelangen.

Ich bin aber ferner der Ansicht, daß sie in ihren Hoffnungen stark herabgedrückt worden ist durch den Besuch Seiner Königlichen Hoheit

des Prinzen Heinrich in London*, und daß sie jetzt wohl kaum mehr an die Möglichkeit einer Vereinbarung glaubt. Der Prinz, dem von allen Seiten mit ganz besonderer Zuvorkommenheit entgegengekommen worden ist, sagte mir zwar, daß sein Besuch lediglich privater Natur sei, zugleich sagte er mir aber auch, daß sowohl Seine Majestät der Kaiser wie auch Euere Exzellenz ihn vor der Reise über die wichtigen, England berührenden Fragen informiert hätten. Ich vermute, daß hiermit unsere Verhandlungen mit England über ein Flottenabkommen gemeint waren. Ich habe Seine Königliche Hoheit hierüber nicht näher gefragt und ihm auch meinerseits nichts mitgeteilt. Jedenfalls sprach er sich stark ablehnend über ein Flottenabkommen gegen mich aus. Auch ist es mir aus Bemerkungen des hiesigen Marineattachés längst klar geworden, daß Admiral von Tirpitz den Gedanken eines Abkommens aufgegeben hat. Es ist zu vermuten, daß Seine Majestät der Kaiser auf demselben Standpunkte steht, sonst würde sein Herr Bruder, mit frischen Instruktionen von Seiner Majestät kommend, wohl schwerlich so entschieden gegen eine Vereinbarung hier aufgetreten sein. Er hat mit den leitenden Persönlichkeiten, insbesondere mit dem Herrn Premierminister, mit Balfour und Haldane lange und eingehende Gespräche geführt über die Themata: Gelbe Gefahr (japanische), Geringfügigkeit unserer Flotte gegenüber der englischen und Unmöglichkeit einer „Abrüstung zur See". Unsere Flotte bilde keine Gefahr für England, sie werde vielmehr noch einmal im Verein mit der englischen die Asiaten zurückzuwerfen haben. So ungefähr hat er sich ausgesprochen. Es wurde mir gesagt, der Prinz habe ähnliche Anschauungen wie die des „Daily Telegraph"-Interview vorgebracht. Ich fürchte, der Prinz hat durch Betonung der gelben Gefahr ebenso wenig Konvertiten hier gemacht wie mit Bezug auf die Harmlosigkeit unserer Flotte gegenüber England. Herr Balfour sagte mir unmittelbar nach Beendigung seines Gespräches mit dem Prinzen, er glaube nicht im geringsten an die gelbe Gefahr, und er fügte etwas spöttisch hinzu: „If one listens to Prince Henry one should think that you have no fleet at all," worauf ich erwiderte: „As compared with the English fleet, ours is indeed very small."

Dagegen hat Seine Königliche Hoheit mit Erfolg die Hoffnung auf

---

* Prinz Heinrich von Preußen, der am 27. Januar 1910 den honorary rank of Admiral of the Fleet erhalten hatte, traf am 15. Februar mit seiner Gemahlin zum Besuch des englischen Hofes in London ein. Er wurde im allgemeinen mit großer Wärme aufgenommen; immerhin fehlte es nicht ganz an unfreundlichen Kommentaren in der englischen Presse. Zu einem Artikel des „Globe", in dem verlangt wurde, daß Prinz Heinrich autorisiert werde, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um das berechtigte englische Mißtrauen zu beseitigen, bemerkte der Kaiser: „Heinrich ist kein Sühneprinz! Das muß den Briten klargemacht werden. Auch der Artikel von gestern im ‚Daily Telegraph' über die französische Marine, in welchem das Selbstverständliche des Zusammenstehens der englischen und französischen Flotte in der Nordsee betont wird, enthebt uns jeden Zartgefühls England gegenüber; England muß sich mit unserem Standpunkt abfinden."

eine Flottenverständigung gedämpft. Mrs. Asquith, die lebhafte und nicht sehr diskrete Frau des Premierministers, äußerte vor einigen Tagen bei Tisch: „There won't be an agreement with Germany over the fleet, as Prince Henry says the question is not within the range of practical politics."

P. Metternich

Nr. 10376

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift*

Nr. 197 London, den 15. März 1910

Gestern hat im Unterhaus die Debatte über den Marineetat begonnen. Der Erste Lord der Admiralität, Mr. M'Kenna, führte aus, daß er sich seiner großen Verantwortlichkeit bewußt sei, wenn er dem Hause ein Flottenbudget von £ 40600000 vorlege. Dieser Schritt sei indessen eine gebieterische Notwendigkeit. Sein Voranschlag sei weder übertrieben hoch noch unzureichend. Die Ausgabenerhöhung gegen das Vorjahr falle hauptsächlich den Neubauten zur Last. Von den fünf projektierten neuen Schiffen würden zwei auf Regierungswerften gebaut, drei an Privatunternehmer vergeben werden. Dazu kämen noch die zwei von der australischen und neuseeländischen Regierung gebauten Schiffe, die in dem Budget natürlich nicht erwähnt worden seien. Diese beiden Schiffe würden während des Sommers 1912 noch in den europäischen Gewässern bleiben, sodaß sie den bis März 1912 vollendeten 20 Schiffen des Dreadnought-Typs zugerechnet werden könnten. Bis die beiden australischen Schiffe die englischen Gewässer verließen, würden die fünf neuen Schiffe fertiggestellt sein. Demnach sei für das ganze Jahr 1912 bis zum 31. März 1913 die absolute Überlegenheit der englischen Flotte in dieser neuesten Schiffsklasse gesichert. Daß die Werften Englands auf der erforderlichen Höhe der Leistungsfähigkeit ständen, ergebe sich schon daraus, daß zu gleicher Zeit 15 jener großen Schiffe sich im Bau befinden würden. Ferner dürfe man nicht die älteren Schiffe vergessen. Auch in dieser Klasse werde durch die vorhandenen Fahrzeuge der Zwei-Mächte-Standard durchaus aufrechterhalten.

Mr. M'Kenna verteidigte sich dann gegen den Vorwurf, als wenn England zuerst den Dreadnought-Typ eingeführt und dadurch die enorme Steigerung der Marineausgaben verursacht habe. Tatsächlich habe Japan

---

* Das Original des Berichts ist an den Kaiser gegangen und von diesem an den Staatssekretär des Reichsmarineamts gegeben worde. Wie aus einem Journalvermerk hervorgeht, ist das Original vom Reichsmarineamt nicht wieder an das Auswärtige Amt zurückgelangt.

fünf Monate vor der Inbaugabe des „Dreadnought“ mit dem Bau der viel größeren „Satsuma“ begonnen.

Was die kleineren Fahrzeuge betreffe, so sehe das diesjährige Programm den Bau von fünf Schiffen des Bristol- und Boadicea-Typs vor. Ferner würden 20 neue Torpedojäger für die heimischen Gewässer beantragt. Auf Unterseeboote sollten £ 750000 verwandt werden.

Das Schiffsbauprogramm sei entworfen auf Grund der Bauprogramme anderer Staaten. Er möchte indessen auf diese nicht im einzelnen eingehen, damit ihm nicht wie im letzten Jahre vorgeworfen werde, er rufe eine Flottenpanik hervor. Er stelle indessen fest, daß die Schiffsbauprogramme der anderen Staaten keine Verminderung erfahren hätten.

Auf verschiedene Zwischenfragen wegen der Stärke der deutschen Flotte im Jahre 1912 antwortete Mr. M'Kenna, daß er seine Angaben, die er über diesen Punkt im letzten Jahre gemacht habe, voll aufrechterhalte und von ihnen nichts zurückzunehmen habe. Gegenwärtig seien 13 deutsche Dreadnoughts im Bau begriffen. Vier weitere Dreadnoughts seien programmäßig im Finanzjahre 1910/11 in Angriff zu nehmen. Dies könne zu jedem Zeitpunkt innerhalb des genannten Jahres, also auch schon am 1. April 1910 geschehen. Nötigenfalls könnten diese Schiffe ebenso schnell wie die „Nassau“ und „Westphalen“, nämlich in zwei Jahren und zwei Monaten, fertiggestellt werden*.

Sein Programm treffe Vorkehrung gegen jegliche Möglichkeit, und er hoffe, daß seine Worte nicht Raum gäben für irgendeine Panik oder den Gedanken, daß eine befreundete Macht ihr Schiffsbauprogramm in einer englandfeindlichen Absicht ändere und beschleunige. Er habe mit den realen Tatsachen zu rechnen, und sein Programm sei unter Beobachtung aller Vorsicht aufgestellt zu dem Zwecke, die englische Suprematie zur See aufrechtzuerhalten.

Gegen die Regierungsvorlage machte das Mitglied der Opposition, Mr. Lee, früherer Zivillord der Admiralität, vor allem geltend, daß die in

---

* Am 16. März erging im Hinblick auf diese Auslassungen M'Kennas, die die amtlichen deutschen Richtigstellungen erneut ignorierten, an Graf Metternich die folgende Weisung: „Ew. pp. Ermessen möchte ich anheimstellen, ob Sie bei dieser Gelegenheit Sir E. Grey Ihr Befremden und Bedauern darüber zum Ausdruck bringen wollen, daß Herr M'Kenna in seinen jüngsten Äußerungen über die Durchführung des deutschen Flottenprogramms die von uns abgegebenen bestimmten amtlichen Erklärungen erneut ignoriert hat. Es ist in der Tat kaum erstaunlich, daß der antideutsche Chauvinismus in England immer weitere Kreise erfaßt und immer unverhüllter hervortritt, wenn ein verantwortlicher englischer Minister, anstatt dem bestehenden Mißtrauen entgegenzutreten, diesem dadurch neue Nahrung zuführt, daß er im Parlament immer wieder Zweifel an der Loyalität unserer Erklärungen durchblicken läßt. Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß sich Herr M'Kenna im Hinblick auf seine Stellungnahme im vergangenen Jahre in einer schwierigen Lage befindet, und wir haben kein Interesse daran, ihm den Rückweg zu erschweren. Vielleicht verdient es daher den Vorzug, daß Ew. pp. sich darauf beschränken, bei sich bietender Gelegenheit Herrn M'Kenna in freundschaftlicher Form ins Gewissen zu reden.“

den Etat eingestellten Beträge zu niedrig seien. Sie genügten weder, um das Regierungsprogramm zu verwirklichen, noch um den Zwei-Mächte-Standard aufrechtzuerhalten. Deutschland und die Vereinigten Staaten hätten für ihre Flotte zusammen 50 Millionen Pfund ausgeworfen. Diesen ständen im englischen Etat nur 42 Millionen gegenüber. Die deutschen Flottenausgaben seien in fünf Jahren von 5 auf $21^3/_4$ Millionen Pfund angewachsen. Diesem Anwachsen entspreche die Erhöhung des englischen Marineetats in keiner Weise. Es sei sehr schwierig, sichere Angaben über das deutsche Flottenprogramm und seine Ausführung zu machen. Den einzigen sicheren Anhalt gäbe der Etat. Er wolle gar nicht sagen, daß Deutschland oder eine andere Macht den Rahmen ihres Flottengesetzes überschritten. Im Gegenteil, es sei ganz sicher, daß die Deutschen sich innerhalb dieses Rahmens gehalten hätten. Die Gefahr liege aber in der Dehnbarkeit des deutschen Flottenprogramms und der deutschen Leistungsfähigkeit im Schiffsbau. Er erwarte, daß im Laufe der Sitzungsperiode noch Nachtragsforderungen eingebracht würden.

Der nächste Redner, Mr. Barnes, Präsident der Labour Party, beklagte, daß die liberale Regierung unter dem Druck der Opposition die alten Prinzipien der Sparsamkeit verlassen habe. Er sprach mit Bedauern von der Flottenpanik, die im vorigen Jahre geherrscht habe. Keine der damals ausgesprochenen Befürchtungen habe sich bewahrheitet. Ein Krieg zwischen England und Deutschland werde für Sieger wie Besiegte die verhängnisvollsten Folgen haben. Wie dies der deutsche Botschafter so treffend ausgesprochen habe*, machten die internationalen Kreditverhältnisse und der Einfluß der internationalen Finanz einen Krieg nahezu zur Unmöglichkeit. Lord Charles Beresford, der alsdann das Wort ergriff, wandte sich in schärfster Weise gegen die Regierung und ihre Flottenvorlage, doch mußte er sich wiederholt tatsächliche Richtigstellungen seitens des Ersten Lords der Admiralität gefallen lassen. Unter anderm bestritt Mr. M'Kenna die Behauptung, daß er in einer Sitzung des Ausschusses Mitteilung über die Bedrohung der Handelsstraßen durch armierte Handelsschiffe gemacht habe. Lord Beresfords Ausstellungen gipfelten in dem Vorschlage, eine Anleihe von 68 Millionen Pfund aufzunehmen und daraus Schiffsneubauten für eine Reihe von Jahren zu bestreiten.

Der konservative Abgeordnete Sir Fortescue-Flannery beklagte, daß die Regierung das Cawdor-Programm seinerzeit nicht ausgeführt habe. Gegenüber der Stärke der neuen deutschen Dreadnoughts genügten die geplanten englischen Neubauten nicht, um den Zwei-Mächte-Standard aufrechtzuerhalten. Die Worte, die Prinz Heinrich von Preußen in Hamburg gesprochen habe**, verdienten in den Annalen des britischen

* Vgl. Nr. 10369, S. 284, Fußnote *.

** Am 12. März hatte Prinz Heinrich auf einem Liebesmahl des Ostasiatischen Vereins in Hamburg eine Ansprache gehalten, in der er mit Bezug auf England sagte: „Man wisse, er sei vor wenigen Tagen aus dem Lande jenseits des Kanals zurückgekehrt.

Parlaments verzeichnet zu werden. Auch er sei der Ansicht, daß gegenseitiges Vertrauen die beste Gewähr für den Frieden sei. Aber dieses Vertrauen müsse auch auf der wechselseitigen Achtung für die Vorbereitungen beruhen, die jedes Land zu seiner Verteidigung treffe.

(gez.) Metternich

Nr. 10377

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 18. März 1910

Ich bin in den letzten Tagen durch die parlamentarischen Geschäfte so sehr in Anspruch genommen gewesen, daß ich erst heute dazu komme, auf Ihren Brief vom 11. d. Mts.* zu antworten.

Ich habe allerdings mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Heinrich vor seiner Abreise nach England eingehend über die politische Frage und insbesondere auch über unser Verhältnis zu England gesprochen. Dagegen habe ich es vermieden, dem Prinzen gegenüber unsere Verhandlungen mit der englischen Regierung in der Rüstungsfrage zu erwähnen, da ich mich hierzu nicht für berechtigt hielt. Inwieweit Seine Königliche Hoheit durch Seine Majestät den Kaiser unterrichtet worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Im übrigen habe ich den Prinzen dringend und inständig gebeten, politischen Gesprächen, wenn irgend möglich, aus dem Wege zu gehen und wo solche, zum Beispiel mit dem Könige, sich nicht vermeiden ließen, sich auf möglichst anodyne Äußerungen zu beschränken.

Aus Ihren Mitteilungen muß ich leider entnehmen, daß sich der Prinz diese Zurückhaltung nicht auferlegt und an maßgebenden Stellen den Eindruck hervorgerufen hat, daß sich in unseren Anschauungen über die Möglichkeit eines Flottenabkommens mit der englischen Regierung ein Wandel vollzogen hat. Das ist keineswegs der Fall. Wir stehen noch

---

Dankbaren Herzens sei er von dort geschieden. Gastfreundschaft, Liebe, Offenheit, seien die Fundamente, auf denen das Wesen der englischen Vettern beruhe. Er sei absolut inoffiziell drüben gewesen; aber er habe mit vielen maßgebenden Persönlichkeiten gesprochen, und er könne versichern, daß uns von England eine ehrliche, aufrichtige Freundschaft entgegengebracht werde. Aggressives Vorgehen liege den dortigen Regierungskreisen völlig fern. Das beruhe aber auf Gegenseitigkeit. Nichts dürfe unterbleiben, das Vertrauen der beiden Mächte zu stärken. Das alte Wort, Vertrauen gegen Vertrauen, behalte hier seine Geltung. Die Deutschen hätten mit den Engländern in Ostasien Schulter an Schulter gestanden und die Erfahrung gemacht, daß die beiderseitigen Interessen durch gegenseitiges Vertrauen gefördert würden. Im Seeoffizierkorps seien die freundschaftlichen Gefühle aufrichtig vorhanden. Dafür stehe er ein."

* Siehe Nr. 10375.

auf demselben Standpunkt, den wir eingenommen haben, als die Verhandlungen auf Wunsch der englischen Regierung abgebrochen wurden, und ich halte es für dringend geboten, daß Sie ungesäumt eine Gelegenheit suchen, die leitenden englischen Persönlichkeiten hierüber aufzuklären. Sollten Ihnen die Äußerungen des Prinzen entgegengehalten werden, so werden Sie sagen können, daß hochderselbe der Politik im allgemeinen fernstehe und daher anscheinend über die Ansichten der Regierung nicht informiert sei.

Ich lege Wert darauf, daß Sie in diesem Sinne noch vor Antritt des erbetenen Urlaubs tätig sind.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10378

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 231 London, den 23. März 1910

Ich habe im Laufe eines längeren Gesprächs gestern Gelegenheit genommen, Sir Edward Grey darauf hinzuweisen, daß Herr M'Kenna unsere Erklärungen über die Anzahl von deutschen Dreadnoughts im Jahre 1912 immer noch ignoriere.

Der Minister erwiderte, seines Wissens habe Herr M'Kenna die Richtigkeit unserer Erklärung niemals in Abrede gestellt[1], sondern nur darauf hingewiesen, daß, falls neue Umstände es der deutschen Politik erforderlich erscheinen ließen, durch gesteigerte Anspannung der vorhandenen Schiffsbaukräfte die für das Jahr 1910/11 nach dem Flottengesetz zu erwartenden Neubauten auch früher als im Gesetz vorgesehen und jetzt beabsichtigt fertiggestellt werden könnten[1]. Auch er, Sir E. Grey, habe im vorigen Jahre unsere Erklärung nur als die Feststellung unserer Absicht (declaration of intention), nicht aber als ein bindendes Versprechen aufgefaßt. Herr M'Kenna habe keinen Zweifel an der Loyalität unserer Erklärung ausgedrückt. Da wir aber vollkommen berechtigt seien, von unserer bestehenden Absicht abzuweichen[2], falls neue Verhältnisse es erforderten, so müsse auch hier mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß unsere Schiffe zu einem früheren Datum fertig sein könnten, als wir es augenblicklich beabsichtigten.

Ich setzte dem Minister auseinander, daß Herr M'Kenna bei den letzten Debatten falsch exemplifiziert habe mit der Behauptung, daß die „Nassau" und „Westfalen" in 26 Monaten erbaut worden wären. Nach mir erteilter Auskunft des Marineattachés seien diese beiden Schiffe schon ein Jahr früher bewilligt worden, als Mr. M'Kenna im Unterhause angegeben habe, und ihre Bauzeit habe daher nicht 26, sondern über

40 Monate betragen. Durch solche falsche Angaben entstehe dann der Glaube an eine Beschleunigung unseres Schiffsbauprogramms, was tatsächlich nicht der Fall sei*.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Können wir nicht! Da die Baurathen nur durch Act of Parliament nicht durch einen Beschluß des R[eichs]M[arine]A[mts] geändert werden können.

Nr. 10379

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 23. März 1910

Infolge Ihres Briefes vom 18. d. Mts.** habe ich gestern Gelegenheit genommen, Sir Edward Grey im Laufe des Gesprächs darauf hinzuweisen, daß wir in der Flottenfrage auf demselben Standpunkt ständen wie im vorigen November, als die Verhandlungen auf seinen Wunsch unterbrochen worden seien. Der Minister erwiderte, daß die unsichere Lage der Regierung ihm noch nicht erlaubt hätte, der Angelegenheit wieder näher zu treten. Die ganze Frage drehe sich eigentlich darum, ob wir gewillt seien, unser Flottenprogramm zu ändern. Ich frug ihn: „Was verstehen Sie unter Programm?" Er antwortete: „Das deutsche Flottengesetz"; worauf ich erwiderte: „Von einer Änderung unseres Flottengesetzes ist nie die Rede gewesen." Darauf der Minister: „Dann wird es schwer halten, die Kosten herabzusetzen, worauf es uns in England ankommt, denn wir müssen unser Flottenbudget nach dem Ihrigen richten." Ich spann das Gespräch nicht weiter fort, und der Minister bemerkte nur noch, daß er hoffe, nach Erledigung der Resolutionen über das Oberhaus in einigen Wochen die Angelegenheit wieder aufnehmen zu können, falls er dann überhaupt noch auf seinem jetzigen Platze stehe.

Falls der Minister auch in einigen Wochen die Frage pro forma wieder anregt, so halte ich es doch für ausgeschlossen, daß bei der Unsicherheit der Stellung der Regierung und bei den in Aussicht stehenden Wahlen die Verhandlungen mit Nachdruck geführt werden können. Hierzu bietet sich erst die Möglichkeit, nachdem eine einigermaßen geklärte innere

* Admiral von Tirpitz nahm im Hinblick auf die Auslassungen M'Kennas im Unterhause Veranlassung, in einem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 24. März veröffentlichten ausführlichen Artikel (siehe denselben auch in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1910, S. 209f.) die Irrtümer des Ersten Lords der Admiralität richtig zu stellen.

** Siehe Nr. 10377.

Lage hergestellt sein wird. Minister, die nicht wissen, ob sie in acht Tagen noch da sind, können über eine Frage von dieser Bedeutung nicht ernstlich verhandeln. Es kann ihnen höchstens darauf ankommen zu konstatieren, daß die Geneigtheit zum Weiterverhandeln noch vorhanden ist.

Sir Edward Grey machte keinerlei Andeutungen in betreff der Gespräche, die Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich hier geführt hat. Ich berührte daher dieses Thema ebenfalls nicht. Ich habe den Premierminister, der morgen über Ostern fortfährt, nicht gesehen und hielt es für bedenklich, ihn in dieser für ihn sehr bewegten und in Anspruch genommenen Zeit um eine Unterredung zu ersuchen, nur um ihm mitzuteilen, daß wir noch auf demselben Standpunkte wie im letzten November ständen. Ein solcher Schritt würde etwas sehr Ungewöhnliches gehabt und ihn notwendig auf die Vermutung gebracht haben, daß wir mit Gewalt auf Wiederanknüpfung der Verhandlungen drängen oder sonst irgend etwas im Schilde führen. Denn es kann ihm nicht zweifelhaft sein, daß auch wir wissen, daß die prekäre Lage der Regierung es ihr für den Augenblick nicht ermöglicht, Verhandlungen über die Flottenfrage ernstlich zu betreiben. Meine Information an Sir Edward Grey dürfte aber auch genügen, um etwa entstandene Zweifel an unserer Bereitwilligkeit zu widerlegen. Der englische Ministerpräsident hat nicht dieselbe Stellung mit Bezug auf die auswärtige Politik wie der deutsche Reichskanzler. Er überläßt die Leitung der äußeren Politik in weit höherem Maße seinem koordinierten Kollegen. Es ist äußerst selten, daß ein hiesiger Botschafter Gelegenheit hat, mit einem Ministerpräsidenten eine Frage der aktuellen auswärtigen Politik zu besprechen, und ich möchte annehmen, daß die Mehrzahl meiner Kollegen überhaupt noch nie ein derartiges Gespräch mit Mr. Asquith geführt haben. Ich könnte dies zwar auf Grund meiner persönlichen Stellung und Bekanntschaft mit den leitenden Persönlichkeiten tun, glaubte aber in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich aus den angegebenen Gründen in dem vorliegenden Falle davon abgesehen habe.

P. Metternich

Nr. 10380

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Ausfertigung

Nr. M 1163
Ganz geheim

Berlin, den 30. März 1910

Euerer Exzellenz beehre ich mich beiliegenden Bericht des Kaiserlichen Botschafters in London* nach Erledigung für meinen Geschäfts-

* Vgl. Nr. 10378.

kreis zurückzusenden und dabei noch besonders auf die Randbemerkung Seiner Majestät des Kaisers und Königs aufmerksam zu machen.

Der Botschafter hat es anscheinend unterlassen, Sir Edward Grey darauf hinzuweisen, daß die deutsche Marineverwaltung gar nicht in der Lage ist, von den jetzigen Bauzeiten abzuweichen, da die Bauraten der jedesmaligen Bewilligung durch den Reichstag unterliegen. Es müßte also bei einem beabsichtigten schnelleren Bauen zunächst eine Änderung der Baurateneinteilung von vier Jahresraten auf drei Jahresraten für die großen Schiffe vom Reichstage verlangt und bewilligt werden. Ohne das erforderliche Geld ist aber jede Beschleunigung unmöglich. Es dürfte angezeigt sein, den Herrn Botschafter von der Randbemerkung Seiner Majestät in Kenntnis zu setzen, sofern dies nicht bereits geschehen sein sollte.

Eine solche Mitteilung an den Herrn Botschafter erscheint mir um so mehr geboten, als es sich hier um einen Punkt handelt, der geeignet ist, die englischen Verdächtigungen unserer Absichten wirksam zu bekämpfen und als auf unrichtigen Voraussetzungen beruhend hinzustellen.

Der Herr Botschafter wird vielleicht Gelegenheit haben, auch dieses Moment noch in geeigneter Weise zu verwenden. Ich möchte nicht unterlassen hinzuzufügen, daß ich im vorigen Frühjahr nach den bekannten Vorgängen im englischen Parlament und unseren Gegenerklärungen im Reichstage Veranlassung genommen habe, den hiesigen englischen Marineattaché, Captain Heath, in Gegenwart eines Offiziers der Zentralabteilung persönlich aufs eingehendste über diese Verhältnisse aufzuklären.

v. Tirpitz

Nr. 10381

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Ganz geheim Berlin, den 6. April 1910

Auf das gefällige Schreiben vom 30. v. Mts. — M 1163 —* beehre ich mich zu erwidern, daß ich erst durch die Übersendung des von Seiner Majestät dem Kaiser Ew. pp. direkt zugefertigten Berichts des Kaiserlichen Botschafters in London von dem allerhöchsten Randvermerk zu den Äußerungen Sir E. Greys Kenntnis erhalten habe. So sehr nun auch an und für sich im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen die Äußerungen Herrn M'Kennas zu bedauern sind, die dazu dienen müssen, die in England bezüglich unserer maritimen Rüstungen bestehenden Besorgnisse zu erhöhen, so frage ich doch, ob es richtig sein würde,

* Siehe Nr. 10380.

den — übrigens zurzeit von London abwesenden — Kaiserlichen Botschafter anzuweisen, den Darstellungen des englischen Marineministers lediglich mit dem Hinweise auf die Schranken zu begegnen, die einer beschleunigten Durchführung unseres Schiffbauprogramms durch das gesetzliche Bewilligungsrecht des Reichstages für die einzelnen Bauraten gezogen sind. Ich möchte der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der englischen Regierung alle Einzelheiten unseres Flottengesetzes genau bekannt sind, und daß Captain Heath gewiß nicht unterlassen hat, über die Erläuterungen nach Hause zu berichten, die ihm dazu von Ew. pp. geworden sind. Wenn dessen ungeachtet Herr M'Kenna bei verschiedenen Anlässen in letzter Zeit zu erkennen gegeben hat, daß er an die Möglichkeit einer beschleunigten Durchführung unseres Flottengesetzes glaube, so hat er meines Erachtens damit die technische Fähigkeit unserer Werften, die einzelnen Schiffsbauten erforderlichenfalls in kürzerer Zeit auszuführen, im Auge gehabt. Darauf deuten auch die Ew. pp. bekannten Äußerungen Herrn M'Kennas im englischen Unterhause vom 16. März d. Js.* Der Minister erklärte damals dem Parlamentsbericht der „Times" zufolge: „He did not say Germany would have 17 of these ships in commission in 1912. He had no means of knowing. What he said was that Germany's power of construction was such that she was capable of having 17 ships so far advanced as to be available in the course of the year 1913**." Es entzieht sich meiner Beurteilung, inwieweit diese Behauptung und insbesondere auch die in demselben Sinne zu interpretierende jüngste Äußerung Herrn M'Kennas, daß ein deutsches Schiff der Dreadnought-Klasse, wenn es gewünscht werde, in kürzerer Zeit wie 36 Monaten gebaut werden könne, zutrifft. Ist dies unzutreffend, so würde ich es für erforderlich halten, auch diese Tatsache der englischen Regierung gegenüber festzustellen, falls wir nochmals zu den Erklärungen Herrn M'Kennas amtlich Stellung nehmen wollen. Liegen aber Bedenken vor, der englischen Regierung eine entsprechende Erklärung abzugeben, wozu wir im übrigen ja an und für sich in keiner Weise verpflichtet sind, oder würden die deutschen Werften tatsächlich imstande sein, falls ganz besondere, in der allgemeinen politischen Lage begründete Verhältnisse es erheischen sollten, ohne Rücksicht auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine beschleunigte Verstärkung unserer Seerüstung vorzunehmen, die ihnen überwiesenen Schiffsbauten innerhalb des von Herrn M'Kenna angegebenen Zeitraums durchzuführen, so glaube ich, daß es den Vorzug verdient, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Wiederholt ist in der öffentlichen Meinung in England in neuerer Zeit der Gedanke zum Ausdruck gekommen, die freundschaftlichen Kundgebungen von deutscher Seite an die englische Adresse sowie die Versicherungen und

* Es muß heißen: 15. März.

** Wörtlich hieß es im Bericht der „Times": „As to be available for war in the course of the year 1912."

Bemühungen der deutschen Diplomatie bezweckten lediglich, England über die Gefahren hinwegzutäuschen, die ihm durch die deutschen Flottenpläne drohten. Es ist meines Dafürhaltens die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, daß dieses Mißtrauen auch auf die amtlichen englischen Kreise übergreifen könnte, falls wir denselben Erklärungen abgeben, die — unter den vorstehenden Voraussetzungen — bezüglich der Frage, die vom englischen Standpunkt die wesentliche ist, als absichtlich irreführend aufgefaßt werden könnten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10382

Aufzeichnung des Geschäftsträgers in London von Kühlmann

Reinschrift

London, den 31. März 1910
[pr. 8. April]

Sir Edward Grey hat mich heute zu sich rufen lassen und mir nach einigen Mitteilungen über laufende Sachen ganz spontan sehr ausführlich über die Bagdadbahnfrage gesprochen und dabei nebenher auch die Flottenfrage gestreift. Diese schiene ihm, so ungefähr führte der Minister aus, keine großen Hoffnungen auf praktische Ergebnisse zu versprechen, da angesichts der deutschen Erklärung, daß unter allen Umständen am Flottengesetz festgehalten werden solle, kaum Aussicht auf erhebliche Herabsetzung der englischen Rüstungskosten zu bestehen scheine. Der Minister spielte dann auf seinen alten Lieblingsgedanken an, wonach Austausch von Informationen und gelegentliche, wenn auch nur oberflächliche Besichtigungen der Werften durch die beiderseitigen Marineattachés ins Auge gefaßt werden sollten. Ich vermied es, auf den Gegenstand einzugehen, warf aber ein, daß die Art, wie die durch die Kaiserliche Regierung im vorigen Jahre abgegebene Erklärung hier behandelt worden sei, nicht gerade zur Verfolgung solcher Gedanken ermutigen könne. Der Minister entgegnete ohne jede Schärfe, daß diese Erklärung, insbesondere die Mitteilung über vorzeitige Zusage von zwei Schiffen des 1909-Programms sehr spät gekommen sei, und daß, was die Zahl der Schiffe anbetreffe, diese Erklärung von der englischen Regierung niemals als bindende Zusage aufgefaßt worden sei. Die Hauptsache sei jetzt, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß kein Wettrüsten stattfinde und keine der beiden Mächte danach strebe, heimlich einen Vorsprung vor der anderen zu gewinnen. Als sicherstes Mittel scheine ihm nach wie vor periodische Berichterstattung durch den eigenen Marineattaché. Er möchte übrigens hinzufügen, daß er diese Bemerkungen nicht in der

Absicht mache, die Frage wieder zur Diskussion zu stellen, sondern nur, um zu seinem eigentlichen Thema überzuleiten. pp.*

R. v. Kühlmann

Nr. 10383

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 29. April 1910

Gelegentlich eines Essens in meinem Hause am gestrigen Abend brachte Mr. M'Kenna das Gespräch auf seine Stellung zum deutschen Flottenbau. Das Gespräch, dessen ungewollter Zeuge der hiesige belgische Gesandte** wurde, nahm etwa folgenden Verlauf:

Mr. M' Kenna: Der Admiral von Tirpitz ist wohl sehr böse auf mich?

Ich: Ich verstehe nicht recht, wie Sie das meinen.

M'Kenna: Nun, die Zeitungen scheinen dies anzudeuten.

Ich: Ich wundere mich, daß Sie etwas auf Zeitungen geben; Sie müssen schon einen anderen Grund haben, wenn Sie mir gegenüber diese Bemerkung machen.

M'Kenna: Ich höre es von Berlin offiziell[1].

Ich: Dann hat Captain Heath wohl in diesem Sinne berichtet? Ich muß sagen, daß es mir völlig berechtigt scheint, wenn man in Deutschland, und zwar nicht nur der Admiral von Tirpitz allein, über die erneute Behandlung deutscher Flottenfragen im House of Commons empört ist.

M'Kenna: Wieso?

Ich: Nun, Sie dürfen es mir nicht übelnehmen, wenn ich ganz offen bin. Der Grund zu der Empörung ist der, daß Sie neuerdings wieder im Parlament Angaben über unseren Flottenausbau gemacht haben, die nicht mit den offiziellen Angaben übereinstimmen, die der englische Marineattaché in Berlin auf dienstliche Anfragen hin erhalten hat.[2] Ich kann nur annehmen, daß Captain Heath wissentlich falsch berichtet hat, oder daß seine Angaben hier falsch ausgelegt sind[3].

M'Kenna: Ich habe keine offiziellen Angaben gehabt.

Ich: Sie wollen damit doch nicht sagen, daß Ihnen die offizielle Kenntnis unserer Bauzeiten, die eng mit der ratenweisen Zahlung unserer Bauraten zusammenhängen, gefehlt hat?

* Die Aufzeichnung, die vor allem die Bagdadbahn bezw. die persische Frage betrifft, ist in extenso abgedruckt in Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 9998.
** Comte de Lalaing.

M'Kenna: Doch!

Ich: Das verstehe ich nicht, wie Sie das sagen können. Oder nennen Sie offizielle Erklärungen, die auf Ihre Anfrage Ihrem Marineattaché in Berlin vom Reichsmarineamt gegeben werden, nicht offiziell?

M'Kenna: Ich habe nicht in Berlin gefragt[4].

Ich: Daß Sie persönlich überhaupt nicht mit Ihrem Marineattaché verkehren, das weiß ich, aber Ihr Intelligence-Department, oder wer die Stelle in der Admiralty sein mag, hat doch mit dem Berliner Marineattaché in diesem Punkte in Verbindung gestanden.

M'Kenna: Nein, die Admiralty hat keine offiziellen Angaben gehabt[5].

Ich: Das ist ja wunderbar. Zufälligerweise erhalte ich alle Fragen, die von Ihrem Marineattaché in Berlin gestellt werden, mit der offiziellen Beantwortung hierher gesandt, und daher weiß ich genau, welche Erklärungen Ihr Marineattaché über unseren Bauplan, Bauzeiten und Ratensystem erhalten hat. Der Admiral von Tirpitz hat sogar, um allen Irrtum auszuschalten, die Mühe nicht gescheut, den Captain Heath persönlich mit unserem Flottengesetz bekanntzumachen. Es ist sehr bedauerlich, wenn Captain Heath das alles nicht verstanden haben sollte.

Ich muß sagen, daß ich erstaunt war über Ihre gestrige Erklärung im House of Commons über „official information".* Darf ich Sie fragen, nennen Sie eine Erklärung des Reichsmarineamts an Ihren Marineattaché, die auf Grund einer dienstlichen Anfrage seinerseits erfolgt, eine „official information" oder eine „information received from your Naval Attaché"?

M'Kenna: „Official information."

Ich: Dann waren also auch die Angaben, die über unsere Bauzeiten an Captain Dumas** oder Heath gegeben worden sind, „official".

M'Kenna: Ja, aber Captain Heath berichtet doch noch viel mehr.

Ich: Es freut mich für Captain Heath, wenn er das kann, und wenn er sich dadurch interessant macht. Aber nach meiner Ansicht ist der Marineattaché in erster Linie nicht dazu da, interessant zu sein, sondern Tatsachen zu melden[6], denn nur durch diese kann das Verhältnis zwischen unseren beiden Nationen gebessert werden und nicht durch sensationelle Berichte.

M'Kenna: Sie müssen mir aber doch zugeben, daß Ihre Etatserklärungen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen?[3]

Ich: Das ist das erste, was ich höre. Leider ist unser Etat so offen

---

* Am 27. April hatte M'Kenna auf eine Anfrage des Abgeordneten Gibson Bowles im Unterhause erklärt, daß er als offiziell nur solche Informationen ansehen und dem Hause mitteilen könne, die ihm von den fremden Regierungen offiziell übermittelt seien (vgl. Parliamentary Debates 1910, Vol. XVII, p. 418).

** Englischer Marineattaché in Berlin 1906—1908.

für jedermann, wie kein sonstiger fremder Marineetat. Und wenn Sie etwa sagen wollen, daß wir unseren Etat nach Belieben überschreiten könnten, was man hier manchmal hört, dann wundere ich mich nur, daß Sie als Etatspolitiker mir das sagen.

M'Kenna: Ja, aber nehmen Sie zum Beispiel Ihre Destroyer 10/11, von denen überhaupt schon welche in Dienst sind.

Ich: Erstens ist das nicht richtig[3], und zweitens scheint es mir nicht der Mühe wert, wenn man zwischen England und Deutschland von Destroyern spricht. Bisher ist nur immer von capital ships gesprochen worden, und da sind leider immer nur falsche Angaben über unser Flottengesetz und Bautempo ins Parlament gebracht worden, obwohl die offiziellen Angaben zur Hand waren. Wenn jetzt auf Destroyer abgelenkt werden soll, so kann ich da nicht mehr mitmachen. Destroyer sind meiner Ansicht nach nicht wert, daß darüber zwischen zwei großen Nationen ein Wort verloren wird[7]. —

Wenn Sie aber auf Grund der von Captain Heath an die Admiralty gemeldeten Angaben nicht über das Flottengesetz und über den wesentlichen Punkt der zu seiner Ausführung nötigen ratenweisen Geldbewilligung durch den Reichstag, wodurch das Bautempo allein bestimmt wird, im klaren sind, so werde ich, wenn Sie das wünschen, gerne in Berlin anfragen, ob ich Ihnen diesen Punkt bei späterer Gelegenheit erklären darf. — Was an mir liegt, so soll es nicht daran fehlen, daß das Verständnis hier Platz greift, das nötig ist, um alle Zweifel zu beseitigen.

M'Kenna: Ich danke Ihnen dafür sehr; ich werde gerne später davon Gebrauch machen. —

Das Gespräch wurde hier unterbrochen, da Mr. M'Kenna die Meldung erhielt, daß sein Motor auf ihn warte, der ihn in der Nacht mit dem Premierminister nach Portsmouth zur Einschiffung auf die „Enchantress" bringen sollte. —

Im Beginn des Gespräches war ich höchst erstaunt, daß Mr. M'Kenna die Gelegenheit eines Essens in meinem Hause, wo er mich als Gastgeber gebunden wußte, zur Provozierung dieser Auseinandersetzung benutzte. Auch jetzt kann ich mir dies nur dadurch erklären, daß er von dem unbehaglichen Gefühl, das ein schlechtes Gewissen hervorruft[8], zu diesem Schritte veranlaßt ist. Wo die Gelegenheit sich bot, den Standpunkt des Reichsmarineamts zu vertreten, habe ich mich denn nicht gescheut, Rede und Anwort zu stehen[7], selbst auf die Gefahr hin, in den Ruf eines schlechten Wirtes zu geraten.

Ich glaube nicht, daß Mr. M'Kenna die Gelegenheit nehmen wird, von mir weitere Aufklärung über unseren Flottenausbau zu erhalten. Dies liegt gar nicht in seinem Interesse. Je weniger offizielle Angaben man ihm nachzuweisen imstande ist, um so bequemer kann er mit seinen „lawyer tricks", in denen er ein Meister ist, arbeiten.

(gez.) Widenmann

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer von Staatssekretär von Tirpitz zu den Akten gegebenen Abschrift:*

[1] Aha Heath?
[2] au!
[3] !
[4] Jesuit!
[5] !! gelogen
[6] Heath hat geflunkert, Klatsch erzählt und gehetzt!
[7] gut
[8] richtig

Nr. 10384

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen

Ausfertigung

Nr. M A 348
Ganz geheim

Berlin, den 6. Mai 1910

Euerer Exzellenz beehre ich mich zur gefälligen Kenntnisnahme beiliegend zu übersenden:

1. Abschrift eines Schreibens des hiesigen englischen Marineattachés an die Firma F. Schichau-Elbing wegen Besichtigung ihrer Werftanlagen.

2. Abschrift eines bezüglichen Schreibens von Schichau an das Reichsmarineamt und

3. Abschriften der daraufhin an Schichau und an den englischen Attaché von hier aus abgesandten Mitteilungen**.

Dieser Schriftwechsel bietet einen erneuten Beweis dafür, in welcher Weise der englische Marineattaché völlig zweifelfreie amtliche Mitteilungen zu modifizieren und in entstellter Form weiterzugeben beliebt.

Diese Art der Tätigkeit des Attachés, durch unwahre und übertriebene Schilderungen uns mit England zu verhetzen, ist auch von Seiner Majestät dem Kaiser auf dem Bericht unseres Marineattachés in London vom 29. April 1910*** über ein Gespräch mit Mr. M'Kenna durch den Randvermerk: „Heath hat geflunkert, Klatsch erzählt und gehetzt" gekennzeichnet worden.

Eine Abschrift dieses Berichtes, in der die Notizen Seiner Majestät rot eingetragen sind, lasse ich anbei folgen.

v. Tirpitz

---

* Vgl. Nr. 10384.
** Siehe Anlagen I—IV.
*** Siehe Nr. 10383.

Anlage I

Der englische Marineattaché in Berlin
Kapitän Heath an die Firma F. Schichau in Elbing

Abschrift

British Embassy, Berlin, 2 May 1910

I am very much obliged to your letter of the 28th.

As regards a visit to your yard at Elbing I have direct orders from the Reichsmarineamt, that in all cases of wishing to visit a private dockyard, I am to carry out the following system —

1. Naval Attaché must write to the owner of the private yard.
2. Owner of the private yard will (if he has no objection) write to the Reichsmarineamt to ask if there is any objection to the proposed visit.
3. Reichsmarineamt will reply „Yes" or „No".
4. Owner of the private yard will reply to Naval Attaché.

Would you therefore be so very kind (if you have no objection) as to ask Reichsmarineamt, whether they have any objection to my visiting Elbing Yard during the early part of June.

(signed) H. L. Heath

Anlage II

Die Firma F. Schichau in Elbing
an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

Elbing, den 3. Mai 1910

Euer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage Kopie eines mir von dem Marineattaché der britischen Botschaft in Berlin, Herrn Captain H. L. Heath, zugegangenen Schreibens vom 2. cr. zur geneigten Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

Derselbe hat schon seit längerer Zeit mit mir bezüglich eines eventuellen Besuches meiner Schiffswerften in Elbing korrespondiert, und habe ich keinerlei Interesse daran, dem genannten Herrn meine Werke zu zeigen.

Ich erlaube mir indessen, Euer Exzellenz diese Angelegenheit in Anbetracht der in meinen Werken für die Kaiserlich Deutsche Marine zur Ausführung gelangenden Bauten zur Entscheidung zu unterbreiten und sehe einem geneigten Bescheide, ob gegen eine Besichtigung meiner hiesigen Betriebe durch den genannten Herrn seitens Euer Exzellenz Bedenken erhoben werden, ganz ergebenst entgegen.

(gez.) F. Schichau

Anlage III

Der Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts Bachmann an die Firma F. Schichau in Elbing

Abschrift

Nr. M II 1726
Ganz geheim

Berlin, den 6. Mai 1910

Auf das gefällige Schreiben vom 3. Mai 1910 erwidere ich ergebenst, daß die Angaben des englischen Marineattachés über das Verfahren, betreffend Erlaubniserteilung zur Besichtigung von Privatwerften, nicht übereinstimmen mit den Weisungen, die der Genannte hierüber vom Reichsmarineamt erhalten hat. Zur näheren Klarstellung übersende ich anbei Abschrift eines am 18. Mai 1909 an Captain Heath gerichteten Schreibens*. In diesem Schreiben ist ausdrücklich auf die Selbständigkeit der Privatwerften in solchen Fragen hingewiesen worden; es ist dagegen mit keinem Wort von einer Mitwirkung des Reichsmarineamts die Rede.

Eine Änderung dieses Standpunktes ist inzwischen nicht eingetreten; eine solche würde auch direkt widersprechen den am 6. Juli 1909 mit M. II 2583 dorthin mitgeteilten und von Ihnen unter dem 9. Juli 1909 anerkannten Grundsätzen, nach denen die Privatwerften Ausländern gegenüber für die Erteilung der Erlaubnis zur allgemeinen Besichtigung ihrer Betriebe allein zuständig und nur zu einer Mitteilung an das Reichsmarineamt verpflichtet sind. Ich stelle daher ergebenst anheim, auch im vorliegenden Falle hiernach zu verfahren.

Nachdem Sie jetzt hierher mitgeteilt haben, daß Sie keinerlei Interesse daran hätten, dem genannten Herren Ihre Werke zu zeigen, liegt auch hier durchaus keine Veranlassung vor, Sie zu einer Änderung Ihres Standpunktes zu beeinflussen.

In Vertretung
(gez.) Bachmann

---

* Siehe die folgende Anlage IIIa.

Anlage IIIa

Der Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts Bachmann an den englischen Marineattaché in Berlin Kapitän Heath

Abschrift

Nr. M 1898 Berlin, den 18. Mai 1909

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs auf das gefällige Schreiben vom 15. Mai 1909 zu erwidern, daß, wie bereits in meinem Schreiben vom 30. April 1909 — M. II 1676 — zum Ausdruck gebracht ist, das Reichsmarineamt über die Besuche der Privatwerften durch Angehörige fremder Nationen — abgesehen von den dort in Bau befindlichen Schiffen der Kaiserlichen Marine — eigene Entscheidung nicht treffen kann.

Hierüber haben allein die Privatwerften selbst zu befinden. Der Herr Staatssekretär beabsichtigt auch keine Einwirkungen auf die Werften, weder in dem Sinne, derartige Besuche zu gestatten, noch in dem Sinne, sie einzuschränken oder abzulehnen.

In dieser Frage bleiben die Privatwerften unbeeinflußt und müssen lediglich nach ihren Privatinteressen und geschäftlichen Absichten handeln. Daher möchte ich Euer Hochwohlgeboren ersuchen, sich sowohl jetzt direkt an die Schichauwerft als auch bei später beabsichtigten Besuchen immer an die Werften direkt zu wenden.

Wegen des Besuchs bei Konteradmiral Freiherr von Schimmelmann lasse ich weitere Mitteilung folgen.

(gez.) Bachmann

Anlage IV

Der Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts Bachmann an den englischen Marineattaché in Berlin Kapitän Heath

Abschrift

Nr. M II 1726 Berlin, den 6. Mai 1910

Die Firma F. Schichau-Elbing hat Abschrift eines Schreibens Euer Hochwohlgeboren bezüglich der Erteilung der Erlaubnis zur Besichtigung ihrer Werke hierher gesandt, worin Euer Hochwohlgeboren angeben, vom Reichsmarineamt direkte Anweisung erhalten zu haben, folgendes Verfahren zu beobachten:

1. Naval Attaché must write to the owner of the private yard.
2. Owner of the private yard will (if he has no objection) write to the Reichsmarineamt to ask if there is any objection to the proposed visit.
3. Reichsmarineamt will reply „Yes“ or „No“.
4. Owner of the private yard will reply to Naval Attaché.

Aus einem Vergleich meines Schreibens an Euer Hochwohlgeboren vom 18. Mai 1909 — M. 1898 —, dessen Abschrift ich hier beizufügen

mir erlaube, mit Ihrem jetzigen Schreiben an die Firma Schichau geht hervor, daß das Reichsmarineamt — im Gegensatz zu Ihren Angaben — in bezug auf den Besuch von Privatwerften durch Ausländer keine Entscheidung trifft und auch keinen Einfluß auf die Privatwerften auszuüben beabsichtigt. Die Punkte 2 und 3 des von Euer Hochwohlgeboren der Schichauwerft angegebenen Verfahrens sind demnach nicht zutreffend.

Die Firma Schichau ist jetzt erneut darauf hingewiesen worden, daß sie bezüglich Erteilung der Erlaubnis zur Besichtigung ihrer Werke, abgesehen von Neubauten für die Kaiserliche Marine, durchaus unabhängig vom Reichsmarineamt sei, und daß sie auch auf die gegenwärtige Anfrage Euer Hochwohlgeboren ganz nach eigenem Ermessen befinden möge.

(gez.) Bachmann

Nr. 10385

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wiesbaden

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Berlin, den 7. Mai 1910

Die Schnelligkeit, mit der das Leben Seiner Majestät des Königs von England dahingerafft worden ist*, ist tief erschütternd. An der großen Trauer, in die Euere Kaiserliche Majestät dadurch in Allerhöchstdero Person versetzt worden sind, nehmen alle Diener Euerer Majestät schmerzlichsten Anteil. Der englischen Regierung hat Euerer Majestät Geschäftsträger sofort Teilnahme der Reichs- und der Preußischen Regierung ausgesprochen. Graf Metternich trifft heute abend London ein.

Alleruntertänigst

Bethmann Hollweg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

Antwort: Herzlichen Dank! Der Vorgang ist erschütternd, wenn auch die Bulletins sowie die Privatmeldungen für mich schon kaum Hoffnung auf glücklichen Ausgang mehr ließen. Eine hervorragende Polit[ische] Persönlichkeit verschwindet plötzlich von der Europ[äischen] Bühne eine merkbare Lücke lassend. In solchem Augenblick vergißt man manches.

Die Engl[ische] Politik im ganzen ex off[ici]o wird sich nicht viel ändern. Wohl aber wird die Thätigkeit remüanter Intriguenwirtschaft sich etwas legen, die Europa in stetem Athem hielt und nicht zum Genuß friedlicher Ruhe kommen lassen wollte. Die persönlich inszenirten Combinationen, werden beim Fehlen des Hauptes, zerbröckeln: Denn sie wurden zusammengehalten durch den Zauber des Persönl[ichen] Einflußes und überzeugender Redegabe auf den Leiter der Einzelstaaten. Für Frank-

---

* Am 7. Mai war König Eduard VII. nach fünftägiger Krankheit an einer asthmatischen Herzaffektion gestorben.

reich ist es ein schwerer Schlag. Und mancher wohldenkende und vernünftige Gallier mag sich im stillen seinen Kopf krauen und fragen, ob man nicht doch wohl mit dem Nachbarn bessere Beziehungen hätte haben sollen, und nicht jetzt sie zu bessern suchen müße. Auch Iswolski wird sich recht einsam vorkommen seit sein Leitstern erlosch! Ich glaube im Ganzen wird mehr Ruhe in die Europ[äische] Politik kommen; wenn nichts weiter wäre das schon ein Gewinn. Wo man die verschiedenen Feuer nicht mehr schürt, werden sie niedriger brennen. Am meisten betrauert wird E[duard] VII. nächst seinem Volke, von Galliern und Juden, werden. Bitte sich zu äußern ob ich zur Beisetzung fahren kann, was ich gerne möchte, unter event[uel]l[er] vorheriger Anfrage bei S[einer] M[ajestät] König Georg.*

Wilhelm I. R.

Nr. 10386

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Reinschrift

Berlin, den 14. Mai 1910

Herr Roosevelt** hat bei den verschiedenen Gelegenheiten, bei denen ich mit ihm gesprochen habe, immer wieder von sich aus das Thema der deutsch-englischen Beziehungen behandelt. Er hält einen kriegerischen Zusammenstoß nicht für wahrscheinlich, aber auch nicht für ausgeschlossen, weil England, das bis 1864, 66 und 70 nur ein Gefühl politischer Mißachtung für Deutschland gekannt habe, sich jetzt in einem Zustande der politischen Furcht vor Deutschland befinde, der zu den abenteuerlichsten Vorstellungen führe. Die Gemütsverfassung der Engländer sei derart, daß ein unerwartetes Ereignis zu kriegerischem Ausbruch führen könne. In den schärfsten Ausdrücken kritisierte der Expräsident in dieser Beziehung die bekannte Wahlrede Mr. Balfours***.

Er habe vor, den englischen Staatsmännern bei seiner bevorstehenden Anwesenheit in London folgendes zu sagen. Aus seinem Zusammensein mit Seiner Majestät dem Kaiser und mir habe er die feste Überzeugung gewonnen, daß Deutschland lediglich Realpolitik treibe. Es gäbe kein Objekt, um dessen willen Deutschland irgendwie einen Krieg mit England wünsche oder wünschen könne. Angenommen, es siege, so werde doch

---

* Auf die dem Reichskanzler am 7. Mai telegraphisch übermittelte kaiserliche Randbemerkung erwiderte derselbe am gleichen Tage: „Die Allerhöchstpersönliche Teilnahme Euerer Majestät an der Beisetzung halte ich menschlich und politisch für durchaus angezeigt und verspreche mir von ihr die allergünstigsten Wirkungen. Ich möchte alleruntertänigst vorschlagen, den Grafen Metternich zu beauftragen, den Wunsch Euerer Majestät zu übermitteln, in Person dem verewigten König die letzten Ehren zu erweisen.“ Mit diesem Vorschlage erklärte sich der Kaiser einverstanden.

** Der vormalige Präsident der Vereinigten Staaten war auf seiner Europareise am 10. Mai in Berlin eingetroffen, wo er nicht nur in wärmster Weise im Neuen Palais vom Kaiser empfangen und gefeiert wurde, sondern auch mit dem Reichskanzler, der ihm zu Ehren am 12. ein großes Diner gab, und mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes verschiedene Unterredungen hatte. Am 15. Mai reiste Roosevelt nach London weiter.

*** Vgl. Nr. 10368, Fußnote.

kein Deutscher von gesunden Sinnen seine Augen auf die Eroberung Australiens, Kanadas, Südafrikas, geschweige denn Indiens werfen wollen. Bleibe aber England der Sieger, so werde es ihm vielleicht gelingen, den deutschen Handel auf zwei, höchstens drei Jahre schwer zu schädigen, danach aber werde deutscher Handel und deutsche Industrie wie zuvor als der Weltkonkurrent Englands dastehen. Wozu also ein Krieg, als um nutzlos Geld und Blut zu verschwenden?! Gewiß, England wolle seine Herrschaft zur See, den Two-Power-Standard aufrechterhalten. Zu dem Zwecke solle es nur so viel Schiffe bauen, wie ihm notwendig erscheine, das würde auch Deutschland tun, wenn es England wäre, aber England solle nur nicht immer sagen, es baue diese Schiffe gegen Deutschland, oder Deutschland bilde ein notwendiges Glied in dem Two-Power-Standard. England müsse zum Beispiel bei diesem Standard ebenso gut die Flotte der Vereinigten Staaten in Rechnung stellen wie die Deutschlands.

Er wolle den Engländern weiter sagen, er begriffe nicht, wie sie auf das Gedeihen des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika oder die Ausbreitung deutschen Handels und deutscher Unternehmungen in Asien scheel sehen könnten. Beides sei für England im Gegenteil vorteilhaft. In Afrika müsse sich jeder Weiße mit dem andern solidarisch fühlen im Gegensatz zum Schwarzen, und in Asien, namentlich in Kleinasien, bilde der Deutsche eine für England nur erwünschte Barriere zwischen dem Engländer und dem Russen. — Weiterhin gab Roosevelt dem Gedanken Ausdruck, daß sich der Gegensatz zwischen England und Deutschland nur sehr allmählich ausgleichen werde. Zukunftspolitik, aber notwendige Zukunftspolitik, sei der Zusammenschluß Amerikas, Englands und Deutschlands. Das werde praktisch den Frieden der Welt garantieren. Zwischen Amerika und Japan bestehe ein ausgesprochener Rassenantagonismus, der vielleicht einmal zum Kriege führen werde. Der Frieden werde am sichersten durch eine starke amerikanische Flotte geschützt werden. Seinem Schutze habe auch die Entsendung der amerikanischen Flotte nach dem Stillen Ozean gedient*.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10387

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 17. Mai 1910

Gelegentliche Äußerungen Seiner Majestät lassen erkennen, daß allerhöchstderselbe sich mit der Absicht trägt, gelegentlich des Aufent-

* Der Inhalt dieser Aufzeichnung wurde am 21. Mai mittels Erlasses Nr. 972 bzw. 514 nach London bzw. Washington mitgeteilt.

haltes in England politische Gespräche mit dem Könige und englischen Staatsmännern herbeizuführen. Einen Schluß auf die Richtung, in welcher diese Gespräche sich bewegen dürften, läßt die Bemerkung Seiner Majestät zu, es sei jetzt nach dem Ableben König Eduards der Moment günstig, „einen Pfahl einzuschlagen".

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, lieber Graf, daß ich die Opportunität politischer Gespräche in diesem Augenblick für sehr fraglich halte. Abgesehen von der aus Gründen des politischen Takts im Hinblick auf die Landestrauer gebotenen Zurückhaltung dürfte eine Initiative Seiner Majestät zu politischen Erörterungen insbesondere aus dem Grunde nicht unbedenklich sein, weil die maßgebenden englischen Persönlichkeiten dahinter den persönlichen Wunsch unseres allergnädigsten Herrn vermuten werden, den König auf die deutsche Seite zu ziehen und der engen Freundschaft mit Rußland und Frankreich abspenstig zu machen. Ich würde es unter diesen Umständen für besser halten, wenn politische Themata überhaupt nicht berührt werden. Ich habe auch in diesem Sinne auf Seine Majestät den Kaiser eingewirkt, bin aber nicht sicher, ob der Eindruck meiner Vorstellungen ein nachhaltiger bleiben wird. Ich möchte Sie daher bitten, auch Ihrerseits, wenn Sie, wie ich annehme, meine Anschauung teilen, in der gleichen Richtung tätig zu sein, was Ihnen ja bei Ihrer genauen Kenntnis der Sinnesart Seiner Majestät und Ihrem bewährten Takt nicht schwer fallen wird. pp.*

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10388

*Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London**, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 London, den 21. Mai 1910

Eine Beisetzungsfeier von seltener Erhabenheit, Pracht und voll tief ergreifender Augenblicke hat soeben ihren Abschluß gefunden. Am Morgen um 9 Uhr ritt Seine Majestät mit allen seinen fürstlichen Gästen

---

* Der Privatbrief ist in extenso abgedruckt in Bd. XXVII, Kap. CCXVII, Nr. 10120.

** Kaiser Wilhelm II. war am 19. Mai abends in London zu den für den folgenden Tag anberaumten Beisetzungsfeierlichkeiten für König Eduard VII. eingetroffen. In einem Telegramm vom späten Abend an Reichskanzler von Bethmann Hollweg schilderte er den Empfang durch König Georg V. und einen gemeinsamen Gang mit diesem in die Westminster Hall zum Katafalk König Eduards VII.: „Nachdem wir beide knieend eine stille Andacht verrichtet hatten, schritten wir beide aufeinander zu und gaben uns tiefbewegt die Hand. Ein Moment von historischer Bedeutung, als inmitten seines trauernden Volkes, das Zeuge des Vorgangs war, Englands König am Sarge König Eduards des Deutschen Kaisers Hand fest umschlossen hielt."

zur Westminster Hall durch Truppenspalier und eine lautlose Menschenmenge. Dortselbst angekommen, befahl der König, daß außer dem Herzog von Connaught, der Königinwitwe und der Kaiserinmutter von Rußland nur ich allein von allen fremden Prinzen absitzen und mit in die Westminster Hall kommen solle. Dieselbe war ganz menschenleer, nur die Galawachen und das alte Hauptquartier des verstorbenen Königs stand um den Katafalk versammelt, dessen Fußende gegenüber der Erzbischof von Canterbury Aufstellung genommen hatte. Die helle Maiensonne schien durch die gotischen Fenster der alten Halle auf den Katafalk des Königs, die auf ihm ruhenden Kroninsignien blitzten und funkelten in ihrem Licht. Drei kurze Gebete wurden gesprochen, dann hoben Sergeanten von den Gardegrenadieren den Sarg auf ihre Schultern und trugen ihn nach der Geschützlafette hinaus. Die gewaltige Glocke von Westminster wurde von Zeit zu Zeit angeschlagen, und ihr mächtiges Dröhnen verkündete der Hauptstadt, daß der verewigte Monarch seine letzte Reise angetreten habe. Auf dem Turm von Westminster wehte zum ersten Mal seit Menschengedenken, weit über die Stadt sichtbar, die Königsstandarte, auf Halbmast gesetzt. Nachdem der Sarg auf der Lafette befestigt war, setzte sich der gewaltige Trauerzug in Bewegung, der eine Länge von mehreren Kilometern hatte. Der Herzog von Connaught und ich ritten beide als Feldmarschälle rechts und links vom König, der noch Generalleutnantsuniform trug. Die Menschenmasse, die in feierlicher Stille den ganzen Weg einfaßte hinter dem Truppenspalier, bewahrte eine musterhafte Ruhe, und blieb tatsächlich kein Haupt bedeckt, selbst die Männer, die auf den Dächern standen, die an den Schornsteinen angeklammert waren, hatten den Hut in der Hand; trotz der brennenden Sonne, die eine Julihitze verbreitete. Alles war in Schwarz oder hatte schwarze Abzeichen, von den Balkonen der eleganten Welt, von den Tribünen herab bis zu den ärmsten Leuten in der Menge. Viele Damen und viele Frauen weinten. Es war die imposanteste Trauerkundgebung eines ganzen Volkes für seinen geliebten Souverän, die ich bisher gesehen habe. Die Haltung war musterhaft, trotzdem die Massen teilweise im Freien genächtigt hatten, einen schweren Gewittersturm aushalten mußten und vom Morgen an festgekeilt stundenlang in der brennenden Sonne gestanden hatten. Nach Angabe der Polizei haben über fünf Millionen Menschen den Weg eingesäumt. Im Spalier standen 35000 Mann Garde, Linie, Miliztruppen, Volunteers, Territorialreserven, Matrosen. Die Garden sahen prachtvoll aus, die hochländischen Regimenter in ihrer malerischen Tracht wundervoll. Die Linientruppen sehr verschieden, es waren auffallend viel kleine und sehr junge Leute darunter. Auch hier konnte ich sehr oft von den Leuten geflüstert die Namen hören „the King and the German Emperor". In der Bahnhofshalle wurde abgesessen und der Sarg des Königs unter Musikbegleitung in einen violett ausgeschlagenen Wagen, der als Kapelle eingerichtet war, aufgebahrt. Wir waren drei Stunden zu Pferde gewesen. In Windsor wurde der Sarg wieder auf eine Lafette gesetzt und von Matrosen

gezogen. Wir folgten alle zu Fuß durch die Stadt Windsor hindurch in den herrlichen Park hinauf zu dem gewaltigen Königsschloß. Chorgesang empfing uns in der alten ehrwürdigen St. George's Kapelle, von deren reich geschnitzten Chorstühlen herab die Wappenbanner aller lebenden Ritter des Hosenbandordens wehten. Ein schöner Gottesdienst mit abwechselndem Chorgesang, bei dem die herrlichsten Knabenstimmen sich vernehmen ließen, wirkte tief ergreifend, zumal als der Sarg beim Segen langsam unhörbar versank und unseren Blicken auf immer verschwand. Ein gemeinsames Mittagsmahl im Schloß Windsor beendigte die Feier. Ich hatte zum Absteigen dortselbst die Zimmer meiner Eltern zugewiesen bekommen, in denen ich als kleiner Junge oft gespielt hatte, und die berühmt sind durch ihren prachtvollen Blick über den ganzen Windsorer Park. Es waren mannigfache Erinnerungen, die mein Herz durchzogen, als ich die Räume durchschritt, wo ich als Kind gespielt, als Jüngling geweilt und als Mann, später als Herrscher die edle Gastfreundschaft der großen Königin und des hohen Verblichenen genossen hatte. Sie riefen mein altes Heimatsgefühl von neuem wach, welches mich an diesen Ort so fest bindet, und das mir persönlich im Hinblick auf die politische Seite die letzten Jahre besonders schwer zu tragen gemacht hat. Ich bin stolz, diesen Ort meine zweite Heimat zu nennen und ein Mitglied dieses königlichen Hauses zu sein, als welches ich auch von allen in der herzlichsten Weise behandelt werde. Sehr bemerkenswert war, daß bei der Abfahrt von Windsor Castle im offenen Wagen, als ich dieselbe Menschenmenge passierte, die eben noch in stummer Trauer dagestanden hatte, es plötzlich wie ein elektrischer Schlag die Menge durchlief, als sie mich erkannte. Es wurde in diesem Augenblick lebhaft und lebhafter „the German Emperor" gerufen, bis plötzlich eine laute Stimme ausrief: „Three cheers for the German Emperor", welches ein durch alle Straßen aufgenommenes, donnerndes, dreimaliges Hurra der dichtgedrängten Menschenmasse auslöste. Ich hatte das Wasser in den Augen, und mein Nachbar, der König von Dänemark, sagte mir: „Was haben Dich die Leute doch hier so lieb. Das ist ja fabelhaft, daß die Leute trotz ihrer tiefen Trauer um den lieben Bertie Dich so begeistert empfangen." Ich glaube, man kann diese völlig spontane Begrüßung als immerhin ein gutes Omen ansehen. pp.* Um 6 Uhr trafen wir wieder in London ein. Alle Arrangements waren tadellos getroffen, und alles klappte vorzüglich, wenn man bedenkt, daß unter anderem die Eisenbahn 60 Extrazüge von London nach Windsor und zurück laufen lassen mußte. Ich fühle mich sehr wohl und bewohne im Buckingham Palace die zu ebener Erde liegenden schönen Belgian rooms mit dem Blick in den herrlichen Garten, der so groß ist, daß man den Lärm der Millionenstadt nicht vernimmt, und vom verstorbenen König mit großem Geschick

* Der hier ausgelassene Teil des Schriftstücks betrifft ein Rencontre des Kaisers mit dem ebenfalls zur Beisetzung des englischen Königs nach Windsor gekommenen König von Bulgarien.

mit Blumen ausgestattet ist. Auch hier habe ich als Kind viel gespielt und auch noch einen Platz in der Erinnerung, wo ich infolge des vielen Puddingessens mich kolossal übergeben habe.

Beste Grüße

Wilhelm

Nr. 10389

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Morgens 7 Uhr, 20/V 10

1) I come to report progress, so eröffnete Mr. Roosevelt seine Conversation! Er erzählte mir von den Verabredungen mit E[uerer] Exz[ellenz] behufs dessen, was er hier sagen sollte*. Er hat mit Lansdowne, Haldane, Londonderry, u[nd] S[einer] M[ajestät] dem König gesprochen.

Lansdowne war zurückhaltend und Wortkarg. „A man who may be efficient in his way, and a good diplomatist, but he runs between „blinkers" (Scheuklappen), has no broad views."

Haldane hat ihn sofort verstanden und lebhaft aufgegriffen. Londonderry, früherer von Irland Vic[e]könig, war auf dem Gebiet der allgemeinen Politik, wie Ostasiat[ische] Frage, Zusammenschluß der weißen Rassen pp. völlig hoffnungslos. „This man has no more brains than those of a guinea pig (Meerschweinchen), he was obtuse as a lamp post, I might as well have talked to the chair opposite us." If the hereditary legislators are, in the average like him in the House of Lords, than the Lord have mercy on England!" — S[eine] M[ajestät] war sehr gnädig und hat seinen Ausführungen sehr aufmerksam zugehört und zugestimmt.

Als im Laufe der Conversation, einer der Herren die Frage fallen ließ „Why do they build a fleet"? Hat Roosevelt geantwortet „Because every great Power, that respects itself, cannot afford to be dependent for its existence on the good will or momentary kindly disposition of this or that Power or group of Powers, whether they will attack it or leave it alone; it must be able to guard itself quite independently of the disposition of the feelings of its neighbours. pp.**

3) Pichon sprach ich beim Diner gestern Abend in dem von uns verabredeten Sinne***. Er versprach Alles nur mögliche zu thun um unseren Wünschen zu entsprechen.

---

* Vgl. Nr. 10386.

** Der hier fortgelassene zweite Absatz enthält unpolitische Äußerungen des englischen Königs.

*** Am 18. Mai hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg den Kaiser telegraphisch gebeten, den in London zu den Beisetzungsfeierlichkeiten weilenden französischen

4) Ein mir sehr ergebener Vetter hier, der Beziehungen mit Presse, Polizei und Bankwelt hat, meldete mir, er habe von der Polizei vernommen, die Kranzniederlegung in der Westminster Hall habe einen mächtigen Eindruck im Volk gemacht, der vortrefflich wirke. Es seien auch mächtige Leute im Gange, die, der Hetzerei müde meine Parthei ergriffen und für mich arbeiteten. Das Haus Rothschild gehe jetzt mit Geld vor um dem Northcliffe Zeitungstrust ein Ende zu bereiten und Herrn Moberley Bell* zu vertreiben. In einigen Monaten werde man es merken. Er sowohl wie Lonsdale bestätigten, daß die Hysterie und Hetzerei nur in gewissen Kreisen, nicht aber in der „Middle Class" des Volkes und nicht in den Handelskreisen, die die Einflußreichsten seien. Das werde sich alles wieder allmählich verlieren; man müße nur Geduld haben. Tief dankbar seien aber alle Volkskreise ohne Ausnahme für mein Kommen.

Wilhelm I. R.

Nr. 10390

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Telegramm. Entzifferung

London, den 23. Mai 1910

Ich habe im Laufe der Tage viele Gespräche mit meinen Verwandten, Herren des Hofes und einzelnen älteren Bekannten gehabt, besonders auch vielen Diskussionen vieler Persönlichkeiten zugehört. Das Fazit derselben ist etwa folgendes: Die Gemüter sind vollkommen mit der inneren Lage und ihrer unsicheren Zukunft beschäftigt. Man sieht im allgemeinen recht schwarz. Die Regierung ist geradezu verhaßt. Ausdrücke zur Charakteristik des Ministeriums können nicht scharf genug gewählt werden. Eine Lösung weiß vorläufig niemand. Mit Befriedigung konstatiert man, daß in der Zeit nach dem Tode des Königs und um die Beisetzung herum der Premierminister sowie andere seiner Kollegen vom Publikum auf der Straße ausgezischt worden sind, wobei Ausdrücke wie „you have killed the King" gefallen seien. Man erblickt in der großartigen Trauerkundgebung am Beisetzungstage eine Demonstration gegen das Ministerium und hält Umschwung im konservativen Sinne nicht für unmöglich. Das Anwachsen der Sozialisten macht auch einige Sorge, wenn sie sich auch vernünftiger benehmen und weniger weitgehende Pläne haben als bei uns.

Sir Ernest Cassel war bei mir und entwarf ein wenig erfreuliches Bild

---

Außenminister Pichon auf das „bedauernswerte Stocken" der Verhandlungen über das marokkanische Berggesetz hinzuweisen. Siehe Bd. XXIX, Kap. CCXXVI, Nr. 10509.
* Chefredakteur der „Times".

von den Zuständen in Ägypten ganz in dem Sinne, wie Graf Hatzfeldt vor wenigen Tagen berichtet hatte*. Er gab derselben Sorge Ausdruck, die ich hier überall vernommen habe, daß England mit der Zeit doch vor sehr ernste Fragen gestellt werden werde, da die Ägypter immer unverschämter würden und Aspirationen auf Selbständigkeit schärfer betonten. Damit große Gefahr für das in Ägypten angelegte europäische Kapital verbunden, da die Ägypter unfähig seien, sich selbst zu administrieren. Ich erwiderte darauf, daß Präsident Roosevelt mir gegenüber genau dieselbe Ansicht geäußert habe, auch daß die Fremden anfingen, besorgt zu werden, und Ägypten verließen. Roosevelt habe mit den englischen Beamten verkehrt und ihnen erklärt, die Unsicherheit komme von der Hoffnung der Ägypter, England wolle seinerzeit Ägypten mal räumen, daher blieben Hoffnungen auf Unabhängigkeit bei ihnen lebendig, und die äußerten sich in der lebhaftesten Agitation. Auch das Nationalitätsprinzip spiele eine Rolle dabei. Roosevelt hat den englischen Beamten den Rat gegeben, sie sollten doch endlich die Annexion Ägyptens aussprechen. Amerika werde sicher zustimmen, und er glaube kaum, daß irgend ein vernünftiger Staatsmann in Europa etwas dagegen haben werde. Es sei hier genau dasselbe wie mit Bosnien und der Herzegowina, das hätten die Österreicher auch erst 30 Jahre lang administriert, jedermann habe sich an den Gedanken gewöhnt, und dann sei die Tatsache der Besitzergreifung vollzogen worden. Das gefalle ihm, denn das seien klare Verhältnisse, die äußere Form entspreche der wirklichen Lage, so müsse es auch in Ägypten sein. Sir Ernest erwiderte, Bosnien und die Herzegowina verdanke Österreich den klaren unzweideutigen Stellungnahmen seines Verbündeten. Falls England zu einem solchen Akt schritte, wisse es nicht, was Europa dazu sagen werde, zumal vor Deutschlands Haltung habe es in der Frage eine große Sorge, da es sehr mißtrauisch uns gegenüber sei. Ich erwiderte (ich spreche ganz als Privatmann, da die Frage nie behandelt und besprochen worden sei, auch Euerer Exzellenz Ansichten mir unbekannt seien), daß ich mich nur darüber gewundert habe, daß nach den enormen Opfern an Blut, Gold und Menschen England Ägypten sich nicht schon längst angegliedert habe unter irgendeiner Form. Englische Kolonialadministration sei sprichwörtlich für ihre Vortrefflichkeit, unser Handel blühe in allen englischen Emporien und Hauptstädten ihrer gut administrierten Kolonien. Der Handel, die Offene Tür vorausgesetzt, werde wohl mit einem solchen Schritte zufrieden sein. Es seien ja politisch natürlich manche Schwierigkeiten zu lösen, zumal bei unserem freundschaftlichen Verhältnis zur Türkei, und es werde wohl noch einiges Wasser

* In Bericht Nr. 74 vom 8. Mai 1910 aus Kairo hatte der dortige diplomatische Agent und Generalkonsul Graf Hatzfeld ausgeführt, daß zwar einerseits der Versuch Sir Eldon Gorsts, „eine harmonische Mitwirkung der Nationalisten zu erreichen oder wenigstens deren Gegnerschaft abzuschwächen, bis jetzt ganz fehlgeschlagen" sei, daß aber auch kein Grund vorliege, zu befürchten, „daß der Nationalismus es hier zu ernsthafteren Unruhen oder gar zu einem allgemeinen Aufstande kommen lassen wolle".

den Nil herabfließen, bis die Lösung erfolgt sei. Wenn aber infolge allgemeiner Unruhen, die vielleicht auch Indien mit erfaßten, England sich gezwungen sehe, aus strategischen (Suezkanal) und anderen Gründen den Zustand Ägyptens in der Weise zu konsolidieren, so würde ich das persönlich vollkommen verstehen, und man wird darüber reden können. Ich glaubte nicht, daß Deutschland in solchem Falle England als Gegner gegenübertreten werde. Indessen hätte ich die Frage nie von dem Standpunkt aus behandelt und wisse nicht, wie die Regierung darüber denke. Sir Ernest erwiderte, wenn das meine Ansicht sei und dieselbe jemals in England bekannt würde, so würde mit einem Schlage das Mißtrauen gegen uns gebannt sein, vor allem gerade die deutsch-englische Freundschaft in politischer Hinsicht um einen enormen Schritt vorwärts gebracht sein und ein großer Teil des Mißtrauens gegen uns würde verschwinden. Ob er Sir E. Grey davon etwas erzählen dürfe? Ich erwiderte, daß es nicht angängig sei, da es nur ein unverbindliches Privatgespräch sei und ich mich erst mit Euerer Exzellenz darüber unterhalten werde. Er sagte mir: „Ich habe die Ehre gehabt, das Vertrauen meines geliebten Herrn jahrelang zu rechtfertigen, das will ich auch Euerer Majestät gegenüber. Ich werde schweigen, bis Euere Majestät mir weitere Befehle zukommen lassen."

Euere Exzellenz meinten bei unserem Abschiedsgespräch, die Freundschaft mit Rußland werde hier sehr affichiert werden. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Es ist nirgendwo, bei keiner Gelegenheit von Rußland die Rede gewesen. Von befreundeter Quelle höre ich, Sir E. Grey werde vorgeworfen, er sei weiches Wachs in den Händen Iswolskys und tue einfach, was der ihm vorschreibe.

Seine Majestät sprachen über innere Politik mit mir, über äußere nicht. Er ist sehr präokkupiert über die Lage im Inneren. Juliwetter.

Wilhelm I. R.

Nr. 10391

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 24. Mai 1910

Privat für den Herrn Reichskanzler.

Seine Majestät der Kaiser resümierte mir gestern seine hiesigen Eindrücke in der Art seines an Euere Exzellenz gesandten Telegramms.

Ich erwiderte Seiner Majestät, die großen Sympathien, die ihm hier von allen Seiten entgegengebracht worden seien, dürfen gewiß nicht unterschätzt werden und mögen mit der Zeit auch zu greifbaren Resultaten führen. Für den Augenblick aber bleiben sie nur eine Stimmung und

müssen von unserer Seite äußerst vorsichtig behandelt werden, damit nicht der Verdacht erweckt werde, wir hielten jetzt den Moment für geeignet, an die Stelle der Ententen eine deutsch-englische Freundschaft zu setzen. Dies würde alles wieder verderben. Die maßgebenden Faktoren in England hätten nicht die geringste Absicht, ihre Gesamtpolitik zu ändern. In Frankreich sei man besorgt. Um diese Besorgnis zu zerstreuen, habe die englische Regierung Pichon die Versicherung der Kontinuität ihrer Politik erteilt, wie aus dem Reuter-Communiqué des Ministers hervorgehe. Der jetzige König habe weder die Autorität noch wahrscheinlich auch den Wunsch, in die auswärtige Politik seines Landes einzugreifen. Die abfälligen Urteile, die Seine Majestät der Kaiser über die liberale Regierung gehört habe, beruhten auf einseitigen Darstellungen der stark konservativen Hof- und Damenkreise. Die Legende, daß der politische Konflikt den verewigten König ins Grab geführt habe, sei unmittelbar nach dem Tode desselben erfolgt, und es werde auch jedenfalls von konservativer Seite versucht werden, daraus noch weiter politisches Kapital zu schlagen. Die ernsten Führer der Partei würden sich aber voraussichtlich diesem Treiben fernhalten; Lord Lansdowne zum Beispiel billige dasselbe, wie er mir persönlich gesagt habe, keineswegs. Es sei zu hoffen, daß König Georg in den Parteikämpfen nicht Stellung nehme, sondern weise Zurückhaltung übe, wie sein verewigter Vater usw. Vorliebe weder für die eine noch die andere Partei zeige. König von England müsse nach außen hin streng konstitutionell auftreten, wenn er nicht Gefahr laufen wolle, seine Stellung ernstlich zu erschüttern. Es sei richtig, daß der Hof und die Konservativen in bezug auf die innere Lage tief beunruhigt seien. Wenn jetzt Wahlen stattfänden, so sei es nach Ansicht der ernsten konservativen Führer indessen höchst wahrscheinlich, daß die Konservativen wieder unterliegen würden, und nicht, daß, wie Seine Majestät in Hofkreisen gehört habe, die Liberalen hinweggefegt würden.

Sir Ernest Cassels Ansicht, daß hier große Besorgnis wegen Ägypten und Indien herrsche, sei richtig. Nach dem Ausbruch von Unruhen in Ägypten glaube man aber die Ordnung mit ein paar tausend Mann englischer Truppen ohne besondere Mühe wiederherstellen zu können, und ich teilte diese Auffassung. Wer die Festung von Kairo habe, beherrsche die unkriegerische Bevölkerung Ägyptens. In Indien dagegen stehe man nach hiesiger Auffassung vor einem beunruhigenden Rätsel und vor einem viel umfassenderen Problem als in Ägypten.

Die ägyptische Frage als europäisch-international sei in ihren Hauptzügen durch das englisch-französische Abkommen gelöst worden. Die Franzosen bedauerten zwar immer noch, ihre Vormachtstellung am Nil verloren zu haben, und es beständen neben dem englischen de facto-Machtzustande noch rechtliche Überreste europäischer Ingerenz. Gäben wir diese frei und drückten wir der englischen Okkupation den Rechtsstempel auf, so bezweifelte ich, daß uns dadurch die englische Freundschaft gesichert werde. Frankreich würde zwar ungern den Rest

seiner Vorrechte in Ägypten aufgeben, dies aber doch tun, wenn wir vorangingen. Mehr noch als an seiner zusammengeschrumpften historischen Stellung in Ägypten liege ihm daran, daß England nicht von ihm ab- und zu uns hinübergehe. Brächten wir nun gemeinsam mit den Franzosen und wahrscheinlich den übrigen Großmächten den Engländern das ägyptische Opfer, so werde zwar die Position Englands am Nil gefestigt, im übrigen aber bliebe alles beim alten. Übrigens sei auf Sir Ernest Cassels Diskretion zu bauen.

Ich bezweifele übrigens, daß die englische Regierung den Wunsch hat, Ägypten zu annektieren. Sie möchte die ägyptische Verwaltung der noch vorhandenen europäischen Fesseln entledigen, weiter nichts.

Zu dem von Seiner Majestät während seines hiesigen Aufenthaltes mehrfach geäußerten Wunsche, die persische Angelegenheit ruhen zu lassen und nicht mit relativ gleichgültigen diplomatischen Fragen die durch den Thronwechsel und seinen Besuch entstandene neue und günstige Lage zu trüben*, führte ich aus, daß durch Iswolskys Erklärung, das betreffende Versprechen von der persischen Regierung nicht mehr fordern zu wollen, der Boden zur Beilegung dieser Streitfrage gewonnen sei, da unser Meistbegünstigungsrecht nicht mehr beeinträchtigt werde. Sir E. Grey habe diese Erklärung aber noch nicht abgegeben, und ich würde mir daher gestatten, Euerer Exzellenz vorzuschlagen, mir zu erlauben, dem englischen Minister gelegentlich unseren Standpunkt in der persischen Frage nochmals in objektiver und versöhnlicher Weise darzulegen, um ihm Gelegenheit zu geben, auch seinerseits und freiwillig dieselbe Zusage wie Iswolsky zu erteilen. Mehr als eine solche Zusage brauchten wir nicht für den Augenblick. Wir hätten nicht nur Rußland, sondern auch England gegenüber Persiens wegen Stellung genommen. Was man anfängt, solle man versuchen durchzuhalten. Gebe Sir E. Grey nach einer freundschaftlichen und nicht drängenden Auseinandersetzung mit ihm, wie zu hoffen sei, die gewünschte Zusage, so werde der persischen Frage, wie sie sich in den letzten Wochen entwickelt habe, der Stachel benommen. Ich hob ausdrücklich hervor, daß ich mir gestatten würde, Euerer Exzellenz diesen Gesichtspunkt zu entwickeln, und Seine Majestät nahm daher keinerlei Stellung dazu.

Seine Majestät zeigte keine Geneigtheit, mit England über die Bagdadbahn zu verhandeln.

Seine Majestät betonte mehrmals, er habe keine Politiker gesprochen, da er nur zur Trauerfeier hergekommen sei. Dies habe er auch Engländern gegenüber betont. Übrigens habe sich auch kein Minister bei ihm gemeldet, Lord Kitchener habe er auf Wunsch des Königs empfangen. Derselbe habe ihm hauptsächlich über Indien und Japan und, soviel ich mich erinnere, auch über die militärische Organisation in Australien erzählt.

---

* Näheres zur Behandlung der persischen Frage sowie der Bagdadbahnfrage während der Anwesenheit des Kaisers in England siehe in Bd. XXVII, Kap. CCXVII, Nr. 10125 ff.

Seine Majestät hat auch das Thema der japanischen Gefahr berührt. Admiral Prinz Louis Battenberg habe sich Seiner Majestät gegenüber scharf gegen Japan geäußert und gesagt, die Abneigung gegen die Japaner nehme hier stark zu. Wenn es zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zum Kriege wegen der Philippinen komme, so werde das englisch-japanische Bündnis zerschellen und die englische Flotte auf Seiten Amerikaner zu finden sein. Ebenso wie auch die deutsche, habe Seine Majestät dem Admiral geantwortet.

Roosevelts Eintreten für das Zusammenhalten der teutonischen Rasse hat, wie ich höre, hier wenig Widerhall gefunden. Die von Deutschland beabsichtigten Machtmittel zu Wasser und zu Lande erscheinen dem Engländer zu groß für eine unabhängige Kooperation, daher er es vorziehe, sich gegen uns zu sichern, anstatt mit uns zu gehen. Hierin liegt der einfache Schlüssel der Situation, mit der wir für die nächste Zukunft zu rechnen haben.

Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers am Totenlager seines verewigten Onkels hat allgemein einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

Metternich

Nr. 10392

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Freiherrn von Schoen

Nr. 68 Berlin, den 25. Mai 1910

Besten Dank für ausführliches Telegramm*.

Hoffe, daß Ihr Vertrauen in volle Diskretion Cassels sich bewahrheitet. Andernfalls zu befürchten, daß England schon jetzt mit unserer bedingungslosen Zustimmung rechnend Lösung der ägyptischen Frage hinter unserem Rücken, und ohne uns Gelegenheit zu Kompensationsforderungen zu geben, vornimmt, auch unsere Stellung in Türkei untergräbt.

Einverstanden, daß Ew. Exzellenz gelegentlich ohne jedes Drängen sich von Sir E. Grey Bestätigung der uns von Iswolsky mitgeteilten ermäßigten Absichten Rußlands und Englands in persischer Frage geben lassen. Nichtbestehen der Ententemächte auf persischer Gegenerklärung würde uns einer Vorstellung in Teheran wegen Verletzung unseres Meistbegünstigungsrechts entheben. Staatssekretär hat sich in diesem Sinne gestern zu hiesigem englischen Geschäftsträger** geäußert.

v. Bethmann Hollweg

---

* Siehe Nr. 10391.
** Graf Salis.

Nr. 10393

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Abschrift

London, den 14. Juli 1910

Gelegentlich eines Essens sagte mir gestern abend Mr. M'Kenna, daß er bei Gelegenheit der morgigen (Donnerstag) Parlamentsverhandlungen wiederum sagen müsse, daß Deutschland im Frühjahr 1912 nicht 13, sondern 17 Dreadnoughts verwendungsbereit haben werde. Ich erwiderte ihm, daß er sich dann nicht wundern könne, wenn wiederum in Deutschland ein unwilliges Erstaunen darüber Platz greifen werde, daß er die der englischen Regierung offiziell zur Verfügung gestellten Nachrichten nicht nur außer acht lasse, sondern sogar verdrehe.

Im Anschluß an dieses kurze Gespräch erwiderte ich heute Sir John Jellicoe**, der mich fragte, ob ich heute im House of Commons den Naval Debates beiwohnen werde, es habe für mich keinen Zweck, da ich wisse, was M'Kenna sagen werde. Auf die erstaunte Frage Sir Johns, woher ich das wissen wolle, erzählte ich ihm kurz das obige Gespräch mit Mr. M'Kenna.

Sir John erwiderte mir darauf in auffallend bestimmter Art: „Sie werden sehen, daß Mr. M'Kenna das nicht sagen wird."

Auf meine Gegenfrage, woher ihm bekannt sei, was Mr. M'Kenna antworten werde, sagte mir Sir John: „The Board of the Admiralty hat heute vormittag festgesetzt, was Mr. M'Kenna sagen wird, und Sie können versichert sein, daß er sich Ihnen gegenüber gestern abend irrtümlich ausgedrückt hat***."

Aus der Art und Weise, wie Sir John Jellicoe, der in seinen Äußerungen meistens vorsichtig ist, dieses in Gegenwart des Captain Madden (IV. Sealord) zu mir sagte, möchte ich schließen, daß die Seeoffiziere der Admiralty endlich Mr. M'Kenna gegenüber andere Saiten aufziehen und darauf aus sind, ihren Einfluß besser zur Geltung zu bringen.

Wenn dies wirklich zutrifft, so ist es zweifellos das Verdienst Arthur Wilsons, der frei von parlamentarischem Einfluß nach seiner Überzeugung als Seeoffizier arbeitet. Möglicherweise hat auch Sir John Jellicoe von seinem Aufenthalt in Kiel†, bei dem ihm die Augen über unsere Anschauung

---

* Bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 178f. Dort auch ein weiterer Bericht Widenmanns vom 15. Juli 1910 über die Parlamentsdebatte vom 14. Juli. Vgl. das folgende Schriftstück.

** Lord-Commissioner of the Admiralty.

*** Tatsächlich äußerte sich M'Kenna in der Unterhaussitzung vom 14. Juli nur ganz kurz über das deutsche Flottenbauprogramm, ohne seine früheren Irrtümer zu wiederholen. Um so eingehender ließ sich der Premierminister Asquith aus. Vgl. die folgenden Schriftstücke.

† Über Jellicoes Kieler Reise ist aus den Akten nichts zu ersehen.

der englisch-deutschen Frage geöffnet sind, den Eindruck mitgebracht, daß der lawyer M'Kenna von den Seeoffizieren der Admiralty kürzer gehalten werden muß.

(gez.) Widenmann

Nr. 10394

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 85 Berlin, den 15. Juli 1910

Bitte umgehend englischen Wortlaut der Erklärungen des Premierministers im Unterhause*, soweit sie sich auf unsere Verhandlungen über Rüstungsabkommen beziehen, telegraphisch mitteilen.

Ew. pp. wollen sich ferner äußern, in welcher Weise unsererseits zu dem Vorgehen des Ministers Stellung zu nehmen sein wird, das unter Verletzung der vereinbarten Geheimhaltung nach den bis jetzt hier vorliegenden Meldungen auf eine durchaus einseitige, irreführende und für uns im Hinblick auf unsere öffentliche Meinung höchst unerwünschte Darstellung des Verlaufs der Besprechungen im vergangenen Jahr hinausläuft. Wir können in die Notwendigkeit versetzt werden, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß der Abbruch der Verhandlungen von englischer Seite erfolgt und daß hierfür offenbar nicht nur unsere Weigerung, an eine Abänderung des Flottengesetzes heranzutreten, sondern insbesondere auch die mangelnde Geneigtheit der englischen Regierung maßgebend gewesen ist, uns die in politischer Hinsicht von uns gewünschten Zusicherungen zu machen. Drahtbericht.

v. Schoen

---

* In der Unterhaussitzung vom 14. Juli hatte sich Premierminister Asquith sehr eingehend über das deutsche Flottenbauprogramm und über die bisherigen Versuche, zu einem Rüstungsabkommen zu gelangen, ausgelassen. Ausdrücklich erklärte Asquith in seiner Rede (vgl. Parliamentary Debates 1910, Vol. XIX, p. 636ss.), alles aufrecht halten zu müssen, was er am 16. März 1909 (vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10273, 10274) über die Beschleunigung des deutschen Schiffsbaus und über die „increasing growth in the productive capacity of Germany in turning out these instruments of war" gesagt habe; immerhin gestand er zu, daß seine damaligen Ausführungen „perhaps in a not very accurate way, but in a popular way" gehalten gewesen seien. Über das, was dann Asquith über die bisherigen vergeblichen Versuche, zu einem Flottenarrangement zu kommen, und die daraus resultierende Lage gesagt hatte, vgl. die folgende Nummer.

Nr. 10395

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 London, den 16. Juli 1910

Antwort auf Telegramm Nr. 85*.

In dem Wortlaut der Rede aus dem „Times"-Bericht, der heute vormittag in Berlin eintrifft, begründet der Premierminister unter der Überschrift „Attitude towards Germany" und „The british position" die Flottenbauten der beiden Länder in durchaus deutschfreundlicher Weise und benutzt dieselben Argumente zur Erklärung unseres Flottenbaus, deren sich die deutschen Staatsmänner bedienen. Der Ton seiner ganzen Rede ist deutschfreundlich und darauf gerichtet, daß England sich mit dem deutschen Flottengesetz abzufinden und keinen Grund zur Anklage hat. In dem Abschnitt des „Times"-Berichts „The new facts" erklärt Mr. Asquith, daß Deutschland 13 Dreadnoughts im Jahre 1912 haben wird. Unsere offizielle Angabe wird also von ihm zum ersten Mal bestätigt. Daneben kommen mit Bezug auf bisherige Bauzeit und auf Zahlenverhältnis der Schiffe im Jahre 1914 zwei technische Unrichtigkeiten vor, worauf mich der Marineattaché, der im übrigen die Rede von seinem Fachstandpunkt aus mit Genugtuung begrüßt, aufmerksam gemacht hat.

In dem Schlußkapitel „Security and social reform" heißt es am Ende: „Sie mögen, ist es nicht möglich zu einer Art von Vereinbarung zwischen den Nationen der Welt und insbesondere zwischen uns und dem großen befreundeten Deutschen Reich zu gelangen, den Flottenausgaben ein Ende bereiten .....**? Ich wollte, es wäre so. Die deutsche Regierung hat uns gesagt — ich kann mich nicht beklagen, und ich habe keine Antwort darauf zu geben —, daß ihr Vorgehen in dieser Sache durch ein Gesetz des Reichstags geregelt, wodurch das Programm automatisch von Jahr zu Jahr fortschreitet. Das heißt, im Jahr 1911/12, dem letzten Jahr, in dem nach dem Gesetz vier Dreadnoughts gebaut werden, fällt die Baugeschwindigkeit in den zwei folgenden Jahren auf zwei in jedem Jahr***, so daß wir jetzt, wir dürfen es hoffen, den Höhepunkt erreicht haben. Wenn es selbst heute noch durch Vereinbarung möglich wäre, die Baugeschwindigkeit zu vermindern, so würde niemand darüber mehr erfreut sein als

* Siehe Nr. 10394.

** Zifferngruppe fehlt. Nach dem stenographischen Bericht lautete der Satz folgendermaßen: „You may say, ‚Is it not possible to come to some kind of arrangement between the nations of the world, particularly between ourselves and the great friendly Empire of Germany, by which this kind of thing might be brought to a close?'"

*** Richtig lautet der Satz: „That is to say, the year 1911—12 is the last year in which, under the law, four „Dreadnoughts" are constructed, and the rate of construction drops in the two succeeding years to two each year . . ."

Seiner Majestät Regierung. Wir sind an die deutsche Regierung herangetreten. Dieselbe hat sich nicht in der Lage gesehen, etwas zu tun. Sie kann nicht handeln ohne einen Parlamentsakt, der das Flottengesetz aufhebt. Sie sagt uns, und ohne Zweifel mit vollem Recht, daß sie zu einem veränderten Programm nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Deutschland haben würde*. Niemand hierzulande würde mit aufrichtigerer Genugtuung die Aussicht auf Einhalt in dem Bau dieser notwendigen, aber höchst kostspieligen und verschwenderischen Werkzeuge des Kriegs erblicken, ...** wodurch die auf diese Weise benutzten Gelder abgelenkt werden von Zwecken, die andernfalls zur Wohlfahrt und zum Fortschritt unseres Volkes benutzt werden würden. Wir werden mit Eifer jede Gelegenheit in der Beziehung benutzen, erwarten aber in der Zwischenzeit die Unterstützung des Hauses unter den zwar bedauerlichen, aber für die erforderliche Sicherheit des Reichs vorhandenen Umständen, die ich beschrieben habe***."

Der Premierminister wiederholte also mehrmals, daß eine Flottenverständigung nicht möglich sei, weil die deutsche Regierung am Flottengesetz festhalten müsse. Soviel ich weiß, haben unsere leitenden Persönlichkeiten auch mehrfach öffentlich betont, daß das Gesetz eingehalten werden müsse. Aus der Rede geht nicht hervor, daß im vergangenen Jahre Vorverhandlungen stattgefunden haben, die im Sande verliefen und von hier nicht wieder aufgegriffen wurden, sobald die englische Regierung aus den schriftlich fixierten Unterredungen des Herrn Reichskanzlers mit Sir Edward Goschen klar sah, daß eine Abänderung unseres Flottengesetzes ausgeschlossen sei. Zur Darlegung eines Verständigungsprogramms ist es überhaupt nicht gekommen. Die Erkenntnis der Tatsache, daß eine Hinausziehung des Bauprogramms über 1918/19, also eine Abänderung des Flottengesetzes, nicht erreichbar sei, genügt hier als Beweis für die Aussichtslosigkeit von Verhandlungen, die bei strikter Durchführung unseres gesetzlichen Bauprogramms nach hiesiger Auffassung keinen Vorteil mehr gewähren, weder marinetechnisch und noch weniger politisch. Diese Interna über Vorverhandlungen zu einer bestimmten Zeit treten in der Rede des Ministers nicht hervor. Für die Uneingeweihten bleibt nur bestehen, daß eine Vereinbarung nicht möglich geworden ist, weil wir am Flottengesetz festhalten. Das letztere ist in

---

* Es folgt hier: „These are the governing and unalterable facts of the situation for the moment. We must deal with there as facts and make our provision for them."
** Zifferngruppe fehlt. Der Satz lautet vollständig folgendermaßen: „We feel that there is nobody of men in this country who would, with more unfeigned satisfaction, put a stop to the construction of these necessary, expensive and wasteful instruments of warfare and thereby divert the money which is so employed to purposes of the welfare and progress of our people."
*** Es heißt richtig: „. . . and in the meantime we ask the House to support the Government in an expenditure which having regard to the circumstances of the case and having regard to the faits. I have cuted, though tamentable, appears to us to be necessary for the security of the Empire."

unserer öffentlichen Meinung bekannt und dürfte in ihr wohl kaum zu Ungunsten der Kaiserlichen Regierung ausgelegt werden.

Sollten Ew. Exzellenz es aber trotzdem für notwendig erachten, Stellung gegen die Rede des Mr. Asquith zu nehmen, so erscheint mir hierzu ein doppelter Weg gegeben: entweder ich stelle ihn zur Rede über seine Indiskretionen unter Hinzufügung, daß wir eventuell gezwungen sein würden, eine öffentliche Richtigstellung vorzunehmen, oder wir erklären ohne weiteres öffentlich, daß Verhandlungen stattgefunden haben, die aber von der englischen Regierung, nicht von uns fallen gelassen worden seien (nicht abgebrochen). Weiter würde ich vorläufig nicht gehen, auch den Zeitpunkt der Verhandlungen nicht näher bezeichnen. Die Öffentlichkeit weiß über Flottenbesprechungen hauptsächlich durch die in der Kommissionssitzung am 23. März 1909 abgegebene Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amts. Von Verhandlungen über eine politische Annäherung einerseits und einem Flottenabkommen andererseits weiß sie nichts. Es ist sehr fraglich, ob eine Erörterung dieser Wechselbeziehung....* unsere unvorbereitete öffentliche Meinung einen günstigen Eindruck machen würde. Überall anders würde sie uns sicherlich schaden und das Gefühl der Zuverlässigkeit in die englische Freundschaft und Ententen erhöhen, die selbst um den Preis eines Flottenabkommens mit Deutschland nicht zu erschüttern waren. Im Rahmen des Flottengesetzes mag England keine politischen Zugeständnisse machen. Außerhalb des Rahmens haben wir kein Angebot gemacht.

Beschränken wir uns darauf, daß ich den Premierminister zur Rede stelle, so hat dies für die öffentliche Meinung bei uns, die übrigens nach den heutigen Morgenzeitungen seine Rede sehr günstig beurteilt und der Kaiserlichen Regierung nicht den geringsten Vorwurf macht, keinen Wert, da sie nichts davon erfährt, wird aber die englische Regierung in Zukunft vorsichtig machen.

Geben wir aber eine öffentliche Erklärung ab, die bis jetzt niemand bei uns zu verlangen scheint, dahingehend, daß die englische Regierung Verhandlungen über ein Abkommen fallen gelassen hat, so erfüllt sich damit meine im vorigen Sommer niedergeschriebene Befürchtung, daß die in bester Absicht eingeleiteten Verhandlungen schließlich in gegenseitige Rekriminationen ausarten und die beiderseitigen Beziehungen schlechter zurücklassen könnten, als sie anfänglich gewesen seien.

Mir scheint, daß wir erst dann an die öffentliche Richtigstellung gehen sollten, wenn wir bemerken, daß die Rede des Ministers uns tatsächlich in der öffentlichen Meinung in ein ungünstiges Licht stellt. Die Befürchtung allein, daß das letztere vielleicht eintreten könne, erscheint mir weniger schwerwiegend als der Schaden, der durch eine öffentliche Erklärung nach verschiedenen Seiten hin angerichtet wird.

---

* Zifferngruppe fehlt.

Falls ich den Premierminister zur Rede stellen soll, wäre ich dankbar für ein Telegramm bis spätestens Montag früh, da ich Montag mittag 12 Uhr Mr. Asquith auf seinen Wunsch sprechen werde.

Metternich

Nr. 10396

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Hohenfinow, den 17. Juli 1910

Auf Telegramm Nr. 101*.

Nachdem Äußerungen des Premierministers nicht das befürchtete Aufsehen erregt haben, liegt für eine öffentliche Stellungnahme zu denselben zurzeit keine Notwendigkeit vor. Die Mitteilungen des Ministers waren aber zweifellos geeignet, die Öffentlichkeit auf die Spur unserer vorigjährigen Verhandlungen zu führen. Ew. pp. wollen Herrn Asquith freundschaftlich sagen, daß hier in dieser Hinsicht Besorgnisse entstanden seien, und daß ich es außerordentlich bedauert haben würde, wenn der günstige Eindruck der von mir aufrichtig begrüßten, deutschfreundlichen Rede des Ministerpräsidenten durch Mutmaßungen und daran sich knüpfende Polemiken der Presse über den stattgehabten Meinungsaustausch beeinträchtigt worden wäre.

Falls mich parlamentarische Erörterungen im Winter oder schon vorher Preßdiskussionen nötigen sollten, auf die Sache einzugehen, so würde ich nicht verschweigen können, daß wir die Darlegungen des englischen Premierministers nicht in allen Punkten als zutreffend anerkennen können, nicht nur was einzelne seiner Angaben über die marinetechnische Durchführung unseres Flottenprogramms betrifft, sondern auch wenn er die Behauptung aufstellt, wir hätten erklärt, ohne parlamentarischen Akt überhaupt nichts tun zu können. Wir haben der englischen Regierung unsere Bereitwilligkeit zur Verlangsamung des Bautempos für eine zu vereinbarende Zeitperiode innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes zu erkennen gegeben. Das würde zwar die Gesamtzahl und die Gesamtkosten nicht verringert, wohl aber das Ansteigen der Kosten in der fraglichen Zeitperiode verlangsamt, also immerhin ein Entgegenkommen in sich geschlossen haben. Die englische Regierung aber hat die eingeleiteten Verhandlungen fallen gelassen, noch bevor es zur Aufstellung eines detaillierten Programmes gekommen wäre.

Daß für diesen Entschluß lediglich die Erkenntnis der englischen Regierung maßgebend gewesen wäre, daß eine Abänderung unseres

---

* Siehe Nr. 10395.

Flottengesetzes als solches ausgeschlossen sei, vermag ich als zutreffend nicht anzuerkennen.

Ich würde es für erwünscht halten, wenn Ew. pp., ohne in den Ton von Rekriminationen zu verfallen, auf diese Perspektive, die mir angesichts des freundlichen Gesamttones der Asquithschen Rede durchaus unwillkommen wäre, aufmerksam machen könnten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10397

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 London, den 20. Juli 1910

Antwort auf Telegramm des Herrn Reichskanzlers vom 17. d. Mts.*

Ich hatte den Premierminister bereits am 15. d. Mts. auf die marinetechnischen Unrichtigkeiten seiner Rede hingewiesen. Er verteidigte sich nur schwach und gab zu, daß meine Äußerungen einen fair criticism enthielten.

Sowohl die gefärbte Darstellung über Bauzeit und Stärkeverhältnisse wie auch seine Anspielungen auf unsere Verhandlungen sind augenscheinlich von dem Wunsche eingegeben worden, den Friedens- und Abrüstungsfreunden seiner Partei das hohe Marinebudget mundgerecht zu machen. Ich sagte nun Asquith vorgestern bei einer zweiten Begegnung, daß die deutschfreundlichen Bemerkungen seiner Rede einen ausgezeichneten Eindruck in Deutschland gemacht hätten und auch vom Herrn Reichskanzler mit Genugtuung aufgenommen worden seien. Der Schluß seiner Rede sei aber geeignet, die öffentliche Meinung auf die Spur unserer im vorigen Jahre geführten geheimen Verhandlungen zu leiten, und enthalte Unrichtigkeiten, die der Herr Reichskanzler eventuell genötigt sein werde richtig zu stellen. Nicht wir, sondern die englische Regierung habe die Verhandlungen fallen gelassen, so daß es nicht einmal zur Aufstellung unseres Programms gekommen wäre. Auch hätten wir nicht erklärt, ohne parlamentarischen Akt nichts unternehmen zu können.

Der Premierminister war zunächst über meine Mitteilungen, die ich ohne jede Schärfe machte, sichtlich verstimmt und antwortete, wir hätten erklärt, an dem Flottengesetz festhalten zu müssen. Damit wäre eine Verringerung der Zahl der Schiffe und eine Ermäßigung der Ausgaben, worauf es ihm ankomme, ausgeschlossen. Dies sei allgemein bekannt. Er habe durchaus nicht beabsichtigt, über unsere Verhandlungen etwas in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Er habe vielmehr beabsichtigt,

* Siehe Nr. 10396.

eine versöhnliche, uns entgegenkommende Rede zu halten, und soweit er bisher aus der Presse entnommen habe, seien seine Worte auch günstig in Deutschland aufgenommen worden. Ich erwiderte, daß wir die gute Absicht und den guten Eindruck seiner Rede durchaus anerkennen und der Herr Reichskanzler mich beauftragt habe, ihm dies auszusprechen. Daß derselbe aber grade deshalb bedauern würde, wenn er durch unser Parlament oder durch Diskussionen in der Presse gezwungen sein sollte, den Hergang und die Sachlage unserer Auffassung darzustellen; der Herr Reichskanzler wünsche keineswegs den guten Eindruck der Rede des Premierministers abzuschwächen, aber auch wir hätten auf Parlament und öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Falls einer dieser beiden Faktoren auf Grund der Rede des Herrn Asquith unserer Regierung den Vorwurf machte, eine Vereinbarung abgewiesen zu haben, so sei der Herr Reichskanzler, wenn auch gegen seinen Wunsch, gezwungen, unsere Auffassung der Sachlage darzulegen.

Hiergegen, bemerkte Asquith, dessen Züge sich sichtlich wieder aufgeheitert hatten, könne er nichts einwenden.

Ich fügte hinzu, da es sich um seine Rede handle, so habe ich es für richtig gehalten, ihm in voller Offenheit diese Mitteilungen zu machen, die ich auf seinen, des Premierministers, Wunsch an Sir E. Grey wiederholen würde. Wir schieden sodann in aller Freundschaft.

Sir E. Grey, dem ich bald darauf, ohne daß er in der Zwischenzeit den Premierminister gesprochen hätte, die gleichen Auseinandersetzungen machte, erwiderte ebenfalls, Asquith habe nicht beabsichtigt, auf die Spur der geheimen Verhandlungen zu lenken, die, soviel er sich erinnere, dadurch zum Stillstand gekommen seien, daß wir erklärt hätten, am Flottengesetz festhalten zu müssen. Eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben sei dann nicht mehr zu erreichen gewesen.

Ich entgegnete, eine Verlangsamung der Bauzeit wäre auch innerhalb des Flottengesetzes für eine bestimmte Periode möglich gewesen, so daß Ersparungen hätten gemacht werden können. Die englische Regierung habe aber durch Fallenlassen der Verhandlungen uns die Möglichkeit genommen, ein Programm zu entwickeln. Als der Minister hierauf bemerkte, Mr. Asquith habe in seiner Rede betont, die englische Regierung werde nach wie vor jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen, um ein Abkommen zur Einschränkung der Flottenausgaben herbeizuführen, erwiderte ich, ich verfolgte keineswegs die Absicht, ihm die Wiederaufnahme der Verhandlungen nahezulegen, sondern ich beschränkte mich lediglich auf die Feststellung der Tatsache, daß die Verhandlungen über eine Verständigung nicht von unserer, sondern von englischer Seite fallen gelassen. Der Minister bemerkte hierauf, er werde sich die Akten wieder vorlegen lassen. Er stehe unter dem Eindruck, daß die Flottenfrage durch die persische Frage* in den Hintergrund gedrängt worden sei.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVII.

Ich ging hierauf nicht weiter ein. An und für sich würde ich es für nützlich halten, wenn ich dem Minister nochmals klarmachte, daß lediglich die englische Regierung die Verhandlungen nicht wieder aufgenommen hat, und daß wir eventuell gezwungen sein werden, dies öffentlich klarzustellen, fürchte aber, daß er dann dazu bewogen sein könnte, die Verhandlungen pro forma wieder aufzunehmen, die nach meiner Überzeugung unter den gegebenen Verhältnissen nur das negative Ergebnis haben können, den beiderseitigen Gegensatz in der Flottenfrage noch deutlicher hervortreten zu lassen als bisher. Dagegen dürfte es vielleicht unter allen Umständen nützlich sein, wenn ich Sir E. Grey die marinetechnischen Unrichtigkeiten der Rede des Premierministers nochmals im einzelnen nachweise.

Metternich

Nr. 10398

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 88 Berlin, den 27. Juli 1910

Auf Telegramm Nr. 103*.

Sollte Sir E. Grey auf das Thema Flottenabkommen zurückkommen, so bitte ich nach Möglichkeit auszuweichen. Instruktion folgt**.

v. Schoen

Nr. 10399

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 London, den 28. Juli 1910

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 88***.

Ich glaube kaum, daß Sir E. Grey auf das Thema Flottenabkommen

* Siehe Nr. 10397.
** Vgl. Kap. CCXXV, Nr. 10400.
*** Siehe Nr. 10398.

so bald zurückzukommen beabsichtigt*. Als ich vorgestern eine längere Besprechung mit ihm über verschiedene Gegenstände hatte, deutete er diese Frage mit keinem Worte an. Morgen fährt er aufs Land und wird bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments im November nur in längeren Zwischenräumen tageweise nach London kommen.

Metternich

* Tatsächlich nahm die englische Regierung bereits in einem vom 26. Juli datierten, am 12. August in Berlin überreichten Memorandum Veranlassung, auf die Anstände zurückzukommen, die man in Berlin an der Asquithschen Rede vom 14. Juli genommen hatte. Vgl. darüber das folgende Kapitel. Es erfüllte sich so die von Graf Metternich am 20. Juli ausgesprochene Besorgnis, daß Sir E. Grey durch Rekriminationen gegen die Asquithsche Rede bewogen werden konnte, die unter den gegebenen Verhältnissen aussichtslosen Verhandlungen über ein Flottenabkommen wieder aufzunehmen.

Kapitel CCXXV

Neue Erörterungen zwischen Berlin und London
Rüstungs- und Politisches Abkommen
Der Nachrichtenaustausch. August 1910 bis Juli 1911

Nr. 10400

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 1407 — Berlin, den 8. August 1910
Ganz geheim — [abgegangen am 9. August]

Anläßlich der bekannten Rede des englischen Premierministers zum Flottenbudget* haben Ew. pp. der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Öffentlichkeit von Flottenbesprechungen zwischen uns und England hauptsächlich durch die von dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amts in der Budgetkommission des Reichstags am 23. März v. Js. abgegebene Erklärung** etwas erfahren habe. Tatsächlich ist diese Erklärung zurückzuführen auf Äußerungen, die Mr. Asquith im Unterhause am 16. März 1909 über unseren Standpunkt in der Frage eines Rüstungsabkommens gemacht hatte***. Nach Lage der Verhältnisse konnte es deutscherseits damals Herrn Asquith nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß er zur Rechtfertigung der Flottenpolitik des liberalen Kabinetts auf die Erfolglosigkeit der Bemühungen der englischen Regierung hinwies, uns zu einem Entgegenkommen in der Frage der gegenseitigen Einschränkung der Flottenrüstungen zu bestimmen. Nach den Verhandlungen des vergangenen Jahres, die unter der Vereinbarung der strengsten Geheimhaltung eingeleitet worden waren, hätten wir erwarten dürfen, daß die englische Regierung auf das peinlichste sich jeder auch nur andeutungsweisen Kundgebung über den Verlauf derselben in der Öffentlichkeit enthalten würde. Im Gegensatz hierzu ist Herr Asquith, ohne daß ein zwingender Anlaß dazu vorlag, von sich aus erneut auf die Frage eines Rüstungsabkommens zu sprechen gekommen und hat dabei Angaben über die Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung gemacht, die nicht nur offensichtlich auf Erklärungen zurückgehen, die wir im Laufe dieser Verhandlungen abgegeben haben, sondern überdies auch noch in wesentlichen Punkten unzutreffend sind. Man würde die bona fides des Ministers bei diesem Vorgehen bezweifeln dürfen, wenn nicht das Eingeständnis Sir E. Greys, sich erst an der Hand der Akten die Tatsache zurückrufen zu müssen, daß die Verhandlungen von englischer Seite sistiert worden

* Vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10394 nebst Fußnote, 10395ff.
** Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10278.
*** Vgl. dazu Kap. CCXXI, Nr. 10273, 10274.

waren, dazu nötigte, sei es der Naivität, sei es der Vergeßlichkeit englischer Staatsmänner gewisse Konzessionen zu machen.

Nachdem Ew. pp. den Minister bereits auf die in den Angaben Mr. Asquith' enthaltenen Unrichtigkeiten aufmerksam gemacht haben*, soweit sie diese Verhandlungen betreffen, stimme ich mit Ihnen darin überein, daß es sich nicht empfiehlt, Sir E. Grey gegenüber auf diesen Punkt zurückzukommen, um nicht den Anstoß zu der Wiederaufnahme von Verhandlungen zu geben, denen angesichts der Haltung der englischen Regierung ein günstiges Endergebnis kaum prognostiziert werden kann.

Was die in der Rede des Premierministers enthaltenen marinetechnischen Unrichtigkeiten betrifft, so bestehen dieselben in der Hauptsache in falschen Angaben über die Bauzeiten unserer Schiffe und über die Stärke unserer Flotte in den nächsten Jahren. Eine offizielle Richtigstellung der ersteren Angaben halte ich im Einvernehmen mit unserer Marineverwaltung nicht für angebracht, da die Notwendigkeit der Geheimhaltung bestimmter Tatsachen es nicht gestattet, die auf irrigen Voraussetzungen beruhenden Behauptungen des Premierministers in überzeugender Weise zu widerlegen. Dagegen darf ich Ew. pp. ersuchen, Sir E. Grey unter Bezugnahme auf die Äußerungen Herrn Asquith' die beifolgenden Termine für die Fertigstellung unserer Schiffsbauten in den Jahren 1911, 1912 und 1913** mitzuteilen und ihm dabei die Erwartung auszusprechen, daß diese Angaben von seiten der englischen Regierung diejenige Beachtung finden würden, die die Kaiserliche Regierung für ihre amtlichen Mitteilungen beanspruchen zu dürfen glaubt. Ich stelle es Ihrem Ermessen anheim, ob Sie diese Mitteilung in schriftlicher Form erfolgen lassen wollen, um eine erneute Diskussion der Flottenfrage zu vermeiden***.

Sowohl der Premierminister wie Sir E. Grey haben unsere Erklärung, an dem Flottengesetz festhalten zu müssen, für die Ergebnislosigkeit der vorjährigen Verhandlungen verantwortlich gemacht. Ich bin gern bereit zuzugeben, daß die Erkenntnis, eine Abänderung unseres Flottengesetzes zurzeit nicht erreichen zu können, für die Haltung der englischen Regierung mitbestimmend gewesen ist. Ich vermag aber hierin den einzigen

---

* Vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10397.

** Siehe Anlage.

*** Unter dem 13. August bat Graf Metternich, die schriftliche Mitteilung der Daten vorerst noch hinausschieben zu dürfen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte er: „Die konfusen englischen Angaben über unsere Schiffsbauzeiten beruhen zum Teil darauf, daß hier die Bauzeit von der Kiellegung bis zum Beginn der Probefahrten und nicht, wie bei uns, von der Bewilligung bis zur Indienststellung berechnet wird." In ähnlichem Sinne äußerte sich der englische Marineattaché Watson am 24. August zu Admiral Tirpitz; vgl. Nr. 10405, Anlage II. Durch Erlaß Nr. 1719 vom 15. November wurde Graf Metternich angewiesen, Sir E. Grey nunmehr die amtlichen Daten für die Fertigstellung der deutschen Schiffsbauten zu übermitteln. Über die Aufnahme, die Graf Metternich damit bei dem englischen Staatssekretär fand, siehe Nr. 10422.

Grund nicht dafür zu erblicken, daß die Besprechungen ergebnislos verlaufen sind. Für mich ist es vielmehr nicht zweifelhaft, daß für den Entschluß der englischen Regierung, die Verhandlungen fallen zu lassen, auch der Umstand maßgebend gewesen ist, daß sie sich darüber klar geworden war, daß ein Flottenabkommen nur um den Preis eines politischen Abkommens von uns zu erlangen sein würde. Schon die Bemerkung Sir E. Greys, er stehe unter dem Eindruck, daß die Flottenfrage durch die persische Frage in den Hintergrund gedrängt worden sei, deutet darauf hin, daß allgemeine politische Erwägungen die Entschließungen des englischen Kabinetts in erster Linie beeinflußt haben. Noch zu Ende März hatte nämlich der Minister Ew. pp. die Absicht zu erkennen gegeben, die Frage wieder aufzunehmen, sobald die parlamentarischen Verhältnisse dies gestatteten. Wenn ich ferner gelegentlich der Verhandlungen über die persische und die Bagdadbahn-Frage im vergangenen Frühjahr der englischen Regierung erklärt habe, daß es mir nur im Rahmen eines politischen Gesamtabkommens möglich sein würde, den englischen Wünschen bezüglich der Bagdadbahn entgegenzukommen, und diese meine Erklärung mit dem bekannten Vorgehen der englischen Regierung beantwortet wurde, das einer Provokation sehr nahe kam*, so erweist auch dieser Vorgang, daß englischerseits auf die Festlegung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu uns kein Wert gelegt wird, sondern daß das Festhalten an der angeblich der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte dienenden, tatsächlich aber auf die Beschränkung der deutschen Machtstellung hinauslaufenden Ententepolitik ein so fest gegründetes Prinzip der auswärtigen Politik der englischen Regierung bildet, daß sie auch durch die weitgehendsten Zugeständnisse auf dem Gebiete unserer maritimen Rüstungen voraussichtlich nicht zu bestimmen sein würde, dasselbe preiszugeben.

Bei dieser Sachlage aber liegt für uns kein Anlaß vor, und ich würde es für einen politischen Fehler halten, das Odium für das Scheitern der Verhandlungen des vergangenen Jahres widerspruchslos allein auf uns zu nehmen. Ich halte es vielmehr für geboten, daß Ew. pp. die Darstellung, als ob lediglich unser Festhalten an unserem Flottengesetz hieran die Schuld trage, zurückweisen, wo dieselbe Ihnen entgegentritt, nicht nur falls Sir E. Grey auf die Rüstungsfrage erneut zurückkommen sollte, sondern auch falls das Thema von Mitgliedern des Kabinetts Ihnen gegenüber berührt wird, die von den Verhandlungen Kenntnis haben. Auch wird, wenn etwa die von Ew. pp. angedeutete Eventualität noch einmal eintreten und englischerseits der Versuch gemacht werden sollte, pro forma die Verhandlungen wieder aufzunehmen, zu erwägen sein, ob wir nicht gut tun werden, einen dahin gehenden Vorschlag mit der Stellung der Vorfrage zu beantworten, ob die englische Regierung für den Fall, daß es zu einer beide Teile befriedigenden Vereinbarung in der Flotten-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.

frage kommen sollte, zur Herstellung eines auf vertraglicher Grundlage auszubauenden Freundschafts- und Vertrauensverhältnisses mit uns im Prinzip bereit sei.

Die Äußerungen des englischen Premierministers haben der Öffentlichkeit Anlaß zur Wiederaufnahme der Diskussion über die Frage eines deutsch-englischen Flottenabkommens gegeben. So sehr ich auch bemüht bin, diese Erörterungen in der deutschen Presse tunlichst zu verhindern, so wird es doch immer wahrscheinlicher, daß ich gezwungen sein werde, zu den Erklärungen Herrn Asquith' im Reichstage Stellung zu nehmen. Ich sehe es als meine Aufgabe an, bei dieser Gelegenheit auch meinerseits die deutsche Politik von dem Vorwurfe tunlichst zu entlasten, der ihr infolge der von englicher Seite beliebten Darstellung in den Augen der ganzen Welt anhaftet, lediglich durch ihre Flottenpolitik an dem unbefriedigenden Stande der deutsch-englischen Beziehungen schuld zu sein. Daß eine starke Flotte in den Händen einer befreundeten Macht für England nichts Bedrohliches zu haben braucht, lehrt der Gleichmut, mit dem man englischerseits den maritimen Rüstungen der Vereinigten Staaten gegenübersteht. Wenn das Anwachsen der deutschen Seemacht in England Beunruhigung hervorruft, so ist dafür vor allem die gegensätzliche Richtung zu Deutschland verantwortlich, die die englischen Staatsmänner der englischen Politik seit einer Reihe von Jahren gewiesen haben. Ich halte mich für um so berechtigter, diesen Gedanken einmal offen auszusprechen, als ich meinerseits von dem ersten Augenblick meines Amtsantritts auf das ernstlichste bemüht gewesen bin, auf die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit der englischen Regierung hinzuarbeiten, und die von mir bestimmte deutsche Politik nicht schuld daran ist, wenn diesen Bemühungen ein Erfolg bisher nicht beschieden gewesen ist. Ich halte es für nützlich, daß auch Ew. pp. bei sich bietender Gelegenheit sich Sir E. Grey gegenüber in freundschaftlicher Form in diesem Sinne äußern und ihm dabei nicht verhehlen, daß ich insbesondere auch in der persischen und der Bagdadbahn-Frage auf englischer Seite eine Unterstützung meines loyalen Entgegenkommens nicht gefunden habe.

v. Bethmann Hollweg

Anlage

Deutschlands „Capital Ships"

Bis April 1911 sollen von den Bauwerften abgeliefert werden:

Linienschiffe	Große Kreuzer	
keine	keine	
		Fertige Schiffe: 5

Bis April 1912 sollen von den Bauwerften abgeliefert werden:

Linienschiffe		Große Kreuzer	
6. Helgoland	Juni 1911	10. Moltke	Juni 1911
7. Thüringen	„ „	11. „H“	Frühjahr 1912
8. Ostfriesland	August „		
9. Oldenburg	Frühjahr 1912		

Fertige Schiffe: 11

Bis Frühjahr 1913 sollen von den Bauwerften abgeliefert werden:

Linienschiffe		Große Kreuzer	
12. Ersatz Heimdall	Sommer 1912	17. „J“	Frühjahr 1913
13. „ Hildebrand	Herbst „		
14. „ Hagen	Frühjahr 1913		
15. „ Aegir	„ „		
16. „ Odin	„ „		

Fertige Schiffe: 17

Nr. 10401

Memorandum

Ausfertigung. Am 14. August 1910 vom englischen Botschafter in Berlin Sir E. Goschen dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg übergeben*

July 26, 1910

The German Chancellor has, through Count Metternich, expressed the apprehension that the speech of the Prime Minister on the Navy Estimates may be construed as meaning that the German Government has opposed a *non possumus* to every suggestion of agreement respecting naval expenditure. It is therefore well that His Majesty's Government should explain their point of view, not only or chiefly to summarize the past, but also to examine what may be possible in future. Up to the present two ways of reducing or arresting naval expenditure have been considered or suggested from one side or the other.

1. An alteration of the existing German Navy Law. This the German Chancellor has declared to be at present impossible, a statement which was reaffirmed by the communication made to and published by the

* Das englische Memorandum dürfte bereits in Verfolg der von Graf Metternich am 20. Juli (vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10397) berichteten Rücksprachen mit Asquith und Sir E. Grey aufgesetzt sein. Ob Graf Metternich auf Grund des Erlasses vom 8. August (siehe Nr. 10400) erneut bei den englischen Staatsmännern vorstellig geworden ist, und ob dies den Anstoß zu der Überreichung des englischen Memorandums in Berlin gegeben hat, ist aus den Akten nicht zu entnehmen.

„Kölnische Zeitung" on the 28th December*, and again by Count Metternich in conversation on the 22nd March of this year**.

2. A modification of the tempo of the rate of shipbuilding in Germany. To what extent this would be possible without an alteration of the Naval Law is not apparent. In any case the gross naval expenditure would finally be the same, but His Majesty's Government recognise the immediate value that would attach to an agreement of this kind and would readily discuss it.

We have been given to understand that no naval agreement could take place unless it were preceded or accompanied by a political understanding. There would be difficulty in accepting any formula which would give the impression of an understanding different in kind from that which exists between His Majesty's Government and any other European Power, and might therefore affect adversely the relations between His Majesty's Government and certain other Powers, unless these Powers could also be made parties to it. His Majesty's Government have, however, always been ready to give assurances that there is nothing in any agreement between themselves and any other Power which is directed against Germany, and that they themselves have no hostile intentions respecting her.

There is a third suggestion, which has not yet been considered. An agreement might be made, based on an understanding that the German Naval Programme should not be increased[1], accompanied by an exchange of information from time to time between the two Admiralties, which, without revealing those details that are never disclosed, would satisfy each that they were kept informed of the actual progress of shipbuilding in the yards of the other country. Such an arrangement would of course be on the footing of reciprocity.

It is true that the effect of such an agreement upon the naval expenditure of either country would be less substantial and definite than in the case of the first, and possibly of the second, of the above suggestions. But it would remove the apprehension of indefinite future increase; and it would have a moral effect considerable and very favourable[2]. Such an agreement, especially the exchange of information between the two Admiralties, would dissipate in the public mind the suspicion (which increased expenditure has hitherto inevitably aroused, in spite of all that the two Governments can say[3]), that either Government has hostile intentions, or desires to steal a march upon the other. To put an end, in the public mind, to suspicion with regard to present, and to limit anxiety as to the amount of future, naval expenditure would have an effect on the political atmosphere in each country of which the extent

---

* Offenbar ist die in der Morgenausgabe des 30. Dezember 1909 (Nr. 1377) enthaltene Londoner Korrespondenzmeldung vom 28. Dezember „Wahlbewegung und Hetzversuche in England" gemeint, in der sich eine derartige Anspielung findet.
** Vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10379.

and consequences might be greater and more favourable than can be foretold. It might easily be followed by a state of good feeling[4], which would make the arrangement of minor matters easy, and might even lead eventually to a diminution[5] of naval expenditure, for which public opinion is thought not yet to be prepared.

In submitting these suggestions, it is not desired to press the Chancellor to enter upon a discussion which he may consider inconvenient. During the first five months of this year circumstances were not favourable, owing to the political situation at home, for reviewing the possibility of an agreement; there were also debates in prospect on Navy Estimates, which might have had, as they did last year, an unfavourable effect on public opinion. Those debates are now concluded, and have had, so far as His Majesty's Government can judge, a favourable, rather than an adverse, influence; the time has not yet come for deciding the naval expenditure of next year; and it seemed well to summarize the situation and to review the prospects in the hope that nothing, which may seem to the German Chancellor to be possible, should be overlooked, discarded, or discouraged, owing to any doubt on his part of the good-will of His Majesty's Government.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] England soll erst Bauprogramm einreichen, da Flottengesetz fehlt
[2] hängt lediglich von England ab.
[3] English Government hat gelogen trotz Material von uns!
[4] is allready there
[5] hängt ganz von England ab

Schlußbemerkung des Kaisers:

1) Agreement mit England sehr willkommen.
2) Political agreement wichtiger und erst zu schließen.
3) Ein stehen bleiben des Deutschen Flottenbaues wird verlangt unter Zusicherung Engl[ischer] Reciprocity. Da Deutschland durch ein detaillirtes Gesetz schon quasi gebunden ist, soll anscheinend einer Novelle bei uns vorgebeugt werden.
4) England hat kein festes Gesetz, kann beliebig Schiffe in jeder Zahl auflegen je nach Bedarf. Wie ist da reciprocity zu denken?
5) England muß uns dazu erst ein Bauprogramm vorlegen, an welches es sich zu halten verpflichtet, und aus dem klar die zukünftige Entwickelung der Engl[ischen] Flotte hervorgeht.
6) Austausch von Mittheilungen (mit vorgeschlagenen Beschränkungen) nichts im Wege. Beide Admiralitäten können in Verbindung treten. Viel mehr wie jetzt schon durch Besichtigungen der Attachee, und durch ihre Berichte, sowie durch Veröffentlichungen in Tagespresse und Fachzeitschriften wird nicht wohl herauskommen.
7) Das political agreement wünscht England so gehalten, daß die mit ihm im Ententeverhältniß stehenden Mächte mit darin aufgenommen werden können, d[as] h[eißt] sie sollen über dasselbe sogleich von England — zur Beruhigung! — informiert werden. Hier verlangen wir Reciprocity i[d] e[st]:
8) Franco-Russ[ische] Allianz ist ein Militärbündniß mit detaillirten Verabredungen direkt gegen uns. (Deckmantel supp[editierte] Deutsche Angriffsdrohungen). Einer direkt deutschfeindlichen, als solche bekannten, Coalition ist England

beigetreten (1904—05) unter Angebot an Frankreich milit[ärischer] Hülfe auf dem Continent. England erklärt trotzdem keine Spitzen gegen uns in seinen Ententen mit den deutschfeindlichen Mächten aufgenommen zu haben und nichts Böses im Schilde zu führen. Das ist eine Selbsttäuschung. Gerade das factum des Beitritts Englands zur franc[o]-Russ[ischen] Allianz ist vom deutschen Standpunkte aus schon als unfriendly act prinzipiell angesehen. Abmachungen nach dieser oder jener Richtung spielen dabei keine Rolle.

9) Will England unsere in Aussicht stehende Entente daher anderen Mächten mittheilen, so verlangen wir zuerst aufnahme in seine Ententen mit Russl[and] und Frankreich, deren Inhalt uns nicht vorher mitgetheilt wurden.

10) Basis für die Entente mit uns, policy on parallel lines in the world. Vor allem gemeinsames Einstehen for the open door. Das verfängt sofort bei Handelskreisen aller Art in England und der City vor allem, und ist bei uns auch populär.

11) Möglich ist, daß mal auch von einer guarantee of India später die Rede sein könnte, da die Sorge um Indien in England sehr groß ist. Dafür garantee of Alsace-Lorraine und Versprechen der Rückendeckung event[uel]l maritimer Hülfe in Aussicht nehmen.

Nr. 10402

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow, den 23. August 1910

Bitte Sir Edward Goschen zu sagen, wir hätten mit lebhafter Befriedigung aus dem Memorandum der englischen Regierung ersehen, daß sie beabsichtige, die seinerzeit unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Angesichts der reiflichen Erwägungen, die die Sache erfordere, seien Sie heute noch nicht in der Lage, eine abschließende Antwort auf die Anregungen der englischen Regierung zu geben. Eine solche würde ihm aber binnen kurzem von mir zugehen*.

Bethmann Hollweg

Nr. 10403

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Reinschrift

Berlin, den 23. August 1910

Dem englischen Botschafter habe ich auftragsgemäß ausgerichtet, daß der Herr Reichskanzler sehr befriedigt sei über den Wunsch, den die

* Daß nicht etwa auf deutscher Seite die Absicht bestand, die Angelegenheit in die Länge zu ziehen, ergibt sich aus einer Aktennotiz Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 26. August: „Es wäre mir erwünscht, die Antwort auf das englische Memorandum bald zu erteilen, da Seine Majestät voraussichtlich auf Beschleunigung drängen wird."

englische Regierung zu erkennen gegeben habe, die abgebrochenen Unterhandlungen mit uns wieder aufzunehmen, und daß ihm binnen absehbarer Zeit eine Antwort zugehen würde. Herr Goschen meinte, es sei nicht sehr eilig, und fing dann die bekannten Ausführungen an, warum die englische Regierung sich gerade mit uns über die Flotte verständigen wolle. Ich habe mich auf eine Diskussion nicht eingelassen.

Kiderlen

Nr. 10404

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, August 25, 1910

I did not fail to communicate to Sir Edward Grey the message from the Chancellor which you were good enough to repeat to me on Tuesday last. I have now received a telegram from Sir Edward Grey in which he states that he is much satified by the friendly tone of the Chancellor's message and that he quite understands that in a matter of such great importance some little time must elapse before he can be favoured with His Excellency's views upon the points mentioned in his memorandum.

I should be much obliged if Your Excellency will kindly inform the Chancellor of the foregoing.

W. E. Goschen

Nr. 10405

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. M 2977 Berlin, den 25. August 1910

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei Abschrift und Übersetzung eines mir gestern von dem englischen Marineattaché Captain Watson im Auftrage des englischen First Lord of the Admiralty M'Kenna überreichten Memorandums* gehorsamst zu unterbreiten. Der genannte Attaché begleitete die Überreichung mit mündlichen Ausführungen, die ich in dem anliegenden von einem bei der Unterredung anwesenden Offizier nachträglich niedergeschriebenen Protokoll mir beizufügen gestatte.** Ich habe mir eine endgültige Stellungnahme zu dem Memoran-

* Siehe Anlage I. Die Übersetzung des Memorandums ist nicht abgedruckt.
** Siehe Anlage II.

dum vorbehalten und bin der Ansicht, daß die Angelegenheit vorläufig dilatorisch zu behandeln ist. Eine Ablehnung halte ich zunächst nicht für richtig. Sachlich könnte man meines Erachtens der englischen Regierung entgegenkommen, wenn nicht die Befürchtung bestände, daß ein Entgegenkommen in England als Erfolg über die deutsche Politik ausgelegt und agitatorisch ausgenutzt wird.

v. Tirpitz

Anlage I

24. August 1910

1. Any information that His Excellency Admiral von Tirpitz gives Captain Watson shall be transmitted exactly as His Excellency gives it, Captain Watson guarantees it shall be laid before the First Lord of Admiralty in England exactly as given.

2. Visits of shipbuilding yards.

Mr. M'Kenna (First Lord of Admiralty) authorized Captain Watson to inform His Excellency Admiral von Tirpitz that the German Naval Attaché is welcome, on making application to Admiralty, to visit British shipbuilding yards, counting battleships, cruisers, destroyers, and submarines or other vessels for navy on the stocks. Provided a reciprocal treatment is accorded to English Naval Attaché in Germany.

Visits to be six-monthly.

3. The British Admiralty would be prepared to furnish to German Admiralty in exchange for similar information:

a) The numbers and natures of ships and vessels it is proposed to build annually.

b) Dates of laying down ships and vessels.

c) Dates of intended delivery for trials under German or British Naval Flag.

Also as a matter for consideration:

Nature of armament.

(The British Admiralty would probably be prepared to exchange information on this point also.)

4. Submit that the visits to all shipbuilding yards and the exchange of information would promote:

a) Good feeling between the navies of the two countries, and would assist towards a good understanding between the two countries generally.

b) Would lessen expense to both countries by reason of fuller knowledge of each others intentions.

(gez.) Hugh Watson
Captain and Naval Attaché

Anlage II*

Berlin, den 24. August 1910

Attaché: Glaubt bei seiner Antrittsmeldung konstatieren zu müssen, daß eine Mißstimmung zwischen den leitenden Männern der beiden Marinen bestehe. Er glaube zu wissen, daß man deutscherseits verstimmt sei über die im Parlament über die deutsche Marine gemachten Angaben. Soviel er übersehe, habe man dort aber immer mehr Wert darauf gelegt zu betonen, was bei uns gebaut werden könne, statt darauf, was wirklich gebaut würde.

Exzellenz von Tirpitz: Aber das sind ja zwei ganz verschiedene Fragen. Wir können natürlich eine ebenso große Marine bauen wie England, es handelt sich aber nur um unser wirkliches Programm; dessen Zahlen haben wir Ihnen so oft gegeben, daß es hier befremden muß, wenn immer wieder falsche Zahlen in Ihrem Parlament genannt werden.

Attaché: Das war auch ein Mißverständnis über die technischen Formeln, Kiellegung usw.

Exzellenz von Tirpitz: Davon kann keine Rede sein, es handelt sich für uns nur um den ersten April, wenn das erste Geld für die Neubauten bewilligt wird. Ich habe das Ihrem Vorgänger auch so genau auseinandergesetzt, daß jedes Mißverständnis ausgeschlossen ist, ich habe mit ihm als Seeoffizier zum Seeoffizier ganz offen gesprochen. Bezüglich unserer Auffassung über die Dauer von Schiffsbauten befinden wir uns in absoluter Übereinstimmung mit den Ausführungen von Mr. Asquith im Parlament vom Juli 1909.

Attaché: Wenn ich als Seeoffizier spreche, muß ich sagen, daß uns die entstandene und von uns hervorgerufene Verstimmung sehr unangenehm berührt, und daß es nicht an uns liegt, wenn im Parlament nicht die von der deutschen Regierung gegebenen Daten gebracht werden. Daß diese nicht gebracht sind, ist aus politischen Gründen geschehen. Um in Zukunft ein besseres Verhältnis zwischen beiden Marinen herbeizuführen, habe ich im Auftrage M'Kennas diese Vorschläge zu übergeben.

Exzellenz von Tirpitz: Liest die Vorschläge durch und bemerkt, daß er später darauf zurückkommen werde, und fährt fort: Ich bin immer ein Verehrer Ihrer Nation gewesen, aber seit etwa zwölf Jahren hören wir von England nur das eine Schlagwort „Germaniam esse delendam". Was befürchtet man eigentlich von uns? Es wäre doch töricht zu glauben, daß wir wie Hengist und Horsa nach England hinüber zu kommen beabsichtigten oder Ihnen Kanada, Australien oder Indien abnehmen wollten. Das einzige, was wir fordern und haben müssen, ist die open door für unseren Handel und unsere Industrie.

Attaché: Die Stimmung Englands gegen Deutschland habe ihren Grund darin, daß die Engländer ein lethargisches Volk seien, nichts von

* Teilweise bereits veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 179f.

der Welt wüßten und sich auch aus sich selbst um nichts kümmerten. Da hätten gewissenlose Leute, namentlich die Presse, um ihren Profit zu machen, diese Agitation gegen Deutschland in das Volk hineingetragen. Leider habe sie schon große Volksmassen durchdrungen. Aber er könne die Versicherung geben, daß die Offiziere der Marine dieser Bewegung gänzlich fernständen und ihr Bestes täten, um ihrerseits die Nation im anderen Sinne aufzuklären. Auch was seinen Vorgänger Heath anbeträfe, so habe er bei Durchsicht der Berichte jenes den Eindruck empfangen, daß Heath die ihm von uns gegebenen Zahlen wörtlich ohne Kommentar weitergemeldet habe und sogar berichtet habe, man müsse Maßnahmen ergreifen und finden, um das Verhältnis zwischen Deutschland und England zu bessern. Wenn im Parlament andere als die Heathschen Zahlen genannt seien, sei dies nicht seine Schuld, sondern das Werk der Politiker.

Exzellenz von Tirpitz: Es scheint, daß die Politiker aus parteipolitischen Gründen ein scare haben zurechtmachen wollen und unsere Zahlen durch lawyer tricks verdreht haben. Selbst wenn wir schneller bauen wollten, könnten wir es nicht, wir bedürften hierzu der Zustimmung unseres Parlamentes, in dem offen vor der ganzen Welt verhandelt wird.

Attaché: Gibt zu, daß alles parteipolitische Mache.

Exzellenz von Tirpitz: Er freue sich, daß als Vertreter der Seeoffizier-Couleur ein so high minded and distinguished Mann wie Wilson an die Spitze des Seeoffizierkorps getreten sei.

Attaché: Er kenne Wilson gut und habe eingehend mit ihm über die Frage gesprochen. Er sei zwar nicht autorisiert, aber privatim könne er sagen, daß Wilson ebenso denke, wie er, Watson, das vorher ausgeführt habe, und alles daransetzen werde, um das Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu bessern und weitere parlamentarische Entstellungen unserer Angaben zu verhindern.

Exzellenz von Tirpitz: Berichten Sie an Wilson oder an M'Kenna?

Attaché: Ich werde die Adresse so wählen, daß die Berichte Wilson vorgelegt werden, und verpflichte mich, genau das zu berichten, was mir hier offiziell mitgeteilt wird.

Exzellenz von Tirpitz: Auch ich werde meinerseits alles tun, um das Verhältnis zwischen unseren beiden Nationen zu bessern.

Attaché: Captain Tsonbridge, der Privatsekretär M'Kennas, läßt sich Euerer Exzellenz bestens empfehlen und ganz zur Verfügung stellen.

Exzellenz von Tirpitz: Bitte grüßen Sie Admiral Wilson von mir*.

---

* Weitere Äußerungen des englischen Militärattachés vom 10. September werden mitgeteilt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 181. Kapitän Watson hätte danach das schlechte Verhältnis der beiderseitigen Marinen auf die jetzt zu Ende gegangene „Ära Sir John Fisher" zurückgeführt; die neuen leitenden Männer der Admiralität, Admiral Wilson usw., seien „nunmehr ehrlich bemüht, gute Beziehungen mit Deutschland herbeizuführen". Tirpitz behauptet im Anschluß daran (a. a. O., S. 181), Admiral

Nr. 10406

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen, z. Z. in Schloß Tentschach bei Klagenfurt

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, September 14th 1910
[abgegangen am 15. September]

May I inform you that the reply to the Memorandum which you handed me on behalf of Sir E. Grey is now ready. I should like to give it to you personally when you pass through Berlin on your way to England, in order to furnish you with any supplementary explanation which you may require and make our standpoint quite clear in the matter.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10407

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 16. September 1910

Sir Ernest Cassel ist hier in Berlin und zugleich Herr Ballin. Wahrscheinlich handelt es sich um die bekannte Wohltätigkeitsstiftung Cassels.

Herr Ballin hat jedoch zu Herrn Geheimrat Hammann gesagt, ob denn nicht bald eine Verständigung mit England zustande komme, die auch Seine Majestät so sehr wünsche. Sir E. Cassel habe ihm gesagt, die vorjährigen Verhandlungen seien daran gescheitert, daß wir als Vorbedingung Englands Austritt aus der Tripelentente verlangt hätten.

Es ist bezeichnend, wie die englische Regierung sich wenig um das zugesagte Geheimnis kümmert und in welch unwahrer, und für uns gehässiger Weise sie ihre Indiskretionen begeht. Es wäre wohl nützlich, dies Sir E. Goschen anzudeuten, wenn ihm die Antwort übergeben wird.[1]

Kiderlen

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:
[1] Ja v. B. H.

Wilson habe ihm, Tirpitz, ferner erklären lassen, „es wäre das beste, wenn wir, er und ich, uns über die ganze Flottenfrage verständigten". Er, Tirpitz, habe geantwortet, daß er das sehr begrüßen und sich freuen würde, mit Sir A. Wilson zu sprechen. Er habe auch diese Sache wieder loyal dem Kanzler gemeldet und erklärt, daß er darauf eingehen wolle; er sei jedoch bedeutet worden, das Auswärtige Amt würde die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Dazu ist zu bemerken, daß die Akten des Auswärtigen Amts keinerlei Anhalt für eine solche Meldung Tirpitz' und eine negative Stellungnahme des Reichskanzlers ergeben.

Nr. 10408

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Berlin, den 23. September 1910

Gesichtspunkte für Agreement

1. Asquith hat im Sommer im englischen Parlament behauptet**: die Engländer hätten uns agreement angeboten, und wir hätten abgelehnt.

Das ist unrichtig, und hat sich Asquith uns gegenüber dadurch in eine peinliche Situation gebracht.

2. Lediglich um für seine falsche Behauptung nachträglich eine Basis zu gewinnen, hat er das fragliche Memorandum überreicht.

3. Am erwünschtesten wäre es ihm, wenn er darauf vorläufig überhaupt keine Antwort bekäme. (Er schreibt: It is not desired, to press the chancellor, to enter upon a discussion, which he may consider inconvenient.) Dann hätte er seinen Zweck (Ziffer 2) erreicht.

4. Unser Interesse ist, uns nicht auf diese Weise ausmanövrieren zu lassen und auch die historische Wahrheit (Ziffer 1) nicht verwischen zu lassen.

5. Erster Gesichtspunkt.

Ein Gegenmemorandum der englischen Regierung zu überreichen, in dem die historische Wahrheit (Ziffer 1) referierenderweise und ohne Schärfe festgenagelt wird.

6. Zweiter Gesichtspunkt.

Schon allein um ein agreement überhaupt zustande zu bringen (gleichgültig, ob etwas drin steht oder nicht), und um unsererseits nicht wieder als die Ablehnenden dazustehen, sollten wir uns mit dem gegenseitigen Werftbesuch der Attachés einverstanden erklären (um die im Bau befindlichen Schiffe zu zählen).

7. Dritter Gesichtspunkt.

Auf die Novellenfrage sollten wir folgendes erwidern:

Die deutsche Regierung ist bereit, sich zu verpflichten, vom Jahre 1912 ab für die nächsten fünf Jahre jährlich nicht mehr als zwei capital ships zu fordern, wenn die englische Regierung nicht mehr als drei Schiffe fordert.

Ist die englische Regierung aus Gründen eigener Staatsnotwendigkeiten während der fünf Jahre nicht in der Lage, diese Rüstungsbeschränkung innezuhalten, und sieht sie sich gezwungen, in einem Jahre mehr als drei Schiffe zu fordern, so erhält auch die deutsche Regierung die Freiheit der Entschließung bezüglich der Zahl der anzufordernden Schiffe zurück.

8. Eine derartige Antwort brächte die Engländer nicht in eine unmögliche Lage und wäre für beide Regierungen akzeptabel.

v. Tirpitz

---

* Laut handschriftlicher Notiz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg ihm am 24. September von Admiral von Tirpitz überreicht.

** Tirpitz denkt an Asquiths' Unterhausrede vom 14. Juli 1910. Vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10394, nebst Fußnote, und 10395 ff.

Nr. 10409

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf von Götzen, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Rominten, den 25. September 1910

Seine Majestät der Kaiser haben zu dem vorgelegten Artikel der „Westminster Gazette" vom 22. d. Mts.* folgende Randbemerkung gemacht: „Ad notam für alle Verhandlungen mit Goschen oder London! England always forgets that the Russo-French alliance is a military alliance with a direct anti-German tendency, with the ultimate intention of ‚smashing' Germany. This is known and perfectly understood by the German people and army. The moment any other European country openly joins this group, or proclaims that its aims are identical with those of the afore named alliance, that it sides with it immediately, in the eyes of all knowing Germans, must create the impression of joining the group of anti-German powers with an anti-German tendency. That is to say in a sense inimical to Germany. Therefore England may officially or otherwise declare and protest, as much as it likes, that in joining the Russo-French group it only followed the dictations of its own political interests for its own benefit, no German will believe that. Germany will always look with distrust on the ‚sider' with its declared enemies, as long as England does not come to a clear and loyal political entente with Germany, with whom she has more identity of common interests as with the gallo-slavish combination."

Götzen

Nr. 10410

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen, z. Z. in Schloß Tentschach bei Klagenfurt, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändiger Privatbrief

September 26, 1910

I should be very much obliged if you would find out for me whether it would be possible for me to present my letters of Credence to His Ma-

* Es handelt sich um einen Artikel „The Shining Armour", der anläßlich der Ansprache Kaiser Wilhelms II. in Wien vom 21. September („Deutschland habe seinem Bundesgenossen mit schimmernder Wehr zur Seite gestanden") sich bitter über deutsche Vorurteile gegen England, namentlich im Hinblick auf dessen Verhältnis zu Frankreich und Rußland beschwerte und mit den Worten schloß: „We desire the best relations with Germany, but Germans must come to see that nothing could compensate us for accepting a veto on political arrangements which are of vital importance to our Empire, and which enable us to live on terms of friendship and goodwill with our nearest neighbours."

jesty the Emperor* some time between about the 15th and 22nd of October. I have an engagement in England on the 25th and I should like to stop here if possible till the 12th.

If it is not convenient for His Majesty to do me the honour of receiving me between the above mentioned dates I shall be returning to Berlin for good after my visit to England, on about the 15th November.

W. E. Goschen

Nr. 10411

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Berlin, den 28. September 1910

Von Sir E. Goschen ist der gehorsamst beigefügte Brief an den Herrn Staatssekretär** eingegangen. Der Botschafter scheint es hiernach nicht besonders eilig zu haben. Euerer Exzellenz Erwägung möchte ich ehrerbietigst anheimstellen, ob es sich nicht empfiehlt, den Grafen Metternich davon zu unterrichten, daß es Sir E. Goschen bekannt sei, daß die Antwort auf das bekannte Memorandum der englischen Regierung hier für ihn bereit liege. Es schwebt mir dabei nicht der Gedanke vor, eine Beschleunigung der Angelegenheit herbeizuführen, sondern nur die Absicht, den Grafen Metternich instand zu setzen, dem Vorwurf mangelnden Empressements auf unserer Seite zu begegnen, falls er ihm von englischer Seite entgegentreten sollte.

Stemrich

Randvermerk von Bethmann Hollwegs:
Einverstanden.
Übrigens wundert mich, daß mir Goschen auf meinen Brief*** nicht geantwortet und auch in dem anliegenden Brief die Sache des Memorandums nicht erwähnt hat†.
v. B. H. 30.

---

* Die Erneuerung der Kreditive mußte erfolgen im Hinblick auf die Thronbesteigung König Georgs V.

** Siehe Nr. 10410.

*** Siehe Nr. 10406.

† Sir E. Goschen kam auch in der Folge zur höchsten Verwunderung des Auswärtigen Amtes nicht auf den Brief des Kanzlers bzw. das Memorandum zurück. Es liegen darüber drei Aufzeichnungen Stemrichs vom 4., 7. und 9. Oktober vor. In der ersten stellt er fest, daß das Schreiben des Kanzlers nach Auskunft der Post wirklich am 17. September in die Hände des Botschafters gelangt sei, in der zweiten, daß der Botschafter, obwohl er am 6. Oktober wieder in Berlin eingetroffen sei, noch nichts von sich habe hören lassen; in der dritten, daß der Botschafter bei einem tags zuvor erfolgten Besuche von allen möglichen Dingen, nur nicht von dem Memorandum gesprochen habe, so daß schließlich er, Stemrich, selbst die Rede darauf gebracht habe.

Nr. 10412

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Rominten, den 30. September 1910

Beim Lesen der verschiedenen Artikel der Ententemächte*, die türkische Anleihe betreffend, sowie der österreichisch-französischen Finanztreiberei etc. ist mir die Bemerkung eingefallen, welche Euere Exzellenz zu Anfang des Jahres mir machten. Sie waren damals sehr impressioniert von einer Konversation mit Marschall, Persien betreffend. Derselbe hatte Ihnen zum Schluß erklärt: „England geht auf dem ganzen Erdenrund darauf aus, Deutschland finanziell einzukreisen und tot zu machen; Frankreich hilft ihm dabei, oftmals gegen seine eigenen Interessen — wie in Stambul —, und Rußland aus politischen Motiven." Euere Exzellenz sagten, daß Sie sehr betroffen gewesen seien von diesen Worten und jedenfalls die Angelegenheit im Auge behalten würden. Die Voraussagen Marschalls haben sich in praxi recht bald fühlbar gemacht. Überall fechten britische Diplomaten, Bankiers und Industrielle — zu einem quasi Konzern zusammengeschlossen — auf Tod und Leben gegen jede Möglichkeit von Bestellungen für deutsche Industrie oder Handelsverbesserungen desselben oder gar gegen Teilnahme seines Kapitals im Ausland. Länder, die mit uns verbündet oder befreundet sind, werden finanziell von den Ententemächten kujoniert und zu ruinieren versucht, um sie durch finanzielle Misere — solange sie im Bunde mit uns sind — zum Bruch mit uns zu treiben. Es ist daher wirtschaftlich tatsächlich der Krieg mit England und der Entente in vollstem Gange, ohne daß es bei uns bemerkt wird, mit Ausnahme unserer Hochfinanz, die die Lage sehr ernst ansieht. Zum Beispiel Gwinner für die Zukunft der Bagdadbahn. Unter solchen Verhältnissen hat das englische Promemoria** — in Wilhelmshöhe überreicht und vorgetragen — noch weniger Wert, als es so schon hatte. In ihm wurde unser Verlangen nach einer „politischen" Entente als Basis für eine maritime gänzlich beiseite geschoben und nicht weiter berücksichtigt, und gewinnt dieses Machwerk ganz den Eindruck eines Verlegenheitsmanövers, um aliquid facere, um daraufhin uns wieder die Schuld für Nichtdaraufeingehen in die Schuhe zu schieben.

---

* Das Telegramm des Kaisers erfolgte nach der Lektüre verschiedener Zeitungsartikel über den Abschluß der ungarischen und weiterhin der türkischen Anleihe (vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Anhang), die trotz französischen und englischen Widerstandes ausschließlich lediglich mit Hilfe deutscher und österreichischer Kapitalkräfte zustande kamen. Zu zwei Aufsätzen der „Vossischen Zeitung" vom 29. und 30. September („Österreich-Ungarn und Frankreich", „Die ungarische Anleihe") machte der Kaiser Randbemerkungen, in denen er das französische Vorgehen gegen das Zustandekommen der einen wie der anderen Anleihe „auf Englands Geheiß" zurückführte.

** Siehe Nr. 10401.

Solange England so offen uns wirtschaftlich mit allen Mitteln und Bundesgenossen in unseren berechtigten auswärtigen Unternehmungen zu schädigen trachtet, ist an eine Entente nicht zu denken. Die Admiralitäten sind ja gottlob beiderseits in guten Beziehungen und zufriedenstellendem Verkehr.

Besprechen Sie die Lage mit Großbanken in Berlin, damit wir uns rechtzeitig wehren können.

Wilhelm I. R.

Nr. 10413

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Hohenfinow, den 1. Oktober 1910

Euerer Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das Telegramm von gestern abend.

Auf die Pläne der Ententemächte, uns wirtschaftlich lahmzulegen, haben wir zunächst mit dem Abschluß der ungarischen Anleihe und unserer Bereitwilligkeit geantwortet, auch den Türken zu helfen. Das ungarische Geschäft hat denn auch, nach der französischen Presse zu urteilen, in Frankreich so gewirkt, daß man jetzt dort der Türkei annehmbare Bedingungen zu stellen scheint. Über die Entwicklung der Bagdadbahn haben wir in den letzten Wochen andauernd mit Gwinner verhandelt. Sobald ein dazu eingeforderter Bericht von Marschall vorliegt, werde ich alleruntertänigst weiteren Vortrag halten[1]*.

In unserer Antwort auf das englische Memorandum ist ganz dem Befehle Euerer Majestät entsprechend die Notwendigkeit einer politischen Verständigung in Verbindung mit einem naval agreement[2] wiederum scharf betont. Bei der Aushändigung der Antwort an Sir Edward Goschen, der noch in Steiermark ist, werde ich ihn mündlich, wie ich es schon oft getan habe, immer wieder darauf hinweisen, daß wir bisher überall auf der Erde die Engländer auf der Seite derjenigen treffen, welche uns Schwierigkeiten machen, auch da, wo englische Interessen nicht im Spiele sind[3], und daß die Beseitigung dieser Verhältnisse notwendig ist, wenn[4] sich England in Flottenfragen freundlich zu uns zu stellen wünscht. pp**.

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Gut

* Siehe Bd. XXVII, Kap. CCXVI, Nr. 10015.
** Der Schluß des Telegramms betrifft innere deutsche Angelegenheiten.

[2] Das kann später kommen da bei der Baulust Frankreichs und Russlands wir uns nicht einseitig festlegen können da wir gegen eine Coalition von mehreren Staaten zu bauen haben
[3] sehr richtig
[4] ehe

Nr. 10414

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Telegramm. Auszug in Abschrift*

Nr. 16 Rominten, den 4. Oktober 1910

Von einem englischen Bekannten, mit dem ich seinerzeit über die Annäherung unserer beiden Länder gesprochen hatte unter Hinweis auf eine mögliche gemeinsame Basis des gemeinschaftlichen Eintretens für die open door auf der Welt, höre ich, daß dieser Gedanke zunächst Lloyd George vorgelegt worden ist. Derselbe habe ihn mit großer Lebhaftigkeit begrüßt und erklärt, er hielte dieses für einen ausgezeichneten Vorschlag, der weiter verfolgt werden sollte. Mr. Asquith habe sich zurückhaltender dagegen verhalten und bemerkt, England habe neuerdings an die deutsche Regierung Annäherungsvorschläge gemacht, die bisher ohne Antwort geblieben seien. Der wichtigste, ihm am meisten am Herzen liegende Passus dieser Vorschläge sei der, in welchem um die Erlaubnis ersucht werde, daß beide Admiralitäten in regeren Verkehr zu einander treten möchten, und daß die Marineattachés beider Länder die Erlaubnis erhielten, zu gewissen Zeiten Werften und Neubauten zu besichtigen. Werde dieser Vorschlag von Deutschland akzeptiert und könne er ihn in England bekanntmachen, werde das wesentlich zur Beruhigung des englischen Volkes beitragen und ein großer Schritt vorwärts getan sein in dem Zusammenführen der beiden Länder. Es sei dies der wichtigste Passus der englischen Vorschläge, auf dessen Annahme es ihm vor allem ankomme. Ich sehe darin keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, um so mehr als laut Meldung des Reichsmarineamts der Erste Lord der Admiralität, Admiral Sir A. Wilson, bereits durch den englischen Marineattaché in Berlin Watson direkt an das Reichsmarineamt herangetreten ist und ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen beiden Behörden bereits in der Entwickelung begriffen ist. Interessant ist bei dieser Aussprache des englischen Premierministers, daß er nichts von einer politischen Entente erwähnt, sondern nur von einem lediglich technischen Marineabkommen spricht**.

Wilhelm I. R.

---

* Der Anfang des Telegramms, der nicht bei den Akten liegt, betraf, nach der Antwort des Reichskanzlers zu schließen, Innerpolitisches.

** Auf dieses kaiserliche Telegramm erwiderte Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 5. Oktober u. a.: „Wenn sich Mr. Asquith im Gegensatz zu Lloyd George gegen eine

Nr. 10415

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Reinschrift

Berlin, den 8. Oktober 1910

Bezugnehmend auf den von Seiner Majestät dem Kaiser geäußerten Gedanken eines Zusammengehens mit England auf der Basis des Eintretens für die open door* bitte ich Euerer Exzellenz folgende kurze Betrachtungen unterbreiten zu dürfen, die sich vielleicht gelegentlich Seiner Majestät gegenüber verwerten ließen:

„Die englische Ententepolitik besteht wesentlich mit darin, daß England sich die generelle politische und diplomatische Unterstützung gewisser Mächte dadurch zu sichern sucht, daß es dieselben in ihren politischen bezw. wirtschaftlichen Sonderbestrebungen in bestimmten Teilen der Welt unterstützt oder doch wenigstens begünstigt. So unterstützt England die monopolistischen Bestrebungen Frankreichs in Marokko, Rußlands in Nordpersien und schweigt zu dem Vorgehen von Rußland und Japan in der Mandschurei bezw. Korea. Jetzt scheint es auch in Liberia den Vereinigten Staaten freie Hand lassen zu wollen. Das einzige Land, das es, und zwar mit Hilfe seiner Ententefreunde, überall auszuschließen sucht, ist Deutschland. So in Marokko, in Persien, in der Türkei. Das gemeinsame Eintreten mit diesem für die open door in der ganzen Welt würde somit eine völlige Umkehr Englands an seiner in den letzten Jahren befolgten Politik bedeuten und mit den Ententen unvereinbar sein. Für einen so radikalen Frontwechsel sind die englischen Staatsmänner vorläufig noch nicht zu haben."

Anbei beehre ich mich Euerer Exzellenz noch zwei Aufzeichnungen** über Schwierigkeiten vorzulegen, die uns von der englischen Politik

---

gemeinsame Basis auf Grund des Prinzips der open door zurückhaltend gezeigt hat, so wundert mich das nach dem Wortlaut des uns von ihm überreichten Memorandums nicht. Daß wir uns im Prinzip mit dem von ihm gewünschten Nachrichtenaustausch unter Beteiligung der beiderseitigen Marineattachés einverstanden erklären, ist in unsere Antwort auf das Memorandum entsprechend den von Euerer Majestät bereits in Wilhelmshöhe erteilten Befehlen aufgenommen. Daß unsere Antwort noch nicht übergeben worden ist, liegt lediglich an der Abwesenheit Sir Edward Goschens, dem ich bereits vor mehreren Wochen geschrieben habe, daß unsere Antwort fertiggestellt sei. Er wird nunmehr morgen in Berlin erwartet, sodaß ich ihm dann unser Memorandum werde übergeben können. Darüber, daß wir an der Notwendigkeit einer politischen Verständigung festhalten müssen, habe ich Euerer Majestät vor einigen Tagen telegraphische Meldung erstattet" (vgl. Nr. 10413).

* Vgl. Nr. 10414.

** Die erste Aufzeichnung betraf die Anlage einer Mole in Vallesecco bei Santa Cruz de Tenerife, die zweite die Bestrebungen Deutschlands, sein Kabelnetz zu erweitern. In der letzteren vom 21. August 1910 datierten Aufzeichnung hieß es u. a.: „Die Schärfe, man kann fast sagen die Rücksichtslosigkeit, mit der dieser Widerstand in den meisten

in kleineren Fragen gemacht wurden, die aber darum nicht weniger symptomatisch für den Widerstand sind, der uns von England in der ganzen Welt systematisch entgegengesetzt wird.

Stemrich

Nr. 10416

Memorandum

Unsigniertes und undatiertes Reinkonzept

Dem englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen am 13. Oktober 1910 vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg übergeben

Die Kaiserliche Regierung hat mit Befriedigung aus dem Memorandum der Königlich Großbritannischen Regierung* entnommen, daß diese bereit ist, die Besprechungen wieder aufzunehmen, die sie im Hinblick auf die innerpolitische Lage im Vereinigten Königreich für längere Zeit zu unterbrechen veranlaßt worden war.

Um den Wünschen der Königlich Großbritannischen Regierung entgegenzukommen, hat die Kaiserliche Regierung die Frage erneut einer Prüfung unterzogen, ob es möglich sei, auf Grund einer gegenseitigen Verständigung den Gedanken der Königlich Großbritannischen Regierung einer Beschränkung der Flottenausgaben zu verwirklichen.

In erster Linie hat die Kaiserliche Regierung den Vorschlag geprüft, einen gegenseitigen Nachrichtenaustausch über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten — unter Zuziehung der Marineattachés — einzuführen. Dieser Vorschlag begegnet bei der Kaiserlichen Regierung keinen Bedenken. Wenn derselbe von der Voraussetzung ausgeht, daß die Kaiserliche Regierung sich verpflichtet, auf eine Ausdehnung des bestehenden deutschen Flottengesetzes zu verzichten, so würde sie allerdings dieser Anregung erst näher treten können, nachdem die Frage geklärt sein würde, welche Gegenleistung die Königlich Großbritannische Regierung gegen eine derartige formelle Bindung zu übernehmen willens wäre, da, wie die Königlich Großbritannische Regierung selbst hervorhebt, ein solches Abkommen lediglich auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaut werden kann.

Es sei aber hier nochmals hervorgehoben, daß die Kaiserliche Re-

---

Fällen einsetzte, läßt den Eindruck gerechtfertigt erscheinen, daß es der englischen Regierung nicht so sehr um den selbstverständlichen Schutz berechtigter britischer Interessen, als vielmehr darum zu tun war, Deutschland von einem loyalen Wettbewerb auf dem Gebiete des internationalen Kabelwesens überhaupt auszuschließen. Daß diese Absicht dem Vorgehen Englands zugrunde liegt, ergibt sich aus der unbestreitbaren Tatsache, daß das von der englischen Regierung unterstützte Streben der englischen Kabelgesellschaften in erster Linie dahin geht, Monopolrechte sei es neu zu erlangen, sei es bereits erworbene und dem Ablauf nahe auf eine weitere, lange Reihe von Jahren verlängert zu erhalten. Den deutschen Unternehmern liegen dagegen bei ihren Bestrebungen, Kabelkonzessionen zu erhalten, alle Monopolpläne fern."

* Siehe Nr. 10401.

gierung die Möglichkeit anerkannt und im Prinzip ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hat, eine Verlangsamung im Tempo des Flottenbaus innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes in Erwägung zu ziehen. Zu einer Aussprache zwischen den beiderseitigen Marinebehörden über die Durchführung einer solchen Verlangsamung ist es bisher infolge der von der Königlich Großbritannischen Regierung gewünschten Unterbrechung der Verhandlungen nicht gekommen.

Die Kaiserliche Regierung gibt erneut der Überzeugung Ausdruck, daß jedes Flottenabkommen, da es die Wehrmachtstellung der beiden an ihm beteiligten Länder berührt, gesicherte gegenseitige Beziehungen zur unumgänglichen Voraussetzung hat. Hierzu hält sie allerdings eine politische Verständigung für erforderlich. Da nach der Erklärung der Königlich Großbritannischen Regierung in keinem von ihr mit einer andern Macht getroffenen Abkommen etwas enthalten ist, das gegen Deutschland gerichtet wäre, so glaubt die Kaiserliche Regierung, daß es möglich sein wird, eine Form zu finden, die ihren Wünschen in dieser Hinsicht Rechnung trägt, ohne die Vereinbarungen der Königlich Großbritannischen Regierung mit anderen Mächten zu beeinträchtigen. Die Kaiserliche Regierung gibt deshalb der Hoffnung Ausdruck, daß die Königlich Großbritannische Regierung sich der Notwendigkeit einer dem beiderseitigen Interesse entsprechenden, gleichzeitigen politischen Aussprache nicht verschließen wird.

Nr. 10417

*Aufzeichnung**

Unsignierte und undatierte Reinschrift

Die Kaiserliche Regierung hat mit Befriedigung aus dem Memorandum der englischen Regierung entnommen, daß dieselbe bereit ist, die Verhandlungen über die Frage der Verminderung der Ausgaben für Flottenrüstungen wieder aufzunehmen, die sie durch innerpolitische Verhältnisse in England für längere Zeit zu unterbrechen veranlaßt worden war. Im Verlaufe der früheren Verhandlungen hatten wir zu erkennen

* Die Aufzeichnung diente als Leitfaden für die mündlichen Ausführungen, mit denen Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 13. Oktober die Übergabe des offiziellen Memorandums (siehe Nr. 10416) an Sir E. Goschen begleitete. Auszugsweise wurde die Aufzeichnung am 14. Oktober von Staatssekretär von Kiderlen einem Sekretär der englischen Botschaft in französischer Sprache diktiert; später, im Dezember, erhielt Sir E. Goschen den vollen Wortlaut. Beides, Memorandum wie Aufzeichnung, wurde am 15. November mittels Erlaß Nr. 1718 auch dem Grafen Metternich zur „rein persönlichen, ganz vertraulichen Information" mitgeteilt. Den wesentlichen Inhalt der Aufzeichnung bzw. des offiziellen Memorandums brachte auch der Kaiser gegenüber Sir E. Goschen, mit dem er am 16. anläßlich der Überreichung seiner Kreditive eine Unterredung hatte, zur Sprache. Charakteristisch für den Kaiser sind die heftigen Ausfälle, die er bei dieser Gelegenheit gegen M'Kenna und Sir John Fisher richtete. Vgl.

gegeben, daß wir zu einer Verlangsamung der Schiffsbauten innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes in der Lage und im Prinzip auch bereit seien. Infolge der auf Wunsch Englands erfolgten Unterbrechung der Verhandlungen ist es zu einer Aussprache zwischen den beiderseitigen Marinebehörden über die Modalitäten einer solchen Verlangsamung nicht gekommen. Es mußte bei dieser Sachlage hier sehr überraschen, daß Mr. Asquith im Parlament angab*, die deutsche Regierung habe erklärt, ohne parlamentarischen Akt den Wünschen der englischen Regierung bezüglich eines Flottenabkommens in keiner Weise entgegenkommen zu können. Die Unterbrechung der begonnenen Verhandlungen hat ausschließlich auf englischen Wunsch stattgefunden. Graf Metternich hat dieses bereits richtig gestellt, und der wahre Sachverhalt kommt ja auch in dem Memorandum der englischen Regierung zum Ausdruck. Ich kann daher darauf verzichten, hierauf erneut einzugehen. Ich benutze aber gern diesen Anlaß, um unseren Standpunkt in der Flottenfrage nochmals klarzulegen. Ich möchte zunächst erneut feststellen, daß der Ausbau der deutschen Flotte lediglich nach dem Ausmaß dessen erfolgt, was nach fachmännischer Ansicht zu einem wirksamen Schutz der deutschen Küsten und der deutschen Handelsinteressen erforderlich ist. An und für sich empfinden wir daher ein Flottenabkommen nicht als Bedürfnis, und wenn wir den Wünschen der englischen Regierung bezüglich des Abschlusses eines solchen entgegengekommen sind, so sind wir dabei von der Erwartung ausgegangen, daß das Zustandekommen eines Abkommens in der Rüstungsfrage der Wiederherstellung des früheren Freundschafts- und Vertrauensverhältnisses zwischen beiden Ländern die Wege ebnen würde. Dieser Wunsch hat uns auch veranlaßt, auf Grund des Memorandums der englischen Regierung die Frage einer Verständigung über Rüstungsausgaben erneut einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, und zwar haben wir dabei unsere Aufmerksamkeit in erster Linie auf den neuesten Vorschlag der englischen Regierung gerichtet, der auf die Einführung eines periodischen gegenseitigen Nachrichtenaustausches über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten unter Zuziehung der Marineattachés abzielt. Wir sind gern bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Wenn aber weiter vorgeschlagen wird, daß wir uns verpflichten sollen, auf eine Ausdehnung des bestehenden Flottengesetzes zu verzichten, so würden wir dieser Anregung erst näher treten können, nachdem sich die englische Regierung darüber ausgesprochen hat, welche Gegen-

---

die bei A. v. Tirpitz, a.a.O., S. 182f., abgedruckte Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II. Zu den Akten des Auswärtigen Amtes ist diese Denkschrift nicht gelangt, ebensowenig der sich an sie schließende, bei Tirpitz, a. a. O., S. 184f., skizzierte Immediatvortrag des Staatssekretärs vom 24. Oktober, der sich zwar für die Relation 2:3 ausspricht, jedoch unter der Voraussetzung der vollen Durchführung des Flottengesetzes, auf die Tirpitz im Sommer 1909 (vgl. Kap. CCXXIII, Nr. 10325 nebst Anlage, Nr. 10339) zu verzichten bereit gewesen war.

* Am 14. Juli; vgl. Kap. CCXXIV, Nr. 10394ff.

leistung sie ihrerseits gegen eine solche formelle Bindung zu übernehmen bereit ist. Auch in dem Memorandum ist ja anerkannt, daß ein derartiges Abkommen lediglich auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaut werden kann.

Ich möchte im übrigen aber nicht verfehlen darauf hinzuweisen, daß wir auch unser Anerbieten, die Frage der Verlangsamung der Durchführung unseres Flottenprogramms mit der englischen Regierung zu diskutieren, nach wie vor aufrechterhalten.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir als ein notwendiges Korrelat eines Flottenabkommens eine politische Verständigung zwischen beiden Ländern ansehen. Auf welcher Grundlage auch ein Flottenabkommen geschlossen wird, es wird stets die beiden vertragschließenden Teile in ihrer Bewegungsfreiheit bezüglich der für die Zwecke der nationalen Verteidigung zu machenden Aufwendungen beschränken und berührt daher ihre Wehrmachtstellung. Hieraus ergibt sich, daß ein solches Abkommen nur zwischen Ländern möglich ist, deren Beziehungen auf durchaus gesicherter Grundlage ruhen. Zur Herstellung solcher Beziehungen zwischen Deutschland und England halten wir allerdings eine politische Verständigung für erforderlich. Die englische Regierung wiederholt in ihrem Memorandum die Versicherung, daß in ihren Abmachungen mit anderen Ländern nichts enthalten sei, das gegen Deutschland gerichtet ist. Wir sind weit entfernt davon, die Bedeutung dieser Erklärung zu unterschätzen. Auch liegt uns nichts ferner als der Gedanke, die Beziehungen auch nur im geringsten beeinträchtigen zu wollen, die England mit anderen Ländern verknüpfen. Wir können uns aber der Tatsache nicht verschließen, daß die englische Politik in ihrer Gesamttendenz sich in einer gegensätzlichen Richtung zur deutschen Politik bewegt, und daß sie dieser in Anlehnung an andere Mächte sogar in Fragen entgegentritt, in denen die Identität ihrer Interessen beide Länder auf ein Zusammengehen hinweist. Ich möchte in dieser Hinsicht zunächst an die Haltung der englischen Regierung gegenüber unseren auf die Aufrechterhaltung der Offenen Tür in Marokko und in Persien gerichteten Bestrebungen erinnern. Wie in Algeciras die englische Politik die auf die wirtschaftliche Monopolisierung Marokkos hinzielenden Bestrebungen Frankreichs rückhaltlos unterstützt hat, so ist sie jetzt ersichtlich bemüht, im Verein mit Rußland jede wirtschaftliche Betätigung Deutschlands in Persien zu verhindern. Einen prägnanten Ausdruck hat dieses Streben in der Haltung gefunden, die die englische Regierung im vergangenen Frühjahr der ihr von mir kundgegebenen Absicht weitgehendsten Entgegenkommens in der persischen Frage gegenüber eingenommen hat*. Die englische Regierung hat es vermieden, von diesem Entgegenkommen Gebrauch zu machen, und es vorgezogen, den Versuch zu machen, im Verein

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVII, Nr. 10105.

mit Rußland durch Einwirkungen auf die in einer Zwangslage befindliche persische Regierung wirtschaftliche Beschränkungen Deutschlands in Persien herbeizuführen, die freiwillig auf dem Wege vertragsmäßiger freundschaftlicher Abmachungen mit England auf uns nehmen zu wollen, ich der englischen Regierung die prinzipielle Bereitwilligkeit der Kaiserlichen Regierung erklärt hatte. Der Widerstand, dem nach hier eingegangenen zuverlässigen Nachrichten die Anstellung von Angehörigen der Dreibundmächte im persischen Staatsdienst im Gegensatz zu den Angehörigen anderer Mächte wie beispielsweise der Vereinigten Staaten bei der englischen Regierung begegnet, verrät die gleiche Tendenz. Diese Haltung der englischen Regierung in der persischen Frage erfährt durch den Umstand eine erhöhte Bedeutung, daß es uns nicht unbekannt ist, wie wenig die derzeitig als Ergebnis der russischen Politik in Persien geschaffene Lage den englischen Wünschen und Interessen entspricht. Wenn die englische Regierung dessenungeachtet entschlossen ist, mit der russischen Regierung in Persien weiter Hand in Hand zu gehen, so ergibt sich für uns daraus der Rückschluß, daß die Entente sich zwar formell auf bestimmte zentralasiatische Fragen beschränkt, daß die englische Regierung aber tatsächlich Kompensationen von ihr erwartet, die mit diesen Fragen in keinerlei Zusammenhang stehen. Wir müssen zum mindesten daraus schließen, daß die englische Regierung zwar der Freundschaft Rußlands große Opfer zu bringen bereit ist, auf freundschaftliche Beziehungen zu uns aber keinen Wert legt.

Von der Abneigung der englischen Politik, auftauchende Fragen im Geiste freundschaftlichen Einvernehmens mit Deutschland zu regeln, legt auch die Haltung der englischen Regierung in der Bagdadbahnfrage* Zeugnis ab. Meine Erklärung, daß wir im Prinzip bereit seien, uns mit England über die Ausführung des letzten Abschnittes der Bahn von Bagdad bis zum Persischen Golf zu verständigen, hat die englische Regierung mit dem Versuch beantwortet, die ottomanische Regierung zur Erteilung der Konzession für eine Konkurrenzlinie von Bagdad nach dem Persischen Golf zu bewegen. Statt im Wege der Verhandlung mit uns sucht die englische Regierung ihr Ziel nunmehr dadurch zu erreichen, daß sie sich bemüht, die ottomanische Regierung der Möglichkeit zu berauben, den bezüglich der Bahn übernommenen Garantiepflichten gerecht zu werden. Die Gegnerschaft gegen das deutsche Bagdadbahnprojekt hindert die englische Regierung andererseits nicht, Projekten zu Bahnverbindungen zwischen dem Mittelmeer und dem Persischen Golf ihre Sympathien zuzuwenden, die in der Hand von Angehörigen anderer Mächte liegen (Projekt Tardieu und Projekt Chester). Eine ebenso willige Förderung haben von englischer Seite die französischen Bestrebungen gefunden, die Dette publique, an deren Erhaltung England nicht weniger als Deutschland interessiert ist, auszuschalten und dafür der unter fran-

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.

zösischem Einfluß stehenden Ottomanbank eine dominierende Stellung in Konstantinopel zu sichern.

Auch in zahlreichen kleineren Fragen tritt die Abneigung der englischen Regierung gegen ein politisches Zusammengehen oder auch nur eine Fühlungnahme mit der deutschen Politik hervor. Dem entspricht auch die Haltung der englischen Vertreter im Auslande. An die Stelle des früheren, vertrauensvollen Zusammenarbeitens mit ihren deutschen Kollegen ist eine gewisse Reserve und das gelegentlich sogar im persönlichen Verkehr hervortretende Bestreben getreten, die größere Intimität der englischen Politik mit anderen Mächten zu markieren. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Haltung der englischen Politik eine immer größere Entfremdung zwischen beiden Ländern herbeiführen muß und daß sie die Möglichkeit ernster Konflikte zwischen beiden Ländern in der Zukunft in sich birgt. Aber auch schon in der Gegenwart sind die Folgen wahrnehmbar. Unter dem Gegensatz, in dem sich die englische Politik zu Deutschland bewegt, haben gewichtige für Deutschland und England gleich bedeutsame Interessen zu leiden. Es darf in dieser Hinsicht an gewisse Vorgänge erinnert werden, die sich in jüngster Zeit im Fernen Osten abgespielt haben (Annexion Koreas, russisch-japanischer Vertrag*). Vor allem aber ist nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung diese Politik in erster Linie für die Beunruhigung verantwortlich, die weite Kreise des englischen Volkes bezüglich der deutschen Flottenpolitik ergriffen hat. Daß eine starke Flotte in den Händen einer befreundeten Macht ein Gegenstand der Besorgnis für England nicht zu sein braucht, lehrt der Gleichmut, mit dem man englischerseits dem Anwachsen der Flotte der Vereinigten Staaten gegenübersteht. Die Kaiserliche Regierung muß aus diesem Grunde auch bezweifeln, daß der von der englischen Regierung angeregte Austausch von Nachrichten über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten ohne die gleichzeitige anderweitige Orientierung der englischen Politik die von der englischen Regierung erhofften Wirkungen haben würde. Diese Zweifel dürften angesichts des Umstandes eine besondere Berechtigung besitzen, daß die von der Kaiserlichen Regierung in der Vergangenheit abgegebenen bestimmten amtlichen Erklärungen über die Durchführung des deutschen Flottengesetzes selbst Mitglieder der englischen Regierung nicht davon abgehalten haben, an die Öffentlichkeit mit Angaben zu treten, die mit diesen Erklärungen im Widerspruch standen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Angaben der Kaiserlichen Regierung auf Grund des geplanten Nachrichtenaustausches demselben Mißtrauen begegnen würden. Die Einführung einer Kontrolle dieser Angaben durch die beiderseitigen Marineattachés aber, wie sie der Erste Lord der Admiralität vorgeschlagen hat, würde bei dem derzeitigen Stand der beiderseitigen Beziehungen der Öffentlichkeit als eine Dokumentierung dieses Mißtrauens erscheinen müssen. Nur als

* Vgl. dazu Bd. XXXII, Kap. CCLI und CCLII.

Begleiterscheinung oder Folgewirkung einer in greifbarer Form hervortretenden politischen Annäherung der beiden Länder würde ein solches Abkommen von der öffentlichen Meinung in Deutschland verstanden und akzeptiert werden, in England die gewünschte Beruhigung hervorrufen.

Ich habe es vom ersten Tage der Übernahme der Leitung der auswärtigen Politik des Reiches als meine vornehmste Aufgabe angesehen, die zwischen unseren beiden Ländern bestehende Atmosphäre des Mißtrauens zu beseitigen. Ich hege die Zuversicht, daß sich auch die englische Regierung der Notwendigkeit einer politischen Aussprache nicht verschließen wird, deren Aufgabe es sein würde, den Grund zu einem gesicherten Freundschafts- und Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland und England zu legen.

Um äußere Einflüsse auf die Verhandlungen fernzuhalten, die deren Ergebnis ungünstig beeinflussen könnten, betone ich nochmals, daß ich die strengste Geheimhaltung derselben gegen jedermann für dringend geboten halte. Welche bedenklichen Folgen die ungenügende Wahrung des Geheimnisses haben kann, lehrt die Tatsache, daß Sir E. Cassel bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin zu Bekannten über unsere vorigjährigen Verhandlungen gesprochen und dabei die Behauptung aufgestellt hat, dieselben seien an der von deutscher Seite gestellten Forderung gescheitert, daß England seine Ententen mit Rußland und Frankreich aufgeben solle*. Es liegt auf der Hand, daß, wenn solche tendenziösen und gehässigen Entstellungen den Weg in die Öffentlichkeit fänden, das Schicksal der Verhandlungen endgültig besiegelt sein würde.

Nachdem uns die englische Regierung wiederholt erklärt hat, daß ihre Abmachungen mit anderen Mächten keine Spitze gegen Deutschland haben, ist nicht abzusehen, wie die englische Regierung auf den Verdacht kommen kann, daß wir eine Verständigung mit ihr suchten, um ihr Verhältnis zu anderen Mächten zu trüben. Solche Ziele liegen uns fern. Eine offene Aussprache und Verständigung mit der englischen Regierung wird unseres Erachtens im Gegenteil die Folge haben, daß Englands Beziehungen zu seinen Freunden ungetrübt bleiben, und daß gleichzeitig unsere Beziehungen zu diesen Mächten gebessert werden.

Nr. 10418

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 808 London, den 12. Oktober 1910

Der Arbeiterdeputierte Mr. Macdonald hielt in Newcastle-on-Tyne eine Rede über das Abrüstungsproblem, in welcher er unter anderem ausführte:

---

* Vgl. Nr. 10407.

Er bedauere aus tiefstem Herzen die auswärtige Politik des gegenwärtigen Kabinetts. Es sei kein Zweifel, daß Sir E. Grey für die gegenwärtigen unbefriedigenden Beziehungen zwischen England und Deutschland verantwortlich sei[1]. Er habe sich nie von dem Einflusse der Beamten des Foreign Office freimachen können, und diese seien russenfreundlich, weil sie Deutschland nicht liebten[2]. Politische Verständigung mit Deutschland sei die unerläßliche Vorbedingung für jede Verminderung der Rüstungen[3]. [4]

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unzweifelhaft richtig

[2] richtig!

[3] wörtlich das, was ich vor 3 Wochen aufgeschrieben, und was in unserer Antwort steht.

[4] bravo!

Schlußbemerkung von Kiderlens:

Von Seiner Majestät bei der heutigen Audienz Goschens erwähnt

K. 16./10.

Nr. 10419

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 845 London, den 27. Oktober 1910

Geheim

Sir Edward Grey sagte mir heute aus eigener Initiative, er habe Sir Edward Goschen beauftragt, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß er erst, nachdem er mit dem Premierminister Rücksprache genommen haben werde, eine Antwort auf unsere Aufzeichnung betreffend die Flottenfrage* werde erteilen können. (Der Premierminister ist auf Urlaub.) Er habe unsere Antwort in demselben versöhnlichen Sinne empfangen, in dem die englische Aufzeichnung abgefaßt gewesen sei. Er habe diese vorläufige Mitteilung gemacht, damit nicht etwa bei uns die Vermutung aufkäme, die Sache werde hier verschleppt.

Ich beschränkte mich auf die Bemerkung, unsere Antwort sei infolge der Abwesenheit Sir Edward Goschens bis zu seiner Rückkehr im Oktober aufgeschoben worden.

Der Minister bemerkte sodann, die im allgemeinen der englischen Politik mündlich gemachten Vorwürfe könne er nicht als richtig anerkennen. Er beabsichtige, hierauf gesondert zurückzukommen.

P. Metternich

---

* Siehe Nr. 10416.

Nr. 10420

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 1720 Berlin, den 15. November 1910
Geheim

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend den Entwurf zu einer Erklärung * zu übersenden, die ich beabsichtige im Reichstage abzugeben, falls, wie anzunehmen, die Angaben des englischen Premierministers im Unterhause im vergangenen Sommer über unsere Stellungnahme zur Frage eines Rüstungsabkommens zu einer auf diesen Gegenstand bezüglichen Interpellation führen sollten. Ich bitte, Sir E. Grey den Entwurf unverzüglich übermitteln und ihn um eine Äußerung darüber ersuchen zu wollen, ob der Königlich Großbritannischen Regierung die Abgabe einer solchen oder einer ähnlichen Erklärung, durch die das Geheimnis unserer Verhandlungen vollkommen gesichert wird, unbedenklich erscheint.

Einem gefälligen Bericht über die Antwort des Ministers darf ich spätestens zu Ende dieses Monats entgegensehen.

v. Bethmann Hollweg

Anlage

Über unsere Beziehungen zu England und angebliche Verhandlungen mit diesem über vertragliche Beschränkungen der Rüstungen zur See muß ich zunächst hervorheben, daß es wohl publici juris ist, daß die großbritannische Regierung wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärken der einzelnen Mächte würde zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen. Diesen Gedanken hat England bekanntlich bereits auf der Konferenz im Haag geäußert. Seitdem hat England diesen Gedanken wiederholt angeregt, ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns den Anlaß zu einer positiven Annahme oder zu einer positiven Ablehnung hätten geben können.

Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens

* Siehe Anlage.

wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei. Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen Dingen zusammenhängenden Fragen ist eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden Seiten und dürfte allmählich, aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend gemacht hat.

Nr. 10421

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 915 London, den 19. November 1910
Geheim

Als ich Sir Edward Grey heute den Entwurf der von Euerer Exzellenz eventuell im Reichstag abzugebenden Erklärung über unsere Stellungnahme zur Frage eines Rüstungsabkommens übergab* und ihm den Inhalt erklärte, bemerkte er, daß ihm dieser Entwurf nach dem ersten Eindruck mit den von dem Premierminister am 7. d. Mts. im Mansion House über denselben Gegenstand gemachten Äußerungen übereinzustimmen scheine. Er werde unverzüglich dem Premierminister von dem Entwurf Kenntnis geben, damit dieser sich in seinen öffentlichen Äußerungen nach demselben richten könne.

Die endgültige Antwort Sir E. Greys werde ich Euerer Exzellenz jedenfalls noch vor Ende dieses Monats mitteilen.

P. Metternich

Nr. 10422

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 916 London, den 19. November 1910
Geheim

Ich habe Sir E. Grey heute die Daten für die Fertigstellung unserer Schiffsbauten unter der mir in dem erwähnten Erlasse anheimgestellten Begründung** übergeben.

* Vgl. Nr. 10420, Anlage.
** Vgl. Nr. 10400, S. 348, Fußnote ***.

Der Minister dankte für die Mitteilung. Er bemerkte, es sei vorauszusehen, daß in dem bevorstehenden Wahlkampf die Agitation um die Flotte wieder zunehmen werde. Die Regierung werde dem nach Möglichkeit entgegentreten. Als wirksamstes Mittel zur Abschwächung der Agitation bezeichnete er indessen die Darlegung der englischen Stärkeverhältnisse zur See. Eine öffentliche Verwertung der ihm von mir zur Verfügung gestellten Daten halte er für bedenklich. Denn da für Einhaltung der Daten kein bindendes Versprechen, sondern nur der Ausdruck einer augenblicklich bestehenden Absicht vorliege, so werde der englischen Regierung, wie dies schon bei früheren ähnlichen Fällen geschehen sei, von der gegnerischen Seite geantwortet werden, daß, wenn die Umstände es erforderten, eine Beschleunigung unserer Schiffsbauten und damit eine frühere Beendigung derselben erfolgen könne.

Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß der Minister nicht etwa einen Zweifel in die ihm zur Verfügung gestellten Daten setzt, sondern daß er nur zu vermeiden wünscht, daß dieselben von anderer Seite öffentlich angezweifelt werden. Aus diesem Grunde hält er es für zweckmäßiger, sich auf die eigenen Stärkeverhältnisse zu stützen, anstatt mit unseren Zahlen zu argumentieren.

Ich bemerkte im Laufe des Gesprächs, daß eine Beschleunigung unserer Schiffsbauten nur nach vorheriger parlamentarischer Bewilligung, das heißt nur infolge eines neuen Gesetzes stattfinden könne. Der Minister frug darauf, ob bei uns nicht je nach Erfordernis Bewilligungen aus demselben Marineetat für bestimmte Zwecke zu anderen Zwecken verwandt werden könnten, also beispielshalber Bewilligungen für Torpedoboote zur Verwendung auf den Bau von Schlachtschiffen. Er sei sich selbst nicht klar darüber, ob eine derartige anderweite Verwendung der für den hiesigen Marineetat bewilligten Gelder nicht tunlich sei. Ich erwiderte, über derartige mir fernliegende Etatsfragen zöge ich es vor keine Ansicht zu äußern.

Sir E. Grey war sehr erfreut über die in unserem Memorandum gemachte Zusage eines gegenseitigen Nachrichtenaustausches über den jeweiligen Stand der Schiffsbauten unter Zuziehung der Marineattachés, war sich aber nicht ganz klar darüber, ob die mündlichen Erläuterungen die Zusage unbeschränkt aufrechterhielten. Er bemerkte, die Antwort auf unser Memorandum, das er mit dem Premierminister besprochen habe, habe er dem Ministerrat noch nicht vorlegen können. Die Antwort habe sich verzögert durch die Krankheit des Ersten Lords der Admiralität, Herrn M'Kennas, mit dem er noch nicht habe sprechen können.

P. Metternich

Nr. 10423

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 936 London, den 25. November 1910

Antwort auf Erlaß Nr. 1720 vom 15. November*.

Sir E. Grey teilte mir heute mit, daß er dem Premierminister den Entwurf zu einer Erklärung Euerer Exzellenz im Reichstag vorgelegt habe, daß dieser sich mit dem Entwurf vollkommen einverstanden erklärt und gebeten habe, Euerer Exzellenz für die bewiesene Courtoisie seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln**.

Metternich

Nr. 10424

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm

Nr. 1766 Berlin, den 28. November 1910
Geheim

Auf den Bericht vom 19. d. Mts. — Nr. 916***.

Daß die englische Regierung keine besondere Neigung empfinden würde, von den ihr zur Verfügung gestellten Daten öffentlich Gebrauch zu machen und damit frühere Erklärungen verschiedener ihrer Mitglieder selbst zu dementieren, ist nicht weiter erstaunlich und hier vorausgesehen worden. Daß aber Sir E. Grey mit der Begründung seines Standpunktes Ew. pp. gegenüber besonders glücklich gewesen ist, kann schwerlich behauptet werden. Nicht die absolute Stärke der englischen Flotte, sondern das Stärkeverhältnis der englischen zur deutschen Flotte bildet das Thema aller Flottendiskussionen in England. Nur durch den Nachweis, daß die englische Flotte der deutschen Flotte gegenüber den Grad von Überlegenheit besitzt, den sie nach Ansicht der öffentlichen Meinung in England besitzen muß, wird die englische Regierung in der Lage sein, den Übertreibungen und Entstellungen der dortigen Flottenagitation wirksam entgegenzutreten. Uns kann es im übrigen vollkommen gleichgültig sein, ob die englische Regierung die Daten verwerten will oder nicht. Für uns kam es lediglich darauf an, durch die Mitteilung zu ver-

* Siehe Nr. 10420.

** Die Abgabe der Erklärung erfolgte unter ganz unwesentlichen stilistischen Änderungen in der Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 10. Dezember 1910.

*** Siehe Nr. 10422.

hindern, daß Mitglieder der Regierung erneut mit unrichtigen Angaben vor die Öffentlichkeit treten. Ich darf daher Ew. pp. ersuchen, Sir E. Grey die Erwartung auszusprechen, daß, wenn die englische Regierung von den ihr übermittelten Daten keinen Gebrauch zu machen wünsche, sie doch auch vermeiden werde, Erklärungen abzugeben, die mit unseren amtlichen Angaben im Widerspruch stünden.

Wie unbedingt geboten es ist, der englischen Regierung gegenüber in diesen Dingen eine energische Sprache zu führen, erweist die Bemerkung des Ministers über die Verwendung der durch den Etat bewilligten Gelder. Sie zeigt, daß unsere wiederholten bestimmten Versicherungen, daß hier an eine Beschleunigung der Durchführung des Flottenprogramms nicht gedacht wird, entweder vollständig wirkungslos verhallt sind, oder daß doch wenigstens die englischen Staatsmänner jeden Vorwand willkommen heißen, der ihnen die Möglichkeit bietet, diese Versicherungen zu ignorieren. Auch kann ich nicht umhin, Ew. pp. meine Verwunderung darüber auszusprechen, daß Sie nicht Veranlassung genommen haben, das Argument Sir E. Greys sofort zu entkräften. Wenn Ew. pp. die allgemeinen Grundsätze über die Verwendung der durch das Etatsgesetz festgelegten Bewilligungen in Deutschland unbekannt sind, so glaube ich doch voraussetzen zu dürfen, daß Sie angesichts des breiten Raumes, den die Erörterungen über unser Flottengesetz nunmehr schon seit mehreren Jahren in der Öffentlichkeit einnehmen, und der wiederholten Feststellung von amtlicher Seite in Deutschland, daß die Durchführung desselben an die parlamentarische Bewilligung der betreffenden Jahresraten gebunden ist, keinen Zweifel darüber haben können, daß eine Manipulation, wie sie dem Minister vorschwebt, ausgeschlossen ist.

Was den in Aussicht genommenen Nachrichtenaustausch über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten betrifft, so bitte ich Sir E. Grey zu sagen, daß wir diese Zusage ohne jede Einschränkung gemacht hätten. Dieselbe von weiteren Bedingungen oder Einschränkungen abhängig machen zu wollen, sei mit den daran geknüpften mündlichen Erörterungen nicht beabsichtigt gewesen.

Kiderlen

Nr. 10425

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen an den Reichkanzler von Bethmann Hollweg

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, 2nd December 1910

I enclose for Your Excellency's confidential information a „compte rendu" of my observations during yesterday's conversation*.

* Siehe Anlage.

I hope now that both Governments have unloaded their minds as regards the past and present we may look forward to some useful work in the future which will forward the cause which we both have at heart — namely the establishment of more cordial and more trustful relations.

I presume, though Sir E. Grey has not said so, that these wretched elections will stand a little in the way of an immediate continuance of our discussions.

W. E. Goschen

Anlage

Aide-mémoire

Sir Edward Grey has asked me to tell Your Excellency that the Memorandum which you handed to me at our last conversation is under consideration by His Majesty's Government and is being studied with the attention which its importance deserves.

He is therefore unable at the present moment to express the views of His Majesty's Government on its two main points, viz. the precise conditions to be stipulated for in a naval understanding, and the exact form to be given to a general political arrangement such as Your Excellency considers should be a necessary concomitant to any naval understanding. He hopes, however, in due course to indicate more definitely the lines which in the opinion of His Majesty's Government the contemplated arrangement should follow.

In the meantime he wishes me to tell Your Excellency that the readiness of the Imperial Government to exchange naval information has made a very pleasant and agreeable impression on His Majesty's Government.

As regards the more general observations made by Your Excellency to me on the last occasion on the subject of particular incidents in the past and present political relations between the two countries, Sir Edward Grey does not wish me to enter into any controversy on these subjects or to suggest that they require discussion with reference to the proposed naval understanding; on the contrary he considers that they are quite irrelevant to that matter; but the light in which you regard those particular incidents and the inferences you draw from them are so much at variance with the facts and events recorded in the archives of the Foreign Office that he considers that it might give rise to misunderstandings if he allowed your observations to pass without notice. He has therefore authorized me to lay before Your Excellency the point of view of His Majesty's Government with regard to those particular incidents*.

---

* Es geschah durch Übergabe eines umfänglichen Memorandums, das die englische Auffassung in bezug auf 1. die türkische Anleihe, 2. die Bagdadbahn, 3. die persische

Before, however, coming to that, I must tell Your Excellency that there is one point in your observations to me to which Sir Edward Grey takes the gravest exception. Your Excellency said that if the British people had not learnt from their Governments to regard Germany as an enemy they would have regarded the expansion of the German navy with as little anxiety as they regard the expansion of the navy of the United States of America.

In writing to me on this point Sir Edward Grey uses the following language: —

„I deeply regret that the Chancellor should, in speaking to an accredited Representative of Great Britain, have made an insinuation of this kind, which is a grave reflection on the honourable conduct of His Majesty's Government. I trust that His Excellency will, on reflection, see that he used words for which he had no justification. Only shortly before in the same conversation he had expressed his conviction that His Majesty's Government and I personally were equally desirous of establishing better relations, and I should be happy to believe that these words represented more truly the Chancellor's considered views."

Sir Edward Grey does not wish me to dwell upon the manifestations of open ill-feeling towards England which from the beginning accompanied the German national propaganda for a fleet strong enough to deal with the biggest naval Power, an agitation which, having regard to the moment when it was originally commenced and to the circumstances of its growth, alone offers sufficient reason for the feeling of distrust with which the expansion of the German fleet was regarded in England. On the contrary he desires me to avoid all recrimination, as he is anxious to remove, rather than to increase, the obstacles in the way of a better understanding, but he does wish me to point out that if this better understanding is to be attained by loyal cooperation, it is essential that Your Excellency should not put forward a charge, as grave as it is unfounded, which, if taken seriously, must render it impossible to carry on the discussion in the spirit which both Governments desire.

Your Excellency complained that British policy in its general tendency follows a course opposed to that of Germany. Sir Edward Grey regrets the inclination on the part of the Imperial Government to regard as opposition to German plans or desires the legitimate defence by His Majesty's Government of important British interests or the fulfilment of Treaty obligations to which Great Britain is solemnly pledged, and he hopes that the remarks I have to offer, which he wishes to be regarded as explanatory and not controversial, will dispel the idea from Your Excellency's mind that Great Britain is in the habit of pursuing, or even

---

Frage und 4. die Algeciraskonferenz als diejenigen Punkte darlegte, hinsichtlich deren bei der Unterredung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg mit Sir E. Goschen am 13. Oktober sich tiefgreifende Unterschiede in dem beiderseitigen Urteil herausgestellt hatten.

contemplating, an anti-German policy, and will lead you to a clearer and more sympathetic appreciation of the attitude of His Majesty's Government in the particular matters to which Your Excellency has called attention.

Your Excellency also said that Great Britain has maintained an antagonistic attitude to Germany even in cases where British and German interests were more or less identical and called for cooperation.

I am to recall to Your Excellency's recollection that Sir Edward Grey has more than once during the last few years urged upon the Imperial Government, through the German Ambassador in London, the advantage of preparing the way for better relations by the two Governments cooperating in just such cases where neither direct British interests nor the respective obligations of the two Governments with third Powers stood in the way of the two Powers acting together. Sir Edward Grey was given to understand that the German Government approved this suggestion and that they agreed to put it into practice should opportunity offer. But whenever opportunities occurred which seemed to him favourable he was on each occasion met with polite but distinct refusals from Berlin. Reforms in Macedonia prior to the Turkish Revolution and cooperation in the Cretan problem are cases in point. He has never complained to the attitude of the German Government in those matters.

As regards Your Excellency's observation to the effect that British Representatives treat their colleagues with the greatest reserve while affecting the greatest intimacy with their colleagues of other nations, Sir Edward Grey considers that it would serve no useful purpose to discuss such a vague and general charge. The only specific complaint which occurs to him is the accusation made last year, before Your Excellency took office as Imperial Chancellor, against the members of His Majesty's Embassy at St. Petersburg. With respect to this accusation Sir Edward Grey observes that he had hoped that some regret would have been expressed when the charge was proved to be quite unfounded. This hope, however, somewhat to his disappointment, had never been realized.

Nr. 10426

*Aufzeichnung**

Unsigniertes und undatiertes Reinkonzept

[pr. 10. Dezember 1910]

Die Ausführungen, mit denen Euere Exzellenz meine Darlegungen im Oktober beantwortet haben, berechtigen mich zu der Schlußfolgerung,

* Eine Reinschrift der Aufzeichnung, die eine Antwort auf das Aide-mémoire Sir E. Goschens vom 1. Dezember (siehe Nr. 10425, Anlage) und das gleichzeitig überreichte Memorandum vorstellt, wurde unter Fortlassung der beiden letzten Sätze am 16. oder 17. Dezember vom Reichskanzler dem englischen Botschafter übergeben.

daß ich in verschiedenen Punkten mißverstanden bin. ⌜Ich⌝ übergebe Ihnen hier eine Aufzeichnung, die meinen damaligen Ausführungen zu Grunde gelegen hat, und deren Inhalt sinngemäß wiederzugeben meine Absicht gewesen war*.

Die Aufzeichnung läßt erkennen, daß es mir durchaus ferngelegen hat, gegen die englische Regierung den Vorwurf erheben zu wollen, daß sie das englische Volk gelehrt habe, in Deutschland einen Feind zu erblicken.

Ein weiteres Mißverständnis scheint bezüglich Marokkos untergelaufen zu sein. Nicht an der Unterstützung, die die englische Regierung der französischen Regierung bezüglich ihrer politischen Bestrebungen in Marokko hat zuteil werden lassen, hat die Kaiserliche Regierung Anstoß genommen. Politische Ziele haben wir auch auf der Algeciraskonferenz nicht verfolgt. Ich habe lediglich feststellen wollen, daß das Eintreten der deutschen Unterhändler in Algeciras für die Aufrechterhaltung des Prinzips der open door in Marokko gegenüber den auf eine wirtschaftliche Monopolisierung des Landes gerichteten französischen Bestrebungen keine Unterstützung von englischer Seite erfahren hat. Es ist nicht ersichtlich, daß der Wortlaut der französisch-englischen Deklaration vom 8. April 1904 einer entsprechenden Haltung der englischen Politik in dieser die deutschen und englischen Interessen in gleicher Weise berührenden Fragen entgegengestanden haben würde. Es sei noch bemerkt, daß Fürst Bülow am 13. November 1904 keine Rede im Reichstag gehalten hat**.

Was die Bagdadbahnfrage betrifft, so ist sich die Kaiserliche Regierung niemals über die große politische Bedeutung im unklaren gewesen, die die englische Regierung der Teilstrecke von Bagdad nach dem Persischen Golf beilegt. In Ansehung dieser Tatsache und in dem Bestreben, den Wünschen der englischen Regierung entgegenzukommen, habe ich Euerer Exzellenz im April d. Js. erneut die prinzipielle Bereitwilligkeit der Kaiserlichen Regierung zu erkennen gegeben, dem Gedanken der Beteiligung Englands an dem in Rede stehenden Abschnitt der Bahn näherzutreten. Ich habe dabei lediglich darauf hingewiesen, daß ich angesichts der politischen Bedeutung, die die ganze Frage durch die Auffassung und das Verhalten der englischen Regierung gewonnen habe, eine wirtschaftliche Konzession und speziell den Verzicht der englischen Regierung auf ihren Widerspruch gegen die vierprozentige Zoll-

---

* Die genannte Aufzeichnung ist identisch mit Nr. 10417.

** In dem am 1. Dezember von Sir E. Goschen überreichten „Memorandum" war unter anderem behauptet worden, Fürst Bülow habe in seiner Reichstagsrede vom 13. November 1904 ausdrücklich anerkannt, daß das englisch-französische Marokkoabkommen vom 8. April 1904 keine deutschen Interessen verletzt habe. Tatsächlich hatte Fürst Bülow lediglich, und zwar am 12. April 1904 gesagt: „Wir haben keine Ursache anzunehmen, 'das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen irgendeine andere Macht"; vgl. Bd. XX, Nr. 6374, Fußnote ††.

erhöhung als eine der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber vertretbare Gegenleistung nicht ansehen könne*.

Bezüglich Persiens bemerkt Sir E. Grey, er habe dem Grafen Metternich am 31. Mai d. Js. erklärt, es sei der englischen Regierung unmöglich, ein Abkommen über Bahnbauten in Persien zu treffen, ohne gleichzeitige Regelung der englischen Beteiligung an der Bagdadbahn. Die Äußerungen des Grafen Metternich seien diesem Standpunkt so ungünstig gewesen, daß sie für die englische Regierung wenig ermutigend gewesen seien, auf Verfolgung der Verhandlungen zu dringen.

Graf Metternich hat über diese Unterredung lediglich folgendes berichtet**:

„Wir besprachen die gesamte persische und Bagdadbahnfrage, ohne daß dabei neue Ansichten zutage getreten wären, außer daß die englische Regierung sich in ihren auf Erlangung einer Konkurrenzbahn nach dem Persischen Golf bezüglichen Bestrebungen bei der türkischen Regierung einen Korb geholt zu haben scheint. Der Minister meinte nämlich, wir beanspruchten in Kleinasien ein Bahnmonopol. Wenn England in Südpersien dasselbe tue, so hebe sich das auf. Als ich bestritt, daß wir ein Bahnmonopol hätten, erwiderte Sir E. Grey, mit der kilometrischen Garantie an der Bagdadbahn hinge zusammen, daß keine anderen Bahnen im Gebiet der unsrigen gebaut werden dürften. Ich bemerkte, die Bagdadbahn beruhe auf erworbenen Rechten und Verträgen, die englische Konzessionsfrage in Persien dagegen nicht."

Graf Metternich hat damit den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung zutreffend wiedergegeben, demzufolge es sich sowohl in der Bagdadbahn- wie in der persischen Frage um einen Verzicht deutscherseits auf vertraglich wohlbegründete Rechte und somit um ein Entgegenkommen gegen englische Wünsche handelt. Es dürfte hiernach einleuchten, daß es für die Kaiserliche Regierung unerheblich war, beide Fragen getrennt oder als junctim zu behandeln.

Was schließlich meine Äußerungen bezüglich der Haltung der englischen Diplomatie im Auslande betrifft, so hat es mir ferngelegen, einen Vorwurf erheben zu wollen. Ich glaubte nur der englischen Regierung eine von der deutschen Diplomatie vielfach gemachte Wahrnehmung nicht vorenthalten zu sollen. Einzelne Fälle anzuführen, habe ich gerade im Hinblick auf den Fall vermeiden zu sollen geglaubt, auf den Sir E. Grey Bezug nimmt. Bei der Untunlichkeit der kontradiktorischen Feststellung des Sachverhalts erscheint es unmöglich, etwaige Mißverständnisse aufzuklären, wie sie vielleicht dem St. Petersburger Vorfall zugrunde gelegen haben.

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.
** In Telegramm Nr. 81 vom 31. Mai 1910.

Nr. 10427

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1004 London, den 17. Dezember 1910
Geheim

Ich habe Sir Edward Grey gestern auftragsgemäß* unter Bezugnahme auf unsere frühere Unterredung die Erwartung ausgesprochen, daß, wenn die englische Regierung von den ihr übermittelten Schiffsbaudaten keinen Gebrauch zu machen wünsche, sie doch auch vermeiden werde, Erklärungen abzugeben, die mit unseren amtlichen Angaben im Widerspruch stünden.

Ich habe ihm ferner die mir aufgetragene Mitteilung gemacht, daß wir unsere Zusage betreffs des in Aussicht genommenen Nachrichtenaustausches über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten bedingungslos und ohne Einschränkungen gemacht hätten.

Der Minister bemerkte, er habe nicht beabsichtigt, überhaupt keinen Gebrauch von den Daten zu machen. Er habe nur nicht gewünscht, die Daten als eine von uns abgegebene Erklärung öffentlich zu bezeichnen, und zwar aus den schon früher mir angegebenen Gründen im Interesse der beiderseitigen Beziehungen. Er habe es vermeiden wollen, daß ihm entgegengehalten werde, die deutsche Erklärung enthalte nur den Ausdruck einer augenblicklich bestehenden Absicht, es sei mit derselben aber keine bindende Verpflichtung übernommen worden. Er habe es vermeiden wollen, daß öffentlich die Kontroverse wieder aufgefrischt werde, daß eine augenblicklich bestehende, aber nicht bindende Absicht im Laufe der Zeit geändert werden könne, und daß daher auch, wenn die Umstände es erforderten, mit vorheriger oder nachheriger parlamentarischer Genehmigung eine Beschleunigung unseres Schiffsbaus eintreten könne. Derartigen öffentlichen Erörterungen habe er dadurch vorbeugen wollen, daß er sich nicht auf unsere Erklärungen berufen habe, sondern auf die Angaben der englischen Admiralität, von der er genau dieselben Daten erhalten habe wie von mir.

Dies habe er im Sinne gehabt, als er bei unserer ersten Besprechung bemerkt habe, er halte es im Interesse der Sache für nützlicher, wenn er sich öffentlich auf die Angaben der englischen Admiralität stütze anstatt auf unsere Angaben. Er habe im Laufe der Wahlkampagne wohl vier- oder fünfmal Gelegenheit genommen, durch eine Nebeneinanderstellung der englischen und deutschen Zahlen die öffentliche Meinung zu beruhigen. Er setze selbstverständlich nicht den geringsten Zweifel in die bona fides unserer Angaben, aus den angeführten Gründen habe er es aber für rich-

* Vgl. Nr. 10424.

tiger gehalten, sich in seinen öffentlichen Reden auf die eigene Admiralität zu stützen.

Ich nahm im Laufe des Gesprächs Anlaß, dem Minister gegenüber nochmals zu betonen, daß die Ausführung unseres Bauprogramms an die parlamentarische Bewilligung der betreffenden Jahresraten gebunden ist. Ich habe stets hier im Laufe der letzten Jahre, gestützt auf die mir kundgegebene Willensäußerung Seiner Majestät des Kaisers und entsprechend den mir erteilten Weisungen der Kaiserlichen Regierung, im Gespräche mit hiesigen leitenden Persönlichkeiten betont, daß wir nicht beabsichtigen, unser Schiffsbauprogramm zu beschleunigen, und daß seine Ausführung an die jährlichen parlamentarischen Bewilligungen gebunden ist. Ich habe ferner in der letzten Zeit mehrfach darauf hingewiesen, so noch vor den Wahlen bei Sir Edward Grey und Mr. Haldane, daß das vorliegende Resultat im deutschen Kriegsschiffsbau, das heißt die jetzt schon ersichtlichen Tatsachen den besten Beweis dafür liefern, daß das gesetzlich normierte Programm genau eingehalten wird und weder Beschleunigung noch Verlangsamung vorhanden ist. Ich habe dabei zugleich hinzugefügt, daß durch die nunmehr erkenntliche Tatsache der Einhaltung unseres auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Bauprogramms der hiesigen Flottenagitation unter Hinweis auf Deutschlands geheime Pläne der Boden entzogen worden sei und die öffentliche Meinung zu erkennen beginne, daß sie mit übertriebenen deutschen Schiffszahlen unnütz geängstigt worden sei*. Der hier allgemein verbreiteten Ansicht, daß wir

---

* Auch die Äußerungen der englischen Minister aus dieser Zeit lassen den Umschwung in der Beurteilung des Verhältnisses der Flottenstärke erkennen. In dem Bericht Graf Metternichs vom 2. Dezember 1910 Nr. 952 heißt es über eine Wahlrede Sir E. Greys vom 1. Dezember: „Bei einer Rede in Portsmouth führte Sir E. Grey aus, die englische Flotte werde stark genug sein, um im Falle eines Krieges die See frei zu halten, so daß England nicht auf Lebensmittel in neutralen Schiffen angewiesen sein werde. Im April 1911 würde England 12 Dreadnoughts verwendungsbereit haben gegen 5 deutsche, und was Europa anbetreffe, sei England stärker, als nach dem Zweimächtestandard nötig wäre. Im April 1913 würde England 25 Dreadnoughts haben (die 2 kolonialen eingerechnet) gegen 17 deutsche." Dazu bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande: „Das klingt anders als voriges Jahr!"
Auch der Erste Lord der Admiralität M'Kenna hatte gelegentlich einer am 20. Oktober in Glasgow von dem Führer der Opposition Balfour gehaltenen Rede, in der die Flottensituation schwarz in schwarz gemalt war, sich zu einer Auffassung bekannt, die zu seinen Äußerungen vom März 1909 in Gegensatz stand. Im Jahre 1909 hatte er gesagt, daß die deutsche Flotte nach ihrem neuerlichen Bauprogramm bei dessen Durchführung „mächtiger als irgendeine gegenwärtig vorhandene", also auch die englische zu werden drohe. Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10273. Jetzt sagte er nach einem Bericht Graf Metternichs vom 21. Oktober 1910 im wesentlichen das Gegenteil:
„Mr. M'Kenna führte aus, es sei bedauerlich, daß Mr. Balfour seine Befürchtungen nicht schon während der letzten Session des Parlamentes — seit dessen Schluß sich die Lage keineswegs verändert habe — in derselben Weise zum Ausdruck gebracht habe. Allerdings genüge es im Parlament nicht, Behauptungen über die Unzulänglichkeit der Flotte aufzustellen, ohne eine solche mit zahlenmäßigen Beweisen unterstützen

mit unseren technischen, maschinellen und industriellen Hilfskräften bedeutend rascher bauen könnten, wenn wir es wollten, habe ich mich indessen nicht für bemüßigt gefunden entgegenzutreten, da diese Besorgnis, zwar weit über die wirklichen Unterlagen hinausgehend, unter Umständen heilsam ist. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, den Glauben an die potentiellen Machtmittel des Reichs, auch wenn er in diesem Falle an Aberglauben grenzt, zu erschüttern.

Die weiteren Äußerungen des Ministers waren von besonderem Interesse. Er bemerkte, er habe Euerer Exzellenz letztes Memorandum über die Flottenfrage* zur vertraulichen Kenntnis des Ministerrats gebracht. Während der Wahlen sei keine Gelegenheit mehr gewesen, die Frage zu erörtern. Anfang Januar werde der erste Ministerrat wieder stattfinden. Bis dahin werde er, der Minister, sich sorgfältig überlegen, welche Euerer Exzellenz zu erteilende Antwort er dem Kabinett vorschlagen wolle. Die Schwierigkeit für ihn liege darin, eine politische Formel der Annäherung zu finden, welche Deutschland befriedige, ohne Frankreich und Rußland zu entfremden. Es liege ihm daran, das bestehende gute Einvernehmen zwischen den Mächten der Tripelentente zu erhalten und zugleich ein vertrauensvolles Verhältnis zu Deutschland und dem Dreibunde zu erwirken, mit anderen Worten die beiden Mächtegruppen näher aneinander heranzuziehen, wobei es, wie es ihm scheine, hauptsächlich auf Frankreich ankomme.

Ich erwiderte, Frankreich sei absolut sicher vor uns, solange es keine Revanchegedanken hervorkehre. Auf sich allein angewiesen, fühle es sich hierzu zu schwach. Im Verein mit anderen wüchsen die unterdrückten Hoffnungen wieder. Ich hielte von dem System des Gleichgewichts der Mächte in Europa, the balance of power, als einer Garantie des Friedens nicht viel. Wenn sich Europa in zwei Lager teile, so heiße das nichts anderes, als daß sie sich gegenseitig im Schach zu halten suchten, weil sie einander mißtrauten. Hieraus entstehe bei auftauchenden politischen Fragen eine Verschärfung der Gegensätze. Das beste an diesem System sei, daß das sogenannte Gleichgewicht der Kräfte nur ein scheinbares bleibe. Fühlten sich beide Teile gleich stark, so bleibe eine friedliche Lösung der Gegensätze auf die Dauer unwahrscheinlich. Eine Gruppe sei aber in der Regel stärker als die andere, was den schwächeren Teil vorsichtiger mache. Der Dreibund sei entstanden, um die damals noch

---

zu können. Was die Ausführungen Mr. Balfours über die Schlachtschiffe erster Klasse betreffe, so besitze England jetzt mehr, als der Zweimächtestandard erfordere. In erstklassigen Panzerkreuzern trete die Überlegenheit Englands noch mehr hervor. Im Gegensatz zu Mr. Balfour dürfe er darum behaupten, daß zu Friedenszeiten — von einigen Ausnahmen abgesehen — die Überlegenheit Englands zur See noch nie so groß gewesen sei wie gegenwärtig. Deutschland könne vor Ende 1912 nicht mehr als 17 Dreadnoughts besitzen, während in England zu diesem Zeitpunkt deren 25 fertiggestellt oder nahezu vollendet sein würden."

* Siehe Nr. 10416.

unruhigen Elemente in Europa im Zaume zu halten. Eine langjährige Erfahrung habe gelehrt, daß er seine Macht nicht mißbrauche und dem Frieden tatsächlich diene. Ich verstände vollkommen, daß dem Minister an der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland viel gelegen sei. Es habe sich nur leider seit den letzten Jahren ergeben, daß England und die Tripelentente in fast allen großen politischen Fragen in Gegensatz zu Deutschland und seinen Verbündeten getreten sei, so daß daraus mehrfach ernste Beunruhigungen hervorgegangen seien. Das englisch-russisch-französische Freundschaftsverhältnis, wie es in der Vergangenheit gewirkt habe, und im Gegensatz zu Deutschland stehend, habe daher keinen günstigen Einfluß auf die Beruhigung Europas gehabt. Ich wisse zwar, daß die englische Regierung verneine, daß ihr Ententensystem eine feindliche Spitze gegen Deutschland habe. Ich glaubte gern, daß eine solche nicht beabsichtigt noch in den bestehenden Abkommen vorhanden sei. Trotzdem habe der Gang der Ereignisse gelehrt, daß dieser Gegensatz sich bei neuen, wichtigen Fragen fast stets herausgebildet habe. Hier sei nun Hand anzulegen und eine Formel zu suchen, die in Deutschland das Vertrauen einflöße, daß in Zukunft England mit seinen Freundschaften nicht mehr in unserem Wege stände.

Der Minister erwiderte, England habe seine alten Zwistigkeiten mit Frankreich und Rußland ausgeglichen, um Ruhe zu haben. Aus dem neuen Freundschaftsverhältnis sei dann naturgemäß in einzelnen Fällen eine Unterstützung der gegenseitigen Interessen entstanden. Aggressive Absichten seien niemals vorhanden gewesen. Auch der französische Revanchegedanke sei niemals zwischen der englischen und französischen Regierung auch nur besprochen worden. Er hoffe, daß sich jetzt, nachdem die marokkanische Frage zurückgetreten sei, eine Formel finden lassen würde, die eine Annäherung der beiden Mächtegruppen in Europa zur Folge haben würde. Gelinge dies, so sei die fernere Folge, daß die beiden Gruppen sich nicht mehr als in zwei Lager getrennt oder als Gegensätze fühlen würden. Hiermit wäre dann die Festigkeit des europäischen Friedens unter den großen Mächten gesichert. Seine Gedanken seien darauf gerichtet, eine solche Formel zu finden. Er sei überzeugt, daß Euere Exzellenz ihn in diesem Bestreben unterstützen würden[1].

Sir Edward Grey gebrauchte einige Male in unserem Gespräch den Ausdruck „political understanding with Germany", meistens aber gebrauchte er das Wort „formula", des sonst hier gebräuchlichen Wortes „agreement" bediente er sich aber nicht. Sir Edward Grey ist kein Mann, der aus Opportunitätsgründen Hoffnungen zu erwecken sucht, an die er selbst nicht glaubt, oder der mehr verspricht, als er zu halten gedenkt. Den Wunsch der Annäherung hat er nie so deutlich zu erkennen gegeben wie diesmal. Bei Übernahme seines jetzigen Amtes im Jahre 1905 sagte er mir, daß die liberale Regierung durch ihren Einfluß in Paris bestrebt sein werde, den deutsch-französischen Gegensatz zu mildern, um auf diese Weise auch eine deutsch-englische Entente zu erleichtern[2]. Die damalige

Verschärfung der Marokkofrage trieb ihn aber immer mehr auf die französische Seite und von uns fort; und erst gestern hat er wieder zum ersten Male ernstlich die Frage der deutsch-englischen Annäherung mit mir erwogen.

Durch Euerer Exzellenz Erklärung im Reichstage* ist auch die öffentliche Meinung günstig beeinflußt worden, und es nähert sich daher jetzt vielleicht wieder einmal der Augenblick, wo sich doch noch etwas zur Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses erreichen läßt. Unser Zugeständnis des Nachrichtenaustausches über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten, auf dessen günstigen Einfluß ich mich beehrt habe schon vor drei Jahren mehrfach hinzuweisen, hat bei der hiesigen Regierung einen starken Eindruck gemacht und ist für die hiesige Annäherungsstimmung ausschlaggebend gewesen. Durch ein durch die Sinne wahrnehmbares Argument läßt sich der Engländer am ehesten kaptivieren. Durch eine richtige Motivierung und einen entsprechend gewählten Wortlaut für eine Vereinbarung über den Nachrichtenaustausch läßt sich ihr auch der Charakter des Mißtrauens benehmen[3].

Ich habe keine Anzeichen dafür, daß die in Potsdam stattgefundene deutsch-russische Annäherung** bei der hiesigen Regierung die Befürchtung wachgerufen habe, das englisch-russische Verhältnis könne dadurch Schaden leiden.

P. Metternich

Randbemerkungen von Bethmann Hollwegs:

[1] Dies Ziel wird nur erreicht, wenn Frankreich weiß, daß es für eine etwaige unruhige Politik keine Unterstützung bei England findet. Soll die gesuchte formula wirksam sein, so wird sie also unter allen Umständen Frankreich verschnupfen.

[2] ?

[3] Das wird sehr wichtig sein. Den Wortlaut wird das Reichsmarineamt nicht allein auswählen dürfen.

Nr. 10428

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 49 London, den 17. Januar 1911
Geheim

Sir Edward Grey bemerkte mir heute, der Ministerrat werde am 20. d. Mts. seine erste Sitzung halten. Er werde demselben dann das Memorandum Euerer Exzellenz über die Flottenfrage und eine politische

---

* Vom 10. Dezember; vgl. Nr. 10420, Anlage.
** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

Verständigung* vorlegen und zugleich Vorschläge zur Beantwortung desselben machen. In dieser ersten Sitzung werde die Frage aber noch nicht erledigt werden, sondern wohl erst nach ferneren Sitzungen. Sobald er mit dem Ministerrat einig sei, werde er die Antwort Euerer Exzellenz zugehen lassen und er hoffe damit einen ferneren Schritt auf dem eingeschlagenen Wege der Verständigung zu tun.

Es handelt sich um das Memorandum, welches mir als Anlage des Erlasses Nr. 1718 vom 15. November v. Js. mitgeteilt worden ist**. Die mir mit demselben Erlasse übersandte Aufzeichnung, die als Grundlage der mündlichen Erörterungen Euerer Exzellenz mit Sir E. Goschen diente***, wird Sir E. Grey, wie er mir vertraulich sagte, dem Ministerrat nicht vorlegen[1].

P. Metternich

Randbemerkung Wilhelm von Stumms:

[1] Er wird sich hüten!

Nr. 10429

Aide-mémoire

Unsignierte und undatierte Reinschrift von der Hand des englischen Botschafters in Berlin Sir Edward Goschen

Am 8. Februar dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg übergeben †

As Your Excellency is aware His Majesty's Government is of the opinion that a periodical exchange of naval information between the two Governments would have the effect of removing from the public mind in both countries the misapprehensions and suspicions which, notwithstanding the efforts of both Governments, have continually arisen respecting the shipbuilding programmes of the two Countries.

Such information should in the opinion of His Majesty's Government comprise the following data: —

a) Dimensions of vessels to be laid down.

b) Protection, armament, speed and horse power of the vessels.

c) The date of: 1) The laying down of the vessels, 2) Their completion.

---

* Siehe Nr. 10416.

** Vgl. Nr. 10417, Fußnote.

*** Siehe Nr. 10417.

† Am 14. Februar wurde das Aide-mémoire von Staatssekretär von Kiderlen dem Staatssekretär des Reichsmarineamts mit der Bitte um mündliche Erörterung der Angelegenheit mitgeteilt. Das Reichsmarineamt machte daraufhin zwei Abänderungsvorschläge, deren erster auf Einfügung des Satzes „The mentioned data should be reciprocally exchanged every year between October the 1st and November 15th" am Ende des zweiten Absatzes, und deren zweiter auf Einfügung des Satzes „The data a) and b) should be reciprocally exchanged at the same day" an derselben Stelle ging. Eine Randbemerkung von Bethmann Hollwegs zu dem ersten Vorschlag lautet: „In erster Linie", eine solche zu dem zweiten Vorschlag: „In eventum".

As a supplement to an arrangement on these lines it is suggested that the Naval Attachés of the Embassies in London and Berlin should be permitted to visit periodically Government and private shipbuilding yards and should be given every facility for seeing the progress of ships under construction.

Any agreement arrived at should be on a footing of entire reciprocity as regards the information to be given.

Nr. 10430

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 9. Februar 1911

Gestern sind in dem neuen House of Commons verschiedene Fragen über die Ausführung des deutschen Flottengesetzes gestellt worden. Mr. M'Kenna wurde dadurch gezwungen, seine eigenen früheren Angaben und auch die seitens des Premierministers am 14. Juli 1910 gemachten Äußerungen Lügen zu strafen.

1) Erste Frage: „An welchem Termine im Herbst 1910 sind die 4 deutschen Dreadnoughts des Programms 08/09, wodurch die Gesamtzahl auf 9 Schiffe gebracht wird, fertiggestellt?"

Gestrige Antwort:

Die Schiffe sind noch nicht fertiggestellt.

Frühere Antwort Mr. M'Kennas am 16. März 1909:

Wir erwarten, daß die Schiffe des Programms 08/09 nicht im Februar 1911, sondern schon im Herbst 1910 vollendet sein werden.

2) Zweite Frage: „An welchem Tage des Jahres 1911 werden die 4 deutschen Schiffe des Programms 09/10, wodurch die Gesamtzahl auf 13 Schiffe gebracht wird, fertiggestellt sein?"

Gestrige Antwort:

Keines der 4 Schiffe wird im laufenden Jahre fertiggestellt sein.

Frühere Antwort Mr. M'Kennas am 16. März 1909:

Nach meiner Meinung wird Deutschland im August 1911 13 Schiffe fertiggestellt haben.

Angabe des Premierministers am 14. Juli 1910:

Ende 1911 werden wir 16 und Deutschland 11 Schiffe fertig haben.

3) Dritte Frage: „An welchem Datum des Jahres 1912 ist die Fertigstellung der 4 deutschen Dreadnoughts des Programms 10/11 zu erwarten?"

Gestrige Antwort:	Frühere Antwort Mr. M'Kennas am 16. März 1909:
Frühjahr 1913.	Mit Beschleunigung des Baues im April 1912 und ohne Beschleunigung im Herbst 1912.

4) Vierte Frage: „Ist nun zu erwarten, daß überhaupt 21 Dreadnoughts an irgend einem Tage des Jahres 1913 fertiggestellt sein werden?"

Gestrige Antwort:	Angabe des Premierministers am 14. Juli 1910:
Diese Schiffe werden erst im Frühjahr 1914 fertiggestellt sein.	Deutschland wird 1913/14 insgesamt 21 Schiffe verwendungsbereit haben.

5) Fünfte Frage: „Sind im März 1909 13 deutsche Dreadnoughts im Bau gewesen?"

Gestrige Antwort:	Antwort Mr. M'Kennas am 16. März 1909:
Falls unter „im Bau" die Schiffskörper verstanden werden: „Nein".	Ich habe Information erhalten, daß das Material und die Armierung der 09-Schiffe schon in Angriff genommen ist.

Zu einer weiteren Frage über die Fertigstellung der „Oldenburg" hat Mr. M'Kenna erklärt, daß das Schiff vor April 1909 begonnen sei und im Frühjahr 1912 abgeliefert werden solle, also zugegeben, daß die Bauzeit ohne Probefahrten mindestens 36 Monate beträgt. Am 14. Juli 1910 waren vom Premierminister als längste Bauzeit 33 Monate angegeben worden. —

Die gestrigen Antworten sind nicht etwa, wie es nach vorstehendem scheinen könnte, von Mr. M'Kenna unumwunden abgegeben worden. Die meisten sind so verschleiert, daß man sehr eingehender Kenntnisse über den Ausbau des deutschen Flottengesetzes bedarf, um den Kern der Antwort herauszulesen. Für das Laienpublikum, das die Angaben früherer Jahre vergessen und auch die Zahlen nicht zur Hand hat, sind die Fragen und Antworten wertlos; eine Beruhigung werden sie kaum bringen.

Wenn auch eine gewisse Genugtuung darin liegt, daß die Tatsachen jetzt immer mehr an das Licht kommen und beweisen, daß die entgegen den offiziellen deutschen Zahlen im Frühjahr 1909 gemachten englischen Erklärungen wissentlich falsch abgegeben waren, so kann damit der unendliche Schaden doch nicht wieder beseitigt werden, der durch die seitens der englischen Regierung inszenierte künstliche Verhetzung der beiden Nationen entstanden ist. —

Unwillkürlich fragt man sich, welcher Zweck diesem Frag- und Antwortspiel zwischen dem liberalen Mitglied Robert Harcourt und dem liberalen Minister zu Grunde liegt.

Mir scheint es, als ob es bestellte Arbeit war. Die Naval Estimates für das neue Finanzjahr und damit das Bauprogramm sind in Bälde zu erwarten. Wie bereits berichtet, scheint die Regierungsforderung in fünf Schiffen bestehen zu sollen. Da hiergegen von unionistischer Seite heftigste Angriffe zu erwarten sind, solange die in früheren Jahren gemachten übertriebenen Angaben der Regierung über den deutschen Flottenausbau aufrechterhalten werden, so liegt es im Interesse der Regierung selbst, eine Modifikation dieser Angaben eintreten zu lassen, um so mehr da die Tatsachen selbst für diese Einschränkung sprechen.

(gez.) Widenmann

Nr. 10431

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 162 London, den 16. Februar 1911
Geheim

Sir Edward Grey sagte mir heute, daß er kürzlich Euerer Exzellenz durch Sir Edward Goschen einen Vorschlag, betreffend den Nachrichtenaustausch über Schiffsbauten durch die beiderseitigen Marineattachés*, habe zugehen lassen.

Über die größeren Fragen habe er ein Memorandum ausgearbeitet, welches zunächst dem Ministerrat vorgelegt werde, und das, wie er hoffe, Ende nächster Woche an Sir Edward Goschen zur Vorlage bei Euerer Exzellenz abgehen werde**.

Unser in der Bagdadbahnfrage und in der persischen Frage eingenommener Standpunkt schließe nach seiner, des Ministers, Auffassung keineswegs eine Vereinbarung mit der englischen Regierung aus. Hinsichtlich Persiens habe sie zwar gewisse politische Interessen zu wahren, sie wünsche aber durchaus nicht, den deutschen wirtschaftlichen Bestrebungen in jenen Gebieten entgegenzutreten.

Nach diesen Äußerungen Sir Edward Greys zu schließen, dürfte es sich also hauptsächlich in dem zu erwartenden Memorandum um Persien und die Bagdadbahn handeln. Er scheint demnach seinen alten Gedanken zu verfolgen, der auch mit Bezug auf Frankreich und Rußland von der englischen Politik zur Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses ergriffen wurde, nämlich zunächst durch Hinwegräumung schwebender Streitfragen den Boden zu einer allgemeineren Annäherung vorzubereiten.

---

* Siehe Nr. 10429.

** Tatsächlich wurde es erst am 24. März in Berlin übergeben. Siehe Nr. 10439 nebst Anlage.

Sir Edward Grey bemerkte auch noch im Laufe des Gesprächs, daß der hiesige türkische Botschafter* ihm wiederholt in der letzten Zeit angekündigt habe, daß er über die türkischen Interessen im Persischen Golf einschließlich der Bagdadbahn demnächst mit ihm verhandeln werde. Bis jetzt sei aber noch nichts erfolgt. Sir E. Grey fügte lächelnd hinzu, er wisse nicht, ob er sich zuerst mit uns oder mit der Türkei über die in Betracht kommenden englischen Interessen zu verständigen habe[1]**.

P. Metternich

Randbemerkung von Kiderlens:

[1] Wir wollen seine Eröffnungen abwarten K.

Nr. 10432

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 168 London, den 17. Februar 1911

Im House of Commons wurde gestern an den First Lord der Admiralität die Frage gerichtet, wann der Irrtum, welchen die Admiralität im Jahre 1909 in ihrer Schätzung der voraussichtlichen Stärke der deutschen Marine während der Jahre 1910 bis 1913 gemacht habe, aufgedeckt worden sei. Die schriftlich gegebene Antwort des First Lord der Admiralität M'Kenna ging dahin, daß seine Erklärungen vom 16. März 1909 über die Beschleunigung der Neubauten in der deutschen Marine und seine hierauf beruhende Schätzung der Stärke der deutschen Flotte durch besondere Umstände, nämlich durch den Beginn der für 1909 vorgesehenen Neubauten bereits im Jahre 1908 und durch die Bewilligung ungewöhnlich hoher erster Bauraten veranlaßt worden seien. Jetzt wisse die Admiralität, daß die Schiffsneubauten nur aus finanziellen Gründen und mit Rücksicht auf den Arbeitsmarkt so früh in Auftrag gegeben worden seien, daß die Beträge der bewilligten ersten Raten für die Schiffsneubauten 1908/09 und 1909/10 nur wegen der größeren Kosten der zu erbauenden Schiffe höher als früher gewesen seien, und daß Deutschland nicht die Absicht habe, die neuen Schiffe zu einem früheren Zeitpunkt fertigzustellen, als dies in seinem Flottenprogramm vorgesehen sei. Zu seiner Befriedigung sei er jetzt im Besitz offizieller Informationen über die voraussichtlichen Daten der Fertigstellung der deutschen Neubauten.

Seine Erklärungen vom 16. März 1909*** habe er bereits am 29. März

---

* Tewfik Pascha.

** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVI.

*** Vgl. Kap. CCXXI, Nr. 10273, Fußnote **.

1909 dahin ergänzt*, daß Deutschland bis Ende 1912 nicht mehr als 13 Dreadnoughts besitzen werde, und daß England jedenfalls eine Überlegenheit von drei Schiffen dieser Klasse über die deutsche Flotte habe.

An diese Ausführungen schloß der First Lord der Admiralität vergleichende Zahlenangaben über die englischen und deutschen Werften.

P. Metternich

Nr. 10433

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 223 London, den 7. März 1911
Geheim

Sir Edward Grey teilte mir mit, er habe heute im Ministerrat seine Absichten zur Sprache gebracht, um auf dem Wege einer Verständigung mit uns weiter zu gelangen. Er arbeite ein Memorandum aus, welches demnächst zur Besprechung mit Euerer Exzellenz an Sir Edward Goschen abgehen werde. Die Besprechung im Ministerrat habe sich infolge von Krankheit einzelner Minister, besonders des Schatzkanzlers Herrn Lloyd George, bis heute verzögert. Er werde voraussichtlich demnächst im Unterhause gefragt werden, ob Verhandlungen mit uns stattfänden. Er werde sich dann in analogem Sinne äußern, wie Euere Exzellenz kürzlich** im Reichstage. Auf seinen Vorschlag bezüglich des Austausches von Nachrichten durch die Marineattachés habe er noch keine Antwort[1]. Ich erwiderte, diese technischen Fragen würden vermutlich zunächst von Sachverständigen geprüft werden.

P. Metternich

Randbemerkung von Bethmann Hollwegs:

[1] Ich habe gestern Goschen gesprächsweise mitgeteilt, daß Admiral von Tirpitz zuerst durch die Etatsverhandlungen im Reichstag, dann durch Abwesenheit behindert gewesen sei. Goschen erwiderte, er wolle das nach London melden.
v. B. H. 11./3.

---

* Vgl. Kap.CCXXI, Nr. 10293, Fußnote ***.
** Am 10. Dezember 1910: vgl. Nr. 10420, Anlage.

Nr. 10434

*Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Ausfertigung

Nr. 190 London, den 14. März 1911

Der bereits vor längerer Zeit angekündigte Antrag Murray Macdonald und der dazu gestellte Abänderungsantrag King über die Höhe der englischen Rüstungen** ist gestern im House of Commons verhandelt worden.

Es ist erstaunlich, aus den Äußerungen verantwortlicher wie unverantwortlicher Männer immer wieder von neuem zu sehen, daß sie auch jetzt weder den Buchstaben des Flottengesetzes kennen, noch in dessen Sinn eingedrungen sind.

1. Mr. M'Kenna steht immer noch unter dem Eindruck, daß durch die Novelle von 1908 das Flottengesetz um 4 Schiffe vermehrt ist: „That of June, 1906, increased the number of large cruisers to be built under the Fleet Law by six; that of April, 1908, increased the number of battleships by four."

2. Sir Edward Grey legt das Flottengesetz so aus, daß es, wenn ausgebaut, 33 capital ships besitzt: „That German Naval Law, when complete means a navy of thirty-three capital ships, including ‚Dreadnoughts' and cruisers, as well as pre-Dreadnoughts".

3. Mr. Burgoyne*** nimmt an, daß Deutschland im Jahre 1915 das Maximum erreicht hat: „The third reason is that Germany will in that year (1915) have reached the maximum of her strength."

Diese Fehler lassen wieder immer von neuem Zweifel darüber aufkommen, ob man es auf englischer Seite mit Urteilslosigkeit und Unkenntnis oder mit bewußter Verdrehung der Tatsachen zu tun hat. Obwohl in England langsam gearbeitet wird, könnte man bei all der aufklärenden Arbeit, die von deutscher Seite getan ist, und nachdem drei Jahre seit der letzten Flottennovelle verstrichen sind, annehmen, daß endlich die richtige Kenntnis über Deutschlands Flottenpläne auch in der Öffentlichkeit einkehrt. Diese Hoffnung scheint jedoch nicht erfüllt werden zu sollen.

---

* Teilweise veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 188f.

** Der Antrag Murray Macdonalds lautete: „This House views with alarm the enormous increase during recent years in the expenditure on the Army and the Navy and is of opinion that it ought to be diminished". Der Abänderungsantrag King: „This House views with profound anxiety and regret the continued necessity for the maintainance by this country of large armaments, and would welcome the establishment of international arrangements under which the Great Powers would simultaneously restrict their warlike preparations."

*** Mitglied des „Parliamentary Navy Comittee" im Unterhause.

Wenn man von diesen Fehlern, die meiner Ansicht nach wissentlich und absichtlich immer wieder begangen werden, absieht, so sind die wichtigsten Teile der Debatte für Deutschland die, welche von dem seitens der Regierung aufgestellten „standard" handeln.

Weder Mr. M'Kenna noch Sir Edward Grey sprechen von dem „Two-Power-Standard" und noch viel weniger von dem „Two to one Standard."

Mr. M'Kenna sagt vielmehr wörtlich: „We advise the building of ships, in numbers, to a strength and to a cost, in order to enable the British Navy to secure in all contingencies that we shall have freedom on the highways of the ocean", und er stellt im weiteren Verlaufe seiner Rede fest, daß das Flottenverhältnis im Jahre 1914 — 21:30 capital ships sein wird: „We have taken as a reasonable margin of security thirty of these ships as against twenty-one. The twenty-one German ships will be delivered by the shipyards in the spring of 1914. Our thirty will be completed by the same date."

Sir Edward Grey legt sich ausdrücklich auf denselben Standard fest: „But some of us have used a phrase which is, I think, even better than the Two-Power-Standard with reference to European Powers, a phrase which my right hon. Friend (Mr. M'Kenna) used to-night — a Fleet sufficient to hold the sea against any reasonably probable combination." Und weiter: „The First Lord of the Admiralty has stated roughly to-night what that position will be 30:21."

Wenn man die weitere Äußerung Sir Edward Greys: „But a greater danger than that of war is the danger which I once called from the bench on the other side of the House the danger of bleeding to death in time of peace" hinzunimmt, so scheint[1] damit die Kapitulation vor den Kosten eines höheren Standard ausgesprochen zu sein.

Man muß sich den ungeheueren Kapitalwert vergegenwärtigen, den die 38 + 20 capital ships des deutschen Flottengesetzes darstellen werden, und sich fragen, was der „Two to three Standard" für England bedeutet, um Sir Edward Greys Ansicht zu verstehen.

Nimmt man den von Mr. M'Kenna genannten Durchschnittswert für ein capital ship zu £ 2,1 Millionen[2] an, so wird Englands Schiffsmaterial an capital ships rund 90 × 2,1 = £ 189 Millionen darstellen. Rechnet man hierzu die vielen und recht beträchtlichen Kosten an sonstigen Schiffen und Fahrzeugen, an Kriegsmaterial, Bauten, Gehalt und Löhnung, so wird Sir Edward Greys Ausspruch von dem „Sich verbluten in Friedenszeiten" verständlich. Um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Kosten der Rüstungen pro Kopf der Bevölkerung in England schon heute 31 Mark betragen, während Deutschland mit 19 Mark viel günstiger dasteht. —

Dem Flottengesetz allein und dem nicht zu deutelnden Willen der deutschen Nation, sich dieses wichtige Instrument nicht schmälern zu lassen, ist es zu verdanken, daß sich Sir Edward Grey zu seiner Kapitulation

verstanden hat. Solange dieser feste deutsche Wille hier in England erkannt wird, wird man meiner Ansicht nach damit rechnen können, daß er auch respektiert wird[3].

Widenmann

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Ein guter Erfolg für unser Durchhalten!

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] ?

[2] 52 Mill[ionen] M[ar]k.

[3] unbedingt

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hätten wir vor 4—5 Jahren wie Metternich und Bülow wollten mit bauen aufgehört, so wäre der Krieg „Copenhagne" jetzt da. So respektiren sie unseren festen Willen und müssen sich den Thatsachen beugen! Also ruhig weiter gebaut. Und wenn das höhere Tempo aufhört, event[uel]l statt 2 Linienschiffe und 1 großen, 1 Linienscl[iff] und 2 große Kr[euzer] bauen. Damit diese deficiency bei uns eingeholt wird!

W.

Nr. 10435

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 248 London, den 15. März 1911

In den Erklärungen Sir E. Greys in der Parlamentssitzung vom 13. d. Mts. dürfte der folgende Passus, der in der Übersetzung den nachstehenden Wortlaut hat, von besonderem Interesse sein:

„Verständigung mit anderen Nationen? Ich gebe zu, daß Verständigungen einen gewissen Wert haben mögen. Auch von einer Verständigung mit Deutschland ist gesprochen worden. Hier ist eine sehr vorsichtige Behandlung notwendig. Ich selbst habe immer den Ausdruck ‚Beschränkung der Rüstungen' vermieden, weil dieser Ausdruck im Auslande oft so ausgelegt wird, als wenn wir beabsichtigten oder danach strebten, einem anderen Lande irgend eine Beschränkung aufzuzwingen. Kein Land könnte dies dulden, am wenigsten von allen Deutschland[1]. ‚Wechselseitige Verminderung der Ausgaben' ist der Ausdruck, den zu benutzen ich mich immer bestrebt habe; aber ich bitte, sich daran zu erinnern, daß man uns für den Fall irgend einer Verständigung über den Flottenbau mit Deutschland zu verstehen gab, daß das deutsche Flottengesetz im Lauf der vorgesehenen Zeit ausgeführt werden muß, und daß die vollständige Durchführung des Gesetzes eine Flotte von 33 Schlachtschiffen, einschließlich der Dreadnoughts und Kreuzer ebenso wie der Schiffe des Vor-Dreadnought-Typs, bedeutet. Das ist eine sehr ernste Ausgabe für Flottenzwecke für jede Macht; aber ich bin sicher, wenn ich dem

Parlamente irgend welche Hoffnung darauf machen würde, daß Deutschland infolge einer Verständigung von seinem Flottengesetz abweichen oder es ändern werde, würde die deutsche Regierung mir sofort widersprechen. Innerhalb der Grenzen dieser Feststellung glaube ich aber, daß eine Verständigung von Bedeutung sein könnte. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß der offene Informationsaustausch zwischen den beiden Regierungen durch ihre Marineattachés vor Überraschung schützen würde. (Beifall.) Dies würde jede von beiden Nationen und die Welt davon überzeugen, daß keine von beiden versuche, heimlich der anderen zuvorzukommen[2], und es würde einen friedlichen Einfluß ausüben[3]. Es wäre möglich, daß innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes eine gewisse Verzögerung der Flottenausgaben eintreten könnte[4]. Es wäre möglich, daß eine Verständigung die Sicherheit[5] geben würde, daß das gegenwärtige deutsche Flottenprogramm keine Vermehrung erfahren werde. All dies kann zwischen beiden Regierungen zum Gegenstand einer Aussprache gemacht werden. Es würde vorteilhaft sein, wenn irgend ein Verständnis zwischen ihnen erreicht werden könnte; aber ich bitte sich daran zu erinnern, daß sie immer innerhalb dieser Grenzen liegen muß. Soweit diese Verständigung in Betracht kommt, muß man dessen eingedenk sein, daß das deutsche Flottengesetz seitens Deutschlands so gefaßt worden ist, um dasjenige zu erreichen, was Deutschland für seine eigenen Zwecke für notwendig hält. Deutschland hält sich für mächtig genug, eine starke Flotte zu haben, und zwar für sich selbst[6]. Das ist eine Auffassung, deren Vertretung niemand Deutschland verargen kann. Deutschland hat niemals unsere Flottenausgaben als eine Herausforderung aufgefaßt. Eine Verständigung mag eine gewisse Bedeutung haben, aber sie ist von geringer Bedeutung im Vergleich mit der ganzen Frage*."

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] Blech!
[3] ist aber keine „Verständigung"
[4] Nein!
[5] Nein! Richtet sich lediglich nach den Engl[ischen] Maaßnahmen!
[6] für wen sonst?!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Verständigung wird niemals einen Weiterausbau unserer Flotte hindern, oder Verzögern, oder „Sicherheit geben, daß unser Flottenprogramm keine Vermehrung erfahre"! Letzteres richtet sich lediglich nach den Maaßnahmen Englands. Einzelverständigung hierüber ist eben unmöglich! Eine Verständigung kann nur politisch sein und weit gefaßt über die ganze Erde sich erstrecken!

---

* v. Tirpitz, a. a. O., S. 189f., will in den Auslassungen Sir E. Greys und M'Kennas, die schon der Marineattaché Widenmann als „Kapitulation vor den Kosten eines höheren Standard" bezeichnet hatte (siehe das vorhergehende Schriftstück), geradezu

Nr. 10436

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. M 1018 Berlin, den 17. März 1911
Ganz geheim

Euerer Exzellenz unterbreite ich nachstehend gehorsamst meine Stellungnahme zu den Vorschlägen der englischen Regierung* vom militärischen Standpunkt aus.

Wenn bei dem jährlichen Austausch der Mitteilungen über Zahl und Typ der Schiffsneubauten des nächsten Etatsjahres die von den Engländern zugesicherte volle Reziprozität gewahrt wird, halte ich den Vorschlag, soweit die Interessen meines Ressorts in Frage kommen, bei der gegebenen Gesamtsituation für annehmbar.

Einen militärischen Nachteil erblicke ich darin, daß die Engländer behaupten werden: nunmehr hätten sie die militärische und technische Kontrolle über unsere Schiffsbauten vertraglich sichergestellt und wären infolgedessen in der Lage, Deutschland nach Zahl und Typ der Schiffe laufend zu überbieten. Der traditionellen englischen Marinepolitik, die maritim nächststärkste Nation nicht nur in der Zahl, sondern vor allem

---

„eine Kapitulation vor der Formel 2:3 unter Aufrechterhaltung des Flottengesetzes" und ein Anerbieten sehen, wie es später gleich günstig nie mehr gemacht worden sei. „Die Bahn zu einem festen Marineabkommen, das alle öffentlichen Zänkereien und jede neue Flottenpanik in England unmöglich machte, war damit frei. Der deutsche Kanzler brauchte nur zuzugreifen . . . Aber statt mit beiden Händen zuzugreifen, zögerte der Kanzler." Zur teilweisen Erklärung der Versäumnis gibt Tirpitz ein nicht zu den Akten des Auswärtigen Amtes gelangtes Schreiben des Marineattachés vom 28. März 1911 (a. a. O., S. 190ff.) wieder, das die schwersten Anklagen gegen den Geschäftsträger von Kühlmann enthält.
Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach den Akten des Auswärtigen Amtes das Reichsmarineamt, obgleich der Widenmannsche Bericht vom 14. März 1911 dem Staatssekretär mit den Randbemerkungen des Kaisers vorgelegt war, damals nicht darauf aufmerksam gemacht hat, daß ein günstiges Anerbieten Englands vorliege und in keiner Weise auf die Annahme dieses Anerbietens hingewirkt hat. Aus dem Schweigen der Tirpitzschen Darstellung hierüber ergibt sich, daß der Admiral im Jahre 1911 die Sache wesentlich anders aufgefaßt haben muß. Völlig unvereinbar mit der jetzt in Tirpitz' Darstellung vertretenen Auffassung sind die Bemerkungen des Kaisers zu dem obigen Bericht Graf Metternichs über die Rede Sir E. Greys, insbesondere die Schlußbemerkung. Aus ihnen geht hervor, daß der Kaiser, der in diesen Fragen ganz unter dem Einfluß Tirpitz' stand, gar nicht an die Annahme irgendeines englischen Angebots dachte. Anfang Mai 1911 bekannte sich Admiral von Tirpitz gegenüber dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg ganz eindeutig zu dem Standpunkte des Kaisers: „Heute sei ein naval agreement für Deutschland inakzeptabel". Vgl. Nr. 10442, Fußnote *.

* Vgl. Nr. 10429.

auch in der Qualität, das heißt also im Typ der Schiffe, dauernd zu überbieten, wird dadurch Rechnung getragen.

Andererseits sehe ich aber einen Vorteil für uns in dem englischen Anerkenntnis der großen militärischen Bedeutung unserer Flotte. Vor 20 Jahren wäre der Gedanke des alljährlichen Austausches von Mitteilungen über die geplanten Schiffsneubauten auf der Basis voller Gegenseitigkeit den Engländern zweifellos absurd und als eine starke Einbuße am eigenen maritimen Prestige erschienen. Ich glaube auch nicht, daß das englische Selbstgefühl es heute beispielsweise zulassen würde, mit den Japanern einen derartigen Vertrag zu schließen. Ebensowenig hat meines Wissens England jemals in früheren Jahren Frankreich ein solches Entgegenkommen (Reziprozität) auf maritimem Gebiet gezeigt.

Vorstehend erläuterter Vor- und Nachteil fällt in das Gebiet der Imponderabilien. Die deutsche Presse wird die uns günstige Auffassung des Agreements vertreten und ausnützen müssen.

Dagegen würde das Agreement vom Standunkt meines Ressorts einen erheblichen militärischen Nachteil von realer Bedeutung haben, wenn die Engländer die erhaltenen technischen Nachrichten stets ein Jahr früher verwenden können als wir, mit anderen Worten, wenn wir ihnen einen dauernden Vorsprung auf technischem Gebiet um ein Jahr vertraglich zusichern. Ich muß es daher vom militärischen Standpunkt aus für unbedingt erforderlich halten,

1. daß die Mitteilungen gleichzeitig ausgetauscht werden,

2. daß die Mitteilungen bindende Kraft für das nächste Etatsjahr haben.

Beispielsweise dürfen die Engländer auf Grund der im Oktober 1911 von uns erhaltenen Mitteilungen über den Typ der im Etat 1912 zu fordernden Schiffe ihre eigenen Konstruktionen für 1912 nicht nachträglich ändern, um uns auf diese Weise technisch zu überbieten. Für das darauffolgende Etatsjahr 1913 würde jede Nation freie Hand haben.

Als militärischer Vertreter der Marine und nach den Vorgängen fühle ich die Verpflichtung, diese meine militärisch-technischen Gesichtspunkte Seiner Majestät dem Kaiser vorzutragen. Andererseits hat die ganze Frage eine so eminente politische Bedeutung, daß es wohl nicht den Intentionen Euerer Exzellenz entsprechen würde, wenn ich einen derartigen Vortrag allein halte. Der Entscheidung Euerer Exzellenz darf ich anheimstellen, ob Euere Exzellenz meinem Vortrage beiwohnen wollen oder es vorziehen, meinen vorstehend wiedergegebenen militärischen Standpunkt zur Sache persönlich zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers zu bringen.

v. Tirpitz

Nr. 10437

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Berlin, den 18. März 1911
[abgegangen am 19. März]

Ew. pp. schlage ich in Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 17. d. Mts. Nr. M 1018* ergebenst vor, daß wir am 22. d. Mts. in Kiel Seiner Majestät dem Kaiser und Könige gemeinsam über die Vorschläge der englischen Regierung Vortrag halten.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10438

*Aide-mémoire***

Vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg dem englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen am 24. März 1911 übergeben

Undatiertes und unsigniertes Konzept

Die Kaiserliche Regierung tritt der Auffassung der Königlich Großbritannischen Regierung bei, wonach der in Aussicht genommene Nachrichtenaustausch über die beiderseitigen Flottenrüstungen sich zu erstrecken hätte auf:

1. die Dimensionen der geplanten Schiffsbauten,
2. den Schutz, die Bestückung, die Schnelligkeit und die Maschinenstärke der Schiffe,
3. die Daten für deren Kiellegung und Vollendung.

Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß die Reziprozität des Austausches nur dann vollkommen gewahrt wird, wenn die gegenseitig zu machenden Mitteilungen gleichzeitig erfolgen. Sie schlägt vor, diesen gleichzeitigen Austausch alljährlich in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und 15. November vorzunehmen.

Was die periodische Besichtigung der im Bau befindlichen Schiffe durch die beiderseitigen Marineattachés betrifft, so würden die Einzelheiten einer direkten Vereinbarung der Marineattachés mit den Marinebehörden beider Länder vorbehalten werden können.

---

* Siehe Nr. 10436.

** Veröffentlicht bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 193.

Nr. 10439

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg

Eigenhändig

Berlin, den 24. März 1911

Der englische Botschafter hat mir heute das anliegende Memorandum* übergeben**, das ich ohne Erwiderung entgegengenommen habe.

Er fügte hinzu, daß Sir Edward Grey Rußland und Frankreich vertraulich von den mit uns eingeleiteten Verhandlungen verständigt habe. Darüber, wie weit diese Verständigung gegangen sei, wollte Sir Edward Goschen mit der Sprache nicht recht heraus. „Er glaube wohl, daß die Bagdadbahn und die persischen Eisenbahnen als Verhandlungsgegenstand genannt worden seien***."

v. Bethmann Hollweg

Anlage

Foreign Office, March 8, 1911

His Majesty's Government have considered the reply of the German Chancellor communicated to Sir Edward Goschen†.

They note with much satisfaction that the Imperial Government have no objection to a mutual exchange of information through naval attachés. They are ready to proceed with this proposal without making it dependent on any other conditions, such as the Imperial Government deprecate, and have therefore already sent instructions to Sir E. Goschen on the subject††. His Majesty's Government are convinced that the mere

---

* Siehe die Anlage.

** Nach einem Vermerk des Vortragenden Rats Wilhelm von Stumm hätte der englische Botschafter das Memorandum am 25. März übergeben; aus den Archivrepertorien läßt sich nicht feststellen, an welchem Tage Sir Edward Goschen vom Reichskanzler empfangen wurde.

*** Tatsächlich hatte Sir E. Grey dem russischen Botschafter Graf Benckendorff nicht bloß die Bagdadbahn und die persischen Eisenbahnen als Verhandlungsgegenstand genannt, sondern auch das Rüstungsabkommen und das generelle Agreement. Gerade über den letzteren Gegenstand, den Deutschland immer als besonders geheim hatte behandelt wissen wollen, äußerte sich Sir E. Grey gegenüber Graf Benckendorff besonders ausführlich, und zwar in dem Sinne, daß er eventuelle Vorschläge der deutschen Regierung wohl prüfen wolle, daß er aber keine Formel annehmen werde, welche die jetzigen Beziehungen zu den Kabinetten in Petersburg und Paris beeinträchtigen würde. Als Erläuterung fügte Sir E. Grey noch hinzu, „daß er den Nutzen einer derartigen allgemeinen Formel nicht einsehe, und daß eine solche nur möglich wäre, wenn sie so abgefaßt würde, daß Rußland und Frankreich ihr beitreten könnten; dies würde zu einem gewissen allgemeinen Abkommen führen, welches jedoch den jetzigen Zustand nicht verändern könnte." Vertrauliches Schreiben Graf Benckendorffs an Sasonow vom 14. März 1911, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 733 f.

† Siehe Nr. 10416.

†† Vgl. Nr. 10429.

fact of such an exchange of information being agreed to by the two Governments will have considerable effect in convincing public opinion in both countries and elsewhere that the two Governments do not cherish any hostile designs against each other.

Apart, however, from any effect that an agreement so limited may have upon naval expenditure, His Majesty's Government wish to discuss the larger question in the spirit of the German Chancellor's latest communication, and to reciprocate his earnest desire to remove causes of misunderstanding and to promote feelings of cordial friendship between the two countries.

The view of His Majesty's Government originally was that a reduction or slackening of naval expenditure in both countries would in itself produce such an effect as to make the political atmosphere more genial. The Imperial Government, on the other hand, hold the view that assured mutual good relations are an indispensable preliminary condition for any naval agreement. To this end the Imperial Government consider a political agreement to be necessary and believe it to be possible to find a formula which will meet German wishes in this respect, without prejudice to the agreements of His Majesty's Government with other Powers.

There is certainly nothing in the engagements of His Majesty's Government with other Powers to prevent frankness, good feeling, and assured friendly relations on the part of His Majesty's Government in their dealings with the Imperial Government. It has never at any time been their purpose or their policy to establish or encourage understandings with any foreign Power or group of Powers, which were aimed directly or indirectly against Germany; no such understandings exist, and they are ready to give their sympathetic attention to any formula which the Imperial Government may suggest.

They would like to indicate in advance — but solely with the desire to attain the end in view — certain considerations that they cannot leave out of sight.

The arrangements which His Majesty's Government have entered into with other Powers have not hitherto been based upon a general political formula. They have had their origin in certain specific questions which are defined in the agreements, and on which, happily, a satisfactory understanding had been reached. An arrangement, therefore, as foreshadowed by the Imperial Chancellor, embodying a general political formula, might be considered as something more comprehensive, far-reaching, and intimate than any arrangement that His Majesty's Government have with any other Power, short of actual alliance. In particular, such a construction of any new agreement made by His Majesty's Government might tend to impair their relations with France and Russia. The almost continuous friction and constantly recurring discord, which had lasted for years between these two Powers and the United Kingdom, have during the last seven years been transformed into relations of friend-

ship and confidence which His Majesty's Government are naturally anxious to preserve. They have, in the last few years, seen with satisfaction the settlement of certain differences, and a consequent improvement of relations, between each of these Powers and the German Government. To-day his Majesty's Government believe that the special interests, which have led to the present grouping of Powers, do not involve anything in the nature of opposition and still less of hostile purpose among them. But they feel that in any general formula care must be taken to avoid on the one hand undue vagueness and on the other the risk of possible misunderstanding. With this object His Majesty's Government think that an endeavour to come to an agreement upon certain specific questions should form part of the negotiations.

The Bagdad Railway has from time to time been mentioned on one side or the other[1] as one of these questions. The interest which His Majesty's Government feel with regard to it was fully explained on the occasion of the German Emperor's visit to Windsor in 1907[2]*. The difficulties which His Majesty's Government must experience in agreeing to the Turkish request for an increase of customs dues without some arrangement to safeguard commercial and strategical interests in connection with the railway have also been explained.

His Majesty's Government recognise that the Government of Turkey must be consulted, and that its sanction will be required for any arrangement respecting the Bagdad Railway, and they do not desire in any way to ignore[3] the rights of Turkey or of the German concessionnaires[4].

A further subject for agreement, which has been suggested by the German Chancellor himself, is that of railways in Persia[4], which is closely connected with that of the Bagdad Railway. His Majesty's Government have never seen, in what has been said respecting either of them by the German Government or on its behalf, anything which in principle rendered an agreement impossible.

The German Chancellor will perceive that, in sending this reply, His Majesty's Government are accepting his view that some wider agreement is essential to any arrangement about naval expenditure.

In assenting to negotiation on this basis, His Majesty's Government assume that the discussion of naval expenditure will not be postponed, but will proceed so that an agreement on that point shall be simultaneous[5] with the conclusion of any political understanding[6].

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] ? Wir nicht**
[2] Frechheit!
[3] wie gnädig!

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8667ff.
** Diese Bemerkung Kiderlens ist in dieser Schärfe nicht richtig, vgl. Nr. 10354, 10417, 10426.

[4] ?
[5] Nein!
[6] Ja wenn sie auch da Reziprozität — gleiche Stärke anerkennen!!!

Schlußbemerkung von Kiderlens:

Nach der Mitteilung an Frankreich und Rußland wollen wir zunächst wohl Österreich und Italien benachrichtigen und dies Goschen mitteilen. England mußte vorher anfragen nach den früheren Abmachungen — bitte dies in den Vorakten noch nachzusehen. Dann wollen wir ihnen wenigstens die Nase auf ihr unkorrektes Vorgehen reiben. Diesmal haben sie es eingestanden, das letzte Mal nicht. K.

Nr. 10440

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Wilhelm von Stumm

Eigenhändig

Berlin, den 5. April 1911

In den ersten Unterredungen des Herrn Reichskanzlers mit Sir E. Goschen ist von einer freundschaftlichen Aussprache über die beiderseitigen politischen Beziehungen, von einer Freundschaftserklärung die Rede gewesen.

In der Unterredung vom 5. November 1910* hat der Herr Reichskanzler unsere Forderungen bezüglich eines als Gegenleistung gegen ein Rüstungsabkommen gedachten politischen Abkommens folgendermaßen formuliert:

„Es muß beiden Seiten Sicherheit dafür geboten werden, daß sie nicht in kriegerische Verwicklungen mit einander geraten. Daß das nicht durch direkten Angriff der einen Macht auf die andere geschieht, wird dabei vorausgesetzt. Es kann sich nur um die Haltung Englands in dem Falle handeln, wo Deutschland wider Erwarten mit einer dritten Macht in Konflikt gerät . . . Wenn Deutschland durch Provokationen einer dritten Macht zum Kriege gezwungen werden sollte, so müßte es die Sicherheit haben, England nicht auf der Seite seiner Gegner zu finden. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß Deutschland in diesem Punkte zur Reziprozität bereit ist. . . . Will England an Frankreich oder Rußland ähnliche Neutralitätsversprechungen machen, so würden wir damit vollkommen übereinstimmen."

Englischerseits ist auf diesen Gedanken direkt nie eingegangen, sondern nur immer wieder betont worden, daß England Deutschland nicht mehr bieten könne als Frankreich und Rußland. — In dem letzten

* Es muß heißen 4. November 1909; siehe die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs Kap. CCXXIII, Nr. 10355.

Memorandum der englischen Regierung* wird gesagt: Ein Abkommen, wie es der Herr Reichskanzler skizziert habe, könne weitergehend erscheinen als die Vereinbarungen Englands mit anderen Mächten und daher die Wirkung haben, die Beziehungen der englischen Regierung zu Frankreich und Rußland zu beeinträchtigen.

Stumm

Nr. 10441

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 5. April 1911

Ich habe anliegend** meine Gedanken über England flüchtig skizziert. Bitte lassen Sie uns morgen darüber sprechen.

v. Bethmann Hollweg

Anlage***

In der Anlage übersende ich zu streng vertraulicher Kenntnisnahme Abschrift des Memorandums der englischen Regierung vom 8. März*, das mir Sir Edward Goschen am 24. März übergeben hat†.

Ich ersuche Sie, Sir Edward Grey zu wiederholen, was ich Sir Edward Goschen bereits mündlich gesagt habe, daß die schriftliche Beantwortung dieses Memorandums demnächst erfolgen werde. Dabei wollen Sie in vorsichtiger Form (und ohne einen Auftrag durchblicken zu lassen) folgenden Gedankengang entwickeln.

Die englische Regierung verfolgt, wie aus unsern bisherigen Besprechungen und den Äußerungen Sir Edwards Grey im Parlament hervorgeht, zwei Ziele:

1. Einschränkung der eigenen Rüstungsausgaben,

2. Herstellung eines freundlichen und vertrauensvollen Verhältnisses mit uns, ohne die Ententen und Freundschaften zu berühren, die England mit anderen Mächten verbinden.

---

* Siehe Nr. 10439, Anlage.

** Siehe die Anlage.

*** Die eigenhändige Skizze Reichskanzler von Bethmann Hollwegs kleidet sich in die Form eines Briefes an den Geschäftsträger in London von Kühlmann. Die Absendung eines solchen Briefes erfolgte jedoch nicht, vielmehr wurde dem Geschäftsträger von Kühlmann lediglich am 10. April mittels Erlaß Nr. 308 zur „ganz persönlichen, streng vertraulichen Information" das englische Memorandum vom 8. März mitgeteilt und der Bethmannsche Entwurf in Erlaß Nr. 410 vom 9. Mai an Botschafter Graf Metternich (siehe Nr. 10443) verwertet.

† Vgl. Nr. 10439 nebst Fußnote **.

In seinen Rüstungsausgaben läßt sich England durch unsere Aufwendungen für Marinezwecke beeinflussen, obwohl wir wiederholt erklärt haben, daß wir keinerlei aggressive Zwecke verfolgen. Umgekehrt führen wir unser Flottenprogramm durch ohne jede Rücksicht darauf, daß England seit seiner Aufstellung seine eignen Rüstungen in ungeheurem Umfange vermehrt hat, und ohne Rücksicht darauf, daß England in seinem Konzern mit Frankreich und Rußland zwar vielleicht keine direkt aggressive Politik gegen uns führt, wohl aber zweifellos im Verein mit diesen beiden Mächten zum mindesten die wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands an allen Orten der Welt auch dann zu konterkarieren gesucht hat, wenn englische Interessen nicht in Mitleidenschaft waren. Die Aufnahme, welche die Potsdamer Abmachungen* in England und Frankreich gefunden haben, hat darüber volle Klarheit gebracht.

England hofft von dem von ihm vorgeschlagenen und von uns angenommenen Nachrichtenaustausch über die Schiffsbauten eine derartige Beruhigung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern, daß mit der Zeit vielleicht auch eine Beschränkung der Rüstungsausgaben die Folge sein werde. Hierbei hat es nur die Verhältnisse des eigenen Landes im Auge. In Deutschland ist weder die öffentliche Meinung beunruhigt, noch beabsichtigen wir eine Änderung unserer Marineausgaben. Nur eine ganz neue, uns unmittelbar bedrohende politische Konstellation würde uns Flottennovellen abzwingen können, während wir auf der andern Seite an der Durchführung des gesetzlich festgelegten Programms unter allen Umständen festhalten werden. Die übertriebenen Ausgaben für die Flotte werden England durch seine öffentliche Meinung diktiert, welche uns aggressive Pläne gegen England zuschreibt. Eines Besseren kann diese öffentliche Meinung, nachdem sie gegen unsere amtlichen Versicherungen taub geblieben ist, nur durch eine politische Verständigung beider Länder belehrt werden. Eine solche Verständigung würde im Ergebnis den von Sir Edward Grey im Unterhause entwickelten Gedankengängen** folgen, die der Ausschließung von Kriegsmöglichkeiten gewidmet waren. Sie würde aber auch mit meiner letzten Rede im Reichstage*** im Einklang stehen, die zwar unbeschränkte, allgemeine und unter der Aufsicht eines internationalen Areopags stehende Schiedsverträge als undurchführbar verworfen, dafür aber mit der Annahme des englischen Vorschlages über den Nachrichtenaustausch gezeigt hat, daß Deutschland jederzeit bereit ist, nicht nur durch die allgemeine Tendenz seine Politik, sondern auch durch Sonderabmachungen sich demselben Ziele zu nähern, das Sir Edward Grey als das seinige bezeichnet hat.

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

** Vgl. Nr. 10435.

*** Am 30. März hatte sich Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstage zu der Frage einer allgemeinen internationalen Rüstungsbeschränkung ausgesprochen, die er wegen der absolut undurchführbaren Kontrolle ablehnte, und weiterhin zu der Frage allgemeiner obligatorischer Schiedsgerichtsverträge, die er ebenfalls für unmöglich ansah, und an deren Stelle er Einzelschiedsverträge empfahl.

Vom Standpunkte unserer eigenen Dispositionen aus kann ich die Möglichkeit eines englisch-deutschen Krieges nur für den Fall in den Bereich der Möglichkeit ziehen, daß wir in kriegerische Verwickelungen mit Rußland oder Frankreich geraten sollten und England aktiv die Partei unserer Gegner ergreift. Frankreich und Rußland aber sind vor einem Angriffskriege unsererseits gesichert. Unbeschadet unserer Verpflichtungen aus dem Dreibundsvertrage sind kriegerische Differenzen mit Rußland überdies durch die Potsdamer Besprechungen in weite Entfernung gerückt. Frankreich wird uns, selbst wenn es auf Rußland rechnen kann, nur unter der Voraussetzung englischer Hülfe angreifen. Wenn sich hiernach England und Deutschland gegenseitig Neutralität zusichern wollten, so würde im Endergebnis der gegenseitige und darüber hinaus der europäische Friedensstand in zuverlässigerer Weise gesichert werden, als es durch Schiedsgerichtsverträge geschehen kann. Gleichzeitig aber würde damit England für die Bemessung seiner Rüstungsausgaben eine Freiheit und Sicherheit erhalten, die über die Wirkungen des Nachrichtenaustausches und jedes praktisch denkbaren naval agreement weit hinausgreift. Da England uns wiederholt versichert, daß seine Freundschaften und Ententen weder direkt noch indirekt eine Spitze gegen Deutschland enthalten, würde ein derartiges den allgemeinen Friedensbestrebungen Englands angepaßtes Neutralitätsabkommen in keiner Weise in jene Ententen störend eingreifen.

Nr. 10442

*Aide-mémoire**

Dem englischen Botschafter in Berlin Sir Edward Goschen vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 9. Mai 1911 übergeben*

Reinkonzept

Berlin, den 9. Mai 1911

Im Laufe der Verhandlungen mit der Königlich Großbritannischen Regierung über den Abschluß eines naval agreement hat die Kaiserliche Regierung wiederholt auf die Möglichkeit hingewiesen, innerhalb des

* Der erste Entwurf zu dem Aide-mémoire rührte von dem Vortragenden Rat von Stumm her. An ihm wurden von dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Staatssekretär von Kiderlen zahlreiche Korrekturen, Streichungen und Zusätze vorgenommen. Das solchergestalt hergestellte Konzept wurde Admiral von Tirpitz vorgelegt. Dieser machte dazu nach einer eigenhändigen Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 4. Mai folgende Bemerkungen: „Die Situation habe sich seit zwei Jahren völlig verschoben. Damals hätten wir etwas drangeben können, heute aber nichts mehr. Heute sei ein naval agreement für Deutschland inakzeptabel. Er müsse es daher für bedenklich ansehen, daß in dem Aide-mémoire die Bereitwilligkeit ausgesprochen werde, englische Vorschläge für ein naval agreement überhaupt zu diskutieren. Aus der Art, wie diese Bereitwilligkeit ausgesprochen werde, müsse England den Schluß ziehen, daß wir bereit seien, uns für die Jahre 1912—17 auf das Zweiertempo und für die Folgezeit auf das Dreiertempo festzulegen. Das aber sei nicht angängig. Unser Flottengesetz vertrage es grundsätzlich nicht, sich auf ein be-

Rahmens des deutschen Flottengesetzes eine Verlangsamung im Tempo der Schiffsbauten eintreten zu lassen. Tatsächlich wäre die Kaiserliche Regierung in der Lage gewesen, in den beiden Etatsjahren, die der nunmehr beinahe zwei Jahre zurückliegenden Einleitung der Verhandlungen gefolgt sind, eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der in Angriff zu nehmenden Schiffsbauten vorzunehmen, ohne die Durchführung des durch das Flottengesetz vorgesehenen allgemeinen Programms für den Ausbau der deutschen Flotte in Frage zu stellen. Die Unterbrechungen, die die Verhandlungen auf Wunsch der Königlich Großbritannischen Regierung erlitten haben, haben die Verwirklichung dieses Gedankens für das abgelaufene Etatsjahr unmöglich gemacht. Ebensowenig konnte angesichts des wenig fortgeschrittenen Stadiums der Verhandlungen infolge dieser Verzögerung eine Herabsetzung der Schiffsbauten im laufenden Etatsjahr bei Feststellung des Voranschlages für den Staatshaushalt des Reichs in Betracht gezogen werden.

Für die kommenden Etatsjahre sieht nun das Flottengesetz ein Minimum an Neubauten vor, unter das herunterzugehen aus verschiedenen Gründen unmöglich erscheint. Zunächst würde die Notwendigkeit, die zurückgestellten Ersatzbauten in Gemäßheit der Bestimmungen des Flottengesetzes in späteren Etatsjahren nachzuholen, nunmehr eine Ungleichmäßigkeit in der Inanspruchnahme der Reichsfinanzen zur Folge haben, die mit den Grundsätzen einer geordneten Finanzwirtschaft nicht in Einklang zu bringen wäre. Des weiteren aber verbietet sich dies aus der gebotenen Rücksichtnahme auf die deutsche Schiffsbauindustrie, die dadurch außerstande gesetzt werden würde, ihre auf ein gewisses Quantum an Staatsbestellungen zugeschnittenen Einrichtungen rationell und nutzbringend zu verwerten.

Wenn somit die Kaiserliche Regierung zu ihrem Bedauern darauf verzichten muß, ihrer ursprünglichen Ansicht entsprechend, ihrerseits mit Vorschlägen für eine Verlangsamung im Tempo der Durchführung des Flottengesetzes hervorzutreten, so ist sie andererseits doch gern bereit, den Meinungsaustausch über die Frage fortzusetzen, auf welche Weise es sich ermöglichen ließe, auch noch über den in Aussicht genommenen Nachrichtenaustausch hinaus den Wünschen der Königlich Großbritannischen Regierung bezüglich des Abschlusses eines naval agreement

stimmtes Tempo festzulegen. An sich liege dem Gesetz das Dreiertempo zugrunde. Nur besondere Umstände hätten dahin geführt, von 1908—11 je 4 Schiffe zu bauen und dafür von 1912—17 auf 2 herabzugehen. Um zu zeigen, daß das Prinzip des Gesetzes das Dreiertempo sei, könne es erwünscht, ja notwendig werden, in den Jahren 12—17 das Zweiertempo durch das Dreiertempo zu durchbrechen. Legten wir uns im Gegensatz hierzu für die Jahre 12—17 auf das Zweiertempo fest, so würde es überdies unmöglich sein, im Jahre 1918 wieder auf das Dreiertempo hinaufzugehen. Damit aber wäre das ganze Flottengesetz über den Haufen geworfen." Wie aus einer weiteren Notiz Bethmann Hollwegs hervorgeht, wünschte Admiral von Tirpitz wesentliche Kürzungen des Aide-mémoires; doch glaubte das Auswärtige Amt, diesen Wünschen nicht entsprechen zu können.

entgegenzukommen. Die Kaiserliche Regierung wird vor allem bereitwillig in eine Prüfung von Vorschlägen der Königlich Großbritannischen Regierung eintreten, durch die der von Sir E. Grey wiederholt geäußerte Gedanke verwirklicht und eine gegenseitige Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke herbeigeführt werden könnte. Sie sieht solchen Vorschlägen der Königlich Großbritannischen Regierung im Rahmen des deutschen Flottengesetzes mit Interesse entgegen.

Was die Frage einer politischen Verständigung betrifft, so hält die Kaiserliche Regierung nach wie vor daran fest, daß ein entsprechendes Abkommen ein notwendiges Korrelat eines naval agreement bildet. Sie glaubt sogar, daß ein solches Abkommen unter Umständen ein reines Flottenabkommen überflüssig machen würde, will aber gern auch in dieser Beziehung dem Gedankengang der englischen Regierung Rechnung tragen. Die Kaiserliche Regierung steht daher nicht an, schon heute festzustellen, daß sie in den in dem letzten Memorandum der Königlich Großbritannischen Regierung enthaltenen Erklärungen eine geeignete Grundlage für ein solches Abkommen glaubt erkennen zu können.

Sie hält aber an dem Gedanken fest, daß eine allgemeine Verständigung, die jeden Angriff des einen Teils auf den anderen ausschließt und eine freundschaftliche Besprechung aller etwa zwischen beiden Mächten auftauchenden Fragen gewährleistet, am besten jedes Mißtrauen bezüglich der beiderseitigen Rüstungen beseitigen würde. Ein solches Abkommen dürfte gegen anderweitige Abmachungen der beiden Mächte nicht verstoßen und die Erfüllung des Wunsches der Königlich Großbritannischen Regierung ermöglichen, die Mächte, mit denen sie Spezialabkommen getroffen hat, ihrerseits zum Beitritt einzuladen.

Nr. 10443

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 410

Berlin, den 9. Mai 1911
[abgegangen am 10. Mai]

Als wir, den Befehlen Seiner Majestät des Kaisers entsprechend, im August 1909 der englischen Regierung unsere Bereitwilligkeit zu erkennen gaben, in einen Meinungsaustausch über die Frage einzutreten, wie es möglich sei, den englischen Wünschen bezüglich einer gegenseitigen Einschränkung der Ausgaben für Flottenrüstungen entgegenzukommen, waren wir in der Lage, eine Verlangsamung in der Durchführung unseres Schiffsbauprogramms in Aussicht zu stellen. Das deutsche Flottengesetz sah für die Etatsjahre 1910 und 1911 die Inangriffnahme von je vier Neubauten von Schiffen der Dreadnoughtklasse vor. Seine Majestät der Kaiser hatten sich damit einverstanden erklärt, der englischen Regierung

gegen gewisse Gegenleistungen das Anerbieten zu machen, die Zahl der Neubauten in den bezeichneten beiden Jahren auf je zwei Schiffe herabzusetzen. Wie Ew. Exzellenz bekannt, sprach im November 1909 die englische Regierung den Wunsch aus, die Verhandlungen bis nach den englischen Parlamentswahlen, das heißt bis Ende Januar 1910, ruhen zu lassen. Tatsächlich erfolgte aber englischerseits die Wiederaufnahme erst im August desselben Jahres, und zwar zweifellos auch nur infolge des Widerspruchs, den wir gegen die teils irreführenden, teils direkt unzutreffenden Angaben des englischen Premierministers im Unterhause über unsere Stellungnahme zu der Frage eines Flottenabkommens erhoben hatten. Auch im weiteren Verlaufe der Verhandlungen traten wiederholt Verzögerungen auf, die lediglich auf das Konto der englischen Regierung zu setzen sind. Am 14. September benachrichtigte ich den auf Urlaub befindlichen englischen Botschafter, daß unsere Antwort auf das letzte englische Memorandum fertiggestellt sei. Erst am 13. Oktober meldete sich Sir E. Goschen zur Entgegennahme derselben, ohne dabei ein besonderes Empressement an den Tag zu legen. Ein weiterer Meinungsaustausch erfolgte zu Anfang Dezember. Auf die Darlegung unseres Standpunktes bei dieser Gelegenheit erfolgte eine Entgegnung englischerseits erst am 24. März d. Js., obgleich der englische Wahlkampf, mit dem diese erneute Verzögerung motiviert wurde, bereits zu Ende Dezember beendet war.

Diese Behandlung der Sache durch die englische Regierung hat es unmöglich gemacht, den Gedanken zu verwirklichen, eine Verlangsamung im Tempo unserer Schiffsbauten tatsächlich eintreten zu lassen, nachdem für die kommenden Etatsjahre die Zahl der alljährlich in Angriff zu nehmenden Neubauten von Schiffen der Dreadnoughtklasse auf je zwei heruntersinkt. Unter diese Zahl herunterzugehen, verbieten finanzpolitische Erwägungen sowie die gebotene Rücksichtnahme auf die deutsche Schiffsbauindustrie. Für uns entfällt hiermit aber auch die Möglichkeit, an die englische Regierung mit Vorschlägen wegen eines Rüstungsabkommens heranzutreten. Jedenfalls sehen wir keinen Modus für die englischerseits gewünschte gegenseitige Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke, ohne an den Bestimmungen des deutschen Flottengesetzes zu rütteln, an dem nichts geändert werden darf und wird, eine Tatsache, mit der sich die englische Regierung ja auch bereits abgefunden hat.

Wenn es nun auch schwer fällt, daran zu glauben, daß es der englischen Regierung möglich sein sollte, Vorschläge zu Abmachungen zu formulieren, die unbeschadet unseres Flottengesetzes die von Sir E. Grey wiederholt geäußerten und vertretenen Wünsche der Verwirklichung näher bringen könnten, so steht doch nichts im Wege, sie nunmehr aufzufordern, ihrerseits anzugeben, wie sie sich eine praktische Lösung des Problems denkt.

Sollte, wider Erwarten, die englische Regierung in der Lage sein, mit einem für uns akzeptabeln Vorschlag hervorzutreten, so werden wir

dann ein entsprechendes Äquivalent auf politischem Gebiet zu fordern haben. Das letzte Ew. Exzellenz bekannte Memorandum der englischen Regierung läßt die Tendenz erkennen, uns zu Verhandlungen über die Bagdadbahn und die persische Frage zu veranlassen. Die Regelung beider Fragen hat lediglich vom englischen Standpunkt Interesse. Wir sind in beiden Fällen die beati possidentes, in der Bagdadbahnfrage infolge unserer rechtmäßig erworbenen Konzession der türkischen Regierung, in der persischen Frage infolge unseres Meistbegünstigungsvertrages. Der englischen Regierung muß es überlassen bleiben, mit den Wünschen, die sie in beiden Fragen hegt, an uns heranzutreten. Wir werden gern bereit sein, diesen Wünschen entgegenzukommen, wenn wir unsererseits dafür Entgegenkommen bei der englischen Regierung in Fragen finden werden, bei denen ein deutsches Interesse vorliegt. Eine geeignete Bürgschaft hierfür vermögen wir aber in der von der englischen Regierung in Aussicht gestellten Präzisierung der bereits bekannten Tatsache noch nicht zu erblicken, daß die Ententen Englands mit Rußland und Frankreich keine vertraglichen Abmachungen zur Grundlage haben, die ihre Spitze gegen Deutschland richten. Demgegenüber steht es fest, daß England im Verein mit diesen beiden Mächten zum mindesten die wirtschaftlichen Unternehmungen Deutschlands an allen Orten der Welt zu konterkarieren sucht, selbst wenn englische Interessen nicht in Mitleidenschaft sind. Die Hindernisse, die die englische Regierung unserem Bagdadunternehmen auch in den Teilen zu bereiten bemüht gewesen ist und noch ist, die die englische Interessensphäre nicht berühren, legen hierfür beredtes Zeugnis ab. Insbesondere aber hat hierüber auch die Aufnahme volle Klarheit gebracht, die die Potsdamer Abmachungen in England und Frankreich gefunden haben. Um sich schließlich auch der politischen Tragweite der englischen Ententepolitik bewußt zu werden, genügt es aber, sich zu vergegenwärtigen, daß die englische Politik in der bosnischen Frage Europa an den Rand eines Krieges gebracht hat.

England hofft von dem von ihm vorgeschlagenen und von uns angenommenen Nachrichtenaustausch über die Schiffsbauten eine derartige Beruhigung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern, daß mit der Zeit vielleicht auch eine Beschränkung der Rüstungsausgaben die Folge sein werde. Hierbei hat es nur die Verhältnisse des eigenen Landes im Auge. In Deutschland ist weder die öffentliche Meinung beunruhigt, noch beabsichtigen wir eine Änderung unserer Marineausgaben. Nur eine ganz neue, uns unmittelbar bedrohende politische Konstellation würde uns Flottennovellen abzwingen können, während wir auf der anderen Seite an der Durchführung des gesetzlich festgelegten Programms unter allen Umständen festhalten werden.

Die übertriebenen Ausgaben für die Flotte werden England durch seine öffentliche Meinung diktiert, welche uns aggressive Pläne gegen England zuschreibt. Eines Besseren kann diese öffentliche Meinung, nachdem sie gegen unsere amtlichen Versicherungen taub geblieben ist, nur durch

eine politische Verständigung beider Länder belehrt werden. Eine solche Verständigung würde im Ergebnis den von Sir E. Grey im Unterhause entwickelten Gedankengängen folgen, die der Ausschließung von Kriegsmöglichkeiten gewidmet waren. Sie würde aber auch mit meiner letzten Rede im Reichstage im Einklang stehen, die zwar unbeschränkte allgemeine und unter der Aufsicht eines internationalen Areopags stehende Schiedsverträge als undurchführbar verworfen, dafür aber mit der Annahme des englischen Vorschlages über den Nachrichtenaustausch gezeigt hat, daß Deutschland jederzeit bereit ist, nicht nur durch die allgemeine Tendenz seiner Politik, sondern auch durch Sonderabmachungen sich demselben Ziele zu nähern, das Sir E. Grey als das seinige bezeichnet hat.

Vom Standpunkte unserer eigenen Dispositionen aus kann ich die Möglichkeit eines englisch-deutschen Krieges nur für den Fall in den Bereich der Möglichkeit ziehen, daß wir in kriegerische Verwickelungen mit Rußland oder Frankreich geraten sollten und England aktiv die Partei unserer Gegner ergreift. Frankreich und Rußland aber sind vor einem Angriffskriege unsererseits gesichert. Unbeschadet unserer Verpflichtungen aus dem Dreibundsvertrage sind kriegerische Differenzen mit Rußland überdies durch die Potsdamer Besprechungen in weite Entfernung gerückt. Frankreich wird uns, selbst wenn es auf Rußland rechnen kann, nur unter der Voraussetzung englischer Hilfe angreifen. Wenn sich hiernach England und Deutschland gegenseitig Neutralität zusichern wollten, so würde im Endergebnis der gegenseitige und darüber hinaus der europäische Friedensstand in zuverlässigerer Weise gesichert werden, als es durch Schiedsgerichtsverträge geschehen kann. Gleichzeitig aber würde damit England für die Bemessung seiner Rüstungsausgaben eine Freiheit und Sicherheit erhalten, die über die Wirkungen des Nachrichtenaustausches und jedes praktisch denkbaren naval agreement weit hinausgreift*.

Ist die englische Regierung wirklich bereit, ihre Beziehungen zu uns auf dieselbe Grundlage zu stellen wie diejenigen, die sie zurzeit mit Rußland und Frankreich unterhält, ist sie gewillt, auftauchende Fragen in demselben versöhnlichen Geiste vertrauensvollen Entgegenkommens mit uns zu erörtern, wie mit diesen beiden Mächten, so wird sie nicht Bedenken tragen können, zu Abmachungen die Hand zu bieten, die den englischen Besorgnissen wegen der von der deutschen Flotte drohenden Gefahren jede Grundlage zu nehmen geeignet sind. Nichts steht im Wege, daß die englische Regierung ihre Beziehungen zu den beiden Ententemächten in analoger Weise ausbaut. Wir streben keine Vorzugsstellung an. Wir wünschen nur die politische Differenzierung beseitigt zu sehen, der wir zurzeit im Verhältnis zu denselben bei England unterliegen.

Das in Abschrift beigefügte Aide-mémoire, das ich Sir E. Goschen heute übergeben habe**, bildet den Niederschlag der vorstehenden Er-

---

* Für die drei vorhergehenden Absätze vgl. Nr. 10441, Anlage nebst Fußnote ***.
** Siehe Nr. 10442.

wägungen, die ich Sir E. Grey gegenüber ebenfalls zu verwerten bitte. Einem gefälligen Bericht über das Ergebnis der Unterredungen Ew. pp. mit dem Minister werde ich mit Interesse entgegensehen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10444

Kaiser Wilhelm II., z. Z. an Bord der „Hohenzollern", an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz*

Funkspruch. Eigenhändiges Konzept

[An Bord der „Hohenzollern", den 14. Mai 1911]

Wide[n]mann soeben gehört. Er bestätigt Ew. Ex[zellenz] gestern mir ausgesprochenen Verdacht, dass Engl[ische] Regierung endlich auf auf Grund Studiums des Flottengesetzes, zur Erkenntniß gelangt daß von 1917 an, laut Gesetz, das 2er-Tempo auf 3er-Tempo — wegen der Ersatzbauten — automatisch hinauf geht. England will uns mit seinem scheinbaren Entgegenkommen, darauf Festbinden, dass 2er-Tempo fernerhin verbleiben soll, und damit Flottengesetz uns aus der Hand winden. Er warnt dringend auf keinen Fall darauf einzugehen. Das event[uel]l[e] Anerbieten von Verhältniss 2 zu 3, wie wir es noch 08 u[nd] 09 anzunehmen bereit waren, jetzt '11, werthlos, da inzwischen Zahlen durch enorme Engl[ische] Neubauten verschoben. Also Absicht des Engl[ischen] Agreement über Schiffbauten, Bindung der Deutschen auf das 2er-Tempo und Zertrümmerung des Flottengesetzes. Factum des Angebots zu einem Agreement, ein Beweis für die Wirkung des Flottengesetzes und unserer Flotte. Letztere wirkt mithin direkt als Zwang zur Verständigung mit uns; ihr ungestörter Aus- und Weiterbau nach Flottengesetz — auch Offenhalten der Möglichkeit das 3er-Tempo schon früher einzuschlagen, falls unvorhergesehne Entwickelung unserer Nachbarn es nöthig machen sollten — unbedingtes Erforderniß.

Wilhelm I. R.

---

* Kaiser Wilhelm II. befand sich in Begleitung der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise auf der Fahrt nach London, wo er am 16. Mai der Enthüllung des Denkmals für die Königin Viktoria beiwohnte. Die Rückreise erfolgte am 20. Mai. Mit den englischen Staatsmännern hat Kaiser Wilhelm während dieses England-Aufenthalts politische Gespräche nicht geführt, vielleicht auf Anraten des Reichskanzlers (vgl. A. v. Tirpitz, a a. O., S. 192), nur dem Könige gegenüber berührte er die Marokkofrage. Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXVII, Nr. 10562. Außerdem sprach er, wie er nach seiner Rückkehr dem Reichskanzler erzählte, mit Sir Ernest Cassel und dem Prinzen Louis von Battenberg über das deutsch-englische Verhältnis. In einer Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 23. Mai heißt es darüber: „Mit Sir Ernest Cassel und dem Prinzen Ludwig von Battenberg hat Seine Majestät ausführlich über unser Verhältnis zu England gesprochen. Der Diskretion beider könne er sicher sein. Sir Ernest hat Seine Majestät insonderheit gesagt: Wir könnten uns von England politisch nicht ‚differenzieren' lassen . . . England habe sich 1904 mit Frankreich

Nr. 10445

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 27 Berlin, den 15. Mai 1911

Euerer Majestät telegraphischen Befehl wegen der Behandlung etwaiger englischer Vorschläge für ein Flottenabkommen habe ich soeben erhalten. Ob England bereit ist, den Graben zu nehmen, wird erst klarer werden, wenn sich zeigt, ob es überhaupt Vorschläge machen will, und welcher Art diese sein werden. Deshalb dürfte sich unsere Lage am günstigsten gestalten, wenn wir die Besprechungen kühl und nüchtern fortsetzen, ohne von unserer Seite Empressement zu zeigen und dabei, wie das bisher in Nachachtung der huldreichen Befehle Euerer Majestät stets geschehen ist, die politische Verständigung in den Vordergrund schieben. In unserem letzten Aide-mémoire* haben wir deutlich ausgesprochen,

---

über Marokko, dann in Reval mit Rußland verständigt, ohne uns zu fragen. Jetzt mache es zur Bedingung einer politischen Verständigung mit uns die Zustimmung Rußlands und Frankreichs. Das sei eine disparitätische Behandlung, die wir uns nicht gefallen lassen könnten, und mit der wir nicht weiter kämen. — Seine Majestät erwähnte nicht, ob er mit diesen beiden Herren über das naval agreement gesprochen habe. Seine Auffassung über die allgemeine Stimmung in England faßte Seine Majestät in folgendes zusammen: Das ‚Volk' habe durch seine Haltung und die spontane Wärme seiner Kundgebungen gezeigt, daß es nicht nur ihn, den Kaiser, verehre, sondern auch eine Verständigung mit uns wünsche. Inwieweit diese Stimmung bereits in die Kreise der upper ten thousands, die von King Edward mit Erfolg im gegenteiligen Sinne bearbeitet worden seien, eingedrungen sei, bleibe zweifelhaft. In der königlichen Familie sei der Ton niemals so frei, offen und herzlich gewesen wie dieses Mal." Den vollen Wortlaut der Bethmannschen Aufzeichnung siehe in Bd. XXIX, Kap. CCXXVII, Nr. 10562. Vgl. auch das Urteil Ballins über den Kaiserbesuch vom Mai 1911 bei Huldermann, Albert Ballin, S. 233. Wertvoller, weil von neutralem Standpunkt aus geschrieben, ist das Urteil des belgischen Gesandten in London Comte de Lalaing vom 22. Mai 1911, der den ausgezeichneten Eindruck des kaiserlichen Besuchs bestätigt. Graf Lalaing zieht das Fazit mit den Worten: „La mort du Roi Edouard semble avoir amené une légère détente dans les relations anglo-allemandes. On dirait qu'à l'époque des ‚ententes' dont le défunt Souverain était si grand partisan, la nation même avait conscience de la tentative d'encerclement à l'égard de l'Allemagne que favorisait ouvertement le Cabinet de Londres et qui ne pouvait manquer de froisser celui de Berlin. On en craignait un peu les conséquences possibles; de la crainte à la haine, il n'y a qu'un pas, que la presse antigermanique n'a pas manqué de faire franchir. La panique, dont on s'est tant moqué en Allemagne, était humiliante et on en souffrait ici. Malgré les Cassandres des milieux navals et militaires, il semble que l'on se soit un peu ressaisi et, au moment très opportun où le public commençait enfin à faire la part de l'exagération, Guillaume II a paru, délaissant l'armure étincelante pour la redingote bourgeoise et promenant à travers Londres l'Impératrice et la Princesse avec les enfants royaux d'Angleterre. L'effet, pour momentané qu'il puisse être, a été bon. Le petit-fils de la Reine Victoria n'a pas à regretter la démarche qu'il a faite dans des circonstances propices." Zur Europäischen Politik 1897—1914, ed. B. Schwertfeger, III, S. 246.

* Siehe Nr. 10442.

daß die Durchführung des Flottengesetzes für uns conditio sine qua non ist. Die Konsequenzen, welche sich daraus für unser Zweier- und Dreiertempo ergeben, werden meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens den Engländern erst dann zu entwickeln sein, wenn sich aus der Art der Vorschläge, die sie ihrerseits machen sollten, ergibt, daß sie für eine politische Verständigung schon reif sind. Andernfalls würden sie, wie ich fürchte, neuerdings Mißtrauen schöpfen. Wenngleich auch ich vollkommen Euerer Majestät Standpunkt teile, daß nur der tatsächliche Ausbau unserer Flotte die Engländer zur Vernunft bringen wird, so hat doch auch das zunehmende Vertrauen in die Loyalität Euerer Majestät Politik zur Verbesserung der Verhältnisse beigetragen, und wir werden bei dem politischen Charakter der Engländer ohne solches Vertrauen nicht zum Ziele gelangen können. Außerdem bürgt auch Euerer Majestät persönliches Verhältnis zu König Georg, wie es durch die gegenwärtige Einladung zum Ausdruck gelangt ist, in erfreulicher Weise für eine weitere günstige Ausgestaltung unserer Beziehungen zu England. pp*.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10446

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in London, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 15. Mai 1911

Für Staatssekretär des Reichsmarineamts und Abschrift an Reichskanzler:

Das Wetter heute grau und dunstig. Betreffend Nachrichtenaustausch über Schiffsdaten zwischen uns und England scheint man hier nach Andeutungen des englischen Marineattachés in Berlin auf den Jahrestermin, den wir vorgeschlagen haben, nicht eingehen zu wollen. Widenmann hat in Erfahrung gebracht, daß im Gegensatz zu dem von uns vorgeschlagenen Datum zwischen Oktober und November England den Austausch erst nach der ersten Lesung im englischen Parlament wünscht, also etwa Februar, und damit auf Grund von uns bezogener Nachricht der Gegentyp gleich festgelegt werden kann. Nach Mitteilung von Watson pflegt der Typ der Schiffe erst im Mai hierorts festgelegt zu werden.

Wilhelm I. R.

---

* Der hier nicht mitgeteilte Schluß des Telegramms betrifft die elsaß-lothringische Frage.

Nr. 10447

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 427 London, den 22. Mai 1911

Geheim

Den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 410 vom 9. d. Mts.* nebst Anlage** habe ich bei Sir Edward Grey zu verwerten Gelegenheit gehabt. Ich habe darauf hingewiesen, daß infolge der Verzögerungen von englischer Seite eine Herabsetzung in der Zahl der Neubauten jetzt nicht mehr angängig sei. Etwaigen Vorschlägen zu Abmachungen im Rahmen unseres Flottengesetzes sähen wir daher jetzt von englischer Seite entgegen. Mehr aber noch als durch beschränkte navale Abkommen oder Schiedsverträge würde ein gesichertes Verhältnis zwischen England und Deutschland geschaffen werden, wenn wir darauf hinarbeiteten, die Kriegsmöglichkeit zwischen beiden Ländern durch das Versprechen auszuschließen, unter keinen Umständen an einem Kriege teilzunehmen, in den eines der beiden Länder verwickelt wäre. Nichts stehe im Wege, daß die englische Regierung ihre Beziehungen zu den beiden Ententemächten in ähnlicher Weise ausbaute.

Ich gab den Gedankengang des eingangs erwähnten hohen Erlasses weit ausführlicher wieder, als ich hier skizziert habe. Was den Minister besonders interessierte, waren meine Ausführungen über den Ausschluß einer Kriegsmöglichkeit zwischen beiden Ländern. Er nahm indessen vorläufig keine Stellung zu diesem Gedanken und bemerkte nur, er werde seinen Kollegen noch vor den parlamentarischen Pfingstferien Vortrag über unsere neuesten Eröffnungen halten, und er hoffe, uns bald nach Wiederzusammentritt des Parlaments dann Antwort erteilen zu können.

Hinsichtlich einer Ermäßigung des Marinebudgets bemerkte der Minister, es sei doch vielleicht noch möglich, über gewisse Fragen ein Einverständnis innerhalb des Rahmens des Flottengesetzes zu erzielen. Unser Gesetz sehe zum Beispiel nicht, soviel er wisse, die Größe der Torpedoflotte vor. Hierüber ließe sich vielleicht eine Abmachung treffen. Ebenso vielleicht ferner darüber, welche Größe bei dem Ersatz alter Schiffe den neu zu bauenden Schiffen zu geben sei. Auch dies sehe, soviel er wisse, das Flottengesetz nicht vor. Praktisch läge die Frage zum Beispiel so: Soll für einen Kreuzer von 5000 Tonnen, der die Altersgrenze erreicht hat, ein Ersatzkreuzer von ähnlicher Größe gebaut werden oder ein Kreuzer von etwa 15000 Tonnen? Könnte über derartige Fragen ein Einvernehmen zwischen beiden Regierungen erfolgen, so wäre es nach seiner Ansicht wohl möglich, im Rahmen des Flottengesetzes eine Ermäßigung der Ausgaben herbeizuführen.

P. Metternich

---

* Siehe Nr. 10443.

** Siehe Nr. 10442.

Nr. 10448

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 9. Juni 1911

Sir Edward Goschen überreicht das anliegende Memorandum* mit dem Hinzufügen, daß seine Regierung nach wie vor den aufrichtigen und dringenden Wunsch hegt, mit uns zu einer Verständigung über den Nachrichtenaustausch zu gelangen.

Zimmermann

Anlage

Foreign Office, June 1, 1911

His Majesty's Government have learnt with satisfaction that the Imperial Government adhere to the proposal for a periodical exchange of naval information.

The Imperial Government express the opinion that the reciprocity of exchange will only be completely guaranteed if the communications to be made on both sides are delivered at the same time, and they propose that this simultaneous exchange should be made annually in the period between the 1st October and the 15th November. It is believed that these dates are suggested as being those within which the German naval estimates for the year are printed and published: the naval estimates of the British Government, on the other hand, are usually not printed and published before the 15th March in each year; and while accepting in principle the proposal for simultaneous exchange, His Majesty's Government would suggest that the exchange would more properly be made in the period between the 15th November and the 15th March.

It would be impossible, however, for the information at this date to cover more than the bare number of ships of each type included in the programme for the ensuing year: questions of tonnage, speed, and armament being subject to modification up to the moment of laying down, the exchange of information on these matters would necessarily have to be made in each case when the keel is first laid.

His Majesty's Government further understand, from the remarks made by the Secretary of State for Foreign Affairs to His Majesty's Ambassador, that the Imperial Government consider that the information exchanged, so far as it relates to the number of ships to be laid down in each year by the two Governments, should be of a binding nature. This proviso would seem more relevant to an arrangement for mutual

* Siehe die Anlage.

limitation or reduction of naval expenditure, such as has hitherto been dealt with as part of the larger negotiations, distinct from the mere exchange of information: but His Majesty's Government agree that when information has once been communicated, there should be no variation of the programme thus made known without previous and further information being given to the other party.

With regard to the periodical visits of naval attachés to dockyards and private yards, His Majesty's Government are in principle prepared to agree to any suitable arrangement involving strict reciprocity, and they attach great importance to this, apart and distinct from any other arrangements, as a means of setting at rest in future any apprehensions that may arise in the public mind as to the respective progress of the shipbuilding programme in either country.

Nr. 10449

*Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Ganz geheim Berlin, den 11. Juni 1911

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom 17. März d. Js. — Nr. M 1018**.

Der hiesige Königlich Großbritannische Botschafter hat hier am 9. d. Mts. das abschriftlich ganz ergebenst beigefügte Memorandum vom 1. d. Mts.*** überreicht, in dem die englische Regierung ihren Standpunkt bezüglich der Vorschläge zum Ausdruck bringt, die wir in der Frage des geplanten Nachrichtenaustausches gemacht hatten. Indem ich mich beehre, eine Abschrift des Aide-mémoire hier gleichfalls beizufügen, das ich Sir E. Goschen am 24. März d. Js. übergeben habe†, darf ich Ew. pp. bitten, mich davon unterrichten zu wollen, inwieweit die englischen Vorschläge vom Standpunkt des dortseitigen Ressorts annehmbar erscheinen.

Ich möchte nicht verfehlen, Ew. pp. davon zu unterrichten, daß der Botschafter bei Übergabe des Memorandums betont hat, daß seine Regierung nach wie vor den aufrichtigen und dringenden Wunsch hege, mit uns zu einer Verständigung über den Nachrichtenaustausch zu gelangen. Auch ich muß im Hinblick auf die allgemeine politische Lage den größten Wert darauf legen, daß unsere Verhandlungen mit der eng-

---

* Teilweise abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a, a. O., S. 193 f.
** Siehe Nr. 10436.
*** Siehe Nr. 10448, Anlage.
† Siehe Nr. 10438.

lischen Regierung in der Frage zu einem positiven Ergebnis führen. Ich möchte daher tunlichstes Eingehen auf die englischen Anregungen empfehlen, soweit das nur mit der Wahrung unserer maritimen Interessen vereinbar erscheint.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10450

*Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz, z. Z. in Kiel, an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. M II 2457 Kiel, den 20. Juni 1911
Ganz geheim

Euerer Exzellenz beehre ich mich auf das Schreiben vom 11. Juni 1911 — 5298 G. G.** — nachstehendes gehorsamst zu erwidern.

England wünscht den Nachrichtenaustausch nicht unserem Vorschlage gemäß in der Zeit zwischen 1. Oktober und 15. November, sondern zwischen 15. November und 15. März stattfinden zu lassen. Während dieser Zeit will es lediglich die Zahl der im nächsten Jahre neu zu bauenden Schiffe angeben.

Die Mitteilung der Zahl im Zusammenhang mit gegenseitiger Bindung hatte eine Bedeutung, als es sich darum handelte, die gegenseitigen Informationen zu dem von uns vorgeschlagenen frühen Termin zu geben. Eine Verschiebung desselben im Sinne des englischen Wunsches bedeutet einen Vorteil für England, ein Eingehen auf den englischen Wunsch, somit ein nicht unerhebliches Entgegenkommen unsererseits; um es aber an solchem nicht fehlen zu lassen, würde ich meine Bedenken in dieser Beziehung zurückstellen. Ich würde jedoch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland dazu raten, daß wir bei Annahme eines späteren Termins für den Nachrichtenaustausch die Mitteilung der Zahl überhaupt fallen lassen, zumal in dem Aide-mémoire der englischen Regierung vom 8. Februar 1911*** von der Zahl der Schiffe nicht direkt die Rede ist und in dem Memorandum vom 1. Juni† nur in sehr verklausulierter Weise darauf eingegangen wird.

Umsomehr festhalten muß ich aber daran, daß

1. der Austausch der technischen Mitteilungen gleichzeitig erfolgt — diese Gleichzeitigkeit wird zwar von der englischen Regierung in ihrem Memorandum vom 1. Juni 1911 grundsätzlich anerkannt, der in eben diesem Memorandum gemachte weitere Vorschlag, den Aus-

* Vgl. A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 194.
** Siehe Nr. 10449.
*** Siehe Nr. 10429.
† Siehe Nr. 10448, Anlage.

tausch zur Zeit der Kiellegung stattfinden zu lassen, schließt aber die Gleichzeitigkeit nicht ohne weiteres in sich —,

2. daß die technischen Mitteilungen für beide Staaten bindend sein sollen in der Art, wie dies in meinem Schreiben vom 17. März 1911* des näheren ausgeführt ist. Findet eine Bindung nicht statt, so laufen wir die große Gefahr, von den Engländern jedesmal auch qualitativ überboten zu werden. Meines Erachtens kann die englische Regierung diesen Vorschlag von uns nicht ablehnen, ohne den begründeten Verdacht wachzurufen, daß sie bei ihrem Vorgehen in der Tat von der Absicht geleitet wird, uns auf jeden Fall nach Kräften zu überbieten. Meine Ansicht, daß England zustimmen wird, scheint mir auch aus dem Inhalt des Memorandums vom 1. Juni hervorzugehen, denn wenn die Kiellegung eines Schiffes erfolgt ist, sind Überbietungen in der Qualität nicht mehr gut möglich. Immerhin stellt der Wortlaut des Memorandums weder die Gleichzeitigkeit noch die Bindung unbedingt sicher. Dies ist aber vom militärischen Standpunkte aus unerläßlich. —

Geht die englische Regierung in zweifelsfreier Weise auf unsere Forderungen ein, so würde es meines Erachtens zweckmäßig sein, die Präzisierung des Zeitpunktes des gleichzeitigen Austausches der technischen Mitteilungen sowie die weiteren Einzelheiten dieser Mitteilungen ebenso den direkten Vereinbarungen der Marineattachés mit den Marinebehörden beider Länder vorzubehalten, wie dies für die Einzelheiten der Attachébesuche vorgeschlagen ist.

v. Tirpitz

Nr. 10451

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Zimmermann

Eigenhändig

Berlin, den 23. Juni 1911

Kapitän Seebohm vom Reichsmarineamt suchte mich gestern zwecks Besprechung des anliegenden Schreibens des Reichsmarineamts** auf. Ich erklärte ihm, daß die Einwendungen des Reichsmarineamts gegen den englischen Vorschlag offenbar durch großen Argwohn vor England diktiert worden seien. Es könne doch wohl zunächst dahingestellt bleiben, ob dieser Argwohn tatsächlich begründet sei und England wirklich mit der perfiden Absicht der Übervorteilung Deutschlands an die Ausarbeitung seines Vorschlags herangetreten sei. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, erschiene mir die Gefahr für uns kaum erheblich. Sollte sich nämlich nachträglich herausstellen, daß England die Abmachungen zu unseren Ungunsten auslege, so wäre ja immer noch Zeit, unseren Standpunkt zu präzisieren und für die Zukunft eine entsprechende Abänderung des Abkommens herbeizuführen.

* Siehe Nr. 10436.

** Siehe Nr. 10450.

Uns käme es vor allem darauf an, möglichst schnell mit England zu einer Vereinbarung über die vorliegende Frage zu gelangen und deshalb die Vorschläge Englands tunlichst ohne Argwohn zu prüfen und ihnen entgegenzukommen, damit auf solche Weise das gegenseitige Vertrauen befestigt und der Weg zu weiteren Verständigungen geebnet werde. Ich empfehle daher, die Einwendungen von diesem Gesichtspunkte aus nochmals zu prüfen. Eventuell stelle ich anheim, diejenigen Zusätze und Abänderungsvorschläge, die das Reichsmarineamt unter allen Umständen aufrechterhalten wolle, in englischer Sprache und möglichst harmloser From abzufassen und uns mitzuteilen.

Kapitän Seebohm versprach, diesen Standpunkt Herrn von Tirpitz gegenüber zu vertreten. Die Antwort werde indes einige Zeit in Anspruch nehmen, da sein Chef in Kiel weile.

Zimmermann

Nr. 10452

*Aide-mémoire**

Vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen am 27. Juni 1911 dem englischen Geschäftsträger in Berlin Grafen Salis übergeben
Reinkonzept

1. Die Kaiserliche Regierung stimmt dem Vorschlage der Königlich Großbritannischen Regierung zu, wonach
   a) der Nachrichtenaustausch auf die Periode zwischen dem 15. November bis 15. März verschoben werden soll;
   b) zu diesem Termin lediglich die Zahl der Schiffe des Programms für das folgende Jahr mitgeteilt wird, und zwar mit der Maßgabe**, daß, sobald die Mitteilung erfolgt ist, in dem mitgeteilten Programm keine Änderung eintreten wird***, ohne daß dem anderen Staate vorher weitere Mitteilung gemacht worden ist;
   c) daß der im Aide-mémoire der Kaiserlichen Regierung vom 24. März 1911† unter Nr. 1 bis 3 näher erläuterte technische Nachrichtenaustausch grundsätzlich erst zum Zeitpunkte der Kiellegung erfolgt.

2. Die Kaiserliche Regierung nimmt Kenntnis, daß die Königlich Großbritannische Regierung dem diesseitigen Vorschlag der Gleichzeitigkeit grundsätzlich zustimmt. Da der Austausch zur Zeit der Kiellegung

---

* Teilweise abgedruckt bei A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 194. Der Entwurf des Aide-mémoires rührt von Admiral von Tirpitz her, der ihn am 26. Juni einreichte und dabei in einem Briefe an Bethmann Hollweg bemerkte: „Der genaue Wortlaut würde natürlich noch näher zu prüfen sein. Immerhin glaube ich, daß sachlich den Wünschen der Engländer in dem Aide-mémoire Rechnung getragen ist und demzufolge meines Erachtens die Engländer gar nicht anders können als zuzustimmen." Von dem Auswärtigen Amt sind an dem Tirpitzschen Entwurf nur unwesentliche Änderungen vorgenommen.

** Statt „mit der Maßgabe" hieß es in dem Tirpitzschen Entwurfe „mit dem Vorbehalt".

*** Statt „wird" hieß es in dem Tirpitzschen Entwurfe „darf".

† Siehe Nr. 10438.

stattfinden soll, diese aber in beiden Ländern nicht gleichzeitig stattfinden wird*, außerdem in jedem Jahre mehrere Kiellegungen erfolgen, so hält die Kaiserlich Deutsche Regierung nähere Erläuterungen dieses Zeitpunktes für erwünscht, deren Vereinbarung zweckmäßigerweise den beiderseitigen Marinebehörden zu überlassen wäre.

Um dem Grundsatz voller Reziprozität Rechnung zu tragen, bedarf es nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung noch der Vereinbarung**, daß, nachdem die technischen Mitteilungen über ein Schiff gemacht worden sind, Änderungen gegenüber diesen Mitteilungen nur unter vorgängiger Mitteilung an den anderen Staat erfolgen sollen***.

3. Die Kaiserliche Regierung stimmt den Ausführungen der Königlich Großbritannischen Regierung bezüglich der Attachébesuche durchaus zu und schlägt vor, das Nähere durch die beiderseitigen Marinebehörden vereinbaren zu lassen.

Nr. 10453

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 620 Berlin, den 28. Juni 1911

Ganz geheim

In Beantwortung des abschriftlich hier beigefügten von Sir Edward Goschen am 9. d. Mts. übergebenen Memorandums in der Frage des geplanten Nachrichtenaustausches† habe ich heute†† dem englischen Geschäftsträger das zu Euerer pp. Information in Abschrift gleichfalls beigefügte Aide-mémoire††† übergeben.

Ich bemerkte dabei dem Grafen Salis, daß die prinzipielle Frage damit ihre Erledigung gefunden haben dürfte und es mir schiene, daß die eingehendere Regelung der Detailfragen zweckmäßigerweise den in Betracht kommenden beiderseitigen Marinedienststellen zu überlassen sein würde §.

Kiderlen

---

* Statt „stattfinden wird" hieß es bei Tirpitz „stattfindet".

** Statt „der Vereinbarung" hieß es bei Tirpitz „des Vorbehaltes".

*** Statt „unter vorgängiger Mitteilung an den anderen Staat erfolgen sollen", hieß es bei Tirpitz „dann vorgenommen werden dürfen, wenn sie dem anderen Staate vorher mitgeteilt sind".

† Siehe Nr. 10448, Anlage.

†† Richtig muß es „gestern" heißen. Das Konzept wurde am 27. geschrieben, aber erst am 28. von Kiderlen gezeichnet; daher das Versehen.

††† Siehe Nr. 10452.

§ Die englische Antwort auf das Aide-mémoire verzögerte sich, wohl hauptsächlich infolge der Marokkokrise des Sommers 1911, bis zum 29. Januar 1912. Vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLI, und A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 194, 280.

Nr. 10454

Der Marineattaché in London Korvettenkapitän Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 10. Juli 1911

Gelegentlich eines von der englischen Regierung für die Feier der „Naval Architects" gegebenen Festes fand zwischen Mr. M'Kenna und mir ungefähr folgendes Gespräch statt:

Mr. M'Kenna: Ist der Admiral von Tirpitz eigentlich immer noch so böse auf mich? Es würde mir besonders leid tun, da ich ihn und seine Tätigkeit sehr hochschätze.

Ich: Wenn Sie glauben, daß der Admiral von Tirpitz Ihnen persönlich böse ist, so tun Sie ihm damit unrecht, denn da er Sie persönlich gar nicht kennt, kann auch von einem persönlichen Groll keine Rede sein. Wenn Sie aber durch Ihre Frage feststellen wollen, ob man in Berlin den durch Ihre falschen Angaben entstandenen naval scare des Frühjahrs 1909 vergessen hat, so kann ich nur sagen, daß dies nicht der Fall ist, da dies die Ursache zu allen späteren Verstimmungen gewesen ist.

Mr. M'Kenna: Ich hatte aber damals private und glaubwürdige Information, daß der Kiel des Neubaues bei Schichau schon gelegt und das Schiff schon weit fortgeschritten sei. Die offiziellen deutschen Angaben wurden durch meine private Information Lügen gestraft.

Ich: Dann kann ich nur annehmen, daß damals schon Trench und Brandon* in Ihrem Dienste gestanden und Ihnen eine Information zugetragen haben, die auf falscher Beobachtung beruhte.

Mr. M'Kenna: Damals kannte ich Trench und Brandon gar nicht, vielmehr ist einer meiner privaten Freunde in einer Winternacht über das Eis hinüber nach der Schichauwerft gegangen und hat die Helling besucht. Er hat mir darauf selbst später erzählt, daß er den Kiel und die ersten Spanten des Schiffes schon an Ort und Stelle gesehen hat.

Ich: Das technische Verständnis Ihres Freundes kann nicht sehr groß gewesen sein, denn er hat offenbar einiges Material und Ladebäume für den Kiel und die Spanten angesehen. Im übrigen können Sie mir meine unverhohlene Verwunderung darüber nicht übel nehmen, daß Sie durch Ihre privaten Freunde in einem fremden Lande Dienste verrichten lassen, zu denen jedenfalls ein deutscher Minister keinen seiner Freunde benutzen würde.

---

* Die beiden englischen Seeoffiziere Trench und Brandon waren Ende August 1910 in Emden bzw. Borkum verhaftet worden. Bei dem am 21. Dezember vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfindenden Prozeß gaben sie zu, daß sie im Auftrage der Zentralstelle des englischen Nachrichtendienstes vom 4.—25. August 1910 in Kiel und Wilhelmshaven und dann in Cuxhaven, Bremen, auf Helgoland, Sylt, Wangeroog und Borkum militärische Beobachtungen gemacht und darüber berichtet hätten. Sie wurden darauf zu vier Jahren Festung verurteilt.

Sie können sicher sein, daß der Admiral von Tirpitz einen solchen Schritt Ihrem Lande gegenüber niemals tun wird.

Erst jetzt empfand Mr. M'Kenna wohl, welche Blöße er sich mit seiner Äußerung gegeben hatte, denn er suchte sofort das Gespräch auf ein anderes privates Thema zu bringen.

Ob die Erzählung von dem privaten Freunde wirklich wahr oder von Mr. M'Kenna ad hoc durch meine Anspielung auf Trench und Brandon erfunden ist, kann ich nicht beurteilen. Sie beweist aber jedenfalls, daß die sich in letzter Zeit häufenden Fälle englischer Spionage in Deutschland sich der amtlichen Sanktion eines Mannes wie Mr. M'Kenna erfreuen.

(gez.) Widenmann